

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1978 · Teil IV

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen),
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

Auslandskorrespondenten

Josef Koči (ČSSR), Emil Niederhäuser (UVR), S. Sak (UdSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), Jerzy
Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,
Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hans-Heinrich Müller, Helga
Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig †, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Siegfried Epperlein, Hermann Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum,
Jörg Roesler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmeler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1978 · TEIL IV

Wirtschaftsgeschichte

Wirtschaftsgeschichte

Wirtschaftsgeschichte

Wirtschaftsgeschichte

Wirtschaftsgeschichte

Wirtschaftsgeschichte

LITERATURKAPITEL

Wirtschaftsgeschichte



Redaktionsschluß: 15. 3. 1978

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

© Akademie-Verlag Berlin 1978

Lizenznummer: 202 · 100/102/78

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 753 385 9 (2103/78/4) · LSV 0305

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- X Jürgen Kuczynski Verlorene Kriege und die deutsche
Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert 9
- X Arnold Voigt Die Agrarreform der chilenischen Christ-
demokratie und ihr Einfluß auf die Entwick-
lung der revolutionären Situation in Chile
bis zum Jahre 1970 199
- Gerda Weinberger Rassendiskriminierung und Entwicklung der
Produktivkräfte. Einige Aspekte, unter
besonderer Berücksichtigung Südafrikas 39
- Waldtraut Schmidt Wege zur Herausbildung kapitalistischer
Lohnarbeit in heutigen Entwicklungs-
ländern Asiens und Afrikas 57
- X Elfriede Rehbein Staatliche Regulierungsmaßnahmen im
binnenländischen Verkehr Frankreichs 73
- X Ulrich Roeske Die amtliche Statistik des Deutschen Reichs
1872 bis 1939. Historische Entwicklung,
Organisationsstruktur, Veröffentlichungen 85
- X Ernst Kluwe Handwerk und Produktion in der früh-
griechischen Polis 109
- X Marlene Njammasch Zum Verhältnis von Stand und Kaste in
vorkapitalistischen Klassengesellschaften 135

LITERATURKRITIK

- Jörg Roesler Periodisierungsprobleme der DDR-Wirt-
schaftsgeschichte (Gesetzmäßigkeiten der
intensiv erweiterten Reproduktion bei der
weiteren Gestaltung der entwickelten soziali-
stischen Gesellschaft; Heinz-Dieter Haustein,
Messung der volkswirtschaftlichen Intensivi-
zung; Zur Entwicklung der Verteilungsstruk-
turen der Investitionen auf die Bereiche und
Zweige der Volkswirtschaft) 153
- Manfred Braun/
Gabriele Dittmann Politische Ökonomie des Sozialismus in der
UdSSR (Širokorad, Die politische Ökonomie
des Sozialismus in der UdSSR während der
Übergangsperiode) 165

Helga Nussbaum/ Dieter Baudis/ Manfred Nussbaum/ Lotte Zumpe	Wirtschaftsgeschichte des deutschen Imperialismus (Hans Mottek/Walter Becker/ Alfred Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3)	179
Hans-Heinrich Müller	Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk (Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution; Flugschriften der Bauernkriegszeit; Manfred Kobuch/Ernst Müller, Der deutsche Bauernkrieg in Dokumenten; Dokumente aus dem deutschen Bauernkrieg; Der arm man 1525; Günther Vogler, Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk; Der Bauer im Klassenkampf; Der deutsche Bauernkrieg 1524/25; Reformation oder frühbürgerliche Revolution; Der Bauernkrieg 1524 - 26; Revolte und Revolution in Europa; Der deutsche Bauernkrieg 1524 - 1526; Peter Blickle, Die Revolution von 1525)	209
Wieland Held	Zur Forschungsproblematik der spätmittelalterlichen Stadt-Land-Beziehungen (Konrad Fritze, Bürger und Bauern zur Hansezeit)	233
BETRIEBSGESCHICHTE		
Renate Günther	6. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte (11. bis 14. April 1978 in Rostock)	245
Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (13. Fortsetzung) (Renate Günther)		253
QUELLEN UND MATERIALIEN		
Erika Behm/ Jürgen Kuczynski 049 954	Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Rußland)	259

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

- Gerhard Narweleit Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18
(13. bis 15. Dezember 1977 in Dresden) 265

BIBLIOGRAPHIE

- Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR,
13. Lieferung 271

- Autorenverzeichnis 285

- Содержание, Contents, Contenu, Sumario 287

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Verlorene Kriege und die deutsche Wirtschaftsgeschichte
im 20. Jahrhundert⁺

von Jürgen Kuczynski

1. Alte Zeiten

Die Rolle des Krieges in der Geschichte der Menschheit war stets groß. Die Ursachen und die Ziele der Kriege waren jedoch in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen ganz verschieden.

In den frühesten Zeiten galt es, den Feind auszurotten, um den Nahrungsraum zu sichern. Später, in der europäischen Antike, ging es um politische Hegemonie und Sklaven, wobei es dann nicht mehr darauf ankam, Menschen, sondern Machtplätze zu vernichten. Karthago ist ein Musterbeispiel. Wenn von dem Stadtstaat nach dem dritten Punischen Kriege nur noch eine öde Wüste, aus der schließlich auch die Ameisen und Schlangen verschwanden, übrig blieb, so wurden doch die nach dem Kampf übriggebliebenen Menschen nicht getötet, sondern endeten als Sklaven.

Wenn also in frühesten Zeiten die Wirtschaftsgeschichte eines Stammes mit dem Verlust des Vernichtungskampfes endete, so blieben in der Antike noch reichliche wirtschaftshistorische Spuren, etwa in der Erhaltung besonderer landwirtschaftlicher oder handwerklicher Fähigkeiten durch die zu Sklaven gemachten Einwohner des Verliererstaates.

Es ist offenbar, daß eine land- und menschenhungrige feudale Gesellschaftsordnung an solcher Vernichtung, wie wir sie in verschiedener Form in den vorangehenden Gesellschaftsordnungen finden, kein Interesse haben konnte.

Wenn aber auch die vernichtende Wirkung verlorener Kriege in der Feudalzeit fortfiel, so blieben doch die Auswirkungen verlorener Kriege stark und dauerten oft sehr lange an. Ein Musterbeispiel dafür ist der Dreißigjährige Krieg des 17. Jahrhunderts.

Der Dreißigjährige Krieg führte zu einer an hundert Jahre und auf manchen Gebieten noch länger dauernden Schwächung Deutschlands auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens.

⁺ Vortrag an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe, Abt. Bielefeld, Fachbereich II, Lehrgebiet Geschichte, am 26. 1. 1978.

Politisch war das Deutsche Reich wahrlich heruntergekommen und blieb es mehr als zweihundert Jahre hindurch. Wenn Friedrich von Logau in seinen 1654 veröffentlichten "Sinngedichten" schrieb:

"Ist denn Frankreich Deutschlands Herr,
Ist denn Deutschland sein Lakey?
Freyes Deutschland,
Schäme Dich dieser schnöden Knechtere!"

dann konnten deutsche Dichter noch ähnlich in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts schreiben.

Am schlimmsten und entscheidend war der Niedergang der Wirtschaft.

Das deutsche Handwerk sank auf ein immer tieferes Niveau, bis die herrschende Klasse Ausländer importieren mußte, wenn es galt, höhere Qualität zu schaffen. Und die Zunftregeln des Handwerks wurden zu Fesseln, die seine auch nur mengenmäßige Ausbreitung behinderten.

Die deutsche Landwirtschaft verkam in zunehmender Unfruchtbarkeit. Die feudalen Fesseln der Bauernschaft wurden angezogen, das, was Marx und Engels die Zweite Leibeigenschaft nennen, breitete sich aus.

Deutschland verkam in Misere, und die einzige reiche Ernte, die es einheimste, waren Not und Elend der Werktätigen im Innern, Mitleid, Spott und Verachtung von außen.

Der vormonopolistische Kapitalismus brachte an Kriegen zwischen zwei oder mehr kapitalistischen Mächten eigentlich fast nur die Kämpfe um die deutsche Einigung, die das siegreiche Deutschland wirtschaftlich stärkten und das Verliererland Frankreich kurzfristig wirtschaftlich schwächten. Jedoch spielten diese Veränderungen keine Rolle gegenüber der gleichzeitigen, ganz bedeutenden wirtschaftlichen Schwächung Englands und der gleichzeitigen, ganz bedeutenden wirtschaftlichen Stärkung der USA, die beide seit 1815 keine Kriege mit kapitalistischen Mächten geführt hatten.

So merkwürdig es ist, man muß sagen, daß Kriege innerhalb von Staaten gleicher Gesellschaftsordnung wohl selten eine so geringe Rolle für die Wirtschaftsgeschichte haben wie im 19. Jahrhundert.

Als Fußnote zu dieser Feststellung sollte man erwähnen, daß im Frieden von Versailles Deutschland Frankreich seinen Kolonialbesitz beließ. Ja, Bismarck sah in Frankreichs Kolonialpolitik, die nach 1870 noch weit aktiver als zuvor war, eine willkommene Ablenkung der dortigen herrschenden Klasse von Europa.

Das heißt, wenn man die Geschichte der Menschheit bis an das Ende des 18. Jahrhunderts überblickt, dann waren Kriege stets eine gesellschaftliche Notwendigkeit, sei es, um in der Urgemeinschaft die eigene Existenz durch Gewinnung der notwendigen Nahrung zu sichern, sei es, um in der Antike die notwendige Sklavenzufuhr zu sichern, sei es, um in der Feudalzeit die Territorialmacht durch Gewinn von landwirtschaftlichem Boden mit seinen Menschen oder von Handelsplätzen zu sichern. Den kapitalistischen Ländern des 19. Jahrhunderts aber lag eine nicht-kapitalistische Welt zur Betätigung offen, während gleichzeitig der innere Markt gewaltig anwuchs, so daß keine Notwendigkeit vorlag, sich in Kriege miteinander zu verwickeln - mit Ausnahme des politischen Nachholebedarfs Deutschlands, zu einer staatlichen Einheit zu kommen. Aber selbst in diesem Fall ist

anzumerken, daß Deutschland auch ohne staatliche Einigung Frankreich im Laufe der ersten siebzig Jahre des Jahrhunderts an wirtschaftlicher Stärke eingeholt und überholt hatte.

2. Der Imperialismus

Während man sagen kann, daß der vormonopolistische Kapitalismus die einzige bis dahin bekannte Gesellschaftsordnung war, die nicht auf Kriege zur Sicherung ihrer Existenz angewiesen war, änderte sich das grundlegend mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium.

Mit Recht sagt Lenin: "Interimperialistische' oder 'ultraimperialistische' Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit ... notwendigerweise nur 'Atempausen' zwischen Kriegen."¹ Notwendigerweise, denn das Monopol drängt aus seiner Konstitution heraus auf Weltherrschaft, muß notwendigerweise darauf drängen. Muß notwendigerweise daher auch "seinen" Staat zum Kampf um die Weltherrschaft mobilisieren, und so ergibt sich eine auch kriegerische neben und unterschieden von der friedlichen Wirtschaftskonkurrenz zwischen den kapitalistischen Staaten. Und da sie eben aus monopolistischen Gründen zur Errichtung eines Weltreiches streben, nennen wir sie imperialistische Staaten und das Stadium des Kapitalismus, in dem die Monopole den entscheidenden Einfluß haben, sein imperialistisches Stadium, wie wir den Kapitalismus auch als monopolistischen Kapitalismus charakterisieren. Und da es in solchen Kriegen um die Weltherrschaft geht, weiten sie sich schnell zu Weltkriegen aus.

Wenn wir nun die deutsche Geschichte im Zeitalter des monopolistischen Kapitalismus untersuchen, dann zeichnet sie sich dadurch aus, daß Deutschland und seine Verbündeten die Weltkriege regelmäßig verloren.

Man kann jedoch, wie es das Thema eigentlich erforderte, nicht untersuchen, wie sich Weltkriege auf die Wirtschaft des Verliererlandes in einer Welt, die vom Imperialismus beherrscht wird, auswirken. Eine Fragestellung von etwa der Art: Werden Staaten auch im Imperialismus wie Karthago vernichtet, oder werden sie wie nach dem Dreißigjährigen Krieg für hundert Jahre und mehr wirtschaftlich in ein Stadium des Verfalls getrieben? läßt sich nicht beantworten.

Denn, zwar keineswegs zufälliger- aber auch keineswegs notwendigerweise - man bedenke, daß Lenin es während des Krieges durchaus für möglich hielt, daß die internationale Arbeiterbewegung um Jahrzehnte zurückgeworfen wird - entstand während des ersten Weltkrieges eine neue Gesellschaftsordnung, wurden ihre allerersten Grundlagen durch die Revolution im zaristischen Rußland gelegt. Und diese wichtige Tatsache unseres Jahrhunderts zwang den siegreichen Monopolen eine Politik dem Verlierer des Krieges gegenüber auf, die nicht ihren Absichten in einer nur von imperialistischen Staaten beherrschten Welt entsprechen konnte. Die Geschichte hat uns darum kein Beispiel für einen Krieg zwischen großen imperialistischen Mächten mit einem Friedensschluß in einer "rein imperialistischen" Welt gegeben.

¹ Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 301.

3. Die Folgen des ersten Weltkrieges

Nach dem ersten Weltkrieg beobachten wir zunächst in allen imperialistischen Ländern einen Rückgang der Wirtschaftsaktivität, Krisen der verschiedensten Art.

Zwei Jahre nach Beendigung des Krieges lag die Produktion unter dem Niveau von 1913:

in Deutschland um 41 Prozent,
in Frankreich um 30 Prozent,
in England um 7 Prozent,
in Italien um 5 Prozent.

Wenn sie in den USA um 22 Prozent höher lag, so lag sie doch auch dort unter dem Höchstniveau während des Krieges.

Das Kriegsziel auf seiten der Sieger war gewesen, die Macht des deutschen Imperialismus militärisch und wirtschaftlich zu brechen. Und wenn die übrigen imperialistischen Staaten von Weltbedeutung auch selbst in eine Krisensituation geraten waren, so war diese Situation für Deutschland doch weit schlimmer als für alle anderen Länder. 1923 lag die Industrieproduktion in Deutschland 45 Prozent unter dem Vorkriegsniveau - ohne Berücksichtigung der territorialen Verluste im Osten und Westen. In allen anderen großen imperialistischen Ländern war das Vorkriegsniveau wieder etwa erreicht oder überschritten - mit Ausnahme von England, das ja dieses Niveau schon 1920 fast erreicht hatte, aber dann in eine Spezial-Strukturkrise verfiel.

Man ließ Deutschland wie nach dem Dreißigjährigen Krieg vegetieren - sorgte jedoch dafür, daß die den kapitalistischen Staat stützenden Kräfte an der Macht blieben. "Wenn wir nicht sofort handeln, wird eine Liebknecht-Mehring-Diktatur in Berlin unvermeidlich dieselbe Rolle spielen wie Lenins Diktatur in Petrograd", hatte der amerikanische Außenminister gleich nach dem Kriege festgestellt.² Die Linie schien klar und einfach: Deutschland sollte ein wirtschaftlich völlig geschwächtes, aber kapitalistisches Land bleiben.

Nachdem jedoch Sowjetrußland 1922 die Konterrevolution niedergeschlagen und die imperialistischen Interventen vertrieben hatte, während in Deutschland noch 1923 eine revolutionäre Situation herrschte, änderte sich die Haltung der übrigen imperialistischen Mächte unter amerikanischer Führung in der Frage der deutschen Wirtschaft grundlegend. Es wurde politisch zu gefährlich, Deutschland wirtschaftlich dahinvegetieren zu lassen. Deutschland mußte wieder in die kapitalistische Weltwirtschaft normal eingeordnet werden, und man pumpte zunächst Devisenkapi tal in Form der Dawesanleihe nach Deutschland.

Den Sinn dieser Anleihe enthüllte teilweise der englische Ministerpräsident Baldwin in einer Rede vom 3. Oktober 1924, in der er unter anderem erklärte: "Meine Herren, Westeuropa hat eine Zivilisation zu verteidigen (Beifall), und unsere Pflicht ist es, alles zu tun, um sie in diesen Tagen zu bewahren (Beifall). Der Schutzwall der westeuropäischen Zivilisation muß stark und fest sein, damit er allen zerstörenden Angriffen aus dem Osten standhalten kann. Hierfür gibt es kein besseres und sichereres Mittel als die Verwirklichung des Dawes-Planes,

² Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1919, Bd. 2, S. 99.

die den deutschen Markt mit den Weltmärkten in Föhlung bringen wird. Die Deutschen haben stets den größten Handel mit Rußland getrieben, denn sie befinden sich in der geographisch günstigsten Lage, kennen die russische Sprache und die russischen Handelsmethoden. Meines Erachtens wäre es für den Welthandel am vorteilhaftesten, den Handel mit Rußland unter Mitwirkung Deutschlands zu entwickeln, damit Deutschland seinen Exportüberschuß, der die Zahlung der Reparationen, gleichermaßen also auch die Zinsentilgung unserer Schulden an Amerika ermöglichen soll, auf dem russischen Markt realisiert, anstatt, daß es diese Masse von Exportwaren in unserem Land oder in unseren Kolonien auf den Markt wirft."

Auch die Sowjetunion sah die Wendung der Politik zunächst ganz ähnlich. Auf dem XIV. Parteitag der KPdSU wurde am 18. Dezember 1925 der Bericht des Zentralkomitees gegeben, in dem es hieß: "Der in Amerika aufgestellte Dawesplan sieht so aus: Europa zahlt seine Schulden bei Amerika auf Kosten Deutschlands, das Reparationen an Europa zu zahlen hat; da Deutschland aber diesen ganzen Betrag nicht aus dem Nichts herauspumpen kann, so soll Deutschland eine Reihe von freien Märkten, die noch nicht von anderen kapitalistischen Ländern besetzt sind, erhalten, damit es dort neue Kräfte und neues Blut für Reparationsleistungen schöpfen kann. Abgesehen von einer Reihe unbedeutender Märkte hat Amerika dabei unsere russischen Märkte im Auge. Sie sollen laut Dawesplan Deutschland überlassen werden, damit es irgend etwas herauspressen kann und etwas hat, woraus es die Reparationszahlungen an Europa leisten kann, das seinerseits für Rechnung seiner Staatsschulden an Amerika zahlen soll. Dieser ganze Plan sieht zwar schön aus, aber die Rechnung ist ohne den Wirt gemacht, denn er bedeutet für das deutsche Volk eine doppelte Daumenschraube, die Daumenschraube der deutschen Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat Deutschlands und die Daumenschraube des Auslandskapitals gegenüber dem ganzen deutschen Volke. Wollte man sagen, diese doppelte Daumenschraube werde am deutschen Volk spurlos vorübergehen, so würde man einen Fehler begehen. Deshalb glaube ich, daß in dieser Hinsicht der Dawesplan den Keim einer unvermeidlichen Revolution in Deutschland in sich trägt."³

Faktisch, ganz gleich wie bewußt das den imperialistischen Staatsmännern jener Zeit war, war es angesichts der Existenz der Sowjetunion unmöglich geworden, einen imperialistischen Staat wirtschaftlich vegetieren zu lassen, ohne jederzeit mit seinem Verlust aus dem Reich des Weltkapitals, das heißt mit einer Revolution und entsprechend mit einer Erweiterung der Welt des Sozialismus, rechnen zu müssen.

In den Folgejahren erstarkte die deutsche Wirtschaft mit ausländischer Hilfe ganz außerordentlich. Der seit zehn Jahren heruntergekommene Produktionsapparat wurde völlig erneuert, und 1929 verfügte Deutschland über den technisch fortgeschrittensten Produktionsapparat Europas.

Das Monopolkapital Deutschlands stand 1929 technisch besser ausgerüstet als je da. Zwar war es an das Ausland verschuldet, zwar litt es auch wirtschaftlich noch an zahlreichen Ärgerlichkeiten des Versailler Vertrages, zwar hatte es durch den Krieg vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht unwichtige Gebiete verloren, zwar hatte es nur eine ihm ganz inadäquate Militärmacht, zwar war seine

³ Stalin, J., Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XIV. Parteitag der KPdSU (B), 18. Dezember 1925, Berlin 1951, S. 13 f.

politische Bedeutung in Beziehung zu seiner wirtschaftlichen Bedeutung gering, aber die Idee, den imperialistischen Konkurrenten für immer auszuschalten und die Werktätigen auf einen entsprechenden Lebensstandard herabzudrücken, war von den übrigen imperialistischen Mächten aufgegeben worden, mußte aufgrund der Existenz der Sowjetunion aufgegeben werden.

1929 betrug der Anteil Deutschlands an der Industrieproduktion 12 Prozent, der Englands 12 Prozent, der Frankreichs 6 Prozent, der Italiens 4 Prozent, der Japans 3 Prozent. Zehn Jahre nach dem verlorenen Krieg war die Industrieproduktion Deutschlands etwa ebensostark wie die von Frankreich, Italien und Japan zusammengenommen.

Wie unterscheidet sich doch die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands in dieser Zeit von der aller anderen imperialistischen Länder! Nach fünf Jahren wirtschaftlichen Vegetierens fünf Jahre wirtschaftlichen Aufstiegs, die es von neuem zur wirtschaftlichen Großmacht des europäischen Kontinents machen.

Die Geschichte der folgenden zehn Jahre ist bekannt. Von 1929 bis 1932 erlebte Deutschland wie alle anderen imperialistischen Länder eine furchtbare Wirtschaftskrise, stärker noch als in den meisten anderen Ländern. Von 1933 bis 1939 wurde eine Rüstungswirtschaft größten Ausmaßes aufgebaut, die wieder zu einer außerordentlichen Divergenz der Entwicklung der deutschen Wirtschaft von der der meisten anderen imperialistischen Länder führte.

Mit Ausnahme auch von Japan, das ebenfalls stark aufrüstete, ja Krieg führte, befanden sich die imperialistischen Länder in einer Depression besonderer Art, die 1938 in eine Krise mündete. Aber auch vor dieser Krise hatte die Produktion der USA nur gerade etwa das Niveau von 1929 erreicht, die Frankreichs lag noch unter dem Niveau von 1929, die Italiens hatte es nur etwas überschritten; allein Englands Produktion lag wirklich beachtlich höher. Im faschistischen Deutschland aber stieg sie stetig und steil an, lag 1939 mehr als doppelt so hoch wie 1932 und mehr als ein Viertel über dem Niveau von 1929. Auch war in Deutschland die Arbeitslosigkeit verschwunden. Alle Fesseln des Vertrages von Versailles waren beseitigt. Nur auf technischem Gebiet hatte Deutschland seinen Vorsprung in der zivilen Produktion teilweise verloren: in den Industrien nämlich, die nicht der Kriegsvorbereitung dienten.

Als die deutschen Monopole sich genügend vorbereitet glaubten, lösten sie, wie 1914, im Jahre 1939 den zweiten Weltkrieg um die Weltherrschaft aus.

Sie verloren diesen zweiten Weltkrieg wie den ersten.

4. Die Folgen des zweiten Weltkrieges

In allen imperialistischen Ländern gab es gegen Ende des Krieges und kurz nach ihm einflußreiche Kreise im Monopolkapital, die, wie 1918 und danach, Deutschland zu einer Existenz wirtschaftlichen Vegetierens, möglichst als Agrarland, verurteilen wollten. Die Niederlage war auch faktisch noch viel größer als nach dem ersten Weltkrieg, da jetzt ganz Deutschland von ausländischen Truppen besetzt war.

Doch schneller als nach dem ersten Weltkrieg erkannten die Imperialisten, daß es aus strategischen Gründen unmöglich war, das deutsche Monopolkapital niederzuhalten. Der östliche Teil Deutschlands war von sowjetischen Truppen be-

setzt worden, und diese förderten in jeder Weise den Weg des von ihnen beherrschten Gebietes zum Sozialismus.

Im Weltkampf zwischen monopolistischem Kapitalismus und Sozialismus wurde es nun eine Selbstverständlichkeit für das westliche Monopolkapital, zum Wiederaufbau einer monopolistischen Wirtschaft unter seiner Ägide im Westen Deutschlands überzugehen.

Der 1945 noch weit stärker als 1918 oder 1923 heruntergekommene Produktionsapparat der Bundesrepublik wurde mit ausländischer, vor allem amerikanischer, Hilfe und dann ganz stark aus eigener Kraft wieder aufgebaut, und gegen Ende der fünfziger Jahre verfügte die Bundesrepublik wieder über den modernsten Produktionsapparat unter den imperialistischen Ländern Europas.

Das Spiel der ersten zehn Jahre nach dem ersten Weltkrieg wiederholte sich in der Bundesrepublik - nur dauerte die erste, die Phase des Vegetierens, kürzer und die Phase des steilen Aufschwungs länger - bis etwa 1958.

Es ist hier vielleicht angebracht, zwei Übersichten über die Entwicklung der Anteile an der Industrieproduktion zu geben:

Tabelle 1

Anteile an der kapitalistischen Industrieproduktion
(in Prozent)

Jahre	Deutschland	England	Frankreich	Italien	USA	Japan
1900	16	18	7	3	31	1
1913	16	14	6	3	36	1
1920	9	14	5	3	47	2
1929	12	12	6	4	44	3
1937	12	11	5	4	42	4
1948	4 ⁺	11	4	3	54	1
1958	9 ⁺	10	5	4	46	3
1976	9 ⁺	5	6	4	37	10

+ BRD

Kein Land zeigt in den ersten drei Vierteln des 20. Jahrhunderts solche Schwankungen in der wirtschaftlichen Position innerhalb der Welt des Kapitals wie Deutschland. Während sich die Position Englands stetig verschlechtert, während die Position Frankreichs und Italiens relativ gleichbleibt, während sich die Position Japans mit Ausnahme der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg stetig festigt, während die Position der USA stets einzig überlegen, besonders stark aber nach jedem Weltkrieg ist, können wir die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands so gliedern:

1900 - 1913 normal eingefügt in die kapitalistische Welt,

1918 - 1923 völlig herausfallend aus dem Rahmen der Entwicklung in der kapitalistischen Welt,

1924 - 1932 erneutes Einfügen in den Rahmen der kapitalistischen Weltentwicklung,

1933 - 1939 aufgrund der Aufrüstung unberührt von der kapitalistischen Depression besonderer Art - ebenso wie Japan,

1945 - 1948 völlig herausfallend aus dem Rahmen der Entwicklung in der kapitalistischen Welt - ebenso wie Japan,

1949 - 1977 erneutes Einfügen in den Rahmen der kapitalistischen Weltentwicklung.

Wenn wir die jeweiligen Gebietsverluste des deutschen Monopolkapitals mit berücksichtigen, dann finden wir, daß der erste Weltkrieg Deutschlands Position im Gefüge der kapitalistischen Weltwirtschaft zunächst etwa halbiert, der zweite Weltkrieg aber um drei Viertel vermindert hatte. Am Höhepunkt der Position nach dem ersten Weltkrieg erreichte Deutschland wieder drei Viertel seiner Position vor dem ersten Weltkrieg. Am Höhepunkt der Position nach dem zweiten Weltkrieg erreichte die Bundesrepublik wiederum etwa drei Viertel der Position ganz Deutschlands vor dem zweiten Weltkrieg. Das deutsche Monopolkapital verlor also aufgrund von zwei Weltkriegen im ganzen etwa die Hälfte seiner relativen wirtschaftlichen Stärke zu Beginn des Jahrhunderts.

Jedoch waren die territorialen Verluste nach dem zweiten Weltkrieg anderer Art und von Weltbedeutung gegenüber den Verlusten nach dem ersten Weltkrieg. Es waren vor allem Verluste an den Sozialismus und zwar in doppelter Weise: einmal an andere sozialistische Länder und sodann ein bis zum zweiten Weltkrieg unerhörtes Ereignis: Ein Teil eines Landes schuf sich eine eigene neue Gesellschaftsordnung und etablierte sich entsprechend als eigener Staat, ein Vorgang von einzigartiger politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Hinfort hat Deutschland zwei politische Staatengeschichten, basierend auf zwei Wirtschaftsgeschichten.

Was nun das technische Niveau der Produktion betrifft, so stand die Wirtschaft des deutschen Monopolkapitals nach dem ersten Weltkrieg bereits 1928/29, nach dem zweiten Weltkrieg bereits 1958/59 an der europäischen Spitze - 1928/29 nur von den USA, in den sechziger Jahren jedoch von den USA und Japan übertroffen.

Bei all unseren statistischen Analysen haben wir bisher nur die Divergenzen der deutschen und der kapitalistischen Weltwirtschaftsentwicklung allgemein untersucht. Seit der Oktoberrevolution, seit dem Ausbruch Rußlands aus der kapitalistischen Welt, ist jedoch die Weltwirtschaft gespalten in eine vom Monopolkapital beherrschte oder zumindest stark beeinflusste und in eine sozialistische Welt. Die sozialistische Welt spielte zunächst wirtschaftlich noch keine sehr große Rolle, da die Wirtschaft Rußlands und Sowjetrußlands durch den ersten Weltkrieg und den Bürgerkrieg wie die Interventionskriege in hohem Maße zerstört war. Als sie sich aber im Laufe der Jahre nach 1922 langsam und dann schneller zu erholen begann, gewann sie durch zwei Faktoren an Gewicht: einmal quantitativ, vor allem aber qualitativ, da sie nicht der zyklischen Bewegung der kapitalistischen Wirtschaft mit Krisen und hoher Arbeitslosigkeit unterlag. Und nach dem zweiten Weltkrieg nahm sie auch dadurch an Weltgewicht zu, daß immer neue Länder zum Sozialismus übergingen oder ihm zumindest zuneigten.

Untersuchen wir nun den Anteil der wichtigsten imperialistischen Länder an der gesamten Weltindustrieproduktion, also einschließlich der sozialistischen:

Tabelle 2

Anteile an der Weltindustrieproduktion
(in Prozent)

Länder	1900	1937	1976
Deutschland	16	11	5 ⁺
England	18	10	3
Frankreich	7	5	4
Italien	3	4	2
USA	31	38	22
Japan	1	4	6

+ BRD.

Plötzlich erscheinen die Unterschiede zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern recht bedeutungslos. Nur die Vereinigten Staaten ragen ganz weit hervor, auch wenn ihr Anteil an der Weltproduktion auf den des Jahres 1870 abgesunken ist.

Plötzlich erscheint eine Untersuchung der Divergenzen der BRD-Wirtschaftsgeschichte von der internationalen Wirtschaftsgeschichte in den letzten 25 Jahren als ein Spezialstudium für Interessenten der BRD, aber nicht allzu interessant im Weltraum. Wenn der Anteil der deutschen Monopolwirtschaft an der Weltindustrieproduktion um zwei Drittel gegenüber dem Beginn des Jahrhunderts gesunken ist, der der USA um rund ein Drittel, der Englands um fünf Sechstel, der Frankreichs um knapp die Hälfte, der Italiens um ein Drittel, so ist doch die Tendenz die gleiche für alle diese Länder - mit einer Ausnahme: Japan, dessen Anteil sich gegenüber dem Beginn des Jahrhunderts rund versechsfacht hat. Da aber Japans Anteil auch 1976 nur etwa ein Viertel des amerikanischen Anteils beträgt, so ist auch diese Bewegung nicht allzu wichtig, mehr von Spezialinteresse.

Voll erhalten aber bleibt das Interesse für die Divergenzen der Wirtschaftsgeschichte sowohl Deutschlands wie Japans nach einem verlorenen Weltkrieg von der Wirtschaftsgeschichte von Ländern nach verlorenen Kriegen in der Vergangenheit. Hier haben wir eine völlige Umkehrung der Geschichte ihrem Beginn gegenüber.

Wenn in der Urgemeinschaft eine Menschengruppierung auf der Jagd oder Fruchtsuche auf eine andere Menschengruppierung stieß, mußte eine von beiden umgebracht werden, damit die andere genügend Nahrungsmittel fand.

Wenn heute in einem Kampf zwischen imperialistischen Staaten der eine bzw. die eine Gruppe besiegt wird, völlig am Boden liegt, muß sie unbedingt von den Siegern wieder gekräftigt werden, um das System des Monopolkapitals im Weltmaßstab so lange wie möglich zu erhalten, da sonst das monopolkapitalistische Weltsystem sich der so sehr realen Gefahr des Übergangs des Verliererlandes zum sozialistischen Weltssystem ausgesetzt sieht.

Natürlich sind Konkurrenzkriege um die Weltmacht zwischen imperialistischen Ländern eine historische Notwendigkeit aufgrund der Gesetzmäßigkeiten des Monopolsystems. Niemand kann behaupten, daß der erste und der zweite Weltkrieg historische Zufälligkeiten waren. Historisch zufällig war nur, wer sie auslöste. Wenn es aber ebenso historisch notwendig ist, angesichts der Existenz des realen Sozialismus, dem geschlagenen Konkurrenten wieder auf die Beine zu helfen, wird die Sinnlosigkeit, auch vom Monopolstandpunkt, von Kriegen zwischen im-

perialistischen Ländern, Sinnlosigkeit trotz ihrer historischen Notwendigkeit, ganz außerordentlich klar. Monopole sind aufgrund ihrer Struktur und Funktion zu Kriegen gezwungen, ebenso wie sie unter den seit 1917 herrschenden historischen Umständen zur Aufgabe des Kriegszieles nach seiner Erreichung gezwungen sind. Wohl der schlagendste historische Beweis für den endogenen Wahnsinn ohne Methode dieses Systems. Es ist das ein Widerspruch, den wir in anderen Klassengesellschaften nicht finden, der auch dem vormonopolistischen Kapitalismus nicht eigentümlich war. Während natürlich die Klassengegensätze innerhalb jedes imperialistischen Landes entscheidend für den Verlauf der Geschichte sind und bleiben, ist dieser Widerspruch zwischen Zielsetzung von notwendigen Kriegen unter imperialistischen Ländern und der Selbstvernichtung des erreichten Zieles wohl das groteskste historische Beispiel für die Lebensunmöglichkeit eines Gesellschaftssystems.

Und es ist die Besonderheit der deutschen Geschichte, speziell auch der deutschen Wirtschaftsgeschichte, diesen Wahnsinn ohne Methode durch zwei verlorene Weltkriege historisch unter Beweis gestellt zu haben.

Die Agrarreform der chilenischen Christdemokratie und ihr Einfluß auf die Entwicklung der revolutionären Situation in Chile bis zum Jahre 1970

von Arnold Voigt

1. Die Fragestellung
2. Zum Entwicklungsstand der Agrarfrage in Chile zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die christdemokratische Regierung
3. Die Agrarreform des christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei: Motive, Ziele, Ergebnisse
4. Auswirkungen der Agrarreform auf die Entwicklung einer revolutionären Situation

1. Die Fragestellung

Der Wahlsieg Allendes und die Bildung einer Volksregierung im Jahre 1970 in Chile können als sichtbarer Ausdruck dafür gewertet werden, daß die revolutionäre Bewegung in ganz Lateinamerika zu diesem Zeitpunkt einen gewaltigen Aufschwung genommen und eine neue Qualität erreicht hatte.

Der höhere Reifegrad der revolutionären Bewegung in Lateinamerika ist das Ergebnis des komplexen Wirkens vieler Faktoren. Dazu zählen der zunehmende Widerspruch zwischen den Produktivkräften und dem System der imperialistischen Ausbeutung, die höhere Bewußtheit der Arbeiterklasse und die Erweiterung der Gewerkschaftsbewegung ebenso wie das Scheitern der imperialistischen Herrschafts- und Unterdrückungspolitik sowie des repressiven Kurses der Militärdiktaturen und der reformistischen Vorhaben bürgerlicher Regierungen. Eine große Rolle spielten die Erfolge der sozialistischen Länder, besonders die der Sowjetunion, deren Solidarität und Hilfe für die um ihre Befreiung ringenden Völker und das Scheitern der Isolierung und Blockade Kubas. Innerhalb dieses Faktorenkomplexes nimmt jedoch die Festigung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern auf der Grundlage der gemeinsamen Forderung nach einer radikalen Agrarreform eine zentrale Position ein. Die lateinamerikanischen Kommunisten charakterisierten die im Zuge der gemeinsamen strategischen Linie der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte des Subkontinents durchzuführenden sozialökonomischen Umgestaltungen als "antiimperialistisch", "demokratisch" und "agra-

risch".¹ Das agrarische Element der revolutionären Befreiungsbewegung in Lateinamerika wurde vor allem durch den wachsenden Widerstand gegen die Herrschaft der Latifundistas im Agrarsektor und ihren politischen Einfluß in der Gesellschaft hervorgerufen. Die Großgrundbesitzer verkörperten die finsterste Reaktion, waren treue Bundesgenossen der einheimischen Monopolbourgeoisie und der ausländischen Imperialisten und damit ein Hauptfeind jeder fortschrittlichen Bewegung. Ihnen gegenüber stand die große Masse der Landbevölkerung, die einen hohen Anteil an der Gesamtbevölkerung hatte. Ihre soziale Notlage wuchs und damit die Notwendigkeit, sie daraus zu befreien und sie als Bündnispartner der Arbeiterklasse zu gewinnen. Schließlich übten auch die absoluten sektoralen Größenverhältnisse und die relative Stagnation der Landwirtschaft auf den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß einen beträchtlichen Einfluß aus.

Diese Gesichtspunkte - und damit der agrarische Aspekt überhaupt - treffen für den revolutionären Kampf aller lateinamerikanischen Länder, wenn auch mit unterschiedlicher Wichtung, zu. In jedem Fall jedoch müssen der agrarische, der antiimperialistische und der demokratische Charakter der revolutionären Bewegung im Zusammenhang gesehen werden. Im vorliegenden Artikel über den Einfluß der christdemokratischen Agrarreform auf die Entwicklung der revolutionären Situation in Chile des Jahres 1970 soll versucht werden, die besondere Bedeutung dieses agrarischen Aspekts innerhalb der revolutionären Bewegung im Andenland Chile etwas stärker herauszuarbeiten.

Das Heranreifen einer revolutionären Situation in diesem Land, die Schaffung einer breiten antiimperialistischen und demokratischen Einheitsfront und der letztliche Wahlsieg dieser Kräfte im Jahre 1970 sind entscheidend auf den Einfluß zurückzuführen, den die Auseinandersetzungen um die Lösung der Agrarfrage auf die Zuspitzung des Klassenkampfes in der gesamten chilenischen Gesellschaft ausübten.

Die Erfahrungen, die von den fortschrittlichen Kräften Chiles, speziell von der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei, aus dem Kampf um die politische Mobilisierung der Landbevölkerung in der Etappe der Auseinandersetzungen mit der christdemokratischen Reformkonzeption gewonnen werden können, sind von aktueller Bedeutung. Zur Formierung der von der Unidad Popular angestrebten antifaschistischen Einheitsfront als Alternative zu dem gegenwärtig in Chile herrschenden militärfaschistischen Pinochet-Regime bedarf es des engen Bündnisses der städtischen Arbeiterklasse mit den Landarbeitern und Bauern.

2. Zum Entwicklungsstand der Agrarfrage in Chile zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die christdemokratische Regierung

Die Agrarfrage in Chile ist das Ergebnis der Entwicklung des Kapitalismus auf in der Tendenz preußischem Wege. Es handelt sich dabei um eine Entwicklung, wie sie sich zwangsläufig aus der kolonialen Vergangenheit Chiles, aus dem Überleben halbfeudaler Produktionsverhältnisse, aus der frühzeitigen, sponta-

1 Vgl. Millas, Orlando, Die gegenwärtige Etappe des Befreiungskampfes in Lateinamerika, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 7/1971, S. 944 f.

nen Eingliederung des chilenischen Agrarsektors in den kapitalistischen Weltmarkt und aus dem imperialistischen Einfluß ergeben hat. Endpunkt dieser Entwicklung war die Dominanz des dualistischen Systems des Latifundio-Minifundio-Komplexes.² Dieses System unterlag entsprechend den geographischen und historischen Gegebenheiten in den verschiedenen Regionen des Landes Modifizierungen. Es dominierte vor allem im landwirtschaftlich relevantesten Gebiet Chiles, im "Valle Central", wo es 90 Prozent des potentiellen Ackerlandes und des bewässerten Landes, 65 Prozent der in der Landwirtschaft aktiven Bevölkerung und fast 80 Prozent des landwirtschaftlichen Produktionswertes erfaßte.³

Die Produktionsverhältnisse in der chilenischen Landwirtschaft waren gekennzeichnet durch die einseitige Konzentration des Bodeneigentums in den Händen weniger Großgrundbesitzer, denen die landarmen und landlosen Bauernmassen gegenüberstanden.

Das geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Anteil der einzelnen Betriebsgrößengruppen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche Chiles

Größe der Betriebe in ha	Betriebe		LNF	
	Anzahl	in %	in 1000 ha	in %
Weniger als 10	156 708	61,8	437,3	1,4
11 - 99	74 120	29,2	2 348,2	7,7
100 - 999	19 333	7,6	5 572,4	18,2
1000 und mehr	3 331	1,4	22 290,8	72,7
Insgesamt	253 492	100,0	30 648,7	100,0

Quelle: Resumen del País, Censo Agrícola y Ganadero 1965, hg. v. Dirección de Estadísticas y Censos, Santiago de Chile 1969.

2 Latifundio bedeutet allgemein: Landwirtschaftlicher Betrieb unter Großgrundbesitzverhältnissen. Größe, Charakter und relative Bedeutung sind in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern unterschiedlich. Es gibt keine festgelegte Minimal- oder Maximaldimension (von 500 - 100 000 ha). Minifundio: Gegenstück oder Anhängsel des Latifundios. Diese Kleinbetriebe sind in gewissem Sinne eine Existenzbedingung des Latifundiums, da sie einerseits ihren Besitzer an den Boden fesseln, ihn aber andererseits infolge ihrer Kleinheit zwingen, auf dem Latifundio Beschäftigung zu suchen. - Auch im weiteren Verlauf der Abhandlung werden einige Begriffe aus dem spanischen Sprachgebrauch übernommen, weil sie spezifische, die Eigentumsverhältnisse im lateinamerikanischen Agrarsektor charakterisierende Merkmale beinhalten und weil eine wörtliche oder auch nur sinngemäße Übersetzung ins Deutsche nicht möglich oder doch sehr umständlich und z. T. sinntestellend ist. Im Zusammenhang mit den vorgenommenen Definitionen wird vor allem auf folgende Arbeiten verwiesen: Zeuske, Max, Grundzüge der Agrarfrage in Lateinamerika, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 1/1963; United Nations, Rural Settlement patterns and social change in Latin America, in: Economic Bulletin for Latin America, hg. v. UN, New York, Nr. 1/1965.

3 Comite Interamericano de Desarrollo Agrícola (CIDA), Chile - Tenencia de la tierra y desarrollo socioeconómico del sector agrícola, Santiago de Chile 1966, S. 159.

Das Bodenmonopol in Verbindung mit dem Monopol der Wassernutzung und dem An- und Verkaufsmonopol der Großgrundbesitzer bildete die Basis für vielfältige Ausbeutungsformen der ländlichen Produzenten und für die ökonomische Vorherrschaft der Latifundistas im Agrarsektor.

Die bestehenden Produktionsverhältnisse im Agrarsektor stellten das Haupthindernis für die dynamische Entwicklung dieses Bereiches dar. Die spezifischen Eigentums- und Aneignungsverhältnisse, vor allem des Latifundio-Minifundio-Komplexes, boten den Produzenten keine Stimuli zur Erhöhung der Produktion. Die natürlichen Ressourcen, Boden und Mensch, wurden uneffektiv genutzt, die Produktion stagnierte.⁴ Als Konsequenz des Boden- und Wassernutzungsmonopols eigneten sich die Latifundistas auch den größten Teil des agrarischen Mehrprodukts an. Die Masse des ländlichen Einkommens konzentrierte sich in ihren Händen. Diese einseitige Konzentration wurde jedoch nicht als Kapitalakkumulation wirksam, da bis zu 80 Prozent des Einkommens von den Großgrundbesitzern konsumiert wurden. Obwohl vom Staat auch in der Kreditpolitik privilegiert, investierte die Masse der Großgrundbesitzer nur geringe Summen in die Landwirtschaft.⁵ Trotz beträchtlicher Unterschiede auf den Gütern war der Anwendungsgrad von Maschinen, Geräten und Düngemitteln insgesamt und damit die Produktivität gering. Auf der anderen Seite vegetierte die Masse der Landbevölkerung am Existenzminimum. Niedriges Einkommens-, Ernährungs-, Bildungs- und Gesundheitsniveau hindert diese Menschen daran, die ökonomischen und sozialen Funktionen zu erfüllen, die ein dynamischer wirtschaftlicher Gesamtprozess selbst unter kapitalistischen Verhältnissen erfordert.

Die relative ökonomische Stagnation des Agrarsektors hatte fatale Auswirkungen für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung des Landes.⁶ Das drückte sich in einer rückläufigen Pro-Kopf-Nahrungsmittel-Produktion und in einer reduzierten Versorgung der Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen aus. Dazu kam die Nichterfüllung der Marktfunktion der Landwirtschaft, das heißt die mangelnde Kaufkraft für die Dienstleistungen und Erzeugnisse der nationalen Industrie und vor allem die Unfähigkeit, den schnell wachsenden Bevölkerungsüberschuß zu absorbieren. Diese Tatsache und die massenhafte Ruinierung der Bauern führte zu einer wachsenden Migration in die Städte und damit zu einer immensen Belastung für das Wirtschaftswachstum. Die stagnierende Landwirtschaft komplizierte die volkswirtschaftliche Gesamtsituation aber auch durch ein wachsendes Agrarhandelsdefizit, das die Auslandsverschuldung und damit die Abhängigkeit des Landes von den imperialistischen Mächten verstärkte.

Die Latifundistas nahmen aufgrund ihrer über Jahrhunderte aufrechterhaltenen ökonomischen Vormachtstellung Schlüsselpositionen im politischen Überbau des Landes ein, beeinflussten die Staatspolitik in entscheidendem Maße und konnten so die weitestgehende Konservierung überlebter Produktionsverhältnisse garantieren. Mit der "Sociedad Nacional de Agricultura" (SNA), wörtlich: Nationale Landwirtschaftsgesellschaft, mit der Konservativen und der Liberalen Partei, die sich später zur Nationalen Partei vereinigten, hatten sich die Großgrundbesitzer mächtige politische Organisationen und Interessenvertretungen geschaffen. Dadurch

4 Ebenda, S. 204..

5 Sternberg, Marvin, Distribución del ingreso en la agricultura: el caso de Chile, in: Reformas Agrarias en América Latina, Fondo de Cultura Económica, México, 1965.

6 Vgl. Alcazar, Jorge, Contribución de la agricultura al desarrollo económico y social, in: Boletín informativo, Nr. 31, PLANDES, Santiago de Chile, 1969.

und über ihre Verflechtung mit der nationalen Finanzoligarchie und den Monopolen waren sie als Klasse treue Bündnispartner der ausländischen, vor allem der nord-amerikanischen Imperialisten.⁷

Ihre Kollaborationsbereitschaft mit dem Imperialismus stempelte sie zu Vertretern der extremen chilenischen Reaktion, die sich jeglichem sozialen Fortschritt in den Weg stellten und den Ausverkauf der chilenischen Naturreichtümer an das ausländische Kapital förderten. Über die Beseitigung der Latifundistas als Klasse war die Lösung von nationaler Frage und Agrarfrage auf das engste verknüpft.

Der Grad des Vordringens kapitalistischer Verhältnisse spiegelte sich auch im Entwicklungsstand der agraren Klassenstruktur wider. Obwohl sich die Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft - Bourgeoisie und Proletariat - im chilenischen Agrarsektor bereits herausgebildet hatten, führte die spezifische Art und Weise der kapitalistischen Entwicklung zur Existenz einer Reihe von Zwischenschichten und von Klassen, die in ihrer Entwicklung zu diesen beiden Grundklassen tendierten. So existierte zum Beispiel bereits ein zahlreiches Landproletariat, das 1955 über die Hälfte der in der Landwirtschaft aktiven Bevölkerung ausmachte, wobei der Anteil der "reinen" Proletarier an der Gesamtzahl der aktiven Bevölkerung bereits 29 Prozent betrug und bis 1964 auf 32 Prozent anstieg,⁸ ein Prozeß, der vor allem der zunehmenden Proletarisierung der Halb- und Teilpächter geschuldet war. Trotz der zahlenmäßigen Stärke des Landproletariats waren sein Klassenbewußtsein und seine Klassenorganisation relativ schwach entwickelt. Die übermächtigen Organisationen der Großgrundbesitzer standen die proletarischen Massen der Landbevölkerung mit schwachen, zersplitterten und zum Teil noch in Keimformen befindlichen Klassenorganisationen gegenüber.⁹

Die noch dominierende Klasse im Agrarsektor war die Großgrundbesitzerklasse, die hinsichtlich ihrer ökonomischen und politischen Interessen in tiefe Widersprüche mit allen anderen Klassen und Schichten verwickelt war. Die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft beeinflussten in starkem Maße die grundlegenden politischen Verhältnisse, die Machtverhältnisse, die Existenz und den Charakter des Staates; insofern war die Lösung der Agrarfrage und der sozialen Frage untrennbar verbunden. Die in der chilenischen Landwirtschaft dominierende Großgrundbesitzerklasse wurde somit zum Haupthemmnis für die sozialökonomische Entwicklung des Landes - die Zerschlagung ihrer Macht und ihre Beseitigung als Klasse zu einem objektiven Erfordernis, das im Interesse aller übrigen Klassen der chilenischen Gesellschaft, wenn auch in unterschiedlichem Maße, lag.

Die Dominanz der Latifundistas im Agrarsektor war für die Masse der chilenischen Landbevölkerung mit Ausbeutung und Verelendung verbunden. Indem die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in der Stadt um die Zerschlagung der Latifundista-Herrschaft kämpften, führten sie einen Kampf um die Rechte der Landarbeiter und ihrer natürlichen Bundesgenossen, der Bauern. In diesem gemeinsamen Kampf gegen die Latifundistas festigte sich das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft - Vorbedingung für die Beseitigung der Ausbeuterherrschaft.

7 Cademartori, José, La economía chilena - un enfoque marxista, Ed. Universitaria, Santiago de Chile, 1969.

8 López, Ana María, Cambios ocurridos en la agricultura chilena en el período comprendido entre los censos agropecuarios 1955 y 1965, ICIRA, Santiago de Chile, 1969.

9 Vgl. Affonso, Amino, Movimiento Campesino Chileno, ICIRA, Santiago de Chile, 1970.

schaft in Chile überhaupt. Zwar kann unter Berücksichtigung der realen Entwicklungsbedingungen des Landes festgestellt werden, daß die kapitalistischen Verhältnisse zu diesem Zeitpunkt in der chilenischen Gesellschaft den Sieg errungen hatten. Das gilt auch für den Agrarsektor. Für die weitere kapitalistische Entwicklung jedoch wurden die Großgrundbesitzerherrschaft, die langsame und deformierte Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft und die damit verbundene relative Stagnation dieses Sektors zu einem Haupthemmnis. An diesem Punkte kollidierten die Interessen großer Teile der chilenischen Bourgeoisie mit denen der Latifundistas.

Der Kampf gegen die Großgrundbesitzer als Moment der Interessenübereinstimmung der übrigen Klassen und Schichten der chilenischen Gesellschaft trat besonders unter seinem antiimperialistischen Aspekt hervor. Als Sachwalter ausländischer imperialistischer Interessen hatten die chilenischen Großgrundbesitzer und die von ihnen getragenen Regierungen die Wirtschaft Chiles, vor allem seine Naturreichtümer, Schritt für Schritt an die ausländischen, insbesondere an nordamerikanische Monopole ausgeliefert.

3. Die Agrarreform des christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei: Motive, Ziele, Ergebnisse

Bereits vor Frei, schon unter Alessandri, der von 1958 bis 1964 Präsident war, gab es Bemühungen um die Durchsetzung eines Agrarreformprogramms. Obgleich von seinen Initiatoren sicherlich nicht beabsichtigt, löste dieser Programmpunkt der Alessandri-Administration einen positiven Effekt nur insofern aus, daß in der gesamten chilenischen Nation ein "Agrarreformbewußtsein" gefördert wurde, ein zunehmendes Bewußtwerden darüber, daß die Veränderung der bestehenden Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft die Grundvoraussetzung für den sozialökonomischen Fortschritt der gesamten chilenischen Gesellschaft darstellte.

Jaques Chonchol charakterisierte das treffend, wenn er schrieb: "Die Agrarreform ist heute zu einem Modethema geworden, über das alle Welt spricht ... Ich erinnere daran, daß vor einiger Zeit noch auch in unserem Lande nur das Erwähnen der Agrarreform in gewissen sozialen und politischen Kreisen als purer Kommunismus ausgelegt wurde."¹⁰

In den Auseinandersetzungen im Parlament, in der Presse und auf politischen Veranstaltungen spielte das Thema "Agrarreform" eine immer stärkere Rolle. Es sind hier zwei Prozesse zu unterscheiden: Die zunehmende Überlebtheit der Großgrundbesitzverhältnisse im chilenischen Agrarsektor mit ihren verhängnisvollen sozialen und ökonomischen Konsequenzen als objektiver Prozeß auf der einen und seine Widerspiegelung im gesellschaftlichen Bewußtsein immer breiterer Volksmassen und der sie repräsentierenden politischen Parteien auf der anderen Seite. Das fand seinen Ausdruck in einer echten Volksbewegung für eine tiefgreifende Umwälzung der bestehenden Agrarstruktur; das Thema "Agrarreform" wurde in wachsendem Maße zu einem der Kristallisationspunkte im Klassenkampf, der mit der Präsidentschaftswahl von 1964 einen Höhepunkt erreichte. Sowohl

¹⁰ Chonchol, Jaques, *Razones económicas, sociales y políticas de la Reforma Agraria*, in: Oscar Delgado, *Reformas Agrarias en la América Latina*, Fondo de Cultura Económica, México, 1965, S. 100.

das Wahlprogramm der Christdemokraten als auch das der FRAP¹¹ enthielt ein Projekt für die Durchführung einer umfassenden Agrarreform. Aus dem seitens des Partido Demócrata Cristiano (PDC) und seitens der Rechten mit antikommunistischer Hysterie geführten Wahlkampf ging Eduardo Frei dank der Stimmen der im letzten Moment auf ihn umgeschwenkten Rechten als Sieger hervor. Die Agrarreform der chilenischen Christdemokratie stellt einen der Hauptbestandteile eines Reformprogramms zur forcierten kapitalistischen Entwicklung der chilenischen Gesellschaft dar. Sie wurde nicht isoliert und unabhängig von der allgemeinen Politik konzipiert, sondern ergab sich logisch aus dem Klassencharakter und der daraus ableitbaren Gesamtprogrammatisierung der Christdemokratischen Partei.

In der Führung des PDC überwogen eng mit der mittleren Bourgeoisie verbundene Vertreter des Kleinbürgertums. Die politische Doktrin wie auch die praktischen Aktivitäten der Christdemokratischen Partei zum genannten Zeitpunkt waren der Erkenntnis untergeordnet, daß die politischen Probleme des Landes unter den Bedingungen des Heranreifens einer revolutionären Situation nicht mehr mit den überholten traditionellen Methoden konservativ-liberaler Blockbildung durch die herrschende Oligarchie gemeistert werden können. Gleichzeitig ging es um die Realisierung des aus dem eigenen Klasseninteresse entspringenden Reformprogramms.

Es wurde die Forderung nach einer tiefgehenden, aber gewaltlosen Revolution erhoben. Diese sogenannte "Revolution in Freiheit" sollte nach den Absichten Freis eine Negation der sozialistischen Revolution sein. Dabei waren die reformerischen Bestrebungen auf folgende zentrale Aufgaben gerichtet: Planung der ökonomischen und sozialen Entwicklung, Durchführung struktureller Reformen (Agrarreform und Reformierung des Bildungswesens und des politischen Systems), Förderung der lateinamerikanischen Integration, Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einigen sozialistischen Ländern, industrielle Entwicklung des Landes und Realisierung eines umfangreichen Wohnungsbauprogramms. Das größte Hindernis für die Verwirklichung dieser Maßnahmen bestand darin, daß die imperialistische Herrschaft - die Hauptursache für das Zurückbleiben des Landes - unangetastet blieb.¹²

Dabei war die Haltung der verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei zu diesem Grundkonzept entsprechend ihrem politischen Kolorit unterschiedlich. Die aufgezeigte politische Linie oszillierte zwischen dem pathologischen Antikommunismus eines Juan de Dios Carmonas und einer jungen Gruppe um J. Silva Solar und Jaques Chonchol, die die Verwirklichung der katholischen Ideale eng mit dem Sieg des Sozialismus verknüpft sahen. Tatsache ist, daß die Agrarreformkonzeption der Christdemokratie von den Ideologen des linken Flügels Jaques Chonchol und J. Silva Solar ausgearbeitet wurde und im Rahmen des Gesamtprogramms - als Konzeption - die Maßnahme darstellt, die hinsichtlich ihrer sozialökonomischen Konsequenz am weitesten ging. Die ideologische Grundposition beider Politiker wird aus ihrer Arbeit "Desarrollo sin capitalismo"¹³ ersichtlich. Dort

11 FRAP - Frente de Acción Popular - Gemeinsame Front der KP und der SP für die Präsidentschaftswahlen 1964.

12 Millas, Orlando, Der Reformismus der Christlichen Demokratie - Das chilenische Experiment, in: Probleme des Friedens, Nr. 11/1965, S. 934.

13 Chonchol, J. u. J. Silva, Desarrollo sin capitalismo, hg. v. Nuevo Orden, Caracas 1964, S. 23 ff.

heißt es: "Das kapitalistische System ist durch große Klassenunterschiede charakterisiert, die für eine privilegierte Minorität Reichtümer und Gewinne mit sich bringen, die durch die Arbeit der Gesellschaft geschaffen werden, während die enorme Masse der Armen kaum das Lebensnotwendigste hat . . . Die kapitalistische Gesellschaft kann, einschließlich der Gebiete, wo sie ihre Prosperität erreicht hat, von und aus sich selbst nicht mehr viel erwarten. Ihr historischer Zyklus ist abgelaufen", und weiter: "Der revolutionäre Prozeß ist ein objektiver Prozeß, der, in welcher Variante er sich auch vollziehen mag, für die moderne Gesellschaft den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus beinhaltet". Sie predigten einen "Socialismo comunitario", in dem das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigt oder reduziert ist. "Im Prinzip kann das Recht auf private Aneignung . . . nur dann gerechtfertigt werden, wenn das Privateigentum für das gemeinsame Wohl nützlicher ist als das kollektive oder gesellschaftliche Eigentum. Wenn das Privateigentum uneffektiv wird, verliert es seine Berechtigung." Trotz zum Teil verschwommener Sozialismusvorstellungen gingen diese Anschauungen weit über die christdemokratische Doktrin hinaus und bildeten die ideologische Basis für eine politische Gruppierung, die sich 1969 vom PDC abspaltete und eine eigene Partei gründete, die in der Unidad Popular eine hervorragende Rolle spielt (Chonchol gehörte als Landwirtschaftsminister dem Kabinett Allendes an). Das ist Ausdruck dafür, daß sich die Heterogenität des PDC, die sich bereits bei der Ausarbeitung der politischen Doktrin zeigte, mit der fortschreitenden Polarisierung der Klassenfronten weiter verschärft hatte. Der Widerspruch zwischen politischen Proklamationen und praktischer Politik beschleunigte den Prozeß der inneren Differenzierung in der Partei und führte ihren linken Flügel in das Lager der Kräfte, die später die "Unidad Popular" gründeten, ein Prozeß, der letztlich durch die Auseinandersetzungen um die Agrarreform ausgelöst wurde und das Lager der chilenischen Reaktion entschieden schwächte.

Die Agrarreformkonzeption der Christdemokratie als Regierungsprogramm stellte in bezug auf die Veränderung des Eigentumssystems im Agrarsektor die Umverteilung des Eigentums an Grund und Boden in den Mittelpunkt. Auf dieser Basis wurden von den Agrarreformexperten des PDC, die überwiegend Vertreter des linken Parteiflügels waren, die zentralen Linien für die chilenische Agrarreform ausgearbeitet:

- Die Agrarreform muß einen massiven, schnellen und drastischen Prozeß zur Umverteilung der Boden- und Wassernutzungsrechte beinhalten und das Lati-fundiensystem beseitigen.
- Die Agrarreform muß die politische Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung haben, das heißt, es müssen die politischen Bedingungen geschaffen werden, damit die Agrarreform möglich wird.
- Angesichts der gewaltigen Investitionen, die für eine erfolgreiche Realisierung der Agrarreform nötig sind, gilt: Je mehr an Entschädigungen für das enteignete Land gezahlt wird, desto geringer sind die Chancen für den Erfolg der Reform.
- Für die nötigen Investitionen muß höchste Effektivität gesichert werden.
- Verzicht auf Schemata, Gewährung einer Pluralität von Lösungsmöglichkeiten, die den konkreten Situationen angepaßt sind.
- Je mehr Institutionen mit der Realisierung der Agrarreform betraut werden, desto weniger effektiv und desto ungeordneter wird sich der Prozeß vollziehen.

- Die Agrarreform muß integrierender Bestandteil eines generellen wirtschaftlichen Entwicklungsplanes sein. 14

Diese von Vertretern ihres linken Flügels ausgearbeitete Agrarreformkonzeption der Christdemokratie trägt eine Reihe von progressiven Zügen, auf die noch eingegangen wird. Diese Tatsache wurde von der PDC-Führung ausgiebig dazu genutzt, die wahren Ziele ihres Programmes - forcierte Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse - und seine objektiven Konsequenzen - verschärfte Ausbeutung des chilenischen Volkes - zu verschleiern und die Massen zu illusionieren.

Die Motivierung der christdemokratischen Agrarreform darf jedoch nicht einseitig aus der politischen Doktrin des PDC erklärt werden. Zwei weitere Momente spielten eine wesentliche Rolle: Erstens fiel das Erstarken der Christdemokratie, ihre spätere Machtübernahme und damit die Möglichkeit der Propagierung und Inangriffnahme einer Reformkonzeption zur Sicherung der kapitalistischen Entwicklung in Chile zeitlich mit einer Veränderung der Lateinamerika-Strategie des USA-Imperialismus zusammen. Das war keine zufällige, sondern eine zwangsläufige Erscheinung. Der Reformismus in Chile kann nicht losgelöst vom dominierenden Einfluß, den der Yankee-Imperialismus im gesellschaftlichen Gesamtverlauf der lateinamerikanischen Völker ausübt, betrachtet werden. Unter den konkreten historischen Bedingungen der sechziger Jahre schien der Reformismus der in ganz Lateinamerika erstarkten christdemokratischen Bewegung für die USA die am meisten erfolversprechende Konzeption zur Sicherung ihres politischen und ökonomischen Einflusses in den lateinamerikanischen Ländern zu sein.

Die stärkste Beispielwirkung ging von Freis chilenischem Experiment aus; deshalb wurde es von den USA besonders gefördert. Einen günstigen Rahmen hierfür bot die 1961 ins Leben gerufene "Allianz für den Fortschritt" (Alianza para el progreso). Einer der zentralen Punkte der "Allianz" bestand in der Förderung von Programmen einer umfassenden Agrarreform, die auf eine wirksame Veränderung der Besitzstruktur und der ungerechten Systeme des Grundbesitzes und der Bodennutzung orientierten, um das System der Latifundien und Minifundien durch gerechte Eigentumsverhältnisse zu ersetzen. 15

Zweitens ging es den Christdemokraten mit ihrer Agrarreform darum, einer echten Agrarrevolution, etwa nach kubanischem Beispiel, zuvorzukommen.

Der Kampf gegen die Latifundistas und die Forderung nach Übergabe des Bodens an die, die ihn bearbeiten, war von Anfang an Bestandteil der Programme sowohl der Kommunistischen als auch der Sozialistischen Partei Chiles, die sich damit erneut als die echten Interessenvertreter der breiten Masse der chilenischen Landbevölkerung erwiesen. Die Frage der Agrarreform, die in allen Schichten der chilenischen Gesellschaft Widerhall fand, ist zuerst von den Kommunisten mit allem Nachdruck verfochten worden. 16

14 Ebenda, S. 117 - 119.

15 Baltra, Alberto, Die Ergebnisse der Allianz für den Fortschritt, in: Semesterbericht des Lateinamerika-Instituts der Universität Rostock, 2/1965, S. 29.

16 Vgl. Avendano, Enrique, Den Boden denen, die ihn bearbeiten - Bauernbewegung in Chile, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 11/12, 1968, S. 1321.

Das Hauptziel der christdemokratischen Agrarreform bestand in der Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung der chilenischen Landwirtschaft, die mit dem Weiterbestehen des bisherigen Latifundio-Minifundio-Systems unvereinbar war. Es ging nicht um die Beseitigung dieses Systems, sondern um seine Anpassung an die Erfordernisse einer beschleunigten kapitalistischen Entwicklung. Der traditionelle Latifundist sollte eliminiert und in einen kapitalistischen Unternehmer verwandelt werden.

Mit der Verteilung von Land an 100 000 Bauernfamilien, die sich vorrangig nach der Konzeption des "selbständigen Familienbetriebes" entwickeln sollten, wurde beabsichtigt, der "Gefahr" einer echten Agrarrevolution vorzubeugen, der "Democracia Cristiana" eine politische Massenbasis auf dem Lande zu sichern und über eine gewisse Verbesserung der Lebenslage der Bauernmassen den inneren Markt zu erweitern.

Unfähig, das zutiefst reaktionäre Wesen des Latifundiosystems und den reaktionären Charakter der Latifundistaklasse zu erkennen, unterschätzten die Christdemokraten das Beharrungsvermögen der alten agraren Machtstruktur. Sie glaubten, auf die radikale Zerschlagung des Latifundiosystems verzichten und die Latifundistas mit "sanfter Gewalt", mit gesetzlichen Bestimmungen, die mehr appellierenden als zwingenden Charakter trugen, ihrer gezielten kapitalistischen Metamorphose unterziehen zu können.¹⁷

Die Basis der neuen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft sollten hocheffektive, intensiv bewirtschaftete Großbetriebe bilden, um die sich die durch die Verteilung des enteigneten Landes entstandenen kleinen Wirtschaften gruppieren. Was als "Enteignung" deklariert wurde, stellte eine "Befreiung" der potentiellen kapitalistischen Großbetriebe von dem ökonomischen Ballast riesiger extensiv bewirtschafteter Flächen minderer Qualität dar. Mit der dafür erhaltenen Entschädigung wurden den Großgrundbesitzern Mittel in die Hände gegeben, die in anderen Zweigen investiert werden konnten. Der traditionelle Latifundist würde so verschwinden, hinsichtlich seiner sozialökonomischen Stellung in der Gesellschaft eliminiert werden und sich in einen Kapitalisten verwandeln.

Von den jungen Vertretern des linken Flügels der Christdemokratie konzipiert, trug besonders das Agrarreformgesetzwerk eine Reihe von progressiven Zügen:

Das Prinzip der Unverletzlichkeit des Privateigentums wurde angetastet, die Möglichkeit einer genossenschaftlichen Entwicklung des reformierten Bereiches wurde eingeräumt. Mit der Verabschiedung eines Gesetzes über die gewerkschaftliche Organisation der Landbevölkerung (Sindicalización Campesina) ergaben sich legale Möglichkeiten für die politische Mobilisierung der Landbevölkerung.¹⁸

Hinsichtlich ihres potentiellen Beitrages zu einer echten Lösung der Agrarfrage war dieses Gesetz wohl die progressivste legislative Maßnahme der chilenischen Christdemokratie. Indem die "Democracia Cristiana" die Bildung von bäuerlichen Gewerkschaften gesetzlich sanktionierte, verfolgte sie zwei Ziele: Erstens ging es ihr darum, die Bauern- und Landarbeitermassen über ihre Gewerkschafts-

17 Vgl. Voigt, Arnold, Die Agrarfrage in Chile und die Agrarreform der chilenischen Christdemokratie, Dissertation A, Sektion Außenwirtschaft, Hochschule für Ökonomie, Berlin, 1971, S. 177.

18 Vgl. CUT, Documento de Discusión, Análisis de la Ley de Sindicalización Campesina Nr. 16.625 de 29. de Abril, 1967, V. Kongreß der "Central Unica de Trabajadores" (CUT), 20. - 24. 11. 1968, Santiago.

ganisationen politisch im christdemokratischen Sinne zu mobilisieren und sich eine Massenbasis auf dem Lande zu schaffen. Dahinter verbarg sich - zweitens - zweifellos die Einsicht, daß selbst einer bescheidenen bürgerlichen Agrarreform ein Erfolg versagt bleiben muß, wenn den Reformbestrebungen von oben - durch die Regierung - nicht der politische Druck der organisierten und mobilisierten Bauernmassen entgegenkommt und ein Gegengewicht zu den übermächtigen Interessenverbänden und politischen Parteien der Landoligarchie bildet.

Durch diesen Prozeß wurden die Bedingungen dafür geschaffen, daß die werktätigen Schichten auf dem Lande die gewerkschaftliche Organisation als scharfe Waffe im Kampf um die Erringung der ökonomischen und sozialen Grundrechte nutzen konnten. Unter der Bedingung, daß die Masse der Industriearbeiter bereits in einer das ganze Land umfassenden Gewerkschaftszentrale, Central Unica de Trabajadores (CUT), organisiert war, in der die marxistischen Parteien einen dominierenden Einfluß ausübten, die in vielen Klassenauseinandersetzungen ihre Kampfkraft bewies und reiche Erfahrungen sammeln konnte, wurde ein Großteil der ländlichen Gewerkschaftsorganisationen sehr bald Bestandteil der mächtigen nationalen Gewerkschaftsbewegung, die den ökonomischen Kampf mit dem politischen Kampf zur Durchführung einer echten Agrarreform und zur Beseitigung des bestehenden Ausbeutungssystems verband.

Betrachtet man die Ergebnisse der christdemokratischen Agrarreform im Zeitraum von 1967 bis 1970 in bezug auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse im chilenischen Agrarsektor, so vermitteln die nüchternen Zahlen das folgende Bild.

Bezogen auf die Verhältnisse des Großgrundbesitzes, wurden enteignet:

13,5 Prozent der Betriebe,

21,0 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche,

33,9 Prozent der bewässerten Fläche,

und Boden verteilt an

11,9 Prozent der landarmen und landlosen Familien.¹⁹

Damit wird offensichtlich, daß die Agrarreform der Frei-Regierung weder einen massiven noch einen drastischen, noch einen schnellen Prozeß der Umgestaltung der chilenischen Agrarstruktur darstellt. Die Dominanz des Latifundismus blieb, soweit die Zahlen davon Zeugnis ablegen können, erhalten. Neben der unmittelbaren Enteignung und der Verteilung von Land wirkte die Agrarreform jedoch auch in einer zweiten Richtung: Mit dem Druckmittel einer möglichen Enteignung bei schlechter Bewirtschaftung ihrer Ländereien wurde den bisher nicht enteigneten Großgrundbesitzern ein Anstoß für die Effektivierung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf kapitalistische Art und Weise gegeben. Die Agrarreform beschleunigte die Umwandlung der traditionellen Großgrundbesitzerwirtschaften in moderne kapitalistische Betriebe und die Entstehung eines mit der Landwirtschaft verbundenen industriellen und Dienstleistungssektors. Das ist nicht nur das Ergebnis des indirekten Drucks der Regierung auf die ökonomisch uneffektiven Betriebe, sondern auch Folge der Privilegierung der mittleren und großen Betriebe in der Investitions- und vor allem der Kreditpolitik durch diese Regierung.

¹⁹ Vgl. Voigt, Arnold, a. a. O., S. 192.

4. Auswirkungen der Agrarreform auf die Entwicklung einer revolutionären Situation

Die kapitalistische Modernisierung der Latifundien, verbunden mit der gesetzlichen Sanktionierung ländlicher Gewerkschaftsorganisationen und eingebettet in den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozeß, führte zu einer qualitativ neuen Situation im Klassenkampf auf dem Lande, der zunehmend zu einem Motor der Klassenauseinandersetzungen in der chilenischen Gesellschaft wurde. Das betrifft sowohl die Stärkung der um Allende gruppierten Linkskräfte als auch die Zuspitzung der konträren Positionen innerhalb der PDC und zwischen dieser und der reaktionären Nationalen Partei. Eine wesentliche Voraussetzung dafür war, daß die KP Chiles geradezu beispielhaft an die Frage des Verhältnisses der marxistischen Kräfte zu einer bürgerlichen Reformkonzeption heranging, indem sie bei Verfechten einer prinzipiellen marxistisch-leninistischen Strategie eine flexible Taktik im Klassenkampf gegenüber dem christdemokratischen Reformkurs im allgemeinen und gegenüber der Agrarreform der Frei-Regierung im besonderen anwendete.

Das Verhalten der chilenischen Kommunisten zu dem christdemokratischen Reformweg war also der strategischen Linie der Partei untergeordnet, die im Programm der KP mit den folgenden Worten umrissen ist:

"Die Kommunisten kämpfen dafür, die Mehrheit des Landes, die Opfer des kapitalistischen Regimes ist, zu vereinen, um in einer ersten Etappe auf dem Wege der antiimperialistischen und antioligarischen Revolution vorwärts zu schreiten und im Verlauf der Umgestaltungen, die sie durchführen wird, den Weg zu öffnen für den Übergang zu neuen Produktionsverhältnissen, zum Sozialismus."²⁰

Im Kern der Sache ging es also zunächst um die Aktionseinheit aller antiimperialistischen, antioligarischen und demokratischen Kräfte, und zwar im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft, wobei das Bündnis zwischen Kommunisten und Sozialisten die tragende Säule dieser Einheit darstellte. Die Möglichkeit, den Mechanismus der parlamentarischen Demokratie für die Eroberung der Macht durch das Volk auszunutzen, kennzeichnet den zweiten strategischen Aspekt, den Weg zur Machtübernahme. Aus dieser strategischen Linie resultierte die Politik der chilenischen Kommunisten den christdemokratischen Reformen gegenüber. Dabei wurden grundlegende marxistische Erkenntnisse schöpferisch angewendet, die unter den konkreten historischen und politischen Bedingungen in Chile erneut ihre Lebensfähigkeit bewiesen. Ausgangspunkt ist die Leninsche Erkenntnis vom Doppelcharakter der bürgerlichen Reformen: "Jede Reform ist eben nur insoweit eine Reform (und keine reaktionäre bzw. keine konservative Maßnahme), als sie einen gewissen Schritt, eine 'Etappe' zum Besseren bedeutet. Aber jede Reform in der kapitalistischen Gesellschaft hat einen doppelten Charakter. Die Reform ist ein Zugeständnis, das die herrschenden Klassen machen, um den revolutionären Kampf aufzuhalten, zu schwächen oder zu unterdrücken, um die Kraft und Energie der revolutionären Klassen zu zersplittern, ihr Bewußtsein zu trüben usw."²¹

²⁰ Aus "Programa del Partido Comunista de Chile", These 3, beschlossen vom XIV. Parteitag der KP Chiles im November 1969, als Broschüre veröffentlicht, Santiago, 1969.

²¹ Lenin, W. I., Offener Brief an Charles Naine, in: Werke, Bd. 12, Berlin 1959, S. 230 - 231.

Deshalb sagten die chilenischen Kommunisten dem Reformismus den entschiedenen Kampf an. Andererseits erkannten sie jedoch, daß der Widerstand gegen jegliche Reformen für die Revolutionäre nie eine richtige Taktik gewesen ist, denn die Reformen können gegen die Revolution, aber auch gegen den Reformismus, für die Entwicklung der revolutionären Kämpfe um die Macht genutzt werden.²²

Lenin spricht von der Möglichkeit und Notwendigkeit, auf revolutionäre Weise für Reformen zu kämpfen. Für ihn ist der Gegensatz von Reform und Revolution nicht absolut, zwischen beiden bestehen keine toten Grenzen, "sondern eine lebendige, bewegliche Grenze, die man in jedem einzelnen konkreten Fall zu bestimmen verstehen muß."²³ Diesem Hinweis Lenins maßen die chilenischen Kommunisten vor allem unter vier Aspekten Bedeutung zu:

1. Diese Reformen können auf eine Besserung der Lage der Werktätigen im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zielen: "Es wäre ganz und gar falsch anzunehmen, daß wir, um für die sozialistische Revolution unmittelbar zu kämpfen, den Kampf für Reformen fallenlassen müssen oder dürfen ... Jede Besserung, jede wirkliche Besserung in der Lage der Massen ... müssen wir unterstützen."²⁴
2. Unter Ausnutzung der bürgerlich-demokratischen Verhältnisse kann der Kampf um Reformen sowohl zur Festigung und Erweiterung der demokratischen Errungenschaften der Massen, als auch zur Propagierung des eigenen revolutionären Programmes genutzt werden: "Man ist sehr oft gezwungen, durch die Verhältnisse einer bürgerlichen Demokratie, zu einer Unmasse von kleinen und kleinsten Reformen Stellung zu nehmen, aber man muß es verstehen oder es erlernen, für die Reformen so (auf solche Weise) Stellung zu nehmen, daß wir ... in jeder halbstündigen Rede fünf Minuten von den Reformen, 25 von der kommenden Revolution sprechen."²⁵
3. Der Kampf um die Durchsetzung von Reformen kann die Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche beschleunigen und zum Heranreifen einer revolutionären Situation führen, dann können die Reformen zur Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes ausgenutzt werden. Die Auseinandersetzungen um die chilenische Agrarreform haben das augenfällig bewiesen.
4. Der Kampf um demokratische Reformen ist ein Moment, das die Einigung breiter Schichten der Bevölkerung für eine weitergehende antiimperialistische und antioligarische Zielstellung begünstigt.

In bezug auf die chilenische Agrarreform können solche die Klassenseinandersetzungen verschärfenden Effekte zum Beispiel aus folgenden Prozessen abgeleitet werden:

1. Zunehmende Proletarisierung der Landbevölkerung.

Die Effektivierung der Großbetriebe durch verstärkten Technikeinsatz und durch Anwendung neuer arbeitssparender Anbaumethoden erhöhte die massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften, die es schon unter den bis dahin vorhandenen Produk-

²² Vgl. Delgado, A., Der moderne Reformismus in Lateinamerika, in: Probleme des Friedens, Nr. 7/1967.

²³ Lenin, W. I., Zum Jubiläum, in: Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 100.

²⁴ Lenin, W. I., Prinzipielles zur Militärfrage, in: Werke, Bd. 23, Berlin 1960, S. 158.

²⁵ Ebenda, S. 159.

tionsverhältnissen gab. In der generellen Tendenz der zunehmenden Proletarisierung der Landbevölkerung - Ergebnis der durch die Agrarreform geförderten kapitalistischen Entwicklung - müssen zwei Richtungen unterschieden werden:

a) Einer Gruppe von bisher ständig im Latifundium-Bereich Beschäftigten (Pächtern) gelang es, auch unter den neuen Bedingungen eine relativ stabile Beschäftigung als Lohnarbeiter zu finden, sich gewerkschaftlich zu organisieren, mit diesen Organisationen der neuen Agrarkapitalistenklasse gegenüberzutreten, höhere Löhne, gesicherte Arbeitsplätze und Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen durchzusetzen.

b) Gleichzeitig damit vergrößerte sich sprunghaft die bereits bestehende Gruppe der Saisonarbeiter und Arbeitslosen, für die die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation erschwert oder verschlossen war, da sie weder festen Arbeitsplatz noch Wohnsitz nachweisen konnten. Auch diese Situation verschärfte die sozialen Spannungen auf dem Lande, führte zu Konflikten und willkürlichen Besetzungen von Gütern. Der Bevölkerungsdruck auf die Städte schwoll an. Die durch die kapitalistische Entwicklung des Agrarsektors erzeugten sozialen Spannungen übertrugen sich auf die gesamte Gesellschaft, erzeugten neue und förderten bereits bestehende Konfliktsituationen im gesellschaftlichen Gesamtsystem Chiles.

2. Wachsende Organisiertheit der Bauern und Landarbeiter.

Der Klassenkampf auf dem Lande war in Chile zunächst dadurch gekennzeichnet, daß die Klassenorganisationen der Landarbeiter und Bauern relativ schwach waren, während sich die Großgrundbesitzer mächtige Interessenvertretungen geschaffen hatten. Die Latifundistas verstanden es, den organisatorischen Zusammenschluß aller von ihnen direkt abhängigen oder beeinflussbaren Schichten zu verhindern. Die ersten Landarbeitergewerkschaften wurden 1925 im "Valle de Choapa" mit Hilfe der KP gegründet, dazu kam in Patagonien eine von der Sozialistischen Partei ins Leben gerufene Gewerkschaft der Arbeiter in den großen Viehzuchtbetrieben. Das Verdienst beider Parteien besteht vor allem in der Schaffung erster Organisationsformen unter den völlig entrechteten Indios der Mapuche-Reservate. Unter der 1938 an die Macht gekommenen Volksfrontregierung erlebte die bäuerliche Gewerkschaftsorganisation einen ersten Höhepunkt. Der Sturz dieser Regierung durch die Großgrundbesitzer führte praktisch zum Verbot aller Bauerngewerkschaften, die erst 1947 wieder legalisiert wurden.²⁶ Unter dem Vorwand, die von der ILO geforderte Gleichstellung von Land- und Industriearbeitern bezüglich des Aufbaues von Gewerkschaften durchsetzen zu wollen, setzte Präsident Gabriel Gonzales Videla am 29. Juni 1947 Gesetz Nr. 8.811 in Kraft. Dieses Gesetz war in allen entscheidenden Bestimmungen durch den rechten Flügel der Radikalen Partei des Präsidenten und durch Konservative und Liberale geprägt worden.²⁷ Die gesetzlichen Bestimmungen waren jedoch selbst nach den Worten des christdemokratischen Ministers Tayer "diskriminierend" und "ungerecht", so daß die ländliche Gewerkschaftsbewegung kaum praktische Bedeutung erlangen konnte.²⁸ Das Gesetz enthielt Einzelbestimmungen, die die

²⁶ Barracough, Solon, Rol de las organizaciones agriarias en la planificación e implementación de programas de desarrollo rural, ICIRA, Santiago, 1969, S. 6.

²⁷ Vgl. Eßler, Klaus, Agrarreform ein Machtproblem. Zum Herrschaftssystem der Landherren in Chile, in: Probleme der Entwicklungsländer, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover, Nr. 39, 1970, S. 37.

²⁸ Tayer, W., Trabajo, Empresa y Revolución, Santiago, 1969, S. 25.

Bildung von Gewerkschaften ebenso wie Streiks fast unmöglich machten. Landarbeitergewerkschaften konnten sich nur dann bilden, wenn in einem Betrieb mindestens 20 Arbeiter dies wünschten. Diese mußten nicht weniger als 40 Prozent der Gesamtarbeiterzahl des Gutes repräsentieren, über 18 Jahre alt und mindestens ein Jahr dort beschäftigt sein. Von den 20 Interessenten mußten 10 lesen- und schreiben können. Mittel der Gewerkschaft durften nicht für Honorare oder andere Bezahlungen verwendet werden, die im Zusammenhang mit dem Syndikat und seinen Zielsetzungen standen. Durch diese Bestimmung wurde den Landarbeitergewerkschaften jede Möglichkeit genommen, sich technisch und rechtlich beraten zu lassen. Pro Jahr war nur ein Streik erlaubt, gestreikt werden durfte nur dann, wenn auf dem Feld keine wichtigen Arbeiten zu verrichten waren. Erfahrungsgemäß wurden die Gewerkschaftsführer nach den Streiks entlassen und fanden aufgrund der "Solidarität" der Landherren keine Arbeit. Kein Syndikat durfte mit einem anderen verbunden sein. Der Aufbau regionaler oder nationaler Verbände war verboten. 29

Dieses Gesetz verurteilte die Landarbeiterorganisationen zur Ohnmacht und zur Einflußlosigkeit. Nach bescheidenen Anfangserfolgen stagnierte die Entwicklung der ländlichen Gewerkschaftsbewegung über einen langen Zeitraum. Im Jahre 1955 gab es 22 Landarbeitergewerkschaften mit 1 877 Mitgliedern. Bis 1964 war die Zahl der Mitglieder der inzwischen 24 Verbände auf 1 658 zurückgegangen. 30

Im Jahre 1961 entstand mit der "Federación de Campesinos e Indígenas" durch die Fusion verschiedener kleinerer Gruppen ("Federación de Trabajadores Agrícolas", "La Asociación Nacional Indígena", "Asociación Nacional de Agricultores" und "Frente de Organizaciones de la Tierra") die erste größere marxistische Landarbeitergewerkschaft. Zu dieser Zeit wurde auch eine christliche Gewerkschaftsorganisation gegründet. In Streiks, bei der Besetzung von Gütern und bei der Durchsetzung staatlicher Hilfsmaßnahmen errangen diese Organisationen erste, wenn auch noch bescheidene Erfolge.

Ein Beispiel für erfolgreichen Klassenkampf lieferten die Indios Südchiles in den Jahren 1961 bis 1965. Im Jahre 1961 besetzten Mapuches der Reservation "Los Lolocos" Land, das ihnen früher gehört hatte. Dieses Beispiel machte auch in anderen Provinzen Schule, so daß die Indios 20 000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche zurückerlangten. Alles das waren jedoch Einzelaktionen, die sporadischen Charakter trugen und die Grundfesten der Großgrundbesitzerherrschaft nicht erschütterten. Diese Schwäche hat verschiedene Ursachen. Das Vorhandensein proletarischer und halbproletarischer Schichten stellt zweifellos eine beträchtliche revolutionäre Potenz dar. Diese Schichten waren jedoch weiterhin eine recht passive Kraft, die die Notwendigkeit des Kampfes zwar spontan erkannten, aber in ihrem gesamten gesellschaftlichen Bewußtsein äußerst rückständig blieben. Als Verbündete der Arbeiterklasse auf dem Lande kann man sie bis heute lediglich nach ihrer Stellung in der Produktion betrachten, während ihr Klassenbewußtsein noch wenig entwickelt ist. Die paternalistische Struktur des Latifundiums, die übergroße Abhängigkeit der Landarbeiter von den Latifundistas, der Druck dieser Klasse auf den Staatsapparat zur Verhinderung der klassenmäßigen Organisation der Bauern, räumliche Isoliertheit und mangelnde Kommunikation sind die Ursachen dafür. Auch die relativ schwache Entwicklung des Kapitalismus, dem praktisch ein großer innerer Arbeitsmarkt fehlt, hat dazu bei-

29 Vgl. CIDA, a. a. O., S. 34, 200.

30 Ebenda.

getragen. Eine Rolle spielt auch die bewußte Aufrechterhaltung der religiösen und standesmäßigen Bindungen seitens der Ausbeuterklassen.

Das Landproletariat, die proletarischen Zwischenschichten und die Kleinbauern als potentielle Träger einer Agrarrevolution stellten in Chile noch keine geschlossene politische Kraft dar. Es fehlten vor allem Organisiertheit und eine straffe politische Führung. Zu dieser geringen politischen Organisiertheit der Landbevölkerung steht die Wahlrechtseinschränkung in engem Zusammenhang. Artikel 7 der Verfassung von 1925 legte fest, daß Personen mit vollendetem 21. Lebensjahr, die "lesen und schreiben" können, wahlberechtigt sind.³¹ Damit waren die Unterschichten des Landes weitgehend von den Wahlen ausgeschlossen. Bis 1952 - und in geringerem Ausmaße bis 1958 - kümmerten sich Reform- und revolutionäre Parteien relativ wenig um die Landbevölkerung, ihr geringes Stimmpotential mag dabei keine unwesentliche Rolle gespielt haben.

Die Sozialistische und die Kommunistische Partei stützten sich vorwiegend auf das Stadtproletariat (Kohle-, Kupfer- und Salpeterbergbau) und hatten der Arbeit unter der Landbevölkerung bis Ende der fünfziger Jahre zuwenig Augenmerk geschenkt. Die Radikale Partei war durch die Interessenlage der Landbesitzer im Süden Mittelchiles gebunden, die einen bedeutenden Einfluß in der Parteiführung besaßen. In dieses Vakuum stieß energisch der PDC, der versuchte, die Landbevölkerung parteipolitisch zu integrieren. Die Verschärfung der Auseinandersetzungen um die Agrarreform, die verstärkten Aktivitäten der politischen Parteien auf dem Lande (PDC, KP und SP) und vor allem der Erlaß des Gesetzes über die "Sindicación Campesina" hatten einen beträchtlichen Aufschwung vor allem der ländlichen Gewerkschaftsorganisation zur Folge. Die Mitgliederzahlen spiegeln diesen Trend wider: Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter und Bauern stieg von 1 658 im Jahre 1964 auf über 10 600 im Jahre 1966 und auf 127 000 bis zum Juni 1970.³²

Dabei ist die politische Orientierung aus der Zugehörigkeit zu einer der drei Konföderationen abzuleiten. Die Mitgliedschaft schlüsselte sich 1969 und 1972 wie folgt auf³³:

	1969	1972
a) "El Triunfo Campesino" (von der Regierung gefördert)	39 300	62 000
b) "Ranquil" (von den marxistischen Parteien KP und SP geführt)	18 300	132 000
c) "La Libertad" (von der Kirche ins Leben gerufen, dem PDC nahestehend)	17 400	43 800 ³⁴

³¹ Vgl. Constitución Política de la República de Chile, Santiago 1969, S. 5 und 13.

³² Reforma Agraria Chilena 1965 - 1970, Santiago, 1971, S. 26.

³³ Vgl. Arroyo, G. u. S. Gómez, Una etapa conflictiva en la Reforma Agraria, in: Mensaje, Nr. 183/184, Santiago, 1969, S. 476.

³⁴ Echenique, Jorge, El caracter y los resultados de la acción de la Junta en la agricultura chilena, in: Documentos y materiales económicos, Nr. 8, 1977, Sekretariat der Unidad Popular, Berlin.

Dennoch war der größte Teil der Landarbeiter, vor allem die Saisonarbeiter, noch nicht von der gewerkschaftlichen Organisation erfaßt. Zu erwähnen sind noch die von der Regierung ins Leben gerufenen "Komiteés der kleinen Landwirte" (Comites de pequeños agricultores) mit 71 000 Mitgliedern (1970), die aber im Klassenkampf eine untergeordnete Rolle spielten.

3. Sprunghaftes Anwachsen der sozialen Konflikte auf dem Lande.

Die Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen auf dem Lande wird durch die folgenden Zahlen über das Anwachsen der sozialen Konfliktsituationen in landwirtschaftlichen Großbetrieben ersichtlich:

Jahr	Art der Konflikte		
	Pliegos de Peticiones ³⁵	Streiks	gewaltsame Besetzungen
1964	31	39	-
1965	395	142	13
1966	526	586	18
1967	1 167	693	9
1968	1 852	647	26

Quelle: Affonso, A. / Klein, E. / Ramirez, P. / Gómez, S., *Movimiento Campesino Chileno*, hg. v. Instituto de Capacitación e Investigación de Reforma Agraria, Santiago 1970.

Anlässe für das Zustandekommen eines Konfliktes gab es in großer Zahl: Forderungen nach höheren Löhnen, Proteste gegen willkürliche Entlassungen, Verstöße gegen die Sozialgesetzgebung seitens des Eigentümers oder Proteste gegen Gerichtsurteile, die die Landarbeiter benachteiligten. Als wirksamste Waffe erwies sich die gewaltsame Besetzung eines Betriebes; von dieser Kampfform machten die Landarbeiter massenhaft in den Jahren 1969 und 1970 Gebrauch.

4. Der zunehmende politische Charakter der Konflikte.

Mit Ausnahme weniger Gutsbesetzungen durch die Indios des Südens, die sich direkt gegen das bestehende Eigentumssystem richteten, trugen die Konflikte der Landarbeiter in ihrer ersten Phase vorwiegend einen ökonomischen Charakter. Es ging ihnen mehr um höhere Löhne und um die Sicherheit des Arbeitsplatzes als um die Infragestellung der existierenden agraren Eigentumsstruktur. In dem Maße, wie sich diese Konflikte jedoch häuften, in immer kürzeren Abständen wiederkehrten, eine immer größere Basis und einen höheren Grad der Organisiertheit erlangten und sich auf das ganze Land erstreckten, verloren sie ihren engen ausschließlich ökonomischen Charakter und erlangten eine neue Qualität: Sie richteten sich gegen die bestehenden Agrarstrukturen. Die ländlichen Gewerkschaften repräsentierten einen neuen politischen Machtfaktor, der mit Ve-

35 "Pliego de Petición" - wörtlich Bittschrift: schriftlicher Antrag der Arbeiter eines Gutes an den Eigentümer, in dem ein gesetzwidriger Zustand in Bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgezeigt und seine Beseitigung gefordert wird. In den wenigsten Fällen kam es zu einer Einigung, so daß das Arbeitsgericht eingeschaltet werden mußte, das oft gegen die Arbeiter entschied oder die Entscheidung monatelang hinauszögerte. Der P. de P. wird damit zur ersten Etappe eines sozialen Konflikts, der sich über Streiks und Besetzung fortsetzt und erst mit der Enteignung eine Lösung findet.

hemen in die Klassenauseinandersetzungen eingriff, sie verschärfte, neue Konflikte und Spannungen hervorbrachte und diese in die gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen hineintrug. Es handelte sich nicht mehr um isolierte Konflikte der Arbeiter eines Gutes oder einer kommunalen Gewerkschaft, sondern um breite Aktionen, die ganze Regionen und Provinzen erfaßten und sich über das ganze Land ausbreiteten. Das zeigte sich ganz deutlich bei den Konflikten im Juni 1969, die schlagartig eine große Zahl von Gütern in La Serena, Provinz Coquimbo, erfaßten. Die Auseinandersetzung begann mit einem kollektiven "Pliego de Petición", der nicht erfüllt wurde und dann zum Streik, zur Besetzung der Güter, zur Errichtung von Barrikaden und zur Zerstörung der Zufahrtswege führte. Während die Regierung die Polizei eingreifen ließ, kamen den Landarbeitern und Bauern Arbeiter und Studenten aus den Städten zu Hilfe.

Die neue Qualität äußerte sich darin, daß die Landarbeiter und Bauern in ihren Auseinandersetzungen mit den Unternehmern eine immer wirksamere Unterstützung seitens der Arbeiter und Studenten aus den Städten erhielten. Aus den gemeinsamen Klasseninteressen erwuchs und im vereinten Kampf festigte sich das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, unterstützt von breiten Sektoren der revolutionären Intelligenz.³⁶ Ausdruck für die gewachsene politische Reife dieses Bündnisses war die Teilnahme von Landarbeitern und Bauern an der Niederschlagung des reaktionären Militärputsches vom Oktober 1969.

5. Die Konfrontation zwischen der Reformpolitik der Regierung und den Agrarkapitalisten.

Die Ursachen dafür sind komplexer Natur. Es kam zu einer großen Zahl willkürlicher Enteignungen, die vorwiegend solche Großgrundbesitzer betrafen, die politisch in Opposition zur Regierung standen (Mitglieder des Partido Nacional). Außerdem beinhaltete das Agrarreformgesetz eine Reihe von Bestimmungen, wie zum Beispiel die Enteignung beim Vorhandensein einer sozialen Konfliktsituation auf einem Gut, die den Interessen der Unternehmer widersprachen. Kapitalistische Modernisierung der Betriebe bedeutete Technisierung der Agrarproduktion und damit Massenentlassungen. Gleichzeitig wurde versucht, die Produktionskosten zu Lasten der Löhne und sozialen Bedingungen der Landarbeiter zu senken. Dem widersetzten sich die erstarkenden Gewerkschaften, es kam zu monatelangen Streiks, Prozessen vor den Arbeitsgerichten und damit zur Erfüllung des Tatbestandes einer "Konfliktsituation". Besetzung und Enteignung des Gutes waren die Folge.

Auch die Preispolitik der Regierung stieß auf Widerstand. Während die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise relativ konstant gehalten wurden, mußten die Unternehmer steigende Preise für landwirtschaftliche Inputs zahlen. Das Ergebnis dieses widerspruchsvollen Prozesses der kapitalistischen Entwicklung des Agrarsektors besteht darin, daß die Klasse, die von der Regierung zielgerichtet unterstützt wurde und von der die Frei-Regierung hoffte, daß sie zum Hauptträger ihres Reformprogrammes auf dem Lande werden möge, zu einem entschiedenen Gegner der christdemokratischen Politik wurde. Als Reaktion auf den Druck der sich sprunghaft entwickelnden bäuerlichen Gewerkschaften und als Schutz gegenüber den widerspruchsvollen Maßnahmen der Regierung konstituierte sich im Juni 1969 eine "Confederación de Sindicatos de Empleadores Agrícolas de Chile" (CONSEMACH)³⁷, in der selbständige Landwirte, kapitalistische Unternehmer,

³⁶ Vgl. "El Siglo" und "El Mercurio", Santiago, Juni - Juli 1969.

³⁷ Konföderation der landwirtschaftlichen Unternehmengewerkschaften.

Großgrundbesitzer, aber auch von ihnen beeinflusste Pächter und Landarbeiter organisiert waren. Die Ideologie dieser Bewegung ist Ausdruck des Differenzierungsprozesses, der sich innerhalb der herrschenden Klassen im chilenischen Agrarsektor vollzog.

Aus den oben dargelegten Gründen wird klar, daß CONSEMACH eine der christdemokratischen Reformpolitik feindlich gegenüberstehende Position einnahm. Gleichzeitig zeichnete sich aber eine gewisse Abgrenzung gegenüber dem bisherigen Interessenvertreter der Großgrundbesitzer, der Sociedad Nacional de Agricultura, ab, der vorgeworfen wurde, daß die durch sie in der Vergangenheit betriebene Allianz mit den rechten politischen Parteien, vor allem mit der reaktionären Nationalen Partei, Ausdruck dafür war, daß das Interesse der Entwicklung des Agrarsektors politischen Interessen und wahltaktischen Erwägungen geopfert wurde. Es gehe vielmehr darum, aus der Isolation herauszukommen, nicht nur die großen Unternehmer, sondern alle am Fortschritt der Landwirtschaft interessierten Schichten, einschließlich der kleinen Landwirte und Landarbeiter, zu vertreten.

Die Absicht ist klar erkennbar: Mit der Propagierung einer solchen Ideologie ging es dieser Bewegung um die Erweiterung ihrer sozialen Basis, um die Schwächung der politischen Organisationen der Bauern und Landarbeiter; es ging letztlich um die Systemerhaltung, die sie durch die widersprüchliche Politik und die Unfähigkeit der Frei-Regierung gefährdet sah, weil die verschärften Klassenausinandersetzungen auf dem Lande zunehmend einer revolutionären Lösung der Agrarfrage den Weg bereiteten, die zu einer Gefahr für das Gesamtsystem zu werden drohte.

Von dieser neuen Qualität des Klassenkampfes auf dem Lande und von den Auseinandersetzungen um die Agrarreform gingen eine Reihe von Effekten aus, die zur Zuspitzung des Klassenkampfes in der chilenischen Gesellschaft führten und das Heranreifen einer revolutionären Situation begünstigten:

- a) Es festigte sich das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, eine unerläßliche Bedingung sowohl für eine echte Befreiung der Bauern und für die Lösung der Agrarfrage als auch für die erfolgreiche Entwicklung eines revolutionären Prozesses, der antiimperialistischen, antioligarischen und verstärkt agrarischen Charakter trägt und die erste Etappe auf dem Weg zum Sozialismus darstellt.
- b) Es kam zu einer zunehmenden Konfrontation zwischen der um die Durchführung von Reformen bemühten Regierung und der reaktionären Rechten, vor allem den Großgrundbesitzern und deren Klassenorganisationen. Diese objektive Entwicklung der revolutionären Situation in Chile führte zu einer derartigen Zuspitzung der Widersprüche zwischen den beiden die Ausbeuterinteressen vertretenden Kräftegruppierungen (PDC und Nationale Partei), daß ein wie in der Vergangenheit praktiziertes Zusammengehen bei den Wahlen, eine letzte Einigung auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten im September 1970 nicht zustande kam. Das war unseres Erachtens ein wesentliches Moment für den Sieg Allendes und damit eines Programmes, das der Ausbeuterordnung in Chile entschieden den Kampf angesagt und sich den Aufbau des Sozialismus zum Ziel gestellt hatte.
- c) Die Auseinandersetzungen um die Agrarreform führten aber auch zu einer verstärkten Konfrontation zwischen der Frei-Regierung und der um die KP und die SP gruppierten Linken. Sie trugen zur Entlarvung der demagogischen Re-

formkonzeption bei und hatten zum Ergebnis, daß die Überlegenheit des Programmes der Unidad Popular von immer breiteren Kreisen der chilenischen Bevölkerung anerkannt wurde und seine Popularität sowie Anziehungskraft wuchsen.

Der Sieg der Unidad Popular im Jahre 1970 ist zweifellos das Ergebnis der komplexen Wirkung aller Komponenten, die zur Zuspitzung der revolutionären Situation in Chile führte. Der agrarische Aspekt, die mit der Lösung der Agrarfrage verbundenen Konflikte wirkten dabei als eine wesentliche Triebkraft in diesem Prozeß.

Der Reformkurs der chilenischen Christdemokratie scheiterte, ihrer Agrarreform waren, gemessen an den an sie geknüpften ambitionösen Erwartungen, nur bescheidene Erfolge vergönnt. Mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Unidad Popular entstanden in Chile qualitativ neue Voraussetzungen für die Weiterführung der Agrarreform und die Lösung der Agrarfrage.

Rassendiskriminierung und Entwicklung der Produktivkräfte

Einige Aspekte, unter besonderer Berücksichtigung Südafrikas

von Gerda Weinberger

Eine Diskriminierung der Ausgebeuteten hat es in der Klassengesellschaft schon immer gegeben. Bereits im Altertum galten die Sklaven als minderwertige Menschen. Rassendiskriminierung als spezifische Form ist auf einer bestimmten Stufe der menschlichen Entwicklung entstanden. Sie ist aufs engste mit der Kolonialpolitik verbunden.

Im Feudalismus, als die Religion die vorherrschende Ideologie war und die Interessen der einzelnen Klassen und Schichten deshalb - wie Engels feststellte - in religiöser Verkleidung auftreten mußten, wurde die Ausbeutung und Diskriminierung anderer Völker noch vorwiegend mit religiösen Motiven begründet. Als zum Beispiel die Portugiesen ihre überseeischen Eroberungen in Afrika begannen (1415), war in Anlehnung an die Kreuzzüge von der "heiligen Pflicht, Ungläubige zu bekehren", die Rede. Erst als die Naturwissenschaften zunehmend an Bedeutung gewannen, die Religion ihre alles beherrschende Stellung verlor und die sensationellen Entdeckungen auf dem Gebiet der Anthropologie und Biologie detaillierte Kenntnisse über die Beschaffenheit der einzelnen menschlichen Rassen vermittelten, gingen die Kolonialherren dazu über, die Sklaverei der unterdrückten Völker von ihren physischen Merkmalen abzuleiten.

Unabhängig von der jeweiligen ideologischen Begründung gehörte soziale Ausbeutung in schärfster Form immer zum Wesen der Rassendiskriminierung. Die Methoden dieser Ausbeutung wurden wesentlich vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den Erfordernissen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses bestimmt. Die Sklaverei war der Boden, auf dem die verschiedenen Ideologien des Rassismus entstanden - ob es um die Negersklaven auf den Baumwollplantagen Amerikas oder die "Eingeborenen" in den Steppen Südafrikas ging.

Rassendiskriminierung stellte die Kulmination der extensiven Ausbeutung in der Periode der Abschöpfung des absoluten Mehrwerts dar. Marx charakterisierte diese Frühzeit des Kapitalismus wie folgt: "Das Kapital fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das Maximum an Arbeitskraft, das in einem Arbeitstag flüssig gemacht werden kann. Es erreicht dies Ziel durch Verkürzung der Dauer der Arbeitskraft, wie ein habgieriger Landwirt gesteigerten Bodenertrag durch Beraubung der Bodenfruchtbarkeit

erreicht. "1 Ihre extremste Form fanden diese Ausbeutungsmethoden in der Sklavenwirtschaft. "Ökonomische Rücksichten, die eine Art Sicherheit für die menschliche Behandlung des Sklaven bieten könnten, sofern sie das Interesse des Herrn mit der Erhaltung des Sklaven identifizieren, verwandeln sich, nach Einführung des Sklavenhandels, umgekehrt in Gründe der extremsten Zugrunderichtung des Sklaven, denn sobald sein Platz einmal durch Zufuhr aus fremden Negergehegen ausgefüllt werden kann, wird die Dauer seines Lebens minder wichtig als dessen Produktivität, solange es dauert. Es ist daher eine Maxime der Sklavenwirtschaft in Ländern der Sklaveneinfuhr, daß die wirksamste Ökonomie darin besteht, die größtmöglichste Masse Leistung in möglichst kurzer Zeit dem Menschenvieh (human chattle) auszupressen."2

Die Kolonialpolitik trug dazu bei, die Entwicklung des Kapitalismus in Europa zu fördern. Sie war eine wichtige Quelle der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Die Ausplünderung der Länder Amerikas und Ostindiens, die Ausrottung und Versklavung der eingeborenen Bevölkerung, "die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute", die nach Marx "die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära" bezeichnen³, ermöglichte die schnelle Entwicklung des Kapitalismus in Holland und besonders in England sowie die damit verbundene rapide Entwicklung der Produktivkräfte.

Für die Methoden der ursprünglichen Akkumulation waren Sklaverei und brutale Gewalt in den Kolonien charakteristisch (ebenso wie Methoden des außerökonomischen Zwangs in den Metropolen selbst angewandt wurden), wobei die direkte Ausplünderung noch vor Handel und Rohstoffgewinnung rangierte. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Periode der ursprünglichen Akkumulation im wesentlichen nur in England abgeschlossen. Die meisten anderen Kolonialmächte erreichten das Stadium des Industriekapitalismus erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts.⁴ Erst auf der Grundlage der voll ausgebildeten materiell-technischen Basis des Kapitalismus vollzieht sich der Übergang zur intensiven Ausbeutung, und die Produktion des relativen Mehrwerts wird zur Hauptmethode des Kapitals, der gegenüber Methoden extensiver Ausbeutung durch Erhöhung des absoluten Mehrwerts in den Hintergrund treten. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß in den Kolonien die Methoden der "blutigen Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära" vorherrschten. Die Besonderheiten der kolonialen Ausbeutung bedingten, daß die Kolonialpolitik nie ihren Raubcharakter verlor und in allen Perioden der Entwicklung des Kapitalismus die Methoden des außerökonomischen Zwangs in den Kolonien dominierten. Ob es um die Verwandlung der Kolonien in Rohstoffproduzenten und Absatzmärkte für die europäische Industrie in der Periode des Industriekapitalismus oder in Kapitalanlagesphären in der Periode des Imperialismus ging, immer wurde gegen die kolonial unterdrückten Völker Gewalt angewendet, und die Bedürfnisse des europäischen Kapitalismus wurden auf Kosten der unmittelbaren Produzenten in den Kolonien befriedigt.

Die imperialistische Kolonialpolitik, die die gewaltsame Unterwerfung und "Ausbeutung fremder Völker in höchster Potenz" (Bebel)⁵ bedeutete und das Recht die-

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd.1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 281.

2 Cairnes, John E., The Slave Power: its Character, Career and Propable Designs ..., London 1862, S. 110 f., zit. nach: Marx, Karl, a. a. O., S. 281 f.

3 Marx, Karl, a. a. O., S. 779.

4 Veka neravnoj bořby, Moskau 1967, S. 80 f.

ser Völker auf Selbstbestimmung negierte, verkörperte die schärfsten Formen der Rassendiskriminierung, unabhängig davon, ob der Rassismus zur offiziellen Staatsdoktrin proklamiert wurde oder nicht, ob er offen oder in verschleierte Formen auftrat.

Das Ergebnis der kolonialen Sklaverei war, das ganze Völker - fast zwei Drittel der Weltbevölkerung - in ihrer Entwicklung gebremst und vom Fortschritt faktisch ausgeschlossen wurden. Auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte mußte dieses System mit den Bedürfnissen ihrer Entwicklung in Widerspruch geraten.

In der Kolonialzeit, bis zum Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution, reichte es für die Bedürfnisse des Reproduktionsprozesses der hochentwickelten kapitalistischen Länder aus, wenn in den Kolonien einzelne Rohstoffindustrien aufgebaut, aber das halbfeudale, rückständige Wirtschaftssystem dieser Länder konserviert wurde. Die wissenschaftlich-technische Revolution und der Strukturwandel in der Industrie der hochentwickelten kapitalistischen Länder verschärfte die Jagd der Monopole nach zusätzlichen Kapitalanlagesphären und Märkten, die alten reichten nicht mehr aus. "Die rückständige vorkapitalistische Struktur der Entwicklungsländer, die vor allem durch eine stagnierende Landwirtschaft gekennzeichnet ist, macht die Landwirtschaft als den Hauptzweig der Wirtschaft sowohl als Kapitalanlagesphäre wie auch als Markt für Produktionsmittel unbrauchbar. Die vorkapitalistische Struktur der Entwicklungsländer erwies sich als Hindernis für den gegenwärtigen Imperialismus. Die vorkapitalistischen Strukturen der Entwicklungsländer bieten sehr wenige Möglichkeiten für die gegenwärtigen Bedürfnisse des kapitalistischen Reproduktionsprozesses in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Sie sind einfach nicht in der Lage, die Produkte zu absorbieren, die gegenwärtig die Hauptmasse der Produktion der hochentwickelten Länder ausmachen, und sie sind nicht fähig, als Kapitalanlagesphäre zu fungieren."⁶

Diese ökonomischen Widersprüche waren neben politischen Gründen, die aus dem veränderten Kräfteverhältnis resultierten, eine wichtige Ursache dafür, daß die Imperialisten unter dem Druck der nationalen Befreiungsbewegung die Kolonialpolitik "alten Stils" und damit eine der krassen Formen von Rassendiskriminierung aufgeben und "neue Konzeptionen" zur Beherrschung ehemals kolonialer und halbkolonialer Länder entwickeln mußten.

Auch die Rassendiskriminierung in den entwickelten Industrieländern, vor allem in den USA, die am meisten mit diesem Problem zu tun haben, gerät immer stärker in Widerspruch zu den Bedürfnissen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses in diesen Ländern. Zwar haben sich die Formen der Rassendiskriminierung dort im Laufe der kapitalistischen Entwicklung gewandelt. Die Sklaverei wurde abgeschafft, nach dem Gesetz sind alle Bürger, unabhängig von ihrer Rasse, Religion usw., in den USA und anderen entwickelten kapitalistischen Ländern gleich. (Gegenwärtig existiert nur in der Republik Südafrika und in Südrhodesien eine offen rassistische Gesetzgebung.) Die De-jure-Gleichheit bedeutet aber noch lange nicht, daß die Diskriminierung de facto verschwunden ist. Ihr Ergebnis ist, daß Teile der Bevölkerung unter dem Existenzminimum vegetieren, heim-

5 Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 7. Legislaturperiode, 4. Session 1888/89, Bd. 1, Berlin 1889, S. 628 f.

6 Khalatbari, Parviz, Ökonomische Unterentwicklung. Mechanismus - Probleme - Ausweg, Berlin 1971, S. 12.

gesucht von Hunger und Krankheiten, und sich nicht einmal die den minimalen Anforderungen der Industriegesellschaft genügenden Kenntnisse aneignen können. - Die Zahl dieser "funktionellen Analphabeten" beträgt in den USA nach Berechnungen der "Nationalen Bildungsbehörde" in Washington 23 Millionen.⁷ Die meisten von ihnen sind Afroamerikaner, Indianer und Angehörige anderer Minderheiten (Puertoricaner, Mexikaner). Der amerikanische Ökonom Thurow stellte in seiner von der Harvard-Universität preisgekrönten Untersuchung "Poverty and Discrimination"⁸ fest, daß die Rassendiskriminierung ein Handikap bei der Ausnutzung der menschlichen Reserven des Landes ist und den inneren Markt einschränkt. Außerdem ist sie ein Element der politischen Instabilität, weil sie die sozialen Gegensätze verschärft.

Die Rassendiskriminierung hat also einige durchaus negative Auswirkungen für das kapitalistische System, die sich im gegenwärtigen Stadium besonders bemerkbar machen. Daraus resultiert der zunehmende Differenzierungsprozeß im imperialistischen Lager. Einerseits gehört der Rassismus zum Arsenal der reaktionärsten Kräfte im Imperialismus. Sie versuchen die Rassendiskriminierung mit Terror und Gewalt aufrechtzuerhalten, dient sie doch dazu, Maximalprofite zu sichern und die Werktätigen mit rassistischen Parolen gegeneinander aufzuhetzen, um sie vom antiimperialistischen Kampf abzuhalten. Auf der anderen Seite mehrten sich jedoch Anzeichen dafür, daß die Rassendiskriminierung unter den Bedingungen des veränderten politischen Kräfteverhältnisses von politischen Führern und profilierten Vertretern der Monopolbourgeoisie als schädlich für die politische und ökonomische Stabilität der kapitalistischen Gesellschaft empfunden wird. Das zeigt sich sowohl in einer gewissen Modifizierung der Haltung zur Rassendiskriminierung innerhalb der USA als auch in zunehmender Kritik von imperialistischer Seite an der offen rassistischen Apartheid-Politik der Republik Südafrika.

Ein Beispiel für die neuen Tendenzen innerhalb der USA ist das von Präsident Kennedy initiierte Programm gegen Armut und Diskriminierung, das 1964 bis 1968 zu einer Reihe von Gesetzen führte, die die Diskriminierung von Afroamerikanern im Beruf, im Wohnungswesen und als Staatsbürger einschränken sollten und ihr Wahlrecht garantieren. Eine Politik zur Überwindung der Rassendiskriminierung gehört zu den Wahlversprechungen Präsident Carters, der sich dadurch auf die Stimmen der afroamerikanischen Wähler stützen konnte.

Weder die Gesetze zum Schutze der Rechte der Afroamerikaner noch die Ernennung eines schwarzen Botschafters bei der UNO durch Präsident Carter haben die Praxis der Rassendiskriminierung beseitigt und konnten sie auch nicht beseitigen, weil sie in der kapitalistischen Gesellschaft tief verwurzelt ist. Dennoch sind bei aller Inkonsequenz bestimmte Bestrebungen in dieser Richtung erkennbar. In Arbeiten wie der von Thurow werden diese Bestrebungen wissenschaftlich untermauert. Darin werden die Formen der Diskriminierung der Afroamerikaner, ihre Auswirkungen auf die amerikanische Gesellschaft und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung auf der Basis der bestehenden Ordnung untersucht. Armut und Diskriminierung seien Zwillinge, meint Thurow mit Recht. Man könne die Armut nicht bekämpfen, bevor man die Diskriminierung ausrotte. Er kommt zu der Schlußfolgerung, die sozialen Vorteile der Abschaffung der Diskriminierung würden bei weitem die möglichen ökonomischen Verluste überwiegen. Profitverluste

7 Neues Deutschland, 9. 6. 1977.

8 Thurow, Lester C., Poverty and Discrimination, Washington D. C. 1969.

weißer Unternehmer müßten angesichts des Gewinns für die Gesellschaft als Ganzes in Kauf genommen werden. Als vordringlichen Schritt empfiehlt er, die "government discrimination" zu eliminieren, da dies eine wirksame Waffe im Kampf gegen alle anderen Arten der Diskriminierung sei.⁹ (Präsident Carter folgte offensichtlich einer derartigen Empfehlung, als er zum erstenmal in der Geschichte des Landes einen Afroamerikaner, Andrew Young, zum offiziellen Vertreter der USA in der UNO ernannte.)

Neben den negativen Auswirkungen der Rassendiskriminierung auf die ökonomische Entwicklung des Landes - die fortschreitende wissenschaftlich-technische Revolution läßt die für das Wirtschaftswachstum negativen Seiten der Rassendiskriminierung stärker hervortreten - sind es vor allem politische Faktoren, die die imperialistischen Staatsmänner zwingen, ihre Position in Fragen des Rassismus dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt anzupassen. Die Notwendigkeit, das kapitalistische System zu stabilisieren, den Kapitalismus vor revolutionären Erschütterungen zu bewahren und sein Image bei den Entwicklungsländern aufzupolieren, um in der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Weltmaßstab bestehen zu können, bestimmt weitgehend die imperialistische Politik. Die Rassendiskriminierung wirkt diesen Zielen entgegen, indem sie die Widersprüche des Imperialismus verschärft. Das ist in Südafrika mit seiner offenen rassistisch-terroristischen Gesetzgebung in noch weit stärkerem Maße der Fall als in den USA, wo die Gesetze de jure die Gleichheit der Bürger garantieren.

Marx spricht im "Kapital" über "Wortführer und politische Leiter der Fabrikantenklasse"¹⁰, die gewöhnlich die neuesten Produktionsmethoden und größten Betriebe vertreten und die langfristigen Interessen der Bourgeoisie klarer erkennen als der einzelne Fabrikant. Haben in den USA in Fragen der Rassendiskriminierung einige weitsichtige Politiker in der Regierung diese Rolle übernommen, so ist es in Südafrika einer der größten Monopolisten, der "Gold- und Diamantenkönig" Harry Oppenheimer, Präsident der Anglo-American Corporation of South Africa (AAC), der, zumindest im ökonomischen Bereich, von mächtigen multinationalen Monopolen wie Unilever, International Telephone and Telegraph Corporation (ITT) und anderen unterstützt wird.

Die AAC ist der größte Gold- und Diamantenproduzent der kapitalistischen Welt. Ihrer absoluten Größe nach kann sie sich wahrscheinlich nicht mit solchen Giganten wie General Motors, Mobil Oil, Unilever und anderen messen, die auch in der Republik Südafrika (RSA) vertreten sind, obwohl das über fünf Kontinente verzweigte komplizierte Gruppensystem der AAC, die mit britischem und amerikanischem Kapital (Morgan-Gruppe) gegründet und sehr eng mit ihm liiert ist, selbst für geübte amerikanische Augen wenig überschaubar ist.¹¹ Aber in Südafrika selbst gehört die AAC zweifelsohne zu den mächtigsten multinationalen Monopolen, denn im Unterschied zur ITT zum Beispiel, die nur 0,4 Prozent ihrer Investitionen in Südafrika plazierte und 0,2 Prozent ihrer ausgewiesenen Gewinne von dort bezieht, investiert die AAC in der RSA und in Namibia 83 Prozent ihres Kapitals und bezieht von dort 86 Prozent ihrer Gewinne.¹² In den Betrieben der AAC, die neben dem Bergbau fast in allen Industriezweigen zu finden sind, werden über 10 Pro-

9 Ebenda, S. 137 f.

10 Marx, Karl, a. a. O., S. 298.

11 Vgl. Hocking, Anthony, Oppenheimer and Son, New York 1973, S. 460 f.

12 Vgl. Loveday, Peter, ITT and South Africa, New York 1973, S. 5; AAC, Annual Report 1975, S. 4.

zent des Nationalprodukts (Gross National Product, GNP) und rund ein Drittel des Exports der RSA produziert. 13

Oppenheimer hält die von der Regierung vertretene Politik der Apartheid für unzweckmäßig für die weitere ökonomische und politische Entwicklung des Landes. Im einzelnen werden von ihm und anderen Monopolisten folgende Argumente aufgeführt:

a) Mangel an qualifizierten Arbeitskräften

Die Apartheid behindere die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Durch die Gesetzgebung der Apartheid werde eine "volle Ausnutzung" der afrikanischen Arbeitskräfte verhindert. Die "Farbigenschranke" (colour bar) stehe der Ausbildung der afrikanischen Arbeitskräfte zu Facharbeitern im Wege. In Südafrika bestehe aber ein akuter Mangel an qualifizierten Arbeitern einerseits und ein Überangebot von ungelerten Arbeitern andererseits. Was die Arbeitslosigkeit ungelerner, hauptsächlich afrikanischer Arbeiter anbetrifft, stehe Südafrika, das seiner industriellen Entwicklung nach eher einem entwickelten Industrieland gleiche, auf einer Stufe mit der Mehrheit der Entwicklungsländer. Der Mangel an qualifizierten Arbeitern jedoch wurde bereits für 1971 auf 96 000 geschätzt. 1980 wird er 350 000 betragen (bei einer Wachstumsrate des Nationalprodukts - GNP - von 5 Prozent), wobei nach optimistischer Schätzung und bei einer jährlichen Einwandererzahl von 30 000 höchstens die Hälfte dieser Zahl mit weißen Arbeitern abgedeckt werden kann. 14 Da in den "weißen" Gebieten kein "Weißer" durch einen "Schwarzen" ersetzt werden und kein "Weißer" Untergebener eines "Schwarzen" sein darf, rechnet man in Südafrika damit, daß lediglich 40 bis 50 Prozent der für weiße Arbeitskräfte offenstehenden Stellen besetzt werden können. 15

Das "Wanderarbeitersystem" hat eine ständige, sehr hohe Fluktuation der Arbeitskräfte zur Folge. In den Goldminen, deren Belegschaft zu 80 Prozent aus Wanderarbeitern besteht, ist die Saisonfluktuation besonders hoch. Das "Wanderarbeitersystem" wirkt der Herausbildung eines Stammes qualifizierter afrikanischer Arbeiter entgegen und erschwert die Produktionsplanung.

b) niedrige Arbeitsproduktivität

Die RSA hat die absolut niedrigste Arbeitsproduktivität in der Verarbeitungsindustrie, verglichen mit 17 Industrieländern und teilweise industrialisierten Staaten, und weist den niedrigsten Produktivitätszuwachs seit 1960 auf, "nämlich 1,6 % pro Produktion/Arbeitskraft (PA)". 16

Index der PA⁺ (1963 = 100)

	1960	1972
RSA	84	102
Spanien	80	193
Griechenland	88	178
Australien	88	126
Japan	82	229

+ Nach Ulbrich, Wolfgang, Bergbauliche Ressourcen im südlichen Afrika, Hamburg 1976, S. 135.

13 Hocking, Anthony, a. a. O., S. 475.

14 Vgl. Fifth Report from the Expenditure Committee. Session 1973/74. Wages and Conditions of African Workers employed by British Firms in South Africa, London 1974, S. 7.

Niedriger Bildungsstand und hohe Arbeitskräftefluktuation als Folge des "Wanderarbeitersystems" und der afrikanischen Gesetzgebung, insbesondere der Bantustanpolitik, sind auch die Ursachen der niedrigen Arbeitsproduktivität. Heute erheben aus diesem Grunde bereits nicht nur Vertreter der als qualifikationsintensiv geltenden verarbeitenden Industrie Widerspruch gegen das System der Wanderarbeit, sondern auch die Bergwerksgesellschaften, die seinerzeit die Initiatoren dieses Systems waren.¹⁷

Ein anderes Hindernis für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität sind die niedrigen Löhne. Viele Arbeiter sind aufgrund des Hungerlohnes, den sie erhalten, physisch außerstande, höchste Arbeitsergebnisse in einer modernen Industrieanlage zu bringen. Außerdem erfordern moderne Technik und der "immer härter werdende Markt" materiell interessierte, "motivierte Mitarbeiter", wie es in der Zeitschrift der European Foundation for Management Development (EFMD) heißt, die sich zur Aufgabe stellt, Methoden "moderner Unternehmensführung" zu propagieren.¹⁸ Der Präsident der EFMD ist der ehemalige Vizepräsident des Unilever-Konzerns.

Nicht zufällig war auch der Unilever-Konzern einer der ersten in Südafrika, der nach einem "strategic long-term-plan" dazu überging, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen und die Löhne für Afrikaner seit 1962 zu erhöhen. Das liege im Interesse des Unternehmens, erklärte der Präsident des Konzerns, weil es eine steigende Produktion und Mechanisierung, stabile Arbeitskräfte und besseren Absatz ermögliche.¹⁹ Ähnlich argumentierten auch Vertreter der ITT²⁰ und des Mobil-Oil-Konzerns²¹, die ebenfalls Lohnsteigerungen durchführten. Der Leiter der ITT-Filiale in Südafrika erklärte zum Beispiel, die Verwirklichung des Prinzips "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" führe zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die genannten Unternehmen haben einen hohen Mechanisierungsgrad - bei Unilever beträgt der Anteil der Löhne an den Produktionskosten zum Beispiel nur 12 Prozent. Außerdem ist die Mehrheit der afrikanischen Arbeiter ohne Aufstiegsmöglichkeiten in den untersten Lohnstufen beschäftigt, in die "Weiße" gar nicht eingegliedert werden.

Ausgehend von der Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität in der südafrikanischen Industrie zu steigern, gründeten südafrikanische Industrielle 1958 die "Bantu Wage and Productivity Association", die später in "Productivity and Wage Association" (PWA) umbenannt wurde. Diese Organisation tritt für eine Erhöhung der Produktivität durch bessere Löhne, Qualifizierung der afrikanischen Arbeiter und "labour stability" ein.

15 Vgl. Krieger, Werner, Unternehmensstrategien in politischen Spannungsbereichen, Berlin 1976, S. 53.

16 Nach Ulbrich, Wolfgang, Bergbauliche Ressourcen im südlichen Afrika, Hamburg 1976, S. 135.

17 Vgl. Expenditure Committee/Trade and Industry Sub-Committee, Wages and Conditions of African Workers employed by British Firms in South Africa, Session 1973/74, Minutes of Evidence, Bd. 1, London 1973, S. 233, vgl. auch S. 221 f.

18 Management International Review, hg. v. European Foundation for Management Development, Wiesbaden, Nr. 1/1976, S. 18.

19 Vgl. Expenditure Committee ..., a. a. O., S. 151 - 168.

20 Vgl. Loveday, Peter, a. a. O., S. 39.

21 Vgl. Krieger, Werner, a. a. O., S. 66.

Wie relativ klein der Kreis ist, in dem diese Bestrebungen hinsichtlich der Löhne wirksam werden, zeigt sich darin, daß 80 Prozent der afrikanischen Bevölkerung nach wie vor unter dem Existenzminimum leben. Außerdem hat die Inflation die Lohnerhöhungen durch steigende Lebenskosten weitgehend zunichte gemacht. Die Lohnlücke zwischen "Schwarz" und "Weiß" wurde auf einem höheren Niveau reproduziert.

c) beschränkter innerer Markt

Das dritte ökonomische Problem, das durch die Apartheid-Politik verursacht wird, ist die Enge des inneren Marktes. Mit dieser Problematik sehen sich besonders der Fernsehgerätebau, die Autoindustrie und ähnliche Zweige konfrontiert. Die durch den beschränkten Absatz erzwungene geringe Serienproduktion führt bei Autos zu hohen Stückkosten. Das beschränkte Marktvolumen Südafrikas zeigt sich in einem Vergleich zu Australien sehr deutlich: In der RSA können bei einer Bevölkerung von zirka 26 Millionen jährlich 200 000 Personenkraftwagen abgesetzt werden, in Australien bei einer Bevölkerung von 13 Millionen dagegen 400 000.²² Der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, einer der größten westdeutschen Investoren in der RSA erklärte: "Es sind nicht genug Weiße, und wir wollen mehr Autos hier bauen."²³ Auch die pharmazeutische Industrie steht einem auf weiße Abnehmer begrenzten Markt gegenüber, da durch mangelnde Bildung, ungenügende Versorgung mit Ärzten die Nachfrage bei der afrikanischen Bevölkerung gering ist und die Bekämpfung von Krankheiten, besonders in den Bantustans, daher noch meist in traditioneller Weise den Zaubermännern usw. überlassen bleibt.

1973 erklärte Oppenheimer vor der Jahresversammlung der Aktionäre der AAC, es sei ganz offensichtlich, daß die Überwindung des Mangels an gelernten Arbeitern und eine akzeptable Wachstumsrate nur erreicht werden könne, wenn "die schwarze Arbeitskraft besser genutzt" und der Umfang des inneren Marktes erweitert werde. Das sei dringend notwendig, um die ökonomische Stagnation zu verhindern. Ein Jahr später, in seiner Rede vor dem "Joint Meeting" des Royal Institute of International Affairs und der Royal African Society am 7. Mai 1974 in London, faßte er diese Überlegungen so zusammen: "Ich habe immer gedacht, daß die rapide ökonomische Entwicklung Südafrikas auf die Dauer sich als unvereinbar mit der Rassenpolitik der Regierung erweisen würde, und die letzten Ergebnisse scheinen meine Meinung zu bestätigen."²⁴

Nach Meinung Oppenheimers setzt die gegenwärtige arbeitsintensive Struktur der südafrikanischen Wirtschaft mit ihrer großen Zahl "undifferenzierter" Arbeitskräfte mit niedriger Arbeitsproduktivität und niedrigen Löhnen Grenzen für die Lohnerhöhungen. Eine grundlegende Verbesserung der Lebensbedingungen der afrikanischen Bevölkerung und damit die Erweiterung des inneren Marktes sei nur möglich, wenn die gegenwärtige arbeitsintensive Struktur der Industrie durch eine kapitalintensive Organisation der Produktion mit hoher Produktivität und hohen Löhnen ersetzt wird, wie sie in Westeuropa und den USA existiere. Nur wenn unqualifizierte afrikanische Arbeiter durch qualifizierte oder durch Maschinen ersetzt würden, seien die Unternehmer ökonomisch in der Lage, die Löhne spürbar zu erhöhen und die Lebensbedingungen zu verbessern.

²² Vgl. ebenda, S. 52.

²³ Ebenda, S. 72.

²⁴ Oppenheimer, Harry F., South Africa after the Election, in African Affairs, London, Nr. 293, Oktober 1974, S. 402.

Wie groß der tatsächliche finanzielle Spielraum der Unternehmer ist, um deren Profite sich Oppenheimer sorgt, geht daraus hervor, daß 1973 zum Beispiel der Nettogewinn im Goldbergbau 150 Prozent der Lohnaufwendungen betrug und die ausgeschütteten Dividenden 90 Prozent der Lohnkosten erreichten.²⁵

Der Übergang zur kapitalintensiven Produktion erfordert umfangreiche Kapitalinvestitionen, größere Märkte und die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die infolge der Mechanisierung freiwerdenden Arbeitskräfte.

Oppenheimer schlägt folgende Wege vor: Der Gefahr der Arbeitslosigkeit solle durch Entwicklung neuer Wirtschaftszweige und eine weitere Industrialisierung Südafrikas, das heißt durch größeres wirtschaftliches Wachstum, vorgebeugt werden.

Das Marktproblem solle durch Erweiterung des inneren Marktes und stärkere wirtschaftliche Expansion nach außen, vor allem in Afrika, gelöst werden. Dazu seien eine Verbesserung der Beziehungen mit den afrikanischen Nachbarn und die Überwindung der weltweiten Isolierung Südafrikas dringend notwendig.

Die größeren zusätzlichen Kapitalinvestitionen sollen durch Kapitalexport aus dem Ausland, durch die Investitionen der Monopole selbst und durch den Staat, der das wirtschaftliche Wachstum fördern müsse, ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang kritisiert Oppenheimer das Anwachsen des Militärbudgets der RSA 1976 um 40 Prozent im Vergleich zu 1975²⁶. Das wirtschaftliche Wachstum, welches für die soziale und politische Stabilität unumgänglich sei, sei mit solchem rapiden Anstieg der Militärausgaben kaum vereinbar. Die Verbesserung der Beziehungen mit den afrikanischen Nachbarn sei deshalb nicht nur eine politische und militärische, sondern auch eine ökonomische Notwendigkeit.

Neben den staatlichen seien höhere Investitionen des privaten Sektors außerordentlich wichtig. Eine besondere Verantwortung habe dabei der Bergbau als größter arbeitsintensiver Industriezweig Südafrikas (allein in den Goldminen sind 400 000 Afrikaner beschäftigt, wobei die Löhne 35,4 Prozent der Produktionskosten ausmachen), der das gegenwärtige System der Wanderarbeit, die Grundlage der arbeitsintensiven Organisation der südafrikanischen Wirtschaft, Ende des 19. Jahrhunderts initiierte. Die Goldpreissteigerungen auf dem Weltmarkt seit 1972 sowie der Preisanstieg für Diamanten und andere Bergbauexporte Südafrikas böten die ökonomische Möglichkeit, zur kapitalintensiven Struktur im Bergbau überzugehen. Die Ingenieure der AAC haben ausgerechnet, daß die Kosten der Mechanisierung im Goldbergbau zwar um 25 Prozent höher liegen würden als bei konventionellen Methoden, daß aber eine Steigerung der Produktion um 57 Prozent möglich wäre.²⁷

Der Übergang zur kapitalintensiven Struktur könne, nach Meinung Oppenheimers, "natürlich nicht in einer Generation erreicht werden und erfordert massive Inve-

25 Ulbrich, Wolfgang, a. a. O., S. 121.

26 Im Jahre 1975 betragen die Militärausgaben 14,1 % des Budgets. Vgl. AAC, Statement by the Chairman Mr. H. F. Oppenheimer (im folgenden: Oppenheimer, Statement . . .), Johannesburg, 3. 5. 1976, S. 3.

27 Vgl. Lawrie, W. R., Changing Economics of Gold Mining, a Re-Appraisal of Practices and Techniques, in: Optima. A quarterly Review, published by the Anglo-American Corporation, De Beers and Charter Consolidated Groups of Companies, Nr. 1/1974, S. 26.

Dieses monopolistische Konzept läuft darauf hinaus, der afrikanischen Bevölkerung noch über Generationen menschenunwürdige Verhältnisse zuzumuten, den Forderungen der Antiapartheid-Bewegung nach Abzug ausländischer Kapitalinvestitionen und Isolierung Südafrikas entgegenzuwirken. Darüber hinaus bringt es aber auch zusätzliche Kosten und unter Umständen sogar zeitweilige Profiteinbußen für die Monopole mit sich. Oppenheimer hält jedoch im "long-term"-Interesse der AAC und "Südafrikas überhaupt" eine solche Politik für erforderlich.29

Oppenheimers Ausführungen zeigen deutlich, daß seine Auffassungen im wesentlichen aus den Erfordernissen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses unter den neuen wissenschaftlich-technischen und politischen Bedingungen resultieren. Es ist denkbar, daß die weitere Industrialisierung und Entwicklung einer Massenkonsumtion, die Oppenheimer für Südafrika vorschlägt, im größeren Zusammenhang, im Hinblick auf die Entwicklungsländer, einen Ausweg für die kapitalistischen Industrieländer darstellen. Dadurch könnten neue Kapitalanlagen und Absatzmöglichkeiten geschaffen werden, die angesichts der vor allem im Gefolge des zweiten Weltkrieges entstandenen Massenproduktion für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses besonders wichtig sind.

Die jeweilige Entwicklung der Produktivkräfte spielt in Oppenheimers Überlegungen eine wichtige Rolle. Er weist auf den Zusammenhang zwischen der Struktur der Wirtschaft in Südafrika, die die Entwicklung der Produktivkräfte widerspiegelt, und der Haltung der Monopole zum bestehenden System der Rassendiskriminierung hin. Die Tatsache, daß die allmächtigen Bergbaumonopole seinerzeit das Apartheid-System faktisch mitbegründeten, indem sie das System der Wanderarbeit schufen, erklärt er aus den damaligen Bedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft. Als die Industrialisierung Südafrikas mit dem Bergbau, nach den Diamanten- und Goldfunden vor fast einhundert Jahren, begann, war die arbeitsintensive Organisation eine Notwendigkeit. Es gab keine gelernten Arbeiter im Land (die Facharbeiter mußten aus Europa und den USA angeworben werden), dafür aber eine große Zahl afrikanischer Bauern, die ein kümmerliches Dasein fristeten und ihre Existenz durch zeitweilige Arbeit in den Minen verbessern wollten. Der Masse der schwarzen Wanderarbeiter mit niedriger Arbeitsproduktivität, ohne jegliche Ausbildung und Organisation, der Profitwut des Kapitals schutzlos ausgeliefert, standen die weißen Facharbeiter aus dem Ausland gegenüber, die auch in Südafrika ihren Lebensstandard aufrechterhalten wollten und zum Teil gewerkschaftlich organisiert waren. Oppenheimer betrachtet das System der Wanderarbeit und die Lohnlücke zwischen Weiß und Schwarz als eine damals "möglichst unumgängliche" Grundlage der Entwicklung der südafrikanischen Industrie. Inzwischen, so schreibt er, hätten die Verhältnisse sich grundlegend gewandelt, eine verarbeitende Industrie sei entstanden, der Übergang zur kapitalintensiven Arbeitsorganisation stehe auf der Tagesordnung; auch die Haltung der Monopole müsse sich verändern. Einst Initiatoren des Systems der Wanderarbeit und der mit ihm zusammenhängenden diskriminierenden Bestimmungen, einer Säule der Apartheid, werden sie zu Kritikern der Apartheid-Verordnungen, die ihr Wachstum hemmen.

28 Oppenheimer, H. F., Statement ..., 30. 5. 1973, S. 2.

29 Ebenda, S. 4.

Aber es geht nicht nur um ökonomische Interessen im engeren Sinn. Oppenheimer weist auf die gewachsene Bedeutung langfristiger Interessen hin. Er spricht von neuen Bedingungen. In der Gesellschaft greife zunehmend die Auffassung um sich, daß es Pflicht der Regierung sei, unter allen Umständen Vollbeschäftigung und steigenden Lebensstandard zu sichern. Und wenn die Dinge schlecht liefen, fühle die breite Masse sich betrogen. Damit umschreibt er im Grunde den objektiven Prozeß der immer stärkeren Verschmelzung zwischen politischer und ökonomischer Macht im staatsmonopolistischen Kapitalismus, einerseits die staatlichen Versuche, den gesamten Reproduktionsprozeß und den Klassenkampf im Interesse der Stabilisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu regulieren, und andererseits die Verschärfung der Widersprüche. Unter diesen veränderten Bedingungen erhöhe sich die Verantwortung der Männer des "big business", Stabilität und Wachstum ihrer Unternehmen langfristig zu sichern. Das schließe die Notwendigkeit ein, sich mit der Umwelt zu beschäftigen, in der das Unternehmen operiert, also viel breitere Gesichtspunkte als die, mit denen sich der Geschäftsmann in der Vergangenheit zu beschäftigen hatte. Dadurch kämen die großen Unternehmen immer mehr dazu, den Einsatz eines Teils ihrer Profite für soziale Zwecke nicht als Wohltätigkeit, sondern als Investition zu sehen, die man genau wie jede andere Investition im Interesse der Aktionäre planen und kontrollieren müsse.³⁰

Die multinationalen Konzerne gehen also dazu über, die Stabilisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Teil ihrer Investitionspolitik zu betreiben. Das heißt, daß die Zusammenarbeit zwischen Staat und Monopolen zur Sicherung des kapitalistischen Systems eine höhere Stufe erreicht und dieses Merkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus weiter entwickelt wird.

Oppenheimer und andere führende Monopolisten³¹ bezeichnen diesen Sachverhalt als "soziale Verantwortung des Business". Im Zusammenhang damit definiert Oppenheimer auch den Begriff "Wachstum" als Ziel der kapitalistischen Produktion neu, nicht als absolute Vergrößerung, sondern vielmehr als Beitrag zur Entwicklung der gesamten Wirtschaft und zur "Harmonisierung" der Gesellschaft.

Unter diesem Aspekt werde ein neues Herangehen an die Frage der Löhne und Gehälter einerseits und der Dividenden andererseits erforderlich: Es gehe nicht länger an, nur die Löhne und Gehälter als ein Teil der Kosten zu betrachten. Auch die Zahlung der Dividenden an die Aktionäre müsse nicht nur als Ziel, sondern auch als ein Teil der Kosten der Führung des Geschäfts gesehen werden, welche die Fähigkeit des Unternehmens zum Wachstum beeinträchtigen. Einen stabilen langfristigen Stand der Dividenden zu sichern sei wichtiger als einen kurzfristigen Höchststand. Oppenheimer unterstreicht, daß diese Auffassungen, die sich immer mehr durchsetzen, aber noch nicht von allen Geschäftsleuten geteilt werden, eine Revolution im Denken der Unternehmer darstellen, denn noch vor fünfzig Jahren habe die Anschauung vorgeherrscht, Aufgabe eines Unternehmers sei es, Profit zu machen und in immer steigenden Dividenden an die Aktionäre auszuzahlen, die damit machen könnten, was sie wollten, während die Löhne und Gehälter als Teil der Kosten möglichst niedrig zu halten seien.

³⁰ Vgl. Oppenheimer, H. F., The Social Responsibilities of Business, in: *Optima*, a. a. O., Nr. 1/1975, S. 50 f.

³¹ Vgl. UN, ECOSOC, Dok. E/5500/Rev. 1, St. /ESA/6, New York, 1974, S. 221.

Oppenheimer verweist in diesem Zusammenhang auf den "Kampf", den Cecil Rhodes (1853 bis 1902), der "einzige wirkliche Vertreter" des "big business" in der Kapkolonie, mit "seinen" Aktionären führen mußte, als er die Profite der De-Beers-Diamantengesellschaft für den Bau von Eisenbahnen, für Farmen, die Produktion von Sprengstoffen, die Eroberung Rhodesiens und andere "gute Werke" anlegte. Noch 1900 sprach Rhodes mit beißendem Spott von den "phantasielosen" Aktionären, die ihr Lebensziel nur darin sähen, ihren Beutel zu füllen, um das Geld dann für Wein, Weiber und Pferde zu verprassen.³² Mit ähnlichen Schwierigkeiten hatte sich auch Ernst Oppenheimer, der Vater von Harry Oppenheimer und Gründer der AAC, noch in den zwanziger Jahren herumzuschlagen.

Die Appelle an die "soziale Verantwortung" der Monopole bezwecken im Grunde nichts anderes als einen Versuch, die Widersprüche des Kapitalismus auf dem Boden des Kapitalismus zu lösen und Raum für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise zu schaffen. Solche Appelle sind nicht neu. Schon 1917 schrieb Walter Rathenau: "Zu lange hat im Wirtschaftsleben der Zustand gedauert, daß individuelle Betriebsamkeit, von rationalistischen Gedanken des eigenen Rechts und der Unbeschränktheit geleitet, schrittweise und mürrisch im Gefühl erlittenen Unrechts den Forderungen der Gemeinschaft wich, so wie man einem aufdringlichen, eigentlich unbefugten Petenten nachgibt . . . Wirtschaft ist nicht Privatsache, sondern Gemeinschaftssache, nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Absoluten, nicht Anspruch, sondern Verantwortung."³³

Heute gehören derartige Erkenntnisse gewissermaßen zum Programm des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Phrasen vom "Gemeinwohl", das die Monopole im Auge behalten müssen, von ihrer "sozialen Verantwortung" usw. zum ständigen Instrumentarium seiner Ideologen und Politiker.³⁴

Oppenheimer selbst sieht in Rhodes sein Vorbild, weil jener die langfristigen Interessen der kapitalistischen Entwicklung und Herrschaftssicherung im Süden Afrikas über die momentanen Profitinteressen setzte. Vor allem identifiziert er sich mit dem Konzept Rhodes', einen modernen kapitalistischen Industriestaat in Südafrika zu schaffen, in dem an Stelle der offenen Rassendiskriminierung eine stärkere soziale Differenzierung tritt (die Rhodessche Formel: "Gleiche Rechte für jeden zivilisierten Mann südlich des Zambesi") und eine afrikanische Mittelklasse als Stütze des Regimes herangebildet wird.³⁵

Die "soziale Verantwortung" der Monopole ist in der akuten Konfliktsituation, in der sich Südafrika infolge der Politik der Rassendiskriminierung befindet, nach

³² Oppenheimer, H. F., A Reassessment of Rhodes and his Relevance to the Problems of Africa today, in: Optima, a. a. O., Nr. 3/1970, S. 105.

³³ Rathenau, Walter, Von kommenden Dingen, Berlin 1917, S. 81, 95.

³⁴ Vgl. Nussbaum, Helga/Nussbaum, Manfred, Kirdorf, Rathenau und die "formierte Gesellschaft", in: Spektrum, Nr. 2/1967, S. 47 - 56; Imperialismus heute, Berlin 1966, S. 643 - 692; Der Imperialismus in der BRD, Berlin 1972, S. 503 - 542.

³⁵ Rhodes verstand darunter afrikanische Farmer, Händler und Intellektuelle, die ihren Aufstieg nicht der Stammesorganisation, sondern der weißen Kolonialmacht verdankten. Oppenheimer möchte diese geistig und ökonomisch mit der "freien Wirtschaft des Westens" verbundene Schicht durch afrikanische Manager und eine schwarze Arbeiteraristokratie, bestehend aus qualifizierten Facharbeitern, ergänzen.

Meinung Oppenheimers und führender imperialistischer Kreise in den USA, Großbritannien und anderen Ländern besonders groß; denn auf die Dauer könne das System der "freien Wirtschaft" in Südafrika nicht mit Erfolg verteidigt und entwickelt werden, so erklärte Oppenheimer am 21. Mai 1976, wenn der Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung nicht die Möglichkeit gegeben werde,

1. "sich der Annehmlichkeiten dieses Systems zu erfreuen" und an seinem Wohlstand teilzunehmen,
2. sich an den politischen Entscheidungen dieses Systems zu beteiligen, insbesondere der afrikanischen Führungsschicht. 36

Mit anderen Worten, um die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse im Süden Afrikas erhalten zu können, will man die Afrikaner am kapitalistischen System interessieren. Das bedeutet nichts anderes, als auch im Süden Afrikas die Methoden anzuwenden, deren sich der staatsmonopolistische Kapitalismus gegenüber der Bevölkerung in den entwickelten kapitalistischen Ländern bedient. 37

In diese Richtung soll sich ein "friedlicher Wandel" vollziehen, der als Hauptaufgabe der imperialistischen Politik deklariert wird, verstärkt besonders seit den Ereignissen in Angola und der Afrika-Reise des damaligen US-Außenministers Kissinger im April 1976.

Die Alternative zum "friedlichen Wandel" wäre blutige Konfrontation, erklärte der Exekutivvizepräsident von General Motors. "Wir wollen nicht, daß unsere Gesellschaft darin verwickelt wird, wenn wir dem abhelfen können. Wir wollen das vermeiden." 38

Träger des "friedlichen Wandels" sollen die Monopole als unmittelbar am Weiterbestehen der "freien Wirtschaft" Interessierte sein, die den Übergang zur kapitalistischen Organisation vollziehen und damit ihrer "sozialen Verantwortung" gerecht werden müssen.

Dabei handelt es sich nicht nur um die Auffassung Oppenheimers oder einzelner, wenn auch führender Monopole, wie General Motors, Unilever, ITT, sondern um ein Konzept, das auch von den Regierungen der USA, Großbritanniens, der BRD und anderer imperialistischer Länder vertreten wird.

Die Denkschrift des State Department über die Beschäftigungspraktiken amerikanischer Firmen in Südafrika vom Februar 1973 unterstreicht die besondere Verantwortlichkeit des Business und stellt die Übereinstimmung mit "progressiven Industriellen" Südafrikas in dieser Auffassung fest. Die Monopole könnten zum "Katalysator der Wende" in Südafrika werden, wenn sie ihre "Beschäftigungspraktiken" (Löhne, Renten, gesundheitliche Betreuung, Wohnungen, Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Afrikaner) verbessern, heißt es dort. 39 Eine ähnliche Denkschrift der englischen Regierung erschien 1974. Auch sie hob hervor, daß die Verbesserung der Beschäftigungspraktiken durch britische Firmen politische Folgen hätte, die das Foreign Office begrüßen würde. Den britischen Fir-

36 Oppenheimer, H. F., Statement . . . , a. a. O., S. 3 f.

37 Vgl. Der Imperialismus in der BRD, a. a. O.

38 Zit. nach The Multinational Corporation and Social Policy, New York 1974, S. 101.

39 Vgl. Department of State, Bureau of African Affairs, Employment Practices of U. S. Firms in South Africa, Washington D. C., Februar 1973.

men wurde empfohlen, ihre Beschäftigungspraktiken in Südafrika denen in England anzugleichen. 40

Im Herbst 1976 ordnete das Afrika-Komitee des US-Senats unter Vorsitz von Senator Dick Clark eine neue Untersuchung der Arbeits- und Rassenpraktiken der USA-Firmen in der RSA an, und Präsident Carter erklärte, er glaube, "daß amerikanische Geschäftsleute eine konstruktive Kraft sein können, die rassische Gerechtigkeit innerhalb Südafrikas erreicht." 41

Schließlich beschloß die Tagung der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Juli 1977 in Brüssel, die Regierungen der EG-Staaten sollen ihren in Südafrika ansässigen Firmen empfehlen, schwarzen und weißen Arbeitern gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen. Etwa zur selben Zeit gingen durch die westliche Presse Meldungen, die USA hätten im Rahmen einiger internationaler Organisationen (GATT, OECD, ILO) eine Kampagne für "faire internationale Arbeitsnormen" und "globalen Mindestlohn" (living minimum wage) entfaltet. Diese "sozialen Grundsätze" seien eine Konkretisierung der "Menschenrechtspolitik" in bezug auf die Entwicklungsländer. Das zeigt, daß die "soziale Tätigkeit" multinationaler Monopole in Südafrika nur ein Teil einer breitangelegten Strategie ist. Die "sozialen" Möglichkeiten der multinationalen Monopole sollen stärker für die imperialistische Politik genutzt werden. Die Monopole sollen einige Abstriche von ihrer räuberischen Ausbeutungspraxis in den Entwicklungsländern machen und ihre "Beschäftigungspraktiken" dort denen in Europa anpassen. Gleichzeitig könnte damit der "beste Schutz" gegen die Flut billiger Importe aus den Entwicklungsländern geschaffen werden. 42 Die angeblich erstrebte "Wahrung der Menschenrechte" ist also mit handfesten ökonomischen Vorteilen im Konkurrenzkampf verbunden!

Auch für die multinationalen Monopole in Südafrika hat ihre "soziale Tätigkeit" einen sehr praktischen Zweck. Sie wollen auf diese Weise der Forderung nach Kapitalrückzug entgegenwirken und die Massen vom antiimperialistischen Kampf abhalten. Außerdem verbessert diese "progressive Praxis" ihr Image bei den Entwicklungsländern und erleichtert ihre Tätigkeit dort. Sollte sich aber in Südafrika doch eine Umwälzung vollziehen, so wäre dadurch für sie ein besserer Ausgangspunkt gegeben, als "konservative" Unternehmen ihn hätten. 43

Darüber, wie weit der "Wandel" gehen soll, gibt es offensichtlich unterschiedliche Auffassungen. Sie reichen von der PWA, die ihren unpolitischen Charakter als Unternehmerorganisation betont und sich vornehmlich gegen die ökonomischen Engpässe der Apartheid wendet, eine Position, die auch von denjenigen ausländischen Monopolen, die sich für Veränderungen aussprechen, geteilt und von der Vorster-Regierung, soweit es im Rahmen ihres Kurses möglich ist, unterstützt wird - bis zur oppositionellen Progressiven Partei, zu deren Gründern (1959) und Förderern Oppenheimer gehört. Diese Partei setzt sich für die Abschaffung der offenen, durch Gesetz institutionalisierten Rassendiskriminierung der Apartheid ein. Die Apartheid wird als eine Gefahr für die Existenz kapitalistischer Verhältnisse im Süden Afrikas eingeschätzt, da sie eine revolutionäre Explosion heraufbeschwöre. Diese Auffassung wird auch von einflußreichen bürgerlichen Poli-

40 Code of Practice. Guidelines for United Kingdom Companies with Interests in South Africa, in: Fifth Report ..., a. a. O., S. 98 - 102.

41 Sunday Times, 31. 10. 1976; Cape Times, 4. 11. 1976.

42 Handelsblatt, 8. 6. 1977.

43 Ebenda.

tikern außerhalb Südafrikas geteilt. James Callaghan erklärte zum Beispiel am 6. November 1974: Die Politik der Apartheid "ist geeignet, zum Chaos und zur Anarchie im südlichen Teil Afrikas und zur Ausbreitung des Kommunismus in diesem Teil der Welt zu führen".⁴⁴ Die internationale Isolation der RSA, vor allem in Afrika selbst, und die durch die Apartheid-Politik verursachten außerordentlich hohen Kosten des Militär- und Unterdrückungsapparates werden als dem wirtschaftlichen Wachstum und der ökonomischen Expansion abträglich kritisiert. Alle Anhänger des "friedlichen Wandels" sind jedoch einig, Reformen auf der Basis der bestehenden Verhältnisse durchzuführen und jede Erschütterung oder Schwächung der "freien Wirtschaft" in Südafrika zu vermeiden. Deshalb ist es für sie - insbesondere für die Monopole - selbstverständlich, bei aller Kritik an der Apartheid-Regierung mit ihr zusammenzuarbeiten und ihr jedesmal hilfreich unter die Arme zu greifen, wenn die politische Situation sich zuspitzt und sich daraus wirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben.⁴⁵ Denn die Regierung ist die Hauptstütze von "Ruhe und Ordnung" und damit wichtigster Stabilisierungsfaktor.

Ein zweiter wesentlicher Grund für die Zusammenarbeit der monopolistischen Kritiker mit der Apartheid-Regierung - nicht minder wichtig als der erste, die Angst vor einem revolutionären Umsturz wie in Angola - ist die enge wirtschaftliche Verflechtung mit der Regierung und die sich daraus ergebenden Profite. Die Tochtergesellschaften der großen multinationalen Monopole, private südafrikanische Gesellschaften und die staatlichen Konzerne wie ISCOR, SASOL und SOECOR arbeiten Hand in Hand bei der "wirtschaftlichen Erschließung" Südafrikas. Die AAC ist als zweitgrößter "Arbeitgeber" des Landes nach der Regierung und unter anderem als der größte private Uranproduzent⁴⁶ mit dieser wirtschaftlich besonders eng verbunden. "Ich würde nicht zögern, Ansichten als Vorsitzender der Anglo-American zu äußern, die dem entgegengesetzt sind, was die Regierung glaubt. Aber ich wäre ziemlich vorsichtig, sie ökonomischen Beziehungen zugrunde zu legen", erklärte Oppenheimer.⁴⁷ Die Notwendigkeit für die Unternehmen, besonders für die ausländischen, sich innerhalb der bestehenden Gesetze (das heißt der Apartheid-Gesetze) zu bewegen und Konflikte mit verantwortlichen staatlichen Organisationen zu vermeiden, wird nicht nur von Oppenheimer unterstrichen und gilt als allgemeine Verhaltensregel.⁴⁸

44 Parliamentary Debates, House of Common, Official Report, Fifth Series, Bd. 880, Sp. 1049.

45 So tat z. B. die AAC nach dem Blutbad von Sharville (1960), als die Weltöffentlichkeit protestierte, ausländische Investoren sich zurückzogen und die Devisenreserven den niedrigsten Stand erreichten, alles, um die Lage zu stabilisieren, und erreichte im Mai 1961 eine Anleihe aus den USA von 30 Millionen Dollar. (Vgl. Wilson, W. D., /Deputy Chairman der AAC/, Commitment to Growth in South Africa: Its Responsibilities and Human Implications, in: Optima, a. a. O., Nr. 2/1975, S. 75.) Ähnlich verhielten sie sich auch nach den Ereignissen in Soweto. Damals hatten die politischen Unruhen ebenfalls negative Auswirkungen auf die ausländische Investitionsfreudigkeit. Die AAC verabredete im Herbst 1976 einen mittelfristigen Kredit von 100 Millionen Dollar. (Vgl. Financial Times, 3. 12. 1976.)

46 Es ist wahrscheinlich, daß die AAC, deren Interessen sehr vielfältig auch in der Elektronik- und Sprengstoffindustrie sind, an der Herstellung von Atomwaffen für die südafrikanische Regierung beteiligt ist.

47 Zit. nach Hocking, Anthony, a. a. O., S. 468.

48 Vgl. Krieger, Werner, a. a. O., S. 57.

Aus allen diesen Gründen kann das Vorgehen der monopolistischen Kritiker, die realistisch genug sind, die Schädlichkeit des bestehenden Systems der Rassendiskriminierung für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und für die Stabilität der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu erkennen, und eine Änderung auf dem Boden des Kapitalismus erreichen wollen, keine echte Lösung für die Werktätigen bringen. Die in erster Linie an kapitalistischen Interessen orientierte Politik des "friedlichen Wandels" würde für die afrikanische Bevölkerung die Aufrechterhaltung der Diskriminierungs- und Ausbeutungsverhältnisse mit partiellen Verbesserungen noch über Jahrzehnte bedeuten. Abgesehen davon, sieht die Mehrzahl der Unternehmer die Notwendigkeit einer Änderung des Bestehenden überhaupt nicht ein, solange durch niedrige Löhne der Afrikaner höchste Profite garantiert sind. Besonders arbeitsintensive Industriezweige profitieren vom Lohngefälle und halten soziale Verbesserungen für eine unnütze Erhöhung der Produktionskosten. Daran konnten bis jetzt weder die Denkschrift des State Department noch die von der britischen Regierung herausgegebenen Richtlinien für britische Firmen in Südafrika etwas Wesentliches ändern. Von über 300 amerikanischen Firmen in der RSA kann die Denkschrift des State Department nicht mehr als zwanzig nennen (darunter General Motors, Ford, Chrysler, IBM, Mobil Oil, General Electric, Polaroid), die "soziale Errungenschaften" in Südafrika aufweisen können. Auch der 1976 mit der Untersuchung der Praktiken von US-Firmen in Südafrika erneut beauftragte Senats-Ausschuß kam im Januar 1978 zu dem Ergebnis, die amerikanischen Firmen unterstützten in ihrer Mehrheit die Rassenpolitik Südafrikas. Ähnlich verhält es sich mit britischen Firmen. Auch im britischen Unterhaus ist davon die Rede, daß den Monopolen der politische Standpunkt der Regierung klargemacht werden müsse.

Die Politik des "friedlichen Wandels" wird von westlicher Seite als Alternative zur Forderung der antiimperialistischen Kräfte in der UNO und der Antiapartheid-Bewegung in der ganzen Welt nach Sanktionen und vollständiger Isolierung des Rassistenregimes und Unterstützung der bewaffneten Befreiungsbewegung gepriesen. An Stelle konkreter Kampfmaßnahmen gegen die Apartheid, die das Regime unter Druck setzen, soll die Diskussion mit führenden Apartheid-Politikern treten, um sie zu Reformen zu überreden und alles, was die Schwierigkeiten der "freien Wirtschaft" in Südafrika vermehren könnte, insbesondere der Abzug ausländischer Kapitalinvestitionen, vermieden werden.

Die Erfahrungen zeigen aber, daß diese Politik keine Alternative ist und sein kann, sie hat in Wirklichkeit zur Stärkung des Apartheid-Regimes geführt und dieses Regime in seiner Unmenschlichkeit noch bestärkt. Der Mißerfolg dieser Politik zeigt, wie wenig wirkungsvoll die Versuche sind, auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft selbst die schlimmsten Formen der Rassendiskriminierung zu beseitigen bzw. zu lindern. Das wenige, was die Imperialisten bisher an Bereitschaft zu praktischen Maßnahmen aufzuweisen haben, haben sie nur unter Druck auf nationaler (Aktionen britischer Gewerkschaften und "Pressure-Groups" in den USA, bei Polaroid, Mobil Oil und anderen Monopolen, Forderungen der Wähler an die Labour-Regierung und Präsident Carter)⁴⁹ und internatio-

⁴⁹ Unter dem Druck dieser Forderungen kündigte die Labour-Regierung 1974 das Simonstown-Flottenabkommen mit der RSA, das seit fast 20 Jahren bestand, und erfüllte damit ein Wahlversprechen der Labour-Party; im März 1977 annullierte der amerikanische Kongreß das Gesetz über Chrom-Einfuhren aus Südrhodesien, das einen direkten Bruch der UNO-Sanktionen darstellte - ebenfalls ein Wahlversprechen Präsident Carters.

naler Ebene (UNO-Resolutionen) und unter Einfluß der internationalen Befreiungsbe-
wegung in Afrika gezeigt. Nur wenn der Druck auf allen diesen Ebenen verstärkt
wird, sind wirksame Erfolge im Kampf gegen die Apartheid und Rassendiskrimi-
nierung möglich.

Weg zur Herrschaft des Kapitalismus über die unteren
Klassen der Gesellschaften in Afrika und Asien

von Waltraud Schmidt

Als die heutigen Theorien, querüber Asien und Afrika ihre politische Brisanz
glaubt erringen, wären in der Mitte dieses am fernsten Ende vorkapitalisti-
schen und kapitalistischen Weltzeitalters gestanden. Dieser Kapitalismus, der
wie sonst ein Produkt des Kolonialismus, der politischen, kulturellen, Erziehung
sich nur in Form, in dieser Länder und Gesellschaften, die Präparaten kapital-
istischer Produktion, in den letzten Jahren dieses Zeitalters der Überwindung des
des Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise.

Die Situation der Mitte zum Ende gewonnen, um die soziologischen Theorie-
kriterien seiner Zeit die Welt der verschiedenen Schichten (Klassen) vor An-
fang zu führen, die sich ihnen entgegenstellten, werden. "Aber diese fertige
Welt des Kapitalismus, die Welt der Wirtschaft, der politischen, kulturellen, Erziehung
sich nur in Form, in dieser Länder und Gesellschaften, die Präparaten kapital-
istischer Produktion, in den letzten Jahren dieses Zeitalters der Überwindung des
des Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise.

Der Situation in der Mitte zum Ende gewonnen, um die soziologischen Theorie-
kriterien seiner Zeit die Welt der verschiedenen Schichten (Klassen) vor An-
fang zu führen, die sich ihnen entgegenstellten, werden. "Aber diese fertige
Welt des Kapitalismus, die Welt der Wirtschaft, der politischen, kulturellen, Erziehung
sich nur in Form, in dieser Länder und Gesellschaften, die Präparaten kapital-
istischer Produktion, in den letzten Jahren dieses Zeitalters der Überwindung des
des Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise.

1. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels Werke, Bd. 23, S. 100-101

2. Nischen (Hervorhebung nach der Ausgabe von 1967)

3. Nischen, S. 100 (Hervorhebung nach der Ausgabe von 1967)

Wege zur Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in heutigen Entwicklungsländern Asiens und Afrikas

von Waldtraut Schmidt

Als die heutigen Entwicklungsländer Asiens und Afrikas ihre politische Unabhängigkeit errangen, waren in den meisten neben den dominierenden vorkapitalistischen auch kapitalistische Verhältnisse anzutreffen. Dieser Kapitalismus war weitgehend ein Produkt des Kolonialsystems. Zur Zeit der kolonialen Eroberung gab es nur in wenigen dieser Länder und Gebiete Keim- und Frühformen kapitalistischer Produktion, in den meisten fehlten dagegen die Voraussetzungen für den Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise.

Diese Situation hatte Marx zum Anlaß genommen, um den bürgerlichen Theoretikern seiner Zeit die "zwei sehr verschiedenen Sorten Privateigentum"¹ vor Augen zu führen, die von ihnen prinzipiell verwechselt wurden. "Auf diese fertige Welt des Kapitals (in Westeuropa - W. S.) wendet der politische Ökonom mit desto ängstlicherem Eifer und desto größerer Salbung die Rechts- und Eigentumsvorstellungen der vorkapitalistischen Welt an, je lauter die Tatsachen seiner Ideologie ins Gesicht schreien."

Zur Situation in den Kolonien schrieb Marx an derselben Stelle: "Das kapitalistische Regiment stößt dort überall auf das Hindernis des Produzenten, welcher als Besitzer seiner eigenen Arbeitsbedingungen sich selbst durch seine Arbeit bereichert statt den Kapitalisten."² Zu den sich unter diesen Bedingungen auftuenden Schranken für das Kapital lesen wir weiter: "Da in den Kolonien die Scheidung des Arbeiters von den Arbeitsbedingungen und ihrer Wurzel, dem Grund und Boden, noch nicht existiert oder nur sporadisch, oder auf zu beschränktem Spielraum, existiert auch noch nicht die Losscheidung der Agrikultur von der Industrie, noch nicht die Vernichtung der ländlich häuslichen Industrie, und wo soll da der innere Markt für das Kapital herkommen?"³ Etwa fünfzig Jahre später hatte sich die Situation in den zur Debatte stehenden Gebieten erheblich gewandelt, und Lenin begründete, warum die imperialistischen Mächte inzwischen vom Waren- zum Kapitalexport übergegangen waren: "Die Möglichkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß eine Reihe rückständiger Länder bereits in den Kreislauf des Weltkapitalismus hineingezogen ist, die Hauptlinien der Eisenbahnen bereits gelegt oder in Angriff genommen, die elementaren Bedingungen der industriellen Entwicklung gesichert sind usw. Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß in

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1970, S. 792.

2 Ebenda (Hervorhebung nach der Ausgabe von 1947).

3 Ebenda, S. 796 (Hervorhebung nach der Ausgabe von 1947).

einigen Ländern der Kapitalismus 'überreif' geworden ist und dem Kapital ... ein Spielraum für 'rentable' Betätigung fehlt.⁴

Zu untersuchen ist, wie es in der Zeitspanne eines halben Jahrhunderts zu den gravierenden Veränderungen in den kolonisierten Ländern Asiens und Afrikas kam. Von der fraglichen Zeit sagte Lenin, "daß das Charakteristische dieser Periode die endgültige Aufteilung der Erde ist, endgültig nicht in dem Sinne, daß eine Neuaufteilung unmöglich wäre, ... sondern in dem Sinne, daß die Kolonialpolitik der kapitalistischen Länder die Besitzergreifung unbesetzter Länder auf unserem Planeten beendet hat."⁵ Im Gefolge von Eroberungsfeldzügen, die auf seiten der gewaltsam angeeigneten Gebiete und Länder riesige Menschenopfer kosteten, wurde in dieser Zeit vor allem der größte Teil des afrikanischen Kontinents dem Kolonialreich der imperialistischen Mächte zugeschlagen. Zur Ausbeutung der Kolonien wurde der Bau von Eisenbahnen, Straßen und Häfen in Angriff genommen bzw. fortgesetzt sowie Bergbauunternehmen und Plantagen angelegt und betrieben. Die für diese Unternehmen erforderliche Arbeitskraft beschafften die Kolonialmächte in großem Umfang durch Zwangsmaßnahmen. Teils trieben Abteilungen der Kolonialarmee die Bevölkerung in ihrem angestammten Gebiet zur Arbeit, teils wurden Menschen auf einem Kolonialgebiet im faktischen Sklavenstatus in andere, weit entfernte Kolonien verschifft, um dort auf Plantagen oder in Bergwerken eingesetzt und vernutzt zu werden.⁶ Diese Art der Beschaffung von Arbeitskräften spielte in vielen Fällen eine große Rolle. Sie konnte jedoch nicht die einzige und ständige Methode zur Beschaffung von Arbeitskraft sein, weil sie vielfach zur Entvölkerung ganzer Landstriche führte und damit die Absichten der Kolonialherren nach kontinuierlicher Ausbeutung der eroberten Gebiete zunichte wurden. Zudem riefen die gewaltsamen Methoden zur Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung in vielen Kolonien bewaffnete Aufstände hervor, für deren Niederschlagung nicht nur erhebliche Mittel bereitzustellen waren, sondern die von progressiven Kräften in den imperialistischen Ländern zum Anlaß genommen wurden, das Kolonialsystem anzuprangern. Mit dem Übergang zum Kapitalexport als einer dominierenden Erscheinung ist vielmehr die Tatsache zu verzeichnen, daß in den kolonisierten (und abhängigen) Gebieten und Ländern verschiedene spezifische Formen der Beschaffung von Lohnarbeit entwickelt wurden.⁷

Im vorliegenden Beitrag soll vor allem gezeigt werden, wie es dem Kapital der Metropolen gelang, in den Kolonien die für die Anwendung des dorthin exportierten Kapitals unerläßliche Arbeitskraft zu gewinnen. Waren die dafür in den verschiedenen Kolonien angewandten Methoden je nach den vorgefundenen Bedingungen recht unterschiedlich, so zeichnen sich zugleich doch einige Grundtypen ab, die jeweils in einer Reihe von Ländern oder Gebieten bzw. auf Subkontinenten vorherrschten. Zugleich werden aber auch Beziehungen deutlich, die zwischen verschiedenen Verfahren bestehen, so daß es sich nicht um isolierte Entwicklun-

4 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 245.

5 Ebenda, S. 258 f.

6 Vgl. Jahrhunderte ungleichen Kampfes in Asien und Afrika, Berlin 1974, S. 380, 385, 433 = Studien über Asien, Afrika und Lateinamerika, hg. v. Zentralen Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR unter Ltg. v. Lothar Rathmann, Bd. 8.

7 Lenin wies auf den Umstand hin, daß der Kapitalexport in den Ländern, "in die er sich ergießt, die kapitalistische Entwicklung ... außerordentlich beschleunigt". (Lenin, W. I., a. a. O., S. 247.)

gen, sondern um Vorgänge handelt, die dem sich herausbildenden imperialistischen Kolonialsystem entsprangen und entsprachen. Diesen Fragen nachzugehen bedeutet nicht nur eine Aufhellung früher vollzogener Vorgänge. Vielmehr machen sich die Folgen der verschiedenen Entstehungs- und Entwicklungsformen der Lohnarbeit unter dem Einfluß des Kapitalexports sowohl für die inneren Prozesse heutiger Entwicklungsländer als auch für die Gestaltung von Beziehungen zwischen ihnen sowie zwischen ihnen und den imperialistischen Mächten bis in die Gegenwart vielfältig bemerkbar.

Einen ersten Typ finden wir in Gestalt der auf dem indischen Subkontinent vor sich gegangenen Prozesse. Hier gab es zur Zeit der kolonialen Erscheinung durch das britische Kolonialreich intern gewachsene Anfänge einer kapitalistischen Entwicklung. Aus einer Vielzahl von Darstellungen indischer Wirtschaftshistoriker ist zu entnehmen, daß sich zu Beginn der Herrschaft der Großmoguln (16. Jahrhundert) bereits in vielen Gebieten Indiens Verhältnisse herausgebildet hatten, die dem aus der europäischen Geschichte bekannten Verlagssystem entsprachen.⁸ Die zunehmende Spezialisierung der handwerklichen Produktion brachte unter den Bedingungen des sich entwickelnden Handels den Aufkäufer hervor, der sich den Handwerker unterwarf. In diesem Prozeß kam es auch zur Entstehung von auf Lohnarbeit beruhenden Manufakturen in einer Reihe von Produktionszweigen.⁹ Verbreitet waren sie auf dem Gebiet der Textilproduktion, wo sie sich auf Baumwoll-, Seiden- oder Wollverarbeitung spezialisiert hatten. Große, manufakturmäßig betriebene Werkstätten gab es in der Eisenverarbeitung, der Farbenproduktion sowie im Schiffbau. Lohnarbeiter waren auch in der Salz- und Salpetergewinnung - die beide unter das Staatsmonopol fielen - tätig.¹⁰ Im 16. und 17. Jahrhundert entstanden auch große Bankhäuser. Zum Teil waren die Einlagen so beträchtlich, daß von diesen Banken bedeutende Mogulherrscher finanziert wurden.¹¹

Auch in Korea reiften im Schoße der feudalen Gesellschaft Voraussetzungen für die Entstehung kapitalistischer Verhältnisse heran. Im Rahmen des staatlichen Eigentums an Grund und Boden gab es faktisch privaten Großgrundbesitz. Die Ware-Geld-Beziehungen waren weit verbreitet, und Lohnarbeit fand Eingang in die Landwirtschaft. In besonders starkem Umfang wurde Lohnarbeit im Bergbau angewandt. Das private Handelskapital war zu einer bedeutenden Kraft geworden. Mit der Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen nahm zugleich die feudale Ausbeutung zu. Dadurch wurde ein intensiver Prozeß der Pauperisierung der Bauern ausgelöst. Dennoch kam es in der vorkolonialen Zeit hier nicht zur Ausbildung kapitalistischer Verhältnisse. Ein Teil der verarmten und vertriebenen Bauern siedelte ins Bergland um, wo die Kultivierung neuen Bodens möglich war, andere gingen ins Ausland.¹² Auch im Iran gab es Anzeichen, daß sich die nichtagrarische Produktion in der Richtung auf frühkapitalistische Produktionsformen hin bewegte, ohne jedoch das manufaktuelle Stadium zu erreichen.¹³ In den übrigen asiatischen Ländern hatte die historische Entwicklung bis zur Kolonisierung gar

8 Jha, Shiva Chandra, Studies in the development of capitalism in India, Kalkutta 1963, S. 91.

9 Mukerjee, Radha Kamal, The economic history of India, 1600 - 1800, London o. J., S. 81.

10 Jha, Shiva Chandra, a. a. O., S. 70.

11 Ebenda, S. 84.

12 Jahrhunderte ungleichen Kampfes in Asien und Afrika, a. a. O., S. 20 f.

13 Ebenda, S. 9.

keine oder noch unbedeutendere interne Voraussetzungen für das Entstehen kapitalistischer Verhältnisse hervorgebracht. Noch nachdrücklicher gilt diese Feststellung auch für die verschiedenen Länder und Gebiete des tropischen Afrikas. Unzulässig ist es, aus einem hohen Stand des Handels oder der Anhäufung von Geldkapital abzuleiten, daß es sich hier um Frühformen einer kapitalistischen Entwicklung handele. 14

Aber selbst in den Gebieten Indiens, wo die intern gewachsenen Anfänge einer kapitalistischen Produktion relativ stark ausgeprägt waren, wurden die kapitalistischen Verhältnisse nicht die dominierenden. So blieb auch die Lohnarbeit eine untergeordnete Erscheinung. Durch die koloniale Eroberung und das Vordringen der Ostindischen Kompanie wurde die bodenständige kapitalistische Entwicklung Indiens zwar nicht völlig abgebrochen, ihr wurden jedoch spezifische Züge aufgeprägt. Sie bestanden vor allem darin, daß das einheimische Kapital in eine untergeordnete, weitgehend abhängige Position gedrängt wurde. Dies geschah dadurch, daß die britische Kolonialmacht - vertreten durch die Kompanie - die indischen Produzenten und Händler nicht nur von den Außenmärkten abschnitt, sondern auch die Beziehungen zwischen den einheimischen Produzenten und Händlern unterband oder stark reglementierte. Die Kompanie überzog den größten Teil des Subkontinents mit einem engmaschigen Netz von Kolonialbeamten und einheimischen Unteragenten. Mit seiner Hilfe wurden dem Land große Teile des Mehrprodukts bzw. sogar des notwendigen Produkts entzogen, was zum massenhaften Ruin von Handwerkern führte. Ein Teil von ihnen nahm Zuflucht zur landwirtschaftlichen Produktion. Aber auch in den ländlichen Gebieten kam es unter dem Einfluß der Kompanie zur Zerstörung der traditionellen sozialen Beziehungen, zur Kommerzialisierung eines Teiles der Produktion und zur Ausplünderung der Produzenten. Die seit Jahrhunderten bestehende Verbindung von Ackerbau und Handwerk wurde zerstört.

Der Vernichtungsprozeß der indischen Wirtschaftsstruktur führte zur massenhaften Pauperisierung der Bevölkerung in Stadt und Land. Auf brutale Art und Weise war damit eine Voraussetzung für das Funktionieren des exportierten Kapitals geschaffen worden. Der Umfang und das Tempo der unter dem Einfluß der Kolonialmacht in Gang kommenden Industrialisierung waren jedoch derart, daß nur ein sehr geringer Teil der latenten Überbevölkerung sich tatsächlich in Proletarier verwandeln konnte.

Wegen der Massenhaftigkeit der überschüssigen Arbeitskraft und den konkreten sozialökonomischen Bedingungen war es dem größten Teil der Arbeiterschaft nicht möglich, sich Arbeits- und Lebensbedingungen zu erkämpfen, die wenig-

14 Auf diesen Umstand weist Marx folgendermaßen hin: "Selbständige und vorwiegende Entwicklung des Kapitals als Kaufmannskapital ist gleichbedeutend mit Nichtunterwerfung der Produktion unter das Kapital, also mit Entwicklung des Kapitals auf Grundlage einer ihm fremden und von ihm unabhängigen gesellschaftlichen Form der Produktion. Die selbständige Entwicklung des Kaufmannskapitals steht also im umgekehrten Verhältnis zur allgemeinen ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft." (Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1970, S. 340.) Etwas später fährt er fort: "Das Gesetz, daß die selbständige Entwicklung des Kaufmannskapitals im umgekehrten Verhältnis steht zum Entwicklungsgrad der kapitalistischen Produktion, erscheint am meisten in der Geschichte des Zwischenhandels . . ." (Ebenda, S. 341.)

stens das physische Existenzminimum gewährleistet hätten. Dieser Umstand war nicht nur die Grundlage dafür, die Betriebe des ausländischen und des einheimischen Kapitals mit äußerst billigen Arbeitskräften zu versorgen, er erzeugte vielmehr die Bereitschaft, die Arbeitskraft auch außerhalb der Grenzen des Heimatlandes zu verkaufen,¹⁵

Unter diesen Bedingungen begannen Agenten die Anheuerung und Verschiffung von Kontraktarbeitern nach anderen Kolonialgebieten im großen Stil zu organisieren. Diese schreckliche Erscheinung ist auch unter dem Begriff des Kulihandels in die Kolonialgeschichte eingegangen. Eines der Haupteinzugsgebiete für Kuliarbeit war Indien. Mit indischen Arbeitskräften fundierte und betrieb England seine Kolonialausbeutung in einer Reihe asiatischer und afrikanischer Länder, vor allem in Burma, Malaya sowie in Südafrika, in Uganda, Kenia und Tanganjika.

Das Einschleusen indischer Kontraktarbeiter nach Burma begann nach 1852, als das Irawady-Delta von der Ostindischen Kompanie annektiert worden war.¹⁶ Die Landwirtschaft Burmas war von den Kolonialisten dazu ausersehen, einen großen Teil der europäischen Reisversorgung sicherzustellen. Das schwach bevölkerte Land war nicht in der Lage, die dafür notwendige Arbeitskraft aufzubringen. Die Kolonialmacht organisierte durch ihre Agenten einen starken Zufluß an Arbeitskraft. Inder arbeiteten außer auf den Reisfeldern in allen Bereichen, wo manuelle und untergeordnete Arbeit zu leisten war. Von 1872 bis 1931 stieg der Anteil des aus Indien eingewanderten Bevölkerungsanteils von knapp 5 auf fast 7 Prozent. Da die Inder jedoch vor allem in Niederburma lebten, belief sich ihr Anteil hier auf etwa 10 Prozent, in Rangun erreichte er sogar 50 Prozent.¹⁷

Seit etwa 1830 wurde eine kleine Zahl von indischen Arbeitskräften auf Kontraktbasis für jeweils drei Jahre nach Malaya vermittelt, um dort auf den Kaffee- und Zuckerplantagen zu arbeiten. Nach 1890 wurde dann der Zustrom billiger indischer Arbeitskraft nach Malaya in großem Umfang organisiert. Alle bis dahin in Malaya bestehenden gesetzlichen Beschränkungen gegenüber der Einwanderung wurden 1897 aufgehoben. In der Zeit von 1900 bis 1910 kam es zur Einwanderung von fast 500 000 Indern, die damit einen Bevölkerungsanteil von 10 Prozent stellten. Der größte Teil der aus Indien eingewanderten Lohnarbeiter arbeitete auf den Plantagen (Kautschuk, Tee, Kokosnüsse, Kakao, Ananas).¹⁸

Ebenfalls im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts nahm die englische Kolonialmacht in Ostafrika eine Reihe von Eisenbahnbauten in Angriff. Der größte Teil der dafür benötigten Lohnarbeiter wurde ebenfalls aus Indien auf Kontraktbasis beschafft. Mehr als 30 000 wurden nach Afrika verschifft.¹⁹

15 Der Verkauf der Arbeitskraft nach fremden Kolonialgebieten wurde durch das Kangany- oder das Maistry-System stimuliert. In beiden Fällen wurden Vorauszahlungen an die Kontraktarbeiter gezahlt, wodurch in der Regel ein ständiger Verschuldungsprozeß eingeleitet wurde. Vgl. Mahajani, Usha, The Role of Indian Minorities in Burma and Malaya, Bombay 1960, S. 97.

16 Ebenda, S. 2.

17 Ebenda, S. 4 f.

18 Ebenda, S. 96.

19 Portrait of a Minority, hg. v. Dharam P. Ghai u. Yash P. Ghai, Nairobi 1970, S. 3.

Dieser Arbeitskräfteexport ermöglichte den Kolonialmächten, den Kapitalexpert auch in jenen Kolonien zur dominierenden Form der Wirtschaftsbeziehungen werden zu lassen, wo es keine oder nur äußerst schwache intern gewachsenen Bedingungen einer kapitalistischen Produktion gab und wo das Kapital ohne Vorhandensein von Lohnarbeitskräften nicht in seiner Kapitaleigenschaft hätte wirken können.

Die Kolonialmächte benötigten für den Übergang zum Kapitalexpert in eine Reihe asiatischer und afrikanischer Kolonien mit vorwiegend vorkapitalistischen Verhältnissen nicht nur anfänglich importierte Arbeitskräfte. Ihr Einsatz ermöglichte zwar den Bau und die Inangangsetzung von Betrieben der extraktiven Industrie sowie von Plantagen. Um jedoch die Wirtschaft der eroberten Länder komplexer und kontinuierlich ausbeuten zu können, waren zugleich Verbindungen zu schaffen, die als Kanäle zwischen den intern gewachsenen Wirtschaftsorganismen und dem Kolonialkapital fungieren konnten. Ulrich Jeromin spricht davon, daß "das Aufbrechen der traditionellen Ordnung" erforderlich war.²⁰ Dieses "Aufbrechen" konnte nicht vorwiegend mit Gewalt, sondern mußte zugleich mit ökonomischen Mitteln betrieben werden. Die bloße Gewaltanwendung führte zur Zerstörung der vorgefundenen Sozialgebilde und zur Entvölkerung der eroberten Gebiete und nicht zur Anpassung der Sozialverhältnisse an die ökonomischen Bedürfnisse der Kolonialmacht.

Um das exportierte Kapital im weiteren Sinne funktionsfähig zu machen, bedurfte es vermittelnder Glieder, die es in Gestalt kleiner, sich im Bereich der Zirkulation sowie der ergänzenden Produktion betätigender Unternehmer fand. Ihr Wirken stellte die minimale Verklammerung her, die zwischen dem Auslandskapital und den ursprünglichen sozialökonomischen Gebilden in den Kolonien erforderlich war. Soweit der dafür benötigte Unternehmertyp nicht in Gestalt ansässiger Händler²¹ zu finden war, wurde seine Zuwanderung von den Kolonialmächten aus anderen Ländern und von anderen Kontinenten ebenfalls initiiert bzw. gefördert. Zu dem Bevölkerungsstrom, der von Indien in die erwähnten anderen Kolonialgebiete geleitet wurde, gehörten daher nicht nur Lohnarbeiter, sondern Angehörige solcher Kasten und Gruppen, die sich auch daheim mit Handel, Wucher, mit handwerklicher Produktion und kapitalistischen Unternehmungen befaßt hatten. Beispielsweise spielten die Chettiars, eine im Staate Madras beheimatete Gruppe von zu Bank- und Wuchergeschäften übergegangenen Händlern, eine große Rolle bei der Ausbreitung der Geldwirtschaft und bei der Zersetzung der traditionellen Agrarstrukturen.²² Die Bedeutung dieses Unternehmertyps kennzeichnet Indira Rothermund am Beispiel der nach Ostafrika ausgewanderten indischen Händler und Unternehmer folgendermaßen: "Sie waren Pioniere der geldwirtschaftlichen Durchdringung des weiten Landes, aber sie arbeiteten im Rahmen des kolonialen Systems, das die Kontrolle und letzten Endes auch den größten Teil des Ertrages in die Hände der Kolonialherren gab. Es kam zu einer nutzbringenden Symbiose der großen britischen Handelshäuser mit den asiatischen Groß- und Einzelhändler-

²⁰ Jeromin, Ulrich, Die Überseechinesen, Stuttgart 1966, S. 14.

²¹ Der Außen- und der große Binnenhandel wurde in vielen afrikanischen und asiatischen Ländern und Gebieten z. T. seit Jahrhunderten durch Angehörige fremder Minderheiten vermittelt, die ihre Tätigkeit kontinuierlich auf die Zirkulation beschränkten.

²² Mahajani, Usha, a. a. O., S. 99.

lern, die auch dort noch mit Gewinn Handel treiben konnten, wo ein europäischer Händler überhaupt nicht ins Geschäft gekommen wäre."23

In der Verbindung von Kapital aus den Kolonialmetropolen mit aus anderen Kolonien importierten Lohnarbeitskräften (vielfach ergänzt durch die Attraktion von Kleinunternehmern) stellt sich also ein zweiter Typ der Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit in den heutigen Entwicklungsländern Asiens und Afrikas dar.

Neben Indien spielte China als Herkunftsland für Lohnarbeitskräfte und für das vermittelnde Unternehmertum eine große Rolle. Die Auswanderung aus China begann in nennenswerter Größenordnung nach 1860. Bis dahin unterband die Gesetzgebung der Mandschu-Dynastie allgemein die Entfernung der Menschen von ihren Heimatorten. "Sie verbot die Auswanderung und drohte denjenigen bei der Rückkehr die Todesstrafe an, die dieses Gesetz verletzten."24 Seine Außerkraftsetzung war ein Ergebnis des von England und Frankreich angezettelten zweiten Opiumkrieges (1856/60). In den Verträgen von Tientsin und Peking wurde China nicht nur zu weiteren Konzessionen zur Öffnung seines Marktes und zu Kontributionen gezwungen, sondern auch zur Legalisierung der Auswanderung. Zu Recht stellt Jeromin fest: "Die Tatsache, daß England und Frankreich die Genehmigung der Auswanderung als Teil des Friedensvertrages dem unterlegenen chinesischen Kaiser aufzwingen, zeigt, daß sie die Chinesen für die Erschließung ihrer Kolonialreiche brauchten."25

Besonders im letzten Drittel des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam es zu beträchtlichen Wanderungsbewegungen, teils in der Form organisierten Kuli-handels, teils in Gestalt "freiwilliger" Auswanderung. Die Ströme bewegten sich vor allem von China nach anderen südostasiatischen Ländern und von Indien in Nachbargebiete und -staaten sowie nach Ostafrika und in einige Gebiete Lateinamerikas. Die in andere Kolonien umgesiedelten Arbeitskräfte wurden hauptsächlich zur Anlage von Plantagen und in der Plantagenwirtschaft oder zum Straßen- und Eisenbahnbau eingesetzt.

Hauptzentren der Zuwanderung chinesischer Arbeitskräfte waren Britisch-Malaya, Niederländisch-Indien und Thailand. In Malaya konzentrierte sich ihre Ansiedlung zunächst in den Gebieten des Zinnabbaus, ab 1895 wurden auch die sich rasch ausdehnenden Kautschukplantagen mit chinesischen Kulis versorgt, obwohl ihre Zahl geringer als die der indischen blieb. Um die Jahrhundertwende erreichte der Anteil chinesischer Arbeitskräfte in den beiden malayischen Hauptabbaugebieten von Zinn, Selangor und Perak, einen Anteil von 65 bis 46 Prozent an der Gesamtbevölkerung.26 In Indonesien wurden chinesische Arbeitskräfte ebenfalls für den Zinnbergbau, in großem Maßstab aber auch für Tabakplantagen angeworben: "Ab 1864 wurden Tausende chinesischer Kulis für die Tabakpflanzungen rekrutiert. Sie kamen zunächst über Singapur und Penang, ab 1888 wurden sie von den Pflanzern direkt in China angeworben. Zwischen 1888 und 1931 landeten 305 000 Chinesen im Hafen Bilawan im Deli-Gebiet."27

23 Rothermund, Indira, Die politische und wirtschaftliche Rolle der asiatischen Minderheiten in Ostafrika, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 6 f.

24 Jeromin, Ulrich, a. a. O., S. 11.

25 Ebenda, S. 12.

26 Ebenda, S. 21.

27 Ebenda, S. 26.

Der bereits zitierte Jeromin sieht das Wesen dieser Arbeitskräftebewegung darin: "Die ganze Wanderungsbewegung läßt sich daher betrachten als ein Ausgleich, der sich auf dem internationalen Arbeitsmarkt vollzog. Angebot und Nachfrage, 'push'- und 'pull'-Faktoren mußten zusammenwirken, um sie auszulösen."²⁸ Diese Äußerung verdeckt jedoch den spezifischen Charakter dieses "internationalen Arbeitsmarktes". Denn sie erweckt die Vorstellung, als handele es sich dabei um einen gewöhnlichen, von den Regeln des Warenaustausches bestimmten Markt. Ist dies schon zunächst einmal eine oberflächliche Betrachtungsweise, weil sie von der spezifischen mehrwertschaffenden Eigenschaft der Ware Arbeitskraft abstrahiert, so verdeckt sie im vorliegenden Fall noch weit schroffere Gegensätze. Denn hier stehen sich nicht wirklich freie Lohnarbeiter und individuelle kapitalistische Unternehmer gegenüber, sondern die imperialistische Staatsmacht nutzenden Monopole und eine Vielzahl von Individuen, denen durch die Zersetzung oder Zerstörung ihres vorkapitalistischen Gemeinwesens die Lebensgrundlage entzogen wurde. Die Betrachtungsweise Jeromins erweckt den Eindruck, als habe das freie Spiel der Kräfte einen "internationalen Arbeitsmarkt" hervorgebracht; dabei gehen die Spuren des gewaltsamen Eindringens der Kolonialmächte in das soziale und wirtschaftliche Leben der eroberten Gebiete und der Pauperisierung der Volksmassen völlig verloren. Auch das Hin- und Herfluten dieser Arbeitskräfte zwischen den Kolonien ist kein wirklicher Ausgleich von Angebot und Nachfrage, sondern bringt Veränderungen in den Verwertungsbedürfnissen des Kolonialkapitals und zyklische Bewegungen der kapitalistischen Wirtschaft zum Ausdruck.

Die um die Jahrhundertwende von den Kolonialmächten massenhaft in Gang gesetzte Zuwanderung von Arbeitskräften und dem vermittelnden Unternehmertum schuf Bedingungen für die Inangansetzung der kapitalistischen Produktion in einer ganzen Reihe kolonisierter Länder. Es kam in der Folgezeit jedoch nicht zu einer allgemeinen Ausbreitung der kapitalistischen Verhältnisse. Diese blieben auf wenige Gebiete des Landes und die vom Kolonialkapital ins Leben gerufenen Wirtschaftsobjekte und deren unmittelbare Umgebung beschränkt.

Die Beschränkung ergab sich erstens daraus, daß die vom Auslandskapital errichteten Betriebe keine vor- oder nachgelagerte kapitalistische Produktion initiierten, weil ihre Erzeugnisse in der Regel nach dem Durchlaufen der ersten Verarbeitungsstufe das Land verließen. Die wichtigste Verknüpfung der ausländischen Betriebe mit der übrigen Wirtschaft der Kolonie ergab sich durch den Lohn der Arbeitskräfte. Zumeist genügte jedoch das Vorhandensein einfacher Warenproduzenten, um den durch den Lohn entstehenden Bedarf zu decken; oft genug wurden diese Märkte auch mit ausländischen Konsumgütern überschwemmt. Maßnahmen zur kapitalistischen Umgestaltung der Kolonialwirtschaft lagen zudem nicht im Interesse der Kolonialmächte, weil dies die Möglichkeit der Entstehung neuer Konkurrenten in sich barg. Wo sich Anfänge der Entwicklung eines einheimischen Kapitalismus zeigten, wurden diese durch die Kolonialgesetzgebung in engen Grenzen gehalten.

Ein zweiter Grund für die schwache Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse lag in der Festigkeit der vorkapitalistischen Produktionsweise. Auf deren Stabilität wies Marx folgendermaßen hin, als er sich mit dem Funktionieren der altindischen Gemeinde befaßte: "Der einfache produktive Organismus dieser selbstgenügenden Gemeinwesen, die sich beständig in derselben Form reproduzieren und,

wenn zufällig zerstört, an demselben Ort, mit denselben Namen, wieder aufbauen, liefert den Schlüssel zum Geheimnis der Unveränderlichkeit asiatischer Gesellschaften, so auffallend kontrastiert durch die beständige Auflösung und Neubildung asiatischer Staaten und rastlosen Dynastenwechsel."²⁹ Der Stabilität liegt ursprünglich die Notwendigkeit der kollektiven Subsistenzsicherung zugrunde, deren ständige Reproduktion bei Abwesenheit von Privateigentum auch durch die Elemente des Überbaus stark abgesichert wurde. Diese, in den meisten asiatischen und afrikanischen Ländern um die Jahrhundertwende bestehende und dominierende Situation des Vorherrschens urgesellschaftlicher und vorkapitalistischer Verhältnisse machte es den Kolonialmächten schwer, die Ausbeutung der eroberten Gebiete in Gang zu setzen, soweit nicht bereits das Auslandskapital Fuß gefaßt hatte.

Deshalb gingen die Kolonialmächte in diesen Fällen zu einem weiteren Verfahren über, in dessen Gefolge es zur Entstehung eines dritten Typs von Lohnarbeit kam. Zu diesem Zweck wurden zunächst die Hauptkräfte von Ausbeutergruppen, -schichten oder -klassen ausfindig gemacht und dort, wo Ausbeutungsverhältnisse noch nicht existierten, Maßnahmen zur Feudalisierung der bestehenden gesellschaftlichen Beziehungen eingeleitet. Diese Ausbeuterelemente waren als die sozialen Stützen der Kolonialmächte ausersehen. Von der Feudalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen im Dorf in den britischen Kolonien des tropischen Afrikas sagt der sowjetische Historiker J. M. Kobiščanov, daß "die Kolonialmacht die traditionelle Aristokratie in das System der indirekten Verwaltung einbezogen hat, wodurch ihre Position gegenüber der Gemeindebauernschaft erheblich gestärkt wurde. Aber auch die von der französischen Kolonialmacht im Rahmen der sogenannten direkten Verwaltung geschaffenen Dorf- und Kantonalführer rekrutierten sich im wesentlichen aus der traditionellen Oberschicht und entwickelten sich unter den kolonialen Bedingungen zu einer Ausbeuterschicht vorkapitalistischen Typs."³⁰

Diese Gewährsleute der Kolonialmacht wurden nunmehr damit beauftragt, die ökonomischen Interessen der Kolonialmacht in der Gemeinde durchzusetzen. Dazu gehörte in vielen Gebieten Afrikas neben der Organisierung von Zwangsarbeit das Eintreiben von Kopf-, Hütten- oder Bodensteuern. Die wichtigste dieser Steuern war die Kopfsteuer, die jedem männlichen Afrikaner über 18 Jahre, in manchen Gebieten auch über 16 Jahre, auferlegt wurde. Die Bezahlung der Steuern hatte in Geld zu erfolgen. Die Bevölkerung des weitaus größten Teiles aller dörflichen Gemeinwesen verfügte bis dahin jedoch über keine Geldeinnahmen.³¹ Unter dem Zwang der Steuern gab es für die Dorfbewohner keine andere Wahl, als die Produktions- und Lebensweise mindestens teilweise auf Gelderwerb umzustellen. Innerhalb der dörflichen Gemeinde gab es jedoch zunächst keinerlei Voraussetzungen, um die Mittel zur Bezahlung der Kopfsteuern zu erwerben. Daher mußte ein Teil der Dorfbewohner dazu übergehen, zeitweilig Lohnarbeit in weit

²⁹ Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 379 (Hervorhebung nach der Ausgabe von 1947).

³⁰ Kobiščanov, J. M., Die Dorfgemeinde in Afrika, in: Afrika. Gegenwärtige soziale Prozesse und Strukturen, Berlin 1976, S. 135.

³¹ In einigen Gebieten des vorkolonialen tropischen Afrikas gab es einen hochentwickelten Handel. Jean Suret-Canale weist darauf hin, daß "dennoch die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den Handel eine Ausnahme (blieb), auch der Gebrauch des Geldes blieb praktisch unbekannt." (Suret-Canale, Jean, Schwarzafrika, Bd. 2, Berlin 1969, S. 81.)

entfernten Gebieten zu leisten. Möglichkeiten, sich als Lohnarbeiter zu verdienen, gab es um die Jahrhundertwende insbesondere in den Diamanten- und Goldvorkommen der Südafrikanischen Union und in anderen Gebieten, wo mineralische Rohstoffe abgebaut wurden.

Jack Woodis betont, daß die Einführung des Kopfsteuersystems "eine vorsätzliche Maßnahme war, um eine afrikanische Lohnarbeiterarmee für die europäischen Kolonialherren zu schaffen. Es wurde niemals ernstlich als eine Einnahmequelle für den Staat angesehen, wie das normalerweise bei Steuersystemen der Fall ist, sondern als ein Mittel, Afrikaner in die Geldwirtschaft zu zwingen - das heißt unter den bestehenden Bedingungen in Afrika, für Lohn zu arbeiten."³²

Mit der Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf Markterzeugnisse kam es in einigen Gebieten des Kontinents auch im Agrarbereich zur massenhaften Anwendung von Lohnarbeit, die zum Teil ebenfalls durch Wanderarbeiter geleistet wurde. Für den Übergang zur Marktproduktion im agraren Bereich spielte die Bodensteuer eine Rolle. Ihr Zweck war, die Bauern zur Produktion von Exportkulturen wie Indigo, Baumwolle, Jute, Erdnüsse, Zuckerrohr, Gewürze, Kaffee, Kakao usw. zu veranlassen. Bis dahin bauten die Dorfbewohner jene Pflanzen an, die sie für den eigenen Lebensunterhalt benötigten. Bei dem gegebenen Stand der Produktivkräfte reichten die Ernten in der Regel zur Sicherung des Lebens der Familien hin. Die in geringem Umfang erzielten Überschüsse waren nötig, um das Überleben bei regelmäßig eintretenden Mißernten zu sichern. Eine Ausdehnung der Marktproduktion war in den meisten Fällen nur zu erreichen, wenn die Produktion für den Eigenbedarf eingeschränkt wurde. Da die Bauern allgemein nicht zu dieser Änderung bereit waren, wurden sie durch das Auferlegen von Bodensteuern zum Anbau von Handelskulturen gedrängt. (Daneben gab es - wie vor dem bereits in asiatischen Kolonien - direkten Zwang zur Produktion landwirtschaftlicher Exportkulturen.) Mitunter erhielten die Bauern beim Verkauf der Handelskulturen für eine gewisse Zeit auch eine relativ gute Bezahlung. Nach der Senkung der Preise - bei Aufrechterhaltung der Bodensteuer - waren die Bauern zur weiteren Ausdehnung des Anbaus von Exportkulturen gezwungen.

Derartige Veränderungen der landwirtschaftlichen Produktion riefen in einigen Gebieten ebenfalls eine Nachfrage nach Lohnarbeit hervor, die vielfach Saisoncharakter hatte und Ströme von Wanderarbeitern erzeugte. Über die Entstehung von Wanderströmen im Senegal berichtet Jean Suret-Canale: "Der Schwerpunkt des Erdnußanbaus verlagerte sich schon vor 1914 von Kayor nach Baol, dann, entsprechend den Fortschritten der Eisenbahn, nach dem Sine-Salum. In den neu in Anbau genommenen Gebieten waren die vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreichend. Es bildete sich ein Wanderstrom, der in erster Linie die Arbeitskräfte aus jenen Gebieten heranzieht, deren Boden erschöpft ist, oder die künftig abseits der Handelsstrecken liegen ..."³³

Die Wanderarbeit in Afrika erreichte in den ihrer Entstehung folgenden Jahrzehnten riesige Ausmaße. Die ersten zuverlässigen Schätzungen liegen für die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts vor. Suret-Canale gibt an, daß im angeführten Beispiel der Erdnußanbau 1936 im Senegal 76 000 Wanderarbeiter anzog.³⁴ Er zitiert des weiteren Quellen, denen zufolge um 1930 jährlich im Durchschnitt etwa 180 000 Arbeitskräfte in das Gebiet der Goldküste und Nigerias zuwanderten.

³² Woodis, Jack, Afrika - Kontinent im Morgenrot, Berlin 1963, S. 58.

³³ Suret-Canale, Jean, a. a. O., S. 316.

³⁴ Ebenda, S. 317.

Der stärkste Strom von Wanderarbeitern ergoß sich jedoch nach Südafrika; auch Nord- und Südrhodesien zogen fremde Lohnarbeit in großem Umfang an. Diese durch die Kolonialmacht in Gang gesetzte Wanderarbeit hatte die Eigenschaft, sich beständig zu reproduzieren und sich im Laufe der Zeit zu vergrößern.

Die Abwesenheit eines großen Teiles der arbeitsfähigen Bevölkerung für längere Zeit von den Heimatdörfern bewirkte, daß dort die landwirtschaftlichen Arbeiten oft nicht mehr ordnungsgemäß erledigt werden konnten. Die Verminderung der Erträge und die nachteiligen Folgen für das soziale Leben waren beträchtlich, denn es waren in erster Linie die im besten Arbeitsalter stehenden Gemeindegehörigen, die in der Fremde Lohnarbeit leisteten. Die sich verschlechternde soziale Lage im Dorf führte in der Folgezeit oft zur Vergrößerung der Wanderarbeit, wodurch wiederum die Fortführung der landwirtschaftlichen Produktion wachsenden Problemen ausgesetzt war. In der Umgebung der Südafrikanischen Union kam es zum stärksten Abzug von Arbeitskräften. In der Zeit von 1938 bis 1940 waren im Durchschnitt 27,5 Prozent der erwachsenen Männer nicht in ihrer Heimat in Betschuanaland anwesend, für Swasiland belief sich die Abwesenheitsrate zum gleichen Zeitpunkt auf 25 bis 30 Prozent.³⁵

Das Anwachsen der Wanderarbeit zog außerordentlich nachteilige Folgen für die afrikanischen Gesellschaften nach sich. Sie untergrub weitgehend das soziale Leben in den Gemeinden, ohne dabei den Übergang zu einer neuen, höheren Produktionsweise vorzubereiten, wie dies zum Beispiel in Europa der Fall war, als der aufkommende Kapitalismus die Feudalbande löste und Reste älterer Produktionsweisen zerstörte. Das Kolonialkapital zog aus der Ausbeutung der Wanderarbeiter ungewöhnlich hohe Profite. Denn die ihnen gezahlten Löhne deckten bei weitem nicht die entsprechenden Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Von vornherein wurde von den in Afrika tätigen Monopolen in Ansatz gebracht, daß die Dorfgemeinde weiterhin einen beträchtlichen Teil der erforderlichen Aufwendungen trägt, um den ständigen Nachschub an Lohnarbeit dieser Art zu sichern. Der sich auf diese Art über Jahrzehnte erstreckende Entzug von Nationaleinkommen (die Monopole transferierten den größten Teil der Profite in die imperialistischen Länder) beraubte Afrika in hohem Maße seiner Akkumulationsmittel.

Die starke Verbreitung der Wanderarbeit in verschiedenen Gebieten Afrikas brachte die eigentümliche Erscheinung hervor, daß die Durchschnittsarbeitskraft in weiten Regionen einen relativ einheitlichen und festen Preis hatte, ehe sich ein nennenswertes städtisches und erbliches Proletariat herausbildete.³⁶

Die weitgehende Bedarfsdeckung des Auslandskapitals an Lohnarbeit durch Wanderarbeiter hatte zugleich bedeutsame Auswirkungen für die Entwicklung des afrikanischen Proletariats: Die nur zeitweilige Betätigung als Lohnarbeiter und das ständige Zurückfluten von Wanderarbeiterströmen in ihre Herkunftsdörfer erschwerte bei diesem Teil der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Organisation und behinderte auch die Herausbildung des Klassenbewußtseins. Diese Wirkungen lagen ganz im Interesse des Kolonialkapitals, weil sie die Wahrscheinlichkeit des organisierten Kampfes gegen das aus den Metropolen vorgedrungene Kapital verringerten. Das Zusammenwirken einer großen Zahl von Arbeitern aus verschiedenen Gegenden des Kontinents in den vom Auslandskapital betriebenen Bergwer-

35 Woodis, Jack, a. a. O., S. 89.

36 Byl, Adhemar, The Evolution of the Labor Market in French-Speaking West Africa, Hamburg 1966, S. 163 ff. = Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 97.

ken, Plantagen, auf großen Baustellen usw., die Erfahrung ihrer gemeinsamen Ausbeutung führte dennoch zur Stärkung der antikolonialen Solidarität und förderte die Verbreitung antikolonialer Bewegungen auch in den ländlichen Gebieten.

Im Zuge des Übergangs zum imperialistischen Kolonialsystem ist ein vierter Typ der Schaffung von Lohnarbeitsverhältnissen zu verzeichnen. Er gründet sich auf den massenhaften Raub an Boden durch die Kolonialmacht und seine Vergabe an "Kolonisten". Darunter wurden "Siedler" aus Europa verstanden, denen Boden zu günstigen Bedingungen in den Kolonien übereignet wurde. Durch die Trennung eines großen Teiles der einheimischen Bevölkerung von ihrem wichtigsten Produktionsmittel, dem Boden - wo die ansässige Bevölkerung Viehzucht betrieb, wurden ihr auch die Herden genommen -, entstand ein beträchtliches Reservoir für Lohnarbeit, so daß die Voraussetzungen für den Kapitalexport und die Entstehung des Kapitalverhältnisses gegeben waren. Dieser Typ der Kolonialwirtschaft wurde nur in solchen Gebieten hervorgebracht, deren Klima sich für europäische Siedler als relativ günstig erwies. Seine folgenschwerste, bis in die Gegenwart reichende Entwicklung erfuhr diese Form der Kolonisierung in Südafrika und Südrhodesien; es gab sie in ausgeprägter Form in Nordrhodesien, Tanganjika, Kenia und Algerien sowie in Angola und Moçambique. Daraus ist ersichtlich, daß alle Kolonialmächte, die sich auf dem afrikanischen Kontinent festgesetzt hatten, diese Kolonisierungsmethode anwandten. Wo dies geschah, bildete sich eine Art kapitalistischer Verhältnisse vorerst im Bereich der durch die "Siedler" betriebenen Landwirtschaft heraus. Um diesen Prozeß auszulösen, wurde der ursprünglich ansässigen Bevölkerung nicht nur eine solche Bodenmenge geraubt, wie sie ungefähr in die Hände der "Siedler" übergehen sollte; die Konfiskation des Bodens und die Vertreibung ihrer Bewohner erstreckte sich vielmehr auf wesentlich größere Flächen. Erst diese Maßnahme gab die Gewähr, die ursprünglich ansässige Bevölkerung hinreichend zu ruinieren und sie dadurch zur Lohnarbeit bei den Europäern zu zwingen. So wurden zum Beispiel in Nordrhodesien 90 000 Quadratkilometer Land enteignet, von denen nur etwa 8 000 an "Siedler" vergeben wurden, aber selbst diese Fläche wurde nur zum Teil für landwirtschaftliche Zwecke genutzt.³⁷

Verfolgt man diese Art des Einpflanzen kapitalistischer Elemente am Beispiel der Kolonisierung Algeriens, so ist vorwegzuschicken, daß die gewaltsame Eroberung des Landes etwa den Zeitraum von 1830 bis 1870 beanspruchte. In dieser Zeit versuchte die französische Kolonialmacht, das im Kollektivbesitz einheimischer Stämme und Familien befindliche Land zu privatisieren. Da die Zerschlagung der patriarchalischen Struktur auf diesem Wege nicht wirksam genug erfolgte, nahm der Kolonialraub auf der Grundlage eines 1873 erlassenen Gesetzes neue Dimensionen an. Es zielte auf die systematische Expropriation des kollektiven Familienbesitzes (Melkland) ab.

"Zu den Melkgebieten gehörten in Algerien und Tunesien auch die Beylik-Ländereien, das heißt Staatsbesitz, darunter die Wälder und Güter der Regenten. Außerdem fielen hierunter die Besitzungen der Feudalen und in Einzelfällen der bereits früher begründete bäuerliche Einzelbesitz ... Der Melkbesitz war selten klar abgegrenzt und es gab keine Urkunden über seinen Besitz, so daß später Grenzfälschungen oder auch einfache Mißachtung der privaten Besitzrechte durch die Kolonialisten zur Regel wurde."³⁸

³⁷ Woodis, Jack, a. a. O., S. 23.

³⁸ Meinicke-Kleint, Heinz, Algerien, Marokko, Tunesien, Berlin 1965, S. 49.

Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch die Vertreibung ganzer Stämme von ihrem Land unter dem Vorwand, daß sie gegen die französische Kolonialarmee gekämpft hätten. Andere Formen des einheimischen Bodenbesitzes, die nach den von der französischen Kolonialmacht erlassenen Gesetzen nicht der Enteignung anheimfallen sollten, wurden vielfach als Melkland erklärt, um auf diese Art den einheimischen Besitzern genommen zu werden. Außerdem wurde nicht selten dem zu enteignenden Bodenfonds das der öffentlichen Fürsorge dienende Land zugeschlagen und ebenfalls enteignet.

Der geraubte Boden wurde Kolonisten übergeben. Sie setzten sich im Falle Algeriens ursprünglich zum großen Teil aus ehemaligen Soldaten zusammen; zu ihnen gehörten aber auch verbannte und vertriebene Revolutionäre und kleinbürgerliche Republikaner. Ein großer Teil der Siedler bestand aus Personen, die mit landwirtschaftlichen Arbeiten nicht vertraut waren. Daher bearbeiteten viele von ihnen den Boden nicht selbst, sondern verpachteten ihn. Mit dem Privateigentum an Boden verbreitete sich sehr bald auch die Bodenspekulation. Die anfänglich 4 bis 12 Hektar großen Parzellen der Siedler wurden vornehmlich in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts von durch Großbanken gegründete Domänengesellschaften in großem Umfang äußerst billig aufgekauft. Weiterhin ging Boden in ihr Eigentum über, der bis dahin algerischen Bauern gehört hatte. Die Europäern gehörende und sich mehr und mehr in wenigen Händen konzentrierende Bodenfläche wuchs folgendermaßen an³⁹:

1850	115 000 ha
1870	765 000 ha
1900	1 682 000 ha
1929	2 344 000 ha
1940	2 720 000 ha

Der Kolonisierungsprozeß hatte die algerische Bevölkerung teils durch die Eroberungsfeldzüge, teils durch Epidemien und Hungersnöte erheblich reduziert.⁴⁰ Daher rekrutierten sich die Lohnarbeiter in den Europäern gehörenden landwirtschaftlichen Großbetrieben anfangs nicht vorwiegend aus nahegelegenen Bauernwirtschaften, sondern in erheblichem Umfang aus zugewanderten Angehörigen von Nomadenstämmen.⁴¹ Die Nachfrage nach Lohnarbeitskräften war verhältnismäßig hoch, weil sowohl die Kultivation von Wein, Zitrusfrüchten (die jedoch erst später aufgenommen wurde) sowie von Gemüse weit mehr Arbeitsaufwand als der Getreideanbau erforderten, der bereits vor Beginn der Kolonialzeit in der Pflanzenproduktion des Maghreb eine erhebliche Rolle gespielt hatte.

Die Arbeiterschaft, die sich unter den Einwirkungen der zum Imperialismus übergehenden Kolonialmacht Frankreich in Algerien herausbildete, war weitgehend im landwirtschaftlichen Bereich anzutreffen, der Anteil von Saisonarbeit war demzufolge hoch. Nur eine kleine Anzahl von Arbeitern war in der extraktiven Industrie tätig. Seit 1880 wurde in Algerien die Eisenerzgewinnung betrieben, und um die Jahrhundertwende gesellte sich der Phosphatabbau hinzu. Auf kapitalistischer Grundlage betriebene Unternehmen der verarbeitenden Industrie entstanden jedoch erst wesentlich später.

³⁹ Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte, Leipzig 1964, S. 62.

⁴⁰ Amin, Samir, The Maghreb in the Modern World, Harmondsworth 1970, S. 31.

⁴¹ Ebenda, S. 34.

Die Ähnlichkeit der Entwicklung der algerischen Arbeiterschaft mit der der weiter oben erwähnten Länder Afrikas beschränkt sich auf die Art und Weise der Herausbildung in den ersten Jahrzehnten. Etwa ab 1920 begann die zeitweilige Auswanderung von Arbeitskräften aus Algerien nach Frankreich. Sie beeinflusste die Entwicklung der Arbeitskräftestruktur und förderte die Herausbildung und Festigung des Klassenbewußtseins der algerischen Arbeiter nachhaltig.

Zu resümieren ist, daß mit der Entstehung des imperialistischen Kolonialsystems in den kolonisierten Ländern Asiens und Afrikas sich eine Lohnarbeiterschaft herauszubilden begann. Die Kolonialmächte hatten diesen Prozeß durch die massenhafte Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln durch den Übergang zum Kapitalexport eingeleitet bzw. beschleunigt. Für die sich in den Kolonien entwickelnde Arbeiterklasse war (und ist zum Teil bis in die Gegenwart) die ungleichmäßige geographische Verteilung und die Spezifik ihrer Struktur typisch. Sie reflektierte die koloniale Wirtschaftsstruktur mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf die Gewinnung von Rohstoffen mineralischer und agrarischer Herkunft und der fehlenden bzw. unterentwickelten verarbeitenden Industrie. Auch die Qualifikationsstruktur wies koloniale Eigenheiten auf. Arbeitsplätze, die eine höhere Qualifikation erforderten, waren weitgehend für Europäer reserviert. Ein großer Teil der aus den Kolonien herausgepreßten Werte wurde von dieser Lohnarbeiterschaft erzeugt. Die Kolonialprofite schlossen jedoch in nicht geringem Maße auch solche Werte ein, die aus den vorkapitalistischen Gemeinwesen herausgezogen wurden. An diesem Extraktionsprozeß waren verschiedene sozialökonomische Kräfte beteiligt: Großbetriebe bzw. Monopole imperialistischer Länder, das vermittelnde Unternehmertum (im Bereich der Produktion, des Handels und von Geld- und Wuchergeschäften) sowie vorkapitalistische Ausbeuter. In einigen Ländern war das vermittelnde Unternehmertum intern gewachsen, in anderen rekrutierte es sich zum großen Teil aus von Levantländern, Indien, China und anderen Ländern Asiens und Afrikas zugewanderten Händlern. Da das vermittelnde Unternehmertum seinerseits weitgehend vom Auslandskapital abhängig war, gründete sich seine eigene Entwicklung auf die Fähigkeit, auch die bescheidensten Möglichkeiten zur Profitgewinnung zu nutzen.

So hat das imperialistische Kolonialsystem zwar zum Eindringen kapitalistischer Elemente in die heutigen Entwicklungsländer Asiens und Afrikas geführt, ohne damit die Grundlage einer umfassenden kapitalistischen Umgestaltung der betroffenen Gesellschaften zu legen. Die kapitalistischen Verhältnisse wurden auf die vorkapitalistischen Gesellschaften aufgepfropft bzw. in sie eingelagert, um die imperialistische Kolonialausbeutung bei weitgehendem Stagnieren der Produktivkräfte vollziehen zu können.

Daß bei diesem Einpflanzen und Einlagern kapitalistischer Verhältnisse in den meisten heutigen Entwicklungsländern Asiens und Afrikas Angehörige fremder Herkunft die vermittelnde Rolle spielten, wirkte während der Kolonialzeit objektiv entlastend für die das betreffende Gebiet oder Land ausbeutenden Imperialisten. Denn ein Teil des sich in den Volksmassen gegen die Kolonialausbeutung anstauenden Widerstandes richtete sich mitunter recht stark gegen die Vermittler und nicht so sehr gegen die Verursacher der Kolonialausbeutung. Dieser Prozeß wurde durch die Entstehung stereotyper Vorstellungen von den sozialökonomischen Interessen von Angehörigen nationaler Minderheiten in den Kolonien gefördert. Ein wesentlicher Zug dieser Vorstellungen lag darin, den Angehörigen einer Minderheit allgemein jene sozialökonomisch bedingten Interessen zuzuschreiben, die den Ausbeutern unter ihnen eigen waren.

Inzwischen hat der antikoloniale Kampf der Völker Asiens und Afrikas, aktiv unterstützt von den Kräften des Sozialismus und des Proletariats in den kapitalistischen Ländern, das imperialistische Kolonialsystem zerschlagen. Noch verfügt der Imperialismus jedoch über eine Vielzahl von Mitteln, um die Ausbeutung der ehemaligen Kolonien fortzusetzen. Dazu gehört die aus der Kolonialzeit herrührende Hinterlassenschaft im doppelten Sinne: einerseits dergestalt, daß die politisch befreiten Länder Asiens und Afrikas nach jahrzehnte- bzw. jahrhundertelanger Kolonialausbeutung sehr ungünstige ökonomische Startbedingungen haben. Andererseits wirken viele der Probleme weiter, die mit der Präsenz der im Interesse der Kolonialmächte eingewanderten bzw. geförderten nationalen Minderheiten zu tun haben. Für alle heutigen Entwicklungsländer ist es ein dringendes Gebot, ihre Wirtschaft im nationalen Interesse voranbringen. Die Fähigkeit und Bereitschaft, dazu beizutragen, hängen nicht in erster Linie mit der nationalen oder ethnischen Herkunft, sondern vor allem mit der sozialökonomischen Position zusammen. Wo diese Erkenntnis in die Praxis umgesetzt wird, wirkt sich dies vorteilhaft beim Aufbau einer selbständigen Wirtschaft aus.

Die Verkehrsprobleme als Teil der Wirtschaftlichen und sozialen Probleme in kapitalistischen Ländern seit längerer Zeit durch einen unzureichenden Ausbau der Verkehrsnetze nicht allein in der Koordinierung, sondern auch in der gestiegenen Bedeutung der wichtigsten Verkehrsträger charakterisiert. Der Verkehrsaufbau seit den sechziger Jahren - Wirtschaftswachstum und die Anstrengung mit dem Ziel, das Verhältnis der innerländischen Verkehrsströme zueinander zu revidieren, und eine ökonomische Sanierung der in der Regel stagnierenden öffentlichen Eisenbahnen erreicht wurde. Die steigenden Defizite haben die militärische und militärische Investitionen gleichsam der wichtigsten Verkehrsträger belasteten der Staatshaushalt in zunehmendem Maße die von der Wirtschaft verlangte Leistungssteigerung in quantitativer und qualitativer Hinsicht wurde nicht mehr aus den Betriebsmaßnahmen abzuleiten, sondern die einschlägigen Nationalplanungsmaßnahmen mußten mit staatlichen Investitionen getroffen werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen vor allem in der unzureichenden Finanzierung, nämlich in der indirekten Finanzierung der Eisenbahnen für die sozialistische Wirtschaft durch eine großzügige Ausgabepolitik, die durch erhebliche Einnahmeverluste bewirkt (die Regierungen unterstützen diese Politik durch die Forderung nach Gehörung niedriger Zinssätze), die die Eisenbahnen der Eisenbahnen auf dem Gebiet der Personalbeförderung schwach haben, aber die Möglichkeit bietet, die Sozialausgaben aus dem Staat zu erhöhen. Zum Beispiel wurden die Eisenbahnen in der Sowjetunion den Kraftverkehr gewidmet, die sowohl den Güterverkehr als auch den wegen der zunehmenden Individualisierung - den Personalverkehr betrafen. Staatliche Verkehrsleistungen der Heimenergiebasis und der Volkswirtschaft, sowohl im Bereich des öffentlichen Verkehrs als auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs, sind durch die Veränderung in der Charakteristik der Verkehrsströme verschärft diese Konflikte zwischen den Eisenbahnen und Straße, aber auch zwischen Eisenbahn und Wasserstraße. Der Markt befand sich damit in einer latenten, doch tendenziell verschärften Krise. Die negative Auswirkung auf die Wirtschaft zu vermindern, aber die wirtschaftlichen Entwicklungen heraus sehen sich die Regierungen zu Energiepolitik. Da jedoch der Kraftverkehr wie auch die Eisenbahnen in der Sowjetunion der sozialistischen Ländern fast ausschließlich in den öffentlichen Verkehr, wobei die Kleinunternehmen selbstständig handeln, waren die Eisenbahnen nicht ertragbringend. Vorangewiesene darauf auszugehen, die Finanzierung dieser Verkehrssträger gewisse Grenzen zu ziehen, werden Eisenbahnen jedoch nur insofern, als die Interessen wichtiger Wirtschaftszweige, mit der Angebotsüberforderung der interessanteren Grundstoffindustrie, nicht beeinträchtigt werden.

Staatliche Regulierungsmaßnahmen im binnenländischen Verkehr Frankreichs

von Elfriede Rehbein

Die Verkehrspolitik als Teil der Wirtschaftspolitik ist in allen kapitalistischen Ländern seit längerer Zeit durch immer ausgeprägtere staatliche Eingriffe nicht allein in die Koordinierung, sondern auch in die gesamte Entwicklung der einzelnen Verkehrsträger charakterisiert. Deutlicher Ausdruck dafür waren - besonders seit den sechziger Jahren - verstärkte verkehrspolitische Aktivitäten, mit dem Ziel, das Verhältnis der binnenländischen Verkehrsträger untereinander so zu regulieren, daß eine ökonomische Sanierung der in der Regel staatsmonopolistischen Eisenbahnen erreicht wurde. Die steigenden Defizite dieses für wirtschaftliche und militärische Interessen gleichermaßen wichtigen Verkehrsträgers belasteten den Staatshaushalt in zunehmendem Maße; die von der Wirtschaft verlangte Leistungssteigerung in quantitativer und qualitativer Hinsicht konnte nicht mehr aus den Betriebseinnahmen finanziert, sondern die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen mußten mit staatlichen Investitionen gedeckt werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung lagen, mit nur geringfügigen nationalen Unterschieden, einmal in der indirekten Unterstützung der Eisenbahnen für die monopolistische Wirtschaft durch eine großzügige Ausnahmetarifpolitik, die ihnen erhebliche Einnahmeverluste brachte (die Regierungen unterstützten diesen Trend durch die Forderung nach Gewährung niedriger Sozialtarife, die die Bilanzen der Eisenbahnen auf dem Gebiet der Personenbeförderung erheblich belasteten, aber die Möglichkeit boten, die Sozialausgaben aus dem Etat zu entlasten). Zum anderen wurden die Eisenbahnen hart von der Konkurrenz des Kraftverkehrs getroffen, die sowohl den Güterverkehr als auch - wegen der expansiven individuellen Motorisierung - den Personenverkehr beeinflusste. Strukturelle Veränderungen in der Primärenergiebasis und der Volkswirtschaft sowie die daraus resultierende Veränderung in der Gutartenstruktur verschärften diese Konkurrenz zwischen Schiene und Straße, aber auch zwischen Schiene und Wasserstraße. Der Verkehrsmarkt befand sich darum in einer latenten, sich tendenziell verstärkenden Krise. Um negative Auswirkungen auf die Wirtschaft zu verhindern, aber auch aus politischen Erwägungen heraus sahen sich die Regierungen zu Eingriffen gezwungen. Da jedoch der Kraftverkehr wie auch die Binnenschifffahrt noch heute in den kapitalistischen Ländern fast ausschließlich in Privathänden liegen, wobei die Kleinunternehmen zahlenmäßig dominieren, waren die staatlichen Regulierungsmaßnahmen vorzugsweise darauf ausgerichtet, der Entwicklung dieser Verkehrsträger gewisse Grenzen zu ziehen, verständlicherweise jedoch nur insoweit, als dabei Interessen wichtiger Wirtschaftszweige, wie der Automobilindustrie und der an ihr interessierten Grundstoffindustrie, nicht beeinträchtigt wurden.

Diese in Stichworten angedeuteten Maßnahmen sind typisch für alle entwickelten kapitalistischen Industrieländer der Gegenwart. Sie bestimmten seit den sechziger Jahren mit geringen nationalen Varianten deren Verkehrspolitik. Auch Frankreich als territorial nach der Sowjetunion zweitgrößtes Land des europäischen Kontinents und als einer der führenden westeuropäischen Staaten bildete dabei keine Ausnahme. Im Gegenteil, die ausgeprägten antagonistischen Widersprüche dieses hochentwickelten Industrie-Agrarstaates im nationalen und internationalen (besonders im EWG-) Rahmen sowie sein gespanntes Verhältnis zu den USA aktualisierten verkehrspolitische Aktivitäten zur Unterstützung der Innen- und Außenpolitik.

Frankreich verfügte aufgrund seiner frühen kapitalistischen Entwicklung schon sehr lange über ein gut ausgebautes binnenländisches Verkehrswesen mit leistungsstarken Eisenbahnen, einem dichten Straßennetz sowie einer bedeutenden Binnenschifffahrt. In der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg konzentrierten sich die Eingriffe des Staates in das Verkehrswesen auf letztlich erfolglos bleibende Versuche zur Koordinierung der Verkehrsträger unter dem Aspekt, die finanzielle Lage der schon damals durch die Konkurrenz des Kraftverkehrs bedrohten Eisenbahnen zu verbessern. Die bedeutendste Maßnahme war in diesem Zusammenhang die Bildung der "Société Nationale des Chemins de fer Français" (SNCF) mit Wirkung vom 1. Januar 1938. Sie stand zugleich im Zusammenhang mit einer Erweiterung des staatlichen Sektors der Wirtschaft und bot die Gewähr dafür, daß die der monopolistischen Wirtschaft aber auch zur Lösung staatlicher und militärischer Aufgaben unentbehrlichen Eisenbahnen ihren vielfältigen Anforderungen gerecht werden konnten. Die SNCF schloß die fünf großen Privatbahngesellschaften sowie zwei Staatsbahnnetze zu einer privaten Gesellschaft zusammen. Von ihr übernahm der Staat 51 Prozent des Aktienkapitals. Bis zum Erlöschen ihrer Konzessionen (durchschnittlich 1955) blieben die privaten Eisenbahngesellschaften zu außerordentlich günstigen Bedingungen Miteigentümer der SNCF.¹ Die Verzinsung des SNCF-Aktienkapitals wurde bis 1982 mit jährlich 6 Prozent vorgesehen. Im neugeschaffenen Verwaltungsrat, dem wichtigsten Organ der SNCF, hatten sich die Aktionäre außerdem einen bestimmenden Einfluß auf die Eisenbahnpolitik gesichert.

Seit 1934 hatte die Regierung darüber hinaus erste Maßnahmen zur Einschränkung des Kraftverkehrs eingeleitet, in deren Ergebnis eine Kontingentierung des öffentlichen Güterkraftverkehrs im Rahmen dreier Kategorien (Güterfern-, Güternah- sowie städtischer und ländlicher Verkehr) erfolgte. Außerdem war die Besteuerung vor allem der schweren LKW erhöht worden, während der Versuch einer Tarifregulierung im wesentlichen erfolglos blieb.

Nach dem zweiten Weltkrieg durchlief auch das französische Verkehrswesen die für alle kapitalistischen Industriestaaten typische Entwicklung, die verbunden war mit der zunehmenden Veränderung der Verkehrsstruktur und der sich daraus ergebenden Unmöglichkeit zur Regelung des nationalen Transportmarktes sowie mit immer ungünstigeren finanziellen Ergebnissen der Eisenbahnen. Die Konkurrenz zwischen Schiene und Straße verschärfte sich; denn der französische Kraftverkehr hatte - stimuliert durch die starken Kriegszerstörungen im Eisenbahnwesen - seine stärksten Zuwachsraten schon in den ersten Nachkriegsjahren reali-

¹ Verbeek, A., Der Verwaltungsaufbau der Nationalgesellschaft der französischen Eisenbahnen, in: Archiv für Eisenbahnwesen, Berlin 1938, S. 1529 ff.

siert.² 1948 war außerdem durch die Regierung die Kontingentierung für den gewerblichen Güterkraftverkehr gelockert worden. Ein Jahr später wurde der Werkverkehr grundsätzlich freigegeben; demzufolge konnte er sich - ausschließlich im Interesse der kapitalistischen Industrie - praktisch uneingeschränkt entwickeln. Er zog in der Folgezeit den Eisenbahnen weit mehr Transporte ab als der gewerbliche Kraftverkehr. Eine 1956 eingeführte allgemein gültige Gewichtssteuer für Nutzkraftwagen konnte dieses Verhältnis kaum beeinflussen.

Ebensowenig veränderten tarifpolitische Maßnahmen das sich immer mehr zuspitzende Verhältnis zwischen Schiene und Straße. Ausgehend von der Festlegung, daß sich die Tarife an den Selbstkosten der Verkehrsträger orientieren sollten, begann zwar die SNCF Anfang der fünfziger Jahre mit einer Tarifreform, die jedoch einseitig auf die Interessen der Eisenbahn ausgerichtet war. Der Erfolg blieb dementsprechend sehr bescheiden. Ein verbindliches Tarifsystem für den Kraftverkehr trat erst 1961 in Kraft. Es fand im Güterfernverkehr für LKW über 5 Tonnen Nutzmasse bei einer Entfernung von über 150 Kilometern Anwendung. Allerdings bot auch dieser Margentarif so große Variationsmöglichkeiten, daß der gewünschte Effekt einer Regulierung des Verhältnisses zur Eisenbahn zu deren Gunsten nicht zustande kam.

Die Verschärfung der Situation auf dem Verkehrsmarkt in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre belastete die Stellung der Wirtschaft Frankreichs im nationalen und internationalen Rahmen, insbesondere in der EWG und hier wiederum vor allem im ständigen Konkurrenzkampf mit dem westdeutschen Monopolkapital. Es verwundert deshalb nicht, wenn die Verkehrspolitik im Nachkriegsfrankreich eine wichtigere Rolle spielte als in anderen kapitalistischen Staaten. Das zeigte sich unter anderem auch bei der Aufgabenstellung für den sogenannten Debré-Ausschuß, der Ende 1959 von der französischen Regierung mit der Aufgabe geschaffen wurde, umfassende Möglichkeiten einer erweiterten staatsmonopolistischen Regulierung der französischen Wirtschaft zu untersuchen. Die Einbeziehung des Verkehrswesens war unter dem Aspekt vorgesehen, die einer weiteren Expansion der monopolisierten französischen Wirtschaft infolge der ausgeprägten Konkurrenzsituation auf dem Verkehrsmarkt entgegenstehenden Hemmnisse weitestgehend zu eliminieren. Das verlangte Gutachten wurde deshalb ziemlich hoch angebunden. Zum Präsidenten des Ausschusses wurde der damalige Ministerpräsident Debré berufen, zu Vizepräsidenten Staatssekretär Rueff sowie der frühere Generaldirektor der SNCF und zeitweilige Präsident von EURATOM, Armand. Im Juli 1960 wurde der sogenannte "Bericht Rueff-Armand" vorgelegt, der in seinem allgemeinen Teil grundsätzliche Probleme der französischen Volkswirtschaft analysierte, während sich der zweite Teil den einzelnen Wirtschaftszweigen zuwandte. Für das Verkehrswesen standen dabei Maßnahmen zur Koordinierung der Gütertransporte im Vordergrund. Neben differenzierten Vorschlägen für die künftige Tarifgestaltung (die im erwähnten Kraftverkehrstarif nur unvollkommen realisiert wurden) verlangte der Bericht für die SNCF eine Weiterentwicklung der Eisenbahnen in Anpassung an den technischen Fortschritt und die Bedürfnisse der Wirtschaft. Dazu gehörten unter anderem das Schließen unrentabler Strecken, die Konzentrierung der technischen Verbesserungen auf die Hauptstrecken und die Einrichtung von Schienenersatzverkehr auf der Straße. Für den Kraftverkehr wurden unter anderem die Schaffung kommerzieller Organe zur Neuordnung des

2 Burgaletta, Roberto, Die Stellung des gewerblichen Güterkraftverkehrs im Rahmen des französischen Verkehrswesens seit Mitte der 60er Jahre, Diplomarbeit Dresden 1976.

Transportmarktes (Befrachtungsbüros und obligatorische Frachtenbörsen), die Korrektur der Entfernungszonen mit einer Befreiung des Nahverkehrs von allen Beschränkungen und einer Lockerung der Kontingentierung in der Fernverkehrszone, aber auch die Neuregelung der Steuern und Abgaben gefordert. Die Binnenschifffahrt sollte sich auf die günstigen Wasserwege konzentrieren, die durch Investitionen den steigenden Anforderungen angepaßt werden sollten, besonders im Hinblick auf modernste Technik der Traktion und der Betriebsführung, wie Schub- und Nachtverkehr. Auch hier sollte eine Verbesserung der kommerziellen Wirksamkeit und eine Anpassung der Steuern und Abgaben erfolgen.³

Die konkreten Auswirkungen des Berichtes Rueff-Armand waren genauso bescheiden wie die vorangegangener Bemühungen. Sie beschränkten sich im wesentlichen auf eine Regelung Kommerzieller Fragen, wie zum Beispiel die Einrichtung regionaler Befrachtungsbüros für den Güterfernverkehr.

Das Ausbleiben wirksamer - im Kapitalismus bei unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen objektiv unmöglicher - Koordinierungsmaßnahmen förderte eine ständige Zuspitzung der Situation auf dem Verkehrsmarkt. Die sechziger Jahre waren deshalb durch verschiedene verkehrspolitische Aktivitäten gekennzeichnet. Es wurden Untersuchungen über den Finanzausgleich der SNCF, die Normalisierung der Kosten sowie die notwendigen Investitionen und technischen Perspektiven vorgenommen. Die SNCF erarbeitete 1966 ein mittelfristiges Aktionsprogramm, während parallel dazu eine interministerielle Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Simon Nora eine Analyse der Betriebsführung öffentlicher Unternehmen aufstellte. Die Ergebnisse dieser und ähnlicher Untersuchungen wurden vom französischen Verkehrsminister, Jean Chamant, in zahlreichen Reden, Veröffentlichungen und Interviews zusammengefaßt. Daraus ergab sich folgendes Bild über die damalige Situation im französischen Verkehrswesen:

Wie in anderen kapitalistischen Staaten verschob sich auch in Frankreich, verstärkt seit dem Ende der fünfziger Jahre, das Verhältnis im binnenländischen Verkehr zugunsten des Kraftverkehrs und der Rohrleitungen. Dabei hatte die SNCF nicht nur einen relativen, sondern seit 1965 einen absoluten Rückgang ihres Güterverkehrs zu verzeichnen. Von 63,6 Prozent im Jahre 1956 sank ihr Anteil an der Gesamttransportleistung auf 41,3 Prozent im Jahre 1967, und das, obgleich die Industrieproduktion von 1958 bis 1966 um 62 Prozent, das nationale Bruttoprodukt um 56 Prozent, der Außenhandel um 110 Prozent⁴ und der Umfang der durchzuführenden Transporte von 1957 bis 1967 um 84 Prozent zunahmen.⁵ Die Binnenschifffahrt durchlief eine ähnliche Entwicklung, indem sich ihr Anteil nur geringfügig erhöhte und danach stagnierte, während ihr relativer Anteil gleichzeitig zurückging. Dagegen konnte der Kraftverkehr seine Transportleistung von 1956 bis 1967 fast verdreifachen, und die Rohrleitungen, die 1956 noch nicht einmal 1 Prozent der Gesamttransportleistung bewältigten, partizipierten 1967 mit fast einem Sechstel und rund dem doppelten Anteil der Binnenschifffahrt.

³ Schuchmann, Ernst, Das Verkehrswesen in Frankreich, in: Archiv für Eisenbahnwesen, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1951, S. 85 f.

⁴ Vgl. Wohin führt die Verkehrspolitik die SNCF?, Arbeitsübersetzung des Instituts für Verkehrsforschung Nr. 8588, Heft 9, Berlin 1969, S. 56.

⁵ Seidelmann, Otto, Europäische Verkehrspolitik im Aufbruch, in: Coordination, Wien 1969, Nr. 11/12, S. 23.

Entsprechend ihren Leistungen hatten sich die materiellen Voraussetzungen des Kraftverkehrs und der Rohrleitungen ständig erweitert. Der nichtkontingentierte Kraftverkehr wies seit den Jahren 1962/63 jährliche Wachstumsraten zwischen 20 und 30 Prozent auf, der kontingentierte Güterfernverkehr solche von 6 bis 7 Prozent. Typisch für den Kraftverkehr ist bis heute die starke Zersplitterung. 1974 existierten in Frankreich mehr als 30 000 Unternehmen, vorwiegend Kleinunternehmen; denn 90 Prozent von ihnen hatten weniger als 10 Fahrzeuge und mehr als 60 Prozent besaßen nur 1 oder 2 Fahrzeuge. Allerdings konzentrierte sich schon Anfang der sechziger Jahre der Umsatz zu 80 Prozent auf die Betriebe mit über 5 Fahrzeugen, und 249 Betriebe mit mehr als 50 Fahrzeugen brachten einen Anteil von 30 Prozent des Umsatzes.⁶ Damit begann auch im Kraftverkehr - wenngleich im Verhältnis zur Industrie stark abgeschwächt - der für den Imperialismus typische Prozeß der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital - ein Prozeß, der nicht allein für Frankreich typisch, sondern auch in anderen entwickelten Industriestaaten zu beobachten ist. Gefördert wurde dieser Konzentrationsprozeß durch den schwunghaften Handel mit Lizenzen für den Güterfernverkehr. Auf dem "Schwarzmarkt" werden Preise, die beispielsweise für Lizenzen A (Fernverkehr mit Fahrzeugen, deren Nutzmasse über 19 oder 21 Tonnen liegt) das Zwei- bis Dreifache des normalen Preises betragen, gezahlt, so daß naturgemäß nicht die Kleinunternehmen, sondern vor allem kapitalkräftige Großunternehmen gefördert wurden.

Der starken Ausweitung des Güterverkehrs, aber auch des gewerblichen und individuellen Personenkraftverkehrs mußte das Straßennetz unter hohem Kostenaufwand angepaßt werden,⁷ wenngleich der Bedarf, vor allem in den großen Ballungszentren, noch längst nicht vollständig gedeckt ist. Die erste Rohrleitung Frankreichs wurde 1953 zwischen Le Havre und Paris dem Verkehr übergeben. Ihr folgten, entsprechend der Bedeutung der Erdöltransporte, sehr bald andere. Waren die Rohrleitungen anfangs ausschließlich für den Transport von Rohöl bestimmt, da die Erdölgesellschaften Raffinerien im Landesinneren bauten, folgten außerdem später Rohrleitungen für Raffinationsprodukte und ab 1967 auch für chemische Produkte. Den letzteren wurde besondere Bedeutung beigemessen, da auf diese Weise flüssige oder gasartige chemische Produkte mit größter Sicherheit transportiert werden können, und auch solche Industriestandorte ermöglichen, die bisher vom Verkehrswesen ungenügend erschlossen waren. Versuche laufen außerdem zum Transport von Produkten, die bisher als nicht oder schwer pumpfähig angesehen wurden, wie zum Beispiel Schweröl. Die Perspektive der Rohrleitungen ist daher sehr günstig, zumal sie von allen Verkehrsmitteln am umweltfreundlichsten sind und außerdem, gemessen am Umfang ihres Transports, den geringsten Verkehrsraum und die geringste Zahl von Arbeitskräften beanspruchen.

Zusätzlich zur Abwanderung eines Teils der Güter auf andere Verkehrsträger wurden die Gütertransporte der Eisenbahn und der Binnenschifffahrt auch durch den Rückgang der Kohletransporte sowie die Verlagerung neu entstehender Großbetriebe - zum Beispiel der Chemie und der Siderurgie - nach den Hafenstädten ungünstig beeinflusst, weil die binnenländischen Verkehrsträger dadurch umfangreiche Transporte an Kohle und Erzen verloren. Verkehrsminister Chamant erklär-

6 Boissy, Serge/Puyraveau, Emile, *Transports marchandises - La crise et ses solutions*, in: *Economie et politique. Revue marxiste d'économie*, Paris 1975, S. 8.

7 Frankreich gibt viel Geld für Straßen aus, in: *Verkehr*, Wien 1968, S. 203 f.

te einmal dazu, daß beispielsweise Dünkirchen in bezug auf die Transportkosten für Eisenerz näher an Labrador liegt als an Lothringen.

Von den Veränderungen im Personenreiseverkehr ist die Eisenbahn gleichfalls besonders ungünstig betroffen. Das lawinenartige Anwachsen des PKW-Bestandes ließ die Wachstumsraten im Reiseverkehr der SNCF geringer werden und führte teilweise sogar zu einem leichten Rückgang, den man jedoch durch verstärkte Verkehrswerbung auszugleichen versuchte. Nicht unerheblich war dabei auch die ständige Verbesserung des Leistungsangebots der Eisenbahnen im Personenverkehr, die vor allem im Hinblick darauf erfolgten, daß neben dem Kraftverkehr auch der Inlandluftverkehr durch seine starke Ausdehnung Verluste für die Eisenbahnen brachte.

Einen negativen Faktor bildete für den Eisenbahnverkehr weiterhin die ungünstige Entwicklung seiner Selbstkosten. Im September 1968 wurden dazu auf einer Tagung mit Vertretern des Verkehrsministeriums, der Direktion und der Gewerkschaften der SNCF folgende Informationen gegeben: "Von allen Verkehrsmitteln hat lediglich die Eisenbahn in den letzten fünf Jahren ihre Selbstkosten pro beförderte Einheit erhöht (+8 Prozent), die übrigen Transportarten, einschließlich der Binnenschifffahrt, haben es fertiggebracht, ihre Kosten in konstanten Werten zu senken, die Straße und die Rohrleitungen sogar in eklatanter Weise (-20 bzw. -64 Prozent).

Die Spanne ist besonders groß im Vergleich zur Straße und zu den Rohrleitungen, die ihre Selbstkosten im Durchschnitt um -3,5 bzw. -10,5 Prozent pro Jahr gesenkt haben, während die Eisenbahn ihre eigenen um 1,5 Prozent im Jahr erhöhte."

Als Gründe für die Senkung der Selbstkosten beim Kraftverkehr wurden unter anderem angeführt: relative Senkung der Kraftstoff- und Reifenpreise sowie der Wartungskosten, Verbesserung der Kapazität und Produktivität der LKW, Erhöhung der durchschnittlichen Beladung, Erhöhung der jährlichen Fahrstrecke und Konzentration des Verkehrs auf Relationen mit niedrigen Selbstkosten. Für die Binnenschifffahrt waren maßgebend: Ausweiten der jährlichen Transportstrecke durch höhere Motorenleistung, Verbesserung der Binnenwasserstraßen, Ausrangieren von Schleppschiffen und Erweiterung der Schubschifffahrt sowie Konzentration des Verkehrs auf gut ausgerüstete Schifffahrtswege.

Demgegenüber wurden als Ursache für die ungünstige Kostenstruktur bei der SNCF die "ungleichen Wettbewerbsbedingungen" zwischen den Verkehrsträgern infolge der fehlenden finanziellen und Verwaltungsautonomie bei den Eisenbahnen angegeben. Sie führten letztlich zu einer immer stärkeren Belastung des Staatshaushaltes. Die von seiten des Staates zum Ausgleich des Haushaltes der SNCF zu tragenden Kosten (Ausgleich betriebsfremder Lasten, tariflicher Maßnahmen sowie des Defizits) nahmen seit Ende der fünfziger Jahre jährlich um rund 10 Prozent zu, obgleich von seiten der Eisenbahn nach 1962 wiederholt Tarifierhöhungen vorgenommen wurden. Allerdings - das muß eindeutig festgestellt werden - belasteten diese Tarifierhöhungen im Interesse der Wirtschaft den Personenverkehr viel stärker als den Güterverkehr, wie nachstehende Tabelle zeigt.

8 Wohin führt die Verkehrspolitik die SNCF?, a. a. O., S. 64 f.

Tabelle 1

Erhöhung des Preisniveaus im Personen- und Güterverkehr⁺
(in %)

Jahr	Personenverkehr		Güterverkehr	
	Pariser Region	weitere Personenverkehrstarife	Stückgut	allgemeine Gütertarife
1962	100,0	100,0	100,0	100,0
1966	103,4	119,1	114,1	109,8
1967	120,4	125,3	117,2	112,2
1968	140,0	132,0	122,5	112,4
1969	142,4	137,0	129,9	118,9
1970	160,3	143,8	137,2	127,6

+ Etienne, Iyes/Puyraveau, Emile, S. N. C. F. Subordonnée aux intérêts monopolistes, in: *Economie et politique. Revue marxiste d'économie*, Paris 1973, Sondernr., S. 11.

Bei den angeführten Zahlen sind in den allgemeinen Gütertarifen die Sonder- oder Ausnahmetarife nicht enthalten, die die SNCF seit Jahren stark belasten. 1975 brachten sie ihr beispielsweise einen Tarifverlust von 1 040 Millionen französische Francs.⁹ Die Möglichkeit zur Gewährung dieser Sondertarife ist der SNCF mit der sogenannten "Tariffreiheit" in Auswirkung des Berichtes Rueff-Armand ausdrücklich vom Staate eingeräumt worden, und sie versäumte nicht, zahlreiche derartige Verträge mit verschiedenen Monopolgruppen, zum Beispiel mit der Erdölindustrie, der chemischen und der Grundstoffindustrie, abzuschließen. Gerade darin dokumentierte sich ein Grundzug der kapitalistischen Verkehrspolitik: Ihr geht es nicht um eine wirkliche Beseitigung der bestehenden starken Disproportionen im Verkehrswesen, sondern um eine Verkehrsentwicklung im Interesse der führenden Monopole, auch wenn man sich scheinbar um eine Neuregelung der Verhältnisse bemüht.

Der französische Verkehrsminister Chamant hat sich einige Male sehr offen zu dieser Problematik geäußert. Beispielsweise führte er unter Bezugnahme auf die schwierige Lage Ende der sechziger Jahre dazu aus: "Diese Situation erfordert eine Neuordnung durch Überprüfung der gesamten Verkehrspolitik. Das ist eine Aufgabe, die alle Franzosen angeht; denn die Organisation des Transportwesens hat auch ihren Einfluß auf den ökonomischen Wettbewerb, auf die Entwicklung der Wirtschaftsgebiete der Regionen und Städte, d. h. auf den Lebensstandard im allgemeinen und vielleicht noch mehr auf die Lebensweise jedes einzelnen im besonderen."¹⁰

Wichtig ist an dieser Erklärung wiederum vor allem der Hinweis auf den "ökonomischen Wettbewerb"; denn darum ging und geht es in erster Linie: mit Hilfe des Verkehrswesens nationale und internationale Probleme der französischen Wirtschaft - und zwar sowohl der Industrie als auch der Landwirtschaft - zu lösen, verständlicherweise vor allem im Interesse der großen Monopole. Alles übrige war agitatorisches Beiwerk, so auch die Erwähnung der "Lebensweise jedes einzelnen". Die Entwicklung der Jahre nach dem zweiten Weltkrieg zeigt

⁹ *Le Monde*, 22. 6. 1976, S. 35.

¹⁰ *Wohin führt die Verkehrspolitik die SNCF?*, Heft 10, Berlin 1969, S. 55.

viel mehr eindeutig eine ökonomische Schwerpunktbildung in Frankreich; die Unterteilung dieses territorial ausgedehnten Landes in für die Monopole wichtige, weniger wichtige und uninteressante Gebiete. Dieser Schwerpunktbildung folgte auch das Verkehrswesen ganz eindeutig, so daß neben Gebieten mit einer sehr dichten und qualitativ hochwertigen Verkehrserschließung solche mit ungenügenden Verkehrsverhältnissen stehen.

Im Verlaufe des Jahres 1968 wurden die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen zu einem Reformplan zusammengefaßt, der im Februar 1969 vom französischen Ministerrat gebilligt wurde. Im gleichen Monat veröffentlichte das französische Verkehrsministerium eine Denkschrift unter dem Titel "Wohin führt die Verkehrspolitik die SNCF?" Eine derartige Apostrophierung der Eisenbahn zeigt eindeutig, daß sich auch die französische Verkehrspolitik - wie die der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens und anderer kapitalistischer Staaten - vor allem auf die Sanierung der Eisenbahn orientierte. Im Vordergrund standen dabei Vorstellungen über eine Kostensenkung bei der SNCF mit einem ausgeprägt verkehrswerbenden Ziel. Dem gleichen Zweck sollte die Verbesserung der Eisenbahntechnik dienen, um auf allen für das Monopolkapital wichtigen Strecken den modernsten Stand zu erreichen. Die französischen Eisenbahnen zählen heute nach der weitestgehenden Realisierung dieses Planes zu den modernsten unter den kapitalistischen Ländern (was nicht ausschließt, daß die Eisenbahnen in den "uninteressanten" Regionen noch einen erheblichen Nachholebedarf haben). Unter anderem wurde die Traktionsumstellung forciert durchgeführt. 1974 waren von den insgesamt 35 928 Kilometern normalspuriger Strecken 9 219 Kilometer = 25,7 Prozent elektrifiziert. Im gleichen Jahr wurden beispielsweise im Güterverkehr rund 76 Prozent der Transportleistungen mit E-Lokomotiven erbracht und rund 22 Prozent mit Diesel-Lokomotiven. Im Personenverkehr wurden überhaupt keine Dampflokomotiven mehr eingesetzt, so daß dort die Traktionsumstellung praktisch abgeschlossen ist.¹¹

Außerdem wurde der Reiseverkehr auf einen attraktiven Fernreiseverkehr orientiert. Die Reisegeschwindigkeiten wurden kontinuierlich erhöht und für nichtelektrifizierte Strecken ein spezieller Gasturbinenzug, der sogenannte Turbotrain, entwickelt.

Im Güterverkehr wurde gleichfalls viel getan, um der Schiene den Verkehr zurückzugewinnen. Die schon 1948 gegründete Tochtergesellschaft der SNCF für den Containerverkehr, die Compagnie Nouvelle de Cadres (CNC), steigerte den transportgünstigen Containerverkehr kontinuierlich. Dabei stieg nicht allein die Zahl der eingesetzten Container stark an; man richtete außerdem eine Vielzahl von Bahnhöfen auf den Umschlag von Containern ein und schuf darüber hinaus moderne Containerterminals, die einen raschen Umschlag garantieren und der Wirtschaft viele Vorteile schaffen. Auch der Stückgutverkehr wurde unter modernen Gesichtspunkten neu organisiert. Die SNCF verfolgte dabei - wie beim Containerverkehr - ihre Politik der Verselbständigung bestimmter Betriebsteile unter dem Gesichtspunkt der im Bericht Rueff-Armand empfohlenen "Autonomie der Eisenbahn". Sie gründete deshalb 1970 eine weitere Tochtergesellschaft, den Service National des Messageries (SERNAM).

Die Bildung dieser und anderer Tochterunternehmen entsprach zugleich einer gewissen "Kursänderung" der französischen Verkehrspolitik, die sich seit Mitte

11 Internationale Eisenbahnstatistik, Statistik der Bahnen, Geschäftsjahr 1974, hg. v. Büro für Statistik der UIC, Paris.

der sechziger Jahre in bewußter Abkehr von bisherigen Prinzipien anbahnte. Hatte die französische Regierung, ähnlich wie die der BRD, vorher den Standpunkt vertreten, daß der Verkehr - und hier wiederum vor allem die staatsmonopolistischen Eisenbahnen - dem "Allgemeinwohl" zu dienen habe und deshalb die Profiterwirtschaftung erst in zweiter Linie zu berücksichtigen wäre (wobei sich unter dem Allgemeinwohl ausschließlich die Interessen der führenden Monopole verbargen), ließ die sich rapid verstärkende Finanzmisere der Eisenbahnen nun das "Wirtschaften nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten" interessant werden. Mit anderen Worten, man wollte versuchen, auch bei den Eisenbahnen die Profiterwirtschaftung in den Vordergrund zu stellen. Bei konsequenter Realisierung dieser Prinzipien hätte man an einen empfindlichen Nerv der monopolisierten Wirtschaft gerührt, die die Sondertarife zur Erhöhung ihres eigenen Profits und zur Verbesserung ihrer Absatzchancen dringend brauchte. Deshalb begann man mit der Realisierung dieser neuen verkehrspolitischen Grundsätze nur auf Teilgebieten, beispielsweise bei den neu gebildeten Tochtergesellschaften. Sie wurden bis zu einem gewissen Grade selbstständig und so aufgebaut, daß sie reale Profitchancen hatten. Nicht umsonst stieg auch, wie aus Tabelle 1 ersichtlich, der Stückguttarif stärker an als die allgemeinen Gütertarife. Dieser Prozeß wurde nach der Bildung der SERNAM noch vertieft. Man fürchtete dabei auch den Widerspruch der großen Monopole nicht; denn der Stückgutverkehr ist vorwiegend eine Angelegenheit der mittleren und Kleinbetriebe.

Im Rahmen der Verkehrsreform wurde weiterhin festgelegt, daß die Eisenbahnen ihr Netz verkleinern sollten: für den Personenverkehr um 10 000 Kilometer, für den Güterverkehr um 5 000 Kilometer. Dieser Abbau (Die vorstehenden Zahlen meinen betriebliche Einschränkungen. Sie sind nicht mit der Streckenlänge identisch.) wurde konsequent betrieben. Das Betriebsnetz der französischen Eisenbahnen verkleinerte sich. Hatte es 1960 noch rund 39 500 Kilometer umfaßt, so waren es, wie erwähnt, 1974 rund 3 560 Kilometer weniger. Die Rationalisierung des Eisenbahnbetriebes bewirkte selbstverständlich auch einen rapiden Rückgang der Beschäftigtenzahl. Wie bei anderen kapitalistischen Eisenbahnverwaltungen wurden Personalabbau im großen Stile und gleichzeitig eine Intensivierung der Ausbeutung betrieben. Zählte die SNCF 1968 noch rund 323 000 Beschäftigte, so waren es 1974 nur noch rund 284 500 (= 88 Prozent).¹²

Die Abstimmung zwischen der Eisenbahn und den anderen Verkehrsträgern, besonders dem Kraftverkehr, war im wesentlichen durch die Schaffung "gleicher Wettbewerbsbedingungen" vorgesehen. Der entstehende Verkehrsbedarf sollte nach dem Prinzip der geringstmöglichen Kosten für den Verkehrskunden auf die Verkehrsträger aufgliedert werden. Regulierende Eingriffe in den Kraftverkehr wurden deshalb nur zurückhaltend vorgenommen. Man legte fest, die Kontingente für den Fernverkehr im wesentlichen bestehen zu lassen. Für die Nahverkehrszone wurde hingegen eine Aufhebung aller Beschränkungen vorgesehen, während der Werkverkehr nach wie vor von allen kapazitätsregelnden Eingriffen frei blieb. Diese wenigen Maßnahmen unterstützten, wie schon erwähnt, vor allem die schon bestehenden Großbetriebe im Kraftverkehr. Für die kleinen, teilweise sogar für die mittleren Unternehmen, verschlechterte sich dagegen die Lage außerordentlich durch die zunehmende Konkurrenz innerhalb des Gewerbes. Das starke Überangebot an Transportraum in der Nahverkehrszone führte zu einem extrem harten Konkurrenzkampf der Kleinunternehmen, die ihre Existenz auf Kosten des Lebensstandards ihrer Eigentümer, aber auch durch ungünstigere

Arbeitsbedingungen (erhöhte Arbeitszeit intensivere Ausnutzung des Transportraumes usw.) behaupten wollen. Trotzdem ist die Fluktuation bei diesen Betrieben außergewöhnlich groß. Jährlich geht ein großer Teil von ihnen in Konkurs, wird aber sofort durch neue ersetzt, weil die Automobilindustrie durch günstige Ratenzahlungsmöglichkeiten die Bedingungen für die Eröffnung eines eigenen Kraftverkehrsunternehmens stark erleichtert und viele Menschen die Chance nutzen wollen, sich eine selbständige Existenz aufzubauen.

Auf dem Gebiet des Personenverkehrs sah das Reformprogramm besonders für die Ballungsgebiete Koordinierungsmaßnahmen vor, die jedoch nur teilweise zum Tragen kamen.

Völlig unbefriedigend waren die vorgesehenen sozialen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Verkehrswesen, wobei hier keine Unterschiede zwischen den einzelnen Verkehrsträgern zu erkennen sind. Erwähnt werden soll jedoch beispielsweise die vorgesehene Arbeitszeitregelung für Berufskraftfahrer - eine Maßnahme, die zugleich auch im EWG-Rahmen wirksam werden sollte. Zwar kamen Empfehlungen über die maximale tägliche und wöchentliche sowie über ununterbrochene Fahrzeit zustande. Sie waren jedoch hauptsächlich Forderungen nach einer erhöhten Verkehrssicherheit geschuldet und wurden in der Praxis kaum realisiert, weil es einerseits an wirksamen Kontrollmöglichkeiten fehlte und andererseits der verschärfte Konkurrenzkampf Fahrer und Einzelunternehmer im gewerblichen Güterkraftverkehr zu einem ständigen Überschreiten der empfohlenen Normzeiten zwang.

Die Reformpläne für das französische Verkehrswesen teilten deshalb das Schicksal, das solche Pläne in anderen Staaten erlitten. Sie machten - meist stark angeheizt durch parteipolitische Interessen - eine Zeitlang Schlagzeilen, ohne zu greifbaren Ergebnissen zu führen. In keinem Falle wurden durch derartige Maßnahmen Veränderungen auf dem Verkehrsmarkt im Sinne der angestrebten Begünstigung des Schienenverkehrs erreicht. Auch in Frankreich beweist die Statistik diese Entwicklung, wie Tabelle 2 verdeutlicht.

Tabelle 2

Der Anteil der einzelnen Verkehrsträger an der Transportleistung

Verkehrsträger	1962 ⁺		1967 ⁺		1973 ⁺⁺	
	in Mrd. tkm	in %	in Mrd. tkm	in %	in Mrd. tkm	in %
Gewerblicher Güterkraftverkehr und Werkverkehr	32,9	31,3	56,7	36,4	90,0	42,3
SNCF	61,2	58,1	64,3	41,3	71,8	33,7
Binnenschiff-fahrt	9,2	9,4	11,7	7,5	12,6	6,5
Rohrleitung	1,2	1,2	22,9	14,7	20,3	17,5

+ Norac, Jean-Pierre, La mainmise des monopoles sur le transport routier, in: Economie et politique. Revue marxiste d'économie, Paris 1970, S. 77.

++ Boissy, Serge/Puyraveau, Emile, Transports marchandises - La crise et ses solutions, in: Economie et politique. Revue marxiste d'économie, Paris 1975, S. 4.

Noch aussagekräftiger ist eine Erhebung, die die Zunahme bzw. Abnahme der Transportleistung im Vergleich zwischen 1969 und 1973 ausweist.

Tabelle 3

Entwicklung der Transportleistung (tkm) der Verkehrsträger zwischen 1969 und 1973⁺

(in %)

Rohrleitung	+ 90
Güterkraftverkehr	+ 40
SNCF	+ 9
Binnenschifffahrt	- 5

+ Boissy, Serge/Puyraveau, Emile, Transports marchandises - La crise et ses solutions, in: Economie et politique. Revue marxiste d'économie, Paris 1975, S. 4.

Diese Zahlen betonen die zunehmende Diskrepanz auf dem französischen Verkehrsmarkt und zeigen, daß die Liberalisierungspolitik der französischen Regierung im Hinblick auf das Verkehrswesen ebenso erfolglos war wie der angestrebte "geregelte Wettbewerb" zwischen den Verkehrsträgern. Die indirekte und direkte Unterstützung vor allem des gewerblichen Güterfernverkehrs und des Werkverkehrs, aber auch die Expansion der von den Ölkonzernen beherrschten Rohrleitungen trieb vielmehr die Eisenbahnen immer mehr in die Defensive und vertiefte ihre finanzielle Misere, die nach wie vor nur durch erhöhte staatliche Zuschüsse ausgeglichen wird.

Darin offenbarte sich erneut die Tatsache, daß die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse für eine sinnvolle Koordinierung der raschen Fortschritte des Verkehrswesens im Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution zu eng sind. Wie in anderen kapitalistischen Ländern blieben auch die französischen Verkehrsreformpläne Stückwerk und führten nur zu Teillösungen, weil das Aufheben der antagonistischen Widersprüche, die im Verkehrswesen wie in anderen Wirtschaftszweigen wirken, eine revolutionäre Veränderung der Eigentumsverhältnisse voraussetzt.

Die amtliche Statistik des Deutschen Reichs 1872 bis 1939

Historische Entwicklung, Organisationsstruktur, Veröffentlichungen

von Ulrich Roeske

1. Einleitung
2. Entwicklung und Organisationsstruktur
des Statistischen Reichsamts
 - 2.1. 1872 bis 1918
 - 2.2. 1918 bis 1933
 - 2.3. 1933 bis 1939
3. Die Reichsstatistik bei anderen Behörden
4. Gliederung der Veröffentlichungen
des Statistischen Reichsamts

1. Einleitung

In der wissenschaftlichen DDR-Literatur gibt es über die bürgerliche Statistik bisher keine speziellen Arbeiten, sondern nur kurze, überblicksartige Darlegungen, die die Autoren notwendigerweise dann gaben, wenn sie die historische Entwicklung unserer sozialistischen Statistik behandelten.¹ Der vorliegende Beitrag behandelt ein wesentliches Teilgebiet der bürgerlichen Statistik: Von der funktionell-organisatorischen Seite her soll das Arbeitsgebiet des Statistischen Reichsamts und die Reichsstatistik bei anderen Behörden charakterisiert werden. Es wird der Versuch unternommen, die Entwicklung der Reichsstatistik in den Grundzügen auf ihre historischen und wirtschaftshistorischen Zusammenhänge zurückzuführen. Die hierfür zu gebenden Beispiele können bei der enormen sachlichen Breite einer Statistik nur annähernd repräsentativ sein; sie beschränken sich

¹ Herrde, Eva/Kuhn, Otfried, Grundlagen der Statistik für Wirtschaftler, Berlin 1956, S. 429 - 434; Allgemeine Statistik. Lehrbuch, Berlin 1964, S. 26 - 28; Donda, Arno/Herrde, Eva, u. a., Statistik. Lehrbuch, Berlin 1972, S. 14 - 17 (zum Teil wörtlich übernommen aus dem Lehrbuch von 1964); Kindelberger, Albert, Die Statistik, in: Eckermann, Walther/Mohr, Hubert, Einführung in das Studium der Geschichte, Berlin 1969, S. 148 - 152.

fast ausschließlich auf solche aus der Wirtschaftsstatistik. Schließlich werden die umfangreichen und vielgliedrigen Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts systematisiert.

Zahlreiche Veröffentlichungen der amtlichen deutschen Statistik hat seinerzeit W. I. Lenin oft benutzt. In seinen vorrevolutionären Werken über ökonomische und soziale Probleme, so vor allem in "Die Agrarfrage und die Marxkritiker", "Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft" und in "Die Metallarbeiterstreiks im Jahre 1912" nehmen statistische Fragen einen hervorragenden Platz ein. Lenin belegte durch eine Fülle von Beispielen den widerspruchsvollen Entwicklungsprozeß, den die bürgerliche Statistik durchlief; zugleich lobte er mehrfach den - im Vergleich zu Rußland - hohen methodischen Stand der amtlichen deutschen Statistik.²

In Deutschland begann die Entwicklung der amtlichen Statistik im Zeitalter des Merkantilismus, und zwar im absolutistischen Preußen während des 17. Jahrhunderts; sie fand in den Staaten des Deutschen Bundes Anfang des 19. Jahrhunderts ihren vorläufigen Abschluß, als es zur Bildung Statistischer Landesämter kam (zum Beispiel in Preußen 1805, Württemberg 1820 oder in Sachsen 1831). Während andere Träger bürgerlicher Statistik, wie Verbände und Organisationen, Forschungsinstitute und Betriebe, später stets aus Eigeninitiative beziehungsweise nach selbst oder verbandsmäßig festgelegten Grundsätzen Statistik betrieben, wirkte die amtliche Statistik immer nur auf der Grundlage oder in Folge von allgemeinen Rechtsnormen. Amtliche Statistiken beruhen also im Deutschen Reich auf Gesetzen und Verordnungen; sie wurden aus dem Staatshaushalt finanziert. Die statistischen Ämter konnten sich nicht selbst ihre Aufgaben stellen, sondern sie erfüllten in ihrer Tätigkeit staatliche Weisungen. Für die Durchführung der immer häufiger angeordneten und sich bald umfangreich gestaltenden Erhebungen und Zählungen wurde ein Verwaltungsapparat notwendig, wie ihn nur die staatliche Behördenorganisation bieten konnte. Sie stellte die ausführenden Organe, was nicht ausschließt, das zusätzliche Helfer aus der Bevölkerung bei großen Zählungen - wie allenthalben auch heute noch üblich - mit herangezogen werden mußten. Die amtliche Statistik verfügte in der Regel über die meisten Mittel und Möglichkeiten zur Publikation von Ergebnissen, soweit diese im Interesse der herrschenden Klasse lag.

Die Reichsstatistik stellte gewissermaßen den Grundpfeiler der amtlichen Statistik in Deutschland dar. Sie ging hervor aus der Statistik des Deutschen Zollvereins (1834 bis 1871). Das Zentralbüro des Zollvereins hatte regelmäßig die Ergebnisse der in den Mitgliedsländern durchzuführenden Volkszählungen und darüber hinaus die Einnahmen und Ausgaben im Warenverkehr mit den Nichtmitgliedstaaten genau nachzuweisen. Mit der kapitalistischen Entwicklung wuchs sowohl die Bevölkerung als auch der Warenverkehr ständig an, und das Zentralbüro konnte seine Aufgaben mit den alten Mitteln und Methoden bald nur noch unzureichend erfüllen. Eine vom Bundesrat des Zollvereins Ende 1869 eingesetzte "Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins", deren Mitglieder zum Teil schon auf jahrzehntelange Erfahrungen in den Statistischen Landesämtern zurückblicken konnten, sollte Abhilfe schaffen. Sie entwickelte und publi-

² Lenin, W. I., Werke, vgl. vor allem: Bd. 3, Berlin 1971, S. 530; Bd. 5, Berlin 1955, S. 167 f., 202; Bd. 10, Berlin 1967, S. 190; Bd. 16, Berlin 1962, S. 435 ff.

zierte bis August 1871 umfangreiche Vorschläge³, die - ursprünglich für den Zollverein gedacht - dann praktisch zum Programm für die Statistik des neu gegründeten Deutschen Reichs wurden. Die Kommission hatte die Schaffung einer "Zentralstelle für die gemeinsame deutsche Statistik" gefordert. Richtungweisend war vor allem der Hinweis, daß diese Zentralstelle kein bloßes Rechnungs- und Redaktionsbüro sein sollte, wie es das Zentralbüro gewesen war, sondern ein Institut, das auch wissenschaftliche Aufgaben lösen sollte. In diesem Sinne wurde die Errichtung einer statistischen Zentralstelle für das Deutsche Reich in der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages am 8. April 1872 konkret in Aussicht gestellt. Nachdem ein entsprechender Nachtrag zum Reichshaushalt vom Reichstag gebilligt worden war, erließ Reichskanzler von Bismarck schließlich am 23. Juni 1872 eine "Geschäfts-Instruktion für das Kaiserliche Statistische Amt" (KStA). Vier Wochen später begann das Amt, das erst 1918 zum Statistischen Reichsamt wurde, in den Räumen des ehemaligen Zentralbüros seine Tätigkeit.

Dies Amt war bis 1945 die statistische Zentralbehörde für das Deutsche Reich. Anders als die vor 1872 entstandenen Zentralbehörden (Auswärtiges Amt, Reichskanzleramt, Kaiserliche Admiralität) war es jedoch kein selbständiges Reichsamt, sondern bis 1879 dem Reichskanzleramt, 1879 bis 1917 dem Reichsamt des Innern und 1917 bis 1945 dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt. Insofern stand es auf der gleichen Stufe wie die anderen "technischen" Verwaltungsorgane auf Reichsebene: Reichspatentamt, Physikalisch-Technische Reichsanstalt und andere.

Die Geschäftsinstruktion vom Juni 1872 wies dem KStA folgende Aufgaben zu:

1. ... das auf Grund von Gesetzen oder auf Anordnung des Reichskanzlers für die Reichsstatistik zu liefernde Material zu sammeln, zu prüfen, technisch und wissenschaftlich zu bearbeiten und die Ergebnisse gegebenenfalls zu veröffentlichen,
2. auf Anordnung des Reichskanzlers statistische Nachweisungen aufzustellen und über statistische Fragen gutachtlich zu berichten."⁴

Um von diesen sehr allgemein formulierten Aufgaben auf das konkrete Arbeitsprogramm der Reichsstatistik zu kommen, ist es zunächst notwendig, den Aufbau des amtlichen statistischen Dienstes im Deutschen Reich zu erläutern. Er basiert auf den Vorschlägen der oben genannten Kommission aus den Jahren 1870/71 und hat sich bis 1945 nur unwesentlich verändert.

Nach ihren Trägern und geographischen Kompetenzbereichen gliederte sich die amtliche Statistik wie bekannt in Reichs-, Länder- und Gemeindestatistik. Entsprechend dem Charakter des Deutschen Reiches als Bundesstaat war das föderative Element im Verhältnis zwischen Reichs- und Länderstatistik entscheidend: Die Reichsstatistik besaß keinen eigenen Verwaltungsunterbau, sie mußte deshalb,

3 Die Protokolle und Vorschläge der Kommission sind veröffentlicht worden in Statistik des Deutschen Reichs, Bd. I, Berlin 1873.

4 Fürst, Gerhard, Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik in den letzten 100 Jahren, in: Bevölkerung und Wirtschaft 1872 - 1972. Hrsg. anlässlich des 100-jährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1972, S. 15. - Fürst war seit 1923 lange Jahre im Statistischen Reichsamt tätig gewesen und leitete später das Statistische Bundesamt der BRD.

soweit nicht Reichsorgane in ihrem speziellen Bereich die Erhebungen durchführten, ⁵ auf den Ergebnissen der Länderstatistik aufbauen. Das Funktionieren der Reichsstatistik setzte somit zu einem wesentlichen Teil die erfolgreiche Tätigkeit der Landesämter voraus. Dieser wesentliche und vom Umfang her größte Teil der Reichsstatistik wurde föderierte oder mittelbare Reichsstatistik genannt. Hier führten die Ämter in den Ländern die Erhebungen durch, bearbeiteten das statistische Urmaterial und gaben die Ergebnisse zur einheitlichen Zusammenrechnung an das KStA ab. Ihm waren die Landesämter jedoch nicht leistungsmäßig unterstellt. Sie hatten in jedem Land - nur die kleinsten Länder Lippe und Schaumburg-Lippe besaßen keine selbständigen Ämter - ihre spezifischen Aufgaben für die Landesverwaltung zu erfüllen. Eine besonders gewichtige Rolle spielte natürlich das Preußische Statistische Landesamt in Berlin, zumal Preußen bekanntlich territorial drei Fünftel Deutschlands umfaßte.

Zur mittelbaren Reichsstatistik gehörten fast alle Bevölkerungsstatistiken, Berufs- und Betriebszählungen sowie die Mehrzahl der Landwirtschafts- und Industriestatistiken.

Die zweite, umfangmäßig kleinere Gruppe war die zentrale oder unmittelbare Reichsstatistik, bei der das Urmaterial entweder von Reichsorganen gewonnen und bearbeitet wurde oder aber von Landesorganen zwar erhoben, jedoch von diesen unbearbeitet an das KStA oder eine andere Reichsbehörde abgeliefert wurde. Zentrale Reichsstatistiken waren beispielsweise die Post-, Zoll-, Handels-, Marine-, Kriminal-, Siedlungs- oder die Patentstatistik.

Drittens gab es auch den Weg des unmittelbaren Kontakts der Reichsstatistik mit den kommunalen statistischen Ämtern, also unter Umgehung der Landesstatistik. Auf solchen Erhebungen basierten zum Beispiel Teile der Preis-, Fürsorge-, Bau-, Grundstücks- oder Fremdenverkehrsstatistik. ⁶

Durch Verhandlungen auf Konferenzen der Reichs- und Landesstatistiker, die seit 1897 jährlich stattfanden, bemühte man sich um Einheitlichkeit in der Durchführung der Erhebungen und bei den Methoden der Ergebniszusammenfassung. Unter sich waren jedoch die Ergebnisse vieler amtlicher Statistiken aus folgendem Grund nur bedingt vergleichbar: Der vielschichtige Verwaltungsaufbau des Deutschen Reichs bewirkte, daß Regierungs-, Landesfinanzamts-, Arbeitsamts-, Reichsbahndirektionsbezirke und andere sich in ihren Abgrenzungen meist nicht miteinander deckten, sondern sich überschnitten. Diese territorialen Einheiten dienten aber jeweils als räumliche Grundlage beispielsweise in den Statistiken der Bevölkerungsbewegung, der Steuern, der Arbeitslosigkeit und des Güterverkehrs.

Alle amtlichen Statistiker sowie die Hochschuldozenten und "Privatstatistiker" schlossen sich in der "Deutschen Statistischen Gesellschaft" zusammen, die 1912 gegründet wurde und deren Publikationsorgane ("Allgemeines Statistisches Archiv" seit 1890 und "Deutsches Statistisches Zentralblatt" ab 1909) in weitgehendem Maße auch Probleme der Reichsstatistik ausführlich behandelten.

⁵ Siehe Abschnitt 3 des vorliegenden Beitrages.

⁶ Morgenroth, Wilhelm, Die Organisation des amtlichen statistischen Dienstes, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 22, 1930, S. 526.

2. Entwicklung und Organisationsstruktur des Statistischen Reichsamts

2.1. 1872 bis 1918

Das KStA bearbeitete anfangs folgende zehn Statistiken⁷:

- Volkszählungen
- Statistik des auswärtigen Handels
- Statistik der gemeinschaftlichen Zölle und Steuern
- Statistik der Bergwerke, Salinen und Hütten
- Bevölkerungsbewegung (Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle)
- Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit (nur bis 1882)
- überseeische Auswanderung
- Viehhaltung
- Verkehr auf den Binnenwasserstraßen
- Seeverkehr (Schiffsbestand, ankommende und abgehende Schiffe, Verkehr zwischen ausländischen Häfen, Schiffsunfälle).

Sie wurden aufgeteilt auf folgende "Gruppen" (= Abteilungen) für:

1. Bevölkerungsstatistik
2. Statistik der Landwirtschaft und des Gewerbes
3. Statistik des Verkehrs, der gemeinschaftlichen Einnahmen und der Steuer- und Zollverwaltung.

In dieser Organisationsstruktur hat es bis zum Ende des Kaiserreichs nur zwei Veränderungen gegeben: Die Abteilungen 1 und 2 wurden zu einer Abteilung für allgemeine Statistik zusammengelegt, und eine neue Abteilung für "Arbeiterstatistik" wurde eingerichtet. (Auf letztere wird weiter unten näher eingegangen.)

Die Entwicklung und der Ausbau der Reichsstatistik seit 1872 wurden durch die Herausbildung des nationalen Marktes, die Einführung einheitlicher Münzen, Maße und Gewichte und durch die Vereinheitlichung des Reichsrechts wesentlich gefördert. Folgende Aspekte wurden maßgeblich für die ständige Erweiterung des Arbeitsgebietes der Statistik:

- Im vormonopolistischen Kapitalismus mit seiner Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen wurden Informationen und Kenntnisse über den Markt, die Preise, die Produktion und die ökonomische Leistungsfähigkeit der Bevölkerung interessant und wichtig, ja schließlich unentbehrlich für den kapitalistischen Staat als Sachwalter der herrschenden Junker und Großbourgeoisie. Um diese notwendigen Kenntnisse in möglichst konkreter, zuverlässiger und überschaubarer Weise zu erhalten, mußten in zunehmendem Maße vielgestaltige statistische Arbeiten durchgeführt werden.
- In Wahrnehmung der Grundfunktionen des bürgerlichen Staates wurden Statistiken im Reichsmaßstab auch immer dann benötigt, wenn es entweder um die Vorbereitung oder um die Kontrolle von handels- und steuerpolitischen Maßnahmen ging. Ebenso wuchs das Bedürfnis nach Statistiken auf anderen Gebieten, so vor allem in der Sozialgesetzgebung, der Kolonialpolitik und der Heeres- und Flottenrüstung.

Erheblich ausgebaut wurde die Reichsstatistik auch durch regelmäßige Volkszählungen (die erste fand 1871 statt, die nächsten 1875, 1880 bzw. alle fünf Jahre

⁷ Fürst, Gerhard, a. a. O., S. 16, bezeichnet diese als "Uraltstatistiken".

bis 1910!) und durch Berufs- und Betriebszählungen in den Jahren 1882, 1895 und 1907. Da es durchaus im Interesse der herrschenden Junker und der Großbourgeoisie lag, ihr "Standesbewußtsein", das heißt ihren Standesdünkel, zu pflegen, wurden dabei auch in subtiler Weise Fragen nach der "Stellung im Beruf" gestellt. So bezeichnete es in diesem Zusammenhang ein führender bürgerlicher Statistiker der damaligen Zeit, Friedrich Zahn, als Aufgabe der Reichsstatistik, mitzuhelfen bei der "Verstärkung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Reichsmacht, ... die Energien zur Behauptung und Durchsetzung der deutschen Nation zu wecken und zu kräftigen."⁸

Das Betätigungsfeld der Reichsstatistik weitete sich auf nahezu alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens aus, insbesondere auf alle Wirtschaftsbereiche. Von den zehn im Jahre 1872 laufend bearbeiteten Statistiken vergrößerte es sich auf sechzig im Jahre 1914.⁹ Dieser Erweiterung des Aufgabengebiets stand eine enorme personelle Entwicklung zur Seite: Waren anfangs nur 12 Mitarbeiter, davon 3 Wissenschaftler im KStA tätig, so zählte das Amt 1914 bereits 387 ständige Beamte sowie 27 Wissenschaftler und einige Hundert Zeitangestellte, so daß das Personal zirka 800 Personen umfaßte.¹⁰

Um die Jahrhundertwende, als sich in den fortgeschrittenen Ländern der Übergang zum Monopolkapitalismus vollzog, hatte die Statistik ihre "Stützpunkte" bereits in vielen Staaten der Erde. Einem Wesenszug des Imperialismus entsprechend, dehnte sich das statistische Beobachtungsfeld über die Grenzen der Staaten hinaus immer mehr aus. Dank der Tatsache, daß die Sammlung und Zusammenfassung von Daten über das Ausland nun im KStA intensiviert wurde, konnte zum Beispiel dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich im Jahre 1903 erstmalig auf zirka dreißig Seiten ein internationaler Teil beigelegt werden, dessen Umfang in den folgenden Jahren weiter zunahm.

Während des Kapitalismus der freien Konkurrenz waren die Behörden nicht nur Produzenten der amtlichen Statistik gewesen, sondern in weitgehendem Maße auch die Konsumenten dieser Statistiken. Die kapitalistischen Unternehmer waren in der Mehrzahl an den Ergebnissen der amtlichen Statistik nur wenig interessiert gewesen. Das änderte sich jedoch zu Beginn des Imperialismus. Mit dem Anwachsen der Betriebsgrößen, mit der Ausweitung der geschäftlichen Verbindungen und unter den verschärften Konkurrenzbedingungen mußten die Unternehmer erkennen, daß sie sich nicht mehr auf ihre Erfahrungen aus der kaufmännischen Praxis und auf ihr "Fingerspitzengefühl" verlassen konnten, wenn sie konkurrenzfähig bleiben und ihre Profite erhöhen wollten. In größeren Firmen, hauptsächlich in Banken und in den neu entstehenden Monopolverwaltungen wurden Strukturteile gebildet, die sich speziell mit Wirtschaftsstatistik beschäftigten und die neben der internen betrieblichen Statistik in zunehmendem Maße Kapitalanlagensphären, Rohstoff- und Absatzmärkte im In- und Ausland beobachteten (sogenannte volkswirtschaftliche oder externe Statistik). Zu diesem Zweck waren nun auch die Ergebnisse der amtlichen Statistik (zum Beispiel Außenhandels-, Zoll-, Produktions-

⁸ Zahn, Friedrich, Das Reich und die Reichsstatistik, in: Annalen des Deutschen Reichs, Nr. 12/1913, S. 893 f.

⁹ Fürst, Gerhard, a. a. O., S. 16.

¹⁰ Würzburger, Eugen, The History and Development of Official Statistics in the German Empire, in: The History of Statistics. Their Development and Progress in Many Countries, zusammengestellt und hg. v. John Koren, New York 1918, S. 337 f.

und Preisstatistik) nützlich: Sie bildeten dort schließlich sogar "den unentbehrlichen Grundstock jeder ernsthaften Wirtschaftsbeobachtung".¹¹ Aber die externe Statistik der Banken und Monopole hatte in erster Linie die aktuellen Bedürfnisse der Firmenleitungen zu befriedigen. Der "Grundstock" amtlicher Statistiken mußte deshalb durch einen eigenen statistischen Apparat ergänzt werden, der ständig auf dem laufenden zu halten war, während der amtliche Dienst immer viel Zeit von der Bearbeitung bis zur Veröffentlichung brauchte. Auf diese Weise wuchs für die amtliche Statistik gerade auf verschiedenen wirtschaftlichen Gebieten allmählich eine Konkurrenz heran, die in der Lage war, schneller und darüber hinaus auch fach- und praxisbezogener zu sein, denn vor allem die großen Monopole begannen bald auch regelmäßig Statistiken zu publizieren, die nicht nur ihren speziellen Fachbereich betrafen.¹² Das sollte - wie sich zeigen wird - besonders in der Weimarer Republik und während der faschistischen Diktatur nicht ohne Rückwirkung bleiben.

Rückwirkungen auf die Entwicklung der Statistik zeigte ebenfalls der bedeutende Aufschwung des "volkswirtschaftlichen" Ausbildungswesens, der sich um die Jahrhundertwende in Deutschland vollzog. Statistik war damals als obligatorisches Prüfungsfach bei volkswirtschaftlichen Diplom- und Doktorexamen eingeführt worden.¹³ Damit standen wissenschaftlich vorgebildete Fachleute zur Verfügung, deren Zahl den wachsenden Bedarf jedoch bald nicht mehr decken konnte.

Eine enorme Ausweitung der amtlichen Statistik war während des ersten Weltkrieges zu verzeichnen. Fast alle damals wirkenden Kriegsbehörden und Kriegsgesellschaften - zirka 300 an der Zahl - wurden statistisch tätig und warben dem KStA Personal ab.¹⁴ Das Amt war seinerseits gezwungen, die Bearbeitung einiger Statistiken einzustellen oder zu kürzen, und es entstanden erhebliche Rückstände in der Aufarbeitung des Urmaterials. Zugleich führte die Aufblähung des statistischen Dienstes unter den Kriegsbedingungen fast unvermeidlich zu Doppelarbeit, Uneinheitlichkeit und Verzettelung. Besonders eine Reihe von Vorratserhebungen waren charakteristisch für die kriegswirtschaftliche Reichsstatistik.¹⁵

Nach den dargestellten Grundzügen der Entwicklung der Reichsstatistik im Zeitraum von 1872 bis 1918 sollen im folgenden ausgewählte Beispiele einzelner bedeutender Statistiken, die in das regelmäßige Arbeitsprogramm des KStA aufgenommen wurden, genannt werden.¹⁶ (Falls nicht anders erwähnt, gilt für jedes Beispiel die jahresweise Führung bzw. jährliche Veröffentlichung.)

- 11 Reithinger, Anton, Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsordnung, Leipzig 1936, S. 150.
- 12 So gab z. B. die Dresdner Bank wöchentlich "Statistische Übersichten" heraus mit den Ausweisen der Notenbanken, Zahlen über die Preisentwicklung und anderes. In Fachzeitschriften wie "Die Bank", "Bank-Wissenschaft" oder "Bank-Archiv" enthielt jede Nummer Statistiken.
- 13 Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 7, 4. Aufl. Jena 1926, S. 883.
- 14 Vgl. Die amtliche Statistik und der Krieg, insbesondere im Deutschen Reich, in: Deutsches Statistisches Zentralblatt 1916, S. 1 ff.
- 15 Fürst, Gerhard, a. a. O., S. 34, nennt für den Zeitraum v. 1. 10. 1915 - 1. 9. 1920 insgesamt 14 Viehzählungen!
- 16 Dabei muß auf Quellenangaben im einzelnen verzichtet werden; sie könnten ohnehin nur unvollständig sein, da die Veröffentlichungen sich in der Regel über mehrere Jahrzehnte erstreckten.

- Die Krise der deutschen Landwirtschaft und Industrie Mitte der siebziger Jahre - hervorgerufen unter anderem durch die Konkurrenz billigerer ausländischer Rohstoffe auf dem deutschen Markt - fand ihren Ausdruck in einem ständigen Sinken der Preise. Im Zusammenhang mit dem Beginn der Schutzzollpolitik, die als eine staatliche Hilfsmaßnahme insbesondere für Großbourgeoisie und Junker anzusehen war, wurde von Januar 1879 an monatlich die Statistik der Großhandelspreise für Getreide, Lebens- und Futtermittel und anderes sowie für industrielle Rohstoffe, zum Beispiel für Steinkohle, Petroleum, Metalle und Kautschuk, veröffentlicht. Dabei handelte es sich jedoch - wie in der gesamten Preisstatistik bis zum ersten Weltkrieg - noch nicht um Zusammenfassungen oder Preisindexberechnungen, sondern nur um den Nachweis der Preise einzelner ausgewählter Waren.

- Im Jahre 1885 begann die durch das Gesetz über die Krankenversicherung vom 31. Mai 1883 angeordnete Krankenversicherungsstatistik, die auf den Meldungen der einzelnen Orts- und Betriebskrankenkassen usw. beruhte. Die Zusammenstellungen brachten Angaben über Mitgliederzahlen, Erkrankungsarten, Krankheitstage, Todesfälle, Einnahmen und Ausgaben und anderes, ließen also über die eigentliche Krankenversicherung hinaus weitergehende Auswertungsmöglichkeiten zu. Die Statistiken über die später folgende Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung wurden nicht vom KStA, sondern vom Reichsversicherungsamt bearbeitet.

- Infolge der zunehmenden Industrialisierung und des damit verbundenen enormen Anwachsens der Arbeiterklasse sah sich die amtliche Statistik gezwungen, bald auch Erhebungen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter durchzuführen. Die ersten Erhebungen dieser Art im Jahre 1876 über die Lage der Lehrlinge, Gesellen und Fabrikarbeiter, 1877 über Frauen- und Kinderarbeit und 1885 über die Sonntagsarbeit hatten mehr den Charakter von Enquêtes.¹⁷ Zwecks Verbesserung der Erhebungstätigkeit wurde 1892 die Kommission für Arbeiterstatistik beim KStA errichtet.¹⁸ Ihr gehörten zwölf bis vierzehn teils vom Reichstag, teils vom Bundesrat gewählte Mitglieder an, darunter in der Mehrzahl hohe Beamte und Fabrikbesitzer und nur ein bis zwei Arbeiter. In den zehn Jahren ihres Bestehens hat die Kommission allerdings keinen Industriezweig nach der Lage der darin beschäftigten Arbeiter untersucht, sondern zum Beispiel folgende Berufs- und Gewerbebezüge: Bäckereien, Fleischereien, Fuhrwerksgewerbe, Kellner, Müller, Schiffer und Flößer. - Im Jahre 1902 wurde die Abteilung für Arbeiterstatistik im KStA gebildet, die an Stelle der Kommission nun die Bearbeitung "arbeiterstatistischer" Daten übernahm. Gleichzeitig wurde die Kommission in einen Beirat mit unveränderter Aufgabenstellung umbenannt. Abteilung und Beirat erhielten ihre konkrete Aufgabenstellung in der Regel direkt vom Reichsamt des Innern, so daß man sie gewissermaßen als ein Amt innerhalb des Amtes bezeichnen konnte. Durchgeführt wurden die Erhebungen meist als Stichproben in nur 10 Prozent der in Frage kommenden Betriebe, so zum Beispiel über Notstands- und öffentliche Arbeiten in Städten.

- Eine regelmäßige Produktionsstatistik hat es im Zeitraum bis 1918 nur in der Montanindustrie gegeben: Als älteste Produktions- und zugleich Industriestati-

¹⁷ Fürst, Gerhard, a. a. O., S. 26.

¹⁸ Vgl. Organisation der amtlichen Arbeiterstatistik im Deutschen Reich, Denkschrift im Auftrag des Kaiserlichen Statistischen Amtes für die Weltausstellung in St. Louis, bearb. von v. Leo, Berlin 1904.

stik wurden bereits seit 1860 die Produktionsergebnisse der deutschen Bergwerke, Salinen und Hütten veröffentlicht, soweit entsprechende Daten von den betreffenden kapitalistischen Unternehmungen dem KStA gemeldet wurden. Darüber hinaus gab es nur für einige Industriezweige, meist aus der Leichtindustrie, amtliche Produktionserhebungen in unregelmäßigen Abständen. Sie beschränkten sich inhaltlich auf mengen- oder wertmäßige Feststellungen, gaben also keine Daten über einzelne Produkte. Ausschlaggebend für die Erstellung einer Produktionsstatistik war damals meist, ob sich der betreffende Industriezweig durch die Zolltarifpolitik "gefährdet" fühlte oder ob er besonders krisenanfällig war. Neue Handelsvertragsverhandlungen mit dem Ausland weckten überdies bei den zuständigen Stellen immer wieder das Bedürfnis nach Informationen über die inländische Produktion.

- Im Rahmen der Volkszählung des Jahres 1895 wurden von der amtlichen Statistik erstmalig die "beschäftigungslosen Arbeitnehmer im Deutschen Reich" ermittelt, und zwar nach Zahl, Geschlecht, Beruf, Alter und Familienstand sowie nach dem Grund und der Dauer der Arbeitslosigkeit. Die Summe der Arbeitslosen wurde nach Bundesstaaten, Landesteilen und sogar nach Ortskategorien aufgeschlüsselt.¹⁹ Diese Erhebung trug jedoch einmaligen Charakter; der regelmäßige, zum Teil jährliche, zum Teil monatliche Nachweis der Arbeitslosigkeit und des Beschäftigungsstandes beginnt in der Reichsstatistik erst mit den Jahren 1903/04.
- Von 1899 an datiert die Reichsstatistik der Streiks und Aussperrungen, die in der Folgezeit regelmäßig bis zum ersten Vierteljahr 1933 veröffentlicht wurde. Sie beruhte auf schriftlichen Meldungen der Ortspolizeibehörden. Nicht ohne Grund setzte diese Statistik im Jahre 1899 ein: Sie sollte offensichtlich das Material liefern, das der Reichsregierung bei der Begründung der Zuchthausvorlage fehlte. Einige im statistischen Nachweisformular gestellte Fragen legen den Schluß nahe, daß die amtliche Streikstatistik von vornherein als Materialsammlung gegen die Arbeiterbewegung geplant war. Diese hatte jedoch, herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften, bereits seit 1890 eigene Streikstatistiken geführt, deren Ergebnisse erheblich von den amtlichen abwichen.²⁰
- Außerdem sollen noch die folgenden - wegen ihrer Bedeutung oder wegen ihres Umfangs erwähnenswerten - Reichsstatistiken mit dem Jahr ihrer Einführung kurz genannt werden:

1878	Bodennutzung und Ernteerträge
1882	Kriminalstatistik (rechtskräftig abgeurteilte Personen)
1895	Konkurse und Vergleichsverfahren
1900	Sparkassenstatistik
1906	Aktiengesellschaften, GmbH und andere Kapitalgesellschaften
1907	Bestand an Kraftfahrzeugen
1909	Zahl der Studierenden an deutschen Hochschulen
1909	Güterbewegung auf den Eisenbahnen.

¹⁹ Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 5. Jg. 1896, Sonderheft.

²⁰ Zur Geschichte und Wertung der beiden Streikstatistiken vgl.: Fricke, Dieter, Zur Statistik der Streiks und Aussperrungen, in: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 - 1914. Ein Handbuch, Berlin 1976, S. 757 - 770.

Am 30. November 1918 bestimmte der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes in einer Verordnung die Umbenennung des Amtes in Statistisches Reichsamt (StRA).²¹ Das war zunächst nur ein formaler Akt, der sich aus dem Fall der Dynastien infolge der Novemberrevolution ergab. Die Bildung der Reichsregierung (Februar/März 1919), der Friedensvertrag von Versailles (Juni 1919) und die Weimarer Verfassung (August 1919) bzw. die aus diesen Ereignissen und Vorgängen resultierenden neuen Aufgaben führten zu einer weiteren Zunahme des Umfangs der Reichsstatistik. Unter der Fülle der Aufgaben, chronischem Personalmangel, Kompetenzstreitigkeiten und Raumnot entwickelte sich die Organisationsstruktur des StRA während der Weimarer Republik sehr unkontinuierlich. Der häufige Wechsel der Arbeitsgebiete zwischen den Abteilungen kann hier nicht ausführlich erläutert werden. Es möge der Hinweis genügen, daß sich die Zahl der Abteilungen bis zum Ende dieses Zeitabschnitts schließlich auf acht vergrößerte; ihre Kompetenzen sind aus der folgenden Übersicht ersichtlich. Die Zunahme der amtlichen Statistik und der damit verbundenen Kosten führte schließlich im Oktober 1930 auf Beschluß des Reichskabinetts zur Einsetzung einer "Kommission zur Nachprüfung des statistischen Dienstes" (Dernburg-Kommission), die jedoch ebenso wie ein Gutachten des Reichssparkommissars zwar eine Reihe von Vorschlägen machte, letztlich aber doch zu keinen erwähnenswerten Veränderungen der Organisationsstruktur führte.²²

Generell ist festzustellen, daß die Statistik in der bürgerlich-parlamentarischen Weimarer Republik stärker im allgemeinen Blickfeld stand als je zuvor. Das galt zuerst für verschiedene Zweige der Bevölkerungsstatistik. Die Verluste von rund zwei Millionen Menschenleben und der große Geburtenausfall während des ersten Weltkrieges sowie der Geburtenrückgang in der Nachkriegszeit - während bis zum ersten Weltkrieg durchgehend wachsende Geburtenüberschüsse zu verzeichnen gewesen waren - weckten erstmalig größeres Interesse für bevölkerungs- und familienpolitische Gesichtspunkte in der Reichsstatistik. Insbesondere die Prognose war als neues Element hervorzuheben: Es kam zu ersten Vorausberechnungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung aufgrund neuer Sterbetafeln. Außerdem brachten die mit den Gebietsabtretungen infolge des Versailler Vertrages verbundenen Bevölkerungsbewegungen (Aussiedlungen, Optionen usw.) neue Anforderungen an die Bevölkerungsstatistik im StRA.

Infolge der Reichsabgabenordnung, des Finanzausgleichsgesetzes (1919/20) und anderen Rechtsnormen wurde eine reichseigene Finanzverwaltung geschaffen. Alle großen Reichssteuern (mit Ausnahme der Realsteuern wie Grund-, Hauszins- und Gewerbesteuern) wurden von nun an vom Reich verwaltet und die Finanzsumme auf dem Weg des Finanzausgleichs anteilmäßig an die Länder und Gemeinden des Reiches verteilt. Diese Vorgänge führten dazu, daß die Finanzstatistik vollständig neu gestaltet werden mußte.²³ Auch die Steuerstatistiken wurden erheblich erweitert, so daß das Sachgebiet Finanzen und Steuern schließlich zum umfangreichsten innerhalb des StRA wurde.

²¹ Reichsgesetzblatt 1918, S. 1391.

²² Zentrales Staatsarchiv Potsdam (im folgenden: ZStA), Rechnungshof, Nr. 2234, Bl. 29 ff., 113 ff.

²³ In den Jahren 1926 - 1931 gab es 4 Verordnungen über Finanzstatistik; die letzte vgl. Reichsgesetzblatt I 1931, S. 32 ff.

Die Arbeitsgebiete der Abteilungen des Statistischen Reichsamts 1872 bis 1939

Abt. Jahr	I	II	III	IV
1872	Bevölkerungs- statistik	Statistik der Landwirtschaft und des Ge- werbes	Statistik des Ver- kehrs, der ge- meinschaftlichen Einnahmen und der Steuer- und Zollverwaltung	
1902	Bevölkerungs- statistik, Finanz- statistik, Land- wirtschaftssta- tistik, Produk- tionsstatistik	Handels-, Verkehrs- und Steuer- statistik	Arbeiter- statistik	
1920			Wirtschafts- statistik	
1922			Wirtschafts- u. Sozialstatistik	
1924	Verwaltungssta- tistik, Allgem. Wirtschafts- und Konjunkturbeob- achtung, Auslands- statistik, Repara- tionsstatistik	Handels- und Verkehrssta- tistik, Produk- tions-, Land- wirtschafts- statistik	Bevölkerungs-, Sozial- und Me- dizinalstatistik	Steuer- statistik
1926				Finanz- und Steuer- statistik
1927			Sozial- statistik	
1928	Allgem. Verwal- tung und Verwal- tungsstatistik, Veröffentlichun- gen	Handels- und Verkehrs- statistik		Bevölkerungs-, Betriebs- und Produktions- statistik, Land- wirtschafts-, Medizinal- statistik
1929				
1931				
1933				
1935	Allgemeine Verwaltung			Bevölkerungs-, Betriebs-, (bis 1939 auch Landwirt- schaftssta- tistik), Kultur- statistik, Me- dizinalstati- stik
1939				
1940				

Abt. Jahr	V	VI	VII	VIII
1928	Finanzstatistik und Verwaltung des Reichs und der Länder	Steuer- statistik	Allgem. Wirt- schaftsstatistik Reparations- statistik	
1929			Steuern, Wirt- schaft und Fi- nanzen des Auslands	Allgem. Wirt- schaftsstatistik, Reparationsstatistik
1931			Allgem. Finanz- statistik	
1933	Finanz- und Steuer- statistik	Allgemeine Wirtschafts- statistik		
1935			Industrielle Produktions- statistik	
1939			Landwirtschafts-, Forst- und Fi- schereistatistik	
1940				Industrielle Produktions- statistik

Ein wesentlicher Anstoß für den Ausbau der Reichsstatistik kam vom Reparationsproblem her, denn im Zusammenhang mit der Vorbereitung der verschiedenen Reparationskonferenzen sowie den Dawesplan- und Youngplanverhandlungen hatten die Beauftragten wiederholt Unterlagen zu liefern. In erster Linie hat das Bedürfnis, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft statistisch fundiert in Zahlen ausdrücken zu können, die Aufnahme amtlicher Berechnungen des Volkseinkommens und der Zahlungsbilanz im StRA verursacht. Insofern war die Reparationspolitik gewissermaßen die Triebfeder zu den ersten Versuchen wirtschaftlicher Gesamtrechnungen in der Reichsstatistik.

Der Außenhandelssaldo als wichtiger Bestandteil der Zahlungsbilanz und die Ein- und Ausfuhr allgemein machten nun auch wesentliche Teile der Außenhandelsstatistik zu einem Politikum, während sie vor dem ersten Weltkrieg hauptsächlich dafür bestimmt war, Unterlagen für den Zolltarif und für Handelsvertragsverhandlungen zu liefern.

Völlig neu entstand seit den zwanziger Jahren die Konjunkturstatistik. Das im Jahre 1925 in Berlin gegründete Institut für Konjunkturforschung stellte sich zur Aufgabe, die "Erkenntnis der wechselnden Wirtschaftskonstellationen in ihren Beziehungen zu einzelnen Wirtschaftszweigen und zur Weltwirtschaft zu er-

möglichen."24 Dabei ging es unter anderem um die Erarbeitung von "Konjunkturbarometern". Das hochgesteckte Ziel lief praktisch auf eine statistische Untersuchung des kapitalistischen Krisenzyklus hinaus. Der Widerspruch zwischen Produktion und Markt - ein Kennzeichen jeder kapitalistischen Wirtschaftskrise - war jedoch mit den Mitteln der bürgerlichen Statistik nicht zu lösen. Insofern konnte das Institut für Konjunkturforschung nur zu begrenzten, zu Teilergebnissen kommen. Das Institut war zwar in den Diensträumen des StRA lokalisiert, und es ergaben sich enge personelle Kontakte, aber es wurde nicht nur aus dem Staatshaushalt, sondern auch durch den Reichsverband der deutschen Industrie und andere Unternehmerverbände finanziert und beaufsichtigt. Insofern kann man die vom Institut herausgegebenen Statistiken nicht mehr als rein amtliche bezeichnen; in der bürgerlichen Literatur hat sich der Ausdruck "halbamtlich" dafür eingebürgert.

Damit wird ein Feld berührt, das die Entwicklung der Statistik künftig wesentlich mitbestimmt: In viel größerem Maße als vor dem ersten Weltkrieg begannen sich wirtschaftspolitische Forschungsinstitute, die verschiedensten wirtschaftlichen und sozialen Verbände sowie Industrie- und Handelskammern mit statistischen Arbeiten zu befassen.²⁵ Aus dem Verhältnis von Staat und Monopolen in der Weimarer Republik ergab sich, daß solche Stellen, die mehr oder weniger wirtschaftsorganisatorische und -leitende Funktionen für das gesamte Reichsgebiet ausübten, in dieser Zeit erhöhte Bedeutung gewannen. Ihre Statistik leistete neben der jeweils speziellen Richtung viel Parallelarbeit zur eigentlichen amtlichen Statistik, und es war nicht leicht zu erkennen, inwieweit es sich bei den Veröffentlichungen von Forschungsstellen, Instituten und Kammern um amtliche Statistik oder um wissenschaftliche Forschungsergebnisse und Feststellungen handelte.

Natürlich brauchte sich beides nicht auszuschließen, aber die Wertung einer Statistik hing natürlich immer auch von ihrem Herausgeber ab. Jedenfalls nahm diese "halbamtliche" Statistik einen immer größeren Umfang an und beeinflusste die Entwicklung der Reichsstatistik schließlich negativ.²⁶

An Beispielen einzelner bedeutender Statistiken, die zwischen 1918 und 1933 neu vom StRA regelmäßig bearbeitet wurden, seien hier genannt:

- Während der Inflationsjahre von 1919 bis 1923 rückten die Geldentwertung und die rapide Teuerung als eine ihrer wesentlichsten Erscheinungsformen den statistischen Nachweis der Preisentwicklung in den Mittelpunkt des Interesses. Um dem Bedürfnis nach Orientierung nachkommen zu können, wurden entsprechende statistische Reihen monatlich, auf dem Höhepunkt der Inflation wöchentlich beziehungsweise sogar zweimal wöchentlich zusammengestellt und veröffentlicht.
- Die erste umfassende Erhebung der Löhne und Gehälter, bei der etwa 25 000 Betriebe befragt wurden, brachte das Jahr 1920.²⁷ Diese Statistik verlor jedoch infolge der schnell fortschreitenden Geldentwertung sehr bald ihre Aussagekraft. Unterlagen für die laufende Beobachtung der Lohn- und Gehaltsent-

24 ZStA Merseburg, Rep. 120 C CIII, 2 a, Nr. 33, Bd. 1, Bl. 2 f. Aus einer undatierten Werbeschrift.

25 Eine Aufzählung bringt Morgenroth, Wilhelm, a. a. O., S. 522 f.

26 Siehe Abschnitt 2. 3.

27 Fürst, Gerhard, a. a. O., S. 39.

wicklung gingen dem StRA seit 1920 laut reichsgesetzlicher Anordnung zu. Auf ihrer Grundlage wurden die Tarifgehälter für die Zeit ab 1920 jährlich und die Tariflöhne seit 1922 monatlich zusammengestellt.

- Die Reichsstatistik der Wahlen und Abstimmungen mußte zwangsläufig umfangreicher werden, weil während der Weimarer Republik nicht nur acht Reichstagswahlen, sondern außerdem noch zwei Reichspräsidentenwahlen und einige Volksbegehren und Volksentscheide hinzukamen. Als Wahlleiter fungierte damals der Präsident des StRA, der damit für die amtliche Feststellung der Wahlergebnisse ebenfalls zuständig war.

- Aufgrund einer Reichstagsentschließung vom 12. März 1925 wurde das StRA beauftragt, eine Enquête über "die Bedeutung der wirtschaftlichen Konzerne u. ä. Unternehmungen" durchzuführen. Das war der Anstoß für den Aufbau der Konzernstatistik im StRA.²⁸ Sie beruhte auf karteimäßig gesammelten Unterlagen über Aktiengesellschaften, GmbH und andere Kapitalgesellschaften, die - wie oben berichtet - bereits seit dem Jahre 1906 im StRA vorlagen und laufend ergänzt worden waren. Die Konzernstatistik litt jedoch von vornherein darunter, daß nur diejenigen Firmenzusammenschlüsse ermittelt werden konnten, über die in irgendeiner Form eine Mitteilung an die Öffentlichkeit gelangt war, also bei weitem nicht alle Konzerne erfaßte. Schwierigkeiten erwachsen dem StRA auch daraus, daß nach dem Handelsgesetzbuch zwar Aktiengesellschaften, nicht aber GmbH berichtspflichtig waren; eine Reihe von Konzernfirmen war jedoch als GmbH, OHG und in anderen Rechtsformen organisiert, so daß für sie keine amtlichen Veröffentlichungen ausgewertet werden konnten.

Das vom StRA zusammengestellte Material über die Konzernspitzen wurde diesen vor der Veröffentlichung zur "Stellungnahme und Überprüfung" zugesandt und ihnen zugesichert, daß nicht beabsichtigt sei, Produktionszahlen und ähnliche Angaben in die Öffentlichkeit zu bringen, wenn die Firmen sie als vertraulich behandeln wissen wollten. Immerhin kam es im Februar 1927 zur Publikation,²⁹ die 330 Monopole mit ihren Firmen (zirka 3 500 deutsche und zirka 506 ausländische) und deren jeweiliger Höhe des Nominalkapitals sowie der Höhe der Beteiligung in Prozent erfaßte.³⁰ Es handelt sich um die erste und einzige Publikation dieser Art von bürgerlicher Seite in Deutschland vor 1945. - Die Unterlagen der Konzernstatistik wurden zwar weiter auf dem laufenden gehalten - soweit das möglich war -, aber es kam trotz mehrerer Anläufe nicht wieder zu einer Veröffentlichung.

- Folgende Reichsstatistiken sollen zum Abschluß der Periode nur kurz mit dem Jahr ihrer Aufnahme in das regelmäßige Arbeitsprogramm erwähnt werden:

28 Zum folgenden vgl. Roeske, Ulrich, Die bürgerliche Wirtschaftsstatistik, insbesondere von Großbanken, Monopolen und Wirtschaftsverbänden. Organisations- und Strukturprobleme vom Beginn des Imperialismus bis zum Beginn des II. Weltkrieges, Diplomarbeit, Sektion Geschichte, Bereich Archivwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin 1974, S. 16 - 19 u. Exkurs S. 77 - 81 (Ms.).

29 Konzerne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reich Ende 1926. Nach Mitteilungen der Handelspresse und mit Unterstützung der Firmen zusammengestellt im Statistischen Reichsamt, Berlin 1927 = Einzelschrift zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 1.

30 So wird z. B. deutlich, daß die IG Farben bereits Ende 1926 44 in- und 8 ausländische Firmen beherrschten.

1920	Fremdenverkehr
1923	Luftverkehr
1923	Bautätigkeit
1923	Sport und Leibesübungen
1924	Vermögenssteuer
1925	Reichssiedlungsstatistik
1925	Krankenanstalten
1927	Öffentliche Fürsorge
1930	Mineralölsteuer.

- Darüber hinaus sind folgende Zählungen bzw. Erhebungen ein- oder mehrmalig - jedenfalls nicht laufend - vorgenommen worden:

1918 und 1927	Reichswohnungszählungen (unter anderem mit der Feststellung der Zahl der Wohnungssuchenden), von denen es nur diese beiden zwischen 1872 und 1945 gab.
1919 und 1925	Volkszählungen, letztere mit einer Berufs- und Betriebszählung verbunden.
1921, 1926, 1931	Erhebungen in Volks-, Mittel-, Sonder-, höheren Schulen und anderen Schularten (Reichsschulstatistik).

2. 3. 1933 bis 1939

Die Jahre der faschistischen Diktatur, in welchen der staatsmonopolistische Kapitalismus bekanntlich seine bis dahin höchste Stufe erreichte, zeigten besonders deutlich, wie stark Inhalt und Organisation der amtlichen Statistik von den Aufgaben und Zielen des imperialistischen Staates abhängig waren. Das StRA entwickelte sich zu einem staatsmonopolistischen Regulierungsorgan, dessen generelle Aufgabe es nach eigenem Zeugnis war, "statistische Unterlagen für die autoritäre Lenkung des Volks-, Staats- und Wirtschaftslebens (zu) liefern".³¹

Die strukturellen Veränderungen in dieser Periode können im wesentlichen in folgenden Punkten zusammengefaßt werden:

1. Die Sachgebiete Finanzen und Steuern, die vorher nach- oder nebeneinander von fünf Abteilungen bearbeitet worden waren,³² wurden 1933 endgültig in der Abteilung V zusammengefaßt.
2. Infolge der Bildung des Reichspropagandaministeriums und der Reichskulturkammer 1933 kamen die neuen Gebiete Presse, Rundfunk, Schrifttum, Film, Theater, Musik und bildende Künste zur Reichsstatistik hinzu. Dieses zum größten Teil statistische Neuland wurde in der Abteilung IV bearbeitet.
3. Im System der mittelbaren Reichsstatistik trat mit Wirkung vom 1. Oktober 1934 eine wesentliche Änderung ein. An diesem Tage wurde das Preußische Statistische Landesamt aufgelöst und seine Aufgaben vom StRA mitübernommen. Der Grund für die Verschmelzung beider Ämter war die Zusammenlegung der preußischen Ressortministerien mit den entsprechenden Reichsministerien infolge des "Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches" vom 30. Janu-

³¹ Wirtschaft und Statistik, Jg. 1942, S. 1.

³² Vgl. zum folgenden die Strukturübersicht.

ar 1934. Das Bestehen der preußischen Statistik und damit das gleichzeitige Wirken zweier "statistischer Großbetriebe" in Berlin hatte zu unvermeidlicher Doppelarbeit, zu Verzögerungen und zu hohen Verwaltungskosten geführt. - Im übrigen bestanden aber alle anderen Statistischen Landesämter bis zum Ende dieser Periode weiter.

4. Im Rahmen der faschistischen Kriegsvorbereitungen hatte die Statistik "erst-rangige" Funktionen zu erfüllen: Sie hatte zahlenmäßige Nachweise darüber zu liefern, ob und inwieweit vor allem die Industrie auf den geplanten Krieg vorbereitet war. Ein geheimer "Arbeitsplan für die Weiterführung der Industriestatistik"³³ hatte schon 1934 die "große wehrpolitische Bedeutung" der Industriestatistik hervorgehoben. Die Erfahrungen aus dem Weltkrieg, hieß es weiter darin, ließen den Wert einer umfassenden "statistischen Durchleuchtung" der deutschen Industrie klar erkennen. Künftig müsse mehr als in der Zeit von 1914 bis 1918 mit Verlusten und Ausfällen der Produktivkraft deutscher Wirtschaftsgebiete gerechnet werden. Es seien deshalb besonders statistische Erhebungen der Produktionskapazität notwendig zum Zwecke der Einleitung "planwirtschaftlicher Maßnahmen in einem Kriegsfall". Für die Planung, Leitung und Auswertung der genannten Erhebungen wurde im Jahre 1935 im StRA die neue Abteilung "Industrielle Produktionsstatistik" gebildet. Diese Abteilung wurde im April 1938 im Zusammenhang mit den immer umfangreicher werdenden Maßnahmen zur wirtschaftlichen Mobilmachung vom StRA abgetrennt und als Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung verselbständigt, jedoch im Mai 1940 wieder mit der alten Bezeichnung als Abteilung VIII in das StRA zurückgegliedert.

Da die Lenkung und Regulierung von Wirtschaftsprozessen typisch für den staatsmonopolistischen Kapitalismus war und ist, erreichte die statistische Tätigkeit vor allem in der Wirtschaft ein kaum vorstellbares Ausmaß. Die Zeit von 1933 bis 1945 ist im vorliegenden Zusammenhang als "eigentliches Zeitalter der Statistik" bezeichnet worden.³⁴ Infolge des "Neuen Plans" Schachts, in Gestalt der weitverzweigten Organisationen des "ständischen Aufbaus der Wirtschaft" sowie in Ausführung der Vierjahresplanorganisation waren eine Unzahl von amtlichen und vor allem halbamtlichen Dienststellen entstanden; dazu kamen in nichtwirtschaftlichen Bereichen ähnliche "ständische" Organisationen mit ihren Untergliederungen. Alle diese Stellen benötigten statistische Unterlagen, um sich über den ihnen zugewiesenen Bereich zu orientieren. Auf den meisten der ihnen zugewiesenen Sachgebiete gab es jedoch keine Statistiken, weil dafür vorher entweder kein Bedürfnis vorhanden gewesen war oder weil solche Fragestellungen bisher nicht an die Statistik herangetragen worden waren. Deshalb ging man zu eigenen statistischen Erhebungen über, die jedoch nicht miteinander koordiniert und methodisch-technisch mangelhaft waren. Am stärksten belastet waren die einzelnen Betriebe als wirtschaftliche Einheiten, weil alle wirtschaftsleitenden und -lenkenden Maßnahmen (Zuteilung von Rohstoffen und Devisen, Festsetzung von Kontingenten, Regelung von Preisen usw.) immer wieder sie betrafen, das heißt im vorliegenden Zusammenhang mit statistischen Vorgängen verbunden waren. So nimmt es nicht wunder, wenn Klagen geäußert wurden über die "Sintflut statistischer Fragebogen", zum Teil auch hervorgerufen durch Doppelbefragungen. Infolge übermäßiger, unorganisierter und mangelhafter statistischer Tätigkeit wurden die Belastungen von den "Opfern" schließlich als so stark angesehen, daß der Be-

³³ ZStA, Statistisches Reichsamt, Nr. 2992.

³⁴ Reithinger, Anton, a. a. O., S. 21.

auftragte für den Vierjahresplan gezwungen war, eine "Verordnung zur Vereinfachung der Wirtschaftsstatistik"³⁵ zu erlassen. Durch sie wurde mit Wirkung vom 1. April 1939 der Statistische Zentralausschuß geschaffen. Dieses Gremium, das sich in der Mehrzahl aus leitenden Beamten des StRA zusammensetzte, hatte nun alle wirtschaftsstatistischen Erhebungen zu genehmigen und zu kontrollieren, wobei die Erteilung der Genehmigung an Auflagen hinsichtlich des Zeitpunktes, des Umfangs und der Art und Weise der Erhebungen geknüpft war. Die angestrebten Ziele, die Wirtschaft von allen unnötigen Einzelerhebungen zu entlasten, die gesamte Wirtschaftsstatistik von dieser Stelle aus amtlich zu überwachen und zentral auszurichten und letztlich eine "organische Verschmelzung von amtlicher und nichtamtlicher Statistik"³⁶ zu schaffen, erreichte der Zentralausschuß schließlich nicht, vor allem deshalb nicht, weil der Dreh- und Angelpunkt des Ganzen, also die Genehmigungspflicht, weder durchgehalten noch kontrolliert werden konnte.

Auch in den nichtwirtschaftlichen Bereichen gab es ähnliche Mißstände. Deshalb erhebt sich die Frage, warum das StRA als höchste statistische Autorität nicht in der Lage war, diese Entwicklung zu verhindern, zumal es selbst unter ihren Auswirkungen zu leiden hatte. (Es war bekanntlich wegen des fehlenden eigenen Verwaltungsunterbaus auf prompte und lückenlose Auskunftserteilung durch die von ihm befragten Stellen angewiesen.) Das StRA war jedoch dagegen machtlos, weil seine Aufgaben nach wie vor nicht in der Richtung der "Bewirtschaftung" gehen konnten, sondern rein statistische waren; die Einzelergebnisse aus den Betrieben wurden vom StRA nur als Teile von Massenerscheinungen gewertet, gruppiert und zusammengefaßt. Die neu entstandenen Organisationen des staatsmonopolistischen Kapitalismus verfolgten jedoch mit ihren Befragungen nicht in erster Linie statistische Ziele, sondern ihre Aufgabe war es, den Einzelbetrieb nach allen Richtungen zu durchleuchten und danach regulierend im weitesten Sinne tätig zu werden. Für sie war die Statistik nichts weiter als eine rationelle Methode, um schnell zu den "Bewirtschaftungsdaten" zu kommen. - Diesen staatlich sanktionierten Widerspruch konnte und wollte das StRA nicht lösen, er lag im System begründet, und das StRA war in gewisser Beziehung sogar froh, daß es selbst nicht stärker belastet wurde.

Das Personal des StRA hatte sich im Verhältnis zu der zuerst angegebenen Zahl von 1914 im Jahre 1939 mehr als versechsfacht: Zirka 5 000 Personen waren zu Beginn des zweiten Weltkrieges im StRA beschäftigt, davon zirka 900 ständige Beamte und darunter 200 Wissenschaftler.³⁷ Trotzdem klagte das StRA noch über fehlendes Personal, denn seine Aufgaben hatten weiter zugenommen. Das zeigen anschaulich folgende Zahlen: Von den zirka 250 Statistiken, die das StRA am Ende dieser Periode bearbeitete und veröffentlichte, waren mehr als ein Viertel erst nach 1933 in das reguläre Arbeitsprogramm aufgenommen worden.³⁸ Dazu gehörte zum Beispiel eine Statistik der internationalen Kolonialwirtschaft, die 1936 mit dem Ziel begonnen wurde, die imperialistischen Forderungen nach Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien zu propagieren. Letzteres erhellt auch daraus, daß hauptsächlich die Berichte der Mandatsmächte dieser Gebiete für die

35 Reichsgesetzblatt I 1939, S. 389 f.

36 Grävell, Walter, Die Vereinfachung und Vereinheitlichung in der Wirtschaftsstatistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 30. Jg. 1941/42, S. 70.

37 ZStA, Rechnungshof, Nr. 1910, Bl. 22.

38 Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 50. Jg. 1941, 1. Heft, S. 3 - 17.

neue Statistik ausgewertet wurden. Hier ist der Einfluß von imperialistischen Gruppierungen auf die Tätigkeit des StRA offensichtlich. Dieser Einfluß hatte auch zu dem bereits beschriebenen Ausbau der Industriestatistik geführt, deren System in Anbetracht ihrer Bedeutung und ihres Umfangs hier abschließend kurz geschildert werden soll. - Es gab zwei Generalerhebungen, die sich auf alle industriellen Produktionsbetriebe erstreckten: im Jahre 1933 in zirka 180 Industriezweigen und 1936 in zirka 300 Industriezweigen. Dazwischen und seit 1936 wurden in den wichtigsten Industriezweigen Jahresherhebungen durchgeführt mit der Aufgabe, die Ergebnisse der letzten Generalerhebung auf dem laufenden zu halten. Kurzfristige Produktionserhebungen (meist vierteljährlich und monatlich) wurden fast ausschließlich von den Wirtschafts- und Fachgruppen der Reichsgruppe Industrie veranstaltet. Dieses Erhebungssystem sollte im Rahmen der Kriegsvorbereitungen vor allem die Menge der Produkte und der verbrauchten Rohstoffe, Maschinen und Vorräte sowie die Beschäftigungszahlen laufend beobachten und für die Rüstungswirtschaft auswerten. Die sehr ins einzelne gehenden Fragebogen führten nach ihrer Aufbereitung und Auswertung zu dem Ergebnis, daß erstmalig kurz vor Beginn des zweiten Weltkrieges vom Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung ein statistischer Gesamtüberblick über die deutsche Industrie veröffentlicht wurde. 39

Auf folgenden Sachgebieten wurde ebenfalls mit der laufenden Bearbeitung von Reichsstatistiken begonnen. Seit

1933	Garten- und Gemüseanbau
1934	Neuzulassungen an Kraftfahrzeugen
1935	Straßenverkehrsunfälle
1935	Schulstatistik (vor allem Volksschulen)
1935	Reichsautobahnen
1936	Öffentliches Vermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände
1937	Krankheitsfälle und Krankheitsarten
1938	Binnenwanderung (bis 1938 nur für einzelne Länder).

Volks-, Berufs- und Betriebszählungen fanden 1933 und 1939 statt.

Statistiken, die aus dem regelmäßigen Arbeitsprogramm des StRA gestrichen wurden, hat es im gesamten Zeitraum von 1872 bis 1939 nur auf nebensächlichen, jedenfalls im vorliegenden Zusammenhang belanglosen Sachgebieten gegeben. 40

3. Die Reichsstatistik bei anderen Behörden

Wie bereits eingangs angedeutet, umfaßte das beschriebene Arbeitsgebiet des StRA nicht die gesamte Reichsstatistik, manche Bereiche wurden von anderen Reichsbehörden bearbeitet. Während die von speziellen Fachbehörden betriebene Statistik als "ausgelöste" bezeichnet wurde, nannte man die bei anderen Behör-

39 Die deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik Berlin 1939 = Schriftenreihe des Reichsamts für wehrwirtschaftliche Planung, H. 1.

40 Die folgenden sind nachweisbar: Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit (nur bis 1882); das sog. Heeresergänzungsgeschäft, Schulbildung der Rekruten (beide nur bis 1913); Dampfkesselexplosionen (bis 1934); im übrigen vgl. Anm. 38.

den bearbeitete Statistik "unausgelöste".⁴¹ Die amtliche "unausgelöste" Statistik war demnach nie Hauptaufgabe, sondern ein Nebenprodukt der Dienststelle aus der spezifischen Verwaltungstätigkeit ihres Ressorts. Diese Statistik wurde zwar meist nicht von Fachstatistikern betrieben, aber das oft fehlende "statistisch-wissenschaftliche Rüstzeug" wurde in der Regel ersetzt durch genaue Kenntnisse und Erfahrungen der dortigen Bearbeiter über ihren sachlichen und territorialen Kompetenzbereich. Nachteile ergaben sich jedoch einerseits in organisatorischer Hinsicht aus der Hintanstellung dieser statistischen Arbeiten hinter vordringlichere Aufgaben und andererseits in auswertungsmäßiger Hinsicht aus der Hervorkehrung des betriebsmäßigen Interessenstandpunktes.

Es liegt nahe, daß es "unausgelöste" Statistik zeitlich vor der "ausgelösten" gegeben hat. Ihre Anfänge aus den Quellen ermitteln zu wollen wäre allerdings sehr mühsam und wenig erfolgversprechend. Fest scheint jedoch zu stehen, daß die ersten fortlaufenden amtlichen Statistiken wirtschaftlicher Art bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Zollverwaltung begannen. Später folgten die staatskapitalistischen Betriebsverwaltungen, also die Post und dann die Eisenbahnen, wo der Staat als Unternehmer das Gesamtinteresse der Kapitalisten vertrat und von diesen zugleich kontrolliert werden sollte und wo die kameralistische Buchführung gute Voraussetzungen für die zuverlässige Erfassung statistischer Daten bot. Später, als das StRA für alle neuen Reichsstatistiken zuständig wurde, konnte dieses - unter anderem wegen der wachsenden eigenen Aufgaben und wegen chronischen Personal mangels - nicht verhindern, daß eine ganze Reihe von Reichsbehörden für ihren Zuständigkeitsbereich eigene Statistiken bearbeiteten. Das gelang auch dem Reichswirtschaftsminister nicht mit seinem Rundbrief vom 3. März 1921, in welchem allen Reichsressorts vorgeschlagen wurde, auf Reichsebene künftig nur noch das StRA für die Herausgabe von Statistiken zuzulassen.⁴² Im einzelnen kommen für die Erarbeitung von Reichsstatistiken neben dem StRA im hier behandelten Zeitraum folgende Behörden in Betracht:⁴³

- Reichsamt des Innern (bis 1917): Auswanderung, Gewerbeaufsicht, Teile der Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsstatistik
- Auswärtiges Amt bzw. von 1907 bis 1918 Reichskolonialamt: Außenhandel der deutschen Kolonien
- Reichspostministerium: Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Funkwesen⁴⁴

41 Zur Begriffserklärung: Jede neue amtliche Statistik mußte - wie eingangs betont - durch Rechtsnormen "ausgelöst" werden, während die "unausgelöste" gewissermaßen die Geschäftsstatistik der Behörde war.

42 ZStA, Film 07.01 FC Nr. 19065, Aufn. 199.

43 Die Übersicht strebt Vollständigkeit an nur in der Aufzählung der Behörden, nicht in der Art und Benennung der von ihnen bearbeiteten Statistiken. Sie wurde zusammengestellt aus Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 201, S. VII f., Berlin 1913; Morgenroth, Wilhelm, a. a. O., S. 517; vgl. Anm. 12, 38; Reichardt, Wolfgang, Die Reichsstatistik, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, Ehrengabe für Friedrich Zahn, hg. v. Friedrich Burgdörfer, Bd. 1, Berlin 1940, S. 77 ff.

44 Bayern und Württemberg hatten bis 1920 eigene Postverwaltungen, so daß auch die dortigen Jahresberichte beachtet werden müssen. Vgl. grundsätzlich Hoellring, Günther, Poststatistik. Eine systematische Darstellung der Methode, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 20, 1930, S. 509 - 529; Bd. 21, 1931, S. 79 - 104.

- Reichseisenbahnamt (bis 1918) bzw. Reichsverkehrsministerium (1918 bis 1923) und Deutsche Reichsbahn (1923 bis 1945): Eisenbahnwesen
- Reichsverkehrsministerium (vermutlich ab 1919 bis 1935) bzw. Reichsluftfahrtministerium (1935 bis 1945: Luftverkehr)
- Reichsarbeitsverwaltung (Reichsarbeitsministerium, Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung usw.): Gewerbeaufsicht (seit 1918), Ausländische Arbeiter im Deutschen Reich, Arbeitsmarkt, Tarifwesen (1919 bis 1925, dann StRA)
- Reichsgesundheitsamt: Krankenanstalten (bis 1923), Todesursachen (bis 1920) Schlachtvieh- und Fleischbeschau (bis 1922), Tierseuchen (vermutlich bis 1921, danach jeweils das StRA)
- Reichsjustizministerium: Justiz (Geschäftsübersichten der Gerichte und Staatsanwaltschaften)
- Reichspatentamt: Patente, geschützte Muster und Warenzeichen
- Reichsversicherungsamt: Unfall- und Invalidenversicherung
- Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen: Privatrechtliche Versicherungen
- Deutsche Reichsbank bzw. Aufsichtsamt für das Kreditwesen: Teile der Geldmarkt- und Kapitalverkehrsstatistik
- Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung: Hochschulen und höhere Schulen
- (Preußisches) Kriegsministerium: Heeresergänzungsgeschäft und Schulbildung der Rekruten (beide bis 1913)
- Reichsmarineamt: (bis 1918) Sanitätsverhältnisse in der Marine
- Kaiserliches Kanalamt: Verkehr über den Kaiser-Wilhelm-Kanal (Nord-Ostsee-Kanal, bis 1918)
- Reichsschuldenkommission: Schuldenwesen des Deutschen Reichs (1895 bis 1918, dann Restverwaltung für Reichsaufgaben bzw. Reichsfinanzministerium)
- Biologische Reichsanstalt: Teile der Landwirtschaftsstatistik
- Reichsamt für Wetterkunde: Meteorologie.

Diese Statistiken sind meist in den Amtsblättern der genannten Behörden, aber auch zu einem großen Teil in den Drucksachen des Reichstages, im Deutschen Reichsanzeiger und vor allem auch in den Veröffentlichungen des StRA erschienen, soweit eine Veröffentlichung vorgesehen war.

4. Gliederung der Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts

Die amtlichen statistischen Veröffentlichungen wiesen eine sehr große Breite und Verstreutheit auf und waren in viele Spezialstatistiken zersplittert. Die nachfolgende Übersicht will und kann deshalb nicht jede einzelne Publikation nennen, sondern nur die wesentlichsten Veröffentlichungsreihen; sie gibt aber Hinweise darüber, wo und wie Titel einzelner Statistiken ermittelt werden können. Im Unterschied zu den Abschnitten 1 bis 3 wird der Nachweis der Veröffentlichungen insofern bis 1945 fortgeführt, als bibliographische Angaben für die letzten Kriegsjahre zu ermitteln waren.⁴⁵

⁴⁵ Verlage des Statistischen Reichsamtes waren: 1873 - 1876 Verlag des Preussischen Statistischen Büros, Dr. Engel; 1877 ff.: Puttkammer und Mühl-

Statistik des Deutschen Reichs nannte sich das große amtliche Quellenwerk zur Reichsstatistik, von dem von 1873 bis 1944 eine Anzahl von 647 Bänden erschienen ist. Das Gesamtwerk war nicht in Fachserien, Reihen und Einzelveröffentlichungen untergliedert (wie die Publikationen des Statistischen Bundesamts der BRD), sondern seine Bände erschienen in unsystematischer zwangloser Folge in den Jahren

- von 1873 bis 1883 als "Erste Reihe" Band I - LXIII,
- von 1884 bis 1902 als "Neue Folge" Band 1 - 149,
- von 1903 bis 1944 ohne den Zusatz "Neue Folge" als die Bände 150 - 601; davon sind jedoch nicht erschienen die Bände 400, 551, 558, 561 - 565, 567, 572 - 575, 578, 597, 598 und 600.⁴⁶

Das Quellenwerk veröffentlichte jeweils in besonderen Bänden

- jährliche Statistiken über: Bewegung der Bevölkerung, Medizinalwesen, See- und Binnenschifffahrt, Güterbewegung auf den Eisenbahnen, Verbrauchssteuern, Krankenversicherung, Fürsorgewesen, Kriminalstatistik, Landwirtschaft und Veterinärwesen, Finanzwesen, Abschlüsse deutscher Aktiengesellschaften, zum Teil auch Außenhandel, Streiks und Aussperrungen;
- zeitweilig wiederkehrende oder einmalige Statistiken über: Volks-, Berufs- und Betriebszählungen, Länder- und Gemeindefinanzen, Reichswahlergebnisse, Wohnungszählungen und sonstige einmalige Veröffentlichungen.

Eine vollständige Übersicht über die Titel der einzelnen Bände wird vom Verfasser demnächst zusammengestellt. - Hervorzuheben wäre der Band 201, der das Arbeitsgebiet des StRA und sämtliche Veröffentlichungen bis zum Jahre 1912 darlegt.

Die Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs und die Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs druckten Ergebnisse der Reichsstatistik ab, soweit sie nicht wegen ihres bedeutenden Umfangs in besonderen Bänden erschienen, so vor allem

- jährliche oder gelegentliche Statistiken geringeren Umfangs,
- Auszüge aus umfassenden Jahresstatistiken,
- größere Aufsätze über Sonderuntersuchungen und
- vorläufige oder auch zusammenfassende Endergebnisse der großen Zählungen.

Veröffentlicht wurde über folgende Gebiete: industrielle Produktionsergebnisse, Fischerei, Bauernsiedlung, Bautätigkeit, Grundbesitzwechsel, Kraftfahrzeuge, Preise, Aktiengesellschaften, Sparkassen, Hypothekenbewegung, Devisenkurse, Konkurse, Arbeitsgerichtsdelikte, Finanzwesen, Fremdenverkehr. Die Jahrgänge 1873 bis 1876 bilden die Bände II, VIII, XIV und XX der "Statistik des Deutschen Reichs". Von 1877 bis 1891 wurden statt der Vierteljahreshefte Monatshefte herausgegeben, deren einzelne Hefte bis 1883 als Bände XXV, XXX, XXXVII, XLII, XLVIII, LIII und LIX der "Statistik. . .", von 1884 bis 1891 als besondere Zeit-

brecht, Carl Heymanns Verlag; 1925 ff.: Reimar Hobbing; 1933 ff.: Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt. - Sämtliche in Berlin.

- 46 Deutsches Bücherverzeichnis, bearb. v. der Deutschen Bücherei, 1941 - 1950, Bd. 26 des Gesamtwerkes, Leipzig 1955, S. 203 f. - Sämtliche erschienenen Bände der Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 1 - 601, werden in der BRD neu verlegt. Deutsche Bibliographie, 1977 A 43, o245.

schrift erschienen und hauptsächlich Außenhandelsergebnisse brachten. 1892 wurden die Monats- wieder in Vierteljahreshefte umgewandelt und kamen seitdem bis 1943 als Jahrgänge 1 bis 53 heraus, wobei die vier Hefte nach Bedarf durch Sonderhefte ergänzt wurden.

Seit 1913 enthielt das 1. Heft jeweils Übersichten über das Arbeitsgebiet des StRA und über die neuesten Anordnungen zur Reichsstatistik mit Fragebogenmustern und ähnlichem sowie Angaben über Publikationen.

Die Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs stellten seit 1927 eine Ergänzung des umfangreichen Quellenwerks dar, die insbesondere einmalige Ergebnisse der Reichsfinanz-, Reichssteuer- und Reichsverkehrsstatistik betrafen. Die Konzerndenschrift (siehe S. 20 f.) bildete eine Ausnahme. Erschienen sind in unregelmäßiger Folge die Nummern 1 bis 43.

Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich enthält Zahlenübersichten von allen Gebieten der Reichsstatistik und (seit 1903) einen ausführlichen internationalen Teil. Es sind die Jahrgänge 1 bis 59 (1880 bis 1941/42) erschienen; jeder Jahrgang führt sämtliche bis dahin erschienenen Veröffentlichungen der gesamten Reichsstatistik im "Quellennachweis" nach Sachgebieten gegliedert einzeln auf. Weitergehende Zusammenfassungen über größere Zeiträume enthalten das

- "Statistische Handbuch für das Deutsche Reich", 2 Teile, Berlin 1907, und, mit weitgehenden textlichen Erläuterungen, die
- "Deutsche Wirtschaftskunde. Ein Abriß der deutschen Reichsstatistik", 2. Auflage, Berlin 1933.

Der Außenhandel Deutschlands. Monatliche Nachweise, 1892 bis 1944, bis 1939 unter dem Titel "Monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands", waren bis 1891 in den unter (2) genannten Monatsheften erschienen. Jährliche Zusammenfassungen sind in mehr als 100 Bänden der "Statistik des Deutschen Reichs" enthalten.

Wirtschaft und Statistik war die einzige Zeitschrift des StRA. Sie erschien anstelle des von der Reichsarbeitsverwaltung übernommenen Reichsarbeitsblattes von Januar bis Dezember 1921 monatlich, 1922 bis 1941 halbmonatlich und 1942 bis 1944 wieder monatlich. Dem StRA wurde es damit erleichtert, den Erfordernissen der Aktualisierung der statistischen Ergebnisse besser gerecht zu werden. Die Zeitschrift berichtete in Aufsätzen, Mitteilungen und in breitem Maße auch in Form von graphischen Darstellungen über wirtschafts- und bevölkerungspolitische Themen. Ausführliche Sonderhefte und Sonderbeilagen brachten beispielsweise auch endgültige Ergebnisse von Volks-, Berufs- und Betriebszählungen sowie internationale Übersichten.

Veröffentlichungen der früheren Abteilung für Arbeiterstatistik

- Reichsarbeitsblatt, 1903 bis 1920; monatlich, mit Sonderheften Nr. 1 bis 58 (1909 bis 1933);
- Arbeitsmarkt-Anzeiger (1914 bis 1927);
- Beiträge zur Arbeiterstatistik, Nr. 1 bis 12 (1904 bis 1913);
- Drucksachen des Kaiserlichen Statistischen Amtes - Abteilung für Arbeiterstatistik: Erhebungen, Nr. 1 bis 9 (1903 bis 1912);
- Drucksachen des Beirats für Arbeiterstatistik, Nr. 1 - 24 (1903 bis 1910).

Ergänzend zu den Publikationen der Reichsstatistik sollen abschließend aus den ebenfalls sehr umfangreichen Publikationen der preußischen Statistik genannt werden:

- Preußische Statistik, (amtliches Quellenwerk), 1861 bis 1933, 305 Bände;
- Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts, 1861 bis 1934, vierteljährlich;
- Statistische Korrespondenz, 1875 bis 1932, wöchentlich.

Handwerk und Produktion in der frühgriechischen Polis

von Ernst Kluwe

1. Einleitung
2. Das Handwerk in der literarischen Überlieferung
3. Die Entwicklung des Handwerks im Spiegel des archäologischen Materials
 - 3.1. Zur Metallurgie in der archaischen Periode
 - 3.2. Die Arbeiten in Ton und Lehm
 - 3.3. Die Arbeiten in Stein und Marmor
 - 3.4. Holzverarbeitung
 - 3.5. Arbeiten in Elfenbein
 - 3.6. Lederverarbeitung
 - 3.7. Textilherstellung
4. Zusammenfassung

1. Einleitung

Die Anfänge des HerauslöSENS des selbständigen Handwerks aus der Landwirtschaft fallen in die Zeit des beginnenden 1. Jahrtausends v. u. Z. Engels hat diesen Prozeß, die Spaltung der Produktion in zwei Hauptsphären, Landwirtschaft und Handwerk, als die zweite große gesellschaftliche Arbeitsteilung bezeichnet.¹ Wesentliche Voraussetzungen dieses Prozesses waren das bäuerliche Privateigentum und das Mehrprodukt in der Landwirtschaft. Seine wichtigsten Folgen waren zunehmende Spezialisierung, wachsende handwerklich-technische Fertigkeiten und steigende Austauschbeziehungen zwischen den beiden Produktionssphären.

Das Wesen der materiellen Produktion in der Antike hat bereits Marx im grundsätzlichen charakterisiert: Die antike gewerbliche Produktion verblieb - auch in ihren Blütezeiten - im wesentlichen auf der Stufe der Handwerksarbeit. Als wichtigsten Grund dafür erkannte er eine für die Antike typische Erscheinung, die Theaurierung anstelle produktiver Nutzung, die Nichtumwandlung des Mehrprodukts

¹ Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 159.

in Kapital: "Aber die Alten dachten auch nicht daran, das surplus produce in Kapital zu verwandeln. Wenigstens nur in geringem Grade. (Das ausgedehnte Vorkommen der eigentlichen Schatzbildung bei ihnen zeigt, wieviel surplus produce ganz brach lag.) Einen großen Teil des surplus produce verwandelten sie in unproduktive Ausgaben für Kunstwerke, religiöse Werke, travaux publics. Noch weniger war ihre Produktion auf Entfesselung und Entfaltung der materiellen Produktivkräfte - Teilung der Arbeit, Maschinerie, Anwendung von Naturkräften und Wissenschaft auf die Privatproduktion - gerichtet. Sie kamen in der Tat im großen und ganzen nie über Handwerksarbeit heraus."²

Das Ausmaß der Thesaurierung bereits in der griechischen Frühzeit verdeutlichen Tatsachen wie die, daß allein in Olympia über 500 bronzene Prunkdreifüße nachgewiesen werden konnten.³

Handwerk ist - im Gegensatz zur industriellen Produktion - eine manuell, mit einfacher technischer Ausrüstung betriebene Kleinproduktion. So finden wir in der Antike auch nur vornehmlich technisch unkomplizierte Produktionsinstrumente, wie die Töpferscheibe, den Webstuhl oder den Baukran (Flaschenzugprinzip). Das Handwerk gehört zwar zu den Bereichen menschlichen Schaffens, in denen sich über Jahrhunderte hin nur wenig in der Arbeitstechnik und -methodik änderte, doch wäre es ein Trugschluß anzunehmen, das Handwerk hätte sein Jahrhunderte überdauerndes Niveau in raschem Aufstieg erreicht. Bereits die uns interessierende Periode (zirka 700 bis 500 v. u. Z.) in der Geschichte Griechenlands ist charakterisiert durch ein ausgeprägtes Nebeneinander von Produktionsbereichen, in denen kaum Fortschritte erkennbar sind, und solchen, in denen bedeutende Entwicklungsphasen deutlich werden, ja bereits Meisterleistungen vollbracht wurden.

Den Prozeßcharakter bei der Herausbildung des frühen, griechischen Handwerks darzulegen ist, wie das Fehlen diesbezüglicher moderner Darstellungen deutlich macht, ein schwieriges Unterfangen. Unser Wissen bleibt lückenhaft, insbesondere bei zwei für die historische und die wirtschaftsgeschichtliche Betrachtung wichtigen Komplexen⁴:

Zum einen sind Konkreta über die materiellen Voraussetzungen der Handwerker bis in das 5. Jahrhundert v. u. Z. hinein nicht bekannt. Wenn wir von den keramischen Zweigen absehen, wissen wir kaum etwas - ganz zu schweigen von zeitlich Spezifischem - über den Besitz der Handwerker an Rohstoffen, über ihre Arbeitszeit, über ihren Gewinn bzw. ihre Entlohnung usw. Gewöhnlich "befreit" man sich aus dieser Misere, indem man aus späteren Perioden Bekanntes rückprojiziert oder aus dem archäologischen Material abgeleitete Teilaussagen verabsolutiert. Meistens geht man dabei vom Töpferhandwerk aus, ohne zu beachten, daß es sich hier um einen Sonderfall handelt.

Legt man beim letzteren den Betrachtungen die Preisangaben für Töpferwaren zugrunde, die Amyx - allerdings für das 5. Jahrhundert v. u. Z. - zuletzt ausführlicher diskutiert hat⁵, so kann ein allein arbeitender Töpfer nicht sehr viel mehr

2 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, T. 2, in: ebenda, Bd. 26, Berlin 1967, S. 528 f.

3 Himmelman, Nikolaus, Über bildende Kunst in der homerischen Gesellschaft, Wiesbaden 1969, S. 31.

4 Ebenda, S. 11 ff.

5 Amyx, D. A., The Attic stelai, P. 3: Vases and other containers, in: Hesperia, 27, 1958, S. 163 ff.; Philipp, Hanna, Tektonon Daidala. Der bildende

verdient haben als ein Lohnarbeiter. "Reichtümer" ließen sich erst durch den Einsatz weiterer, möglichst unfreier Arbeitskräfte gewinnen. Von diesen Mittelbetrieben mit vier bis sieben Mitarbeitern haben wir durch einige wenige schwarz- und rotfigurige attische Vasenbilder eine ungefähre Vorstellung. Es besteht kaum ein Zweifel, daß die athenischen Töpfer, die im 6. und 5. Jahrhundert v. u. Z. Weihgeschenke auf die Akropolis stifteten, in diese Kategorie gehörten, doch allem Anschein nach dominierte das ganze Poliszeitalter hindurch nicht der handwerkliche Mittel-, sondern der Kleinbetrieb.

Zum ändern gibt es beträchtliche Schwierigkeiten bei der Fixierung der politisch-rechtlichen Stellung der Handwerker und Gewerbetreibenden. Aus dem 5. Jahrhundert v. u. Z. ist bekannt, daß der bürgerliche Status der Handwerker von Polis zu Polis wechselte, in Athen und Korinth anders war als in Sparta und Theben, wo den Vollbürgern handwerkliche Tätigkeit untersagt blieb. Selbst bei Gemeinwesen wie Athen bleiben entscheidende Fragen unbeantwortet, wenn es darum geht, wie und auf welcher Grundlage die Handwerker in die demokratische Ordnung der Polis einbezogen waren.

Die Lückenhaftigkeit und Zufälligkeit der literarischen, epigraphischen und archäologischen Überlieferungen sowie eine fehlende Grundlagenforschung erlauben, abgesehen vom Töpferhandwerk, nur eine Charakterisierung der einzelnen Grundhandwerke - schon weniger der Spezialisierungen - und auch das nur über größere Zeiträume. So erklärt sich auch das Bild, das die moderne wissenschaftliche Literatur zur materiellen Produktion in der griechischen und römischen Antike bietet: Die heute als Standardliteratur benutzten Publikationen von Blümner, Büchenschütz und anderen erschienen vor etwa einem Jahrhundert⁶, was anschaulich das Stagnieren der Forschung dokumentiert. Die Übersichtsdarstellungen moderner Datums - und das gilt auch für die von Forbes - sind nicht periodenspezifisch, daher für gezielte Untersuchungen kaum aufschließbar. Das gleiche muß von den vielen populärwissenschaftlichen Abhandlungen gesagt werden, deren Zahl ständig zunimmt. Bemerkenswert ist dabei die Praxis, Handwerkstechnik und -praxis der frühgriechischen Zeit mit späterem archäologischem Material zu illustrieren⁷, ohne sich der damit verbundenen Problematik bewußt zu sein. Ein erster, zielgerichteter Schritt ist in den letzten Jahren mit der Reihe "Archaeologia HomERICA" unternommen worden, doch bleiben dabei zwangsläufig die für die Entwicklung der Polis so entscheidenden Jahrhunderte - das 7. und das 6. Jahrhundert v. u. Z. - weitgehend außer Betracht.

Die Charakterisierung des Forschungsstandes unterstreicht die Notwendigkeit zielgerichteter Untersuchungen, macht aber auch die Schwierigkeiten deutlich. Uns geht es daher auch vornehmlich darum, Entwicklungstrends in der frühen griechischen Polis aufzuzeigen und Erreichtes in der materiellen Produktion zu charakterisieren. Wir konzentrieren uns dabei auf die beiden "Hauptsäulen", auf

Künstler und sein Werk im vorplatonischen Schrifttum, Berlin 1968, S. 91.

6 Blümner, Hugo, Technologie und Terminologie der Gewerbe und Künste bei den Griechen und Römern, Bd. 1, 2. Aufl. Leipzig 1912; Bd. 2, Leipzig 1879; Bd. 3, Leipzig 1884; Bd. 4, Leipzig 1887, Neudruck Hildesheim 1969; Büchenschütz, B., Besitz und Erwerb im griechischen Altertum, Halle 1869, Neudruck Aalen 1962; Forbes, Robert J., Studies in ancient technology, Bd. 1 - 9, Leiden 1955 - 1964, 2. Aufl. 1964 ff.; Burford, Alison, Craftsmen in Greek and Roman society, London 1972.

7 Vgl. z. B. Kulturgeschichte der Antike, Bd. 1: Griechenland, hg. v. Reimar Müller, Berlin 1976, S. 77 ff.

die sich die moderne Forschung zum Handwerk stützt: auf die literarische und die archäologische Überlieferung.

2. Das Handwerk in der literarischen Überlieferung

Unsere früheste literarische Quelle, das Epos, kennt einen dem Wort Handwerk entsprechenden übergeordneten Begriff nicht⁸: Die charakterisierenden Bezeichnungen *χειροτεχνία*, *χειροτεχνική* und *χειρωναξία* entstammen einer späteren Zeit, dem 4. Jahrhundert v. u. Z. Der Begriff *τέχνη*, der bereits bei Homer erscheint, ist umfassender, bezeichnet allgemein technische und künstlerische Tätigkeiten und Fertigkeiten, schließt also das Handwerk nur mit ein. Die Bezeichnung *βάνανσος* gilt allgemein für "den technischen Arbeiter", ist indes bereits in archaischer Zeit gekoppelt mit dem unausgesprochenen Hinweis auf einen niederen Gesellschaftsstatus und damit mit einer negativen Bewertungstendenz behaftet, die dem heutigen Handwerkerbegriff fremd ist. *δημιουργός* schließlich - die einzige zusammenfassende Bezeichnung, die im Epos erscheint - ist weniger ein technischer, sondern mehr ein "soziologischer" Begriff⁹.

Wo im Epos Handwerker überhaupt als solche herausgehoben werden, werden sie "stets mit dem nomen agentis bezeichnet, sei es nach ihrer Tätigkeit selbst: *σκυτοτόμος*, *τέκτων* und *χρυσοχόος* oder nach dem Material, in dem sie arbeiteten, *κεραμεύς* und *χαλκεύς*"¹⁰.

Wie wenig entwickelt Arbeitsteilung und Spezialisierung auf der vom Epos bezeichneten Entwicklungsstufe, der sogenannten geometrischen Periode, waren, macht die Spannweite der Tätigkeiten deutlich, die den echten Handwerksbezeichnungen im Epos eigen sind: Die Bezeichnung Tekton bezog sich auf alle, die in Stein, Bein und Holz arbeiteten, galt also für den Steinmetz ebenso wie für den Zimmermann, den Tischler, den Stellmacher, den Schiffbauer oder den Elfenbein- und Holzschnitzer. Ähnliches ist für die Bezeichnungen Chalkeus und Skytotomos zu sagen, die diejenigen zusammenfaßten, die sich mit Metallarbeit bzw. Lederverarbeitung beschäftigten.

Das Fehlen eines (übergeordneten, verbindlichen) Gattungsbegriffes Handwerk im Epos, die vereinzelte, unverbunden nebeneinander stehende Erwähnung des Handwerks können nur als Spiegelbild einer gesellschaftlichen Realität gewertet werden, in der Ackerbausiedlungen und Gutswirtschaften mit autarker Hauswirtschaft die bestimmenden Größen waren. Das Streben, den Eigenbedarf - Nahrung, Kleidung, Wohnraum, Gerät usw. - möglichst selbst zu produzieren, machte die Handwerksarbeit noch für lange Zeit zum häuslichen Nebengewerbe, engte die Entwicklungsmöglichkeiten des selbständigen Handwerks stark ein und ließ diesen Berufsstand in einer - gesamtgesellschaftlich gesehen - doch verhältnismäßig kleinen Größe verharren. Da zudem handwerkliche Arbeit in der griechischen Früh-

⁸ Schrot, Gerhard, Untersuchungen zur Geschichte des Handwerks im republikanischen Rom, Habil. -Schr. Leipzig 1963, S. 22 ff.; Himmelmänn, Nikolaus, a. a. O., S. 37 ff.; Eckstein, Felix, Handwerk, Göttingen 1974, S. 1 ff. = *Archaeologia Homerica*, Bd. 2, Kap. I; Müller, Dietram, Handwerk und Sprache. Die sprachlichen Bilder aus dem Bereich des Handwerks in der griechischen Literatur bis 400 v. Chr., Meisenheim am Glan 1974, S. 3 ff.

⁹ Himmelmänn, Nikolaus, a. a. O., S. 43.

¹⁰ Eckstein, Felix, a. a. O., S. 3.

zeit noch nicht auf einen sozial bestimmten Personenkreis begrenzt war, haben wir verschiedenartige, fließende Grenzen, aber keine gesicherte Grundlage, die es gestattet, den Handwerker von den übrigen Mitgliedern der Guts- bzw. Hauswirtschaft abzuheben.

In der Tendenz - und dem stehen die allgemeinen Begriffe und Teilaussagen nicht entgegen - wird jedoch bereits im Epos deutlich, daß das Handwerk als solches in einigen seiner Zweige schon eine gewisse Differenzierung und Spezialisierung erreicht hatte. Der handwerkliche Spezialist, der wegen seiner Fertigkeit von fern gerufen wird, um bei Bereitstellung des Materials gegen ein vereinbartes Entgelt zu arbeiten, ist im Epos bereits festgehalten.¹¹ Die entscheidenden Impulse für die Entwicklung gingen allerdings nicht von ihm, sondern von den Kräften innerhalb der Polis aus.

Als erstes begannen sich die Grundhandwerke zu verselbständigen, deren Betreiben Fertigkeiten und eine gewisse Sachkenntnis voraussetzten und die für das Gemeinwohl notwendig waren. Das gilt vor allem für die Arbeiten in Metall, Ton, Holz und Leder. Insbesondere der Schmied wird, was sein Ansehen und seine Bedeutung betrifft, bei Homer und Hesiod hervorgehoben. Er erscheint zunächst als unabhängiger, in eigener Werkstatt arbeitender Handwerker.¹² Aber auch die keramischen Erzeugnisse - voran die prunkvollen attischen Grabamphoren des 8. Jahrhunderts v. u. Z. - und die hölzernen Schnitz- und Drechselarbeiten setzen handwerkliche Spezialisierung voraus. In welchem Umfang handwerkliches Spezialistentum existierte, ist eine andere, eine offene Frage; zwar dürfte es kaum einen Zweifel daran geben, daß spezialisiertes Handwerk ein gesellschaftlich progressiver Entwicklungsfaktor war, doch befand es sich in dieser Phase noch in den Anfängen seiner Genesis.

Obwohl das späte 8., das 7. und das 6. Jahrhundert v. u. Z. für Griechenland in vieler Hinsicht bedeutsame Jahrhunderte waren, gab es im Handwerk - als ganzes gesehen - in archaischer Zeit zwar eine stete, aber keine sprunghafte Entwicklung. In der Lyrik, die uns viele Einblicke in die harten sozialen Auseinandersetzungen des 7. und 6. Jahrhunderts v. u. Z. bietet, ist der berufsmäßige Handwerker nach wie vor eine "unerhebliche Größe".¹³ Die evolutionäre Entwicklung des Handwerks vollzog sich eingebettet im - langsam verlaufenden - Prozeß der Siedlungs- und Stadtentwicklung.

Die Blütezeit des Handwerks fällt in Griechenland in das 5. und 4. Jahrhundert v. u. Z. Sie ist für uns fast ausschließlich charakterisiert durch das Entwicklungsniveau des athenischen Handwerks. Dabei bleibt bemerkenswert, daß dieser forcierte Prozeß der Arbeitsteilung und Spezialisierung untrennbar verbunden ist mit der Stadtentwicklung Athens und dem Hervortreten Athens als politischem, ökonomischem, religiösem und kulturellem Zentrum zunächst von Attika, dann des Delisch-Attischen-Seebundes. In den attischen Demen verharnte die Arbeitsteilung auf einer niedrigen Stufe, was Xenophon noch für das 4. Jahrhundert v. u. Z. unzweideutig ausspricht: "In kleinen Städten macht derselbe Mann Bett, Tür, Pflug, Tisch, und oft baut er auch noch die Häuser, und ist froh, wenn er dadurch Kunden genug hat, um seinen Lebensunterhalt verdienen zu können."¹⁴

11 Himmelman, Nikolaus, a. a. O., S. 38 ff.

12 Od. 8, 273; 18, 328; Heichelheim, Fritz M., An ancient economic history, Bd. 1, Leiden 1958, S. 264; Eckstein, Felix, a. a. O., S. 27 f.

13 Himmelman, Nikolaus, a. a. O., S. 11.

14 Xenophon, Cyrop., VIII, 2.5 (Übersetzung Ed. Meyer).

Das Entwicklungsniveau des Handwerks in Athen - und nur in der Stadt selbst war es in allen seinen Zweigen vertreten - ist seit dem fortgeschrittenen 5. Jahrhundert v. u. Z. gekennzeichnet durch eine ausgeprägte Berufsspezialisierung und Fortschritte in der Arbeitsteilung. Diese Differenzierung dokumentiert sich uns in den literarischen Quellen - insbesondere in unserer Hauptquelle, der Komödie - in einer Fülle von charakterisierenden Berufsbezeichnungen.¹⁵ So unterschied man beim Schmied beispielsweise nicht nur zwischen dem Gold-, Silber-, Kupfer- und Eisenschmied, sondern auch noch weiter innerhalb dieser Grundberufe. So gab es beim Beruf des Waffenschmiedes unter anderem Spezialisierungen als Helm-, Panzer-, Schwert- und Lanzenschmied¹⁶. In der Holzbearbeitung erscheinen nun Zimmermann, Stellmacher, Tischler und Schiffbauer als spezialisierte Handwerke, die teilweise wieder in sich gegliedert waren durch die Ausrichtung auf die Erzeugung bestimmter Erzeugnisse, wie zum Beispiel in der Möbelfertigung, wo es Klinopoi (Bettmacher), Thronopoi (Stuhlmacher) usw. gab. Der Schritt von der Spezialisierung zur Mechanisierung erfolgte in der handwerklichen Produktion jedoch nicht.

3. Die Entwicklung des Handwerks im Spiegel des archäologischen Materials

Bietet uns die literarische Überlieferung vornehmlich Aussagen über das Entwicklungsniveau des Handwerks in der griechischen Frühzeit und der Klassik, so bleiben doch die Zwischenphasen und Wendepunkte - ganz abgesehen von den offenen Fragen - ohne Belegmaterial. Diese Lücken vermag - bei zielgerichteten Fragen - in gewissem Umfang das archäologische Material zu schließen. Das gilt natürlich insbesondere für die archäologischen Denkmäler, die mit ihrer bildlichen Darstellung schlaglichtartig und punktuell Aussagen vermitteln über Werkstattformen, Arbeitsorganisation, Fertigungsabläufe und -details, Werkzeuge usw. Es betrifft aber in noch größerem Maße das archäologische Material, die Erzeugnisse der Handwerksarbeit selbst. Insbesondere die systematische Aufbereitung dieser Fundmaterialien bietet die Möglichkeit, zu fundierteren und differenzierteren Charakterisierungen des Handwerks und seiner Entwicklung in der Antike zu gelangen. Für die vorklassischen und klassischen Jahrhunderte in der Geschichte Griechenlands bedeutet dies auch, über jene Qualitätsstufe hinauszukommen, in der die bemalten Vasen für wirtschaftshistorische Untersuchungen das wichtigste, weil einzig genügend aufbereitete Material darstellen.

15 Gummerus, Hermann, *Industrie und Handel* in: RE IX, Stuttgart 1916, S. 1415 ff.; Heichelheim, Fritz M., a. a. O., Bd. 2, Leiden 1964, S. 97 ff.; Musiolek, Peter, *Probleme und Tendenzen der Warenproduktion in der Athenischen Polis am Ende des 5. und am Anfang des 4. Jahrhunderts v. u. Z. und die Reaktionen der Zeitgenossen*, in: *Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift*, Nr. 15/1974, S. 79 ff.; derselbe, *Tendenzen und Wirkungen der Warenproduktion in der Polis Athen am Ende des 5. und am Anfang des 4. Jahrhunderts v. u. Z.*, in: *Studien zur athenischen Sozialstruktur und römischen Wirtschaftspolitik in Kleinasien*, S. 105 ff. = *Jahrbuch für Wirtschaftsge-schichte*, Sonderband 1977.

16 Illustrativ ist die Zusammenstellung der bekannten Metallarbeiterberufe bei Wilsdorf, Helmut, *Bergleute und Hüttenmänner im Altertum bis zum Ausgang der römischen Republik*, Berlin 1952, S. 122 ff.

Da sich in der Antike Produktions- und Absatzgebiete im allgemeinen deckten, war die Entwicklung der Metallurgie wesentlich an das Vorkommen von Metallen gebunden. Poleis wie Athen haben ihr Eisen, die Rohstoffe zur Bronzegewinnung und ähnliches mehr stets einführen müssen. Metallweihungen in Heiligtümer, seien es Dreifüße, Metalleimer oder Waffenweihungen (als Dekate), blieben daher immer "wertvolle" Weihungen. Die Wertigkeit eigener und fremder Metallarbeiten in der griechischen Kunst und im praktischen Leben kann daher, wie insbesondere die Nachbildungen metallener Vorbilder und die Votive selbst veranschaulichen, nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Gold, Silber, Kupfer (bzw. Bronze), Zinn, Eisen und Blei sind bereits im Epos genannt.¹⁷ Während Gold, Silber und in geringem Maße Bronze in Kunstschmiedearbeit, vor allem zu Schmuckstücken, Luxuswaren und Kunstwerken, insbesondere zu Kleinkunstwerken verarbeitet wurden, diente Bronze und Eisen vornehmlich zur Herstellung von Gebrauchsgegenständen. Dagegen wurde Blei¹⁸ durch seine vielfältigen technischen Verwendungsmöglichkeiten, vornehmlich in einer "Hilfsfunktion" im Bauwesen, beim Schiffbau usw. angewandt; ob seiner Billigkeit spielte es aber auch im praktischen täglichen Leben eine nicht unwesentliche Rolle. Was die Entwicklung der Metallurgie angeht, so zeigt sich hier eine in den Konturen klare Entwicklung in geometrischer und archaischer Zeit.

Die Bronzebearbeitung konnte auf eine lange Tradition zurückblicken. Die Legierung von Kupfer mit 7 bis 12 Prozent Zinn ergab jene Bronze, die wegen ihrer Festigkeit, Zählebigkeit und anderen Qualitätseigenschaften noch lange neben dem Eisen in Gebrauch blieb, wie überhaupt Bronze noch im vorigen Jahrhundert mit dem Gußstahl in vielen Belangen zu konkurrieren vermochte.¹⁹

Der Niedergang der mykenischen Kultur zerbrach offensichtlich zeitweilig im griechischen Kulturbereich auch metallurgische Traditionen. Doch bereits am Ende der geometrischen Periode wurden die technischen Prozesse wieder beherrscht. Kaltarbeit (Treibarbeit) und Guß standen nebeneinander.

Die Gußbronzen des 8. Jahrhunderts v. u. Z. zeigen noch einfache Formen. Sie machen deutlich, daß die technologischen Prozesse noch sehr unvollkommen beherrscht wurden. Das bestätigt auch ein anderer Tatbestand: Die in Olympia gefundenen Objekte und die in den ausgegrabenen Gießereien zutage gekommenen, verworfenen Arbeiten bezeugen, daß Fehlgüsse noch sehr häufig waren. Erst am Ende der spätgeometrischen und in der archaischen Zeit änderte sich die Situation. Der Vollguß im Kleinformat wurde nun, wie insbesondere die Kleinbronzen zeigen, sicher beherrscht.

Das Ringen um Lösungen technisch und technologisch schwer zu beherrschender Prozesse wird vom 7. Jahrhundert v. u. Z. an auf den verschiedensten Gebieten deutlich. Für den Bronzeguß ist bedeutsam, daß die Anfänge des klassischen

17 Forbes, Robert James, Bergbau, Steinbruchtätigkeit und Hüttenwesen, Göttingen 1967, S. 15 ff. = Archaeologia Homerica, Bd. 2, Kap. K; Eckstein, Felix, a. a. O., S. 39.

18 Buchholz, Hans-Günter, Das Blei in der mykenischen Kultur und in der bronzezeitlichen Metallurgie Zyperns, in: Jahrbuch des Deutschen Archäologischen Instituts, Bd. 87, 1972, S. 5 ff.

19 Quiring, H., Über die älteste Verwendung und Darstellung von Eisen und Stahl, in: Geschichte der Technik, Berlin 1933, S. 32 f.

griechischen Bronzegusses - des Hohlgusses - ins 6. Jahrhundert v. u. Z. fallen und dieses Verfahren im 5. Jahrhundert v. u. Z. zu seiner Vollendung geführt wird.²⁰

In der Kaltarbeit wurden bereits in spätgeometrischer und früharchaischer Zeit Höchstleistungen erbracht. Die in Treibarbeit hergestellten DreifüÙe, die Bronzekessel, die Schildbänder usw. bezeugen dies nachdrücklich. Dabei ist seit langem erkannt, daß Bildschmuck und Ornamente als Treibarbeit über Matrizen²¹ entstanden sind und die große Zahl der Fundobjekte auf eine Art von "Serien"-Produktion, also auf eine gewisse Spezialisierung, schließen läÙt.

Die Zahl der Geräte und Erzeugnisse aus Bronze und die Verwendungsbereiche von bronzenen Gebrauchsgegenständen lassen sich indes für die archaische Periode mehr ahnen als durch Funde belegen. Wie die Ausgrabungen in Olympia deutlich gemacht haben, bleiben, wie die Funde von GefäÙen und GefäÙteilen zeigen, "Schmelzen, Gießen und Hämmern", also GuÙ- und Kaltarbeit, gekoppelt²², obwohl wir im einzelnen nichts über die personelle Zusammensetzung und das Niveau der Arbeitsteilung aussagen können. Die archäologischen Befunde in Olympia - und ähnliches gilt für alle Heiligtümer - machen zudem klar, daß sich wirkliche und kontinuierliche Importe auf Schmuck und Waffen beschränken, während alles andere von den am Ort arbeitenden bzw. bei bekannten Kultstätten von den an den Hauptfesten hier zusammenströmenden Handwerkern und Künstlern gefertigt wurde.²³

Das gilt noch mehr für die einzelnen Poleis selbst, wo wir mit Sicherheit annehmen können, daß die Aufgabe, die Hopliten mit Waffen, Rüstungen und ähnlichem mehr auszustatten, von den einheimischen Waffenschmiedern zu realisieren war.²⁴

Komplizierter ist das Problem bei Eisen. Ausgrabungsfunde belegen, daß gegen 1400 v. u. Z. im Pontos - Kernland Anatolien - eiserne Werkzeuge und Waffen erzeugt wurden, vom 12. Jahrhundert v. u. Z. an sich die Kunst der Eisenerzeugung im Orient verbreitete und gegen 800 v. u. Z. eiserne Werkzeuge und Waffen dort allgemein im Gebrauch waren.²⁵ Obwohl in Griechenland vereinzelt auch frühere Eisenerzeugnisse nachweisbar sind, kennen wir Eisengerät und Eisenwaffen zunächst in beachtenswerterer Größenordnung aus frühgeometrischer Zeit.²⁶ Dementsprechend legt die moderne Forschung den Beginn der Eisenverhüttung und

20 Kluge, Kurt/Lehmann-Hartleben, Karl, Die antiken Großbronzen, Berlin/Leipzig 1927, bes. S. 72 ff. - Die älteste, erhaltene hohlgegossene griechische Großbronze ist der 1959 in Piräus gefundene Apollon, der um 500 v. u. Z. datiert wird; Karusos, Chr., Aristodikos, Stuttgart 1961, S. 73, Nr. 10.

21 Kunze, Emil, Archaische Schildbänder, Berlin 1950, S. 2 = Olympische Forschungen, Bd. 2.

22 Heilmeyer, Wolf-Dieter, Gießereibetriebe in Olympia, in: Jahrbuch des Deutschen Archäologischen Instituts, Bd. 84, 1969, S. 17.

23 Ebenda, S. 21.

24 Kunze, Emil, a. a. O., S. 216.

25 Forbes, Robert James, Bergbau ..., a. a. O., S. 29.

26 Kraiker, Wilhelm/Kübler, Karl, Die Nekropolen des 12. bis 10. Jahrhunderts, Berlin 1939, S. 220 = Kerameikos, Bd. 1; Kimmig, Wolfgang, Seevölkerbewegung und Urnenfelderkultur. Ein archäologisch-historischer Versuch, in: Studien aus Alteuropa, Köln 1964, S. 241 ff., 263 f.; Forbes, Robert James, Bergbau ..., a. a. O., S. 29 f.

Eisennutzung in Griechenland in die geometrische Periode.²⁷ Da indes eiserne Waffen und eisernes Gerät seit dem 8. Jahrhundert v. u. Z. nicht mehr als Grabbeigaben im Athener Kerameikos erscheinen²⁸ - erst im ausgehenden 5. und im 4. Jahrhundert v. u. Z. erscheinen in dieser Funktion als Kleingerät (Strigilis, Messer) und Schmuck (Fibel) wieder eiserne Gerätschaften²⁹ -, verbleiben als geschlossener Fundkomplex während der archaischen Periode nur die Waffenfunde in den Heiligtümern. Wie die Waffenfunde von Olympia³⁰ belegen, konzentrierte sich die Verwendung von Eisen vor allem auf die Fertigung von Schwertern und Lanzen, Speer- und Pfeilspitzen, wobei etwa bei der Lanze der Lanzenschuh bereits wieder aus Bronze sein konnte. Nahezu alle diese Angriffswaffen (Lanze, Speer, Pfeil) waren, außer an den bewehrten Enden, aus Holz; bei den Pfeilspitzen wurde Bronze und Eisen gleichermaßen verwendet. Bei der Rüstung des griechischen Kriegers spielte nicht Eisen, sondern Bronze, Leder und Leinen die entscheidende Rolle.

Zwei Entdeckungen bestimmten den Aufschwung in der Verwendung des Eisens: die Gewinnung von Eisen aus natürlichen Vorkommen und die Entdeckung der Oberflächenverstählung.

Eisenerze (insbesondere Braun- und Roteisenstein) gab es in Griechenland an vielen Orten; voran in Boiotien, auf Euboia, in Lakedaimonien, auf Samothrake, Samos, Rhodos, Kos, Andros, Keos und Kythnos, auch in Makedonien und Thrakien³¹. Die Verhüttung vollzog sich auf einer einfachen Stufe.³² Das zerkleinerte Erz wurde im sogenannten Rennverfahren mit Holzkohle weiterverarbeitet. Bei Temperaturen von 1100 bis 1400 Grad entstanden eine flüssige Schlacke und ein teigartiger Eisenschwamm. Aus dieser schwammartigen Masse aus Eisen- und Schlacketeilchen, der sogenannten Rohlupe, wurden im Ausheizverfahren - das heißt bei ständigem Erhitzen auf etwa 800 Grad - die Schlacketeilchen mechanisch herausgehämmert. Dieses Produkt, das sogenannte Schweißisen, war in bezug auf Härte und Verformbarkeit der Bronze noch unterlegen. Durch Anreicherung von Kohlenstoff - das heißt durch wiederholtes Erhitzen und Ausschmieden auf dem Amboß - wurde eine Verstählung der Oberfläche bewirkt, wobei die Härte der Außenhaut durch Eintauchen des erhitzten Metalls in kaltes Wasser noch erhöht werden konnte. Alle stählernen Waffen und Werkzeuge haben so einen weichen Kern.

Die Arbeit des Eisenschmiedes erforderte die Beherrschung anderer Arbeitsprozesse und -technologien als die des Bronzeschmiedes und die der Arbeiter mit

27 Forbes, Robert James, Bergbau ..., a. a. O., S. 30.

28 Kübler, Karl, Die Nekropole des späten 8. bis frühen 6. Jahrhunderts, Berlin 1959, S. 84 f., 101 = Kerameikos, Bd. 4, T. 1.

29 Knigge, Ursula, Eridanos-Nekropole, in: Mitteilungen des Deutschen Archäologischen Instituts. Athenische Abteilung, Bd. 81, 1966, S. 41 ff.; Freytag, Bettina v., gen. Löringhoff, Archaische und klassische Grabfunde auf dem Hang nördlich der "Eckterrasse" im Kerameikos, in: ebenda, Bd. 91, 1976, S. 45, 53, 59.

30 Weber, H., Angriffswaffen, Berlin 1944, S. 146 ff. = Olympische Forschungen, Bd. 1.

31 Forbes, Robert James, Bergbau ..., a. a. O., S. 10.

32 Quiring, H., a. a. O., S. 33 ff.; Pleiner, Radomir, Die Grundlagen der slavisches Eisenindustrie in den böhmischen Ländern, Prag 1958, S. 287 ff.; Forbes, Robert James, Bergbau ..., a. a. O., S. 12 ff.

anderen Metallen (Gold, Silber, Kupfer, Zinn, Blei), die durch Verflüssigung ihr Ausgangsprodukt umformen konnten. Er hatte es immer mit festem Material zu tun; Schmiedefeuer, Blasebalg, Amboß, Hammer und Zangen spielten bei ihm die wichtigste Rolle. Mochten sich die Werkzeuge der metallverarbeitenden Berufe gleichen, zunächst derselbe Chalkeus noch verschiedene Metalle bearbeiten, so bewirkten doch die Entwicklung der Technologien und der wachsende Qualitätsanspruch zunehmend Spezialisierungen.

Über die Höhe des Eisen- und überhaupt des Metallverbrauchs wissen wir recht wenig; wir können ihn nur grob schätzen. Sicher ist, daß in geometrischer Zeit der Einfluß des Eisens auf die Wirtschaft insgesamt gering war und auch in der archaischen Periode in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich blieb.

Für die geometrische Periode vermittelt eine vieldiskutierte Stelle der Ilias (XXIII 826 ff.) eine ungefähre Vorstellung. In der Forschung wird die "festgegosene Scheibe" - einer der Preise bei den Leichenspielen des Patroklos - allgemein als Rohluppe aufgefaßt. Nach modernen Schätzungen wog sie höchstens 20 Kilogramm³³, reichte aber aus, um den Eisenbedarf eines Landgutes für fünf Jahre zu decken. Der jährliche Eisenbedarf eines Hofes lag in der griechischen Frühzeit also bei etwa 4 Kilogramm. Die Verwendung des Eisens in der Landwirtschaft war danach auf einige wenige Schneide- und Hiebwerkzeuge (Sichel, Sichelmesser) sowie Messer und andere beschränkt.³⁴ Eiserne Hacken sind für das griechische Festland seit dem 7. Jahrhundert v. u. Z. belegt.³⁵

Andererseits ist bekannt, daß noch zu Beginn des 5. Jahrhunderts v. u. Z. das Eisengerät des freien Mannes auf Kreta, weil es nur schwer ersetzbar war, nicht gepfändet werden durfte.³⁶ Eisen, gehandelt vor allem in Stabbarrenform, wie sie sich aus dem Fertigungsprozeß ergab, blieb also in vielen Poleis ein gefragtes Produkt.

In den entwickelten Stadtstaaten Griechenlands, in Argos, Athen, Korinth und anderen, stieg mit der Entwicklung des Handels auch die Menge der verfügbaren Metalle. Das gilt zweifellos insbesondere für Eisen, Kupfer und Zinn. Eisen wurde zur Herstellung von Waffen und Schmuck (vor allem für die Tracht - Nadeln, Fibeln, daneben für Ringe und Ketten) verwendet, ferner insbesondere zur Fertigung von Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens (Messer) und Arbeitsgeräten, wobei wir von den letzteren am wenigsten wissen. "Größere" Gegenstände aus Eisen wurden jedoch nicht erzeugt. Für das Griechenland der archaischen Periode gilt zweifellos, daß das am häufigsten gebrauchte Material die Bronze blieb, wie überhaupt - abgesehen vom Blei - Metallerzeugnisse Wertgegenstände im echten Wortsinne waren. Die Zahl der in diesem Handwerkszweig Tätigen wuchs während der archaischen Periode zwar stetig an, aber allem Anschein nach nicht überproportional. Erst mit der im 6. Jahrhundert v. u. Z. einsetzen-

33 Eckstein, Felix, a. a. O., S. 39; Forbes, Robert James, Bergbau ..., a. a. O., S. 31.

34 Süsserrott, Hans Karl, Eisengerät, in: Olympische Forschungen, Bd. 1, a. a. O., S. 166 ff.; Schiering, Wolfgang, Landwirtschaftliche Geräte, in: Richter, Will, Die Landwirtschaft im homerischen Zeitalter, Göttingen 1968, S. 147 ff. = Archaeologia Homericæ, Bd. 2, Kap. H.

35 Schiering, Wolfgang, a. a. O., S. 153.

36 Wiletts, R. F., Aristocratic society in ancient Crete, London 1955, S. 221; Forbes, Robert James, Bergbau ..., a. a. O., S. 8.

den Forcierung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse in der Stadtentwicklung entstanden in einigen Poleis auch für die Metallurgie Bedingungen, die die Ausweitung der Produktion und die Spezialisierung möglich machten.

3.2. Die Arbeiten in Ton und Lehm

Spricht man heute von der Töpferei, einem Gewerbe, dessen wichtigste Rohstoffe der Ton ($\kappa\acute{\epsilon}\rho\alpha\mu\omicron\varsigma$) und der Lehm ($\pi\eta\lambda\acute{o}\varsigma$) bilden, so denkt man meistens an die gebrannten Erzeugnisse aus Ton, insbesondere an die bemalten Vasen, an die Terrakottastatuetten und -reliefs. Es gab jedoch daneben eine Reihe weiterer Erzeugnisse aus diesen Grundstoffen,

Ziegel und Dachziegel

Eine wichtige Rolle spielten zunächst Ton und Lehm als Baumaterialien. Bis ins 7. Jahrhundert v. u. Z. hinein wurde der luftgetrocknete Ziegel ($\pi\lambda\acute{\iota}\nu\theta\omicron\varsigma$) sowohl bei öffentlichen - das heißt vor allem bei sakralen - Bauten als auch im privaten Wohnbau ausschließlich verwendet. Erst mit dem Aufkommen des monumentalsten Steinbaus, mit der Entwicklung der Haussteintechnik kam es zu einer Beschränkung der Verwendungsbereiche des luftgetrockneten Lehmziegels. Im privaten Wohnbau blieb der Lehmziegel (im Fachwerkverband auf einem Bruchsteinsockel) bis ins 4. Jahrhundert v. u. Z. hinein vorherrschend. Mit der Entwicklung des Grabbaues, der im 6. Jahrhundert v. u. Z. in Attika seine erste Blüte erlebte, trat ein ähnlich gelagerter Bereich hinzu. Mit den Umfassungsmauern verschiedenster Art - Umfriedungen von Heiligtümern, Stadtmauern und ähnlichem mehr - gab es ferner einen weiteren wichtigen, aber nur schwer absteckbaren Anwendungsbereich.

Die Herstellung luftgetrockneter Ziegel bildete eine einfache Stufe der Tonverarbeitung: Mit Schaufeln abgestochener Lehm wurde, falls notwendig, von groben Einlagerungen gereinigt, durch Wasserbeimengung formbar gemacht, durchgeknetet, mit der Hand oder mit Hilfe eines hölzernen Formrahmens in die gewünschte Form gebracht und luftgetrocknet. Da diese Fertigungsweise keine besondere Qualifikation verlangte, konnte die Ziegelherstellung im Rahmen der Hauswirtschaft oder als häusliches Nebengewerbe erfolgen. Erst mit der Entwicklung der Polis, mit der Vergabe größerer Aufträge - wie zum Beispiel der Herstellung der themistokleischen Stadtmauer - und der Entwicklung städtischen Lebens ergaben sich Voraussetzungen für die Verselbständigung dieses Berufszweiges.

Anders verhält es sich bei den gebrannten Dachziegeln. Die Anfänge des Übergangs vom Rohr- zum Ziegeldach fallen möglicherweise bereits in die spätgeometrische Zeit³⁷, doch ist die Verwendung gebrannter Dachziegel erst sicher für die zweite Hälfte des 7. Jahrhunderts v. u. Z. belegt. Die eigentliche Blütezeit des Ziegeldaches - bezogen auf die archaische Periode - liegt im 6. Jahrhundert v. u. Z. Vergleiche mit Darstellungen in der Vasenmalerei ermöglichen nun auch gesicherte Datierungen.

Bei den Dachziegeln unterscheiden wir nach der Form von Anfang an zwischen zwei Typen, den lakonischen und den korinthischen Ziegeln. Die Ziegeldeckung des griechischen Daches ($\kappa\acute{\epsilon}\rho\alpha\mu\omicron\varsigma$) bestand dabei bekanntlich - im Gegensatz zur

³⁷ Drerup, Heinrich, Griechische Baukunst in geometrischer Zeit, Göttingen 1969, S. 119 f. = (Archaeologia Homerica, Bd. 2, Kap. O).

modernen - nicht aus gleichartigen Ziegeln, sondern aus Flach- (κεραμίδες) und Deck- (Hohl-) Ziegeln (καλυπτῆρες), wobei der letzte Deckziegel am Trauf- rand einen palmettenförmigen Abschluß (καλυπτῆρ ἀνθεμωτός) hatte. Zu den Flach- und Deckziegeln konnten als dritte Art die aufgebogenen Ziegel des Dachrandes (σιμαί) treten.

Im Fertigungsprozeß haben wir mit einer Vielzahl von vorgefertigten Hohlfor- men (Matrizen) und anderen Hilfsmitteln zu rechnen. Müssen wir beim Sakral- bau mit seinen künstlerisch gestalteten Dachterrakotten von vornherein von der Tätigkeit spezialisierter Handwerker ausgehen, so scheint es uns überhaupt un- wahrscheinlich, daß gebrannte Ziegel im Rahmen der Hauswirtschaft hergestellt wurden.

Ähnliches gilt für die Tonröhren des 6. Jahrhunderts v. u. Z., die wir in Athen als Aquädukte verwendet finden und die bisweilen mit dem Namen des Werkstatt- besitzers gekennzeichnet sind, in dessen Werkstatt sie hergestellt wurden. 38

Terrakotten

Intensiver waren die Aufbereitungsarbeiten des Tones bei den Gegenständen, die wir gemeinhin unter Terrakotta fassen, bei den Vasen, den figürlichen Terrakot- ten, den Terrakottenreliefs, den Sarkophagen, den Tonlampen und den Gegenstän- den aus Ton, die im allgemeinen unter der Bezeichnung Hausrat miterfaßt wer- den, wie zum Beispiel Tragöfen, Waschbecken, Spielzeug usw.

Die Herstellungstechniken der meisten dieser Erzeugnisse wurzeln in der grie- chischen Frühzeit, im Laufe des 7. und 6. Jahrhunderts v. u. Z. wird die Pro- duktion jedoch von einfachen, bisweilen primitiven Formen zu künstlerischer Qualität geführt. Für alle diese Erzeugnisgattungen ist ferner charakteristisch, daß sie zwar eine Aufwärtsentwicklung sowohl in quantitativer als auch in quali- tativer Hinsicht machen, für alle jedoch kennzeichnend bleibt, daß ihre Blütezeit nach der von uns behandelten archaischen Periode liegt (5. Jahrhundert v. u. Z.; Terrakotten 4. Jahrhundert v. u. Z.).

Was die Terrakotten betrifft, so hat es in geometrischer Zeit - insbesondere vor der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts v. u. Z. - keine qualitativ und quantitativ heraushebenswerte Produktion gegeben. Sie setzt in Griechenland in "größerem" Umfange erst in der zweiten Hälfte des 7. Jahrhunderts v. u. Z. ein, gleichzeitig in verschiedenen Landschaften. Form und Bemalung der geometrischen und früh- archaischen Terrakotten lassen vermuten, daß diese bis ins späte 6. Jahrhundert v. u. Z. in den Töpferwerkstätten mit hergestellt wurden und erst in spätarchai- scher Zeit in den entwickelten Poleis selbständige koroplastische Ergasteria ent- standen. 39

Nach der Technik lassen sich bei der Herstellung der Terrakotten zwei Verfah- ren voneinander absetzen: die einfache, ältere, für die geometrische Periode ty- pische, aber noch im 5. Jahrhundert v. u. Z. anzutreffende Art des Formens mit der Hand und die im vorderen Orient längst bekannte, sich in Griechenland aber erst im 6. Jahrhundert v. u. Z. durchsetzende Art der Verwendung von Hohlfor- men, der sogenannten Matrizen. Die letztgenannte Herstellungsweise brachte die Voraussetzungen für eine Serien- bzw. Massenproduktion. Dabei konnte man

38 Thompson, Homer A., Activities in the Athenian agora: 1955, in: Hesperia, 25, 1956, S. 49 f., Taf. 13 a u. 15 c.

39 Rohde, Elisabeth, Griechische Terrakotten, Leipzig 1970, S. 10.

Vorder- und Rückseite in verschiedenen Formen ausdrücken und erhielt so eine vollrunde (hohle) Figur.

Das Arbeiten mit Matrizen hatte zur Folge, daß die Zahl der Typen (Götter, Heroen, Menschen, Tiere usw.) beträchtlich anwuchs, und die einzelnen Typenreihen in sich eine gewisse Variationsbreite aufwiesen. Die neue Abformtechnik schuf jedoch nicht allein die Voraussetzung für eine Serienproduktion. Waren die älteren Terrakotten massiv, so brachte die Herstellung von Hohlfiguren auch Fortschritte bei der Meisterung der Schwierigkeiten des Brandprozesses (Anbringen eines Brennloches auf der Rückseite).

Trotz der Ausweitung des Produktionsvolumens blieb der Wirkungsbereich der einzelnen Werkstätten in archaischer Zeit gering, ihre Bedeutung lokal begrenzt.

Terrakottareliefs

Bei den Terrakottareliefs sind insbesondere die melischen und lokrischen Tonreliefs als lokale Sondergruppen hervorzuheben, die als Wand- bzw. Holzverkleidung dienten; sie kamen erst am Ende der schwarzfigurigen Periode auf und hatten ihre Blütezeit im 5. Jahrhundert v. u. Z. Die bemalten Pinakes, die wir als Metopen beim Tempel von Thermos (7. Jahrhundert v. u. Z.)⁴⁰ verwendet finden, gehören mehr in den Bereich der Malerei. In diesem waren Vasen- und Monumentalmalerei noch nicht voneinander getrennt, wie zum Beispiel die Grabpinakes des Exekias⁴¹, aber auch die bemalten Tontafeln anderer Vasenmaler des 6. Jahrhunderts v. u. Z. (Sophilos, Lydos, Skythes) zeigen. Mit der Vasenproduktion zu verbinden ist auch die Reliefkeramik, die für uns, insbesondere durch die archaischen Reliefpithoi (Kreta, Rhodos, Kykladen, Böotien, Sparta), repräsentiert wird.

Tonsarkophage

Nicht viel mehr als über die archaischen Terrakottareliefs läßt sich über die Tonsarkophage dieser Periode sagen. Diese Bestattungssitte, die außer in Etrurien auch in Ionien verbreitet war, ist im griechischen Mutterland nicht heimisch geworden. Die bekannteste Gruppe der Tonsarkophage, die sogenannten "klazomenischen" Sarkophage, entstammten dem späten 6. und dem 5. Jahrhundert v. u. Z. Auch bei den Erzeugnissen aus Ton, die unter dem Sammelbegriff Hausrat zusammengefaßt werden, lassen die wenigen bekannten Fundstücke keine verallgemeinerungsfähige Aussage zu.

Es verbleiben zwei Gattungen, bei denen das archäologische Material aussagekräftiger ist: die Tonlampen und die Vasen.

Tonlampen

Wie bei den Terrakotten, so beginnt auch bei den Tonlampen die Produktion erst im frühen 7. Jahrhundert v. u. Z. Die nachfolgende Ausweitung des Produktionsvolumens an Lampen ist eng verbunden mit der Entwicklung des Olivenbaus. Auf Vasenbildern erscheinen Tonlampen erst im ausgehenden 6. und im 5. Jahrhundert v. u. Z.⁴²; das ist die Zeit, in der sie allgemeine Verbreitung finden.

40 Pfuhl, Ernst, Malerei und Zeichnung der Griechen, Bd. 3, München 1923, Taf. 173 f., Abb. 480 - 483.

41 Technau, Werner, Exekias, Leipzig 1936, Taf. 14 - 19.

42 Heres, Gerald, Die punischen und griechischen Tonlampen der Staatlichen Museen zu Berlin, Berlin 1969, S. 2 f.

Ähnlich wie bei den Terrakotten unterscheiden wir auch bei den Tonlampen in der archaischen Periode zwei Techniken. Zu nennen ist zunächst die ältere, einfachere Gestaltungsweise, bei der aus freier Hand eine Schale geformt und in deren Rand eine Tülle für den Docht eingedrückt wurde; diese Herstellungsweise läßt sich noch später in Athen, zum Beispiel noch im 6. Jahrhundert v. u. Z., belegen. Diese einfachere Gestaltungsweise existierte jedoch nicht allein. Bereits unter den ältesten Tonlampen befinden sich solche, die auf der Töpferscheibe abgedreht worden sind.

Die Tonlampen der archaischen Periode differieren in ihrer Qualität beträchtlich. Die des frühen 7. Jahrhunderts v. u. Z. genügten gerade den elementarsten praktischen Bedürfnissen. Erst mehr als ein Jahrhundert später, etwa um die Mitte des 6. Jahrhunderts v. u. Z., läßt sich ein bewußterer Formungswille erkennen, zeigen sich Betrebungen, die Lampenschale zu schließen, beginnt sich die konische Form der Tonlampe herauszubilden. Bis dahin war die Formgestaltung der Lampen beträchtlichen Schwankungen unterworfen. 43

Die Bearbeitung und Publikation der Tonlampenfunde bekannter Ausgrabungsstätten (Argos, Athen, Delos, Korinth usw.) und der Bestände der größeren Museen (Berlin, Budapest, Leningrad, London, Warschau usw.) haben für die Auswertung dieser Gattung solide Grundlagen erbracht. Dabei sind jedoch stets die Spezifika zu beachten. Bei den Ausgrabungen auf der Agora von Athen beispielsweise wurden bislang fast 300 archaische Tonlampen gefunden, eine stattliche Zahl, die jedoch für wirtschaftshistorische Folgerung erst ihr spezifisches Gewicht erhält, wenn man hinzufügt, daß ein Töpfer in einer Stunde leicht 50 bis 60 Lampenkörper zu drehen vermochte. 44

Vasen

Die größte Bedeutung hatte der Ton - seine Verwendung im Bauwesen ausgeklammert - zweifellos für die Vasenproduktion. Griechenlands Reichtum an guten Tonlagerstätten bildete die Voraussetzung für die Entstehung zahlreicher Töpfereien in den verschiedenen Landschaften seit der geometrischen Periode. Diesem Umstand und der ausgezeichneten Qualität der gebrannten griechischen Töpferwaren ist es zu verdanken, daß uns von keiner anderen Kunstgattung so viele Zeugnisse erhalten geblieben sind wie von den Vasen.

Die Gefäßproduktion mittels der Töpferscheibe verfügte über eine jahrtausendealte Tradition. In Griechenland erreichte die Fertigung der feinen, bemalten Keramik - über den für die archaische Zeit charakteristischen sogenannten schwarzfigurigen Stil mit dessen Umkehrtechnik, der sogenannten rotfigurigen Malweise - im 5. Jahrhundert v. u. Z. ihren Höhepunkt und im 4. Jahrhundert v. u. Z. ihre Verfallsphase. Die im 7. und 6. Jahrhundert v. u. Z. erreichten Fortschritte betreffen vor allem Verbesserungen bei der Aufbereitung und vielfältigeren Verwendung des Tones (auch als Malmittel) und bei der Beherrschung des Brandprozesses. Die Produktion selbst erforderte eine zunehmende Spezialisierung. Wir finden sie im 6. Jahrhundert v. u. Z. dokumentiert, insbesondere im Auftauchen der Meistersignaturen, wobei die Töpfer, (die in der Regel die Werkstattinhaber waren), mit *epoiesen* (hat mich gemacht), die Maler mit *egrapson* (hat mich gemalt) zeichneten. Selten arbeitete ein Töpfer auch als Maler (zum Beispiel Exe-

43 Scheibler, Ingeborg, Griechische Lampen, Berlin 1976, S. 101 ff. = Kerameikos, Bd. 11.

44 Ebenda, S. 13, 125.

klas). Nach Aussage dieser Künstlersignaturen konnte ein Vasenmaler für mehrere Töpfer tätig sein bzw. die Werkstatt wechseln. Die auf spätarchaisch-attischen Vasenbildern wiedergegebenen Töpferwerkstätten⁴⁵ illustrieren uns darüber hinaus den erreichten (einfachen) Stand der Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung, bezeugen das abgestimmte Zusammenwirken von Töpfer und Maler und die Verwendung von Hilfskräften.

Die stetige Ausweitung des Produktionsvolumens, das ständige gegenseitige Geben und Übernehmen der einzelnen Poleis, was Motive, Techniken und anderes mehr betrifft, das Aufkommen der Signaturen, Tätigkeits- und Werkstattbilder, die spätarchaischen Weihungen athenischer Handwerker (fast ausschließlich Töpfer!)⁴⁶ bezeugen ganz allgemein, daß das soziale und wirtschaftliche Gewicht der Handwerker und infolgedessen auch ihr Selbstbewußtsein in archaischer, insbesondere in spätarchaischer Zeit gewachsen war. Diese - in der Tendenz richtige - Aussage ist jedoch relativ, erfaßt nicht alle qualitativen und quantitativen Seiten und verdeckt offene Probleme.

Es beginnt schon damit, daß wir, wenn wir von den griechischen Vasen sprechen, vornehmlich die feine bemalte Keramik meinen. Als Grabbeigaben in Nekropolen oder als Weihgeschenke in Heiligtümer gelangt, sind sie bei den Ausgrabungen kompakt wieder zutage getreten und bestimmen heute das Profil der Vasenforschung. Doch die Frage nach dem Verwendungszweck dieser bemalten Gefäße, deren Bedeutung im Leben der Griechen konnte bis heute nicht eindeutig beantwortet werden. Die einseitige Orientierung auf die bemalte feine Keramik hat andere Fragestellungen, vor allem die nach dem Verhältnis der unverzierten Gebrauchskeramik zur feinen Ware, nicht aufkommen lassen. Dabei gibt es heute in der Forschung völlige Übereinstimmung in der Annahme, daß es neben den bemalten Gefäßen stets und in noch größerer Menge einfaches, schmuckloses Gebrauchsgeschirr gegeben hat. Die Verbreitung der feinen Keramik einzelner Zentren (zum Beispiel die Korinths und die Athens) und deren zeitweiliges Dominieren auf dem "Markt" in bestimmten Perioden sagt daher nur aus, daß in den meisten anderen Poleis keine feine Keramik für den Export hergestellt wurde. So lassen sich auf der Grundlage der Verbreitung bemalter Gefäße zwar Handelswege rekonstruieren, doch keine Aussagen zur Struktur des Handwerks in den Poleis machen, in denen die feine Keramik produziert bzw. die exportierte Keramik gefunden worden ist, nicht einmal zu der des Töpfergewerbes. Nichts macht dies deutlicher als die Tatsache, daß in dem seit der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts v. u. Z. in der Produktion bemalter Keramik führenden Athen korinthische Tonlampen beliebt waren und imitiert wurden.⁴⁷

Bis in die zweite Hälfte des 8. Jahrhunderts v. u. Z. blieb die Keramik in ihrer Verbreitung im wesentlichen lokal begrenzt. Mit der Periode der Kolonisation und der Aktivierung des Handels setzte der Export griechischer Gefäße ein, anscheinend von Anfang an als selbständiger Exportartikel. In der Vasenmalerei des 7. Jahrhunderts v. u. Z., der sogenannten orientalischen Periode, rückte die Gefäßproduktion Korinths in eine dominierende Position, ohne daß die lokalen Sti-

45 Ziomecki, Juliusz, Les représentations d' artisans sur les vases attiques, Wrocław u. a. 1975, S. 13 ff.

46 Kluwe, Ernst, Attische Adelsgeschlechter und ihre Rolle als Auftraggeber in der bildenden Kunst der spätarchaischen und frühklassischen Zeit, in: Der Mensch als Maß der Dinge, Berlin 1976, S. 31 ff.

47 Scheibler, Ingeborg, a. a. O., z. B. S. 17, 19, 106.

le anderen Landschaften gänzlich verschwanden. Im 6. Jahrhundert v. u. Z. entwickelte sich das keramische Gewerbe in Athen stärker und wurde führend. Die korinthische Vasenmalerei trat seit der Mitte des 6. Jahrhunderts v. u. Z. in den Hintergrund, doch wurde in einigen anderen Regionen die eigenständige Produktion bemalter Vasen weitergeführt. So wurden in Sparta im zweiten und dritten Viertel des 6. Jahrhunderts v. u. Z. die sogenannten Lakonischen Schalen produziert, in Böotien noch lange die sogenannten Vogelschalen, in Ostionien bis zum Ende des 6. Jahrhunderts v. u. Z. die sogenannten Fikellura- und die sogenannten Klazomenischen Vasen sowie die sogenannten Caeretaner Hydrien, während man in Chalkis die sogenannten Chalkidischen Vasen herstellte. Die in Korinth im 7. Jahrhundert v. u. Z. entwickelte sogenannte schwarzfigurige Technik wurde in Athen im 6. Jahrhundert v. u. Z. vervollkommen und mit der Entwicklung der sogenannten rotfigurigen Technik zur Vollendung geführt. Spezialisierung in der Form von Produktionsbeschränkung auf einen oder wenige Vasentypen finden wir erst im späten 6. Jahrhundert v. u. Z., etwa bei den sogenannten Kleinmeisterschalen oder den Nikosthenischen Amphoren.

Die Entwicklung selbst ist klar; aus ihr läßt sich jedoch wenig über die quantitativen Seiten des Problems entnehmen. Grundlagen für das Herausarbeiten von Aussagen dieser Art hat für die attische Vasenmalerei J. D. Beazley mit seiner "Attic-Black-Figured Vase-Painters" (Oxford 1956) gelegt. Seine Materialzusammenstellung bietet ein in der Tendenz eindeutiges Ergebnis: Bei aller Zunahme des Produktionsvolumens seit dem ausgehenden 7. Jahrhundert v. u. Z. konzentriert sich die Masse des vorhandenen Materials im letzten Drittel des 6. Jahrhunderts v. u. Z. Wir haben daher in den früheren Jahrzehnten mit kleineren Beschäftigtenzahlen in diesem Gewerbebezirk zu operieren.

Für das 5. Jahrhundert v. u. Z., also für die Blütezeit der attischen Vasenmalerei, hat Cook⁴⁸ anhand von Überschlagsrechnung an verfügbarem Vasenmaterial versucht, die Größenordnung dieses Gewerbebezuges zu bestimmen, und ihn mit 400 bis 500 Beschäftigten fixiert, einschließlich Metöken und Sklaven. Diese Zahlenangaben - in der Tendenz eher ein Maximum als ein Minimum - bleiben natürlich hypothetisch. Trotzdem sind sie von Wert, weil sie andeuten, in welcher Größenordnung wir uns führende Handwerkszweige in ihrer Blütezeit im Poliszeitalter vorstellen müssen. In der Früh- und reifarchaischen Zeit wird man bestenfalls ein Viertel bis ein Drittel dieser Beschäftigtenzahl annehmen dürfen.

3.3. Die Arbeiten in Stein und Marmor

Den Schritt zur Monumentalität vollzogen die Griechen in der bildenden wie in der Baukunst in der zweiten Hälfte des 7. Jahrhunderts v. u. Z. In der Architektur ist es der Steinbau, der im sakralen Bereich die vergängliche Lehmziegel-Fachwerk-Bauweise verdrängte, im profanen Sektor jedoch aufgrund der Auftragsituation weniger Entfaltungsmöglichkeiten hatte. Kalkstein und Poros, also weiches Gestein, waren die zunächst verwandten Materialien, ehe Marmor hinzutrat. Während in der Architektur ausschließlich heimischer Stein und Marmor Verwendung fanden - so ist es in Athen -, finden wir bei den archaischen Marmorskulpturen häufig importierten Inselmarmor (zunächst von Naxos, dann von Paros) verwen-

⁴⁸ Cook, Robert M., Die Bedeutung der bemalten Keramik für den griechischen Handel, in: Jahrbuch des Deutschen Archäologischen Instituts, Bd. 84, 1959, S. 114 ff.

det, 49 In der Architektur ist zudem die Anfangsphase des Arbeitens mit dem neuen Werkstoff Stein durch Unsicherheiten gekennzeichnet, die sich beim Tempelbau etwa darin äußern, daß für die Cella Stein, für die Säulen der Peristasis Holz benutzt wurde (Heraion Olympia).

Unsere Kenntnis über die Abbauverfahren in den Steinbrüchen ist durch Untersuchungen in den letzten beiden Jahrzehnten außerordentlich vertieft worden, 50 Die Abbautechnik war einfach und unkompliziert, abhängig von den jeweiligen Bedingungen und beruhte vor allem auf den Prinzipien der Keilspaltechnik. Die Steinsäge war bekannt. Im allgemeinen wurde der zu gewinnende Quader ringsherum freigeschrotet, wobei man zum Aushauen der Schrotgräben insbesondere den Spitzhammer benutzte. Das Abheben des freigehauenen Quaders erfolgte dann durch horizontales Einschlagen von Holz- oder Metallkeilen auf der Sohle des Schrotgrabens. Der aus dem Gesteinsverband herausgelöste Block wurde noch im Steinbruch mit dem Spitzhammer planparallel zugerichtet. Auch im Steinbruch anfallende Reststücke wurden, soweit sie sich für das Fundament eigneten, weiterverwendet.

So hart und körperlich anstrengend die Arbeit im Steinbruch auch war, der schwierigste und kostenaufwendigste Teil blieb der Transport des Steinmaterials (mittels Wagen, Schlitten und Schleifen) zum Bauplatz. Um welche Probleme es dabei ging, mögen folgende (spätere) Fakten verdeutlichen: Die in der Nordmauer der Akropolis von Athen verbauten Säulentrommeln eines vorperikleischen Parthenonprojektes wiegen durchschnittlich 6,5 Tonnen. 51 So wird es verständlich, wenn im 4. Jahrhundert v. u. Z. zum Transport einer Säulentrommel vom Pentelikon nach Eleusis dreißig bis vierzig Gespanne und drei Arbeitstage nötig waren. 52 Damit boten sich mit dem Übergang zum monumentalen Steinbau insbesondere der Landbevölkerung vielfältige Arbeitsbedingungen, die jedoch keine weitreichende Spezialisierung erforderten.

Anders verhielt es sich bei den Arbeiten am Bau selbst. Die griechische Haussteintechnik, die ohne Mörtel, aber mit sauberem Fugenschnitt arbeitete, verlangte den Spezialisten; das gilt vor allem für den Tempelbau, in dem sich die meisterhafte Beherrschung dieser Technik dokumentierte. Die zahlreichen bekannten archaischen Tempel, insbesondere die ionischen Riesentempel, bezeugen, daß im 6. Jahrhundert v. u. Z. die Bautechnik sicher beherrscht wurde. Der Stolz auf die erbrachten Leistungen veranlaßte einige erfolgreiche Architekten, in Schriften über ihre Arbeiten zu berichten. 53 So weiß Vitruv (VII, praef. 12) von einem

49 Homann-Wedeking, Ernst, Über die Verwendung griechischer Marmorarten, in: ebenda, Bd. 55, 1940, S. 262 ff.; Raubitschek, Antony E., Dedications from the Athenian Akropolis, Cambridge 1949, S. 479.

50 Wurster, Wolfgang, Antike Steinbrüche an der westlichen Nordküste Aeginas, in: Archäologischer Anzeiger 1969, S. 16 ff.; Koenigs, Wolf, Beobachtungen zur Steintechnik am Apollon-Tempel von Naxos, in: ebenda 1972, S. 438 ff.; Dworakowska, Angelina, Quarries in ancient Greece, Wrocław u. a. 1975, bes. S. 85 ff.

51 Tschira, Arnold, Eine Tastung in der Cella des Parthenon, in: Archäologischer Anzeiger 1965, S. 426.

52 Schweitzer, Bernhard, Der bildende Künstler und der Begriff des Künstlerischen in der Antike, in: derselbe, Zur Kunst der Antike, Bd. 1, Tübingen 1963, S. 28.

53 Holloway, Ross R., Architect and Engineer in archaic Greece, in: Harvard Studies in Classical Philology, 73, 1969, S. 281 ff.; Pollitt, J. J., Profes-

Buch des Theodoros von Samos, in dem dieser über den unter seiner Leitung auf der Insel erbauten Tempel berichtete, hauptsächlich wohl über den Gang des Bauvorhabens und die Kosten. Vitruv (X, 2, 11 ff.; VII praef.12) informiert uns auch darüber, daß die Erbauer des Artemistempels von Ephesos, Chersiphron und sein Sohn Metagenes, ebenfalls eine solche Schrift verfaßten.

Im 6. Jahrhundert v. u. Z., als bei den Sakralbauten an die Stelle des Tonziegeldaches das Marmordach trat, erweiterten sich die Aufgabenbereiche des Steinmetzen.

Auf Vermutungen bleiben wir angewiesen, wenn wir nach der Größe der Werkstätten fragen und danach, ob es in archaischer Zeit bereits in den einzelnen Poleis Bauhütten gab, in denen Steinmetzen ständig oder längerfristig zusammengearbeitet haben. Da aufwendigere Bauunternehmungen im 7. und 6. Jahrhundert v. u. Z. ausschließlich Unternehmungen im Auftrage der Polis waren und auch von ihr finanziert wurden, aber in der griechischen Frühzeit nur die wenigsten Poleis über die finanziellen Mittel verfügten, in unmittelbarer Folge über einen größeren Zeitraum hin kostenaufwendige Aufträge zu vergeben, ist die Vorstellung von wandernden Bauhütten, das heißt von kleinen Gruppen spezialisierter Bauhandwerker, naheliegend. Belegt ist diese Tatsache allerdings erst für das 4. Jahrhundert v. u. Z.⁵⁴ Die im griechischen Bauwesen bei der Vergabe von Bauaufträgen geübte Praxis⁵⁵, Auftraggeber bzw. Teilauftraggeber dazwischenzuschalten, weist ebenfalls in diese Richtung. Das einzig bekannte Beispiel der archaischen Periode ist die Übernahme des Bauauftrages des Apollontempels in Delphi (bzw. eines Teiles dieses Bauauftrages) durch die Alkmeoniden. Es unterstreicht die organisierende Funktion dieser Hauptauftragnehmer. Da die Polis als Auftraggeber dem Auftragnehmer bzw. Teilauftragnehmer entweder das Material zur Verfügung stellte oder einen Vorschuß gewährte - die Alkmeoniden erhielten zum Beispiel die für die damalige Zeit bedeutende Summe von 300 Talenten -, allerdings in jedem Falle das Stellen von Bürgen verlangte, blieb die Skala der Möglichkeiten groß.

Im nichtsakralen und privaten Bereich gab es zweifellos auch ein Betätigungsfeld für Steinmetzen, doch blieb es in archaischer Zeit unbedeutend, bot nur einer sehr kleinen Zahl von Handwerkern eine Existenzgrundlage. Als sicher kann indes gelten, daß sich im 6. Jahrhundert v. u. Z. Steinmetz und Bildhauer als selbständige Künstler-Handwerker-Berufe etablierten. Am Ausgang des 7. Jahrhunderts v. u. Z. und zu Beginn des 6. Jahrhunderts v. u. Z. erschienen auch die ersten Bildhauerinschriften und -signaturen: Euthykartides von Naxos und (Poly)medes von Argos,⁵⁶ Im Verlaufe des 6. Jahrhunderts v. u. Z. setzte sich diese Erscheinung in allen griechischen Landschaften durch. Da der Bildhauer vornehmlich auf Bestellung arbeitete, war er bei der Kompliziertheit des Transportes an den Aufstellungsort des Denkmals gebunden. Dementsprechend wird er wie der Bauhandwerker seltener einen festen Arbeitsplatz gehabt und bei neuen Aufträgen diese Frage immer wieder von neuem zu entscheiden gehabt haben. Das galt auch

sional art criticism in ancient Greece, in: Gazette des Beaux-Arts, 64, 1964, S. 317 ff.

54 Lauter, Hans, Zur gesellschaftlichen Stellung des bildenden Künstlers in der griechischen Klassik, Erlangen 1974, S. 16 ff.

55 Ebenda, S. 11 ff.

56 Philipp, Hanna, a. a. O., S. 77.

für die Frage, falls er über eine Mitarbeitergruppe verfügte, ob diese erweitert, reduziert oder neu zusammengestellt werden mußte. Sichereres darüber, ob Bildhauer ständig die gleichen Mitarbeiter und Hilfskräfte hatten oder sie des öfteren wechselten, ist für die archaische Periode nicht bekannt. Die bekannte länger währende Zusammenarbeit zwischen Kritios und Nesiotes (im späarchaischen Athen) gehört so zu den Ausnahmen.

Entscheidend für die Möglichkeit, Werkstatttraditionen auszubilden und über einen längeren Zeitraum an eine Polis zu binden, blieb die wirtschaftliche Prosperität einer Polis, die allein eine günstige Auftragsituation ermöglichte. In archaischer Zeit war dies nur im letzten Drittel des 6. Jahrhunderts v. u. Z. in Athen der Fall, obwohl es auch andere Poleis mit Bildhauertradition, wie zum Beispiel Aigina, gab.

Vertraut man der "Künstlergeschichte Athens", die Raubitschek als Ergebnis seiner Studien zu den epigraphischen Funden auf der Athener Akropolis seinen Untersuchungen hinzugefügt hat⁵⁷, so sind uns von den im letzten Drittel des 6. Jahrhunderts v. u. Z. in Athen tätigen Bildhauern knapp zwanzig namentlich bekannt. Da bildende Kunst noch ganz auf den sakralen und sepulkralen Bereich beschränkt war, einige der genannten Künstler nur vorübergehend in Athen weilten und nicht alle gleichzeitig, wird man den Kreis der zur gleichen Zeit in Athen tätigen Künstler kaum sehr viel erweitern können.

3.4. Holzverarbeitung

Holz war neben Ton in geometrischer und archaischer Zeit zweifellos der am meisten gebrauchte Werkstoff. Nicht zufällig sind daher bereits in der Ilias Bilder vom Holzfällen und von der Holzverarbeitung häufig.⁵⁸ Da Holz jedoch zu den leicht vergänglichen Materialien gehört, fehlen verständlicherweise unter den Bodenfunden hölzerne Erzeugnisse weitgehend. Wir können daher die ursprüngliche Bedeutung dieses Rohstoffes, soweit sie nicht in der literarischen Überlieferung ihren Niederschlag gefunden hat, mehr erschließen als durch archäologische Materialien belegen.

Holz war zunächst, da es als gebräuchlichstes Heiz- (und in der Frühzeit auch als natürliches Beleuchtungs-) Mittel diente, für das ganze Gemeinwesen von elementarer Bedeutung. Inwieweit sich indes die Holzfällerei als selbständiger Beruf (II, 23, 315) herausbildete oder vornehmlich im Rahmen der Hauswirtschaft verblieb bzw. als Nebengewerbe betrieben wurde, läßt sich nicht schlüssig beantworten. In den meisten Poleis setzte dem bereits das geographische Milieu und die Größe des Polisterritoriums Grenzen, Manche Poleis, wie zum Beispiel Athen, benötigten zur Realisierung gemeinschaftlicher Vorhaben, etwa des Flottenbaues, Holzimporte.

In der verarbeiteten Form der Holzkohle hatte Holz für das metallverarbeitende Gewerbe eine besondere Bedeutung. Für das 5. Jahrhundert v. u. Z. haben wir mit Aristophanes' *Acharnai* einen sicheren Beleg für diese Arbeiten und dafür, daß in Attika Deme wegen ihrer Holzkohleproduktion bekannt waren.

Der Rohstoff Holz wurde in verschiedenen Produktionsbereichen benötigt, insbesondere im Haus- und Tempelbau, im Schiff- und Wagenbau sowie bei Werkzeu-

⁵⁷ Raubitschek, Antony E., a. a. O., S. 481 ff.

⁵⁸ Müller, Dietram, a. a. O., S. 20 ff.

gen und Geräten. An den Anfang ist zweifellos wegen seiner Bedeutung dabei der τέκτων zu stellen, also jener Handwerker, der außer Metall alle anderen harten Werkstoffe (Holz, Horn, Stein) bearbeitete. Vor der Nutzung von Stein und Marmor haben wir uns ihn fast ausschließlich als Bearbeiter von Holz vorzustellen. Auch später blieb diese Begriffsbindung erhalten, 59

Solange beim Haus- und Tempelbau die Lehmziegelwand vorherrschte bzw. im privaten Hausbau vorherrschend blieb, war die Verfestigung der Fachwerkkonstruktion durch das Einbinden von Wandpfosten als tragende Stützen des Daches nicht zu umgehen. Die senkrechten Strichsysteme am Hausmodell von Argos illustrieren in anschaulicher Weise dieses Konstruktionsprinzip mit eingebundenen Pfosten. 60 Als Holzkonstruktionen kamen am griechischen Haus zumindest Dachstuhl und Dachboden sowie Türrahmen und Tür, später auch Treppen hinzu.

Die monumentalere Gestaltung der Tempelarchitektur in der zweiten Hälfte des 7. Jahrhunderts v. u. Z. hatte die verstärkte Verwendung hölzerner Pfeiler und Säulen zur Voraussetzung. Die Vergrößerung der Grundfläche dieser Sakralbauten bewirkte zudem zwangsläufig eine aufwendigere, kompliziertere hölzerne Dachkonstruktion, die noch verstärkt werden mußte, als im 6. Jahrhundert v. u. Z. in der Tempelarchitektur das Marmorziegeldach das Tonziegeldach verdrängte. Wie entwickelt das früharchaische Dach bereits war, zeigen trotz ihrer Unterschiede die auf der Grundlage des archäologischen Materials vorgebrachten Rekonstruktionsversuche. 61 Die Kunst des Glättens und Schlichtens mit Axt und Schlichtbeil, die Technik des Zapfens und Fügens mit Säge und Axt, des Sicherns der Verzapfung durch Holzstifte usw. war bekannt und wurde sicher beherrscht.

Neben dem Haus- und Tempelbau hat es bereits in homerischer Zeit einen Schiff- und Wagenbau auf entwickelter Stufe gegeben. Auf geometrischen Vasen sind sowohl Schiffs- als auch Wagendarstellungen (Ekphora) anzutreffen. Der ἀρματοπηγός ἀνήρ, der Wagner, suchte sich sein Material selbst aus, fertigte die Felge des Dachkranzes bereits aus mehreren gekrümmten Teilstücken, die außen mit einem Metallbeschlag verstärkt wurden (II. 5, 725). 62

Greifbarer wird für uns die Entwicklung im Schiffbau, wo sich in archaischer Zeit die Entwicklung von der Monere über die Diere zur Triere vollzog. 63 Andererseits können wir aufgrund der literarischen Überlieferung auch punktuell das Produktionsvolumen in einigen Poleis in etwa abstecken.

Am Ende der archaischen Periode wird die Stärke der Kriegsflotten 64 in den entwickelteren Poleis an den Küsten vierzig Kriegsschiffe im allgemeinen kaum überschritten haben. In dieser Größenordnung lagen die Kontingente der Aigineten und Korinther. So war das zu Beginn des 5. Jahrhunderts v. u. Z. von Athen zur Un-

59 Ebenda, S. 27.

60 Drerup, Heinrich, a. a. O., S. 112 ff.

61 Beyer, Immo, Der Triglyphenfries von Thermos C, in: Archäologischer Anzeiger 1972, S. 197 ff.; vgl. auch Kalpaxis, Thanassis E., Zum außergewöhnlichen Triglyphenfries vom Apollontempel C in Thermos. Eine Entgegnung, in: ebenda 1974, S. 105 ff.

62 Müller, Dietram, a. a. O., S. 58.

63 Kulturgeschichte der Antike, a. a. O., S. 45, 145, 188, 203.

64 Busolt, Georg, Griechische Staatskunde, 3. Aufl. München 1920, S. 569 f.; Jordan, Borimir, The Athenian navy in the classical period, Berkeley/Los Angeles/London 1975, S. 5 ff.

terstützung der ionischen Aufständischen entsandte Kontingent von zwanzig Schiffen (Herodot 5, 97. 3) aus der Sicht Athens zweifellos mehr als eine Geste. Die größten Flotten sollen die sizilischen Tyrannen zur Verfügung gehabt haben. Ihnen konnte Athen zu Beginn der Perserkriege den Rang streitig machen, als es in den achtziger Jahren seine Flotte auf zweihundert Kriegsschiffe vermehrte. Erst von dieser Zeit ab entwickelte sich in Athen ein bemerkenswerter, kontinuierlicher Schiffbau.

Selbst wenn man für die archaische Periode die Schiffe für den See- und Küstenhandel sowie für den Fischfang hinzunimmt, kann der Umfang der Produktion im Schiffbau nicht sehr groß gewesen sein. Andererseits war die Polis Athen in der Lage, in den Jahren zwischen 483 und 480 v. u. Z. ihre Flotte auf zweihundert Trieren zu vergrößern und festzulegen, daß jährlich zwanzig neue Trieren gebaut werden sollten.⁶⁵ Dies war zweifellos nur möglich aufgrund der Tatsache, daß die Spezialisierung in der Holzverarbeitung noch keine einengenden Konsequenzen hatte.

Außer für den Haus-, Tempel-, Wagen- und Schiffbau hat Holz noch eine bedeutende Rolle bei der Fertigung von Möbeln und Gerät sowie in der Kunst gespielt. Das Mobiliar eines in der Regel einfach ausgestatteten griechischen Hauses bestand aus Tischen (τράπεζα), Sitzen (Stuhl - δῖφος, Lehnstuhl - κλίσμος, Thron - θρόνος), Liege- (κλίνη) und Aufbewahrungsmöbeln (Kasten, Lade, Truhe - κιβωτός, χηλός, λάρναξ). Dieser Bestand an Grundformen vermehrte sich in der von uns behandelten Periode (und auch später) nicht, mochten sich auch in den Formen und Details Veränderungen einstellen.

Von den Möglichkeiten und dem Niveau des Handwerks in diesem Bereich vermitteln die Holzfunde⁶⁶ von Gordion und Samos sowie Votive und Vasenbilder der geometrischen, der schwarz- und rotfigurigen Periode eine Vorstellung. Die frühesten Drechselarbeiten - basierend auf dem Prinzip, das wir auch beim sogenannten laufenden Bohrer finden - entstammen dem 8. Jahrhundert v. u. Z.⁶⁷ Gedrechselte Möbelbeine werden bereits im Epos erwähnt (Il. 3, 391; Od. 19, 55 - 56). Nach Aussage der Vasenillustrationen und der Bodenfunde erhöhte sich die Formenvielfalt. Die Zapfentechnik war auch in Kleinformat voll entwickelt, so daß beispielsweise nicht nur der Rahmen eines Stuhles oder einer Kline sauber zusammengefügt, sogar geleimt (Il. 19, 395; 4, 366; Od. 11, 117) werden konnte, sondern es auch möglich war, die Klingenbeine selbst aus verschiedenen gedrechselten oder geschnitzten Teilen zusammensetzen. Die Verwendung verschiedenartiger Werkstoffe für ein Erzeugnis - etwa bei einer Kline Holz für Rahmen und Füße, Leder(riemen) für die Bespannung - war durchaus gebräuchlich.

Holz hat ferner bei Geräten - in der Hauswirtschaft wie in der materiellen Produktion - in reichem Maße Verwendung gefunden. Wie bei den Angriffswaffen, die

65 Diod. XI 43; Busolt, Georg, a. a. O., S. 890.

66 Gordion: Young, Rodney S., Gordion 1956: Preliminary Report, in: American Journal of Archaeology, 61, 1957, S. 329 ff., Taf. 95 f.; derselbe, Gordion 1957, in: ebenda, 62, 1958, S. 153 f., Taf. 27. - Samos: Kopcke, Günter, Neue Holzfunde aus dem Heraion von Samos, in: Mitteilungen des Deutschen Archäologischen Instituts. Athenische Abteilung, 82, 1967, S. 100 ff.; Ohly, Dieter, Neue Holzfunde aus dem Heraion von Samos, in: ebenda, S. 89 ff.

67 Rieth, A., Die Entwicklung der Drechseltechnik, in: Archäologischer Anzeiger 1940, S. 616 ff.; Kopcke, Günter, a. a. O., S. 102; Kyrieleis, Helmut, Throne und Klingen, Berlin 1969, S. 101 f.

außer an ihren bewehrten Enden durchweg aus Holz waren, so hatten auch die meisten Arbeitsgeräte - Messer, Sichel, Hacke usw. - Stiele bzw. Griffe aus diesem Werkstoff. Bei einigen, etwa bei breitblättrigen Hacken oder spatenartigen Schaufeln, ist vermutet worden, daß sie ganz aus Holz bestanden.⁶⁸ Das gilt auch für den Pflug, für dessen stark beanspruchte Teile man gern harte, schwer zu bearbeitende Holzarten (zum Beispiel die Steineiche - *πρῖνος*) wählte. Eiserner Pflugscharen sind interessanterweise bislang aus Griechenland durch Bodenfunde nicht belegt.⁶⁹ Das zugespitzte Holz des Scharbaumes erfüllte ob seiner Qualitätseigenschaften die gestellten Anforderungen und konnte, wenn es stumpf geworden war, neu gespitzt bzw. durch Anstückung oder Besatz mit einem spitzen Stein oder einem Metallbeschlag (Bronze oder Eisen) wieder funktionsfähig gemacht werden. Bei den Holzgefäßen können wir bislang nicht sagen, ob es neben den - bekannten und durch Funde belegten - aus einem massiven Stück gedrechselten auch bereits solche gab, die gestückelt in Kufertechnik hergestellt wurden.⁷⁰

Als leicht formbarer Werkstoff hat Holz verständlicherweise schon früh Verwendung in der Plastik und Kleinkunst gefunden, sei es als Kern für Treibebeiten in Metall in der Frühzeit, besonders Bronze, wie zum Beispiel bei den Kultbildern von Dreros, sei es als eigenständige Holzplastik (Götterbild - *ξύλον*). Wir wissen indes nur wenig über die Holzschnitzerei. Vereinzelte Funde, wie zum Beispiel die im samischen Heraion⁷¹ und einige wenige Vasenbilder bilden das Belegmaterial, belegen die Tendenz aber nicht die Breite.

3.5. Arbeiten in Elfenbein

Elfenbein gehörte während der ganzen Antike zu den wertvollen Materialien. Wegen seiner Kostbarkeit, die durch die langen Importwege - aus Afrika und Indien - immer erhalten blieb, wurde es nur zu repräsentativen Arbeiten verwendet. Die Zahl der Elfenbeinschnitzer und Schnitzerwerkstätten blieb dementsprechend immer gering. Elfenbein kam als Rohmaterial, aber auch bereits in gestalteter Form nach Griechenland. Der Anteil der Importe war bisweilen beträchtlich. So sind beispielsweise zwei Drittel der im Heraion von Samos gefundenen Elfenbeinerzeugnisse Importe aus Ägypten, dem Orient und dem westphönikischen Bereich.

Die ersten griechischen Elfenbeinerzeugnisse - fünf weibliche Statuetten aus dem Kerameikos von Athen - gehören der Zeit um 750 v. u. Z. an. Die - nicht allzu umfangreiche - griechische Elfenbeinschnitzerei entwickelte sich indes erst spürbar im 7. und 6. Jahrhundert v. u. Z., und zwar im gesamten griechischen Bereich. Geschlossene Fundkomplexe der archaischen Periode liegen bislang nur aus dem samischen Heraion und dem Heiligtum der Artemis Ortheia in Sparta vor.⁷² Bei den Fundstücken selbst - die meisten halten sich im Rahmen des Handwerklichen - handelt es sich um kleine Objekte, Luxuswaren verschiedener Art: Statuetten, Teile von Möbeln und Geräten, Schmuck, Kämmе, Haarnadeln usw.

68 Schiering, Wolfgang, a. a. O., S. 153 f.

69 Ebenda, S. 151.

70 Eckstein, Felix, a. a. O., S. 41.

71 Ohly, Dieter, a. a. O., S. 89 ff.

72 Freyer-Schauenburg, Brigitte, Elfenbeine aus dem samischen Heraion, Hamburg 1966; Marangou, Evangelia-Lila I., Lakonische Elfenbein- und Bein-schnitzereien, Tübingen 1969.

Neben Elfenbein wurden auch bisweilen Knochen verarbeitet, doch blieb die Bedeutung dieses Materials begrenzt.

3.6. Lederverarbeitung

Mit dem σκυτοτόμος Tychios (Il. 7, 220 ff.) erscheint bereits im Epos ein selbsthafter, offenbar selbständiger und auf die Lederverarbeitung spezialisierter Handwerker. Tychios befaßte sich allem Anschein nach - erwähnt wird nur die Schildproduktion - mit der Herstellung von Lederprodukten, die zur Bewaffnung und Ausrüstung eines Kriegers gehörten.⁷³ Von Spezialisierungstendenzen dieser Art erfahren wir erst wieder etwas im 5. Jahrhundert v. u. Z., als durch die steigenden Anforderungen im militärischen Sektor (Schilde, Lederpanzer usw.) eine forcierte Entwicklung der Lederverarbeitung in den Rüstungsergasteria sichtbar wird. Zu den bekannten Athenern, die es im lederverarbeitenden Gewerbe zu Reichtum und Wohlstand brachten, gehörte Kleainetos, der Vater des Kleon. Es war die kimonische Zeit, das heißt das zweite Viertel des 5. Jahrhunderts v. u. Z., in der er und andere aufgrund der athenischen Expansionspolitik und der Seebundentwicklung zu Reichtum im "Rüstungsgeschäft" gelangten.

Neben der reichlichen Verwendung von gegerbten und ungegerbten Tierfellen als Teil der Kleidung und als Unterlage oder wärmende Hülle von Sitz- sowie Schlafgelegenheiten wurde Leder noch in den verschiedensten Bereichen verarbeitet, so beim Schiffbau für Teile der Schiffstakelage, an den Besätzen von Ruder und Mastbaum.⁷⁴

Daß es in der Lederverarbeitung eine gewisse Kontinuität in archaischer Zeit gibt, darf als sicher gelten. Die attisch schwarzfigurigen Vasenbilder des späten 6. Jahrhunderts v. u. Z. geben von den lederverarbeitenden Handwerkern nur die Ergasteria der Schuhmacher wieder. Welche Entwicklungen im 7. und 6. Jahrhundert v. u. Z. in diesem Gewerbezweig vor sich gingen, ist im einzelnen nicht bekannt. In Athen vollzogen sich erst im 5. Jahrhundert v. u. Z. - wie in den anderen Handwerksbranchen - die entscheidenden Differenzierungsprozesse: das Lösen des Schusterhandwerks von der Gerberei, die Verselbständigung des Sattlerhandwerks.⁷⁵

3.7. Textilherstellung

Das Textilgewerbe gehört zu den Produktionsbereichen, für die ein langes Verharren im Rahmen der Hauswirtschaft charakteristisch ist. Das gilt uneingeschränkt für die archaische, aber auch noch weitgehend für die klassische Periode. Sowohl die Aufbereitung des wichtigsten Rohstoffes, der Wolle, als auch die weitere Verarbeitung bis hin zum Endprodukt war in Griechenland fast ausschließlich Angelegenheit der weiblichen Familienangehörigen. Für ein berufsmäßiges Handwerk blieb hier wenig Raum. Selbständiges Handwerk finden wir in diesem Bereich nur in "dienender Funktion", so zum Beispiel beim Färben.⁷⁶ In der Re-

⁷³ Eckstein, Felix, a. a. O., S. 25, 42.

⁷⁴ Ebenda, S. 41.

⁷⁵ Lau, Otto, Schuster und Schusterhandwerk in der griechisch-römischen Literatur und Kunst, Diss. Bonn 1967, S. 41 ff.

⁷⁶ Faber, G. A., Färberei und Gerberei im Klassischen Altertum, in: Ciba-

gel färbte man nicht das fertige Gewebe, sondern das unverarbeitete Material, das heißt die Wolle vor dem Krempeln, die Leinwand in rohem Zustande usw.

Der Flachsbaum⁷⁷ zum Zweck der Textilfasergewinnung spielte in Griechenland nur eine untergeordnete Rolle. Lein wurde vornehmlich zur Gewinnung des ölhaltigen Samens angebaut, der in der Ernährung - insbesondere bei Kuchen und Brot - eine Rolle spielte. Das bekannteste Anbauland für Flachs war Ägypten.

Außer für die Kleidung wurde Leinen besonders für die Schiffsausrüstung (Segel) benötigt. Selbständige Ergasteria finden wir nur bei Erzeugnissen, für die eine gesteigerte Nachfrage bestand. Für Athen war das insbesondere bei der Ausrüstung der großen Kriegs- und Handelsflotte mit Segeln, Seilen, Tauen usw. der Fall, doch gehört dies bereits in eine andere, die klassische Zeit.

4. Zusammenfassung

Überschaut man die Entwicklung des griechischen Handwerks vom ausgehenden 8. bis zum beginnenden 5. Jahrhundert v. u. Z., so zeichnet sich ein in den Konturen klares Bild ab: Am Anfang, und noch in der spätgeometrischen Zeit dominierend, stand das Streben nach Autarkeia, nach einer sich selbst genügenden Hauswirtschaft. Handwerksarbeit war in dieser Periode noch weitgehend häusliches Nebengewerbe bzw. in die Gutswirtschaft eingebunden.

Erst in spätgeometrischer Zeit begann der Trend der Verselbständigung einzelner Handwerkszweige. Die berufsmäßige Trennung vollzog sich dabei vornehmlich auf der Basis des zu bearbeitenden Materials. Vier Grundhandwerke bildeten sich heraus - tektōn, chalkeus, skytotomos, kerameus -, die sich im Verlaufe des 7. und 6. Jahrhunderts v. u. Z. weiter verselbständigten. Die Entwicklung selbst blieb an die der Stadt und Siedlung gebunden, wobei Umfang und Tempo von Polis zu Polis variierten.

Ansätze zur Spezialisierung durch die vorrangige Produktion eines Erzeugnisses finden sich im 6. Jahrhundert v. u. Z. vor allem im Töpfergewerbe, doch gehören diese Tendenzen bereits in die Periode, für die es - durch die Vasenbilder - auch Belege einer einfachen Arbeitsteilung gibt. Einige Erzeugnisse des 7. Jahrhunderts v. u. Z. - so etwa die Vasen und die Holzschnitzereien - sind von hoher handwerklicher und künstlerischer Qualität. Ihre Herstellung wird nur verständlich, wenn wir für diese Handwerkszweige eine längere Tradition - gleichgültig, ob verselbständigt oder eingebunden in die Gutswirtschaft - annehmen.

Im allgemeinen haben wir im Handwerk davon auszugehen, daß die Spezialisierung auf Fertigkeiten beruhte, die durch ständige Übung und Erfahrung im täglichen Arbeitsprozeß erworben wurden. Bislang in ein Grundhandwerk eingebundene Tätigkeiten konnten sich bei ständigem Bedarf verselbständigen (Baukeramik); Spezialisierungen waren offensichtlich kein Hindernis, bei Bedarf im Grundhandwerk zu wirken (Athen, Flottenbauprogramm des Themistokles).

Vselbständigung des Grundhandwerks und seine Differenzierung standen in archaischer Zeit nebeneinander. In den meisten Handwerkszweigen blieben jedoch trotz mancher Spezialisierungstendenzen aufgrund der Verwendung gleicher oder

Rundschau, 20, 1937, S. 698 ff.

⁷⁷ Schaefer, G., Zur Geschichte des Flachsbaues, in: ebenda, 62, 1944, S. 2262 ff.

ähnlicher Werkzeuge und Techniken die Grenzen zwischen den einzelnen "Berufen" innerhalb eines Grundhandwerks fließend. Die größten Veränderungen gab es dabei in archaischer Zeit zweifellos beim tektōn, also jener Handwerkspar-te, der die Bearbeitung aller festen Werkstoffe außer Metall oblag. In diesem Handwerkszweig trennten sich im 7., spätestens im 6. Jahrhundert v. u. Z. die Stein-, Holz- und Elfenbeinbearbeitung voneinander. Innerhalb der nun verselbstständigten Handwerke kam es wiederum zu Differenzierungen und Spezialisierun-gen, so zum Beispiel bei der Steinbearbeitung in Steinmetz und Bildhauer, bei der Holzverarbeitung in Zimmermann, Tischler, Wagen- und Schiffbauer sowie den Schnitzer.

Als eine in vieler Hinsicht bedeutungsvolle Zeit erscheint in diesem Prozeß die sogenannte orientalische Periode, insbesondere die zweite Hälfte des 7. Jahrhun-derts v. u. Z. Wenn wir heute zu Recht davon sprechen, daß die griechische Kul-tur eine Stadtkultur war, so wird es auch verständlich, warum es das fortge-schrittene 7. Jahrhundert v. u. Z. war, in dem Impulse aus dem Orient aufge-nommen werden konnten. Es sind die Jahrzehnte, in denen in Griechenland das freistehende Haus nur noch in eingeschränktem Maße weiterbesteht, der ge-schlossene Siedlungsverband hingegen typisch wird, in denen auf dem griechischen Festland die Siedlungen, sowohl die Deme als auch die städti-schen, zunehmend befestigt werden und neben die organisch, aber systemlos ge-wachsene städtische Siedlung die planmäßig angelegte Stadt tritt.⁷⁸ Aber wie es noch lange dauerte, ehe im 5. Jahrhundert v. u. Z. die antike Stadt (Megale Pol-lis)⁷⁹ ihre charakteristische Ausprägung fand, so bedurfte es noch mehr als ei-nes Jahrhunderts, ehe Handwerk und Gewerbe jene Reife erreicht hatten, ihre Grundstrukturen auszubilden, die in den Klassen- und Sozialschichtungen der klassischen Jahrhunderte weiterlebten.

78 Drerup, Heinrich, a. a. O., S. 95 ff.

79 Kirsten, Ernst, Die Entstehung der griechischen Stadt, in: Archäologischer Anzeiger 1964, S. 892 ff.

Zum Verhältnis von Stand und Kaste in vorkapitalistischen Klassengesellschaften

von Marlene Njammasch

Bei kaum einer anderen gesellschaftlichen Institution in der Geschichte Indiens gehen die Meinungen noch immer so auseinander wie beim indischen Kastensystem. Das betrifft sowohl seine Ursprünge, den zeitlichen Beginn als auch seinen Zusammenhang mit anderen gesellschaftlichen Entwicklungen. Der Streit um die Entstehung und Bedeutung des Kastenswesens ist - besonders bei indischen Historikern - mit Ressentiments beladen; denn es ist immer noch weit davon entfernt, bloße historische Kategorie zu sein.⁺ Erst die sowjetische Indologie hat den Meinungsstreit um die Kaste auf ein wissenschaftlich fundiertes Niveau gehoben und sie erstmals mit der Entwicklung des indischen Feudalismus verbunden - die wohl aussichtsreichste theoretische Position.

Die soziale und wirtschaftliche Struktur der mittelalterlichen indischen Kasten ist gut bekannt. Wie jede historische Erscheinung ist die Kaste jedoch Produkt bestimmter sozialökonomischer Verhältnisse. Die Wurzeln der Kaste, die erst zu einem Teil erforscht sind, lagen bereits in der ersten Klassengesellschaft. Dennoch existierte das mittelalterliche Kastensystem nicht von der frühen Klassengesellschaft (in den Staaten des Gangestales oder gar in der Harappagesellschaft) bis in den späten Feudalismus und zum Teil bis in die neueste Zeit hinein, auch nicht in modifizierter Form. Erst die indische Feudalgesellschaft bildete das Kastensystem heraus und brachte es zur vollen Entfaltung.

Nicht genügend geklärt sind solche Fragen, weshalb die indischen Kasten entstanden und welche gesellschaftlichen Bedingungen das Kastensystem in Indien zu solcher festgefügt Form wie in keinem anderen Land sich herausbilden ließen.

Die brahmanische Theorie von der Entstehung des Kastensystems ist theologische Spekulation und unwissenschaftlich.¹ Die Annahme, daß die Kasten mit der Her-

+ Erinnert sei hier an Pressemeldungen über Gewalttaten von Großgrundbesitzern gegen die Harijans ("Gotteskinder", heutige Bezeichnung der etwa 60 Millionen Unberühmbaren Indiens). Vgl. z. B. Neues Deutschland (B), 10. 11. 1977, S. 7.

1 Bongard-Levin, G. M. / Il' in, G. F., Drevnjaja Indija. Istoriceskij očerk, Moskau 1969, S. 587 ff. - Bürgerliche indische Historiker folgen weitgehend dieser Theorie, die davon ausgeht, daß die zahllosen Kasten durch Mischeheiraten der Angehörigen der vier Varnas entstanden seien. (Vgl. z. B. The age of Imperial Kanauj, hg. v. R. C. Majumdar u. a., 2. Aufl. Bombay 1964, S.

ausbildung der indischen Klassengesellschaften entstanden seien, führte in der Forschung zur Verabsolutierung der Kaste, löste sie aus der gesellschaftlichen Entwicklung heraus. Die Verselbständigung der Kaste wie die der "typisch indischen Dorfgemeinde" ließ die Stagnationstheorie für die indische Geschichte entstehen. Diese Theorie ist heute, aufgrund zahlreicher Forschungsergebnisse - besonders der sowjetischen Indologie - nicht mehr haltbar.

Wenden wir uns zunächst den Wurzeln zu, aus denen Kasten entstehen konnten. Kastensystem und ständische Teilung der Gesellschaft hängen zusammen. Die Klassiker des Marxismus haben darauf hingewiesen, daß im Grunde die Klassenteilung in alten Gesellschaften eine ständische war. "In den frühern Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene, und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen."² Lenin sah den qualitativen Unterschied in der Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft im Vergleich zu den vorkapitalistischen Gesellschaften unter anderem darin, daß in den letzteren der Klassenunterschied durch eine juristisch fixierte Einteilung der Bevölkerung in Stände geprägt war.³ Die ständische Teilung der Gesellschaft wurde erst im Kapitalismus aufgehoben, indem dieser die Klassengegensätze polarisierte: "Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat."⁴ Die juristisch fixierte Ständeeinteilung war oft mit einer Abstufung der politischen Rechte der Staatsbürger verbunden.⁵ Besonders ausgeprägt war die Ständeteilung in der frühen Phase vorkapitalistischer Klassengesellschaften. Die orientalischen Gesellschaften des 2. Jahrtausends v. u. Z. auf bronzezeitlicher Grundlage hatten einen stark ständischen Charakter. Die altbabylonische Gesellschaft besaß eine juristisch fixierte Einteilung der Staatsbürger in Awilum (vollberechtigter freier Bürger), Muschkenum (minderberechtigter, aber freier Bürger) und Wardum (Sklave), wie dem Kodex Hammurapi zu entnehmen ist.⁶ Innerhalb dieser Teilung gab es noch weitere, zum Bei-

369 ff. = The History and Culture of the Indian People, Bd. 4.) Andere bürgerliche Ideologen befassen sich mit sehr abstrakten oder nebensächlichen Erscheinungen des Kastensystems, wie z. B. Halbfass, der schreibt: "Die Frage nach den Ursprüngen des Kastensystems liegt ebenso außerhalb unserer Themenstellung wie das Problem seiner weiteren geschichtlichen Entwicklung und seiner tatsächlichen Rolle in der indischen Gesellschaft." (Halbfass, Wilhelm, Zur Theorie der Kastenordnung in der indischen Philosophie, in: Nachrichten der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, 1. Philologisch-historische Klasse, Nr. 9/1975, S. 279.)

- 2 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 462 f.
- 3 Vgl. Lenin, W. I., Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 6, Berlin 1956, S. 103.
- 4 Marx, Karl/Engels, Friedrich, a. a. O., S. 463.
- 5 Vgl. Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 167.
- 6 Eilers, Walter, Die Gesetzesstele Chammurapis, in: Der Alte Orient, Nr. 3 - 4/1932.

spiel Redum und Bairum (Polizeisoldat, Krieger)⁷, Naditum (Priesterin des Schamasch in Sippar) und Tamkarum (Kaufmann, Händler).

Auch die orientalischen Staaten auf eisenzeitlicher Grundlage in der ersten Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z. waren durch eine Ständeeinteilung gekennzeichnet. Insofern ist die überlieferte Einteilung der vedischen Gesellschaft dieser Zeit in Indien in vier Stände (varṇa): Brahmanen (Priester), Kṣatriyas (Krieger), Vaiśyas (Hirten und Bauern) und Sūdras (Unterworfenen)⁸ keine Besonderheit nur der altindischen Gesellschaft. Die frühiranische Gesellschaft, deren Hauptkenntnis wir dem Awesta entnehmen können, teilte sich in drei Stände (pištra): Airyaman (Priester), Chvaētav (Krieger), Vāstrya (Bauer und Hirte). Zu den altindischen Sūdras gab es in der altiranischen Gesellschaft keine Parallele. Wahrscheinlich trafen die Iraner auf eine weniger zahlreiche Ureinwohnerschaft als die Indoiraner.⁹ Zumindest lassen analoge Erscheinungen der großen ägäischen Wanderung dies vermuten.

Die ältesten hebräischen Sagen über die Ausbreitung des Menschengeschlechtes nennen drei Stände: 1. Viehzüchter und Haushaltsvorstände, 2. Musiker und 3. Metallarbeiter (Genesis 4).¹⁰

Auch in der frühen Phase der antiken Klassengesellschaften finden wir Stände. In der frühen athenischen Polis des 7. Jahrhunderts v. u. Z. standen die Eupatriden der Masse der Polisbürger gegenüber, in der frühen römischen res publica die Patrizier den Plebejern. Aufgrund höher entwickelter Produktivkräfte und der vorangegangenen Entwicklung altorientalischer Gesellschaften in der Nachbarschaft der antiken Klassengesellschaften finden wir hier eine modifizierte und fortgeschrittene Form der Ständeeinteilung vor. Als Sonderform einer Ständeteilung könnte man die sozialen Verhältnisse in Thessalien, auf dem Peloponnes und auf Kreta betrachten. Die Heloten Spartas, die Klaroten und Mnoiten Kretas, die Penesten Thessaliens, die Mariandyner von Herakleia am Pontos und die Bithyner von Byzanz waren unterdrückte Klasse und zugleich Stand. "Unfrei wurden alle diese Bevölkerungsgruppen infolge der Eroberung ihres Landes durch neu einwandernde Griechen im Laufe der dorischen Wanderung oder der Kolonisation. Die Eroberer etablierten sich als neue Herrschaft über die Vorbewohnerschaft, die als vorwiegend bäuerliche Schicht die wirtschaftliche Grundlage des Staates bildete."¹¹ Dabei darf man sich, wenigstens für die Anfangsphase der Eroberung und Staatsbildung, keine strengen ethnischen Grenzen vorstellen. Auch ein Teil der Eroberer mag in den unterdrückten Stand hinabgesunken sein.¹² Nun ist die Überlagerung erobernder Stämme über eine kulturell und wirtschaftlich höher entwickelte sesshafte Bevölkerung schon in den ältesten Gesellschaften Mesopota-

7 Klengel, Horst, Hammurapi von Babylon und seine Zeit, Berlin 1976, S. 169.

8 Die Hymnen des Rigveda, hg. v. Theodor Aufrecht, 2. Bd., 3. Aufl. Berlin 1955, maṇḍala X, (916), Puruṣasūkta.

9 Mylius, Klaus, Die gesellschaftliche Entwicklung Indiens in jungvedischer Zeit nach den Sanskritquellen, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift (im folgenden: EAZ), Nr. 3/1972, S. 358.

10 Die Bibel. Nach der deutschen Übersetzung D. Martin Luthers, Berlin 1954, S. 12.

11 Lotze, Detlev, ΜΕΤΑΕΥ ΕΑΒΥΘΕΡΩΝ ΚΑΙ ΔΟΥΛΩΝ. Studien zur Rechtsstellung unfreier Landbevölkerungen in Griechenland bis zum 4. Jahrhundert v. Chr., Berlin 1959, S. 79.

12 Vgl. ebenda, S. 72 f.

miens zu beobachten, als Beispiele seien die Gutäer, Amurriter und Kassiten genannt. Doch nirgendwo entwickelte sich ein der Helotie ähnliches gesellschaftliches System, in dem Klasse und Stand zusammenfielen. Für den Alten Orient gilt die These, die Lotze für die Antike aufstellt: "Die Versklavung der Vorbevölkerung war also nicht notwendige Begleiterscheinung der Neubesetzung eines Gebietes."¹³

Offenbar gab es für diese Form des Zusammenfalls von Klassen- und Standesteilung bestimmte historische Voraussetzungen: Das Eroberervolk befand sich auf einem niedrigeren Stand der gesellschaftlichen Entwicklung als das eroberte Volk meist im Stadium der zerfallenden Urgesellschaft, der militärischen Demokratie, oder war doch nur wenig über dieses Stadium hinaus. Die Klassenteilung und die Entwicklung des Privateigentums waren bei den Eroberern gering. Die Eroberten stellten in der Regel eine zahlreiche Bauernschaft auf gut anbaufähigem Boden dar. Er brachte einen weit über den Eigenbedarf der einzelnen bäuerlichen Familien hinausgehenden Produktionsüberschuß, den sich die Eroberer in Form des Mehrprodukts aneignen konnten. Die Aneignung des Mehrprodukts wie des Produzenten erfolgte hier in kollektiver Form, bzw. - eingeschränkter formuliert - das sich entwickelnde Privateigentum des Angehörigen der herrschenden Klasse wurde stark von der Gemeinschaft kontrolliert. Lotze weist auf eine interessante Erscheinung in diesem Zusammenhang hin. Die antiken Staaten dieses Typs lagen in fruchtbaren Ebenen, wie Lakonien, Messenien und Thessalien.¹⁴ Die gesellschaftlichen Verhältnisse in diesen Staaten entwickelten sich nur langsam. Die zweite und dritte gesellschaftliche Arbeitsteilung verzögerten sich bzw. wurden durch Gesetze und Reformen künstlich gehemmt, Privateigentum und Ware-Geld-Beziehungen blieben schwach entwickelt.

Die einzige altorientalische Gesellschaft, die man diesem Typ des Ständestaates scheinbar zuordnen kann, war die arisch-vedische Gesellschaft des alten Indien. Auch hier kam es infolge der indoarischen Wanderungsbewegung zur Überlagerung einer offenbar zahlreichen Vorbevölkerung sesshafter Reisanbauer durch nomadische Viehzüchterstämme in zerfallender Gentilordnung. Adel, Priestertum und Gemeinfreie bildeten die herrschende Erobererklasse, die Vorbevölkerung wurde zu Śūdras herabgedrückt. Verschiedene ethnische Zugehörigkeit, Sprache und Religion spielten offenbar zunächst keine große Rolle.¹⁵ Aber wie im spartanischen Staat handelt es sich nicht um eine völlige ethnische Abgrenzung, sogar in den Priesterstand fanden vorarische Geschlechter Eingang.¹⁶ Die Vererbbarkeit des Standes wurde im Verlaufe der frühen Staatsentstehung Gesetz, bewiesen durch eine religiöse Sanktionierung, die in den Quellen endlos zum Ausdruck gebracht wird.¹⁷ Als Helot wie als Śūdra wurde man geboren. Verbunden war diese ständische Vererbbarkeit wie in den antiken Gesellschaften dieses Typs

13 Ebenda, S. 76.

14 Ebenda. - Lotze schreibt auch in bezug auf die betreffenden antiken Gesellschaften: "Der Weg der Staaten mit Kollektivklaverei der Landbevölkerung war jedoch nur den Anfängen angemessen und führte nicht weiter, so daß diese Staaten bald der Stagnation verfielen und im Lauf der Geschichte zurücktraten." (Ebenda, S. 78.)

15 Mylius, Klaus, a. a. O., S. 357.

16 Kosambi, Damodar Dharmanand, An Introduction to the Study of Indian History, Bombay 1956, S. 97 ff.

17 Besonders ausgeprägt in den Brahmanas, den frühen Grhyasutras und Dharmaśūtras.

mit unentwickelten Eigentums- und Klassenverhältnissen, mit geringer Arbeitsteilung und Marktproduktion und geringen Ware-Geld-Beziehungen. Trotz mancher ähnlicher Züge zwischen dem spartanischen Staat und den frühen vedischen Staaten gab es einige entscheidende Unterschiede. Die Überlagerung der indoarischen Stämme über die Vorbevölkerung hatte eher den Charakter eines Tributärverhältnisses. Die indoarische Stammesgesellschaft differenzierte sich schnell sozial, charakterisiert durch das frühe Verschwinden der Vaiśyas, des Standes der Gemeinfreien. Offenbar gingen Vaiśyas und Śūdras ineinander auf. Entscheidend waren die Eigentumsverhältnisse. Im Staat der Lakedaimonier gehörte der Grund und Boden samt den Bebauern einem Bürgerkollektiv, und der einzelne Spartiat war Eigentümer des Bodens und der Heloten nur als vollberechtigtes Mitglied dieses Bürgerkollektivs. Sparta war, wenn auch modifiziert, eine Polis. Der Charakter der Eigentumsverhältnisse in der ersten Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z. in Indien ist noch umstritten. Einige Quellen deuten aber auf die Existenz des kleinen bäuerlichen Eigentums an Produktionsmitteln, Vieh und Land, hin (RV 8, 91 /700/; RV I, 110, 5). Daneben entwickelte sich königliches Landeigentum, wie in späteren Quellen ablesbar. Die Existenz eines vedischen Bürgerkollektivs oder eines Polischarakters der vedischen Gesellschaft kann keinesfalls nachgewiesen werden.

D' jakonov faßt allerdings die Institution der Helotie weiter. Er glaubt sie außer im griechischen Bereich auch bei den Hethitern, Ägyptern und in den guruš der 3. Dynastie von Ur zu erkennen. Die Heloten im Westen wie im Osten seien mit dem staatlichen Wirtschaftssektor verbunden gewesen. "Die Heloten sind das Äquivalent der patriarchalischen Sklaven in den Grenzen des staatlichen Eigentums".¹⁸ Zwischen der Einbeziehung von Gruppen einer Vorbevölkerung in den Bereich einer Staats- oder Königswirtschaft und der Helotie im griechischen Bereich dürften aber qualitative Unterschiede liegen. Im ersten Fall arbeitete die abhängige bäuerliche Bevölkerung auf Grund und Boden, der dem Staat bzw. dem König gehörte (das konnte identisch sein, mußte es aber nicht; aus dem Staatsland sonderte sich im Laufe der Entwicklung königliches Privateigentum an Land heraus), im zweiten Fall saß diese Bevölkerung auf Land, das einem in einer Polis zusammengeschlossenen Bürgerkollektiv gehörte, und das ist wohl der wesentliche Unterschied zwischen beiden. Man sollte den Begriff Helotie für die von D' jakonov angeführten orientalischen Abhängigkeitsverhältnisse vermeiden.

Spätestens seit dem 6. Jahrhundert v. u. Z. ging der Entwicklungsweg der arisch-indischen wie auch der inzwischen entstandenen vorarischen Gangestaltstaaten in eine ganz andere Richtung als der des lakedaimonischen Staates. Dieser geriet in die Stagnation und sank im 3. Jahrhundert v. u. Z. im Vergleich zu seiner einstigen Vormachtstellung in Griechenland zur Bedeutungslosigkeit herab. Längere Reformbewegungen lösten die Helotie von innen her auf, wenn sie auch als Institution formell bis in die Zeit der römischen Eroberung Griechenlands bestehen blieb.¹⁹ Lotze bemerkt zur Veränderung des Helotiesystems: "Eine spätere Folge der Sonderstellung dieser Sklavenkategorie war örtlich ihre Emanzipation als

18 D' jakonov, I. M., Raby, *iloty i krepostnye v rannej drevnosti*, in: *Vestnik drevnej istorii*, Nr. 4/1973, S. 20.

19 Vgl. Oliva, Pavel, Die Helotenfrage in der Geschichte Spartas, in: *Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen*. Zum XIV. Internationalen Historiker-Kongreß in San Francisco 1975 hg. v. Joachim Herrmann u. Irmgard Sellnow, Berlin 1975, S. 116.

Klasse, während andre Sklaven nur als einzelne zur Freiheit gelangten. ²⁰ Weder waren die altindischen Śūdras Sklaven, noch emanzipierten sie sich als Klasse. Die Gangestaltstaaten gerieten auch nicht in die Stagnation.

Im Gegenteil erfuhr die altindische Gesellschaft im Magadha- und noch mehr im Mauryastaat einen unerhörten Aufschwung. Vollendung der dritten gesellschaftlichen Arbeitsteilung, Herausbildung und Festigung des Privateigentums, Marktproduktion und Ware-Geld-Beziehungen kennzeichneten die sozialökonomische Basis des altindischen Mauryareiches und führten zu einer tiefergehenden Klassendifferenzierung, in der die Ständeordnung eine neue Qualität erreichte. Das Vier-Stände-System wurde äußerlich traditionell beibehalten, ohne daß die Standeszugehörigkeit des einzelnen noch mit seiner tatsächlichen sozialen Lage übereinstimmte und dem einst so privilegierten Brahmanenvarna in seiner Mehrheit kaum mehr übrigblieb als ein gewisser Standesstolz und einige religiöse Vorrechte. Der griechische Gesandte Megasthenes berichtete im 3. Jahrhundert v. u. Z. von sieben Ständen (ἑπτὰ μέρη) in Indien: 1. Philosophen, 2. Bauern, 3. Hirten und Jäger, 4. Künstler, Händler und Gewerbetreibende, 5. Krieger, 6. Aufseher, 7. Räte und Beisitzer des Königs, wie Strabo überlieferte (15, 39 - 41; 46 - 52). ²¹ Arrian nennt Weise, Ackerbauern, Schaf- und Rinderhirten, Handwerker und Handelsleute, Krieger, Aufseher, Räte der Könige oder der Freistädte (Indica, 11 - 12). ²² Diodor (II, 40 ff.) gibt die Einteilung in Philosophen, Bauern, Hirten, Handwerker, Krieger, Aufseher und Räte an. ²³

Diese fortgeschrittene indische Ständeteilung entsprach der anderer orientalischer Gesellschaften auf eisenzeitlicher Grundlage in der zweiten Hälfte des 1. Jahrhunderts v. u. Z. Diodor (I, 73) schreibt, daß alles Land in Ägypten in drei Teile (μέρη) geteilt war: Der erste Teil gehörte dem Priesterstand (ἱερεῖς), der zweite den Königen (βασιλεῖς) und der dritte den Kriegern (μάχιμοι). Außerdem waren noch die drei Bürgerklassen der Hirten, Bauern und Handwerker vorhanden (νομῆς, γεωργοί, τεχνῖται). Die Ackerbauern pachteten Land vom König, den Priestern oder den Kriegern (Diodor, I, 74). Herodot (II, 164) nennt sieben Stände der Ägypter: Priester, Krieger, Rinderhirten, Schweinehirten, Händler, DoImetscher und Steuermänner. ²⁴ Plato zählt im Timaios Priester, Krieger, Handwerker, Hirten, Jäger und Ackerbauern für Ägypten auf. ²⁵

Diese Etappe der ständischen Teilung der alten Gesellschaften unterstellte generell weiterentwickelte Produktivkräfte, die Herausbildung der beiden Formen des Privateigentums, größere Bedeutung der Warenproduktion, Ware-Geld-Beziehungen und städtische Entwicklung. ²⁶ Mit der Durchsetzung der zweiten und dritten gesellschaftlichen Arbeitsteilung gingen die frühklassengesellschaftlichen Stände der Krieger- und Priesteraristokratie und des Bauern- und Hirtenstandes in eine

²⁰ Lotze, Detlev, a. a. O., S. 78.

²¹ Strabonis Geographica, hg. v. August Meineke, Bd. 3, Leipzig 1877.

²² Arrian, Werke, hg. v. Anton Gerhard Roos, Leipzig 1910.

²³ Diodori Bibliotheca Historica, hg. v. Ludwig Dindorf, Bd. 1, Leipzig 1866.

²⁴ Herodoti Historiae, rec. Carolus Hude, editio tertia, tomus prior, Oxonii 1960.

²⁵ Platonis Opera, rec. Ioannes Burnet, tomus IV, tetralogiam VIII continens, Oxonii 1962, Timaios, 24.

²⁶ Jähne, Armin/Njammasch, Marlene, Einige Merkmale des Privateigentums in frühen Klassengesellschaften des Orients und der Antike, in: EAZ, Nr. 3/1978 (im Druck).

Standesteilung auf, die zusätzlich von den handwerklichen und gewerblichen Tätigkeiten und dem gesellschaftlichen Ansehen dieser Tätigkeiten geprägt war. Die Herausbildung städtischer Zentren wurde wichtiges Kettenglied dieser Entwicklung. "Die Grundlage aller entwickelten und durch Warenaustausch vermittelten Teilung der Arbeit ist die Scheidung von Stadt und Land."²⁷ Den Ständeteilungen in der frühen Phase von Klassengesellschaften (auf bronzezeitlicher und später auf eisenzeitlicher Grundlage), als sich die zweite gesellschaftliche Arbeitsteilung durchzusetzen begann²⁸, entsprach ein kollektives Element in der Teilung der Arbeit. Bestimmte Handwerke waren in bestimmten Sippen, Clänen oder Familiengruppen erblich. "Im antiken Griechenland finden wir viele solcher Handwerkerclane: die Homeriden (Rhapsoden), die Asklepiaden (Ärzte), die Iamiden, Branchiden und Krontiden (Wahrsager), die Euniden (Lyraspieler), die Keryken und Theokeryken (Herolde). In Sparta gehörten die Herolde sämtlich zum Clan der Talthybiaden . . . Und es gibt viele andere Clane, deren Name eine Berufsbezeichnung in sich schließt: die Poimeniden (Hirten), Agirotomen (Pappelhauer), Buzygen (Ochsenspanner), Phreorychen (Brunnenbauer), Dädaliden und Kropiden (Bildhauer); die Hephästiaden, Äthaliden, Eupyriden und Peleken, Waffenschmiede und sonstige Schmiede."²⁹

Der charakterisierten entwickelteren Etappe der Ständeteilung entsprach eine individualisiertere Arbeitsteilung. Die Arbeitsteilung hatte sich von den blutsverwandtschaftlichen Gruppierungen abgelöst und vollzog sich zwischen Individuen, aber - und dies ist entscheidend für den Charakter der Teilung der Arbeit innerhalb alter Gesellschaften - diese Individuen wurden von der Gesellschaft zu Vereinigungen gleicher Tätigkeit und gleichen Gewerbes gezwungen, womit meist eine soziale Rangabstufung verbunden war. Während die kapitalistische Produktionsweise durch die Anarchie der gesellschaftlichen Arbeitsteilung charakterisiert ist, boten vorkapitalistische Klassengesellschaften "das Bild einer plan- und autoritätsmäßigen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit".³⁰ Der "Despotie der manufakturmäßigen Arbeitsteilung" im Kapitalismus steht gegenüber, daß vorkapitalistische Produktionsweisen "die Teilung der Arbeit innerhalb der Werkstatt ganz ausschließen, oder nur auf einem Zwergmaßstab, oder nur sporadisch und zufällig entwickeln."³¹ Ökonomische Notwendigkeit für eine "autoritätsmäßige Organisation der gesellschaftlichen Arbeit"³² war die ungeheure Zersplitterung der Produktionsmittel, besonders des Grund und Bodens in allen alten Gesellschaften. Vor allem das Vorherrschen des kleinen individuellen Privateigentums, die kleine bäuerliche und handwerkliche Produktion mit ihrer Tendenz zur bloßen Reproduktion der bestehenden Verhältnisse hatten großen Einfluß auf den Grad der Arbeitsteilung in den einzelnen Gesellschaften des Altertums.

Am deutlichsten erkennbar war der Grad der Arbeitsteilung im Handwerkerstand. Nun waren weder die frühen Stände noch die Stände in den entwickelten Gesellschaften des Orients und der Antike in der zweiten Hälfte des 1. Jahrtausends v.

27 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1970, S. 373.

28 Die zweite gesellschaftliche Arbeitsteilung vollzog sich z. T. schon in der Urgesellschaft, erhielt jedoch mit der Herausbildung der Klassengesellschaft eine neue Qualität.

29 Thomson, George, Aischylos und Athen. Eine Untersuchung der gesellschaftlichen Ursprünge des Dramas, Berlin 1957, S. 47.

30 Marx, Karl, a. a. O., S. 377.

31 Ebenda, S. 377.

32 Ebenda, S. 377.

u. Z. Kasten³³; wenn es aber gemeinsame Züge von Stand und Kaste gibt, so traf das am ehesten für den spezialisierten Handwerkerstand zu, aber auch für den Kriegerstand, nicht zufällig also für Stände, in denen spezielle Erfahrungen und Fertigkeiten zur Ausübung dieser Tätigkeiten erforderlich waren. Die Erlernung dieser Fertigkeiten ging am leichtesten vonstatten, indem der Vater seine Erfahrungen und Kenntnisse im Beruf an den Sohn weitergab. Diese günstigste Variante der Berufsausbildung in alten Gesellschaften wurde häufig vom Staat gesetzlich reglementiert und konnte in eine Berufserblichkeit einmünden. Die Tendenz, den Sohn den Beruf des Vaters ergreifen zu lassen, war daher keine Besonderheit der indischen gesellschaftlichen Entwicklung, sondern sie bestand in allen alten und mittelalterlichen Gesellschaften - nur eben je nach dem Niveau der gesellschaftlichen Entwicklung verschieden stark ausgeprägt.

Diodor (I, 74) beschreibt bei seinen Erörterungen des ägyptischen Ständewesens die Vererbbarkeit des Handwerks: "Hier allein läßt man nämlich die Handwerker sich weder an einer anderen Beschäftigung noch an politischen Dingen außer an der von den Gesetzen vorgeschriebenen und von den Eltern her überlieferten (Beschäftigung) beteiligen ... wenn ... bei den Ägyptern ein Handwerker sich an der Politik beteiligen oder mehrere Handwerke zugleich betreiben würde, so fielen er schweren Strafen anheim."³⁴ Plato (Timaios 24) behauptet von den ägyptischen Handwerkern, daß die einzelnen Gewerbeklassen jede für sich und nicht mit den anderen zusammenarbeiteten. Diodor (I, 73) betont, daß auch die Priester und Krieger ihren Stand von den Vorfahren ererbten und an die Nachkommen weitergaben. Herodot (II, 163 - 166) schreibt ebenfalls, daß alle sieben ägyptischen Stände erblich waren und die Krieger kein Handwerk betrieben, sondern nur das Schwert führten und der Sohn dem Vater hierin folgte. Nichts anderes berichtet eigentlich Strabo von den Indern (XV, 1, 49, wenn er behauptet, keiner dürfe sein "Gewerbe und seine Tätigkeit eins gegen das andere vertauschen; und ein und derselbe nicht mehrere (Gewerbe) ausüben".³⁵ Strabo berichtet sogar von einem Heiratsverbot von einem Stand in den anderen. Diodor bestätigt das (II, 41); Beruf und Handwerk zu ändern sei nicht erlaubt, und einer aus dem Kriegerstand dürfe zum Beispiel kein Bauer werden. Auch Arrian schreibt über ein Heiratsverbot zwischen den Ständen, aus dem Bauernstand könne man nicht in den Handwerkerstand einheiraten oder umgekehrt. Es sei auch nicht erlaubt, daß jemand zwei Gewerbe zugleich betriebe oder daß er seinen Stand mit einem anderen vertausche, ein Hirte könne kein Ackerbauer, ein Handwerker kein Hirte werden (Indica 12). In dieser rigorosen Form wurden derartige Verbote in den indischen Quellen allerdings nicht tradiert.³⁶

Vom ägyptischen Kriegerstand der Kalasirier schreibt Herodot (II, 167), daß sie kein Handwerk betreiben dürften, sondern sich nur mit dem Kriegsdienst zu befassen hätten, wie es der Sohn vom Vater nicht anders wüßte. Auch in anderen orientalischen und antiken Gesellschaften finden wir in den Handwerker- und Kriegerständen, soweit sie ausgeprägt vorhanden sind, kastenartige Züge. Im Altbabylonischen Reich vererbten sich die Handwerke "innerhalb der einzelnen Familien von Geschlecht zu Geschlecht, weshalb es von alters her Brauch war, statt Weber Webersohn usw. zu sagen. Das Handwerk bildete den Besitz, ja Reichtum

³³ Wenn Marx, a. a. O., S. 388, vom "ägyptischen Kastenwesen" spricht, so will er offenbar auf die nahen Beziehungen von Stand und Kaste hinweisen.

³⁴ Diodori Bibliotheca Historica, a. a. O., S. 108 f.

³⁵ Strabonis Geographica, a. a. O., S. 986.

³⁶ Bongard-Levin, G. M. /II' in, G. F., a. a. O., S. 381 ff.

der betreffenden Familien, weshalb das Gesetz bestimmt, daß, wenn ein Handwerker seinem Adoptivsohn sein Handwerk beigebracht, dieser letztere von seinen Eltern nicht reklamiert werden kann.³⁷ Dies bestimmt der § 188 des Kodex Hammurapi. Im Sanskrit gibt es das Patronymikon *kulāla-kaulāla*, Töpfer und Töpferssohn, wobei *kaulāla* aber auch den Töpfer schlechthin bezeichnen kann. Jedoch ist diese Tatsache allein noch kein ausreichender Beweis für eine feste, staatlich sanktionierte Erblichkeit des Berufs.³⁸ Auch für die Antike lassen sich zu diesem Problem Beispiele finden. "In derselben Familie vererbte sich von Generation zu Generation der Meißel des Bildhauers . . . wenn dem Namen des Künstlers der seines Vaters im Genitiv folgt, ist der Vater zugleich der Meister des Sohnes gewesen."³⁹ In anderen Berufsgruppen gab es ebenfalls Tendenzen zur Erblichkeit, nicht zufällig in hochspezialisierten Gewerben, doch nicht nur dort. "So gehen die Medizinischen Schulen von Familiengruppen aus. Man kann annehmen, daß dieselben Bräuche in Berufen untergeordneten Ranges gang und gäbe waren."⁴⁰ Büchschütz vermerkt dazu: "Dagegen mögen die römischen Innungen immerhin etwas beigetragen haben, die technischen Fertigkeiten der einzelnen Gewerbe in ihren geschlossenen Kreisen zu erhalten und Verbesserungen und Fortschritten eine leichtere und weitere Verbreitung zu verschaffen. . . In ähnlicher Weise sind in Griechenland manche Beschäftigungen in einzelnen Geschlechtern und Familien gewissermaßen erblich gewesen, und wenn auch damit keine kastenartige Abgeschlossenheit verbunden war, so läßt sich doch aus einzelnen Erscheinungen auf verwandten Gebieten, zum Beispiel aus der Ausübung der Heilkunde, abnehmen, daß diese Art der Tradition einzelner Gewerbe dazu beigetragen hat, gewisse Handwerke an bestimmten Orten dauernd zu erhalten."⁴¹ Poland nennt Kos, wo sich solche Ärztevereinigungen nachweisen lassen.⁴² Bisher Gesagtes traf zum Beispiel auch auf die Priesterschaft in Griechenland zu. "Die Priesterschaft war schon in der mykenischen Epoche gut organisiert. Das ergibt sich aus dem hohen Alter solcher Clankulte wie des der Branchiden zu Milet und der Eumolpiden zu Eleusis wie auch der Priesterschaft des Apollo zu Delphi, die sich aus einer begrenzten Zahl adliger Familien ergänzte."⁴³

Über die Vererbbarkeit des Handwerks in Sparta äußert sich Herodot (VI, 60): "Auf folgende Weise stimmen aber die Lakedaimonier mit den Ägyptern überein: Die Herolde bei ihnen, die Flötenspieler und Köche übernehmen das vom Vater ererbte Gewerbe; ist der Vater Flötenspieler, Koch oder Herold gewesen, so wird auch der Sohn wieder Flötenspieler, Koch oder Herold und andere, denen eine laute Stimme verliehen ist, verdrängen sie nicht, sondern sie betreiben das

- 37 Delitzsch, Friedrich, *Handel und Wandel in Altbabylonien*, Stuttgart 1910, S. 36 f.
- 38 Schetelich, Maria, *Zur Dorfgemeinde in Indien*, in: EAZ, Nr. 3/1972, S. 244, nimmt dies als Hinweis auf die Erblichkeit des Handwerks im 6. Jh. v. u. Z. an.
- 39 Pauly's Realenzyklopädie der klassischen Altertumswissenschaften, Bd. 9, *Hyaia-Ingum*, Stuttgart 1916, S. 1416.
- 40 Ebenda, S. 1417.
- 41 Büchschütz, B., *Die Hauptstätten des Gewerbefleißes im klassischen Altertume*, Leipzig 1869, S. 3 f.
- 42 Poland, Franz, *Geschichte des griechischen Vereinswesens*, unveränd. foto-mechanischer Nachdruck der Originalausgabe 1909, Zentralantiquariat der DDR, Leipzig 1967, S. 120 f.
- 43 Thomson, George, a. a. O., S. 75 f.

väterliche (Gewerbe) weiter."⁴⁴ Für Rom sei folgendes Beispiel angeführt: "Die Werkstätten (Gewerbe) wurden nicht selten von Vater zu Sohn vererbt. Die Töpferei der Gabinii können wir so durch drei Generationen verfolgen."⁴⁵ Plutarch (Lykurg 4, 9, 13) erzählt, die Ägypter behaupteten, Lykurg hätte die bei ihnen übliche Trennung der Kriegerkaste von den anderen Kasten so lobenswert gefunden, daß er sie in Sparta auch eingeführt hätte.⁴⁶ Plato entwirft im Timaios das Idealbild einer erblichen Kriegerkaste.⁴⁷ Isokrates vergleicht im Busiris die erbliche Ständegesellschaft der Ägypter und der Lakedaimonier insgesamt.⁴⁸

In stark ständisch gegliederten Gesellschaften spielte die Vererbbarkeit nicht nur in bestimmten Handwerken, Tätigkeiten oder Gewerben eine Rolle, sondern war überhaupt Merkmal dieser Gesellschaften in allen Bereichen. Insofern gab es erhebliche qualitative Unterschiede zwischen den Staaten der alten Welt. Gesellschaften mit ausgeprägt städtischer Entwicklung, mit Marktproduktion und Ware-Geld-Beziehungen größeren Ausmaßes, mit einer ausgeprägteren Klassenteilung, wie zum Beispiel viele griechische Poleis, durchbrachen diese Vererbbarkeit des Standes oder Berufs. Die "plan- und autoritätsmäßige Organisation der gesellschaftlichen Arbeit"⁴⁹ war hier weniger streng als zum Beispiel in solchen Gesellschaften wie der ägyptischen oder der lakedaimonischen. Marx schrieb, daß in unentwickelten Zuständen, in denen der unmittelbare Produzent Besitzer der Produktionsmittel war und seine Mehrarbeit dem Eigentümer derselben gehörte, es "im Interesse des herrschenden Teils der Gesellschaft ist, das Bestehende als Gesetz zu heiligen und seine durch Gebrauch und Tradition gegebenen Schranken als gesetzliche zu fixieren."⁵⁰ Hier könnte man an die Reformen des Lykurg denken. Marx fährt fort: "Von allem andern abgesehen, macht sich dies übrigens von selbst, sobald die beständige Reproduktion der Basis des bestehenden Zustandes, des ihm zugrunde liegenden Verhältnisses, im Lauf der Zeit geregelte und geordnete Form annimmt; und diese Regel und Ordnung ist selbst ein unentbehrliches Moment jeder Produktionsweise, die gesellschaftliche Festigkeit und Unabhängigkeit von bloßem Zufall oder Willkür annehmen soll. Sie erreicht diese Form bei stagnanten Zuständen sowohl des Produktionsprozesses wie der ihm entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse durch die bloße wiederholte Reproduktion seiner selbst."⁵¹

Diese sozialökonomischen Zustände verursachten, daß die ägyptische, lakedaimonische und altindische Gesellschaft über längere Perioden ihres Bestehens so wenig Dynamik in ihrer Entwicklung zeigten. Die "wiederholte Reproduktion" ihrer selbst wurde nur ganz allmählich überwunden, und zwar in recht verschiedenem Grade; Entweder konnte sich die Gesellschaft aus eigener Kraft weiterent-

44 Herodoti Historiae, a. a. O., tomus posterior, Oxonii 1962.

45 Pauly's Realenzyklopädie der klassischen Altertumswissenschaften, a. a. O., S. 1450.

46 Plutarch (Plutarchos). Ausgewählte Biographien (Vitae paralellae), dt. v. Édyard Eyth, Bd. chen 1 - 30, Stuttgart 1854 - 71; derselbe, Lykurgos, Bd. 6, 1857.

47 Platonis Opera, a. a. O., Timaios, 17 - 19.

48 Isokrates, Werke, übers. v. Adolph Heinrich Christian, 4 Bd. chen, Stuttgart 1835, Busiris, 527 ff.

49 Marx, Karl, a. a. O., S. 377.

50 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1974, S. 801.

51 Ebenda, S. 801 f.

wickeln (Indien) oder durch Überlagerung einer höher entwickelten Produktionsweise (die Einbeziehung Ägyptens in den Hellenismus), oder sie ging zugrunde (Sparta).

Es war vor allem das Bestreben der herrschenden Klasse, bestimmte Ordnungsregeln für die Gesellschaft besonders im sozialen Bereich aufzustellen. Das brachte ihr zumindest zwei Vorteile. Zum ersten sicherte sie die Reproduktion im ökonomischen und im sozialen Bereich in für sie günstiger Weise. Zum zweiten wurde dadurch die Möglichkeit untergraben, im Klassenkampf relativ schnell zu einer Einheit breiterer Massen der unterdrückten Klasse zu kommen. Diese Einheit gelang in der Regel nur in Ausnahmesituationen, bei ersten politischen und wirtschaftlichen Krisen, zum Beispiel Hungersnöten.

Innerhalb dieser ständischen Teilung der Gesellschaft konnte es in der ersten Klassengesellschaft abgesonderte Gruppen mit kastenähnlichem Charakter geben. Das betraf vor allem Gesellschaften mit intensiven Kontakten zu in urgesellschaftlichen Verhältnissen lebenden Stämmen. Diese Stämme wurden häufig in den altorientalischen Gesellschaften assimiliert. Sie konnten aber auch als gesonderte Gruppen in ihnen weiterbestehen, besonders, wenn sich die Klassengesellschaft in einem frühen Stadium ihrer Entwicklung befand. Im alten Indien stellte der Stamm der Caṇḍālas so eine gesonderte und gesellschaftlich geächtete Kaste dar.⁵² Sogar Handwerke oder Tätigkeiten, die solche Menschengruppen betrieben, konnten im Laufe der Zeit ebenfalls von der Gesellschaft verachtet werden.⁵³ Zu diesem Problem bemerkte Marx: "Die Geschlechterstämme gehen dem Alter nach vor den Ortsstämmen und werden fast allenthalben von ihnen verdrängt. Ihre äußerste, strengste Form ist die Kasteneinrichtung, wo eine von der andren getrennt ist, ohne wechselseitiges Eherecht, der Würde nach ganz verschieden; jede mit einem ausschließlichen, unabänderlichen Beruf."⁵⁴

Indien, ein geradezu unerschöpfliches Reservoir dieser in urgesellschaftlichen Verhältnissen lebender Stämme, hatte es schon in der ersten Klassengesellschaft zu einem förmlichen System gebracht, nach dem diese Stämme in die Klassengesellschaft eingegliedert wurden. Bei weitem nicht alle so einbezogenen Stämme waren verachtet wie die Caṇḍālas. Es existierten hier feine Abstufungen der gesellschaftlichen Ächtung bzw. Wertschätzung, die sicher beeinflusst waren von der Qualifikation der von den Stammesmitgliedern in der Hauptsache betriebenen Berufe⁵⁵, aber auch vom gesellschaftlichen Entwicklungsniveau jener Stämme. Solche, die sich im Stadium der militärischen Demokratie mit einer weit entwickelten Stammesaristokratie befanden, konnten insgesamt als *ksatriyas* in die indische Ständegesellschaft eingegliedert werden.⁵⁶ Übrigens konnten auch religiöse Gemeinschaften, Minderheiten, einen solchen kastenartigen Charakter annehmen. Es gab bereits in der ersten Klassengesellschaft in vielen altorientalischen

52 Fick, Richard, Die soziale Gliederung im nordöstlichen Indien zu Buddhas Zeit. Mit besonderer Berücksichtigung der Kastenfrage, unveränd. Nachdruck 1897, Graz 1974, S. 202 ff.

53 Ebenda, S. 209.

54 Marx, Karl, Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen, in: Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 381.

55 Fick, Richard, a. a. O., S. 211.

56 Z. B. die Nāyas. Sharma, J. P., Republics in Ancient India, c. 1500 B. C. - 500 B. C., Leiden 1968, S. 159.

Ländern Berufe, Gewerbe oder Tätigkeiten, die, obwohl von den Angehörigen der eigenen Völkerschaft ausgeübt, aus religiösen oder welchen Gründen auch immer traditionell verachtet wurden. Leute, die solche Berufe, Gewerbe oder Tätigkeiten ausübten, gerieten sehr leicht in eine kastenartige Abgeschlossenheit. Herodot berichtet (II, 47), daß den Ägyptern das Schwein als unreines Tier galt. Daraus leitete sich eine gesellschaftliche Ächtung der Schweinehirten ab. Die Schweinehirten, auch wenn sie eingeborene Ägypter seien, schreibt Herodot, dürften keinen Tempel betreten. Kein Ägypter würde je seine Tochter einem Schweinehirten zur Frau geben, geschweige denn die Tochter eines Schweinehirten heiraten. Sie heirateten nur untereinander. Bei Manu (IV, 86 und 210) sind Zimmermann und Schlächter wenig geachtet bzw. werden verachtet, auch Korbmacher, Töpfer, Weber und Lederarbeiter waren "niedere" Handwerke. 57

Je weiter eine Gesellschaft sozialökonomisch entwickelt ist, um so leichter gelingt es ihr, die zuvor erwähnten Stammesgruppen zu integrieren. Diese Integration ist aber immer klassengebunden, das heißt den Interessen der herrschenden Klasse untergeordnet. 58

Die Entwicklung der indischen Gesellschaft blieb nicht bei der Ständeteilung des 3. Jahrhunderts v. u. Z. stehen. Die nun folgenden Jahrhunderte bis zum 4. Jahrhundert u. Z. waren die Blüteperiode der altorientalischen indischen Klassengesellschaft. Eine reiche Stadtkultur entstand in Nordwest- und Mittellindien und an der West- und Ostküste des Dekhan. Ware-Geld-Beziehungen und Marktproduktion breiteten sich aus, gefolgt von Wucher- und Handelskapital. 59 Ein intensiver Transit- und Überseehandel mit Rom, Hinterindien, China und Indonesien bestand. Eine fortschreitende Klassenpolarisierung schränkte die ständische Teilung der Gesellschaft ein. Außer der Urbanisierung, der Existenz einer Geldaristokratie und den städtischen Schichten hatten auch die Fremdvölker (Griechen, Baktrer, Saka, Parther und andere) zur Differenzierung und zum Zerfall des Ständesystems der ersten Klassengesellschaft beigetragen. Zu Anfang unserer Zeitrechnung stimmte die alte Varnateilung aus der Frühzeit der ersten Klassengesellschaft überhaupt nicht mehr mit der Wirklichkeit überein. Sie war eigentlich schon im 3. Jahrhundert v. u. Z. - wie an den griechischen Quellen ablesbar - mehr pietätvoll gehütete Überlieferung als gesellschaftliche Realität, abgelöst durch die erwähnte weiterentwickelte Ständeordnung, wie man es auch am Kauṭīliya Arthaśāstra⁶⁰ (KA) und den volkstümlichen Jātakas⁶¹ oder im Milindapaṇha⁶²

57 Fick, Richard, a. a. O., S. 210 ff.

58 Sogar noch innerhalb der griechischen Polis gab es die Abgrenzung gegen die "Nichtbürger", die "Nichtathener", Metoiken genannt. Die Metoiken durften in der Regel kein Land besitzen, da sie kein Bürgerrecht hatten, und mußten das *μετοίκιον* bezahlen. Diese Form ihrer Integration in den athenischen Staat wurde von den Klasseninteressen der athenischen herrschenden Klasse, den Polisbürgern, bestimmt. (Vgl. Michell, H., *The Economics of Ancient Greece*, Cambridge 1963, S. 117, 375.)

59 Njammasch, Marlene, Dorfverleihungen und Landschenkungen im Dekhan vom 1. bis zum 5. Jahrhundert u. Z., in: *Klio*, Bd. 54, 1972, S. 251 ff.; auch Gafurov, B. G., *The Kushans and World Civilization*, in: XIV International Congress of Historical Sciences, San Francisco 1975, S. 7.

60 The Kauṭīliya Arthaśāstra, Pt. 1, A critical Edition with a Glossary von R. P. Kangle, Bombay 1960.

61 Jātakam. Das Buch der Erzählungen aus den früheren Existenzen Buddhas, aus dem Pāli zum ersten Male vollständig ins Deutsche übersetzt von Julius

und anderen indischen Quellen ablesen kann. In KA (II, 35, 54, 55) heißt es, daß der Obersteuereinnahmer (samāharṭṛ) in den einzelnen Häusern eines Dorfes die Bewohner genau zu erfassen hat. Er soll sie nach den vier Varṇas ordnen, aber - und das ist für die Steuererhebung offenbar viel interessanter - er soll feststellen, wieviel Bauern, Hirten, Händler, Handwerker, Mietarbeiter und Sklaven vorhanden sind (karsaka - gorakṣaka - vaideha - kāru - karmakara - dāsāḥ). Die Steuern wurden nicht nach Varṇazugehörigkeit, sondern nach dem Einkommen berechnet, eine Ausnahme bildeten nur gelehrte Brahmanen, von denen auch griechische Quellen berichten, daß sie keine Steuern zu zahlen brauchten (zum Beispiel Strabo XV, 1, 39). Strabo spricht jedoch nicht von allgemeiner Steuerfreiheit gelehrter Brahmanen (den φιλόσοφοι), sondern sie würde nur dem gewährt, der dem König bei der großen Neujahrsversammlung die Zukunft des Landes richtig voraussagte. Die im Milindapañha angegebene Teilung der Bevölkerung in König, Adel, Priester, Söldnertruppen der verschiedensten Gattungen, Handwerker, Händler, die mit Dienstleistungen Beschäftigten, Künstler, Fremde, wie zum Beispiel Skythen, Griechen, Chinesen und Tartaren, und Stämme, wie zum Beispiel die Nesādas (= Nisādas, die vor allem Jagd betrieben), entsprach sicher im 2. Jahrhundert v. u. Z. viel eher der Realität als die Wunschvorstellungen brahmanischer Rechtslehrer.⁶³ Wenn Manu (I, 88)⁶⁴ den Brahmanen Vedastudium, Lehren der Veden, Opfern für sich und andere und Geschenke entgegennehmen als Lebensunterhalt vorschrieb, den Sūdras aber anbefahl, den drei oberen Ständen neidlos zu dienen, so schrieb er so sehr am Leben vorbei, daß er sich selbst korrigieren mußte. In VIII, 102, gibt er an, daß Brahmanen, die Hirten, Händler, Handwerker, Wucherer oder um Lohn Arbeitende seien, vor Gericht wie Sūdras behandelt werden müßten. In X, 129, verbot der dem Sūdra, überflüssigen Reichtum anzuhäufen, denn wenn ein "Diener" Vermögen erwürbe, würde er hochmütig. Der Varṇa der Brahmanen war tief zerklüftet, es gab reiche Aristokraten, Handelsherren, Hofbeamte und arme brahmanische Kleinbauern und Bettler. Übriggeblieben war das Bewußtsein, als Brahmane geboren worden zu sein, woraus sich ein fiktiver Anspruch auf eine soziale Besserstellung ableitete, sowie bestimmte Überlieferungen in den religiösen und familienrechtlichen Vorstellungen erhalten blieben.⁶⁵ Bis zum 3. Jahrhundert u. Z. wurde die Kluft zwischen brahmanischen Ansprüchen und der sozialen Wirklichkeit eher noch größer. Vorauszusetzen ist aber, daß in der Reichtumsaristokratie wahrscheinlich mehr Menschen Brahmanen von Geburt waren als Sūdras, denen der ideelle Makel einer "niederen Geburt" anhaftete. Die gahapatis der buddhistischen Quellen - die Reichtumsaristokratie in Stadt und Dorf - bezeichneten sich oft als brahmanischer Herkunft. Dies widerspiegeln auch die Märchen, Volkslegenden und die Poesie und Literatur in Sanskrit.

In den ersten Jahrhunderten u. Z. tauchen in den epigraphischen Quellen in politischer und ökonomischer Hinsicht mächtige und einflußreiche Vereinigungen von Händlern, Kaufleuten und Handwerkern auf. Sie werden als Śreṇis bezeichnet und hatten Pendants in vielen altorientalischen, aber auch antiken Staaten.⁶⁶ Wohl

Dutoit, 7 Bde., München-Neubiberg 1908 - 1920.

62 The Miliandopañho, hg. v. Vincent Trenckner, London 1880.

63 Ebenda, S. 142.

64 Mānava-Dharma-Śāstra. The Code of Manu, hg. v. Julius Yolly, London 1887.

65 Fick, Richard, a. a. O., S. 117 ff.

66 Heichelheim, Fritz, Wirtschaftsgeschichte des Altertums, Bd. 1, Leiden 1938, S. 155, 264, 591 ff., 821.

hatten die Śrenis ihre Vorsteher, zum Beispiel Älteste der Kaufleutesreni (Jātakas V, 539; VI, 546), Ältester der Schmiedekorperation (Jāt. V, 531), Älteste der Zimmermänner in Dörfern unweit Benares (Jāt. IV, 466, 475), Ältester der Schiffer in der Hafenstadt Bharukaccha (Jāt. IV, 463). Die Śrenis hatten ihre Regeln und Satzungen, und solange sie ihren Steuer- und Abgabeverpflichtungen nachkamen, mischte sich der Staat in der Regel nicht in ihre Angelegenheiten ein. Es herrschte die bereits erörterte Tendenz, den Sohn das Handwerk des Vaters erlernen zu lassen, und besonders bei den reichen Kaufleutekorperationen bestand ein ausgeprägtes Standesbewußtsein. Das äußerte sich zum Beispiel in dem Bestreben, nur im eigenen Stand zu heiraten (Jāt. I., 124; IV, 445). Die Korperationen schützten den einzelnen jedoch nicht vor der Verarmung (Jāt. I, 131; II, 254; VI, 546), und von irgendeiner Kastensolidarität ist in den volkstümlichen Jātakas keine Rede. Es lassen sich bei den Śrenis keine Beweise für einen Kastencharakter finden. Weder gesetzlich sanktionierte Erbllichkeit des Berufs noch Speisegemeinschaft oder Heiratszwang innerhalb der Śrenis lassen sich belegen.⁶⁷ Die Śrenis waren Träger der städtischen Entwicklung, Zeugen fortgeschrittener Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land und im Handwerk selbst. Sie organisierten sich zum Zwecke der Rohstoffbeschaffung, der Gewinnung von Absatzmärkten, auch wohl zur Beilegung unnötiger Konkurrenz, in manchen orientalischen Staaten sicher als Gegengewicht gegen die Großproduktion der Tempel- und Königswirtschaften. Die Haltung des Staates gegenüber diesen Korperationen war zwiespältig; einerseits willkommen, da sich so ihre Produktion leichter kontrollieren ließ, waren sie andererseits unwillkommene Konkurrenz der königlichen Großproduktion. Manchmal wurden sie von staatlicher Seite sehr stark reglementiert: "Das Ptolemäerreich hat die Handwerkervereine gauweise unter eigenen Priestern sich organisieren lassen und vielleicht sogar mitunter auch aktiv ihre Bildung befördert."⁶⁸ Viele Berufszweige befanden sich direkt oder indirekt im Staatsdienst, besonders wenn große Teile der Rohstoffbeschaffung staatliche Monopole waren, wie wir es im ptolemäischen Ägypten vorfinden.⁶⁹ Handwerker, Händler und Kaufleute organisierten sich nicht nur, sondern lebten auch räumlich nahe beieinander. Eine Töpferstraße in Babylon und ein Metallarbeiterort in Assur weisen offenbar auf eben solches Zusammenwohnen hin.⁷⁰ Heichelheim stellte für Judäa fest: "Zum Teil wohnen die Handwerker jetzt in bestimmten Vierteln oder Dörfern, gemeinsam nach Berufen abgesondert. So haben wir im Jerusalem der Königszeit eine Bäcker-gasse, ein Walkerfeld, ein Tal der Zimmerleute und vielleicht auch ein eigenes Goldschmiedeviertel anzusetzen."⁷¹ In den buddhistischen Jātakas, deren Entstehungszeit in die Mitte des 1. Jahrhunderts v. u. Z. fällt, ist oft von "Tordörfern" die Rede, besonders vor Benares, in denen bestimmte Gewerbe und Handwerke konzentriert waren (Jat. II, 156; III, 354, 388, 408; IV, 475, 492). Meist waren es Dörfer der Zimmerleute und Töpfer. Es werden aber auch Straßen (meist wieder stereotyp in Benares lokalisiert) erwähnt,

67 Njammasch, Marlene, Einige Aspekte der sozialen Gliederung in den altindischen Staaten in der zweiten Hälfte des I. Jahrtausends v. u. Z., in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 4, S. 112 ff.; auch Bongard-Levin, G. M./Il' in, G. F., a. a. O., S. 327 ff.; ebenso Fišer, Ivo, The Problem of the Setthi, in: Archiv Oréntální 22, Jg. 1954, S. 239 ff.

68 Heichelheim, Fritz, a. a. O., S. 591.

69 Vgl. Härtel, Gottfried, Bemerkungen zu sozial-ökonomischen Fragen im ptolemäischen Ägypten, phil. Diss. Leipzig 1961, Kapitel II.

70 Heichelheim, Fritz, a. a. O., S. 155.

71 Ebenda, S. 264.

in denen sich Angehörige bestimmter Handwerksberufe konzentrierten, zum Beispiel Straßen der Elfenbeinarbeiter (Jät. I, 71; II, 221). Athen, berühmt durch seine keramischen Erzeugnisse, besaß einen Kerameikos, "das Stadtviertel von Athen, in welchem sich vornehmlich die Werkstätten und Verkaufslokale der Töpfer befanden".⁷²

Im kaiserlichen Rom konzentrierten sich die einzelnen Spezialbetriebe des Webereigewerbes auf bestimmte Stadtviertel, so gab es Seidenwirkereien besonders im vicus Tuscus.⁷³ Poland nennt eine Reihe weiterer Beispiele aus dem griechischen Bereich und bemerkt dazu: "Von großer Bedeutung ist für die Handwerkervereinigungen die betreffende Straße, wo sie ihren Wohnsitz haben, in dem Maße, daß offenbar die Gilde selbst in Apameia ἡ ἱερ[ω]τάτη πλατεῖα heißt. Denn auch sonst sind in Apameia die Gilden an die Straßen angeschlossen."⁷⁴ Ähnliches stellt er für Pergamon, Sura Akmonia und Side fest.

Nicht nur in der ersten Klassengesellschaft, auch in der Feudalgesellschaft gab es Stände. Mit dem Übergang zum Feudalismus und in dessen früherer Periode selbst kam es zur erneuten Festigung der Ständeordnung. Das läßt sich nicht nur für Indien belegen, sondern auch andere orientalische Feudalgesellschaften hatten Ständeordnungen, die in einigen ihrer Züge an Kasten erinnerten. Im Iran unter Chusro I. herrschte eine religiös sanktionierte, fast kastenhafte Scheidung der Stände in Adel, Geistlichkeit, Schreiber, Bauern, Handwerker und Kaufleute. "Der Aufstieg aus dem einen Stand in den anderen war fast unmöglich."⁷⁵ Diese Bestimmungen waren nichts anderes als Reaktionen der Staatsgewalt auf eine zunehmende Mobilität der sassanidischen Gesellschaft. Die Stände waren keine homogenen Gruppen, sondern durch sie lief eine vertikale soziale Gliederung. Die chinesische Gesellschaft des 4./5. Jahrhunderts u. Z. kannte eine strenge Rangordnung, und auf allen Lebensgebieten war eine aristokratische Verknöcherung sichtbar. Das Neun-Ränge-System führte hier zu einer Machtkonzentration weniger großgrundbesitzender Familien, die eine tiefe Kluft von den mittleren und kleineren Großgrundbesitzern trennte.⁷⁶

Die japanische Feudalgesellschaft des späten Mittelalters war stark ständisch gegliedert. Im Shogunat der Tokugawa im 17. Jahrhundert war die Bevölkerung offiziell in vier Stände eingeteilt, die Samurai, die Bauern, die Handwerker und die Kaufleute.⁷⁷ Den Samurai, dem herrschenden Stand des Militäradels, war es verboten, sich anderen Beschäftigungen als dem Kriegshandwerk oder staatlich-bürokratischen Aufgaben zu widmen. Die Samurai standen den übrigen drei recht-

72 Büchschütz, B., a. a. O., S. 13; vgl. auch Michell, H., a. a. O., S. 178.

73 Vgl. Büchschütz, B., a. a. O., S. 76.

74 Poland, Franz, a. a. O., S. 123.

75 Weltgeschichte des Altertums bis zur Herausbildung des Feudalismus, hg. v. Irmgard Sellnow, Berlin 1977, S. 617; vgl. auch Altheim, Franz/Stiehl, Ruth, Die Lage der Bauern unter den späten Sassaniden, in: Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte vorkapitalistischer Gesellschaftsformationen, a. a. O., S. 81.

76 Weltgeschichte des Altertums bis zur Herausbildung des Feudalismus, a. a. O., S. 649.

77 Ejdus, Ch. T., Istorija Japonii s drevnejšich vremen do nasich dneĭ. Kratkij očerk, Moskau 1968, S. 49.

losen Ständen als eine Art Kaste gegenüber. 78 Auf der unteren Stufenleiter der feudalen Hierarchie gab es soziale Gruppen mit stark kastenhaften Zügen, zum Beispiel die Hinin. Zu ihnen gehörten Bettler, Wanderprediger, Schauspieler, Straßenkünstler, Gaukler, Prostituierte, flüchtige Sträflinge und überhaupt die Ausgestoßenen aller Stände. 79 Auf unterster sozialer Ebene standen die Eta, die man mit den indischen Outcasts, den Unberührbaren, vergleichen könnte. Während die Entstehung der indischen Outcasts oft ethnische Hintergründe hatte und die Beschäftigung mit "unreinen" Gewerben und Tätigkeiten daraus resultierte, waren die japanischen Eta offenbar ethnisch keine gesonderte Gruppe, obwohl die feudale Ideologie sie als niedrigere Rasse klassifizierte. 80 Entstanden waren sie im frühen Mittelalter, und ihre verachtete Stellung rührt wahrscheinlich von ihren Beschäftigungen her, sie waren Gerber, Kürschner, Schlächter, Abdecker, Leichenbestatter, Henker und deren Gehilfen. 81 Sie lebten nach eigenen Gesetzen, ganz abgeschlossen in Ghettos (Stadtvierteln oder eigenen Dörfern), durften nur untereinander heiraten, und ihre Berufe waren erblich. 82 Möglicherweise war die völlige Rechtlosigkeit der Eta zum Teil auf den Einfluß buddhistischer Lehren (zum Beispiel die des Nicht-Tötens jeglicher Lebewesen) zurückzuführen. 83

Zu fragen wäre, inwieweit ständisch gegliederte europäische Feudalgesellschaften Ansätze zur Kastenbildung aufwiesen, die jedoch für diese Gesellschaften insgesamt nicht typisch, sondern bloße Randerscheinungen vor dem sozialökonomischen Hintergrund vollentwickelten feudalen Privateigentums, der feudalen Hörigkeit oder Leibeigenschaft und des städtischen Zunft-Korporationswesens waren.

Die Juden wurden zum Beispiel in der deutschen Feudalgesellschaft als ethnisch und religiös andersartige Völkerschaft angesehen. Die räumlichen und berufsmäßigen Beschränkungen, die ihnen von der Gesellschaft auferlegt wurden, waren ihrem Charakter nach kastenartig, zum Beispiel das gesetzlich angeordnete Wohnen in Ghettos in Deutschland etwa seit dem 13. Jahrhundert.

In bezug auf die Arbeitsteilung gab es Handwerksberufe und Gewerbe, die als unrein galten und traditionell geächtet waren. Angehörige dieser Berufe oder Ge-

78 Ebenda.

79 Rathgen, Karl, Staat und Kultur der Japaner, Bielefeld/Leipzig 1907 = Monographien zur Weltgeschichte, hg. v. Eduard Heyck, Bd. 27, S. 103; vgl. auch Murdoch, James, A. History of Japan, Bd. 3: The Tokugawa Epoch 1652 - 1868, London 1926, S. 43 f.

80 Goro, Chani, Istorija japonskogo naroda, übersetzt aus dem Japanischen v. A. A. Iskenderova u. J. N. Kiseleva, Moskau 1957, S. 76; vgl. auch Murdoch, James, a. a. O., Bd. 1, London o. J., S. 183. - Die Eta waren keine von den Japanern ethnisch verschiedene Gruppe. Vgl. dazu Donoghue, J. C., An Eta Community in Japan: the Social Persistence of Outcaste Groups, in: American Anthropology, Bd. 59, 1957, S. 1000 ff.

81 Goro, Chani, a. a. O., S. 76; Rathgen, Karl, a. a. O., S. 103; vgl. auch Vajda, László, Aspekte des Paria-Problems, in: Zeitschrift für Ethnologie, Nr. 2/1964, S. 171 ff.

82 Goro, Chani, a. a. O., S. 76.

83 Nachod, Otto, Geschichte von Japan, Bd. 1, T. 3, Gotha 1906 = Allgemeine Staatengeschichte, 2. Abt.: Außereuropäische Staaten, 1. Werk, S. 357; Goro, Chani, a. a. O., S. 76; vgl. auch Vajda, László, a. a. O., S. 173.

werbe konnten nur untereinander heiraten und waren bestimmter bürgerlicher Rechte beraubt, zum Beispiel Henker, Abdecker, Schinder, Türmer, Schäfer und andere.⁸⁴ Die Möglichkeiten der Kastenbildung dürften theoretisch erst mit der Herausbildung des Kapitalismus und der damit verbundenen ungeheuren Nivellierung der einzelnen Schichten der unterdrückten Klasse, des Proletariats, durch "Subsumtion der Arbeit unter das Kapital"⁸⁵ aufgehoben sein.

Es ist methodologisch nicht exakt, das frühindische Vier-Varna-System als "älteste Form des Kastensystems"⁸⁶ zu bezeichnen. Die ständische Teilung der Gesellschaft konnte Ausgangspunkt für die Entstehung von Kasten werden, von Kasten in einer frühen Form: die Eingliederung von Stämmen, Stammesgruppen oder fremden Völkerschaften (zum Beispiel die Griechen und Sakas in Indien) in eine Klassengesellschaft. Ebenso konnten sich Stände kastenartig voneinander abgrenzen.

Von diesen Fällen abgesehen, waren Kasten und Zünfte Institutionen der Feudalgesellschaft. Handwerker-, Händler- und Kaufleutekorporationen in den orientalischen und antiken Gesellschaften trugen äußere Merkmale mittelalterlicher Zünfte und Gilden, auch bestimmte Gruppen von Menschen wiesen kastenartige Züge auf. Um aber Kaste und Zunft entstehen zu lassen, bedurfte es einer höheren Entwicklung der Produktivkräfte, einer intensiveren Entwicklung der Arbeitsteilung und des Privateigentums, als in den alten Gesellschaften des Orients und der Antike erreicht wurde. Es hing aber wiederum vom Niveau dieser Entwicklungen ab, ob sich feudale ständische Gesellschaften mit Städtewesen und Zunftkorporationen entwickelten oder ob die feudalen Stände in Kastenstrukturen umschlugen.

84 Danckert, W., Unehrlische Leute: Die verfemten Berufe, Bern 1963.

85 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 533. - Denn auch die Ständeteilung ist im Kapitalismus nicht mehr relevant. "In der kapitalistischen, der bürgerlichen Gesellschaft hingegen sind juristisch alle Bürger gleichberechtigt, die ständische Gliederung ist aufgehoben (wenigstens im Prinzip) und darum haben die Klassen aufgehört, Stände zu sein." (Lenin, W. I., a. a. O., S. 103 Anm.)

86 Bongard-Levin, G. M. / Il'in, G. F., a. a. O., S. 581.

LITERATURKRITIK

Periodisierungsprobleme der DDR-Wirtschaftsgeschichte

Gedanken zu

Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, T. 1 und 2, hg. v. Wolfgang Heinrichs, Harry Maier (im folgenden: I)

Akademie-Verlag, Berlin 1976, 970 Seiten, Preis: 30,- M

Heinz-Dieter Haustein, Messung der volkswirtschaftlichen Intensivierung. Zur Methodologie (im folgenden: II)

Akademie-Verlag, Berlin 1976, 133 Seiten, Preis: 9,50 M

Zur Entwicklung der Verteilungsstrukturen der Investitionen auf die Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft (im folgenden: III)

Akademie-Verlag, Berlin 1975, 104 Seiten, Preis: 7,- M

von Jörg Roesler

Die Verstärkung der interdisziplinären Forschung ist seit geraumer Zeit eine der wichtigsten Forderungen der Partei der Arbeiterklasse an die Gesellschaftswissenschaftler. In dem 1975 vom Politbüro des Zentralkomitees der SED bestätigten "Zentralen Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1976 - 1980" heißt es dazu: "Hohe Qualität und Wirksamkeit der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung verlangen immer stärker die Entwicklung der interdisziplinären Arbeit. Es geht um das effektive Zusammenwirken von Gesellschaftswissenschaftlern verschiedener Disziplinen zur Untersuchung und Lösung komplexer Probleme, die durch die gesellschaftliche Entwicklung in größerer Zahl und in vielschichtigen Zusammenhängen gestellt werden."¹

Die Berechtigung dieser Forderung einzusehen fällt wohl niemandem schwer. Sie zu verwirklichen erweist sich als nicht einfach. Das gilt auch für den auf dem Gebiet des Sozialismus arbeitenden Wirtschaftshistoriker. Was sind die Ursachen?

1 Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1976 - 1980, in: Einheit, Nr. 9/1975, S. 1043.

Wir können davon ausgehen, daß interdisziplinäre Arbeit profunde Kenntnis über die wichtigsten Forschungsrichtungen und Forschungsergebnisse in den Nachbardisziplinen voraussetzt. Hier beginnen aber bereits die ersten Probleme. Die Zahl der historischen und wirtschaftswissenschaftlichen Veröffentlichungen - um nur diese beiden Nachbargebiete der Wirtschaftsgeschichte zu nehmen - ist sehr groß. Das Studium ausgewählter Veröffentlichungen "nebenbei", also neben der Literatursichtung der eigenen Disziplin, ist kaum zu bewältigen. Ein zweites Problem liegt in der unterschiedlichen Methodologie, in der differenzierten Art und Weise, wie Wirtschaftshistoriker, Historiker und Wirtschaftswissenschaftler die Probleme abhandeln. Das erfordert zum Beispiel vom auf die Wirtschaftsgeschichte spezialisierten Leser eine Zeit des "Hineinlesens", ehe er weiß, an welcher Stelle der wirtschaftswissenschaftlichen bzw. historischen Publikation die von ihm gesuchten Aussagen mit großer Wahrscheinlichkeit zu finden sind. Das Studium der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur verlangt dabei vom Wirtschaftshistoriker, ungeachtet dessen, daß bei der Anwendung quantitativer Analysemethoden in der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus während der letzten Jahre erfreuliche Fortschritte erzielt werden konnten, mehr Umdenken als das Lesen von Veröffentlichungen der DDR-Historiker. Dessen ungeachtet sollte sich der Wirtschaftshistoriker stärker als bisher zu wirtschaftswissenschaftlichen Veröffentlichungen hingezogen fühlen - nicht in erster Linie wegen der engen Verwandtschaft von Politikökonomie und Wirtschaftsgeschichte², sondern weil die Wirtschaftswissenschaften zur Zeit der Wirtschaftsgeschichte der DDR eine Vielzahl von Anregungen und Denkanstößen vermitteln können. Das näher zu erläutern, macht einige Bemerkungen zum Stand der wirtschaftshistorischen Forschung über die DDR notwendig.

Als sich die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus Mitte der fünfziger Jahre zu einer relativ selbständigen Disziplin zu entwickeln begann, hatte sie sich zunächst mit dem charakteristischen Merkmal der Übergangsperiode - der Revolutionierung der Produktionsverhältnisse - zu befassen. Nach der Untersuchung der Eroberung der ökonomischen Kommandohöhen durch die Arbeiterklasse führte die Erforschung der Masseninitiativen der Werktätigen in der ersten Hälfte der sechziger Jahre zu einer zweiten Schwerpunktbildung. Darauf folgten seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre Untersuchungen über die Wirtschaftspolitik der SED und der Regierung der DDR, insbesondere über die Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft, angeregt durch starke Beschäftigung mit Leitungs- und Planungsfragen in der Ökonomie. Paradoxe Weise wurde dabei lange Zeit der Hauptgegenstand der Leitungs- und Planungstätigkeit, der volkswirtschaftliche Reproduktionsprozeß, weitgehend aus den Untersuchungen ausgeklammert. So mußte auch Waltraud Falk in einem im Herbst 1975 veröffentlichten Bericht über die Forschungsergebnisse der Wirtschaftshistoriker der DDR³ - zunächst für die Übergangsperiode - als Mangel feststellen: "Es fehlen Untersuchungen zur Entwicklung der arbeitsteiligen Verflechtung des Reproduktionsprozesses ... Auch über die Entwicklung der Produktivkräfte ist unser Wissen hinsichtlich der quantitativen Seite umfangreicher als über die mit der Effektivitätsproblematik zusammenhängenden Seiten. Aber auch über Fragen der Entwicklung der Pro-

2 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Position der Wirtschaftsgeschichte im System der Wissenschaften. Ein Versuch, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2, S. 25 ff.

3 Dieser Bericht erschien als Bestandteil eines Aufsatzes von Heitzer, Heinz, Stand und Aufgaben der Forschungsarbeit über die Geschichte der DDR, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 9/1975, S. 998.

portionierung, des Wachstums und der Struktur der Produktion und Reproduktion fehlen noch tiefergehende Analysen.⁴ Sich den sechziger Jahren zuwendend, fährt Falk dann fort: "Was die Periode der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft betrifft, so ist sie im wesentlichen nur von der Seite der Geschichte der Wirtschaftspolitik in groben Zügen erforscht. Alles, was an offenen Fragen für die Übergangsperiode gesagt wurde und den Reproduktionsprozeß und seine Effektivität berührt, trifft erst recht für die Geschichtsschreibung über diese Periode zu. Es fehlen besonders - und 25 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung eignen sich schon dafür - Analysen von wirtschaftlichen Kategorien und Abhängigkeiten über diesen Gesamtzeitraum, wie der Abhängigkeiten von Bevölkerung, Beschäftigten und Nationaleinkommen, Fragen des Verhältnisses von Industrie und Landwirtschaft, der Infrastruktur usw."⁵

Im wesentlichen gilt diese Einschätzung auch heute noch. Für die Schließung der oben aufgezeigten empfindlichen Lücke in der Wirtschaftsgeschichte der DDR bietet sich nun die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit den Wirtschaftswissenschaftlern und als Vorstufe dazu ein Studium wirtschaftswissenschaftlicher Publikationen zur Frage des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, wie es die hier zu besprechenden sind, geradezu an.

Die Wirtschaftswissenschaftler der DDR befassen sich seit etwa einem Jahrzehnt intensiv mit Problemen des Wirtschaftswachstums. Dabei stand und steht selbstverständlich der theoretische und nicht der historische Aspekt im Vordergrund. Aber viele Wirtschaftswissenschaftler haben sich doch so verhalten, wie es Jürgen Kuczynski von einem Politökonom fordert: "... wenn er irgendein neues Gesetz gefunden zu haben glaubt, muß er seine Validität selbst als Wirtschaftshistoriker, das heißt in der Praxis der Vergangenheit bzw. Gegenwart überprüfen."⁶

So enthielt bereits die erste, 1968 erschienene zusammenfassende Publikation zu Wachstumsfragen in der DDR einen Abschnitt über die Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in der DDR in den Jahren 1960 bis 1966. Die Autorin, Anneliese Braun, unternahm diesen "zeitgeschichtlichen Exkurs", weil "der insbesondere von methodischem Interesse ist",⁷ das heißt zur Überprüfung der wachstumstheoretischen Aussagen diene. Einleuchtend begründete Rita Schöneck in ihrer Arbeit zur Effektivitätsproblematik das Bedürfnis des Wirtschaftswissenschaftlers nach wirtschaftshistorischen Untersuchungen, wenn sie schreibt: "Die theoretische Diskussion über Möglichkeit, Notwendigkeit und Bestandteile eines Systems von Effektivitätskennziffern muß zwangsläufig ziemlich abstrakt geführt werden. Aber das ist nur die eine Seite des Problems, denn allein von dieser Warte aus ist eine umfassende Einschätzung des Zusammenhangs der verschiedenen Effektivitätsbestimmten Prozesse nicht möglich. Ein anderer wichtiger Aspekt ist die Anwendung anhand konkreter Kennziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die praktische Behandlung liefert wesentliche Erkenntnisse über Inhalt, Vorteile und Grenzen von Kennziffern, die bei rein theoretischer Betrachtung überhaupt nicht zutage treten. Hierbei kann die Analyse

4 Ebenda.

5 Ebenda.

6 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 25.

7 Vgl. Braun, Anneliese, Versuch einer quantitativen Bestimmung des Einflusses wichtiger Wachstumsfaktoren auf das ökonomische Wachstum in der DDR 1960 bis 1966, in: Zu Grundfragen der sozialistischen Wachstumstheorie, Berlin 1968, S. 66.

vergangener Zeiträume auch wesentliche Aussagen für die Gestaltung zukünftiger Prozesse bringen."8

Wenn die Wirtschaftswissenschaftler das Bedürfnis empfinden, historisch zu forschen, dann kann man von den Wirtschaftshistorikern zumindest verlangen, daß sie die Ausarbeitungen der Politökonomien lesen. Das lohnt sich auf jeden Fall, wie das auch die drei zu besprechenden 1975 und 1976 erschienenen wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen aus dem Akademie-Verlag erneut unter Beweis stellen.

Ausgangspunkt für unsere Betrachtung der drei vorliegenden, von Umfang, Diktion und Charakter recht unterschiedlichen Veröffentlichungen zu Entwicklungsproblemen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in der DDR sollen Ausführungen in Hausteins Buch zu Periodisierungsfragen sein. Hausteinschreibt: "Eine bisher noch nicht gelöste Aufgabe ist die richtige Periodisierung der Wirtschaftsgeschichte der DDR" (II, S. 85)9.

Neugierig gemacht durch diese kritische Bemerkung des Kollegen aus einer Nachbardisziplin, liest der Wirtschaftshistoriker die folgenden beiden Seiten in Hausteins Buch. Er erfährt: "Innerhalb der historischen Etappen . . . kann man folgende Abschnitte der wirtschaftlichen Entwicklung unterscheiden, die sich mehr oder weniger deutlich in den Wachstumskennziffern der Effektivität voneinander abheben:

- 1945 - 1949 Beseitigung von Kriegsschäden; Wiedereingangsetzen der Wirtschaft; Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher.
- 1950 - 1956 Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft in der DDR; Beseitigung und Ausgleich von Disproportionen; sozialistische Industrialisierung.
- 1957 - 1961 Sozialistische Rekonstruktion der Industrie und sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft; Verschärfung des imperialistischen Wirtschaftskrieges gegen die DDR.
- 1961 - 1964 Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung; Beseitigung von Störquellen und Ausgleich von Verlusten, die durch die imperialistische Politik gegenüber der DDR verursacht waren.
- 1964 - 1970 Beginn der Gestaltung der Wirtschaft des entwickelten Sozialismus.
- 1971 - 1973 Konsolidierung der wirtschaftlichen Entwicklung und Beseitigung von Wachstumsdisproportionen, die aus unzureichender Beachtung ökonomischer Gesetze auf bestimmten Gebieten entstanden; Abschluß der sozialökonomischen Umgestaltung der Industrie und des Bauwesens. Beginn der erfolgreichen Realisierung des wirtschafts- und sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitagess" (II, S. 85 f.).

Man kann an dieser Stelle die Frage stellen, ob eine "Periodisierung der Wirtschaftsgeschichte der DDR" überhaupt notwendig sei, da doch der "Grundriß" eine ausgewogene, nationale wie internationale Aspekte berücksichtigende ge-

8 Schöneck, Rita, Effektivität - Kriterien - Proportionen. Ein Beitrag zum System volkswirtschaftlicher Effektivitätskriterien, Berlin 1974, S. 131.

9 Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher.

samtgesellschaftliche, also auch die Wirtschaftsentwicklung einschließende Periodisierung der Geschichte der DDR enthält.¹⁰ Aber erstens will Haustein seine "Periodisierung der wirtschaftlichen Entwicklung" nicht neben, sondern in die historischen Etappen gestellt sehen (II, S. 85). Seine "Abschnitte" lassen sich in die Hauptperioden 1945 bis 1949, 1949 bis 1961 und 1961/62 bis zur Gegenwart ohne weiteres einordnen. Zweitens berücksichtigen die von den Historikern gegebenen Begründungen für die Zäsuren nicht in genügendem Maße die spezifisch wirtschaftshistorischen Entwicklungsmerkmale der einzelnen Hauptperioden.¹¹ Drittens bestand und besteht bei Untersuchungen zu einzelnen Seiten der Wirtschaftsgeschichte, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken (und von denen wir hoffen, daß sie zunehmen werden), immer das Bedürfnis nach einer Zusammenfassung von Zeiträumen, die sich - aus der spezifischen Sicht des Untersuchungsgegenstandes - durch annähernd gleiche Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen auszeichnen. Das trifft besonders für Forschungen zur Entwicklung der Produktivkräfte, darunter speziell des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses zu. Harry Maier liefert übrigens ein ausgezeichnetes Argument für derartige Periodisierungen, wenn er in dem Buch "Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" (im folgenden: Gesetzmäßigkeiten) schreibt: "Nicht abstrakte Wachstumsraten, sondern die spezifischen Wege, Faktoren und Quellen, die ein bestimmter Reproduktionstyp für die Effektivitätssteigerung erschließt, charakterisieren das Wachstum der Arbeitsproduktivität in der jeweiligen Entwicklungsstufe der sozialistischen Gesellschaft" (I, S. 83). Das heißt, jede Etappe hat ihre eigenen Wachstumsbedingungen, deren Berücksichtigung erst eine realistische Einschätzung der in dieser Periode erreichten Produktions- und Effektivitätsentwicklung ermöglicht.

Als grundlegendes, wenn auch keinesfalls einziges Kriterium seiner Periodisierung bezeichnet Haustein "die Wachstumskennziffern der Effektivität" (II, S. 85). Eine auf den Daten des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses beruhende Gliederung der DDR-Wirtschaftsgeschichte gab es bisher noch nicht - und konnte es auch kaum geben, wenn wir uns den Ablauf der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus in der DDR vergegenwärtigen. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Wirtschaftshistoriker keine auf der Entwicklung der Produktivkräfte beruhende Zeiteinteilung versucht hätten. Ihre Periodisierungsansätze befinden sich in Büchern und Artikeln, die nicht vordergründig Periodisierungsfragen gewidmet sind.

In "Wirtschaft - Wissenschaft - Welthöchststand" unterscheidet Waltraud Falk nach der Wirtschaftszweig- bzw. Investitionsstruktur, hauptsächlich im Bereich der Schwerindustrie, folgende Abschnitte:

- 10 Vgl. Klassenkampf - Tradition - Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 484 ff.
- 11 Vgl. z. B. die unter überwiegender Berücksichtigung von Entwicklungsprozessen aus der politischen Geschichte der DDR vorgenommene Charakterisierung der Hauptetappen durch Benser, Günter, Zu einigen geschichtswissenschaftlichen Aspekten der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Grundprobleme der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, Berlin 1976, S. 56.

1. Wiederherstellungsperiode (1945 bis 1949);
2. Aufbau bestimmter Zweige der Schwerindustrie (1950 bis 1962)
 1. Phase: Auf- und Ausbau einer metallurgischen Basis sowie die vorrangige Entwicklung des Schwermaschinenbaus (Zweijahrplan /als Vorbereitungsphase/ und erster Fünfjahrplan),
 2. Phase: Ausbau der Kohle- und Energiewirtschaft (zweite Hälfte der fünfziger Jahre),
 3. Phase: Ausbau der chemischen Industrie, speziell der Petrolchemie (ab 1958, teilweise parallel zur zweiten Phase);
3. Maßnahmen zur "Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität und zur komplexen sozialistischen Rationalisierung" (ab 1963, teilweise bereits durch den Siebenjahrplan seit 1958 vorbereitet).¹²

Falks Aufgliederung der Entwicklung der Produktionsstruktur erschien 1969. Sie konzentrierte sich verständlicherweise stark auf die Übergangsperiode. Im Unterschied dazu reicht Eberhard Wächtlers 1974 publizierte, auf der "gesellschaftlichen Bedeutung der Produktionsmethoden" basierende Periodisierung der Industrieproduktion bis in die siebziger Jahre. Er unterscheidet:

1. Etappe 1945 bis 1949: Produktionssteigerung, erreicht vorrangig durch bessere Arbeitsdisziplin;
2. Etappe 1949 bis 1955: Produktionssteigerung, erreicht vorrangig durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit Hilfe empirischer handwerklich-schöpferischer Elemente;
3. Etappe 1956 bis 1962: Produktionssteigerung, erreicht vorrangig durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit Hilfe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, ohne qualitative Veränderung der Stellung des Arbeiters im unmittelbaren Arbeitsprozeß;
4. Etappe 1962 bis 1972: Produktionssteigerung, erreicht vorrangig durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit Hilfe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, mit qualitativer Veränderung der Stellung des Arbeiters im unmittelbaren Arbeitsprozeß infolge Mechanisierung.¹³

Ein weiterer Periodisierungsversuch wurde von Jörg Roesler unternommen und 1976 veröffentlicht. Er stützt sich auf eine Analyse der Zuwachsraten der Industrieproduktion und unterscheidet:

1. Wachstumsphase: Wiederherstellung der Volkswirtschaft (zweite Hälfte der vierziger Jahre);
2. Wachstumsphase: "Überwiegend extensive Periode der sozialistischen Industrialisierung" (fünfziger Jahre);

¹² Falk, Waltraud/Richter, Gerhard/Schmidt, Wilhelm, Wirtschaft - Wissenschaft - Welthöchststand. Vom Werden und Wachsen der sozialistischen Wirtschaftsmacht DDR, Berlin 1969, S. 147 ff.

¹³ Wächtler, Eberhard, Zu einigen Problemen der Methodik der Erforschung und Darstellung der Arbeiterklasse als Hauptproduktivkraft im Sozialismus, in: Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte, Bd. 8, Leipzig 1974 = Freiburger Forschungshefte.

3, Wachstumsphase: Förderung des intensiven Wachstums (ab Anfang der sechziger Jahre).¹⁴

Interessant ist: Alle vier Autoren legen unterschiedliche, doch jeweils die Struktur, Dynamik oder Effektivität des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses kennzeichnende Faktoren als jeweilige Hauptkriterien der Produktivkraftentwicklung zugrunde. Alle kommen dabei zu zwei annähernd gleichen Zäsuren: 1949/50 und 1961/63. Wenn man berücksichtigt, daß zu Beginn jeder neuen Periode noch Überkommenheiten aus der vorangegangenen Periode existieren und in jeder zu Ende gehenden Periode bereits Elemente der neuen Entwicklungsphase entstehen, daß also die Festlegung der Zäsur auf ein einziges Jahr immer ein wenig Glücksache ist¹⁵, dann muß man sogar von einer vollständigen Übereinstimmung der Autoren hinsichtlich der Zäsuren Anfang der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre sprechen.

Handelt es sich dabei um besonders wesentliche Einschnitte, die gewissermaßen Hauptetappen voneinander trennen? Leider äußert sich Haustein dazu nicht. Für ihn stehen alle Abschnitte der Entwicklung anscheinend gleichwertig nebeneinander.

Was die zweite Zäsur (Anfang der sechziger Jahre) betrifft, so äußern sich zu deren Bedeutung um so entschiedener die Autoren der "Gesetzmäßigkeiten". Sie schreiben: So "signalisiert die Verlangsamung des Effektivitätszuwachses am Anfang der sechziger Jahre, daß die vorhandenen extensiven Faktoren und Quellen der erweiterten Reproduktion weitestgehend bereits erschlossen sind und daß damit die Notwendigkeit entsteht, den Übergang zur umfassenden Intensivierung zu beschleunigen" (I, S. 84).

Für die vorangegangene Periode (1945 bis 1960) nehmen die Verfasser der "Gesetzmäßigkeiten" im Unterschied zu allen anderen hier zitierten Autoren keine weitere Unterteilung vor. Sie tun das keineswegs, weil sie diese anderthalb Jahrzehnte als einheitliche Wachstumsphase betrachten. Sie sind vielmehr überzeugt, daß in der gesamten Periode zwei durchaus unterschiedliche Kräfte auf den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß einwirkten, "daß sich bis Ende der fünfziger Jahre in den sozialistischen Ländern zwei Prozesse gekreuzt haben; einmal die Prozesse des Wiederaufbaus und der Rekonstruktion der Wirtschaft, zum anderen die schnelle Ausweitung des Produktionsfeldes ..." (I, S. 84). Damit erklären sie das Phänomen, daß, "als noch genügend extensive Quellen und Faktoren vorhanden waren, sowohl das Wachstum der Kennziffer Arbeitsproduktivität - definiert als Einheit des Nationaleinkommens pro in der materiellen Produktion Beschäftigten - als auch der Fondsquote sehr schnell erfolgte. So stieg die Arbeitsproduktivität bzw. stiegen die Fondsquoten in der DDR 1951 bis 1955 = 176 Prozent bzw. 164 Prozent, für 1956 bis 1960 = 143 Prozent bzw. 120 Prozent, 1961 bis 1965 = 119 Prozent bzw. 88 Prozent, 1966 bis 1970 = 128 Prozent bzw. 101,5 Prozent" (I, S. 83 f.). Diese Erscheinung, die nicht auf die DDR beschränkt blieb, sondern auch in der Sowjetunion und in den anderen RGW-Ländern zu verzeichnen war (I, S. 83 f.), erschwert natürlich die quantitative wirtschaftshistorische Analyse ungemessen. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß es Bemühungen von DDR-Wissenschaftlern gibt, den Zeitraum, in dem beide Faktoren (Wiederherstellung und

¹⁴ Roesler, Jörg, Die Entwicklung der Perspektivplanung der DDR in der Übergangsperiode, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 14, Berlin 1976, S. 317 ff.

¹⁵ Vgl. Reißig, Karl, Zur Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitagés der SED, in: ZfG, Nr. 3/1976, S. 38.

sozialistische Industrialisierung) nebeneinander wirkten, möglichst exakt einzugrenzen. Die bisherigen, allerdings auf eine Analyse der Wachstumsraten in der Industrie beschränkten Untersuchungen konzipieren die Möglichkeit, "unausgenutzte Elemente des Arbeitsprozesses in den Produktionsprozeß einzubeziehen", für den Zeitraum bis 1952/53.¹⁶ Für das Eisenbahnwesen als den in der DDR wichtigsten Zweig des Verkehrswesens wird mit dem Jahre 1952 etwa der gleiche Zeitpunkt angegeben.¹⁷ In den übrigen Bereichen der Infrastruktur und der Landwirtschaft stehen derartige Untersuchungen noch aus. Die von den Autoren der "Gesetzmäßigkeiten" geäußerte Auffassung, daß Prozesse des Wiederaufbaus und der sozialistischen Industrialisierung in der Wirtschaft der DDR bis Ende der fünfziger Jahre wirksam waren, verdient auf jeden Fall von der Wirtschaftsgeschichte als Anregung zu weitergehenden Forschungen ernst genommen zu werden.

Doch kehren wir wieder zu Hausteins Periodisierung der Wirtschaftsgeschichte der DDR zurück. Er stützt sich bei seiner Einteilung, das sei noch einmal betont, keineswegs nur auf Einschnitte in der Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses. Seine "Abschnitte" kurz kommentierend, schreibt er: "Sie zeigen ... in welchem Maße das Produktivitätswachstum (Nationaleinkommen in vergleichbaren Preisen je Stunde einfacher Arbeit) von der konkreten historischen Gesamtsituation, den politischen Aufgaben zur Sicherung des friedlichen Aufbaus, den sozialen Veränderungen und vielen anderen Faktoren abhängt. Nicht alle diese Momente können von uns direkt beherrscht werden, sie werden auch beeinflusst durch die Aktionen des Klassegegners, die Störmanöver der Imperialisten gegen die Entspannung und die wirtschaftlichen Erfolge des Sozialismus" (II, S. 86). Leider begnügt sich Haustein mit diesen recht allgemein gehaltenen Erläuterungen, doch enthält sein Buch eine ganze Anzahl von Tabellen zur Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, die zur Kommentierung herangezogen werden können (und sicher auch dazu gedacht sind). Er unterteilt die fünfziger Jahre in zwei Perioden (1950 bis 1956 und 1957 bis 1961). Als entscheidendes Moment der Veränderung im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß nennt Haustein die sozialistische Rekonstruktion.

Falk und Wächtler untergliedern die fünfziger Jahre ebenfalls weiter. Als Motiv spielt für sie wie für Haustein der wissenschaftlich-technische Fortschritt eine wesentliche Rolle. Auch Roesler differenziert die Entwicklung in den fünfziger Jahren. Auf die Erfordernisse und Aufgabenstellungen des zweiten Fünfjahrplanes und des Siebenjahrplanes Bezug nehmend, erklärt er: Es galt, "die Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Industrie zu beschleunigen und dabei die Produktivität, Qualität und Rentabilität der Produktion zu erhöhen. Diese Aufgabenstellung gewann in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre eine ungleich größere Bedeutung als während des ersten Fünfjahrplanes ... Die wachsende Bedeutung von Forschung und Technik für die Entwicklung der Volkswirtschaft mußte das für die erste Hälfte der fünfziger Jahre typische Verhältnis von extensivem und intensivem Wachstum, das durch das deutliche Überwiegen extensiver Wachstumsfaktoren charakterisiert war, zugunsten einer stärkeren

16 Vgl. Braun, Anneliese, a. a. O., S. 84; Roesler, Jörg, Zur Charakteristik der ökonomischen Ergebnisse in der Industrie der DDR im ersten Fünfjahrplan (1951 bis 1955), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 3, S. 31 ff.

17 Rehbein, Elfriede, u. a., Zur verkehrspolitischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 2, S. 187.

Ausnutzung intensiver Prozesse verändern.¹⁸ Der Unterschied zwischen Hausteин (und Wächtler) einerseits sowie zwischen Falk und Roesler andererseits besteht im wesentlichen darin, daß erstere die Veränderung in Struktur, Dynamik und Effektivität der Volkswirtschaft ab Mitte der fünfziger Jahre für eine neue Qualität halten, letztere dagegen die neuen Elemente im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre Prozessen wie der sozialistischen Industrialisierung bzw. dem Aufbau der Schwerindustrie, die sich während des ganzen Jahrzehnts vollzogen, unterordnen.

Das entscheidende Motiv, 1957 einen neuen Abschnitt der Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses beginnen zu lassen, scheint Hausteин aus Tabelle 26 seines Buches entnommen zu haben. Dort berechnet er den "Intensivierungsgrad der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR von 1955 - 1973"¹⁹ (II, S. 114). Danach stieg der Einfluß intensiver Faktoren¹⁹ auf das Wirtschaftswachstum, nachdem dieser bis 1956 gering gewesen war, im Jahre 1957 sprunghaft an.

Für die sechziger Jahre unterscheidet Hausteин wiederum zwei Perioden: eine Stabilisierungsphase (1961 bis 1964) und den hinsichtlich der Veränderungen im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß von ihm nicht näher charakterisierten Zeitraum von 1964 bis 1970. Eine weitere Unterteilung der siebziger Jahre haben die bereits zitierten Wirtschaftshistoriker nicht unternommen. Bei den von Falk und Wächtler angegebenen Einschnitten in der ersten Hälfte der sechziger Jahre handelt es sich inhaltlich lediglich um eine etwas weiter hinausgeschobene Scheidung zwischen Prozessen der fünfziger und sechziger Jahre.

Für eine Stabilisierungsphase in der ersten Hälfte der sechziger Jahre als Periodisierungsabschnitt traten neben Hausteин auch Helga Kanzig und Karl Reißig ein. Sie leiten sie - übrigens recht prononciert - auch aus dem volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß ab.²⁰ Ihre Charakterisierung der Konsolidierungsphase stimmt inhaltlich weitgehend mit der von Hausteин gegebenen überein, wenn letzterer sie auch zeitlich etwas kürzer faßt. Während Reißig und Kanzig für ihre Datierung der Stabilisierungsphase, soweit sie sie aus dem Reproduktionsprozeß ableiten, ein recht eindeutiges Kriterium angeben (das Wiedererreichen durchschnittlicher Wachstumsraten in der Industrieproduktion), muß der Leser in Hausteins Buch länger nach einer Begründung suchen. Wesentliche Unterschiede im Intensivierungsgrad, die eine Zäsur Mitte der sechziger Jahre rechtfertigen würde, weist Hausteин nicht nach (II, S. 114 f.). Dagegen läßt sich aus seinen Berechnungen ab etwa 1964 eine gegenüber den Vorjahren bedeutend raschere Erhöhung der Investitionen und ein noch schnelleres Wachstum der Ausgaben für Bildung sowie Wissenschaft und Technik erkennen (II, S. 50, 97).

18 Roesler, Jörg, Erfordernisse der Wirtschaftsentwicklung und Aufgaben der Wirtschaftsplanning. Zur Widerspiegelung neuer Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte in der Perspektivplanung 1956 bis 1959, in: ebenda 1976, T. 4, S. 11 f.

19 Zu den in der DDR verbreiteten Auffassungen über Charakter und Merkmale der extensiv und intensiv erweiterten Reproduktion vgl. derselbe, Intensivierung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, in: ebenda 1977, T. 1, S. 127 ff.

20 Reißig, Karl/Kanzig, Helga, Zur Geschichte der DDR vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bis zum VIII. Parteitag der SED, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Nr. 9/1974, S. 773.

Mit den sich Mitte der sechziger Jahre auf dem Gebiet der Investitionen vollziehenden Veränderungen befassen sich ausführlich die Autoren der Studie "Verteilungsstrukturen der Investitionen". Danach trat die Investitionsentwicklung in der Wirtschaft der DDR etwa 1965 aus einer "ruhigen" Phase, in der sich die Anteile zwischen den Wirtschaftsbereichen und Industriezweigen nur wenig verschoben, in eine "lebhaft" Phase, in der sich die Investitionsstruktur relativ schnell änderte (III, S. 23 ff.). Bezüglich der Investitionsentwicklung werden also Hausteins Periodisierung und seine Berechnungen bestätigt. Das gilt auch für die vom Autor berechnete recht unterschiedliche Entwicklung der Ausgaben für Bildung sowie Wissenschaft und Technik in der ersten und zweiten Hälfte der sechziger Jahre, die von den Autoren der "Gesetzmäßigkeiten" bestätigt wird. Jedoch besteht bei ihnen ein wesentlicher Unterschied zu Haustein: Während nach seinen Berechnungen der Intensivierungsgrad der Volkswirtschaft sich bis zum Ende der sechziger Jahre nicht wesentlich änderte, sprechen die Autoren der "Gesetzmäßigkeiten" davon, daß sich "insbesondere Ende der sechziger Jahre eine Reihe von extensiven Tendenzen, die die volkswirtschaftliche Effektivitätssteigerung hemmten (verstärkten). Dies zeigt sich vor allem in der Zunahme der Extensivinvestitionen, die zu einer Verschärfung des Widerspruchs zwischen den vorhandenen Arbeitsplätzen und dem vorhandenen Arbeitspotential führte, was eine zeitweilige Verschlechterung der Grundfondsauslastung sowie eine Zunahme der Überstunden je Produktionsarbeiter ergab" (I, S. 85). Sie wiesen nach, daß sich Ende der sechziger Jahre auch die Intensivierungsfaktoren Wissenschaft und Technik sowie Bildung vorwiegend extensiv, das heißt durch Zurverfügungstellung von mehr Mitarbeitern, mehr Kadern, mehr Forschungs- bzw. Bildungseinrichtungen entwickelten (I, S. 246, 327), wobei die Effektivität dieser vermehrten Aufwendungen zum Teil hinter den Erwartungen zurückblieb. "Von den 1966 bis 1971 abgeschlossenen und zur Überführung in die Produktion vorgesehenen Forschungsthemen wurden rund 30 Prozent nicht genutzt, sie sind also nicht effektivitätswirksam geworden und trugen somit nicht zur Intensivierung des Reproduktionsprozesses bei. 1,5 Milliarden Mark, die für Forschungszwecke aufgewendet wurden, blieben ohne unmittelbaren Nutzen" (I, S. 274).

In diesem Zusammenhang ist es zweckmäßig, an den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees auf dem VIII. Parteitag der SED zu erinnern, in dem es heißt: "Schon auf der Rationalisierungskonferenz des Zentralkomitees und des Ministerrates im Jahre 1966 stellten wir die intensive erweiterte Reproduktion in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Doch die ökonomischen Tatsachen sagen aus, daß diese Linie nicht mit aller Konsequenz verfolgt worden ist."²¹

Im letzten Abschnitt seiner Einteilung der Wirtschaftsentwicklung der DDR faßt Haustein die Jahre 1971 bis 1973 zusammen. Dabei handelt es sich nach seiner Auffassung um eine zweite Stabilisierungsphase, in der zugleich die erfolgreiche Realisierung des wirtschafts- und sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitages beginnt (II, S. 85 f.). Hausteins Berechnungen weisen einen Intensivierungsgrad auf, der 1970 und 1971 gegenüber den Vorjahren stark rückläufig war, ab 1972 erneut anzusteigen begann und 1973 wieder annähernd das Niveau der zweiten Hälfte der sechziger Jahre erreichte (II, S. 114). Sehr wahrscheinlich legte Haustein vor allem diese Berechnungen seiner Periodisierung zugrunde. Die von

²¹ Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berichterstatter: Erich Honecker, Berlin 1971, S. 45.

ihm vorgenommene Einteilung stimmt grundsätzlich mit der im "Grundriß" getroffenen Feststellung überein: "In der ersten Hälfte des Fünfjahrplanes war es gelungen, die Volkswirtschaft zu konsolidieren, einen neuen Aufschwung einzuleiten und wieder ein höheres Wachstumstempo zu erreichen." 22

Hinweise auf die Notwendigkeit, eine Stabilisierungsphase Anfang der siebziger Jahre als Periodisierungsabschnitt zu berücksichtigen, finden wir auch in den beiden anderen hier zu besprechenden Büchern. Zur Erläuterung der Investitionsentwicklung in den Jahren 1971/72 (weiter reicht die Untersuchung zeitlich nicht!) lesen wir in den "Verteilungsstrukturen der Investitionen": "Es ist festzustellen, daß gewisse einseitige Überspitzungen nach einigen Jahren in der Regel eine Korrektur zur anderen Seite erforderlich machen ... Offensichtlich sind ... in den Jahren 1966 und 1967 die gegebenen Verflechtungsbeziehungen in der Volkswirtschaft der DDR nicht ausreichend berücksichtigt worden, wodurch Disproportionen entstanden, auf die der VIII. Parteitag der SED die Aufmerksamkeit lenkte. Vor allem das Zurückbleiben der Energie- und Brennstoffindustrie und einiger Zulieferzweige begann die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu hemmen.

Die Daten für die Jahre 1971/72 widerspiegeln die notwendig gewordene Korrektur in der Struktur der Investitionsverteilung: Der Investitionsanteil der Energie- und Brennstoffindustrie wurde ... im Verlauf der beiden Jahre erhöht, während zum Beispiel die Anteile von Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau ... und des Maschinen- und Fahrzeugbaus ... gekürzt werden mußten" (III, S. 33, 83).

Eine Konsolidierungsphase zu Beginn der siebziger Jahre zeichnete sich auch für andere bis Ende der sechziger Jahre stark expandierende Bereiche der Volkswirtschaft ab. Zur Entwicklung des Bildungswesens Anfang der siebziger Jahre heißt es in den "Gesetzmäßigkeiten": "Zwar wächst auch im weiteren Verlauf der Intensivierung der Bedarf an hochqualifizierten Kadern, doch angesichts des erreichten hohen Niveaus wird das Wachstumstempo der letzten Jahre nicht beibehalten werden." (I, S. 327). Die Anfang der siebziger Jahre herangereifte Notwendigkeit, von der extensiven zur intensiven Entwicklung des Wissenschaftspotentials überzugehen, begründen die Autoren der "Gesetzmäßigkeiten" wie folgt: "Untersuchungen Anfang der siebziger Jahre haben ergeben, daß die Beibehaltung des damaligen Wachstumstempos der Wissenschaftsaufwendungen in der DDR dazu geführt hätte, daß die Aufwendungen im Jahre 1990 einen Anteil von rund 11 Prozent am Nationaleinkommen erreicht hätten. Eine derartige Entwicklung würde aber ohne Zweifel zu Disproportionen in bezug auf die Realisierung der Ergebnisse der Forschung führen. Künftig wird es auch in unserer Republik notwendig sein, das Forschungs- und Entwicklungspotential vor allem intensiv zu entwickeln und es noch zielstrebig auf die Belange der Intensivierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses auszurichten" (I, S. 271).

Mit ihren Ausführungen zum Intensivierungsgrad der Volkswirtschaft sowie zur Investitions-, Bildungs- und Wissenschaftsentwicklung haben die Wirtschaftswissenschaftler die im "Grundriß" vorgenommene Einschätzung bestätigen und zugleich wesentlich bereichern können.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Rezension sein, ein endgültiges Urteil darüber zu fällen, ob die von Haustein vorgenommene Einteilung der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR - unseres Wissens die erste und bisher einzige, die explizit vorgetragen wurde - "richtig" ist oder nicht. Aber es erschien uns zweckmäßig,

Haupteins konstruktive, zu positivem Meinungsstreit anregende Periodisierung mit anderen, mehr impliziten Untergliederungsversuchen zu konfrontieren, um seine Aussagen zu relativieren. Daß wir uns dabei nur für die Übergangsperiode auf wirtschaftshistorische Publikationen stützen konnten, für die sechziger und siebziger Jahre dagegen in erster Linie einige neuere wirtschaftshistorische Probleme berücksichtigende wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen zu Hilfe nehmen mußten, weist noch einmal auf Forschungslücken innerhalb der Wirtschaftsgeschichte der DDR hin, die zweckmäßigerweise in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit den Wirtschaftswissenschaftlern beseitigt werden sollten.

Die vorliegende Arbeit ist ein Versuch, die in der DDR vorliegenden wirtschaftshistorischen Publikationen zu einer systematischen Darstellung zu bringen. Sie ist in drei Teile gegliedert: I. Die Wirtschaftsgeschichte der DDR von 1949 bis 1960, II. Die Wirtschaftsgeschichte der DDR von 1961 bis 1970, III. Die Wirtschaftsgeschichte der DDR von 1971 bis 1980. In jedem Teil sind die wichtigsten wirtschaftshistorischen Probleme dargestellt und die dazu vorliegenden Publikationen kritisch analysiert. Die Arbeit ist als Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der DDR zu verstehen.

Politische Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR

Bemerkungen zu

L. D. Širokorad, Die politische Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR während der Übergangsperiode. Methodologische Probleme, ins Deutsche übersetzt v. Gertraud Wittenburg

Akademie-Verlag, Berlin 1977, 203 Seiten, Preis: 12, 50 M

von Manfred Braun / Gabriele Dittmann

"Überall in der Welt", so stellte Jürgen Kuczynski schon vor einigen Jahren fest, "besinnt sich die Wissenschaft insofern auf sich selbst, als sie ihr Werden, ihre Geschichte und die Methodologie ihres Fortschritts, ihre Arbeitsweise studiert und Schlußfolgerungen zu ziehen versucht, um beschleunigt voranschreiten zu können."¹ Das trifft auch auf die politische Ökonomie des Sozialismus zu. Der Sozialismus und seine politökonomische Analyse haben sechzig Jahre nach der siegreichen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution einen Stand erreicht, auf dem die neuen Fragen der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus in der Sowjetunion und der Errichtung der reifen entwickelten sozialistischen Gesellschaft in den sozialistischen Bruderländern umfassender und tiefergründiger theoretisch erforscht und beantwortet werden müssen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe müssen die politische Ökonomie des Sozialismus wie auch die wissenschaftsgeschichtliche Forschung auf dem Gebiet der politischen Ökonomie des Sozialismus einen Beitrag leisten. Es ist daher durchaus kein Zufall, wenn sich die marxistische Literatur verstärkt mit wissenschaftsgeschichtlichen Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus beschäftigt.²

Širokorad gehört zu jenen Autoren, deren Namen der politökonomisch interessierte Leser mit der Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus verknüpft. In der DDR ist Širokorad insbesondere durch seinen Beitrag in der "Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse" sowie in dem Sammelband "Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus"

1 Kuczynski, Jürgen, Studien zur Wissenschaft von den Gesellschaftswissenschaften, Berlin 1972, S. 10.

2 Vgl. u. a. Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse, v. e. Autorenkollektiv, Berlin 1973; Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus, hg. v. H. Meißner u. G. Wittenburg, Berlin 1975; Manevič, V. E., Razvitie teorii planovogo cenoobrazovanija v sovetskoj ekonomičeskoj literature, Moskau 1975.

bekannt geworden. Seit kurzem liegt uns nun eine weitere Arbeit des Leningrader Wissenschaftlers vor.

Širokorad zeichnet in seiner Arbeit "Die politische Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR der Übergangsperiode" anhand einer Reihe von Problemen der ökonomischen Theorie die Kompliziertheit des Prozesses nach, in dem sich die politische Ökonomie des Sozialismus in der Sowjetunion der zwanziger und dreißiger Jahre herausbildete. Dieser Prozeß widerspiegelt die Schwierigkeiten und Widersprüche der Übergangsperiode, in der die neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse geschaffen wurden. Viele Kleinbürger und Intellektuelle schwankten, wichen vor den Kompliziertheiten der Übergangsperiode zurück oder aber forderten, mit einem Sprung zum Sozialismus überzugehen.

Lenin wandte sich mit allem Nachdruck gegen die Auffassung, daß es nach dem Sturz des Kapitalismus keine Übergangsperiode, sondern einen Sprung zum Sozialismus gebe. Vielmehr wies er nach, daß dieser "Sprung" eine ganze historische Periode währt, in der die Frage "Wer - Wen?" im Lande zugunsten des Sozialismus gelöst werden muß. Lenin setzte sich in diesem Zusammenhang mit den Kleinbürgern auseinander, die zwar für den Sozialismus als Ideal eintraten, aber den harten Weg des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus fürchteten, die zwar bereit wären, "den Sozialismus anzuerkennen, wenn die Menschheit auf einmal, mit einem effektvollen Sprung zum Sozialismus hinübersetzen könnte, ohne Reibungen, ohne Kampf, ohne Zähneknirschen der Ausbeuter, ohne mannigfache Versuche der Ausbeuter, die alte Ordnung zu behaupten oder sie auf Umwegen, heimlich, wieder herzustellen, ohne immer neue 'Antworten' der revolutionären proletarischen Gewalt auf solche Versuche. Diese intellektuellen Kostgänger der Bourgeoisie wären 'bereit' den Pelz zu waschen, brauchten sie ihn nur nicht naß zu machen". 3

Lenin berücksichtigte bei der Ausarbeitung der Probleme der Übergangsperiode die Erfahrungen des Klassenkampfes in der ersten siegreichen sozialistischen Revolution in der Welt gegen den Imperialismus. Dabei bereicherte er die theoretischen Erkenntnisse von Marx und Engels von der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus durch die nähere Bestimmung des Wesens und der Aufgaben der Diktatur des Proletariats. Zugleich arbeitete Lenin die Besonderheiten des sozialistischen Entwicklungsweges des Sowjetlandes heraus und verwies auf allgemeingültige Charakteristika des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

In der hier zu besprechenden Arbeit beschäftigte sich Širokorad vor allem mit der Geschichte grundlegender methodologischer Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der sowjetischen ökonomischen Wissenschaft der Übergangsperiode. In den zwanziger und dreißiger Jahren erlangte eine Reihe grundsätzlicher methodologischer Fragen besondere Bedeutung, zum Beispiel das Verhältnis ökonomischer Gesetze zur Wirtschaftspolitik, die Objektivität der Produktionsverhältnisse und ihre Beziehungen zu den Produktivkräften, die Möglichkeit und Notwendigkeit des Studiums der sowjetischen Wirtschaft. Sie waren Gegenstand lebhafter ökonomischer Diskussionen. Dabei muß aber auch gesehen werden, daß es in jenen Jahren Perioden gab, in denen der Erforschung der methodologischen Fragen unter dem Vorwand des Kampfes gegen Scholastik und der Annäherung der Wissenschaft an die Bedürfnisse der Praxis des sozialistischen Aufbaus zuwenig Bedeutung beigemessen wurde.

3 Lenin, W. I., Durch den Zusammenbruch des Alten Verängstigte und für das Neue Kämpfende, in: Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 400.

"Die Ignorierung der allgemeinsten methodologischen Probleme", so schreibt Širokorad, "entwaffnet die Wissenschaft und behindert die theoretische Erklärung der Praxis" (S. 11).⁴

Eine ähnliche Auffassung vertritt auch Paškov. In einem Artikel zur Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR geht er auf das Verhältnis von Inhalt und Methode ein und hebt dabei hervor: "In der politischen Ökonomie des Sozialismus muß man zwischen Inhalt und Methode unterscheiden. Beides ist eng miteinander verbunden. Vom Grad der Ausarbeitung der Methodologie der Wissenschaft hängt die Tiefe des Verständnisses und der Behandlung der Fragen ab."⁵

Die Geschichte einer Wissenschaft hat also als eine ihrer wichtigsten Aufgaben zu klären - diese Forderung wurde auch nachdrücklich von J. Kuczynski erhoben -, in welchem Zusammenhang die angewandte Methodologie zum Voranschreiten der Wissenschaft stand. Aus dieser Sicht stellt Širokorads Arbeit einen wertvollen Beitrag zur Vervollkommnung des Geschichtsbildes der politischen Ökonomie des Sozialismus dar.

Seine Monographie behandelt einen im Entwicklungsprozeß der politischen Ökonomie des Sozialismus besonders komplizierten und bedeutungsvollen Zeitraum. Unter außergewöhnlichen historischen Bedingungen - das Land war von kapitalistischen Ländern umkreist, in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 begann der bewaffnete Überfall der imperialistischen Staaten, der Sowjetstaat wurde einer Wirtschaftsblockade ausgesetzt und in einen verheerenden Bürgerkrieg hineingezogen - formierte und entwickelte sich diese Wissenschaft über einzelne Etappen hinweg in engem Zusammenhang mit der Herausbildung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft. Praktischer Kampf um den Sieg der proletarischen Revolution und die Verwirklichung des sozialistischen Aufbaus sowie theoretischer Kampf um die Klärung bestimmter Fragen waren eng miteinander verbunden. Der harte Klassenkampf in der Übergangsperiode der UdSSR fand auch in der politischen Ökonomie seine Widerspiegelung. So erarbeiteten marxistische Wirtschaftswissenschaftler grundlegende theoretische und aktuell-politische Fragen im scharfen theoretischen und politischen Kampf gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Ökonomen, Menschewiki und Sozialrevolutionäre, "linke Kommunisten" der "Arbeiteropposition", Trotzkiisten und rechte Opportunisten.

In seiner Schrift begründet Širokorad drei Etappen in der Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus während der Übergangsperiode. Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution setzt der Autor den Beginn einer Etappe an, deren Bogen sich etwa bis zum Jahr 1923 spannt (S. 15).

In jenen Jahren lag das Schwergewicht des politischen Kampfes und der wissenschaftlichen Arbeit von Lenin und der marxistischen Sowjetökonomen darauf, den Nachweis zu führen, daß die sozialistische "Rechnungsführung und Kontrolle notwendig ist, um auch nur zu einer der Vorstufen der kommunistischen Gesellschaft

4 Alle in Klammern gesetzten Seitenzahlen im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

5 Paschkow, A. I., Die Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR, in: Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus, a. a. O., S. 65.

zu gelangen." 6 Lenin forderte beispielsweise, die staatskapitalistische Wirtschaftsform zu nutzen, und orientierte auf die allmähliche Liquidierung des Privathandels und auf den staatlich geregelten Warenaustausch mit der Bauernwirtschaft, um so eine ökonomische Grundlage für die Beziehungen zwischen Stadt und Land zu schaffen. Daran schloß sich der vom Bürgerkrieg erzwungene Kriegskommunismus an. Es wurde der Versuch unternommen, den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu vollziehen. Die Sowjetregierung erließ in den Jahren 1920 und 1921 Dekrete über die Einführung der unentgeltlichen Abgabe aller Waren und Erzeugnisse an die Werktätigen.

Die Leninsche Politik unmittelbar nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war demnach auf den schrittweisen, allmählichen Übergang zum Sozialismus gerichtet. Bürgerkrieg und militärische Intervention aber erzwangen eine Veränderung dieser politischen Konzeption, da die Bourgeoisie die Existenz und Entwicklung der Sowjetmacht in Frage stellen wollte. Die Politik des Kriegskommunismus war eine durch den Klassenkampf der jungen Sowjetmacht aufgezwungene Politik. Die im Kriegskommunismus durchgeführte ökonomische Politik entsprach den Erfordernissen der militärischen Lage, stand aber nicht in Übereinstimmung mit dem Niveau der ökonomischen Entwicklung, mit dem Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte.

Širokorad analysiert in seiner Schrift anhand eines sehr umfangreichen, sorgfältig aufbereiteten Quellenmaterials die theoretischen Auseinandersetzungen und Diskussionen jener Jahre (S. 15 - 50). Er zeigt, welchen Einfluß die in dieser Etappe existierenden Auffassungen über die Lösung dieses oder jenes Problems auf die Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus ausübten. Obwohl dem Leser durch das Studium schon vorliegender Veröffentlichungen eine Reihe von Entwicklungsproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus nahegebracht wurden, vermittelt Širokorads Arbeit durch die Tiefe des theoretischen Eindringens in ausgewählte Probleme neue Erkenntnisse.

Aufgrund der komplizierten ökonomischen und politischen Bedingungen in den ersten Jahren nach der Errichtung der Sowjetmacht war die Position der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler noch ziemlich stark. Beispielsweise war während der militärischen Intervention und des Bürgerkrieges Tugan-Baranovskij Finanzminister des bürgerlichen Ukrainischen Zentralrates, und Struve gehörte der konterrevolutionären Wrangel-Regierung an. Gemeinsam entwickelten sie die Losungen "Zurück zum Idealismus" sowie "Vorwärts mit Marx und Kant". Tugan-Baranovskij entwickelte seine auf "ethischen Ideen" beruhenden Sozialismusauffassungen (S. 19). Die noch kleine Zahl marxistischer Theoretiker hatte gerade erst mit der umfassenden Ausbildung der neuen Wissenschaftlergeneration begonnen. Gemeinsam mit ihren Lehrern nahmen sie den Kampf gegen die bürgerlichen Theorien auf, wuchsen und festigten sich als marxistische Kader auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften, und gleichzeitig formierte sich diese Wissenschaft selbst. 7

Širokorad setzt sich anschließend mit den Auffassungen einiger Vertreter der antimarxistischen ökonomischen Wissenschaft, wie zum Beispiel Lutochin, Prokopovič, Grineveckij und Maslov, auseinander. Er weist ihnen bürgerliches und kleinbürgerliches Herangehen bei der Lösung von Kernproblemen der politischen

6 Lenin, W. I., Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 43.

7 Vgl. Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus, a. a. O., S. 39 f.

Ökonomie und der jungen Sowjetmacht nach. Sie schrieben viel über die schwere wirtschaftliche Lage Rußlands, über die Notwendigkeit, alle Fragen des russischen gesellschaftlichen Lebens ausschließlich der wirtschaftlichen Wiederherstellung des Landes unterzuordnen (S. 31 ff.). Ihr begrenzter bürgerlicher Horizont ließ die Vorstellung nicht zu, daß die Entwicklung der Volkswirtschaft auf sozialistischem Wege möglich sei. Obwohl sie den zerstörenden Einfluß des ersten Weltkrieges auf die Wirtschaft des Landes anerkannten, verurteilten sie die herrschende Klasse des zaristischen Rußlands nicht deshalb, weil diese sich an der Entfesselung dieses verbrecherischen Krieges beteiligt hatte, sondern deshalb, weil sie ihn ungeschickt geführt hatte. Dabei gingen diese Ökonomen davon aus, daß es notwendig sei, diesen Krieg bis zum siegreichen Ende fortzusetzen.

Sie standen ebenso wie Tugan-Baranovskij, dem bedeutendsten Verteidiger der bürgerlichen ökonomischen Wissenschaft Rußlands, auf idealistischen Positionen, unterlagen der idealistischen Lehre des Neokantianismus.

Trotz aller Unterschiede in ihren theoretischen und politischen Ansichten, so macht Širokorad deutlich, verband sie einmütig das Nichtverstehen und die Verurteilung des sich im Lande vollziehenden realen Prozesses.

Mit der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik, die man als Rückkehr der Sowjetmacht zur alten kapitalistischen Ordnung auslegte, vollzog sich eine neue Belebung bürgerlicher Elemente in den Bereichen der Ökonomie, Politik und Ideologie. In diesem Zusammenhang werden Arbeiten bürgerlicher Ökonomen, die sich insbesondere um die Zeitschriften "Ekonomist" und "Ekonomičeskoe voščoždenie" gruppierten, auf ihre philosophische und politische Ausrichtung überprüft. Einschätzend stellt Širokorad fest, daß alle diese Arbeiten über einen bürgerlichen Gesichtskreis nicht hinausgehen (S. 47). Dies erkannte neben anderen 1922 auch schon Miljutin. Die Hauptfehler der modernen bürgerlichen Ökonomen so urteilte er damals, bestehen in der Transformation der gegenwärtigen Entwicklung in eine kapitalistische Perspektive.⁸

Širokorad gibt in diesem ersten Kapitel einen Überblick, wie die Kommunistische Partei der Sowjetunion und ihre Ökonomen unmittelbar nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution einen unerbittlichen und konsequenten Kampf gegen alle bürgerlichen Theorien sowie rechte und linke opportunistische Auffassungen geführt haben. Andererseits verweist der Autor auch darauf, daß der noch immer beachtliche Einfluß der bürgerlichen Methodologie eine fruchtbringende Ausarbeitung methodologischer Probleme hemmte.

Um das Jahr 1923 beginnt nach Ansicht von Širokorad eine neue Etappe in der Entwicklung des ökonomischen Denkens der UdSSR. Bis zu dieser Zeit waren "bedeutende Erfolge im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und bei der Reorganisation der gesamten wissenschaftlichen Forschungs- und pädagogischen Arbeit auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften auf der Grundlage des Marxismus erreicht worden" (S. 51). Gleichzeitig führte der kleinbäuerliche Charakter der Wirtschaft zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik zu einer Vergrößerung der Schwierigkeiten beim Übergang zum Sozialismus. Auf dieser Grundlage fanden trotzkistische und rechte Abweichungen, die sich gegen die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus

⁸ Miljutin, V., *Ekonomičeskie zadači v perechodnogo perioda*, in: *Sbornik ekonomičeskich statej*, Petrograd 1922, S. 10, hier zit. nach Širokorad, L. D., a. a. O., S. 42.

stellten und erneuert die Gefahr der Rückkehr des Kapitalismus heraufbeschworen, einen besonderen Nährboden. Die Partei wandte sich entschieden gegen alle den sozialistischen Aufbau verfälschenden und schädlichen Ansichten.

Aus der Vielzahl der in den zwanziger Jahren geführten Diskussionen greift der Autor diejenigen heraus, in denen es um grundlegende methodologische Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus ging: um den Gegenstand der politischen Ökonomie (S. 52 ff.), die Frage des Regulators der sowjetischen Wirtschaft (S. 67 ff.) und die gesellschaftliche Arbeitsteilung (S. 88 ff.).

In der sowjetischen ökonomischen Literatur der zwanziger Jahre herrschte der Standpunkt vor, daß die politische Ökonomie lediglich eine Wissenschaft der kapitalistischen Produktionsweise sei. Diese These stützte sich auf Aussagen von Tugan-Baranovskij und Bucharin, aber auch auf die der deutschen Revolutionärin Rosa Luxemburg. Gegen diese Auffassung trat als einer der ersten sowjetischen Ökonomen Skvorcov-Stepanov in einem im Jahre 1925 an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR gehaltenen Referat auf, dessen Ansichten zu einer Reihe von Fragen bis zur Gegenwart eine wesentliche methodologische Bedeutung behalten haben.

Skvorcov-Stepanov wies in seinem Referat "Was ist die politische Ökonomie?" nach, daß sich die Klassiker des Marxismus-Leninismus auf die dialektisch-materialistische Methode stützen und daß die politische Ökonomie nur dann zu einer Wissenschaft wird, wenn sie die historischen Bedingungen der Entstehung jeder Produktionsweise, die Triebkräfte ihrer Entwicklung und die Unvermeidlichkeit der Ablösung der einen durch die andere Produktionsweise erklärt.⁹ Bei der Verteidigung der These von der politischen Ökonomie im weitesten Sinne wies er darauf hin, daß die Beschränkung der politischen Ökonomie auf den Kapitalismus eine metaphysische bürgerliche Auffassung von dieser Wissenschaft darstellt. Will man zeigen - so Skvorcov-Stepanov -, daß sich die Gesellschaft in einem Entwicklungsprozeß befindet, dann muß man den bürgerlichen Standpunkt verlassen, über den Rahmen des Kapitalismus hinausgehen und die anderen ökonomischen Gesellschaftsformen untersuchen.

Širokorad macht deutlich, daß dieses Referat eine der beachtlichsten ökonomisch-theoretischen Leistungen jener Jahre ist und einen bedeutsamen Beitrag zur Korrektur der ungerechtfertigten Einengung der politischen Ökonomie auf die kapitalistische Produktionsweise darstellt. Obwohl Skvorcov-Stepanov leidenschaftlich und parteilich die von Engels im "Anti-Dühring" gegebene Gegenstandsauffassung gegen die Auffassung Bucharins verteidigte, gelang es ihm nicht, die Anhänger Bucharins zu überzeugen.

Wie Širokorad weiter zeigt, wurde die Diskussion um den Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus gegen Ende der zwanziger Jahre unter anderen Aspekten weitergeführt (S. 59). Bei der Beantwortung der Frage, in welchen Relationen die Produktionsverhältnisse und die Produktivkräfte in den Gegenstand der politischen Ökonomie einzubeziehen sind, waren vornehmlich die fehlerhaften Theorien Rubins und der Mechanisten zu überwinden.

Während Rubin und seine Anhänger die These verteidigten, daß die politische Ökonomie nur die Produktionsverhältnisse zu untersuchen habe, traten die Mechanisten, deren Hauptvertreter Bogdanov war, für eine "gleichberechtigte" Einbezie-

⁹ Skworzow-Stepanow, I. I., Was ist politische Ökonomie, in: Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus, a. a. O., S. 229.

hung der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte in den Gegenstand ein. Beide Richtungen führten letztlich zu einer ungerechtfertigten Trennung des dialektischen Zusammenhangs von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften, zu einer Entstellung des objektiven Inhalts der bedeutenden marxistischen ökonomischen Kategorien Produktionsweise, Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte.

Von 1927 bis 1929 gab es eine Reihe von Veröffentlichungen und Diskussionen, in denen sich fortschrittliche Ökonomen, wie Dukor, Notkin, Miljutin und Borilin, mit den theoretischen Ansichten und der politischen Plattform Bucharins, Rubins und vieler anderer Ökonomen in der Sowjetunion auseinandersetzten und die Fehlerhaftigkeit der getrennten Untersuchung der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte erkannten. Eine endgültige Überwindung der in den zwanziger Jahren existierenden einengenden nichtmarxistischen Auffassungen über den Gegenstand der politischen Ökonomie zeichnete sich erst nach dem Erscheinen der Leninschen kritischen "Bemerkungen" zu Bucharins Buch "Die Ökonomie der Transformationsperiode" im Jahre 1929 ab. Lenin wies Bucharins Vorgehen, die politische Ökonomie auf die Untersuchung der kapitalistischen Warenwirtschaft zu beschränken, zurück. Für das marxistische Verständnis des Gegenstandes der politischen Ökonomie waren Lenins Hinweise von außerordentlicher Bedeutung, weil - durch sie angeregt - die Ökonomen viele wichtige methodologische Probleme neu durchdachten.

Mit der Präzisierung des Forschungsgegenstandes war ein weiteres theoretisch und praktisch bedeutsames Problem der politischen Ökonomie des Sozialismus verbunden - die Frage nach dem ökonomischen Grundgesetz der sozialistischen Wirtschaft. Vom richtigen Verständnis des Regulierungsmechanismus der Wirtschaft der Übergangsperiode und des Sozialismus hing die Lösung vieler konkreter volkswirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Aufgaben ab. Deshalb rief dieses bis in die Gegenwart bedeutsame Problem zwischen Marxisten und Opponenten eine heftige Polemik hervor. Hauptsächlich, so weist Širokorad in diesem interessanten und wichtigen Abschnitt nach, wurden die Auseinandersetzungen um die fehlerhaften Konzeptionen von Bogdanov, Bucharin und Preobraženskij geführt.

Der Autor hebt hervor, daß in den zwanziger Jahren vor allem die Anschauungen von Bogdanov, insbesondere seine Konzeption über den Regulator der Volkswirtschaft, einen bestimmten Einfluß auf einige sowjetische Ökonomen ausübte. Er leitete allgemeine ökonomische Gesetze nicht aus der Analyse konkreten ökonomischen Materials ab, sondern aus noch allgemeineren soziologischen und philosophischen Gliederungen. So kam er zu einer über den Klassen existierenden "organisatorischen Theorie", zur "mechanischen Theorie des Gleichgewichts", zum "außerhistorischen Gesetz" des "physiologischen Energieaufwandes". Von subjektiv-idealistischen und mechanistischen Positionen ausgehend, entwickelte er seine "allgemeine Organisationslehre" (Teleologie), nach der jegliche menschliche Tätigkeit unter dem Gesichtspunkt der Organisation, die für universell und einzig richtig gegeben wird, zu betrachten ist.

In den Mittelpunkt der gesamten Erkenntnistätigkeit der Menschen stellt Bogdanov die Entwicklung der Teleologie und verknüpft sie mit der Klärung grundlegender Probleme der menschlichen Existenz. Indem er die Prinzipien und Methoden seiner "Organisationslehre" systematisch auch auf Arbeiten zur ökonomischen Wissenschaft anwendet, kommt er zu jenen von der konkreten ökonomischen Analyse losgelösten Auffassungen über den Regulator der Wirtschaft der Übergangsperiode in der UdSSR. Den Wert identifizierte Bogdanov mit dem Arbeits-

aufwand. Širokorad zeigt völlig richtig, daß eine solche Betrachtung des Wertes zu der Auffassung führt, der Wert existiere in einer beliebigen Gesellschaft - nicht nur in der Gesellschaft mit Warenbeziehungen, sondern auch in der Gesellschaft mit Naturalwirtschaft - und das ahistorische "Gesetz des Arbeitsaufwandes" sei Regulator in jeder Gesellschaft, darunter auch der sozialistischen (vgl. S. 74 ff.).

Širokorad hebt als Ursache von Bogdanovs Fehler hervor, daß dieser die spezifischen Besonderheiten der wirtschaftlichen Organisation der Gesellschaft in ihren verschiedenen Entwicklungsstufen aus dem allgemeinen ökonomischen Gesetz ableitete, das von ihm - wie oben gezeigt - falsch verstanden wurde. Für Bogdanov wirkte derselbe Regulator in der kapitalistischen und in der sozialistischen Produktion, Unterschiede sah er nur in den Erscheinungsformen dieses Regulators. Hier zeigt sich bereits der methodologische Grundfehler in Bogdanovs Theorie, das "undialektische Verständnis der Wechselbeziehungen von Allgemeinem und Besonderem sowie die einseitige Betonung der Rolle des Allgemeinen und die Unterschätzung des Spezifischen in der gesellschaftlichen Entwicklung" (S. 75).

Im Anschluß daran deckt der Autor die Auffassungen von Bucharin auf, der sich stark an Bogdanov anlehnte. Dabei betonte Bucharin besonders das überhistorische "Gesetz des Arbeitsaufwandes". Sowohl Bogdanov als auch Bucharin meinten, das sei der für alle Formationen gemeinsame und einzig mögliche Regulator, der im Kapitalismus in der "fetischistischen Gestalt des Wertgesetzes" in Erscheinung trete, im Sozialismus hingegen erscheine er angeblich "enthüllt" im "Gesetz des Arbeitsaufwandes" (S. 76).

Die "Enthüllung" des Wertgesetzes und seine Verwandlung in das "Gesetz des Arbeitsaufwandes" müßte sich nach dieser Auffassung im Verlaufe der Übergangsperiode vollzogen haben. Širokorad zeigt, daß auch Bucharin die Gemeinsamkeit im Wesen der Regulatoren verschiedener Formationen betonte. Deshalb sei die Schlußfolgerung nicht zulässig, daß bei Wirkung "des Gesetzes des Arbeitsaufwandes" in reiner Form die Planung nur als Vorwegnahme dieser Wirkung erscheint, was sich bei spontaner Regulierung erst danach offenbaren würde. Eine solche Auffassung vom Regulierungsmechanismus unterschätzt den Plan objektiv (S. 77).

Auf überaus großes Interesse werden sicherlich die sich daran anschließenden Ausführungen des Autors zu den theoretischen Vorstellungen Preobraženskij's stoßen. Letzterer vertrat in den ersten Jahren nach der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik den Standpunkt, daß es zwei Regulatoren in der Wirtschaft der Übergangsperiode gäbe, einmal den Plan, den er subjektivistisch auffaßte, zum anderen das Wertgesetz, das er auch als kapitalistisches charakterisierte, obwohl es im Planungsprozeß im Interesse des Sozialismus ausgenutzt wird. Mitte der zwanziger Jahre verfaßte Preobraženskij eine ihrem Wesen nach trotzkistische Konzeption von den zwei Regulatoren: der eine sei das Wertgesetz, der andere das sogenannte Gesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation. Nach seiner Konzeption wäre das Wirken des "Gesetzes der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation" mit der führenden Rolle des sozialistischen Sektors der Sowjetwirtschaft ebenso verbunden wie das Wirken des Wertgesetzes mit der Entwicklung der Privatwirtschaft. Daraus zog er den Schluß, daß ein Zusammenstoß dieser beiden "Gesetze" und der von ihnen repräsentierten Wirtschaftssphären unvermeidlich sei. Das Wesen des "Gesetzes der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation" kommt in der Feststellung Preobraženskij's zum Ausdruck, daß die Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise in der Sowjetunion sich auf Kosten des nichtäquivalenten Austausches der landwirtschaftlichen Erzeugnisse

se gegen die der Industrie vollziehe. Damit erklärte er die Landwirtschaft zur ausschließlichen Akkumulationsquelle der Industrie und sprach sich ganz offen für eine "ständige Ausbeutung" der Bauernschaft aus.¹⁰

Wie Širokorad herausarbeitet, ist die "politische, theoretische und methodologische Haltlosigkeit der Konzeption der 'ursprünglichen sozialistischen Akkumulation' ... in zahlreichen Parteidokumenten und in der ökonomischen Literatur der zwanziger Jahre" nachgewiesen worden (S. 80).

In einer 1927 angenommenen Direktive zum Fünfjahrplan der Volkswirtschaft heißt es beispielsweise: "Es wäre falsch von der Forderung auszugehen, daß möglichst viel Mittel aus dem Bereich der Bauernschaft in den Bereich der Industrie gepumpt werden sollen, weil diese Forderung nicht nur auf den politischen Bruch mit der Bauernschaft, sondern auch auf die Untergrabung der Rohstoffbasis der Industrie hinausläuft, auf die Untergrabung ihres Binnenmarktes und des Exports, auf die Störung des Gleichgewichts des Volkswirtschaftssystems. Andererseits wäre es falsch, auf die Mittel des Dorfes für den Aufbau der Industrie zu verzichten; das würde in der Gegenwart auf die Verlangsamung des Entwicklungstempos und die Störung des Gleichgewichts zum Schaden der Industrialisierung des Landes hinauslaufen."¹¹

Eine auch heute unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen besonders aktuelle Problematik - die gesellschaftliche Arbeitsteilung - war bereits in den zwanziger Jahren Gegenstand vieler Diskussionen. Obwohl Širokorad die Diskussionen zu diesem Problemkreis hier ebenfalls nachzeichnet, ist dem Leser zum besseren Verständnis zu empfehlen, zusätzlich die Grundrisse "Geschichte der politischen Ökonomie des 'Sozialismus'" zu studieren.

Der Autor macht deutlich, daß einige Ökonomen, die die gesellschaftliche Arbeitsteilung als ökonomische Kategorie und ihren Platz im System der gesellschaftlichen Produktion diskutierten, sich von einer mechanistischen Interpretation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung leiten ließen, die von Bogdanov und Bucharin ausging und die darin bestand, die Produktivkräfte mit der Technik zu identifizieren, und sie deshalb aus der Sphäre der Ökonomie ausschloß. Aufgrund dessen wurde die Arbeitsteilung nur als ein Produktionsverhältnis betrachtet (S. 89).

Eine Reihe fortschrittlich denkender Autoren, wie zum Beispiel Adoratskij und Semkovskij, erkannten die Mängel dieser Konzeption schon in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre. Wie Širokorad herausarbeitet, waren zum Ende der zwanziger Jahre dann die grundlegenden Thesen des Mechanizismus, wonach "die ökonomische Struktur der Gesellschaft insgesamt und unmittelbar durch den Charakter ihrer technischen Organisation, insbesondere durch den Charakter der technischen Arbeitsteilung bestimmt wird" (S. 90 f.), überholt.

Viele Fragen, beispielsweise die nach dem Verhältnis von technischer und gesellschaftlicher Arbeitsteilung, nach der ökonomischen Natur der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, blieben jedoch weiterhin offen.

Die Diskussion zur Frage nach dem Wesen der Arbeitsteilung hatte insofern große Bedeutung für die Ausarbeitung der politischen Ökonomie des Sozialismus,

10 Preobraženskij, E., Osnovnoj zakon socialističeskogo nakoplenija, in: Vestnik kommunističeskoj akademii, Nr. 8/1924.

11 KPSS v rezolucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK, Bd. 1, Moskau 1953, S. 532.

weil von der Klärung des Wesens der Arbeitsteilung die Bestimmung ihres Platzes im System der gesellschaftlichen Produktion, der Wechselbeziehungen zu den anderen ökonomischen Kategorien und die fundierte Kenntnis der beiden wesentlichen Seiten der Produktion, der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, abhing.

Indem Širokorad die gewaltige Arbeit der sowjetischen Ökonomen zur Entlarvung antimarxistischer Richtungen in der ökonomischen Wissenschaft während der zwanziger Jahre würdigt, erarbeitet er die Charakteristika für die politische Ökonomie des Sozialismus in jener Etappe. Er sieht diese in dem Bemühen der Wissenschaftler, die alten hemmenden Paradigmen und antiprogessiven Theorien zu überwinden, sowie in dem Beginn des Annäherungsprozesses der ökonomischen Wissenschaft an die Praxis des sozialistischen Aufbaus. Die in dieser Etappe diskutierten grundlegenden methodologischen Probleme führten zu einer Reihe bedeutender Erkenntnisse, brachten jedoch keine endgültigen Lösungen.

Zieht man die Bilanz der Diskussionen jener Etappe, kann man sagen, daß die unfruchtbaren bzw. offen feindlichen "Theorien"

- von den zwei Sektoren und den damit im Zusammenhang wirkenden zwei Regulatoren der Volkswirtschaft
- vom Kampf zweier Gleichgewichtssysteme
- vom "Gesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation"
- vom überhistorischen "Gesetz der Arbeitsaufwände"
- vom Plan als allgemeinem Bewegungsgesetz der sozialistischen Produktionsweise und Regulator der sozialistischen Produktion

einer gründlichen und tiefgreifenden Kritik unterzogen worden waren. Andererseits verfügten die Sowjetökonomien in der betrachteten Entwicklungsstufe noch nicht über ausreichendes Material und die notwendigen theoretischen Voraussetzungen, um verallgemeinernde Schlußfolgerungen in bezug auf den Regulierungsmechanismus der sowjetischen Wirtschaft zu ziehen. Ebenso fehlten die notwendigen theoretischen Voraussetzungen für solche Schlußfolgerungen, weil man in den zwanziger Jahren noch recht weit von der Lösung der Frage nach dem System der ökonomischen Gesetze und der Planung entfernt war.

Erst in den folgenden Jahren von 1929 bis 1936 konnte die politische Ökonomie des Sozialismus nach Meinung Širokorads ihre wichtigsten Entwicklungsprobleme überwinden und sich in den Rang einer selbständigen Wissenschaft erheben (S. 104).

In den Jahren 1929 und 1930 vollzog sich ein gewaltiger Umschwung in der Entwicklung der sowjetischen politischen Ökonomie (S. 105). Das Fortschreiten des sozialistischen Aufbaus hatte den vorhandenen positiven Erfahrungsschatz um ein beträchtliches Maß erweitert. Diese konnten jetzt in theoretische Verallgemeinerungen einbezogen werden. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Praxis zeigte augenscheinlich die theoretische Schwäche und politische Schädlichkeit bürgerlicher und rechtsopportunistischer Konzeptionen von der ökonomischen Perspektive des Landes.

Positiv wirkten sich die zahlreichen Hinweise und Beschlüsse der Partei auf die Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus aus, welche insbesondere die linken Überspitzungen eindämmten, die zu Versuchen führten, einige objektiv notwendige Entwicklungsstufen zu überspringen (Širokorad erinnert an die Maßnahmen zur Liquidierung des Geldes usw.).

Širokorad unterstreicht in diesem Zusammenhang noch einmal die Bedeutung der Leninschen "Bemerkungen", deren Erscheinen viele Ökonomen dazu veranlaßte,

wichtige methodologische Probleme noch einmal neu zu überdenken und ihre Ansichten hinsichtlich des Rahmens der politischen Ökonomie auf einen gemeinsamen Standpunkt zu bringen.

Als das wichtigste Ergebnis, zu dem die politische Ökonomie des Sozialismus in jenen Jahren kam, bezeichnet der Autor deshalb auch "die Anerkennung der Möglichkeit und Notwendigkeit der theoretischen Untersuchung nichtkapitalistischer Produktionsweisen" (S. 112).

Ausdruck für die Anerkennung der konkreten ökonomischen Erscheinungen der Übergangsperiode in der UdSSR als Untersuchungsgegenstand einer speziellen Wissenschaft war die schrittweise Einführung des Lehrgebietes "Theorie der Sowjetwirtschaft" an den Hochschulen und Universitäten im Jahr 1930 und der Lehrdisziplin "Wirtschaftspolitik" im Jahr 1933.

Die weitere Ausarbeitung unter anderem solcher wichtigen politökonomischen Kategorien wie Planung, Ware-Geld-Verhältnisse sowie Reproduktionstheorie brachte neue Erkenntnisse über die sozialistische Wirtschaft und ließ bald die Einführung einer Vorlesung über die politische Ökonomie des Sozialismus notwendig werden. Im Beschluß des ZK der KPdSU (B) "Über die Umgestaltung des Unterrichts in politischer Ökonomie" (1936) wurde auf die Schwächen und Ungereimtheiten der gehaltenen Vorlesung "Wirtschaftspolitik" hingewiesen und betont, daß es notwendig sei, in der Unterrichtspraxis statt des Lehrgebietes "Wirtschaftspolitik" das Lehrgebiet Politische Ökonomie des Sozialismus einzuführen.¹²

Ein Haupthindernis bestand nach wie vor in der Negierung des objektiven Charakters der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und in der Konzentration der Aufmerksamkeit sowjetischer Ökonomen auf das Studium wirtschaftspolitischer Maßnahmen und historischer volkswirtschaftlicher Prozesse. Eine geringschätzige Haltung gegenüber der Ausarbeitung methodologischer Probleme hemmte beispielsweise den Erkenntnisfortschritt bei der Frage nach dem Regulator der sozialistischen Wirtschaft.

In jenen Jahren wurden die unterschiedlichsten Meinungen zum Bewegungsgesetz des Sozialismus vertreten. Manche Ökonomen versuchten, die Diktatur des Proletariats bzw. den Plan als ein solches Gesetz darzustellen, andere versuchten zu beweisen, daß die Produktionsverhältnisse das Grundgesetz seien, wieder andere stellten das Gesetz der Ökonomie der Zeit als das Bewegungsgesetz dar. Diese Konzeptionen drückten die Versuche einiger Ökonomen aus, aus dem fehlerhaften subjektivistischen Kreis herauszukommen, in dem sich das ökonomische Denken zu Beginn der dreißiger Jahre befand (S. 123).

Die theoretische Arbeit zur Ausarbeitung der politischen Ökonomie des Sozialismus verstärkte sich in jenen Jahren und wurde vor allem von solchen Ökonomen wie Vosnessenskij, Borilin, Gatovskij, Ostrovitjanov, Dukor und Paškov wesentlich vorangebracht. Dennoch konnte die politische Ökonomie des Sozialismus in jenen Jahren ihren Hauptmangel, den Subjektivismus, nicht ablegen. Vielmehr verstärkte er sich in den dreißiger Jahren noch. Einerseits war das auf die Erfolge bei der Durchführung des ersten Fünfjahrplanes und andererseits auf die damals noch vorhandene Notwendigkeit, die Volkswirtschaft stark administrativ zu leiten, zurückzuführen. Die sowjetischen Ökonomen konnten jedoch bei der weiteren Ausarbeitung der ökonomischen Theorie des Sozialismus auf soliden wissenschaftlichen Fundamenten aufbauen, zum Beispiel auf der marxistisch-lenini-

¹² Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus, a. a. O., S. 30 ff.

stischen Philosophie, auf den Hinweisen von Marx und Engels zur Ökonomie des Sozialismus, auf den von Lenin geschaffenen Grundlagen der politischen Ökonomie des Sozialismus und auf den Direktiven und Dokumenten der KPdSU. So ist es zu erklären, daß trotz der starken subjektivistischen Tendenzen in der politischen Ökonomie des Sozialismus in jenen Jahren überaus wichtige Ergebnisse erzielt wurden. Širokorad weist das anhand solcher Kategorien wie Planung, Ware-Geld-Beziehungen und Reproduktion nach.

In den zwanziger Jahren bildete sich die sowjetische Planung heraus, es wurden Fragen der Planteknik und -methodologie diskutiert, die Pläne wurden im Laufe der Jahre konkreter und differenzierter, die Arbeitsteilung zwischen den Planungsorganen wurde immer detaillierter formuliert.¹³

In den dreißiger Jahren konnte die ökonomische Wissenschaft dann aufgrund der Verallgemeinerung der praktischen Erfahrungen und der Analyse historischer Probleme zur Theorie der sozialistischen Planung viele Elemente (zum Beispiel Aussagen über das Ziel, die Voraussetzungen, die Planungsprinzipien; die Methodologie usw.) zusammentragen (S. 142).

Ebenfalls ermöglichte die wirtschaftliche Notwendigkeit, die Suche nach vollkommeneren Formen und Methoden zur Ausnutzung der Wertkategorie, die Erkenntnisse zu den Ware-Geld-Beziehungen weiter voranzutreiben. Verstärktes Interesse fanden infolge der wirtschaftlichen Veränderungen auch Fragen der Reproduktionstheorie und wirtschaftlichen Rechnungsführung.

Širokorad führt viele Beispiele für den Wandlungsprozeß in den Auffassungen zu diesen Fragen und zum Kampf progressiver Sowjetökonomien mit dem rechten und "linken" Opportunismus an. Das wichtigste Ergebnis dieses Wandlungsprozesses war jedoch der Versuch solcher hervorragenden Ökonomen, wie zum Beispiel Vosnessenskij und Ostrovitjanov, ein System der allgemeinen ökonomischen Theorie des Sozialismus auszuarbeiten. Diese vom Autor aufgezeigten Versuche, die stellvertretend für viele andere wichtige Äußerungen jener Zeit zur Notwendigkeit der politischen Ökonomie des Sozialismus stehen, sind zugleich Beweis dafür, daß die politische Ökonomie des Sozialismus zu jener Zeit bereits existierte und eine wirksame ideologische Waffe im Kampf um den Sieg des Sozialismus war.

Trotz der in den Konzeptionen der genannten Ökonomen vorhandenen Mängel erkannten sie die Tatsache, daß der revolutionäre Prozeß neue Probleme aufwarf, die von der politischen Ökonomie des Sozialismus untersucht und gelöst werden mußten. Solche Fragen waren zum Beispiel (S. 143 ff.):

- Wie verändert sich die Bedeutung der Geldform?
- Wie wird zusammen mit den Marktbeziehungen die Geldform absterben?
- Welches sind die Gesetze der erweiterten Reproduktion unter den Bedingungen der Übergangsperiode und des Vormarsches zum Kommunismus?
- In welchem Verhältnis stehen Plan und Volkswirtschaftsbilanz zueinander?
- Wie muß die Proportion von Akkumulation zu Konsumtion festgelegt werden?

Obwohl einige Ökonomen auch solche Fragen aufwarfen, daß das Geld und andere Wertkategorien in der Übergangsperiode absterben würden, so waren in ihren Problemstellungen doch auch die Fragen zu finden, die in den dreißiger Jahren

¹³ Vgl. Jewenko, J., Herausbildung und Entwicklung der Volkswirtschaftsplanung in der UdSSR (in den Jahren von 1921 bis 1941), in: Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus, a. a. O., S. 124 ff.

vor der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Sowjetunion standen und deren Lösung in Angriff genommen wurde.

Beachtenswert und interessant sind Širokorads Ausführungen zur Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, denn gerade in dem von ihm untersuchten Zeitraum sind einige der wichtigsten Elemente dieser Theorie formuliert worden. Darüber hinaus verfügte die Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus bis heute noch nicht über eine sorgfältige Erschließung der Übergangsperiode hinsichtlich des Problems der wirtschaftlichen Rechnungsführung.

Der Autor beleuchtet zunächst den wirtschaftshistorischen Hintergrund jener Jahre (S. 163 ff.). Die äußerst starke, plötzliche Veränderung der volkswirtschaftlichen Proportionen zugunsten der Abteilung I führte zu einer Verletzung des Verhältnisses zwischen dem Lohnfonds und der Produktion von Konsumtionsmitteln. Negative Auswirkungen auf die Ware-Geld-Beziehungen in der sowjetischen Wirtschaft hatten in jenen Jahren die Fehler, die in der ersten Etappe der Kreditreform in den Jahren 1930/31 gemacht wurden, als eine Kreditordnung "gegen den Plan" und nicht in Verbindung mit der Planerfüllung erlassen sowie das Akzept abgeschafft wurde, das heißt, es erfolgte eine automatische Bezahlung aller Rechnungen des Lieferanten, unabhängig von der Einwilligung des Käufers. Dies alles untergrub die wirtschaftliche Rechnungsführung, schmälerte die Bedeutung qualitativer Produktionskennziffern, führte zu einer überflüssigen Emission von Banknoten und zu einer Abspaltung der Kreditoperationen von den realen Kreditreserven.

Die Versuche, die Wertformen nicht auszunutzen und den Kredit und die wirtschaftliche Rechnungsführung als bloße Formen zu betrachten, fügten der Volkswirtschaft großen Schaden zu. Širokorad betont, daß die Partei in den Jahren 1930 bis 1933 eine Reihe grundlegender Maßnahmen zur Regulierung und Festigung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, des Sowjethandels und des Geldumlaufs durchführte. Alle diese Maßnahmen beruhten auf der Erkenntnis der Partei, daß die Ware-Geld-Formen - Preis, Kredit, Geld usw. - beim Aufbau des Sozialismus weiterbestehen und ausgenutzt werden müssen (S. 168 ff.).

Trotz aller Widersprüchlichkeiten, so schließt Širokorad seine Untersuchungen, erfolgte in der Übergangsperiode mit der Herausbildung der Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft auch die Formierung der politischen Ökonomie des Sozialismus. Im Prozeß der Überwindung des Einflusses bürgerlicher und revisionistischer Strömungen führte die allmähliche Ansammlung von Erkenntnissen über die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Wirtschaft zur Anerkennung der politischen Ökonomie des Sozialismus als selbständige Wissenschaft und zur Präzisierung ihres Forschungsgegenstandes (S. 199).

Eine neue Perspektive für die Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus eröffnete sich durch die Bildung des sozialistischen Weltsystems. Es entstand die Möglichkeit, die in den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus enthaltenen Aussagen und die bis zu diesem Zeitpunkt in dem ersten und einzigen Land gewonnenen Erkenntnisse über die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Wirtschaft auf ihre Allgemeingültigkeit in einer Vielzahl von Ländern zu überprüfen. Gleichzeitig trugen und tragen die Anwendung und Weiterentwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus unter den konkret-historischen Bedingungen der einzelnen Länder, die den Weg zum Sozialismus-Kommunismus beschreiten, zu einer bedeutenden Erweiterung und Vertiefung dieser Wissenschaft bei. Die Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus ist zugleich die Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus in den einzelnen

sozialistischen Ländern. Aber sie ist nicht nur einfach chronologische Zusammenfassung, sondern höchste theoretische Verallgemeinerung der Erfahrungen, die unter den jeweiligen konkret-historischen Bedingungen gewonnen wurden. Deshalb gibt es auch keine Kongruenz der Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus in den Entwicklungsetappen der einzelnen sozialistischen Länder, wohl aber gemeinsame Grundzüge.

Für die Übergangsperiode in der DDR ist beispielsweise festzustellen, daß die im Mittelpunkt der Diskussion stehenden Probleme, wie

- das soziale Wesen der Wirtschaft des Landes
- die Herausbildung einer proportionalen Produktionsstruktur der Volkswirtschaft
- das Nebeneinanderbestehen und die Entwicklungsrichtung der verschiedenen Eigentumsformen an den Produktionsmitteln
- die Rolle und die Aufgaben der sozialistischen Staatsmacht,

zunächst unter praktischen Aspekten und erst in zweiter Linie unter theoretischen Gesichtspunkten betrachtet wurden.

Gegen Mitte der fünfziger Jahre gewannen im Zusammenhang mit den Diskussionen zum Lehrbuch "Politische Ökonomie" Fragen, die mit dem Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, dem Wirkungs- und Ausnutzungsmechanismus einzelner ökonomischer Gesetze, den Beziehungen zwischen den einzelnen ökonomischen Gesetzen sowie dem Gegenstand und den Methoden der politischen Ökonomie des Sozialismus verbunden waren, zunehmende Bedeutung. Im Verlaufe der Übergangsperiode konnte sich die politische Ökonomie des Sozialismus in der DDR entgegen allen Versuchen dogmatischer und revisionistischer Entstellungen durch bürgerliche Ideologen zu einer systematisch betriebenen Lehr- und Forschungsdisziplin etablieren. Damit wurden grundlegende Voraussetzungen für den Beitrag der Wirtschaftswissenschaftler der DDR an der Erweiterung und Vertiefung des Erkenntnisystems der politischen Ökonomie des Sozialismus geschaffen. In welchem Umfang und mit welchem Niveau die Wissenschaftler der DDR zum Erkenntniszuwachs der politischen Ökonomie des Sozialismus beigetragen haben, dies sollte unter wissenschaftlich-theoretischen und prognostischen Gesichtspunkten Gegenstand weiterer Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus sein.

Sirokorads Arbeit, die viele Anregungen und Hinweise zum wissenschaftlichen Meinungsstreit gibt und zum weiteren Vordringen der wissenschaftlichen Forschung in ein bisher noch ungenügend erschlossenes Gebiet, der Methodologie der politischen Ökonomie des Sozialismus, auffordert, stellt insbesondere unter dem zuletztgenannten Aspekt eine Bereicherung für die Geschichtsforscher der politischen Ökonomie in der DDR dar.

Wirtschaftsgeschichte des deutschen Imperialismus

Weitere Bemerkungen zu

Hans Mottek/Walter Becker/Alfred Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1. Auflage Berlin 1974, 2. Auflage Berlin 1975, 3. Auflage Berlin 1977,
370 Seiten, Preis: 17,80 M

von Helga Nussbaum / Dieter Baudis / Manfred Nussbaum / Lotte Zumpe

Der dritte Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands", der im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte schon in zwei Rezensionen¹ ausführlich besprochen worden ist, liegt mittlerweile in dritter Auflage vor. Diese Tatsache allein ist schon Beweis genug für den großen Bedarf an einer solchen Arbeit, einer knappen und doch umfassenden Darstellung der deutschen Wirtschaftsgeschichte zwischen 1870 und 1945 aus marxistisch-leninistischer Sicht, eben einem Grundriß, wie die Autoren ihr Buch nennen. Diese Tatsache bestimmt aber auch den Charakter der hier folgenden Rezensionen. Es ist ganz selbstverständlich, daß einige Jahre nach der Drucklegung eines solchen Buches, das für längere Zeit ein Standardwerk bleiben wird, in bezug auf bestimmte Fragen neue Einsichten gewonnen, neue Forschungsergebnisse vorgelegt wurden. In bezug auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus soll in diesem Sinne weiterführend diskutiert werden, wobei sich aber die Diskussion nicht auf sämtliche Zeitabschnitte und Probleme erstrecken wird, sondern auf bestimmte Schwerpunkte gerichtet ist. Bevor sich die Rezensenten jedoch diesem speziellen Anliegen zuwenden, erscheint es angebracht, einige allgemeine methodische Probleme zu erörtern.

1 Sonnemann, Rolf, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bemerkungen zu: Hans Mottek/Walter Becker/Alfred Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 3, S. 141 - 150; Wehner, Heinz, Deutschland als imperialistischer Industriestaat. Einige Bemerkungen zu: Hans Mottek/Walter Becker/Alfred Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3, in: ebenda, S. 151 - 162.

von Helga Nussbaum

Die Autoren gliedern ihr Buch in zwei Teile: "Teil I: Grundprozesse" (rund 40 Prozent des Textes) und "Teil II: Die Entwicklung in den einzelnen Zeitabschnitten" (rund 60 Prozent des Textes). Die Grundprozesse, nämlich die "Grundtendenzen der Produktion und der Entwicklung der Produktivkräfte von 1871 bis 1945", die "Herausbildung des monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus - das Vordringen des privaten Monopols" und die "Herausbildung des monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus - die wachsende Rolle des bürgerlichen Staates" werden in Längsschnittdarstellungen, die den gesamten Zeitraum 1871 bis 1945 umfassen, dargestellt. Im Teil II sind die Zeitabschnitte entsprechend den entscheidenden ökonomischen Knotenpunkten gegliedert, die im allgemeinen mit der Periodisierung übereinstimmen, die in der marxistisch-leninistischen Historiographie der DDR für die Geschichte des deutschen Volkes herausgearbeitet wurde. In diesem zweiten Teil wird der kapitalistische Reproduktionsprozeß betont unter dem Gesichtspunkt seiner zyklischen Entwicklung betrachtet.

Diese prononcierte Zweiteilung hat unter Fachkollegen Diskussionen ausgelöst.² Wehner zum Beispiel sieht einen der wesentlichen Nachteile darin, daß den Studenten die Benutzung des Buches erschwert wird. Diese Argumentation führt etwas am Kern der Sache vorbei. Man sollte vielleicht nicht davon ausgehen, ob es für den Studenten bequem ist, Erkenntnisse zu gewinnen, sondern ob sich aus dieser Form der Darstellung ein Erkenntnis zu wach s für den Leser gegenüber den üblichen Formen der Darstellung ergibt oder nicht.

Man muß die Frage also grundsätzlich stellen: Inwiefern ist eine solche Zweiteilung überhaupt methodisch gerechtfertigt?

Dabei handelt es sich nicht allein um das Problem der Darstellung, nicht allein darum, auf welche Weise gewonnene Erkenntnisse aufbereitet und ausgebreitet werden. Der Darstellung geht zunächst der Erkenntnisprozeß voraus, aber es gibt hier bekanntlich auch eine Rückkopplung: Die gewählte Darstellungsform zwingt dem Autor auch wieder die Richtung der Erkenntnissuche auf, und ebenso natürlich dem Leser, der mit den Ergebnissen weiterarbeiten will. Dabei ist der Autor zwar bis zu einem gewissen Grade frei in der Wahl seiner Darstellungsmethoden, aber eben nur bis zu einem gewissen Grade. Die "Natur" oder der Charakter, die Struktur seines Gegenstandes setzen ihm bestimmte Maßstäbe. Welche Maßstäbe setzt "unser" Gegenstand, die Geschichte, als "Gesellschaftsge-

² Auch Sonnemann, Rolf, a. a. O., S. 145, und Wehner, Heinz, a. a. O., S. 151 f., gehen kurz auf diese Problematik ein.

schichte" in umfassendem Sinne³ verstanden? Er fordert, sowohl die vielfältigen Wechselwirkungen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt zwischen den Vorgängen und Ereignissen aller Lebensbereiche der menschlichen Gesellschaft bestehen, als auch die Veränderungen dieses komplizierten Wechselwirkungsnetzes über die Zeiten hinweg, "in" der Zeit, zu erfassen und "abzubilden".

Schon die Abbildung von gleichzeitig bestehenden Strukturen, gleichzeitig stattfindenden Ereignissen und des sie verbindenden Wechselwirkungsnetzes hat ihre Probleme, denn eine verbale Projektion vermag ja Gleichzeitigkeit nur sehr begrenzt wiederzugeben. Noch schwieriger aber ist es, einerseits in der Darstellung der Abfolge konkreter, individueller geschichtlicher Ereignisse das Wirken von Gesetzmäßigkeiten sichtbar zu machen, und andererseits die grundlegenden historischen Prozesse ganz deutlich herauszuarbeiten, ohne das individuelle Ereignis, ohne die "Winkelzüge" der Geschichte zu vernachlässigen.

Das Problem wächst in dem Maße, wie unsere Einsicht in das komplizierte Wechselwirkungsgeflecht der gesellschaftlichen Zustände wächst, in die Gesetze, nach denen sich diese Zustände verändern, und es wächst weiter in dem Maße, in dem die neuen Einsichten neue Fragestellungen provozieren. J. Kuczynski konstatiert, daß wir noch keine "Geschichtsschreibung, die das gesamte gesellschaftliche Leben entsprechend der Bedeutung der verschiedenen gesellschaftlichen Lebens- und Wirkungsgebiete umfaßt", haben.⁴

Die Ursachen dafür sind sicherlich vielfältiger Art. Würden aber die Historiker aller Disziplinen einmal darangehen, eine solche umfassende Geschichtsdarstellung zu erarbeiten - die methodischen Probleme der Darstellung wären ohne Zweifel enorm. Inzwischen begnügen wir uns mit der Erforschung und Darstellung von Teilbereichen der "Gesellschaftsgeschichte" in ihrer Wechselwirkung mit anderen Teilbereichen. Innerhalb der Teilbereiche ist das Geflecht der Wechselwirkungen zwar etwas begrenzter und etwas leichter zu überblicken, im Prinzip aber bestehen die eben genannten Schwierigkeiten der Darstellung - zum Beispiel die richtige Verknüpfung von individuellen Ereignissen mit den Gesetzmäßigkeiten, dem Prozeßhaften in der Geschichte - auch in der Geschichte der Teilbereiche.

Könnten sich nun aus dem unterschiedlichen Charakter der Teilbereiche auch wesentliche Unterschiede in den Darstellungsmethoden ergeben? Küttler/Lozek bemerken zur "Wertigkeit" der historischen Ereignisse: "Diese vielfältige Ueberschneidung der verschiedenen Struktur- und Entwicklungszusammenhänge verdichtet sich punktuell in den historischen Ereignissen, die als vermittelndes Glied zwischen Strukturen und Entwicklungen fungieren und in denen die Struktur- und Entwicklungsgesetze der Gesellschaft wirken. Die Wertigkeit der Ereignisse und Ereigniskomplexe für den allgemeinen Entwicklungs- und Strukturzusammenhang des gesellschaftlichen Prozesses ist vor allem nach dem Wirkungsgrad verschieden, den sie für die Vermittlung zwischen den grundlegenden Veränderungen in der materiellen Produktion und dem Gesamtorganismus der Gesellschaft besitzen. Dieser Wirkungsgrad ist, wie schon angedeutet, bei Ereignissen des Klassenkampfes am größten und kulminiert in den Revolutionen, die als Ereigniskom-

3 Siehe dazu Kuczynski, Jürgen, Die Position der Wirtschaftsgeschichte im System der Wissenschaften. Ein Versuch. Zum zwanzigjährigen Jubiläum dem Institut für Wirtschaftsgeschichte gewidmet, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2, S. 20.

4 Ebenda.

plexe zugleich direkter Umschlag von der einen Struktur zur anderen oder von verschiedenen Entwicklungsstufen innerhalb einer Grundstruktur sind.¹⁵

Von allen historischen Ereignissen haben also nach Küttler/Lozek die Ereignisse des Klassenkampfes den größten Wirkungsgrad in der "Vermittlung zwischen den grundlegenden Veränderungen in der materiellen Produktion und dem Gesamtorganismus der Gesellschaft". Wenn man diese These weiterdenkt, dann müßte bei einer Darstellung der Geschichte des Klassenkampfes die Ereignisdarstellung Vorrang haben, jedenfalls größeren Vorrang als bei der Darstellung der Geschichte anderer Teilbereiche. Kann man aber die These von Küttler/Lozek über den Wirkungsgrad der Ereignisse ohne weiteres akzeptieren? Sind denn als "historische Ereignisse" nur solche Ereignisse aufzufassen, die außerhalb oder neben "den grundlegenden Veränderungen der materiellen Produktion" stattfinden? Eine so enge Auffassung vom "historischen Ereignis" ist sicherlich nicht richtig, und Küttler/Lozek geraten damit auch in Widerspruch zu ihrer eigenen Definition des "historischen Ereignisses", auf die wir weiter unten zurückkommen. Vollziehen sich etwa die "grundlegenden Veränderungen der materiellen Produktion" nicht in Form von Ereignissen? Vielleicht kann man sagen, daß sich die "Veränderungen in der materiellen Produktion" häufig aus der Summe unendlich vieler "kleiner", gewissermaßen undramatischer Ereignisse ergeben; aber ist das etwa ein grundsätzlicher Unterschied zur politischen Entwicklung einer Gesellschaft? Es gibt aber auch in der Entwicklung der materiellen Produktion Perioden "großer" Ereignisse, Revolutionen der Produktivkräfte, die in ihrem "Wirkungsgrad" wohl nicht hinter den Ereignissen des Klassenkampfes zurückstehen.

Wenn man auch über diese ganze Problematik noch weiter nachdenken sollte, so kann man vorerst von der begründeten Annahme ausgehen, daß kein prinzipieller Unterschied zwischen den gesellschaftlichen Teilbereichen im Hinblick auf die "Wertigkeit" von Ereignissen einerseits und Entwicklungsprozessen andererseits besteht. Als historisches Ereignis definieren Küttler/Lozek: "Ein historisches Ereignis im allgemeinsten Sinne ist jede gesellschaftlich bezogene Handlung der Menschen; das Ereignis ist insofern ungeachtet seiner Komplexität und Relativität im jeweils zu betrachtenden historischen Zusammenhang das Einzelne des historischen Prozesses und als solches in seiner Totalität einzig, individuell, unwiederholbar; aber es ist zugleich die Erscheinungsform des Allgemeinen, Wesentlichen, Wiederholbaren und enthält mehr oder weniger vermittelt Elemente der Struktur und der Entwicklung der Gesellschaft."¹⁶ Der reale Geschichtsprozeß setzt sich aus der Abfolge unendlich vieler solcher einzelner, individueller Ereignisse zusammen. Eine Entwicklung, ein Entwicklungsprozeß aber läßt sich nur erkennen, wenn diejenigen Elemente des Allgemeinen, Wesentlichen in den - in ihrer Totalität unwiederholbaren - historischen Ereignissen erkannt, miteinander in Beziehung gesetzt und auch zusammenhängend dargestellt werden. Ohne detaillierte Erforschung und auch Darstellung von individuellen Ereignissen, jetzt zugespitzt einmal Ereignisdarstellung genannt, ist es nicht möglich, zum Allgemeinen, Wesentlichen vorzustoßen; ohne bis zu einem gewissen Grade abstrahierende, das Individuelle und Zufällige eliminierende Erforschung und

5 Küttler, Wolfgang/Lozek, Gerhard, Die historische Gesetzmäßigkeit der Gesellschaftsformationen als Dialektik von Ereignis, Struktur und Entwicklung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 9/1970, S. 1127.

6 Ebenda, S. 1122.

Darstellung von Entwicklungsprozessen, jetzt einmal zugespitzt Prozeßdarstellung genannt, ist Geschichte nicht deutbar, im Grunde nicht erkennbar.

Eine - für den weiteren Erkenntnisprozeß - möglichst günstige Kombination von Ereignisdarstellung und Prozeßdarstellung fällt in den Bereich dessen, was zum Beispiel E. Engelberg und J. Kuczynski als "Kunst" des Historikers bezeichnen. Das bedeutet neben anderem auch, daß es - noch? - keine Regeln für eine solche möglichst günstige Kombination gibt, daß experimentiert werden muß. Auch die Autoren des dritten Bandes der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" haben in dieser Richtung experimentiert. Greifen wir zunächst noch einige Beispiele solcher Experimentierens in ähnlichen Geschichtswerken heraus.

In dem Grundriß zur Geschichte des deutschen Volkes "Klassenkampf - Tradition - Sozialismus"⁷ herrscht das chronologische Prinzip vor. Die Geschichte des deutschen Volkes ist in Epochen, Hauptperioden und Perioden gegliedert. Die Darstellung jeder Epoche und Hauptperiode wird mit einer sehr knappen Zusammenfassung ihrer Hauptcharakteristika eingeleitet. Dann folgt die Darstellung der einzelnen Perioden ohne nochmalige Zusammenfassung und ohne jegliche Längsschnittsdarstellung. Das Schema ist ganz konsequent angewendet, und doch - oder gerade deshalb - resultiert daraus keine Einheitlichkeit in der Darstellungsweise. Die Epochen und Hauptperioden der Geschichte umfassen in den Zeiten der Urgesellschaft und des Feudalismus, also zur Zeit langsamerer gesellschaftlicher Entwicklung, "natürlich" größere Zeiträume. Obwohl die Länge der Hauptperioden und Perioden schwankt, je nachdem, ob sie eine vorwiegend evolutionäre oder eine revolutionäre Entwicklung zum Inhalt haben, werden sie doch im allgemeinen um so kürzer, je mehr wir uns der Gegenwart nähern. In der "Epoche des Übergangs zum Feudalismus und der Ausbildung der feudalen Gesellschaftsordnung" umfassen die Hauptperioden knapp 400 und 200 Jahre, im 19. und 20. Jahrhundert zwischen 4 und 40 Jahre. In der Darstellung, die in diesem Grundriß angewendet wurde, ist nun das streng chronologische Prinzip mit einem anderen verknüpft: Je näher ein Zeitabschnitt der Gegenwart liegt, desto umfangreicher ist die Darstellung. Auch dieses Prinzip ist äußerst konsequent eingehalten worden. Daraus ergibt sich folgendes: Herrscht in den äußerst knappen Kapiteln zur Frühgeschichte notwendigerweise die Prozeßdarstellung vor, so in den Schlußkapiteln zur Geschichte nach 1945 die - streng chronologisch geordnete - Aufzählung von Ereignissen.

Eine durchgängige Verknüpfung von Prozeßdarstellung und Ereignisdarstellung ist nicht erreicht worden. Das starre Schema ließ bei der Beschreibung der kurzen Perioden in den letzten hundert Jahren, die meist nur wenige Jahre umfassen, keinen Raum für eine wirkliche Analyse etwa sozialökonomischer, kultureller, ideologischer Prozesse: der geschichtliche Zusammenhang wird nicht genügend deutlich.

Eine in vieler Hinsicht bessere Lösung scheint uns in der "Geschichte der deutschen Literatur" vorzuliegen, deren Bände 9 und 10 die Zeit vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 umfassen⁸, also den größeren Teil des auch von Mottek/

7 Klassenkampf - Tradition - Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, hg. v. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1974.

8 Geschichte der deutschen Literatur. Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis

Becker/Schröter untersuchten Zeitraumes. Die Perioden, in die diese Darstellung gegliedert ist, sind etwas länger als die in "Klassenkampf - Tradition - Sozialismus", was natürlich auch mit dem Charakter des Gegenstandes zusammenhängt. Da aber das offensichtliche Bemühen der Autoren dahin geht, Literaturprozesse im Zusammenhang mit den übrigen Gesellschaftsprozessen zu erfassen und nicht nur das einzelne literarische Ereignis zu analysieren, stellen sie jeder Periodendarstellung ausführlichere Längsschnittanalysen der "Literaturverhältnisse und Standpunkte" voran und legen dann in den Abschnitten "Wirklichkeitsverhältnisse und literarische Gestaltung" die Entwicklung der verschiedenen literarischen Gattungen in den jeweiligen Perioden dar. Dabei sind die einzelnen literarischen "Ereignisse" gut in die Prozeßdarstellung eingebettet. Gewiß hat auch diese interessante Lösung ihre Nachteile: So wird zum Beispiel das Gesamtwerk vieler Schriftsteller auseinandergerissen und getrennt bei den Gattungsentwicklungen analysiert. Doch unseres Erachtens sind solche Nachteile in Kauf zu nehmen, weil die Vorteile der Prozeßanalyse und -darstellung so viel größer sind, zur Zeit jedenfalls: bilden sie doch eigentlich die Voraussetzung dafür, einmal eine "Gesellschaftsgeschichte" schreiben zu können.

Der Gerechtigkeit halber muß angemerkt werden, daß diese Literaturgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart um ein Mehrfaches umfangreicher angelegt ist als "Klassenkampf - Tradition - Sozialismus" und auch als das Buch von Mottek/Becker/Schröter. Dem letzteren gegenüber bietet der größere Umfang der Literaturgeschichte den Vorteil, daß auf die einzelnen "Ereignisse" ausführlicher eingegangen werden kann - wie es sich damit bei Mottek/Becker/Schröter verhält, wird noch besprochen werden. Gerade wegen des geringen Umfangs von "Klassenkampf - Tradition - Sozialismus" aber ist es erstaunlich, daß in diesem Grundriß auf die Prozeßdarstellung hinsichtlich der neuesten Geschichte so weitgehend verzichtet wird.

Eine besondere Art der Verknüpfung von Prozeßanalyse und Ereignisdarstellung liegt in der 38bändigen "Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus" von J. Kuczynski vor. Nun ist dieses Werk nach Anlage und Umfang wiederum nicht ohne weiteres mit den bisher genannten Überblicksdarstellungen zu vergleichen; den von Mottek/Becker/Schröter dargestellten Zeitabschnitt der deutschen Wirtschaftsgeschichte behandelt Kuczynski in vier "Darstellungen"⁹ und fünf Studienbänden¹⁰ und in Teilen weiterer drei Studienbänden¹¹. Eine so breite Anlage bietet natürlich vielfältigere Möglichkeiten als eine knappe Überblicksdarstellung. Wir beziehen dieses Werk trotzdem mit in den Vergleich ein, weil sich auch hier eine Teilung des Gesamtwerkes in Zeitabschnittsdarstellung und Längsschnittdarstellung zeigt. Kuczynski behandelt in den Studienbänden einige wichti-

1917, von einem Autorenkollektiv unter Leitung v. Hans Kaufmann unter Mitarbeit v. Silvia Schlenstedt, Berlin 1974 = Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. 9; Geschichte der deutschen Literatur, 1917 bis 1945. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung v. Hans Kaufmann in Zusammenarbeit mit Dieter Schiller, Berlin 1973 = ebenda, Bd. 10.

9 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 3, Berlin 1962; Bd. 4, Berlin 1967; Bd. 5, Berlin 1966; Bd. 6, Berlin 1964.

10 Ebenda, Bd. 12, Berlin 1961; Bd. 13, Berlin 1961; Bd. 14, Berlin 1962; Bd. 15, Berlin 1963; Bd. 16, Berlin 1963.

11 Ebenda, Bd. 17, Berlin 1966; Bd. 18, Berlin 1963; Bd. 19, Berlin 1968.

ge Prozesse gründlicher, als ihm das in den Bänden "Darstellung der Lage der Arbeiter" in den jeweiligen Zeitabschnitten möglich gewesen wäre, so die Entwicklung des Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Bd. 14 und 16), der politökonomischen Ideologie von 1850 bis zum ersten Weltkrieg (Bd. 13) und die Geschichte der Lage der Arbeiterin und des arbeitenden Kindes (Bd. 18 und 19). Im Band 37: "Eine Weltübersicht über die Geschichte der Lage der Arbeiter" werden dann einige Grundprozesse noch einmal im Überblick erörtert, vor allem anhand der statistischen Langen Reihen, die zum Teil bis ins 18. Jahrhundert zurückreichen. In beiden Typen von Bänden, sowohl in den Zeitabschnitts- als auch in den Längsschnittbänden, ist Kuczynski bemüht, die Ereignisdarstellung mit der Prozeßanalyse eng zu verknüpfen. Den lebendigen Eindruck vom Geschichtsverlauf erreicht Kuczynski dadurch, daß er bei der Schilderung der Ereignisse in reichem Maße zeitgenössische Quellen und Darstellungen für sich sprechen läßt und so das "Einzigste, Individuelle, Unwiederholbare" des historischen Ereignisses plastisch wird. Die Methode des Verfassers besteht darin, aus der Überfülle der Ereignisse bzw. der entsprechenden Quellen solche auszuwählen, in denen in besonders ausgeprägtem Maße Elemente des "Allgemeinen, Wesentlichen, Wiederholbaren" enthalten sind. Kuczynski hält den "roten Faden", der das Allgemeine, den allgemeinen Verlauf der Entwicklungsprozesse kennzeichnet, fest in der Hand und reiht darauf gewissermaßen "Perlen" von Ereignissen, so daß wir schließlich statt des dünnen Fadens eine vielfarbige und geschlossene Perlenkette vor uns haben. Mitunter aber sitzen die "Perlen" so dicht aufeinander - zum Beispiel in den allgemeinen Teilen der Darstellungsbände -, daß der "rote Faden" leider aus der Sicht verschwindet. In der Praxis bedeutet das, daß man Sätze unterstreichen und Zettel einlegen muß, um des Autors zusammenfassende Einschätzung des Allgemeinen zwischen den Ereignis"perlen" wiederzufinden.

Kommen wir wieder auf den Hauptgegenstand dieser Rezension zurück. Wie aus der Einleitung zum dritten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" hervorgeht, waren sich die Autoren der Schwierigkeiten bewußt, die einer Zweiteilung in der Darstellung innewohnen. Sie begründen ihr Vorgehen so: "Die ersten drei Kapitel behandeln die ökonomischen Hauptprozesse, die den gesamten Zeitabschnitt kennzeichnen, welcher Gegenstand dieses Bandes ist. Damit werden allerdings nicht alle ökonomischen Tendenzen erfaßt. Ihre Darstellung ist vielmehr verbunden mit der Konkretisierung der Haupttendenzen in den folgenden acht Kapiteln, dem zweiten Teil dieses Bandes, welcher die ökonomische Entwicklung chronologisch darstellt und der in dem zu behandelnden Zeitraum in Teilabschnitte gegliedert ist. Auf diese Weise soll eine geschlossene Erörterung ökonomischer Hauptprozesse und Hauptprobleme, die mit einer stärkeren Abstraktion und einer gewissen Isolierung der einzelnen Hauptprozesse untereinander verbunden ist, durch eine konkretere Behandlung wirtschaftshistorischer Prozesse ergänzt werden. Damit soll vor allem der zweite Teil das Wechselspiel der miteinander verknüpften ökonomischen Faktoren, aber auch ihre Verbindung zur politischen Geschichte, insbesondere der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, deutlicher machen. Dabei sind als Preis für diese Zweiteilung Überschneidungen nicht vollständig zu vermeiden. Dem steht aber vor allem der Vorteil größerer Einsicht in die ökonomisch-theoretischen Zusammenhänge gegenüber, die sich aus der geschlossenen historischen Darstellung solcher Grundprozesse wie der Monopolisierung, der Herausbildung und Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung und der Entwicklung der materiell-technischen Grundlagen beider Prozesse im ersten Teil und dem größeren historischen Verständnis, das aus

der konkreten Betrachtung des Zusammenhangs dieser sowie anderer ökonomischer und politischer Prozesse in einem zeitlichen Teilabschnitt resultiert, ergibt" (S. 19 f.)¹².

Wir stimmen der Ansicht der Autoren, daß sich "aus der geschlossenen historischen Darstellung" bestimmter Grundprozesse "der Vorteil größerer Einsicht in die ökonomisch-theoretischen Zusammenhänge" ergibt, voll zu. Gerade bei dem gegenwärtigen Stand der Forschung ist es notwendig, wie hier schon mehrfach betont, die Analyse langfristiger Prozesse zu verstärken. So scheint uns eine solche knapp gefaßte Übersicht über den Prozeß der Monopolisierung - um nur ein Beispiel herauszugreifen - von den Anfängen bis zur Gegenwart (oder zumindest bis 1945 wie bei Mottek/Becker/Schröter) dringend geboten, weil eigentlich nur so die Eigengesetzlichkeit dieses Prozesses deutlich gemacht werden kann. Nur so können auch, bei der (heute noch?) existierenden Arbeitsteilung zwischen den historischen Disziplinen, aber auch bei der Arbeitsteilung unter den Historikern selbst, die den Spezialforscher hervorgebracht hat, der bestimmte kurze Zeitabschnitte untersucht, die Zeitabschnitts- und Teilgebietsspezialisten tiefere Einsichten in die Entwicklungsstadien - zum Beispiel der Monopolisierung - gewinnen und sie ihren eigenen Analysen zugrunde legen.

Wenn trotzdem Nachteile in der Darstellung von Mottek/Becker/Schröter anzumerken sind, so hängen sie wohl weniger mit dem Prinzip der Zweiteilung zusammen, sondern mehr mit den Proportionen der beiden Teile. Sonnemann, der ebenfalls der Zweiteilung zustimmt, ist der Meinung, "daß das relative Gewicht des ersten Teils ... zu schwer ist. In der historischen Literatur wird sich sicher nie ein 'Goldener Schnitt' finden lassen", aber "ein Lehrbuch zur Wirtschaftsgeschichte sollte ... der 'Entwicklung in den einzelnen Zeitabschnitten' eine (relativ) größere Bedeutung zumessen."¹³ Diese, wie uns scheint, richtige Beobachtung ergibt sich zweifellos daraus, daß sich auch im zweiten Teil, der "Entwicklung in den einzelnen Zeitabschnitten", die Darstellung auf einem relativ hohen Abstraktionsniveau bewegt. Dem konkreten "historischen Ereignis" bleibt doch etwas zu wenig Raum, darunter leidet unseres Erachtens die Plastizität. Die analytische Art der Verfasser, ihre Fähigkeit, die einzelnen Triebkräfte und Faktoren der Entwicklung und deren Verknüpfung bloßzulegen, vermittelt demjenigen, der mit den Ereignissen schon etwas bekannt ist, tiefere Einsichten. Der "rote Faden" der komplexen Ereigniskette wird sehr deutlich sichtbar gemacht, und dies bedeutete harte Arbeit für die Verfasser. Um aber ein noch konkreteres, lebendigeres Bild von der Wirtschaftsgeschichte zu vermitteln, müßten auf den roten Faden - um im Bilde zu bleiben - noch einige Perlen gefädelt werden. Wünschenswert wäre deshalb bei einer eventuellen späteren Neubearbeitung des Grundrisses eine Umfangerweiterung zugunsten des zweiten Teils. Die Grundprozesse lassen sich kaum knapper darstellen. Im Gegenteil, man müßte an eine inhaltliche Erweiterung denken, indem man auch die Entwicklung der Sozialstruktur in diesen Teil aufnimmt. (Dies - aber nicht nur dies - würde wiederum erfordern, daß man den Agrarsektor stärker behandelt, als es jetzt geschehen ist.)

¹² Alle nicht näher gekennzeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das besprochene Buch.

¹³ Sonnemann, Rolf, a. a. O., S. 145.

Ein anderes Problem, das von der bisher besprochenen allgemeinen Darstellungsproblematik abzuheben ist, sind die inhaltlichen Proportionen des Teils "Grundprozesse". Den Schwerpunkt in den Kapiteln über Produktivkräfteentwicklung und Monopolisierung bildet die Entwicklung bis 1914. Ist eine solche Gewichtung konzeptionell vertretbar? Man kann ins Feld führen, daß der Genesis der Monopolisierung und besonders auch der ihr zugrunde liegenden Umwälzungen in der Produktivkraftentwicklung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Dennoch scheint uns, daß die Weiterentwicklungen in den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts in mancher Hinsicht allzu knapp dargestellt sind. Hier spiegelt sich zweifellos eine Schwäche der bisherigen monographischen Forschung, die, so bleibt zu hoffen, vielleicht schon überwunden sein wird, wenn die Autoren zukünftig an eine Neubearbeitung ihres Standardwerkes gehen können.

von Dieter Baudis

Der erste Weltkrieg war ein Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Ihr offener Ausbruch führte zu welthistorischen Veränderungen, die das Gesicht unseres Jahrhunderts entscheidend mitbestimmten. Die Auswirkungen dieser ersten weltweiten Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Hauptmächten waren in Deutschland stärker als in anderen Ländern - mit Ausnahme von Rußland - spürbar und übten einen bedeutenden Einfluß auf die weitere Entwicklung des deutschen Imperialismus aus. Als ein Charakteristikum dieser Periode der deutschen Geschichte kann die beschleunigte Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus angesehen werden, ein Phänomen, dessen Bedeutung von Lenin wiederholt hervorgehoben wurde. Sowohl in ihren theoretischen Ausführungen wie auch in der konkreten Darlegung widmen die Autoren des dritten Bandes der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" diesem Prozeß ihre Aufmerksamkeit. Was die theoretische Seite der Frage betrifft, so wird dabei allerdings ihre Position in der gegenwärtig andauernden Diskussion um den historischen Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus, um seine Einordnung in den allgemeinen historischen Rahmen, um die Bestimmung seines Wesens, nicht genügend deutlich. Die Herausbildung "staatsmonopolistischer Züge" des deutschen Imperialismus wird bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückverfolgt und fällt damit zusammen mit der Phase des Übergangs vom Kapitalismus der (vorherrschend) freien Konkurrenz zum (vorherrschend) monopolistischen Kapitalismus (S. 75), der damit "von Anfang an" (S. 107, siehe auch S. 108 f.) staatsmonopolistische Züge getragen habe. In der folgenden "ersten Phase der monopolistischen Entwicklung" zwischen Jahrhundertwende und dem ersten Weltkrieg (S. 74) waren aber "zunächst doch die privatmonopolistischen Merkmale, die sich jetzt rasch weiter entfalteten, für die Entwicklung des Kapitalismus bestimmend" (S. 110). Dieser Kapitalismus wird als ein "noch überwiegend privatmonopolistischer mit staatsmonopolistischen Elementen" bezeichnet (ebenda). Der Krieg habe dann eine neue Phase eingeleitet, in der sich die "Umwandlung des Monopolkapitalismus mit staatsmonopolistischen Zügen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzog" (S. 75). Abgesehen davon, daß sich über den Terminus "privatmonopolistisch" sicherlich streiten läßt - was ist eigentlich an den Monopolen noch "privat"? -, kann der Leser aus diesen Darlegungen wohl nur den Schluß ziehen, daß die (oder einer der?) Autoren der Auffassung sind, der monopolistische Kapitalismus sei im Laufe und im Rahmen der Entwicklung des Imperialismus in eine qualitativ höhere Stufe, den staatsmonopolistischen Kapitalismus, hinübergewachsen. Da dies allerdings nicht ausdrücklich festgestellt wird, sondern den Darlegungen lediglich indirekt entnommen werden kann, bleibt der an dieser Frage interessierte Leser im Zweifel und daher unbefriedigt.

Wie unterschiedlich auch die Haltung der marxistischen Wirtschaftshistoriker zu diesem Problem sein mag, so bestreitet doch niemand, daß der erste Weltkrieg gleichzeitig einen ersten Höhepunkt in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus brachte. Das war nicht nur in Deutschland so, aber hier doch aufgrund der gegebenen historischen Bedingungen und Faktoren besonders ausgeprägt. Schröter als Verfasser des entsprechenden Kapitels zeichnet ein treffendes Bild des ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem Krieg selbst als dem gegebenen Ausgangspunkt, dem notwendigerweise entstehenden Zwang zum Aufbau einer Kriegswirtschaft, der Rolle der Monopole in diesem Prozeß und der sich daraus ergebenden engen Verflechtung und Kooperation zwischen Monopolen und Staat, die zu einer sprunghaften Weiterentwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus führte. Aufbauend auf dem soliden Fundus bereits vorliegender eigener Arbeiten sowie einiger anderer marxistischer Autoren zu dieser Thematik, gliedert er die deutsche Wirtschaftsgeschichte des ersten Weltkrieges in drei Etappen: die Umstellung der Wirtschaft auf den Krieg (von der ökonomischen Kriegsvorbereitung bis Ende 1914), den Aufbau und die Entwicklung einer staatsmonopolistischen Kriegswirtschaft (1915 bis Herbst 1916) und die Weiterentwicklung der imperialistischen Kriegswirtschaft in der Zeit der "verschärften Militärdiktatur" (Herbst 1916 bis 1918). Die grundlegenden Entwicklungslinien werden nachgezeichnet und durch konkretes Material angereichert. Der Autor definiert die Kriegswirtschaft als die "Gesamtheit der Maßnahmen zur Gewährleistung der ökonomischen Sicherstellung der militärischen Kriegführung und der durch diese Maßnahmen oder durch die Tatsache der Kriegführung selbst hervorgerufenen Veränderungen in der Struktur der Volkswirtschaft" (S. 205). Als ein wichtiges Ergebnis dieser Maßnahmen und gleichzeitig als Mittel zu ihrer Durchsetzung entstand eine neue Form von Monopolorganisationen, die Schröter als "Kriegswirtschaftsmonopole" bezeichnet. Dieser Begriff umreißt sowohl den Charakter als auch die historische Begrenztheit dieser Form des Monopols. Die Kriegswirtschaftsmonopole spielten eine bedeutende Rolle bei der staatsmonopolistischen Regulierung der Kriegswirtschaft, die in ihren verschiedenen Formen, wie Rohstoff- und Lebensmittelversorgung, Arbeitskräfteeinsatz, Kriegsfinanzierung, notwendigerweise zwar relativ knapp, aber für den Leser anschaulich und einprägsam dargestellt behandelt wird. Das gilt gleichermaßen für die Darstellung des Hindenburg-Programms als Ausgangspunkt einer neuen Etappe der imperialistischen Kriegswirtschaft und der Gründe für sein endliches Scheitern.

Die gebotene Kürze der Ausführungen mag dazu beigetragen haben, daß bei einigen Fragestellungen eine gewisse Tendenz zur Vereinfachung nicht zu übersehen ist. Freilich hieße es einen "Grundriß" überfordern, würde von ihm erwartet werden, einzelne Prozesse in ihrer ganzen Kompliziertheit und Differenziertheit zu erfassen. Dennoch wäre etwas mehr in dieser Beziehung nicht von Schaden gewesen. Kritische Einwände erscheinen hier zum Beispiel angebracht bei der Behandlung der Frage der Existenz von monopolistischen Gruppierungen, ihres gegenseitigen Verhältnisses, ihrer Position in der Gesellschaft und der Entwicklung ihrer Beziehungen zum Staat. Dieses Problem zieht sich, da auch für andere historische Etappen relevant, durch mehrere Kapitel des Bandes hindurch.

Seit J. Kuczynski die Frage der Monopolgruppen wieder aufgegriffen hatte, entwickelte sich darum eine Diskussion, die bis heute nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Es geht dabei nicht vordergründig darum, die Existenz der beiden Hauptgruppen des deutschen Monopolkapitals, Schwerindustrie (oder auch Kohle/Eisen/Stahl) und Elektro- und chemische Industrie - Mottek bezeichnet diese Gruppen auch als "Komplexe" (S. 90 f.) - generell zu bestreiten, sondern, aus-

gehend von ihren unterschiedlichen Interessenlagen und den daraus resultierenden unterschiedlichen Haltungen zu sowohl ökonomischen als auch politischen und sozialen Fragen, ihr Wirksamwerden in den verschiedenen historischen Perioden nachzuweisen. Während dies für die Schwerindustrie, konzentriert in ihrem führenden Kern in Rheinland-Westfalen, nicht problematisch erscheint, fehlt es an ausreichenden Belegen, um von einem Wirksamwerden der Monopolgruppe Elektro/Chemie in der Art und Weise, wie in diesem Kapitel dargestellt, in der Zeit des ersten Weltkrieges sprechen zu können. Damit ist selbstverständlich nicht der bedeutende Einfluß gemeint, den die großen Monopole der chemischen und der Elektroindustrie auf Ökonomie und Politik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg ausübten, sondern vielmehr der Grad ihres Zusammenwirkens, ihrer relativen Übereinstimmung, ihres gemeinsamen Auftretens und Handelns in den wichtigsten Fragen, der allein für ihre Charakterisierung als Gruppe und zur Beurteilung ihrer Wirksamkeit herangezogen werden kann. Es dürfte zum Beispiel schwerfallen, im konkreten Detail nachzuweisen, daß "die Elektro/Chemie-Gruppe des deutschen Monopolkapitals die staatliche Regulierung in ihren Anfängen beherrschte" (S. 204, vgl. auch 213) und die Regulierung deshalb auf den Widerstand der Schwerindustrie stieß. Gleiches wird vom "Ständigen Ausschuß für Zusammenlegungen und Stilllegungen" behauptet, dessen Aktivitäten sich vor allem auf die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmer der weniger kriegswichtigen Industriezweige negativ auswirkten (S. 217). Der Schwerindustrie wird demgegenüber bescheinigt, sie sei seit Kriegsbeginn (!) mit dem militärischen Apparat "verschmolzen" gewesen (S. 213 f.). Das anschließend als Beleg angeführte Gespräch zwischen Hindenburg und Ludendorff einerseits, Krupp und Duisberg andererseits, daß "das bestehende Bündnis der späteren dritten OHL und der Schwerindustrie" gefestigt habe (S. 214), erscheint weder geeignet, die eine noch die andere These nachdrücklich zu unterstreichen. Duisberg als ein führender Vertreter der Chemiemonopole erwies sich während des Krieges als ausgesprochener Parteigänger der Schwerindustrie und damit als Interessenvertreter der reaktionärsten Kräfte der deutschen Großbourgeoisie, während zum Beispiel Rathenau vom AEG-Konzern eher ein Einzelgänger war (und blieb), aber auch als solcher einen beträchtlichen Einfluß auf die deutsche Politik auszuüben vermochte, weil seine Aktivitäten zu einem nicht geringen Teil den grundlegenden gemeinsamen Interessen des deutschen Monopolkapitals in seiner Gesamtheit am besten entsprachen. Im Gegensatz zur Schwerindustrie mangelte es der Elektro/Chemie-Gruppe an Geschlossenheit, vor allem auch deshalb, weil sich die Bindungen der Chemiemonopole zur Gruppe Kohle/Eisen/Stahl während des Krieges nicht etwa abschwächten, sondern im Gegenteil verstärkten. Der zeitweilig beträchtliche Einfluß, den insbesondere Rathenau und einige ihm nahestehende Persönlichkeiten auf Ökonomie und Politik des deutschen Imperialismus in dieser Zeit ausübten, kann wohl kaum als Auswirkung der Initiative einer Elektro-Chemie-Gruppe betrachtet werden. Wenn Mottek für die Zeit der Weimarer Republik und des Faschismus die Feststellung trifft, daß der politische Einfluß der Schwerindustrie größer war, als es ihrem ökonomischen Gewicht entsprach (S. 91), so könnte die gleiche These auch für das Wirken des Elektrokapitals (oder, noch weiter eingeschränkt, der Monopolgruppe AEG - Metallgesellschaft) im ersten Weltkrieg aufgestellt werden.

Insgesamt entsteht daher in diesem Kapitel der Eindruck, daß die Rolle der Monopolgruppen, die unter ihnen vorhandenen Widersprüche und der Charakter ihrer Beziehungen zum Staat und zur militärischen Führung überbetont werden und demgegenüber die Gemeinsamkeit ihrer Interessen, im Zusammenhang damit

auch die relative Selbständigkeit des Staates in der Darstellung stärker zurücktreten, als es vertretbar erscheint.

Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch bei der Behandlung einiger Elemente des Hindenburg-Programms. So wird die Tatsache außer acht gelassen, daß es den vereinten Kräften der militärischen Führung und der Schwerindustrie nicht gelang, die von ihnen geplante volle Militarisierung der Arbeiter durchzusetzen. Dieses Vorhaben stieß auf den Widerstand der flexibleren Teile der herrschenden Klasse und der Burgfriedenspolitiker innerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die den ökonomischen Effekt einer solchen Maßnahme bezweifeln und politisch nachteilige Rückwirkungen auf die Arbeiterklasse und damit eine Abnahme ihres Einflusses auf die Volksmassen befürchteten. Der Kompromiß in dieser Frage hatte zur Folge, daß sich die Fluktuation trotz der eingeführten Zwangsmaßnahmen ausdehnte anstatt eingeschränkt zu werden. Die Schwerindustrie forderte daher auch die Beseitigung des "mißlungenen" Gesetzes. Auch die Auffassung, die schwerindustrielle Monopolgruppe habe sich der neugebildeten staatsmonopolistischen Leitungszentrale "energisch widersetzt", solange sie von Groener geleitet wurde (S. 214 f.), erscheint zu undifferenziert. Tatsache ist vielmehr, daß die Schwerindustrie in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung (OHL) die Einrichtung eines "Obersten Kriegsammtes" gefordert hatte, daß Groener als Vertrauensmann der OHL zur Leitung dieses Amtes berufen wurde, daß Vertreter dieser Monopolgruppe wichtige Positionen im Kriegsamt besetzten und sich die Differenzen zwischen Groener einerseits, Heeresleitung und Schwerindustrie andererseits erst im Laufe des Jahres 1917 allmählich entwickelten - hervorgerufen durch die Verschärfung der Lage des deutschen Imperialismus - und schließlich zum Wechsel in der Leitung des Kriegsammtes führten.

Derlei Unebenheiten sind sicher vermeidbar, wenn sie etwa als Folge einer gerafften Darstellung entstanden sein sollten. Wenn es sich dagegen um ausgeprägte Standpunkte des Verfassers handelte, so würden sie deutlich machen, daß trotz der erheblichen Fortschritte, die gerade in der Erforschung der Zeit des ersten Weltkrieges gemacht wurden und zu denen der Verfasser des besprochenen Kapitels mehrfach und nicht zuletzt mit dem vorliegenden Beitrag in verdienstvoller Weise beigetragen hat, noch einiges an Einzelforschung zu offenen oder umstrittenen Problemen geleistet werden kann.

von Manfred Nussbaum

Es ist das unbestreitbare, kaum hoch genug einzuschätzende Verdienst der Autoren des hier zu besprechenden Werkes, erstmalig eine wirtschaftshistorische Gesamtschau vorgelegt zu haben, in welcher der staatsmonopolistische Kapitalismus in seinen verschiedenen Seiten auch für die Periode der Weimarer Republik ausführlich dargestellt und in subtiler Weise der Zusammenhang der ökonomischen Staatstätigkeit mit den allgemein-wirtschaftlichen sowie politischen Prozessen herausgearbeitet ist.

Die Autoren geben, meist eng verflochten mit dem ihrer Untersuchung zugrunde liegenden Verlauf des wirtschaftlichen Zyklus, ein differenziertes und durch tiefes Verständnis ökonomischer Zusammenhänge geprägtes Bild der sich entwickelnden vielseitigen staatlichen Regulierungstätigkeit in bezug auf den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß in der Weimarer Republik. Diese Vielseitigkeit nachzuzeichnen haben sich die Verfasser offenbar besonders angelegen sein lassen, und ihre Analyse erstreckt sich auf zahlreiche wichtige Prozesse auf den Gebieten der Finanz-, Kredit- und Währungspolitik, der staatlichen Einflußnahme auf industrielle Produktion und Investition, Landwirtschaft, Außenhandel, Sozialpolitik und nicht zuletzt des Konjunkturverlaufs. Dabei werden die komplizierte Situation des deutschen Imperialismus, die besonderen Probleme, die sich aus der Niederlage im ersten Weltkrieg ergeben, die Labilität des kapitalistischen Weltsystems, die Abhängigkeit vom ökonomischen Zyklus der USA, die Frage der Reparationen und die entsprechenden imperialistischen Regelungen in die Betrachtung einbezogen. Sowohl in bezug auf die Komplexität der Betrachtungsweise wie auch auf die Qualität der Darstellung ist der betreffende Teil des Bandes sicher eine Pionierleistung.

Das besonders zu betonen erscheint um so notwendiger, als für diesen wichtigen Abschnitt der deutschen Wirtschaftsgeschichte die Literatur, auf welche die Verfasser zurückgreifen konnten, speziell für die besagte Problematik nicht sehr ergebig ist, es sei denn, man zöge zeitgenössische Dissertationen in größerem Umfange als denjenigen heran, den zu benutzen die Verfasser sich offenbar in der Lage sahen.

Wenn daher im folgenden auch einige Probleme aufgeworfen werden, bei denen der Rezensent anderer Ansicht ist als die Autoren bzw. bei welchen er eine gründlichere Darstellung für wichtig hält, so sollten immer die Schwierigkeiten der Literatursituation einerseits, die nicht hoch genug einzuschätzende Leistung der Autoren andererseits im Auge behalten werden. Dieser ausdrückliche Hinweis ist um so notwendiger, als die kritische Besprechung durch ihre Begrenzung auf gerade den einen Aspekt - die Darstellung des staatsmonopolistischen Kapitalismus - der Gesamtleistung des Werkes natürlich nicht gerecht werden kann und so leicht Gefahr läuft, als unbilliges Räsonement zu erscheinen.

Das Ende des ersten Weltkrieges bzw. die Herstellung friedensmäßiger, wenn auch keineswegs vorkriegsmäßiger Bedingungen für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß bedeutete bekanntlich nicht, daß der Staat nun nicht mehr zur Einmischung in diesen Prozeß herausgefordert war oder daß andererseits das Monopolkapital auf die Staatstätigkeit nicht in umfassender Weise Einfluß zu nehmen suchte. Beide Seiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus existierten deutlich wahrnehmbar während der gesamten Periode der Weimarer Republik und entwickelten sich weiter. Das konnte unter den gegebenen Bedingungen auch gar nicht anders sein, denn der Monopolkapitalismus mit allen seinen Widersprüchen und Konsequenzen herrschte in Deutschland auch nach der im Weltkrieg erlittenen Niederlage und nachdem die Novemberrevolution ihn nicht hatte beseitigen können. Die ihm eigenen Widersprüche hatten sich im Gegenteil gegenüber der Vorkriegszeit verschärft: sowohl was die immanenten Widersprüche wie auch die äußeren Bedingungen seiner Existenz betrifft. "Riesige Konzentration der Produktionsmittel und Zentralisation des Kapitalismus, wirklich großartige Schritte zur Vergesellschaftung der Arbeit - das sind Tatsachen. Aber es bleibt eine Tatsache, daß das kapitalistische Monopol nur im allgemeinen kapitalistischen Milieu existieren kann, und das bedeutet: im Milieu der Warenproduktion, der gleichzeitig existierenden Konkurrenz. Das kapitalistische Monopol befindet sich in einem beständigen und unlösbaren Widerspruch zu seinem eigenen allgemeinen Milieu selbst, wie es Lenin auf Grund der Marxschen Lehre in seinem 'Imperialismus' klar gezeigt hat", erklärte 1929 der Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. 14

Der während des Weltkrieges gesteigerte und sich nach dem Kriege fortsetzende Monopolisierungsprozeß war die Hauptursache verschärfter, den imperialistischen Staat zum Eingreifen zwingender Widersprüche, und die besonderen Bedingungen, unter denen der deutsche Monopolkapitalismus nach 1918 sich reproduzierte, bildeten zusätzlich sehr wichtige Triebkräfte dafür, daß, wie die Verfasser zeigen, "trotz des Rückgangs der Staatsaufträge und der weitgehenden Beseitigung der sogenannten zwangswirtschaftlichen Methoden in der Weimarer Republik die Intensität und der ökonomische Wirkungsgrad des von der Monopolbourgeoisie beherrschten Staats wesentlich größer" war "als vor 1914" (S. 111). Dabei werden zwei in der historischen Wirklichkeit auftretende Hauptformen der Einwirkung des Staates unterschieden: "Einmal jene Form, die 1914 bis 1918 zum ersten Mal voll ausgebildet wurde und die durch das Überwiegen der direkten Eingriffe gekennzeichnet ist; auf der anderen Seite jene Form, die wir in Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik und nach 1945 in der BRD, in Japan, in den USA und in anderen imperialistischen Ländern finden und die durch das Überwiegen indirekter Methoden gekennzeichnet ist" (S. 112). Diese Unterscheidung ist zweifellos wichtig, allerdings scheint ein Hinweis darauf angebracht, daß die zitierte Formulierung - vielleicht unbeabsichtigterweise - die falsche Deutung zumindest herausfordert, daß die zweite Form, das heißt die indirekte Regulierung, vor 1945 nur in der Weimarer Republik, nicht aber in anderen Ländern des Monopolkapitals zu finden gewesen sei. Dies trifft jedoch nicht zu; man denke nur an das Federal Reserve System in den USA und seinen Einfluß auf die Preisbewegungen oder an verschiedene staatsmonopolistische Initiativen in Großbritannien, wie etwa die Maßnahmen zur Industrialisierung bestimmter Territorien. Doch kann dies hier nicht ausführlich diskutiert werden. Die Dringlichkeit von Forschungen

14 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Moskau, 3. Juli 1929 bis 19. Juli 1929, Hamburg o. J., S. 16.

zu diesem Problemkreis, die über den Bereich des deutschen Imperialismus hinausgehen bzw. von vergleichenden Arbeiten wird hier jedenfalls offenbar.

Von den beiden Hauptformen, die von den Autoren zusammenfassend als "formal äußere Regulierung" bezeichnet werden, unterscheiden sie eine dritte Form der Regulierung, die "auf dem Eigentum des allmählich immer mehr von der Monopolbourgeoisie beherrschten Staates beruht" (S. 115). Dem Prozeß der Ausdehnung dieses staatskapitalistischen Sektors ist ein spezieller Abschnitt im ersten Teil des Bandes gewidmet, dessen Ausführungen in der zutreffenden Feststellung gipfeln, daß es dem "entstehenden wie dem bereits ausgebildeten staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht gelang, die Effektivität der zunehmenden staatsmonopolistischen Regulierung durch eine entsprechende Erweiterung des Staatseigentums an den Produktionsmitteln zu sichern" (S. 127). Diese Bemerkung bezieht sich auf den ganzen Zeitraum von 1870 bis 1945. Hier muß allerdings gefragt werden, ob eine solche Effektivitätssicherung gerade mit Hilfe staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln in der Zeit der Weimarer Republik jemals beabsichtigt war bzw. in welche Richtung sie gehen sollte. Wenn sich die oben zitierte Schlußfolgerung auch auf diese Periode der deutschen Geschichte beziehen soll, dann muß gefragt werden, ob hier nicht eine Absicht - eben die der Effektivitätssicherung der Regulierung auf der Basis des Staatseigentums - unterstellt wird, die zwar vor dem ersten Weltkrieg vor allem in bezug auf den Kohlebergbau bei wenigen für einen historischen Moment aufgekommen, dann jedoch für lange Zeit wieder ad acta gelegt worden war.

Die bisherigen Erkenntnisse zeigen eigentlich, daß, soweit es die Republik von Weimar betrifft, nur wenig ernste Versuche unternommen wurden, den staatlichen Produktionssektor als volkswirtschaftlichen Regulierungsfaktor in irgendeiner Hinsicht einzusetzen. Im Gegenteil, die wichtigsten Teile des staatlichen Produktionssektors, zum Beispiel die Bergbauunternehmen, verhielten sich völlig konform mit der monopolistischen Privatindustrie, was sogar so weit ging, daß Reichstagsausschüssen und Beauftragten der Einblick in die Kalkulationen und damit die Möglichkeit verweigert wurde, Erkenntnisse über die Preisgestaltung der entsprechenden Monopolunternehmen zu gewinnen.

Doch sollte diese Feststellung nicht zu dem Schluß veranlassen, daß eine staatliche Regulierung solcher Faktoren, die als Störmomente im Funktionsmechanismus des Reproduktionsprozesses gerade aus der Monopolmacht erwachsen, nicht doch zeitweise versucht worden ist - wenn auch nicht mit Hilfe des staatlichen Produktionssektors.

Die Staatseinmischung, die ja gerade durch die Monopolmacht und die von ihr ausgehenden Disregulierungen des genannten Prozesses herausgefordert wird, kann nicht völlig an diesen Störungen vorbeigehen. Nach Meinung des Rezensenten hätte in dem vorliegenden Band diese wichtige, für das Verständnis der Widersprüchlichkeit staatsmonopolistischer Regulierung unerlässliche Seite stärker beachtet werden sollen. Schließlich stellen die Autoren ja selbst deutlich die Systemsicherung als einen wichtigen Gesichtspunkt der staatlichen Maßnahmen heraus (zum Beispiel S. 113). Doch wird in diesem Zusammenhang der Systemsicherung besonders für die Weimarer Republik eigentlich nur die unter dem Druck der Arbeiterklasse zustande gekommene Sozialpolitik erwähnt und hier wiederum hauptsächlich, daß in den zwanziger Jahren die Tendenz innerhalb der herrschenden Klasse immer stärker wurde, "bestimmte soziale Konzessionen, die nach der Novemberrevolution gemacht wurden, zurückzunehmen" (S. 113).

Es läßt sich aber nachweisen, daß gerade nach 1918 in einem rechten Spannungsverhältnis zwischen Staatsapparat und entscheidenden Monopolgruppen von staatlicher Seite Anstrengungen gemacht wurden, das den Monopolen für ihre Existenz notwendige "allgemeine kapitalistische Milieu" zu sichern, "das Milieu der Warenproduktion, der gleichzeitig existierenden Konkurrenz", bzw. den "beständigen und unlösbaren Widerspruch zu seinem eigenen allgemeinen Milieu" zu dämpfen - auch gegen die kurzfristig-widerstrebende Haltung des Monopolkapitals selbst, oder doch einflußreicher Teile davon.

Möglicherweise ist eine Ursache für die gewisse Vernachlässigung der genannten Problematik eine etwas zu undifferenzierte Einschätzung der Rolle des Staatsapparates der Weimarer Periode. Die Autoren schätzen ihn zu Recht als "von der Monopolbourgeoisie beherrschten" Staat ein, verzichteten im Grund aber darauf zu zeigen, daß im Rahmen des bürgerlich-parlamentarischen Systems auch andere, nichtmonopolistische Klassen und Schichten in gewissen Grenzen ihre Interessen geltend machen konnten. Die sich aus der relativen Selbständigkeit des Staatsapparates ergebende Möglichkeit des Lavierens zwischen verschiedenen Interessengruppen bzw. eine gewisse Elastizität der staatlichen Politik und Wirtschaftspolitik machten ja gerade die Form des bürgerlichen Parlamentarismus besonders geeignet, die Aufgabe der Systemsicherung wahrzunehmen, die für das Monopolkapital 1918 zur Lebensfrage geworden war.

Natürlich war der Druck der nichtmonopolistischen oder gar antimonopolkapitalistischen Kräfte auf den Staatsapparat und seine Politik zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich stark. Er äußerte sich auch in der Zusammensetzung der Regierungen, der Beteiligung der Parteien, die ja einen klassenmäßigen Hintergrund haben, und wirkte im vielfältigen und komplizierten Getriebe des bürgerlichen Herrschaftssystems auf die Formulierung staatlicher Politik. Daher scheint es nicht ganz ausreichend, die Frage nur als eine der subjektiven Bereitschaft der Herrschenden, der Konzessionsbereitschaft aufzufassen, wie es bei den Autoren zum Ausdruck kommt, wenn sie erklären, daß "die herrschenden Klassen bei Strafe des Untergangs gezwungen" waren, "in ihrer Politik vom Grundgedanken der Systemsicherung auszugehen" (S. 113). Eine Darstellung staatsmonopolistischer Einwirkungen, ihrer Veränderungen und Schwankungen, besonders im Hinblick auf systemsichernde Maßnahmen und Institutionen - und das sind im weiteren Sinne wohl alle -, muß daher neben dem Ablauf des ökonomischen Geschehens auch den zu verschiedenen Zeiten unterschiedlichen Einfluß der verschiedenen Klassen auf den Staat und seine Politik im Auge haben. Dieser Einfluß war eben ein anderer kurz nach der Novemberrevolution als etwa unter der Cuno-Regierung; er unterschied sich wiederum während des 2. Kabinetts Müller von jenem unter der Kanzlerschaft Brünings oder Papens. 15

So sind gerade in der auf die Novemberrevolution folgenden Periode doch mindestens bedeutsame Versuche gemacht worden, auf bestimmte Forderungen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch nichtmonopolistischer kapitalistischer Schichten zur Beschränkung der Monopolwillkür mit der Schaffung von Regulierungsorganen vor allem auf dem Sektor der Kohle- und Eisenproduktion zu reagieren, die nicht alle völlig unwirksam bleiben. Solche in der Nachkriegskrise

15 Wenn die Autoren irrtümlich "die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder im Präsidialkabinet Brünings" (S. 287) anführen, so sollte dieser Fehler in einer Neuauflage korrigiert werden, da der Brüning-Regierung keine Sozialdemokraten angehörten.

des deutschen Kapitalismus entstandenen Regulierungsorgane wie die staatsmonopolistische Kohleorganisation mit dem Reichskohlerat an der Spitze oder der Eisenwirtschaftsbund waren zweifellos neuartige Organe, die unter dem Aspekt des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht ganz so wegwerfend behandelt, sondern genauer untersucht werden sollten, als es von den Verfassern getan wird (siehe S. 89 f.). Die genannten Einrichtungen hatten eben neben der von den Autoren durchaus richtig genannten Täuschungsfunktion auch andere, die zum Teil gegen die Monopole durchgesetzt wurden. Besonders im Eisenwirtschaftsbund konnte der Preistreiber mit Hilfe der diesem Gremium angehörenden Vertreter der Arbeiterschaft zeitweilig wirksam entgegengetreten werden.

Die Behandlung, oder besser gesagt, das fast völlige Übergehen dieses Aspekts läßt allerdings auch die Frage aufkommen, ob die Vernachlässigung der sogenannten direkten Regulierung für die Zeit der Weimarer Republik mindestens für deren erste Phase gerechtfertigt ist. Jedenfalls, daß diese gegen den Widerstand des betroffenen Monopolkapitals geschaffenen Einrichtungen - deren Entstehen übrigens auch nicht allein aus Gegensätzen zwischen verschiedenen Flügeln des Monopolkapitals erklärt werden kann - später beseitigt bzw. unwirksam gemacht wurden, sobald die Herrschaft der Monopolbourgeoisie in Deutschland wieder genügend stabilisiert war, weist zusätzlich darauf hin, daß es auf dem Felde der staatsmonopolistischen Regulierung durchaus zu Spannungen zwischen der unter dem Druck nichtmonopolistischer Teile der Gesellschaft und im Interesse der Systemsicherung, das heißt aber auch der langfristigen Interessen des Monopolkapitals handelnden Staatsmacht einerseits und monopolkapitalistischen Gruppen oder Gruppierungen andererseits kommen kann, ja zeitweise kommen muß. Im hier besprochenen Werk werden solche Fragen gelegentlich angedeutet, so, wenn auf die Tendenzen zur Ausdehnung des staatlichen Sektors bzw. die Reprivatisierungsbestrebungen von seiten der Unternehmer in der Periode der relativen Stabilisierung eingegangen wird (S. 116 f.). Doch wünschte man sich eine etwas weniger zurückhaltende Bearbeitung des genannten Problemkreises. Im Zusammenhang mit diesem Komplex scheint aber auch eine weitere Frage wert aufgeworfen zu werden, nämlich diejenige nach einer anderen, zusätzlich zu der von den Autoren völlig richtig vorgenommenen Einteilung der staatsmonopolistischen Regulierung, einer Einteilung gewissermaßen unter einem weiteren Aspekt. Die Regulierungsmaßnahmen und Institutionen könnten auch unter dem Gesichtspunkt behandelt werden, inwieweit sie die unmittelbaren Interessen des Monopolkapitals ausdrücken und inwieweit sie eventuell solchen unmittelbaren Interessen entgegenlaufen, aber der langfristigen Sicherung der Monopolherrschaft dienen. Betrachtet man die Sache einmal so, dann scheint dem Rezensenten, daß das Schwerkraft der Darstellung des vorliegenden Bandes eindeutig auf der ersten Art von Regulierungen liegt - obwohl, wie gesagt, der Begriff der Systemsicherung des öfteren ins Bild gebracht wird. Doch sind dies sicherlich sehr komplizierte Fragen, die noch einer weiteren Diskussion bedürfen. Was nun den wirtschaftlichen Ablauf in der Periode der Nachkriegskrise betrifft, so wurde er allerdings weit weniger von den erwähnten Regulierungsorganen als von der Inflation bestimmt, die sich schließlich, wie die Autoren feststellen, zu einer Hyperinflation steigerte. Der Behandlung der wichtigen Problematik der zunehmenden Geldentwertung, ihrer Manipulierung und Ausnutzung durch das Monopolkapital ist ausführlich und gebührend Raum gegeben, Analyse und Darstellung sind umfassend und nicht nur von historischem Interesse, so der Gesichtspunkt, daß die Inflation als Instrument für eine "imperialistische Form der 'ursprünglichen' Akkumulation" (S. 234) wirkte.

Interessant sind auch die Ausführungen der Autoren über die staatsmonopolistische Entwicklung in der Periode der relativen Stabilisierung. Hier wird auf Einflüsse der Kreditpolitik der Reichsbank auf den Konjunkturverlauf, auf die Haushaltspolitik des bürgerlichen Staates, Fragen der Steuerpolitik eingegangen, auf die "Technik-Politik" des Staates hingewiesen; auch andere Probleme der Regulierung werden erwähnt. Doch scheint sich der angedeutete Mangel an Monographien über einschlägige Fragen in bezug auf diesen Zeitabschnitt, aber vielleicht auch die schon erwähnte Schwäche der Konzeption, besonders deutlich zu machen, insofern als wichtige Seiten der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nur sporadisch oder gar nicht berücksichtigt werden, wie etwa die schon vor der akuten Agrarkrise ziemlich intensive staatliche Einwirkung auf den Agrarsektor mittels Ausbaus staatlicher Landwirtschaftskredite, der Schaffung staatlicher Züchtungs- und Forschungsinstitute usw. - Maßnahmen, die nicht nur negative Wirkungen hatten. Auch die staatlichen Kreditrichtungen für die Mittelschichten, welche in gewissem Sinne die einseitig auf die Großindustrie orientierte Kreditpolitik der Monopolbanken kompensieren sollten, staatliche Subventionen und Exportkreditgarantien bildeten weitere Elemente des umfassender werdenden staatlichen Regulierungssystems, die wohl in einer schon von anderen Rezensenten für zweckmäßig gehaltenen Erweiterung des Bandes einer Erwähnung wert sein sollten. An dieser Stelle muß auch auf die nicht voll befriedigende Behandlung der Krise von 1925/26 hingewiesen werden, über die es widersprüchlich einmal heißt, daß "von einer wirksamen antizyklischen Wirtschaftspolitik keine Rede sein" konnte (S. 265), an anderer Stelle aber: "in der Krise von 1926 waren die öffentlichen Anlageinvestitionen - ganz im Gegensatz zu den privaten sowie den Vorratsinvestitionen - gestiegen und hatten sich damit als ein stabilisierender Faktor erwiesen" (S. 283). Obwohl sich solche gegensätzlichen Aussagen sicherlich auch jetzt schon vermeiden ließen, scheint dem Rezensenten das Grundproblem vielmehr darin zu liegen, daß es zum Beispiel über diese Wirtschaftskrise keine Monographie gibt, ebensowenig wie über viele andere Einzelfragen aus dem Gesamtkomplex. Dies wirft eine Frage auf, auf die weiter unten noch eingegangen werden wird.

Viel mehr Material liegt naturgemäß über die wenige Jahre später hereingebrochene Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 vor. Entsprechend der ungleich größeren Bedeutung, die diese Krise für die Geschichte der Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der gesamten imperialistischen Welt besitzt, wird sie von den Autoren auch ausführlich behandelt. Ihr Heranreifen, ihre Entwicklung, zahlreiche Aspekte der von ihr ausgehenden Wirkungen auf das ökonomische, soziale und politische Gefüge der Gesellschaft, aber auch die Reaktionen des bürgerlichen Staates sind eingehend dargestellt, und die Verflochtenheit der verschiedensten Faktoren ist anschaulich herausgearbeitet.

Bekanntlich war die Weltwirtschaftskrise von 1929/33 eine der einschneidendsten zyklischen Krisen in der Geschichte des Kapitalismus. Sie bedeutete einen Schock für die herrschenden Klassen der monopolkapitalistischen Gesellschaft und hinterließ ein Trauma bei allen, die sie unmittelbar erlebten und ihre Folgen spürten. Die Tiefe und die lange Dauer dieser Krise hatten eine Reihe von Ursachen, wobei der Tatsache, daß es sich um die schwerste Krise nach Ausbruch der allgemeinen Krise des Kapitalismus handelte, von den Marxisten besondere Bedeutung zugemessen wird. Die voraufgegangene monopolistische Entwicklung und das Markt- und Produktionsverhalten des Monopolkapitals spielten zweifellos eine große Rolle. Es ist aber auch erwiesen und wird heute von niemandem mehr ernstlich bestritten, daß die Haushaltspolitik des bürgerlichen Staates, das heißt in Deutschland vor allem der Regierung des Kanzlers Brüning, die Krise mit ver-

schärfen half. Dies wird von den Autoren in verschiedenen Zusammenhängen gut herausgearbeitet. Nicht einig jedoch geht der Rezensent mit den von den Autoren angegebenen Ursachen der Richtung der damaligen staatsmonopolistischen Krisenbeeinflussung. So bezweifelt er ihre Meinung, daß der Rückgang der Investitionstätigkeit des Staates auch damit zusammengehangen habe, "daß noch keine auf öffentliche Investitionen sich stützende Strategie der Krisenüberwindung existierte" (S. 284). Es scheint ihm vielmehr erwiesen, daß die Möglichkeit einer solchen Strategie, die vor allem in vermehrter öffentlicher Investitionstätigkeit bestand, durchaus bekannt war und nicht erst das Ergebnis der vielfach überschätzten "Keynes'schen Revolution" gewesen ist. Nicht nur hatte man eine solche Strategie in einer vorhergehenden Krise, der von 1925/26, bereits praktiziert, worauf die Verfasser ja selbst auf der vorhergehenden Seite (283) hinweisen, es ist inzwischen auch durch autobiographische Äußerungen der damals für die staatliche Wirtschaftspolitik Verantwortlichen belegt, daß ihnen die krisenverschärfenden Effekte ihrer Maßnahmen durchaus bekannt gewesen sind, ebenso wie die entsprechenden Alternativen.¹⁶ Über solche Alternativen wurde öffentlich von Fachleuten diskutiert, so auf den Veranstaltungen der Friedrich-List-Gesellschaft, an denen neben Ökonomen auch Vertreter der Regierung sowie des Monopolkapitals teilnahmen. Die Verschärfung der Krise wurde vielmehr bewußt in Kauf genommen, da man das Ziel verfolgte, die Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen an die Siegermächte des ersten Weltkrieges zu beweisen und damit einen wichtigen Schritt zur Revision der Ergebnisse der Niederlage des deutschen Imperialismus zu tun. Die Autoren weisen an und für sich völlig richtig darauf hin, daß die Einschränkung der öffentlichen Investitionen und der Abbau der Sozialausgaben des Staates den Forderungen des Monopolkapitals entsprach, lassen jedoch den Zusammenhang mit der Reparationspolitik außer acht.¹⁷ Es muß auch erwähnt werden, daß die in einer späteren Phase, unter der Papen-Regierung - als die Reparationen faktisch bereits weggefallen waren -, den Unternehmen als staatliche Konjunkturspritze gewährten Steuergutscheine nicht, wie die Autoren irrtümlich meinen, die Form von Steuerleichterungen in Gestalt eines Zahlungsaufschubs bedeuteten (S. 147). Die Steuergutscheine wurden vielmehr den Unternehmen in Höhe eines Teils der tatsächlich gezahlten fälligen Steuern, aber auch als "Prämie" und anderes für zusätzliche Einstellung von Arbeitskräften, als für in späteren Jahren anfallende Steuerzahlungen verwendbare Gutscheine ausgehändigt. Sie stellten ein auch indirekt rediskontierbares Kreditpapier dar. Das heißt, daß es sich bei der Steuergutscheinaktion um staatliche Kreditschöpfung zugunsten des Privatkapitals handelte, wobei der Staat zunächst keine Steuererbußen erlitt, sondern solche erst in den folgenden Jahren eintreten konnten, wobei damit gerechnet wurde, daß dann die Steuereingänge wegen der wieder ansteigenden Konjunktur genügend anwachsen würden.

Schon aus Raumgründen kann die umfängliche und im ganzen hochinteressante Behandlung der Weltwirtschaftskrise im vorliegenden Werk hier nicht viel weiter diskutiert werden. Hingewiesen werden soll doch aber auch auf den Teil, welcher sich mit agrarischer Problematik beschäftigt. Hier sind auch, vorteilhaft unterschieden von der Vernachlässigung staatlicher Agrarpolitik in der Periode der relativen Stabilisierung, die Regulierungsversuche des imperialistischen Staates

¹⁶ Siehe z. B. Luther, Hans, Politiker ohne Partei, Stuttgart 1960, S. 149.

¹⁷ Dieser Zusammenhang wird u. a. in der Dissertation von Kuczynski, Thomas, Das Ende der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1932/33, Berlin 1972, gezeigt, die leider von den Autoren nicht herangezogen wurde.

auf dem Agrarsektor ausführlicher geschildert: Zollpolitik, staatliche Maßnahmen, um Roggen für den menschlichen Genuß unbrauchbar zu machen, usw. bis zur berüchtigten "Osthilfe". Mit Befriedigung stellt der Rezensent fest, daß die Verfasser durch die sinkenden Agrarpreise bzw. den gesunkenen Gesamt-Verkaufserlös der Agrarproduktion nicht dazu verführt wurden, einen Produktionsrückgang in der Landwirtschaft zu behaupten, wie es leider die Autoren eines anderen wichtigen Werkes der letzten Jahre taten¹⁸, sondern richtig konstatieren: "Der Agrarsektor verfügte nur über geringe Möglichkeiten, den Preissturz durch Produktionseinschränkungen aufzuhalten, obwohl in zunehmendem Maße Versuche in dieser Hinsicht unternommen wurden. Deshalb sank die Erzeugung von Agrarprodukten während der Krise nicht" (S. 289). Man kann sogar hinzufügen, daß sie im allgemeinen anstieg, denn die Landwirte versuchten, die sinkenden Einnahmen infolge Preisfalls durch steigende Erzeugung auszugleichen. Die verschiedensten staatlichen Regulierungsmaßnahmen konnten jedoch nicht verhindern, daß insgesamt in der Landwirtschaft ruinöse Zustände eintraten.

In bezug auf die agrarische Preisbewegung erklären nun die Autoren nach dem Hinweis, daß die Getreidezölle besonders den ostelbischen Großgrundbesitzern zu gute kamen: "Trotz der sich weiter verschärfenden Krise stieg der Roggenpreis in Deutschland ab 1930 so stark, daß er 1931 bereits das Doppelte des Weltmarktpreises betrug" (S. 230). Diese Angabe ist zwar annähernd richtig, aber doch in gewissem Sinne unvollständig und verleitet den Leser leicht zu falschen Schlüssen. Eine richtige Einordnung der Angaben ist eigentlich nur möglich, wenn der Leser auch weiß, daß der Roggenpreis 1930 auf einem Tiefstand angelangt war, dem tiefsten Stand während der ganzen Zeit der Weimarer Republik. Der Großhandelspreis betrug nämlich in Berlin 16, 19 Reichsmark pro Tonne.¹⁹ Damit lag er 7, 19 Reichsmark über dem faktisch zusammengebrochenen Weltmarktpreis bzw. dem Preis in Poznań, der 9, - Reichsmark betrug. 1931 gelang es, den deutschen Preis auf 18, 28 Reichsmark zu heben, womit er immer noch weit unter den günstigeren Preisen von 1927 = 24, 90 Reichsmark oder 1928 = 23, 91 Reichsmark lag, andererseits 7, 39 Reichsmark über dem Preis in Poznań von 10, 89 Reichsmark. Schon 1932 aber sank der deutsche Preis wieder auf 17, 85 Reichsmark ab, während der Preis in Poznań 9, 80 Reichsmark betrug.²⁰

Der Rezensent muß es sich versagen, auf weitere wichtige und interessante Details des ungemein anregenden Bandes einzugehen, möchte aber die Frage aufwerfen, die ihn gerade in bezug auf die Geschichtsschreibung der ökonomischen Entwicklung in der Weimarer Republik besonders tangiert und im Verlauf der

18 Siehe Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, a. a. O., S. 425.

19 Diese und die folgenden Angaben siehe in Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reichs, Jg. 1933.

20 Eine ähnlich unvollständige Angabe in anderem Zusammenhang findet sich in der Fußnote auf S. 274, wo es in bezug auf die Finanzpolitik des bürgerlichen Staates heißt, daß der Kriegsetat 1928 schon 47, 8 Prozent betragen habe. Abgesehen davon, daß die Quellenangabe in diesem Falle ungenau ist, woran möglicherweise die Autoren nicht schuldig sind, sollte doch darauf hingewiesen werden, daß es sich hier um den Reichshaushalt handelt, bei dem die Ausgaben für Heer und Marine konzentriert waren. Zieht man die Haushalte der Einzelstaaten mit heran, die ja auch einen Teil des bürgerlichen Staatsgefüges bilden, so sieht die Sache anders aus, und der Eindruck eines ungeheuer aufgeblähten Militärhaushalts, der für das angegebene Jahr einfach nicht stimmt, verschwindet.

Auseinandersetzung mit dem hier besprochenen Werk noch einmal deutlich geworden ist: So wichtig die Erarbeitung von Überblicksdarstellungen auch ist - und die Schaffung der dreibändigen Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, von welcher der hier besprochene Band der schon lange von vielen Seiten erwartete abschließende Band ist, war nicht nur nötig, sondern stellt zweifellos auch einen echten Fortschritt und eine Errungenschaft unserer DDR-Wirtschaftsgeschichtsschreibung dar -, so notwendig scheint dem Rezensenten aber nun auch wieder eine stärkere Hinwendung des relativ kleinen Wirtschaftshistorikerkollektivs unserer Republik zu monographischen Arbeiten. Nur dann werden die vielen offen-gebliebenen Fragen nach und nach bearbeitet werden können, kann das Niveau der Wirtschaftsgeschichtsschreibung der DDR, die in vieler Hinsicht internationales Ansehen genießt - was auch gerade durch die große Auslandsnachfrage nach dem hier rezensierten Band augenscheinlich wurde -, weiter aufrechterhalten und ausgebaut werden.

von Lotte Zumpe

Der Zeitabschnitt von 1933 bis 1945 ist von marxistischer Seite wirtschaftshistorisch noch relativ wenig erforscht. Dies gilt insbesondere für die Vorkriegszeit. Um so höher ist die Bedeutung der vorliegenden Arbeit einzuschätzen, da mit ihr gleichermaßen auch auf diesem Gebiet Pionierarbeit geleistet wurde. Erstmals ist es möglich, sich einen zusammenhängenden Überblick über die wirtschaftlichen Abläufe und Prozesse dieser Jahre zu verschaffen. Es ist ein Zeitabschnitt, der in vieler Hinsicht seine Besonderheiten hat, nicht nur politisch, als faschistische Diktatur des deutschen Imperialismus, nicht nur als der grauenhafteste Abschnitt der deutschen Geschichte überhaupt, auch in wirtschaftlicher Hinsicht waren es Jahre tiefgreifender Veränderungen. Das kapitalistische System hatte seine auch bis heute noch tiefste und ebenso folgenschwerste zyklische Krise durchlaufen, und Deutschland war nächst den USA das am schwersten davon betroffene Land. Die tiefgreifenden Veränderungen prägten die weltwirtschaftliche Entwicklung der dreißiger Jahre, woraus sich wiederum entsprechende Rückwirkungen auf die Binnenwirtschaften der einzelnen Länder und eben auch auf die deutsche Wirtschaft ergaben. Der Welthandel blieb in seiner Entwicklung wesentlich hinter der Weltproduktion zurück, während er sich sonst, nachdem der Krisentiefpunkt durchschritten war, bald schneller als diese entwickelt hatte²¹; die internationale Arbeitsteilung wurde über Jahre hinweg rückläufig; es entwickelte sich keine gesamtwirtschaftliche Konjunktur, sondern abgegrenzte binnenwirtschaftliche Konjunkturen, es kam gewissermaßen zu einer Spaltung in der zyklischen Entwicklung des kapitalistischen Systems. Während die Weltindustrieproduktion (ohne Sowjetunion) 1936 wieder den Stand von 1928 erreichte und über-schritt, blieb der erst 1937 einsetzende - und 1938 schon wieder absinkende - Welthandelsaufschwung wert- und volumenmäßig unter dem Höhepunkt von 1929.²² In diesem Widerspruch wird die Verzerrung aller Reproduktionsbedingungen des kapitalistischen Systems deutlich. Sie wurde noch durch die Tatsache verstärkt, daß der Weltkreditmarkt bis zum Krieg in der Krise verharrte und die Kreditbewegung deflationistisch blieb. Das Weltschuldenproblem blieb ungelöst. Es belastete die Zahlungsbilanzen der Schuldnerländer, die die notwendige Entlastung durch Importrestriktionen einerseits und staatliche Exportförderung andererseits

21 Siehe dazu eine Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung für die verschiedenen Krisenzyklen seit 1900: Die Problematik der gegenwärtigen Wirtschaftslage (Dezember 1936), in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 11. Jg. 1936/37, Nr. 3, Teil A, Neue Folge, S. 308.

22 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42, S. 55⁺, 160⁺.

herbeizuführen suchten. Dadurch verschärften sich wiederum die Welthandelsbedingungen, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, ein Zustand insgesamt, der nicht zu Unrecht als Welthandelskrieg bezeichnet wird. In diesem Gesamtkreislauf, der eine Fülle gegenläufiger Faktoren entwickelte, wurde die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems auf neue Weise sichtbar. Die "Antwort" bestand in allen Ländern in einer den Auswirkungen entsprechenden anhaltenden oder auch zunehmenden staatsmonopolistischen Regulierung der Reproduktionsbedingungen, insbesondere aber - bis zum Krieg - der Außenwirtschaftsbeziehungen.

Die hier zu besprechenden Abschnitte des dritten Bandes für die Zeit des Faschismus bieten eine Fülle neuer Zusammenhänge, Details und Überlegungen, die einer besonderen Hervorhebung wert sind und zu zustimmenden, weiterführenden oder auch kritischen Fragen anregen. Da dann der Umfang der Rezension alle Grenzen sprengen würde, soll hier nur eine Frage herausgegriffen werden, zu deren Diskussion damit vielleicht angeregt werden kann. Sie ergibt sich im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen Verflechtung und ihrer schwer gestörten Entwicklung in den dreißiger Jahren. Es ist die Frage, ob die außenwirtschaftlichen Bedingungen des deutschen Imperialismus nicht doch eine noch gravierendere Rolle gespielt haben für die Reproduktions- und Verwertungsbedingungen, als es in dem dritten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" dargestellt wird. Anders formuliert: Resultierten die Rohstoffschwierigkeiten, die eine grundlegende Rolle für die staatsmonopolistische Regulierung der Außenwirtschaft wie auch für die Rohstoffverteilung nach bestimmten Prioritäten spielten, allein aus der forcierten Aufrüstung Deutschlands oder auch aus der spezifischen weltwirtschaftlichen Entwicklung? Wie wirkte sich die hohe weltwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands unter der bereits dargestellten depressiven und krisenhaften Entwicklung von Weltmarkt und Weltkreditmarkt auf die Verwertungsbedingungen des deutschen Kapitals aus? Welche Rolle spielte die Tatsache, daß der deutsche Imperialismus nicht nur über Export und Import, sondern auch über seine hohe Auslandsverschuldung (ohne Reparationen) mit dieser Entwicklung auf das engste verflochten war? Es sind Fragen nach den objektiven Faktoren, der Außenwirtschaftsregulierung und der sehr schnell, schon 1934, einsetzenden Rohstoffbewirtschaftung, nach ihrem jeweiligen spezifischen Gewicht. Hier können nur einige Fakten dazu angeführt werden; die genauere Erforschung dieser Zusammenhänge könnte jedoch mit zur Klärung der objektiven Zusammenhänge beitragen, die das ständige Überwiegen der aggressivsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals bei den Auseinandersetzungen um die Kriegsvorbereitungskonzeptionen letztendlich bewirkt haben müssen. Es geht um die Frage nach der konkreten Reproduktion des Mißverhältnisses zwischen den ökonomischen Potenzen des deutschen Imperialismus und den Bedingungen seiner Kapitalverwertung usw.²³ in den dreißiger Jahren. Dieses "Mißverhältnis", durch das "Zuspätkommen" des deutschen Imperialismus bei der Aufteilung der Welt entstanden, war nach dem Krieg erweitert reproduziert worden. Die Kolonien und fast alle Auslands-

²³ Wimmer, Walter, Revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Volksmassen und Bewußtseinsentwicklung in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten. 1917 - 1945, in: ZfG, Nr. 10/1977, S. 1230. - Hier wird zutreffend festgestellt, daß faschistische Politik am ausgeprägtesten dort entwickelt wurde, wo das Mißverhältnis zwischen den ökonomischen Potenzen des Monopolkapitals und den Bedingungen seiner Kapitalverwertung usw. am größten war.

guthaben waren verloren. Trotzdem hatte sich Deutschland in den zwanziger Jahren wieder zum zweitstärksten imperialistischen Land entwickelt, und zwar mit Hilfe einer hohen Auslandsverschuldung. Bei einer funktionierenden Weltwirtschaft hätte dies für einen leistungsfähigen Industriestaat wahrscheinlich nicht zu besonderen Problemen geführt. Unter den Bedingungen der dreißiger Jahre stand der deutsche Imperialismus jedoch vor der Konsequenz, seine Schulden wie auch seine notwendigen Rohstoff- und Nahrungsmittelimporte allein aus seinen Exporterlösen zahlen zu müssen, da Einnahmen aus Auslandsguthaben weitgehend wegfielen. Das "Mißverhältnis" erweiterte sich jetzt entsprechend den konkreten weltwirtschaftlichen Bedingungen, für die Mottek zutreffend feststellt, daß größere ausländische Kredite nach dem Stillhalteabkommen von 1932 nicht mehr zu erwarten waren und einer Exporterweiterung die Schutzzollmaßnahmen der anderen kapitalistischen Länder entgegenstanden (S. 314). In dieser Konstellation wird im Grunde deutlich, daß der deutsche Imperialismus zu einem Knotenpunkt der Widersprüche des kapitalistischen Systems geworden war, die sich in der Weltwirtschaftskrise und in der ihr folgenden weltwirtschaftlichen Depression in besonderer Weise verschärft hatten. Wenn Deutschland importieren wollte, mußte es exportieren, wenn es die Erlöse der Exporte haben wollte, mußte es auch die Schulden bezahlen bzw. dafür verbindliche Regelungen eingehen.²⁴ Andernfalls, so hatten die Gläubigerstaaten, mit denen Deutschland eine aktive Handelsbilanz hatte, angekündigt, würden sie die fälligen Schuldenbeträge mittels Zwangsclearings einziehen. Diese unumgängliche Rücksichtnahme auf die Interessen der Handelspartner Deutschlands wird in der Darstellung außenwirtschaftlicher Zusammenhänge meist außer acht gelassen, wodurch diesen Handelspartnern oft eine sehr passive Rolle zugeordnet wird. Auch Mottek schließt die Darstellung der Schuldentrückzahlung mit dem Moratorium von 1934 ab, als ob sie dann keine Rolle mehr gespielt hätte (S. 315). Das Moratorium von 1934 bezog sich nicht auf die Schuldentrückzahlung schlechthin, sondern auf den Bartransfer in Devisen. Der Bartransfer für die Stillhaltezinssen war dabei ausgenommen. Die Schuldentrückzahlung wurde von da an weitgehend in den bilateralen Handelsabkommen geregelt, in denen festgelegt war, was alles aus dem deutschen Exporterlös in dem betreffenden Lande bezahlt werden mußte für Schuldendienst, Warenschulden, Dienstleistungen usw., bevor der eventuell verbleibende Betrag zur Verfügung stand. Von Februar 1933 bis Februar 1938 ging die deutsche Auslandsverschuldung um 9 Milliarden Reichsmark zurück²⁵, wovon rund 4 Milliarden Reichsmark auf den sogenannten "Abwertungsgewinn"²⁶ entfielen. 5 Milliarden Reichsmark hatten je-

24 Die Gläubigerländer waren aufgrund ihrer eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit usw. nicht bereit, Waren statt Geld entgegenzunehmen, auch nicht dazu, die Schulden durch neue Anleihen zu konsolidieren. Erst 1937/38 wurden mit den Schuldnerländern verbesserte Rückzahlungsbedingungen ausgehandelt, z. B. günstigere Zinssätze. Dieses Verhalten in der Schuldenfrage macht den großen Unterschied in der internationalen Schuldenpolitik deutlich, die nach dem zweiten Weltkrieg im Rahmen des "Marshall-Plans" und des kalten Krieges betrieben wurde.

25 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42, S. 609.

26 Der Abwertungsgewinn entstand dadurch, daß Deutschland seine Währungsparität beibehielt, obwohl es zur Förderung seiner Exportinteressen ebenfalls hätte abwerten müssen. Die wesentlichsten Gründe, dies nicht zu tun, lagen, wie auch Mottek feststellt (S. 314), in der hohen Auslandsverschuldung, die sich durch eine Abwertung vermehrt hätte, und in der noch wirksamen Inflationsfurcht.

doch in Form von Waren und Dienstleistungen zurückgezahlt werden müssen. Das war ein Betrag, der ungefähr einem Fünftel des deutschen Imports von 1933 bis 1937 entsprach. Es ist aus allen diesen Gründen auch zu bezweifeln, daß der Rohstoffbedarf für Exportaufträge erst - wie Mottek schreibt (S. 315) - an dritter Stelle in der Rohstoffzuteilung rangierte. Erstens wechselten diese Prioritäten ohnehin sehr oft, weil die Rohstofflage immer äußerst angespannt blieb, zweitens entwickelte sich sehr schnell ein ganzes System "erstrangiger Bedarfsträger", und drittens gehörte der Export als einziger Devisenbringer immer in diese "erstrangigen" Kategorien. Noch im November 1938, als der Krieg schon mit aller Intensität unmittelbar vorbereitet wurde, erhielt der Export aufgrund einer Verordnung des Reichswirtschaftsministers ausdrücklich "die erste Rangstelle vor allen inländischen Aufträgen, und zwar sowohl gegenüber privaten als auch gegenüber allen öffentlichen Auftraggebern, eingeräumt".²⁷ Als es aufgrund der starken Verbürokratisierung der Außenhandelsgeschäfte, aufgrund auch der scharfen Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt, die zu entsprechenden Profitverlusten führten, zumal die Weltmarktpreise erheblich abgesunken waren, zu einer spürbaren "Exportmüdigkeit" kam, begünstigt wiederum durch die binnenwirtschaftliche Rüstungskonjunktur, tat der Staat alles, um die Exportfreudigkeit zu stimulieren. So wurden zusätzliche Exporte mit Rohstoffprämien belohnt.²⁸ Da Exportaufträge nur mit besten Rohstoffen ausgeführt wurden, was in Anbetracht der scharfen Weltmarktkonkurrenz gar nicht anders möglich war, entstand durch solche Vergünstigungen durchaus ein Anreiz. Im Zusammenhang mit der ständigen Rohstoffknappheit betrachtet, macht dies aber auch die Bedeutung sichtbar, die dem Export zugemessen wurde.

Die außenwirtschaftliche Regulierung bezog sich jedoch nicht nur auf den Außenhandel, sie schloß auch die Auslandsverschuldung ein, das heißt den von den deutschen Schuldner zu leistenden Schuldendienst. Eine der wesentlichsten staatsmonopolistischen Maßnahmen im gesamten Schuldnerückzahlungskomplex, die hier erwähnt werden muß, war die Gründung der Konversionskasse 1933. Die deutschen Schuldner mußten ihre fälligen Schulden in Reichsmark an diese Kasse zahlen, während die Umwandlung in Devisen für den Transfer Sache der Reichsbank war, der diese Einrichtung unterstand. Schacht hatte mit dieser Gründung ein Schuldnermonopol errichtet, das dem Staat alle Vorteile in die Hand gab, die der Schuldner aus dem Interesse des Gläubigers an einer Rückzahlung seines Geldes ziehen kann und die sonst in den einzelnen Rückzahlungstransaktionen weitgehend verlorengegangen wären bzw. volkswirtschaftlich nicht hätten nutzbar gemacht werden können. Auf dieser Grundlage wurde nun Schuldnerückzahlungsstrategie entwickelt. Ein wesentliches Ziel bestand darin durchzusetzen, daß der Schuldendienst in Form von Waren beglichen werden konnte. Auf diese Weise sollte "zusätzlicher Export" organisiert und der Außenhandel nicht mit der Schuldnerückzahlung verkettet werden. Das Alternativangebot an die Gläubiger bestand darin: entweder Waren statt Devisen oder ein faktisch eingefrorenes Reichsmarkkonto in Deutschland. Bei der allgemeinen Importdrosselung, die überall schwerwiegende binnenwirtschaftliche Gründe hatte, war dieser "Strategie" offenbar wenig Erfolg beschieden. Aufgrund seiner hohen Abhängigkeit von ausländischen Roh-

27 Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1938/39, hg. v. der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, Berlin, Januar 1939, S. 120.

28 Dazu auch Kirchberg, Peter, Typisierung in der deutschen Kraftfahrzeugindustrie und der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 2, S. 130.

stoffen konnte Deutschland seine Schuldverpflichtungen jedoch nicht einfach streichen, ohne in noch größere Schwierigkeiten zu geraten. So kam es doch zur Verbindung von Außenhandel und Schuldentrückzahlung, wodurch die angespannte Lage in der Rohstoffversorgung verschärft wurde. Dennoch konnte mit Hilfe des Schuldnermonopols einiges erreicht werden. Es entstand eine ganze Reihe von Marksorten aus den in Reichsmark auflaufenden Schuldentrückzahlungsbeträgen, die bestimmten Verwendungszwecken im Rahmen der Außenwirtschaft zugeordnet waren, aber in Deutschland verbraucht wurden. Am bekanntesten ist die "Registermark", die aus den deutschen Rückzahlungsmitteln des Stillhalteabkommens entstand.²⁹ Sie diente insbesondere zur Finanzierung des Geldbedarfs ausländischer Touristen, die den Gegenwert in ihren Heimatländern einzahlten. So konnte das relativ hohe deutsche Preisniveau für die Schuldentrückzahlung wirksam gemacht werden. Auch bei der Aushandlung der Rückzahlungsbedingungen im Rahmen der Handelsverträge war das Schuldnermonopol vorteilhaft, insbesondere bei der Festlegung der Zinssätze.³⁰

Die Verkettung von Verschuldung, Devisenmangel und Importbedarf hatte schon 1931 im Zusammenhang mit dem Bankenkrach zur Devisenbewirtschaftung geführt, das heißt, die Deviseneinnahmen mußten an die Reichsbank abgeliefert werden, und den Importeuren wurde, ihrem Bedarf von 1930 entsprechend, eine bestimmte Devisenquote zur freien Verwendung zugeteilt. Diese Quoten wurden jedoch schon im Mai 1932 nur noch zu 50 Prozent abgedeckt und im April 1934 auf 35 Prozent, im Juni auf 10 und im August auf 5 Prozent reduziert.³¹ Mottek gibt für die Zeit, da der Neue Plan eingeführt wurde, also im September 1934, den zur Verfügung stehenden Devisenbetrag mit "nahezu 50 Prozent des Jahres 1931" an (S. 315), was den Tatsachen nicht entspricht. Hinzu kommt, daß die deutsche Handelsbilanz 1931 mit mehr als 2,8 Milliarden Reichsmark aktiv war, während sie 1934 mit 284 Millionen Reichsmark passiv wurde. In Anbetracht der stark gesunkenen Rohstoffpreise und einer noch aktiven Handelsbilanz, aber auch aufgrund der sogenannten "Schwedenklausel" in einer Reihe von Zahlungsabkommen³², hatten die Quotenkürzungen von 1932 auch 1933 noch keine harten Pro-

29 Die Registermark wurde zur Bezahlung von Aufenthaltskosten ausländischer Reisender in Deutschland verwendet. 1936 (Olympiadjahr) besuchten zirka 1 Million Ausländer Deutschland. Sie zahlten ihre Reisekosten mit Registermark und gaben rund 300 Millionen davon aus. 1937 und 1938 waren es je rund 250 Millionen Registermark, die so abgetragen wurden (Eicke, Rudolf /Reichsbankdirektor/, Warum Außenhandel?, 5. bearb. Aufl. Berlin 1939, S. 92.

30 Eicke stellt fest, daß es der deutschen Wirtschaftspolitik gelungen sei, "bei jeglicher Regelung über die Transferierung, die Zinsen, die vertraglich meistens 6 % und mehr betragen, im allgemeinen auf die Hälfte herabzusetzen". (Ebenda, S. 93.)

31 Benning, Bernhard, Der "Neue Plan" und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 142, Jena 1935, S. 36.

32 Seit 1932 war eine steigende Zahl von Zahlungsabkommen mit europäischen Staaten mit dieser Klausel versehen worden. Sie erlaubte die Einzahlung von Reichsmark für Importe auf ein Sonderkonto der ausländischen Notenbank bei der Reichsbank, wobei zunächst keine Begrenzung vorgesehen war. Damit war die deutsche Einfuhr in zum Teil entscheidenden Posten nicht von der De-

blème aufgeworfen. Das Institut für Konjunkturforschung skizzierte jedoch schon im ersten Halbjahr 1933 die zu erwartende Zuspitzung der Situation so, wie sie dann im Frühjahr/Sommer 1934 auch tatsächlich eintrat: "1. Die hohe Auslandsverschuldung erfordert einen ständigen Ausführüberschuß, der die Devisen für die Zahlungen liefern muß. 2. Eine etwaige Belebung der Weltwirtschaft wird - ehe sie die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten verbessert - die Rohstoffpreise steigen lassen. Damit wird die Handelsbilanz Deutschlands - selbst bei gleichbleibenden Außenhandelsmengen - devisenmäßig passiv werden. Zudem muß jede Belebung des Binnenmarktes zu einer mengenmäßigen Steigerung der Einfuhr und damit zu einer erhöhten Passivierung der Handelsbilanz führen. 3. Die dann auftretende Devisenknappheit zwingt entweder dazu, die Einfuhr an Rohstoffen zu drosseln und so eine Belebung der Industrie und damit die inländische Aufbringung der Zinsen zu erschweren oder den Transfer des Kapitaldienstes auf Auslandskredite zu beschränken."³³ Eine spürbare Steigerung des Exports, der einzig mögliche Ausweg aus dieser Lage, wurde in Anbetracht der handels- und währungspolitischen Absperrung der Auslandsmärkte als äußerst schwierig bezeichnet. Die entscheidende Zuspitzung der Lage trat im Frühjahr 1934 ein. Einer Einfuhrsteigerung von 71 Millionen Reichsmark im ersten Quartal 1934 (im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres) stand ein Ausfuhrrückgang von 97 Millionen Reichsmark gegenüber. Der Gold- und Devisenbestand der deutschen Notenbanken betrug im März 1934 mit 318,6 Millionen Reichsmark nur noch ein Zehntel des Bestandes von 1930. Die Rohstoffpreise waren vom November 1933 bis Februar 1934 um zirka 10 Prozent gestiegen.³⁴ Es erübrigt sich, die Konsequenzen dieser Situation noch weiter darzustellen. Mitte 1934 war der zweitstärkste imperialistische Staat der Welt nicht mehr in der Lage, seinen internationalen Schuldverpflichtungen nachzukommen, er war faktisch zahlungsunfähig. Damit ist die Reproduktion des "Mißverhältnisses", um das es bei dieser Erörterung geht, gekennzeichnet. Sicher hat die anlaufende Rüstung die Verschärfung der Situation beschleunigt, doch die deutsche Industrie war zu diesem Zeitpunkt nur etwa erst zur Hälfte ausgelastet, und jede Belebung hätte zu diesem Ergebnis geführt.

Es war eine außenwirtschaftliche Grundkonstellation, die zu Regulierungsmaßnahmen zwang und die zusammen mit der forcierten Rüstungskonjunktur einen äußerst intensiven Wechselwirkungsprozeß im Bereich der gesamten Kapitalproduktion hervorrief, der sich in immer neuen Engpässen, Versorgungskrisen, in direkten und indirekten Regulierungsmaßnahmen äußerte. Der Einfluß der spontanen weltwirtschaftlichen Faktoren war insgesamt in den Jahren der Vorkriegszeit sehr groß. Ohne sie zu berücksichtigen, kann die Wirtschaftsgeschichte der Vorkriegszeit nicht geschrieben werden. Es ist darum ein nicht hoch genug anzuschreibendes Verdienst der Autoren, daß sie diesen ersten Abriss einer marxistischen Wirtschaftsgeschichte der Jahre 1933 bis 1939 in weltwirtschaftliche Zu-

visenzuteilung abhängig. Bis 1934 entstanden hohe Passivsalden auf diesen Sonderkonten. (Ebenda, S. 37.)

33 Die Konjunktur in Deutschland Mitte Juni 1933, in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 8. Jg. 1933, Nr. 1, T. A, S. 35.

34 Siehe dazu Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1934, hg. v. Der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, Berlin, S. 39; Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 18. 4. 1934, Nr. 15; Die Konjunktur im Frühjahr 1934, in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 9. Jg. 1934, Nr. 1, T. A, S. 28.

Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk

Betrachtungen zu

Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution,
Autorenkollektiv: Adolf Laube / Max Steinmetz / Günter Vogler

Dietz Verlag, Berlin 1974, 415 Seiten, Preis 45,- M

Flugschriften der Bauernkriegszeit, unter Leitung von Adolf Laube,
Hans Werner Seiffert bearbeitet von Christel Laufer, Dietrich Lösche,
Sigrid Looß, Annerose Schneider, Walter Zöllner

Akademie-Verlag, Berlin 1975, 662 Seiten, 16 Tafeln, Preis: 58,- M

Manfred Kobuch / Ernst Müller, Der deutsche Bauernkrieg in Dokumenten.
Aus staatlichen Archiven der Deutschen Demokratischen Republik

Hermann Böhlau Nachf., Weimar 1975, 154 Seiten u. 1 Karte,
Preis: 42,- M

Dokumente aus dem deutschen Bauernkrieg. Beschwerden, Programme,
theoretische Schriften, hg. und eingeleitet v. Werner Lenk, mit dem
Radierungszyklus "Bauernkrieg" von Käthe Kollwitz = Reclams Universal-
Bibliothek, Bd. 561

Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig 1974, 388 Seiten, Preis: 2,50 M

Der arm man 1525. Volkskundliche Studien, hg. v. Hermann Strobach =
Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte, Bd. 59

Akademie-Verlag, Berlin 1975, 366 Seiten, Preis: 38,- M

Günter Vogler, Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk.
Der deutsche Bauernkrieg 1525

Dietz Verlag, Berlin 1975, 139 Seiten, Preis: 2,50 M

Der Bauer im Klassenkampf. Studien zur Geschichte des deutschen Bauern-
krieges und der bäuerlichen Klassenkämpfe im Spätfeudalismus, hg. v. Ger-
hard Heitz, Adolf Laube, Max Steinmetz, Günter Vogler

Akademie-Verlag, Berlin 1975, 608 Seiten, 48 Abbildungen,
Preis: 42,- M

Der deutsche Bauernkrieg 1524/25. Geschichte - Traditionen - Lehren, hg. v.
Gerhard Brendler und Adolf Laube = Akademie der Wissenschaften der DDR,
Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 57

Akademie-Verlag, Berlin 1977, 473 Seiten, Preis: 48,- M

Reformation oder irühbürgerliche Revolution, hg. v. Rainer Wohlfeil
= nymphenburger texte zur wissenschaft, Bd. 5

Nymphenburger Verlagshandlung GmbH, München 1972, 319 Seiten,
Preis: 18, - DM

Der Bauernkrieg 1524 - 26. Bauernkrieg und Reformation, hg. v. Rainer Wohlfeil = nymphenburger texte zur wissenschaft, Bd. 21

Nymphenburger Verlagshandlung GmbH, München 1975, 292 Seiten,
Preis: 28, - DM

Revolte und Revolution in Europa. Referate und Protokolle des Internationalen Symposiums zur Erinnerung an den Bauernkrieg 1525 (Memmingen, 24. - 27. März 1975), hg. v. Peter Blickle = Historische Zeitschrift, Beiheft 4 (Neue Folge)

R. Oldenbourg Verlag, München 1975, 344 Seiten, Preis: 49, - DM

Der deutsche Bauernkrieg 1524 - 1526, hg. v. Hans-Ulrich Wehler = Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 1

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 357 Seiten, Preis: 39, - DM

Peter Blickle, Die Revolution von 1525

R. Oldenbourg Verlag, München 1975, 251 Seiten, Preis: 56, - DM

von Hans-Heinrich Müller

Der 450. Jahrestag des deutschen Bauernkrieges, den Engels als großartigsten Revolutionsversuch des deutschen Volkes und Marx als radikalste Tatsache der deutschen Geschichte charakterisierte, war Anlaß vielfältiger Aktivitäten im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Leben. Auf lokalen Veranstaltungen, wissenschaftlichen Tagungen und Symposien, auf internationalen Konferenzen und auf der Festveranstaltung des ZK der SED und des Ministerrats der DDR am 15. März 1975 in Mühlhausen gedachte man dieser großen Klassenschlacht im Zeitalter des Feudalismus und in der Geschichte des deutschen Volkes. Ausstellungen fanden statt. Museen und Gemäldegalerien zeigten Bildwerke und historische Dokumente aus dem Leben und dem Kampf der Bauern, waren jener Forderung Friedrich Engels' von 1850 gefolgt, "die ungefügigen, aber kräftigen und zähen Gestalten des großen Bauernkrieges dem deutschen Volk wieder vorzuführen"¹ und vermittelten die schöpferische Aneignung des Erbes des Bauernkrieges und seiner revolutionären Traditionen in der Deutschen Demokratischen Republik. Historiker legten zahlreiche Publikationen vor. Langjährige Forschungsergebnisse wurden zusammengefaßt, bekannte Werke neu aufgelegt und populäre Darstellungen gelangten

1 Engels, Friedrich, Der deutsche Bauernkrieg, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1973, S. 329.

in die Hände interessierter Leser. Aber nicht nur die allgemeine und politische Geschichte, nicht nur die Agrar- und Wirtschaftsgeschichte befaßten sich mit dem revolutionären Ereignis von vor 450 Jahren, auch die Kunsthistoriker², Literaturhistoriker³, Sprachwissenschaftler⁴, Regional- und Kirchenhistoriker leisteten Beachtliches. Bauernkriegspublikationen erschienen in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich. Amerikanische Forscher lieferten Spezialstudien⁵, und auch in Frankreich⁶ und in England war der deutsche Bauernkrieg Gegenstand von Untersuchungen.⁷

- 2 Vgl. z. B. Zschelletzschky, Herbert, Die "drei gottlosen Maler" von Nürnberg. Historische Grundlagen und ikonologische Probleme ihrer Graphik zur Reformations- und Bauernkriegszeit, Leipzig 1975. - Vor dem Jubiläum erschienen Hütt, Wolfgang, Deutsche Malerei und Graphik der frühbürgerlichen Revolution, Leipzig 1973; Fraenger, Wilhelm, Joerg Ratgeb. Ein Maler und Märtyrer aus dem Bauernkrieg, Dresden 1972. - Ferner veröffentlichten Schriftsteller, Künstler, Kulturschaffende und Kunstverlage: Dran, dran - es ist Zeit. Grafik aus der Zeit des deutschen Bauernkrieges, hg. v. Raimund Hoffmann, Dresden 1975; Wir Enkel fechtens besser aus. Dokumente, Lyrik und Prosa zur revolutionären Tradition des deutschen Bauernkrieges, hg. v. Alexander Abusch, Berlin/Weimar 1975; Entner, Heinz/Neubauer, Edith, Bundschuh und Regenbogenfahne. Schriftsteller und Künstler im Bauernkrieg, Berlin 1975; Unter dem Regenbogen. Historische Porträts zur deutschen frühbürgerlichen Revolution, hg. v. Helmut Bock u. Marianne Thoms, Leipzig/Jena/Berlin 1976. - Für die BRD: 450 Jahre Bauernkrieg. Zeitgenössische und moderne Graphiken, hg. v. der Deutschen Kommunistischen Partei. Bezirksvorstand Nordbayern, Nürnberg 1975; Die Kunst im großen deutschen Bauernkrieg = tendenzen, Nr. 97, München 1974; Krempel, U. u. a., Materialien zur Kunst der Bauernkriege, Bochum 1974.
- 3 Vgl. z. B. Deutsche Kunst und Literatur in der frühbürgerlichen Revolution. Aspekte, Probleme, Positionen. Autorenkollektiv: Sibylle Badstübner, Heinz Entner, Edith Neubauer, Ingrid Schwieweck, Hildegard Schnabel unter Leitung v. Karl-Heinz Klingenburg, Berlin 1975; Kaiser, Gott und Bauer. Die Zeit des deutschen Bauernkrieges im Spiegel der Literatur, hg. u. eingel. v. Günter Jäckel, Berlin 1975; 1525. Dramen zum deutschen Bauernkrieg, hg. v. Walter Dietze, Berlin 1975; Lenk, Werner, "Ketzer"lehren und Kampfprogramme. Ideologieentwicklung im Zeichen der frühbürgerlichen Revolution, Berlin 1976. - Für die BRD vgl. z. B. Brackert, Helmut, Bauernkrieg und Literatur, Frankfurt (Main) 1975.
- 4 Vgl. z. B. Guchmann, M. M., Die Sprache der deutschen politischen Literatur in der Zeit der Reformation und des Bauernkrieges, Berlin 1974; Winkler, Hannelore, Der Wortbestand von Flugschriften aus den Jahren der Reformation und des Bauernkrieges, Berlin 1975.
- 5 Vgl. z. B. Sabeau, David Warren, Landbesitz und Gesellschaft am Vorabend des Bauernkrieges. Eine Studie der sozialen Verhältnisse im südlichen Oberschwaben in den Jahren vor 1525, Stuttgart 1972; The Social History of Reformation, hg. v. L. P. Buck u. J. W. Zophy, Columbus (Ohio) 1972; Friesen, A., Reformation and Utopia. The Marxist Interpretation of the Reformation and its Antecedents, Wiesbaden 1974.
- 6 Vgl. z. B. La Guerre des Paysans 1525, hg. v. Alphonse Wollbrett = Etudes alsatiques, Nr. 93, suppl. Société d'histoire et d'archéologie de Saverne, 1975.
- 7 Vgl. z. B. German Peasant War of 1525, hg. v. Janos Bak = Journal of Pea-

Die Zahl der Monographien über den Bauernkrieg ist groß. Nahezu unübersehbar ist die Fülle der Beiträge in Sammelbänden, in geschichtswissenschaftlichen, sozialhistorischen, kirchlichen, pädagogischen, militär- und regionalhistorischen Periodika, in Zeitschriften der Hochschulen und Universitäten, in kunst- und literaturhistorischen Blättern, Archivmitteilungen, heimatkundlichen Heften und Kalendern, in museologischen Mitteilungen und Ausstellungskatalogen. Eine Bibliographie für die Jahre 1974 bis Anfang 1976 weist 373 Veröffentlichungen aus⁸, und dies ist noch nicht der letzte Stand. Es ist ganz unmöglich, all diese Untersuchungen und Veröffentlichungen, die vielfältigen neuen Forschungsergebnisse und Fragestellungen oder die bisher Bekanntem abgewonnenen neuen Aspekte im Rahmen dieser Besprechung zu erwähnen und zu würdigen. Selbst nur für die Monographien und größeren Studien wäre es schon ein recht schwieriges Unterfangen, ein annähernd umfassendes Bild von dem wissenschaftlichen Ertrag der neueren Forschung über diese außerordentlich vielschichtige Problematik Bauernkrieg und Reformation, in ihrer Einheit die frühbürgerliche Revolution, zu vermitteln, zumal der Rezensent sich auch keineswegs kompetent für jenes Forschungsfeld fühlt. Das wäre beinahe schon ein eigenes Buch wert. Deshalb stehen hier nur einige wenige ausgewählte Neuerscheinungen zur Betrachtung (ohne damit andere wichtige Veröffentlichungen in irgendeiner Weise zurücksetzen zu wollen), die mir bedeutsam, interessant und anregend erschienen und an denen sich einige Probleme, Tendenzen und Positionen der marxistischen und bürgerlichen Historiographie aufwerfen und darlegen lassen.

Grundlage aller Forschung sind die in den Archiven und wissenschaftlichen Bibliotheken überlieferten Quellen und Dokumente. Die mit ihrer Verwaltung, Erschließung und Aufbereitung betrauten Institutionen haben auf ihre Weise ebenfalls zum Gedenken an den Bauernkrieg beigetragen.⁹ Ein erfreuliches Ergebnis dieser Tätigkeit ist unter anderem der von Kobuch/Müller betreute Bilddokumententband. Er enthält 75 bedeutsame zeitgenössische, wichtige Ereignisse anschau-

sant Studies, Bd. 3, Nr. 1, London 1975; Dickens, A. G., The German Nation and Martin Luther, London 1974.

- 8 Bibliographie zum deutschen Bauernkrieg und seiner Zeit seit 1974, bearb. v. Ulrich Thomas, Fachdokumentation Agrargeschichte, Universität Hohenheim, Stuttgart-Hohenheim 1976; vgl. auch den ausführlichen Literaturbericht von Kopitzsch, Franklin/Wohlfeil, Rainer, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderh. 1, Göttingen 1975, S. 303 - 354.
- 9 Vgl. dazu auch z. B. Der deutsche Bauernkrieg im Druckschaffen der Jahre 1524/26. Verzeichnis der Flugschriften und Dichtungen, bearb. v. Helmut Claus, Gotha 1975 = Veröffentlichungen der Forschungsbibliothek Gotha, H. 16; Flugblätter der Reformation und des Bauernkrieges. Aus der Sammlung des Schloßmuseums Gotha, hg. v. Hermann Meuche u. Ingeborg Neumeister, Leipzig 1975. - Zu erwähnen ist hier auch die erneute Herausgabe von Drukken und Flugschriften: Thomas Müntzer, Außlegung des andern vunterschyds Danielis deß propheten (Die Fürstenpredigt). Außgedruckte emplößung des falschen Glaubens. Hoch verursachte Schutzrede, Bd. 1: Faksimileausgabe der Originaldrucke, Bd. 2: Neuhochdeutsche Übersetzung, mit einem Nachwort hg. v. Max Steinmetz, Berlin 1975; An die Versammlung, mit Gemeiner Bauernschaft. Eine revolutionäre Flugschrift aus dem Deutschen Bauernkrieg (1525), eingel., kommentiert u. hg. v. Siegfried Hoyer u. Bernd Rüdiger, mit einer sprachgeschichtlichen Einleitung v. M. M. Guchmann, Leipzig 1975.

lich vor Augen führende Handschriften sowie Drucke und Bilder, die den Staatsarchiven Dresden, Magdeburg, Meiningen, Rudolstadt, Weimar, dem Historischen Staatsarchiv Altenburg und dem Stadtarchiv Mühlhausen entstammen. Die Handschriften und Drucke wurden auf 65 Bildtafeln reproduziert. Neben den Faksimilia stehen die Wiedergabe der Texte in moderner Druckschrift und prägnante und aussagekräftige Kommentare, die jeweils mit den wichtigsten Literaturangaben versehen sind. Die Dokumente wurden so ausgewählt und angeordnet, daß sie das Wirken Thomas Müntzers und die Volksbewegung in Allstedt, die revolutionären Bewegungen und Aufstände in Thüringen (Werragebiet, Mühlhausen, Frankenhausen), die Friedrich Engels als "den Kulminationspunkt des ganzen Bauernkriegs" bezeichnete¹⁰, und in den angrenzenden Gebieten, die militärische Entscheidung bei Frankenhausen und die Unterdrückung der antifeudalen Bauernbewegungen sowie die Nachwirkungen der revolutionären Ideen höchst lebendig werden lassen. Verdienstvoll ist die Berücksichtigung des Bauernkrieges im Erzgebirge, der in der Vergangenheit etwas vernachlässigt worden war und dem die beiden Autoren einen eigenen Abschnitt widmeten. Verschiedene Dokumente begegneten uns zwar schon in den älteren Ausgaben von Merx, Franz, Fuchs und Geß¹¹, aber nur auszugsweise, während sie jetzt vollständig publiziert wurden. Das Strafgeldregister der Ämter Langensalza, Thomsbruck und Weißensee gelangt erstmals zur Veröffentlichung. Beigefügt wurden auch einige, im allgemeinen aber kaum neue Bilder. Dagegen verdient die farbige, mit umfangreicher Legende ausgestattete historische Karte auf den vorderen und hinteren Einbandseiten hervorgehoben zu werden. Sie gibt die Zentren und Ortschaften der Volksbewegungen, die Erhebungen der Bergleute, die städtischen Aufstände und die feudalen Territorialstaaten um 1525 ausgezeichnet wieder. Dieser in Faksimile, Transkription und Interpretation dankenswerte Bilddokumentenband bietet einen interessanten Einblick in die Quellen. Er ist ein geeignetes Anschauungsmaterial zum besseren Verständnis des Zeitalters der frühbürgerlichen Revolution, ein Beweis, wie sich die Archive nützlich machen und wie sie die Forschungsarbeit erleichtern können. Nicht zuletzt dürften auch Paläographen diese Quellenpublikation mit Gewinn in die Hand nehmen.

Eine Quellenausgabe, bestimmt für einen Leserkreis aller Kategorien, legte Werner Lenk unter dem Titel "Dokumente aus dem deutschen Bauernkrieg" vor. Von Haus aus Germanist, hat Lenk in einer Taschenbuchausgabe des traditionsreichen Reclam-Verlages vierzig Dokumente zusammengestellt und ediert, die den Leser mitten hinein in das Geschehen des deutschen Bauernkrieges führen, die ihn erkennen lassen, wie die Bauern "ihre eigene Lage im gesellschaftlichen Ganzen sahen, wen sie als ihren Gegner erkannten und in welchem Verhältnis sie zu ihm standen, welche Taktik und Strategie sie in ihrem revolutionären Kampf einzuschlagen bestrebt waren" (S. 5)¹².

10 Engels, Friedrich, a. a. O., S. 339.

11 Vgl. Akten zur Geschichte des Bauernkrieges in Mitteldeutschland, Bd. 1, 1. Abt., hg. v. Otto Merx, Leipzig/Berlin 1923; Bd. 1, 2. Abt., hg. v. Günther Franz, Leipzig/Berlin 1934; Bd. 2, unter Mitarbeit v. Günther Franz hg. v. Walther Peter Fuchs, Jena 1942; Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen, hg. v. Felician Geß, 2 Bde., Leipzig 1905 - 1917.

12 Im Text in Klammern gesetzte Seitenangaben beziehen sich hier und im folgenden auf die jeweils behandelten und eingangs bibliographisch erfaßten Publikationen.

Die Auswahl der zeitgenössischen Selbstzeugnisse ist in zwei Teile untergliedert: "Forderungen, Programme und Manifeste der Aufstandsbewegungen" und "Reformentwürfe und revolutionstheoretische Schriften". Wir finden darin unter anderem die Artikel der Stühlinger, Memminger, Allgäuer und Schwarzwälder Bauern, die berühmten Zwölf Artikel, die Beschwerden zahlreicher süddeutscher Bauernhaufen, die Kriegsordnungen der fränkischen und rheinischen Bauern, Thomas Müntzers "Manifest an die Bergknappen", seine "Fürstenpredigt" und "Hochverursachte Schutzrede", den Heilbronner Reichsreformplan, Michel Gaismairs Tiroler Landesordnung und Hans Hergots nachrevolutionäre Utopie "Von der neuen Wandlung", die einen Höhepunkt radikaler Gesellschaftskritik in der frühbürgerlichen Revolution darstellte. Ein Fehlgriff war jedoch die Aufnahme "Thomas Müntzers Predigt auf dem Schlachtfeld bei Frankenhausen"; denn sie ist nicht authentisch, gehört vielmehr in den Bereich der Müntzer-Legende. Ein Blick in Steinmetz' umfassendes Müntzer-Buch hätte Lenk leicht davon überzeugen können, daß diese Predigt dem müntzerfeindlichen und verhängnisvollen Machwerk "Histori Thome Muntzers, des anfangers der Döringischen vffrur" entstammt, deren "Blätter, wie der Dr. Martinus (Luther) zu sagen pflegte, von kleinen und großen Irrtümern wimmeln und krummeln wie das Fell eines Pudels von Flöhen".¹³ Bei der Zerteilung seiner Auswahl hat sich Lenk davon leiten lassen, daß die im ersten Teil vereinigten Beschwerden, Organisationspläne und Sendschreiben unmittelbar mit den Bauernkriegskämpfen verknüpft waren und wirksam wurden, während die Reformentwürfe und revolutionstheoretischen Schriften einzelner Ideologen, vorwiegend des bäuerlich-plebejischen Flügels, in der abebbenden oder bereits niedergeschlagenen Aufstandsbewegung von den zumeist utopischen Plänen und Ideen einer neuen, menschenwürdigen Gesellschaft künden.

Die edierten Texte wurden dem modernen Sprachgebrauch angepaßt, ohne der zeitgenössischen Grammatik und Ausdrucksweise des 16. Jahrhunderts Gewalt anzutun. Die einzelnen Dokumente wurden kurz erläutert, vor allem ihre Entstehung skizziert und in die revolutionäre Bewegung eingeordnet. Literaturangaben, die jedoch nicht immer die neuesten Untersuchungen und Werkausgaben enthalten, und sehr nützliche und begrüßenswerte Worterklärungen vervollständigen die Dokumentenauswahl.

Der Herausgeber hat seiner Dokumentensammlung eine ausführliche und einfühlsame Einleitung vorangesetzt, in der er den komplizierten ideologischen Entwicklungsprozessen nachspürt, ohne dabei die ökonomischen und sozialen Aspekte außer acht zu lassen. Es gelingt ihm gut, die Veränderungen des Bewußtseins der Bauern, den Einfluß der Reformation auf die bäuerlichen Programme, den Wandel der Positionen von Luther und Müntzer sichtbar zu machen und das "Zeitgemäße" der revolutionären Traditionen des deutschen Bauernkrieges bündig nachzuweisen. Zuweilen merkt man aber, daß Lenk Literaturwissenschaftler ist und mit agrar- und wirtschaftshistorischen Problemen weniger vertraut ist. Wenn er feststellt: "Die Bauern waren bar jeden Rechtsschutzes, jeder politischen Mitbestimmung, seit Jahrhunderten des Waffengebrauchs entwöhnt, in Unwissenheit und Knechtseligkeit gehalten, leib- und seeleigen ihren Herren und durch einen wirren Knäuel von Untertänigkeitsverhältnissen voneinander isoliert" (S. 12), dann ist er in seiner Aussage zu apodiktisch. Natürlich gab es nicht unbeträchtliche territoriale Unterschiede in der ökonomischen und sozialen Lage der Bau-

¹³ Zit. nach Steinmetz, Max, Das Müntzerbild von Martin Luther bis Friedrich Engels, Berlin 1971, S. 45. - Über die Bedeutung und Geschichte der "Histori Thome Muntzers" vgl. ebenda, S. 37 - 50.

ern. Natürlich gab es in Tirol, Salzburg, Berchtesgaden, Voralberg, Kempten, Toggenburg, in Württemberg, Schwaben, Baden und Vorderösterreich politische Repräsentationen und damit politische Aktivitäten der Bauern.¹⁴ Natürlich besaßen zum Beispiel die Bauern in Bayern noch im 15. Jahrhundert das Waffenrecht.¹⁵ Natürlich hatte die Auflösung der Leibeigenschaft im 12. und 13. Jahrhundert die gesellschaftliche Stellung der Bauern gehoben und eine unverkennbare Verbesserung ihrer Lebenslage mit sich gebracht¹⁶, die sich auf die feudalen Abhängigkeitsverhältnisse differenzierend auswirkte. Und hatte nicht Friedrich Engels auf die günstigere Lage der ostelbischen Bauern verwiesen? Sie blieben dadurch "von der gewaltigen Bewegung der süd- und westdeutschen Bauern im letzten Viertel des 15. und ersten des 16. Jahrhunderts fast unberührt".¹⁷ Es kann auch schwerlich von einem "Angriff auf das Gutsbesitzerland hinsichtlich der Nutzung von Wald, Wiese und Acker" (S. 32) die Rede sein, wenn der herrschende Adel sich die Nutzungsrechte von Ländereien angeeignet hatte, die juristisch nach wie vor den Bauern bzw. den Gemeinden gehörten. Auch die Motive der verschiedenen bäuerlichen Schichten, die Interessengegensätze zwischen Bauern und Landarmen bzw. Landlosen bei den Forderungen nach Zurückdrängung der feudalherrlichen Eingriffe in die Allmende mußten etwas stärker beachtet werden. Landlosen Bauern ging es um die Sicherung der einfachen Reproduktionsbedingungen, während sich begüterte und einflußreiche Bauern einen größeren Anteil am Mehrprodukt erhofften.¹⁸ Das alles waren Erscheinungen eines bäuerlichen Kampfes, der von Zwiespältigkeiten nicht frei war und recht komplizierte dialektische Zusammenhänge offenbarte.

Ungeachtet einiger Mängel besitzen wir mit dem wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Dokumentenband eine wichtige Ausgabe von Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernkrieges. Nicht nur Lenk gebührt Dank für seine Mühe, sondern auch dem Reclam-Verlag, der mit dieser sehr handlichen und äußerst billigen Taschenbuchausgabe die Möglichkeit geschaffen hat, die erregenden Vorgänge, Klassenkämpfe und gesellschaftlichen Widersprüche, die Dramatik einer revolutionären Bewegung im Zeitalter der frühbürgerlichen Revolution einem großen, mit der Materie weniger vertrauten Leserkreis nahezubringen. Mögen Schulen, bildungspolitische Einrichtungen, Studenten und historisch interessierte Leser dieses gute Büchlein recht eifrig benutzen!

Unter den anzuzeigenden Quelleneditionen ragen jedoch die "Flugschriften der Bauernkriegszeit" hervor, herausgegeben von Adolf Laube und Hans Werner Seifert, eine Frucht interdisziplinärer Zusammenarbeit von Historikern und Literaturhistorikern. Die Edition, "für wissenschaftliche Zwecke brauchbar, aber auch breiteren interessierten Kreisen zugänglich" (S. 13), umfaßt 47 Dokumente, davon vierzig Flugschriften, von denen acht erstmals seit dem 16. Jahrhundert wieder gedruckt wurden, und sieben Aktenstücke, zumeist bäuerliche Programmschriften, die nur in handschriftlicher Fassung verbreitet und überliefert wurden.

14 Vgl. Blickle, Peter, *Landschaften im Alten Reich. Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland*, München 1973.

15 Vgl. Franz, Günther, *Geschichte des deutschen Bauernstandes vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert*, 2. Aufl. Stuttgart 1976, S. 129 ff.

16 Vgl. Mottek, Hans, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*, Bd. 1, Berlin 1957, S. 141.

17 Engels, Friedrich, *Zur Geschichte des preußischen Bauern*, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd. 21, Berlin 1962, S. 239.

18 Vgl. dazu neuerdings Sabeau, David Warren, a. a. O.

Den Flugschriften liegen grundsätzlich Originaldrucke, und zwar nach Möglichkeit der Erstdruck, in Ausnahmefällen ein verbesserter oder erweiterter Nachdruck zugrunde. Insgesamt wurde eine repräsentative Auswahl geboten, wie sie in dieser Reichhaltigkeit bisher in keiner Ausgabe zu finden ist, wenngleich Vollständigkeit auch hier nicht erreicht werden konnte.

Die Flugschriften und Aktenstücke wurden in sechs Sachgruppen untergliedert, und zwar in:

1. Flugschriften und Dokumente der revolutionären Volksbewegung (1524 bis 1526), unterteilt in die gemäßigte und radikale Richtung,
2. Stellungnahmen zu sozialökonomischen Fragen und zu den Zwölf Artikeln der Bauernschaft,
3. Zur Haltung des bürgerlich-gemäßigten Lagers gegenüber der revolutionären Volksbewegung,
4. Zur Auseinandersetzung über Luthers Haltung im Bauernkrieg,
5. Zur Entstehung der Müntzer-Legende und
6. Der Nachhall des Bauernkrieges in der zeitgenössischen Flugschriftenliteratur.

Auswahl und Gliederung der Flugschriften - der Literaturzweig, der gerade unter den Bedingungen der deutschen frühbürgerlichen Revolution die größte Bedeutung erlangte - lassen die ideologische Auseinandersetzung der verschiedenen Klassenkräfte und Strömungen über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundfragen, wie sie der Bauernkrieg auf die unmittelbare Tagesordnung setzte, erkennen. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die Flugschriften antibürgerlichen und antirevolutionären Charakters überwiegen.¹⁹ Gewiß verhinderte die "strenge Zensur gegenüber den radikalen Kräften" (S. 12) die Verbreitung bäuerlicher insbesondere radikaler Programmschriften, aber eine Aufnahme verschiedener bäuerlicher Artikel, bäuerlicher Kriegsordnungen und vor allem von Aktenstücken aus dem Jahre 1524 hätte hier wohl Abhilfe schaffen können.

Die Texte wurden sorgsam ediert. Ihre Wiedergabe erfolgte grundsätzlich originalgetreu. Im Interesse einer einheitlichen Textgestaltung wurde eine "vorsichtige Normalisierung" der Orthographie vorgenommen (S. 14). Die Fußnoten bieten notwendige Worterklärungen, während sich Sacherläuterungen im Anhang befinden, dem auch ein dankenswertes Verzeichnis der Bibelstellen beigefügt ist. Im Vorwort und in den Einleitungen zu den einzelnen Sachgruppen werden Ursachen und Verlauf, Zusammenhänge von Reformation und Bauernkrieg, konträre Positionen der verschiedenen Lager im Bauernkrieg kurz und prägnant erläutert und die Bedeutung der Dokumente in der jeweiligen gesellschaftlichen Situation herausgearbeitet. Fachhistoriker haben zu den Sacherläuterungen und Literaturhinweisen einige kritische Einwände vorgebracht, auf einige terminologische Unebenheiten hingewiesen und verschiedene Wünsche (zum Beispiel nach einem Glossar und den Fundorten der Flugschriften) geäußert²⁰, die wohl ihre Berechtigung haben, aber der Akribie dieser Flugschriftensammlung keinen Abbruch tun. Die von Laube und Seiffert besorgte Ausgabe bildet nunmehr eine unentbehrliche Arbeitsgrundlage für alle jene Forscher, die sich mit der Bauernkriegsbewegung des 16. Jahrhunderts beschäftigen, sie ist ein unerläßliches Quellenfundament

¹⁹ Vgl. dazu die Rezension von Steinmetz, Max, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 8/1977, S. 977 ff.

²⁰ Ebenda; vgl. auch die Rezension von Mühlpfordt, Günter, in: Deutsche Literaturzeitung (im folgenden: DLZ), Nr. 1/1976, Sp. 47 ff.

für die Geschichte der frühbürgerlichen Revolution; es handelt sich um einen würdigen Beitrag der marxistischen Geschichtswissenschaft zum 450jährigen Bauernkriegsjubiläum, um eine Publikation, die den Tag überdauern wird. Diese Ausgabe erleichtert wesentlich die Arbeit, da die Historiker der Aufgabe enttoben sind, eine Vielzahl von Editionen und Bibliotheken zu bemühen.

Die Flugschriften sprechen von den Nöten, Sehnsüchten und Zielen der Bauern, sie vermitteln ein eindringliches Bild von der radikalen Gesellschaftskritik und von der Tragik des bäuerlichen Kampfes. Diesen Erscheinungen gilt auch die Aufmerksamkeit der Agrar- und Wirtschaftshistoriker. Sie sind gut beraten, wenn sie die Edition zum Anlaß nehmen, um die Flugschriften und Aktenstücke nach ihrem ökonomischen und sozialen Gehalt erneut zu befragen; denn die wirtschaftliche und soziale Lage jener Zeit, besonders der Landwirtschaft, ist bei weitem noch nicht ausreichend erforscht. Wichtige Fragen und Problemkreise bieten sich zum Beispiel bei den Zwölf Artikeln und den Stellungnahmen, wie sie in der zweiten Sachgruppe zusammengestellt wurden, an: Zunahme und Veränderung der Leibeigenschaft, damit im Zusammenhang stehende Belastungen der bäuerlichen Wirtschaften, Verhältnis von Grundherren und Bauern, Entwicklung und Behinderung frühkapitalistischer Elemente in der Landwirtschaft, bäuerliche Marktproduktion, Einkommen und Einkommensverluste, Beziehungen von Stadt und Land, bäuerliche Landflucht und ihre Bekämpfung durch grundherrliche Maßnahmen, Strukturveränderungen der bäuerlichen Gesellschaft, Interessengegensätze von Bauern und Landarmen - Fragen also, die die Krise der Agrarverfassung und des Feudalismus stärkstens berühren. Aber auch Probleme der gewerblichen Wirtschaft stehen zur Debatte. Lohnarbeit, Zins, Wucherkapital und Forderungen nach Bekämpfung frühkapitalistischer Monopole und andere wichtige Fragen spielen in den Flugschriften eine große Rolle. Ihre genaue Beantwortung, die genaue Analyse jener Erscheinungen, verknüpft mit quantitativen Methoden und unter Nutzbarmachung neuerer regionalhistorischer Ergebnisse würde der Erforschung der frühbürgerlichen Revolution ein solides sozialökonomisches Fundament verschaffen und das Bild von der sich ankündenden neuen Zeitenwende wesentlich vertiefen.

Viele der in den Quellenausgaben gedruckten Flugschriften und Aktenstücke bildeten eine wichtige Grundlage für die Untersuchung und die Darstellungen des Bauernkrieges und der frühbürgerlichen Revolution. Zu diesen zählt "Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk" von Günter Vogler. Große Anerkennung gebührt dieser knapp gefaßten, mit einigen Illustrationen versehenen schmalen Monographie, weil hier einer der bekanntesten Fachleute der Bauernkriegsforschung der DDR so klar und für jedermann verständlich schreibt und ein schönes Beispiel liefert, wie wissenschaftliche Erkenntnisse in eine populäre Darstellung umgesetzt werden können. Nicht nur für den wenig vorgebildeten Leser, sondern auch für den Historiker gewährt Voglers kleines Buch eine schnelle Orientierung über die Geschichte des deutschen Bauernkrieges.

Das Bild von der Kultur und Lebensweise der Bauern zur Zeit des Bauernkrieges aufzuhellen war Anliegen der Volkskundler. In vierzehn Studien, zusammengefaßt unter dem Titel "Der arm man 1525", werden nützliche Anregungen für die Analyse bäuerlicher und feudaler Klassenstrukturen, Verhaltensweisen und des Bewußtseins der ausgebeuteten und handelnden Klasse der Bauern geboten und interessante Belege zur Geschichte der materiellen Kultur und des kulturellen Fortschritts beigebracht. Der Bogen der Studien spannt sich von der Reichskleiderordnung als Instrument zur Stabilisierung der feudalen Ständeordnung, der kulturellen Entwicklung im Montanwesen, der nationalen Elemente in der deut-

schen Kultur über Entwicklungstendenzen in der deutschen Sprache bis zu Arbeiten über Bauernhäuser, Lieder und Sagen sowie Trommeln, Pfeifen und Glocken im Bauernkrieg. Es wird aus dem Alltag des bäuerlichen Lebens berichtet, ein bei den Historikern noch allzu stiefmütterlich behandelter Aspekt. Schon aus diesem Grunde muß man den Volkskundlern dankbar sein, daß sie das Bild von der Bauernkriegszeit aus ihrer Sicht bereichert haben. Diese Studien ließen sich gewiß noch ergänzen, etwa über die Fahnen der Bauern, auch über ihre Nahrungsgewohnheiten usw.

Zwei der Studien bedürfen der besonderen Erwähnung, da sie agrar- und wirtschaftshistorischer Natur sind. Ulrich Bentzien befaßte sich mit "Arbeit und Arbeitsgerät der Bauern" und hat wichtige Aussagen zum Entwicklungsstand der agraren Produktivkräfte um 1525 zu machen. Mit aller gebotenen Vorsicht, aber zuverlässig berichtet er über die damals herrschenden Feldsysteme, über Bodenbearbeitungs- und Erntegeräte, angebaute Früchte, Viehhaltung und anderes mehr. Er unterrichtet über die Fundstellen und Belege und behandelt sachkundig die Frage des bäuerlichen Produktionsniveaus und die Beziehungen der Landwirtschaft zur handwerklich-gewerblichen Produktionssphäre. Bentzien hat meines Wissens damit überhaupt als erster das Wissen um die bäuerlichen Produktivkräfte jener Zeit zusammengefaßt und den erreichten Erkenntnisstand ganz deutlich in unser Bewußtsein gebracht. Reizvoll sind ferner seine Ausführungen über die "bäuerliche Heraldik", über bäuerliche Arbeitsgeräte als Symbole auf Gemeindesiegeln, Bildstöcken, Fahnen, Grabstöcken und Wappen. Pflugschare, Sech und Hufeisen als Symbole bäuerlicher Arbeit hatten, wie Bentzien es am Beispiel des erzbischöflichen Wappens in Erfurt demonstriert, "öffentlich von bäuerlichem Klassenbewußtsein gekündet" (S. 47). Mit dieser aufschlußreichen und gut dokumentierten Studie leistet Bentzien zweifellos eine wichtige Vorarbeit für eine Geschichte der Produktivkräfte im Feudalismus und für eine noch zu schreibende marxistische Gesamtdarstellung der deutschen Landwirtschaft.

"Der Kampf der Bauern um Triftgerechtigkeiten in Thüringen und Sachsen um 1525" ist das Thema, mit dem sich Rudolf Quietzsch auseinandersetzt. Seine Untersuchung gewinnt für die Geschichte des Frühkapitalismus und für die ökonomischen Ursachen des Bauernkrieges an Bedeutung, da er detailliert nachweisen kann, daß steigende Wollproduktion die Einkommenslage der feudalen Grundherren verbesserte (S. 66). Die Grundlage dafür waren die angemaßte Nutzung der bäuerlichen Ländereien und die mit Frondiensten betriebene Schafhaltung, aber auch frühkapitalistische Formen des Schäferetriebs (Pachtschäferereien). Die Beeinträchtigung der bäuerlichen Nutzungsrechte und die stärkere Rentenleistung der Bauern reflektierten sich in den zahlreichen lokalen bäuerlichen Beschwerdeschriften, die nachweisbar von den Zwölf Artikeln der oberschwäbischen Bauernschaft beeinflusst waren. Wenn man künftig die soziale Spannungen erzeugenden Veränderungen der Marktverhältnisse zu Beginn des 16. Jahrhunderts analysieren will, so findet man in der Studie von Quietzsch wertvolle und weiterführende Ansätze.

"Der deutsche Bauernkrieg 1924/25. Geschichte - Traditionen - Lehren" war das Motto einer wissenschaftlichen Konferenz in Erfurt im Jahre 1974, die den ersten größeren Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen zum Gedenken an den Bauernkrieg bildete. Das Motto ist nun auch der Titel des stattlichen Protokollbandes, den Gerhard Brendler und Adolf Laube sorgsam betreut haben. Er umfaßt 41 auf der Tagung gehaltene bzw. einige zusätzlich aufgenommene Beiträge. Sie "untersuchen den Bauernkrieg als Höhepunkt der frühbürgerlichen Revolution, zeigen seine Funktion beim beginnenden Übergang vom Feudalismus zum

Kapitalismus und stellen die mit ihm verbundenen revolutionären Traditionen und Lehren dar. In vergleichender weltgeschichtlicher Sicht lenken sie die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Agrarfrage und bäuerlicher Erhebungen im bürgerlichen Revolutionszyklus, insbesondere aber auf die Rolle der Bauern als Bundesgenosse der Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution" (S. 9). Die für den Druck überarbeiteten und teilweise ergänzten Vorträge sind mit Literatur- und Quellenangaben versehen worden, so daß sie zur weiteren Forschung anregen. Da über die Erfurter Konferenz ein ausführlicher und problemreicher Tagungsbericht im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte veröffentlicht worden ist²¹, erübrigt sich eine Erörterung dieses Protokollbandes, denn die im Tagungsbericht getroffenen Urteile behalten auch hierfür ihre Gültigkeit. Der Protokollband legt Zeugnis ab von den bedeutsamen Fortschritten der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR in der Erforschung des Bauernkrieges, er enthält vielfältige Frage- und Problemstellungen, und es werden darin Forschungsdesiderata, besonders in den Beiträgen von Steinmetz, Čistožvonov und Laube, ausgesprochen, die notwenigerweise auch die Agrar- und Wirtschaftsgeschichte angehen.

Fünfundzwanzig Beiträge füllen die mehr als sechshundert Seiten des von der Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock redigierten Studienbandes "Der Bauer im Klassenkampf". Zwei Drittel davon behandeln Bauernkriegsthemen, die übrigen Beiträge untersuchen die Bauernbewegungen und Klassenkämpfe bis zur Französischen Revolution.²² Manche der hier berücksichtigten Problemstellungen begegnen uns auch in den anderen angezeigten Publikationen, sie wurden jedoch gemäß dem Klassenkampfthema modifiziert, dementsprechend vertieft und dargestellt.

Was zeichnet den Band aus? Informatives Sachwissen über die ökonomischen, sozialen und politischen Ursachen der frühbürgerlichen Revolution, ihren Verlauf, dargestellt an ausgewählten Beispielen, über militärpolitische Probleme, revolutionäre Aktionen in Kunst und Literatur sowie über die Bauernbewegungen im Spätféudalismus. Aus der Mitwirkung der verschiedenen Disziplinen - Geschichte, Agrar-, Militär-, Literatur- und Kunstgeschichte sowie Volkskunde - resultiert eine Vielfalt von Problemen, die zu neuen Sichten und Einsichten beiträgt. Der Band bietet einen Einblick in den Forschungsstand in der DDR und ermöglicht vergleichende Betrachtungen, da Historiker aus der Sowjetunion (Čistožvonov und Marovdin), der ČSSR (Petráň und Ratkos), aus Ungarn (Székely), Jugoslawien (Karaman) und Polen (Leszczyński) die Bauernbewegungen in den genannten und anderen europäischen Ländern nach ihrem neuesten Forschungsstand interpretieren. Unter den informativen Beiträgen möchte man auch unbedingt die von Helmut Lötze/Reinhard Kluge und Ingrid Volz/Hans-Stephan Brather erwähnen, weil sie den Forschenden dankenswerte Hilfe gewähren. Erstere berichten über Archivalien zu Bauernkrieg und Bauernbewegungen vom 16. Jahrhundert bis 1789, die sich in den Staatsarchiven der DDR befinden; in begrenztem Maße wurden auch Stadtarchive und über das Territorium der DDR hinausreichende Bestände berücksichtigt. Letztere haben eine 331 Nummern umfassende Auswahlbibliographie der in den sozialistischen Ländern veröffentlichten Forschungen zur Lage, zur Struktur und zum Kampf der Bauern (1470 bis 1648) zusammengestellt.

21 Vgl. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 4, S. 189 - 200.

22 Vgl. dazu die Rezensionen von Mühlpfordt, Günter, in: DLZ, Nr. 3/1976, Sp. 248 ff.; Nr. 4/1976, Sp. 340 ff., und von Schildhauer, Johannes, in: ZfG, Nr. 8/1976, S. 945 ff.

Was macht den Band wichtig? Es werden theoretische Grundfragen aufgeworfen, Verallgemeinerungen versucht bzw. wichtige Ansätze für künftige Verallgemeinerungen geliefert. Man ist um Bestimmung des Charakters des Bauernkrieges bemüht (Steinmetz), wobei die revolutionären Ereignisse in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und in den welthistorischen Prozeß eingeordnet werden. Gegenüber früheren Bauernbewegungen findet der deutsche Bauernkrieg seine Besonderheit in der Verbindung des bäuerlichen Klassenkampfes mit einer reformatorischen Bewegung, die nationale Dimension erlangte (S. 32), zugleich mündet der deutsche Bauernkrieg trotz seiner Niederlage in den europäischen Revolutionszyklus, der in der Französischen Revolution von 1789 gipfelt (S. 43). Es werden die Systemfaktoren der frühbürgerlichen Revolution ermittelt und der Zusammenhang von Agrarstruktur und Klassenkampf herausgearbeitet, das Verhältnis von Führung und Massen, von Bürgertum und Bauern, also bündnispolitische Probleme für Erfolg und Mißerfolg des Klassenkampfes analysiert, etwa in den Beiträgen von Czok "Der Widerhall des deutschen Bauernkrieges in Leipzig 1524/1525" und Laube "Zum Problem des Bündnisses von Bergarbeitern und Bauern im deutschen Bauernkrieg". Es werden Korrekturen an bisherigen bürgerlichen Einschätzungen des Bauernkrieges, so in den Beiträgen von Vogler und Günther über Nürnberg und Mühlhausen, vorgenommen, Ursachen und Herausbildung der "zweiten Leibeigenschaft" berücksichtigt und ihre Auswirkung auf Intensität, Form und Verteilung der regionalen Klassenkämpfe zwischen frühbürgerlicher Revolution und Dreißigjährigem Krieg (Schultz) untersucht. Schließlich kommt die Wichtigkeit des Studienbandes darin zum Ausdruck, daß gleich mehrere Autoren, wie Čistozvonov, Leszczyński, Petráň und Heitz, der Typologie der Bauernbewegungen und des bäuerlichen Klassenkampfes größte Aufmerksamkeit schenken. Typologie setzt Abgrenzung der Begriffe und Typen voraus, die ohne komparatives Studium nicht gewonnen werden können (vgl. S. 449 ff.). Ausarbeitung und Anwendung einer Typologie der Bauernbewegungen hieß, wie Heitz feststellt, eine "gemeinsame Terminologie" (S. 524) auszuarbeiten, was insbesondere für die Erforschung der vielfältigen "niederen" und "höheren" Klassenkampfformen dringlich erscheint. Eine "vergleichend-historische Typisierung der Bauernbewegungen" (S. 17) hat Čistozvonov unter Anwendung der von ihm entwickelten stadial-regionalen Methode²³ in seinem Aufsatz "Die Genesis des Kapitalismus und ihre Widerspiegelung in den Regionaltypen der Bauernbewegungen in Europa im XVI. bis XVIII. Jahrhundert (Problemstellung)" versucht, ein Aufsatz übrigens, mit dem sich produktiv auseinanderzusetzen lohnt.

"Der Bauer im Klassenkampf" wie auch der "Protokollband" bereichern unsere Quellenkenntnis, sind voller theoretischer Probleme und methodologischer Anregungen. Beide Publikationen sind notwendige Ergänzungen der von Laube, Steinmetz und Vogler (Leitung) verfaßten "Illustrierten Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution".

²³ Vgl. dazu Čistozvonov, A. N., Über die stadial-regionale Methode bei der vergleichenden historischen Erforschung der bürgerlichen Revolutionen des 16. bis 18. Jahrhunderts in Europa, in: ZfG, Nr. 1/1973, S. 31 - 48; derselbe, Über die Arbeit der Sektion "Genesis des Kapitalismus" des wissenschaftlichen Komplexrates "Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung der Gesellschaft und des Übergangs von einer sozialökonomischen Formation zu einer anderen" in Moskau, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 3, S. 225 - 239.

Der großformatigen "Illustrierten Geschichte" darf man gewiß das Prädikat zubilligen, die repräsentativste Veröffentlichung der DDR zum Bauernkriegsjubiläum zu sein. Sie ist prachtvoll ausgestattet. Die Abbildungen sind beeindruckend. Über 700 Bilder, Faksimiles von zeitgenössischen Hand- und Flugschriften, Buchdrucken und Titelblättern, Reproduktionen von Holzschnitten, Kupferstichen und Gemälden, Fotos von Münzen, Baudenkmalern, Gedenkstätten und jüngsten Ereignissen, sind - klar und sauber wiedergegeben - eine wahre Freude für das Auge, eine einzigartige Kodifikation der Illustrationen zum Thema Bauernkrieg. Kein Wunder daher, daß die "Illustrierte Geschichte" 1975 als "schönstes Buch der DDR" ausgezeichnet wurde, ja man wäre erstaunt gewesen, wenn sie diese Auszeichnung nicht erhalten hätte. Ob indes der dreispaltige Satzspiegel die Leser anspricht, mag dahingestellt bleiben. Mancher wird ihn originell finden und als Abwechslung in der üblichen Druckgestaltung betrachten, er mag sich als besonders geeignet erweisen für eine Komposition von Bild und Text. Aber wer dieses Buch nicht nur des Anschauens wegen besitzt, sondern damit auch arbeiten möchte, wer der Gewohnheit huldigt, Anmerkungen anzubringen, der wird diesen Satzspiegel nicht vorteilhaft finden, zudem beeinträchtigt er die Überschaubarkeit.

Der Aufmachung des Buches entspricht die Darstellung.²⁴ Das Buch ist im Stil der modernen Weltliteratur geschrieben: anschaulich und präzise, wissenschaftlich-exakt und populär. Der historisch interessierte Laie wird damit ebenso angesprochen wie der berufsmäßige Historiker.

Mit diesem Buch liegt nun die erste marxistische Gesamtdarstellung der deutschen frühbürgerlichen Revolution vor, eine Darstellung von imponierender Geschlossenheit. Laube, Steinmetz und Vogler haben sich in diese Aufgabe geteilt, wobei sie auch auf Ausarbeitungen und unveröffentlichte Manuskripte anderer DDR-Historiker zurückgreifen konnten. Und wer ein wenig die Forschungsgeschichte der "frühbürgerlichen Revolution" verfolgt hat, der bekommt beim Lesen des Buches auch eine Ahnung von dem wissenschaftlichen Ringen der drei Verfasser und anderer Historiker um die Bestimmung und Deutung der "frühbürgerlichen Revolution", so daß die "Illustrierte Geschichte" sich durch ein, wie Steinmetz an anderer Stelle ausführte, "neues, höheres Niveau gegenüber den ersten Konzeptionen" auszeichnet.²⁵

Neues und höheres Niveau heißt zum Beispiel komplexe Betrachtungsweise, das Einfangen der ökonomischen, sozialen, politischen, theologischen, militärischen und kulturellen Prozesse und ihre Verwebung, das heißt Einbettung der "frühbürgerlichen Revolution" in die historischen Gesamtprozesse, zu der die Vor- und Nachgeschichte der frühbürgerlichen Revolution ebenso gehört wie die ständige Korrespondenz mit der welthistorischen Entwicklung, das heißt Darstellung und Wertung.

²⁴ Vgl. dazu die Rezensionen von Hoyer, Siegfried, in: ZfG, Nr. 12/1975, S. 1461 ff.; Mühlpfordt, Günter, in: DLZ, Nr. 7/1975, Sp. 586 ff.

²⁵ Steinmetz, Max, Der geschichtliche Platz des deutschen Bauernkrieges, in: ZfG, Nr. 3/1975, S. 255; zu den frühen Konzeptionen vgl. Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland. Referat und Diskussion zum Thema Probleme der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland 1476 - 1535, Berlin 1961; siehe auch Steinmetz, Max, Forschungen zur Geschichte der Reformation und des deutschen Bauernkrieges, in: ZfG, Sondernr. 1970: Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970.

Der erste Teil, betitelt: "Das Heranreifen der deutschen frühbürgerlichen Revolution", wurde von Adolf Laube bestritten (S. 7 - 105), Wirtschaft, Staat und Kirche, Klassenkämpfe und deren "Zuspitzung zur gesamtgesellschaftlichen Krise am Vorabend der Revolution" (S. 87) bilden die zentralen Abschnitte. Laube berichtet von dem entstehenden Handels- und Manufakturkapitalismus, seiner Wechselwirkung mit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, von den sich herausbildenden kapitalistischen Produktionsformen im Bergbau und Hüttenwesen²⁶, im Textilgewerbe, Schiffbau und Buchdruck, von Kapitalgesellschaften und Monopolen, von den feudalen Hemmnissen und sozialen Widersprüchen in der Stadt. Wir erfahren von der Entwicklung und Bedeutung der Wissenschaft, der Ausbreitung des Humanismus, von den Gesellschaftskritiken, von den Gegensätzen zwischen Landesherren und Städten, von den Gegensätzen in Staat und Kirche. Wir empfinden die in der Gesellschaft vor sich gehenden Veränderungen mit, wir erleben geradezu, wie es in der Gesellschaft gärt, wir begreifen, daß die Gesellschaft veränderungsbedürftig war - alles ist wohl begründet und überzeugend dargestellt.

Viel zuwenig hat Laube zur Landwirtschaft zu sagen: eine knappe Seite zur Entwicklung der Agrarproduktion und nicht ganz zwei Seiten zur Entwicklung der feudalen Produktionsverhältnisse auf dem Lande. Man bedenke: Die Landwirtschaft ist der beherrschende Wirtschaftszweig, fast 90 Prozent der Bevölkerung lebt auf dem Lande und von der Landwirtschaft - und man widmet nur drei Seiten dem agrarischen Bereich. Man bedenke: Das Buch ist ein Beitrag zum Bauernkriegsjubiläum - und man eilt über die soziale und wirtschaftliche Lage des Bauern ziemlich schnell hinweg. So wichtig es ist, die Ursprünge der neuen Entwicklungen zu untersuchen, das Eindringen des Kapitals in die Produktion mit all seinen sozialen Folgen bloßzulegen, die aus dem Kapitalismus der Manufakturen resultierenden Gesetzmäßigkeiten aufzudecken, die Krise des Feudalismus auszu-leuchten, um das Wesen des Frühkapitalismus, die neue Zeitenwende, um das Heranreifen der frühbürgerlichen Revolution sichtbar zu machen, so sind fünf (einschließlich Bilder) von hundert Druckseiten für die Darstellung der landwirtschaftlichen Verhältnisse entschieden zuwenig. Das steht in keinem proportionalen Verhältnis. Wichtige Fragen der Landwirtschaft und der Bauern wurden kaum berührt, so die Differenzierung der Bauernschaft und eine mögliche bäuerliche Kapitalbildung; die unterschiedliche Belastung der Bauern, die unterschiedliche Verhaltensweisen gegen die Feudalgewalten auslösten; demographische Verhältnisse wurden kaum angedeutet. Mußte nicht eine wachsende Bevölkerung um eine kaum ausdehbare Kulturfläche kämpfen? Vergrößerte sich nicht in erheblichem Maße die Zahl der Landarmen und Landlosen, die sogenannte "unterbäuerliche Schicht", die gebietsweise bis zur Hälfte der dörflichen Bevölkerung ausmachte? War diese soziale Schicht, die sich zu einem ernsthaften gesellschaftlichen Faktor entwickelte, nicht das große Reservoir für die Landknechtshaufen, eine Erscheinung, der auch soziale und gesellschaftliche Tragik innewohnte? Das sind

²⁶ Laube konnte sich hier auf eigene eindrucksvolle Forschungen über den Bergbau stützen, dessen quantitativer Produktionsumfang doch weit größer war als bisher angenommen. Er war das "letzte treibende Moment" für Deutschlands ökonomische Spitzenstellung und für die frühbürgerliche Revolution. Vgl. Laube, Adolf, Studien über den erzgebirgischen Silberbergbau von 1470 bis 1546. Seine Geschichte, seine Produktionsverhältnisse, seine Bedeutung für die gesellschaftlichen Veränderungen und Klassenkämpfe in Sachsen am Beginn der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus, Berlin 1974.

nur einige wenige Fragen, für deren Beantwortung einige aussagekräftige Ergebnisse doch schon seit längerer Zeit vorliegen.

Der Hauptteil des Buches, "Reformation und Bauernkrieg" (S. 107 - 303), wurde von Max Steinmetz, dem verdienstvollen Forscher der genannten Thematik, verfaßt. Er zeichnet die antirömische Bewegung vom Thesenanschlag Luthers bis zum Wormser Reichstag und von da bis zum Bauernkrieg nach, wobei dem Bauernkrieg als Höhepunkt der frühbürgerlichen Revolution angemessener Platz (etwa ein Viertel des Textes) eingeräumt wird. Der Übergang der Reformation in die volksreformatorische Bewegung, also die Hinüberwendung der reformatorischen Theologie zur politischen Theologie, das Zusammenfließen von städtischer Reformationsbewegung und Bauernerhebungen wird ebenso berücksichtigt wie die Parteinahme der Künstler für die fortschrittlichen Kräfte und die Wirkung der "Bildpropaganda" (S. 164). Die zahllosen bäuerlichen Artikel, in denen sich die Ziele der Bauern reflektierten, werden gewürdigt, die Bedeutung der Zwölf Artikel, gewissermaßen das bäuerliche Manifest der Revolution, das Göttliche Recht, die soziale Ausdeutung der Bibel kommen gebührend zur Sprache. Die Bedeutung und Stellung Thomas Müntzers wird herausgearbeitet, die bäuerlichen Organisationsformen, die historische Leistung der Bauern werden mit aller notwendigen Objektivität, aber auch mit Wärme und leidenschaftlicher Parteilichkeit analysiert, und schließlich werden die Ursachen der Niederlage der Bauern beschrieben, mit der die frühbürgerliche Revolution entgegen früheren Auffassungen zu Ende geht.²⁷

Auf den letzten hundert Seiten gibt Günter Vogler einen gedrängten, doch stets aufschlußreichen Überblick über die Folgen und die Wirkung der deutschen frühbürgerlichen Revolution. Der Gegensatz von Fürstenmacht und Volksbewegung, die Bedeutung des Täuferreichs in Münster, die Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen der sich festigenden territorialen Fürstengewalt, die Eroberung Münsters und die Entwicklung bis zum Augsburger Religionsfrieden sind die Signaturen dieses Zeitabschnittes, dessen Darstellung abschließend den revolutionären Traditionen des deutschen Bauernkrieges bis in die unmittelbare Gegenwart nachgeht.

In der "Illustrierten Geschichte" erscheinen "Reformation und Bauernkrieg" stets als "frühbürgerliche Revolution", eine Begriffs- und Wesensbestimmung, die von der bürgerlichen Geschichtswissenschaft in der BRD im allgemeinen abgelehnt²⁸ oder in Frage gestellt wird und auch manchem DDR-Historiker noch als umstritten gilt. Doch Laube, Steinmetz und Vogler überzeugen mit ihrer Darstellung, mit ihrer Analyse und Synthese, daß Reformation und Bauernkrieg eine untrennbare Einheit, zwei Erscheinungsformen eines Entwicklungsprozesses, der "frühbürgerlichen Revolution", bilden. Jedoch wird der Begriff "frühbürgerliche Revolution" in der "Illustrierten Geschichte" nicht genauer definiert, so daß man die Aufsätze der drei genannten Autoren in den in dieser Besprechung vorgeführten Sammelbänden zu Rate ziehen muß, in denen sie den Inhalt der "frühbürgerlichen Revolution" ausführlicher begründen und erläutern, wie es sich auch empfiehlt, die gute literaturkritische Studie von Mühlpfordt zu konsultieren.²⁹ Darin wird festgestellt, daß im deutschen Bauernkrieg den bürgerlichen Kräften die Führung zukam, daß die Ideologen und Programmierer, Agita-

27 Vgl. Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland, a. a. O.

28 Vgl. dazu z. B. die Rezension von Franz, Günther, in: Das Historisch-Politische Buch, Nr. 1/1976, S. 1 ff.

29 Vgl. die Rezension von Mühlpfordt, Günther, in: DLZ, Nr. 7/1975, Sp. 586 ff.

toren und Anführer aus dem Bildungsbürgertum hervorgingen oder kleinbürgerlicher Abkunft waren, auch wenn die Bauern die Hauptkraft in dieser großen Klassen- und Entscheidungsschlacht gegen den Feudalismus darstellten. Zudem erfüllten Reformation und Bauernkrieg eine wirkungsgeschichtliche Funktion beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, sie verkörperten den Beginn der Neuzeit, sie eröffneten trotz der folgenreichen Niederlage des Bauernkrieges das Zeitalter der bürgerlichen Revolution, was Vogler in seinem Teil an der europäischen Wirkung der Reformation, an dem Wandel in Kunst und Literatur und in der Wissenschaft, an den widerstreitenden Interessen in der Kirche und an den antifeudalen Kämpfen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gut herauszuarbeiten weiß, wengleich er, wie Hoyer anmerkte³⁰, die europäische Wirkung der Gegenreformation vernachlässigt.

Diese Gemeinschaftsarbeit besitzt den großen Vorzug, daß in ihr die dialektische Wechselwirkung von Reformation und Bauernkrieg, die "frühbürgerliche Revolution" trotz aller kaleidoskopischen Buntheit der Kontraste, in denen sich die widersprechendsten Tendenzen durchkreuzten, klare Umrisse gewonnen hat.

Dennoch bleibt nach dem Lesen der "Illustrierten Geschichte" eine Frage. Es war Steinmetz, der 1973 in freimütiger Offenheit erklärte, daß die Geschichtswissenschaft der DDR noch "nicht dazu gekommen (sei), das umfassend nachzuweisen, was wir behauptet haben", so daß die Veröffentlichungen über die "frühbürgerliche Revolution", über die Reformation und den Bauernkrieg als einheitlichen revolutionären Prozeß "im Grunde Thesenwerke" seien.³¹ Hat die "Illustrierte Geschichte" nun diese Thesen umfassend bewiesen? Ist sie "der quellenmäßige Nachweis und die Auseinandersetzung mit der riesenhaft angeschwollenen Literatur", wie es Steinmetz in dem von ihm verfaßten dritten Teil des "Lehrbuches der deutschen Geschichte" in Aussicht stellte?³² Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß die "Illustrierte Geschichte" auf viele Thesen begründete Antworten geliefert hat. Die Autoren konnten sich auf neu erschlossene oder veröffentlichte Quellen stützen. Sie sind bei der Erforschung der sozialökonomischen Voraussetzungen der frühbürgerlichen Revolution, der Zielsetzung der verschiedenen Klassenkräfte, der Wechselwirkung zwischen Reformation und Bauernkrieg, der Klassenkämpfe, des revolutionären Charakters der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein beachtliches Stück vorangekommen, ebenso wurden wichtige methodologische und Periodisierungsfragen weitgehend geklärt. Es wurden quellenfundierte Aussagen gewonnen und früher aufgestellte Thesen eindrucksvoll bewiesen. Doch manches bleibt noch hypothetisch und entbehrt des empirischen Belegs. Aber niemand anderes als die Autoren selbst und die für diesen Epochenabschnitt zuständigen Historiker bekennen, daß trotz der Fortschritte der forschungsmäßige Nachweis der zur Diskussion gestellten Thesen weiter vertieft werden muß. Dazu gehören Fragen der Widerspiegelung der wirtschaftlichen Veränderungen in den verschiedenen sozialen Schichten, bündnispolitische Beziehungen, Entwicklungsprobleme des Territorialstaates, die Auswirkungen der Leibeigenschaft auf die verschiedenen bäuerlichen Gruppen sowie ideologische, politische und soziale Zusammenhänge zwischen Reformation und Bauern-

³⁰ Vgl. Hoyer, Siegfried, a. a. O., S. 1463.

³¹ Steinmetz, Max, Reformation und Bauernkrieg - Höhepunkte der Geschichte des deutschen Volkes, in: Sächsische Heimatblätter, 19. Jg. 1973, S. 100.

³² Derselbe, Deutschland von 1476 bis 1648. Von der frühbürgerlichen Revolution bis zum Westfälischen Frieden, Berlin 1967, S. 6 = Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Bd. 3.

krieg. Liegt darin aber nicht auch ein Verdienst der marxistischen Geschichtswissenschaft, daß sie eigene Schwächen und ungelöste Probleme erkennt, daß sie künftige Forschungsaufgaben umreißt, die für die Beantwortung von Grundfragen der Geschichte, wie sie die frühbürgerliche Revolution aufwarf, unerlässlich sind? 33

Eindrucksvoll ist die Forschungsbilanz, die die Geschichtswissenschaft der DDR zum 450jährigen Bauernkriegsjubiläum vorlegen kann. Ihre Thesen und Ergebnisse über die deutsche frühbürgerliche Revolution, über Reformation und Bauernkrieg, über die Bauernbewegungen und Klassenkämpfe fanden auch Aufmerksamkeit bei den Historikern der Bundesrepublik Deutschlands, fanden Zustimmung, soweit es sich mit deren Auffassungen vereinbaren ließ, riefen jedoch in weit größerem Maße Widerspruch hervor, da sie an historiographischen Grundfragen der bürgerlichen Geschichtswissenschaft rüttelten, und regten zu intensiven Auseinandersetzungen zwischen der bürgerlichen und der marxistischen Geschichtswissenschaft an. Es waren vor allem Historiker der jüngeren und mittleren Generation, die "dank den Thesen und Studien von DDR-Historikern", wie Hans-Ulrich Wehler im Vorwort des von ihm herausgegebenen Sammelbandes "Der deutsche Bauernkrieg 1524 - 1526" schrieb, die Diskussion über das bisher stiefmütterlich behandelte Fundamentalereignis vor 450 Jahren "intensiver in Gang" brachten. Es waren Historiker, die sich seit den sechziger Jahren mit Entschiedenheit, nüchtern und kritisch gegen den sterilen und vor dem Hintergrund einer unheilvollen Vergangenheit auch diskreditierten idealistischen Historismus wandten, die eine strukturalistische, soziologisch-historisch-logisch begründete Betrachtungsweise, realistische Fragestellungen, ökonomisch-politische Wirkungszusammenhänge berücksichtigende moderne Sozialgeschichte verlangten und sich damit geeigneter Instrumentarien für eine "wirkungsvollere" Auseinandersetzung mit der marxistischen Geschichtswissenschaft schufen.

Unverkennbarer Ausdruck dieser Tendenzen ist der eben genannte, von Wehler herausgegebene Sammelband. Er enthält eine Reihe interessanter und anregender Beiträge, in denen die Ereignisse und Erscheinungen des Bauernkrieges sozialgeschichtlich interpretiert werden. Heide Wunder, John C. Stalnaker, Rudolf Endres, Rainer Postel und Winfried Schulze zum Beispiel werfen darin Fragen auf, die auch für die marxistischen Historiker von Bedeutung sind, und es werden Teilergebnisse geboten, die für die weitere Forschung zu beachten sind. Sie setzen sich dabei auch mit den Auffassungen von Günther Franz auseinander, der den Bauernkrieg bekanntlich weitgehend als politische Bewegung charakterisierte und die wirtschaftlichen Ursachen nahezu in den Hintergrund drängte. John C. Stalnaker faßt dies unter Berufung auf den englischen marxistischen Wirtschaftshistoriker E. P. Thompson in die Worte, "daß konservative Historiker, die sich mit Aufständen beschäftigen, uns Rebellen vorführen, die keine Ideen haben, sondern nur einen leeren Magen, der sie ganz automatisch zu politischer Gewaltanwendung treibt. Die Franz-Schule präsentiert uns das Gegenteil: Rebellen mit Ideen, aber ohne materielle Bedürfnisse, mit vollen Köpfen, aber ganz ohne Magen" (S. 46). Die Thesen, die Stalnaker über die Entwicklung des Marktes, seine Auswirkung auf die bäuerliche Struktur, die Bildung kapitalistischer Elemente im

33 Probleme der Feudalismusforschung in der DDR (1970 - 1975), in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 1, Berlin 1977, S. 11 - 64, besonders S. 42 ff.

Dorf und daraus resultierende Spannungen zwischen wohlhabenden und armen Bauern entwickelt, berühren einen außerordentlich wichtigen Ursachenkomplex des Bauernkrieges und bedürfen noch einer eingehenderen Erforschung. Ebenso bietet Heide Wunder wichtige Ansatzpunkte für eine Analyse des Einflusses der Marktbeziehungen auf die bäuerliche Differenzierung am Beispiel des Samländischen Bauernaufstandes 1525 (S. 9 ff.). Den Sammelband beschließt ein umfassender Literaturbericht von Franklin Kopitzsch und Rainer Wohlfeil über neuere Veröffentlichungen zum Bauernkrieg in der BRD und in der DDR. Die beiden Verfasser werten kritisch die bürgerlichen und marxistischen Forschungsergebnisse, fixieren ihren Standpunkt, wobei sie ihre kritischen Vorbehalte gegenüber den marxistischen Auffassungen zwar entschieden, jedoch mit aller Sachlichkeit anmelden. Für die historiographische Standortbestimmung einer sozialgeschichtlich orientierten Bauernkriegsforschung in der BRD gibt dieser Literaturbericht eine gute Grundlage ab.

Rainer Wohlfeil, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte in Hamburg, hatte schon 1972 begonnen, sich mit den Ergebnissen der marxistischen Forschung zu beschäftigen, als er eine Textsammlung unter dem Titel "Reformation oder frühbürgerliche Revolution?" herausgab. Die von Wohlfeil geschriebene Einleitung ist zugleich auch eine Kampfansage an konservative und reaktionäre Historiker, wenn er feststellt, daß die "Fortsetzung der Forschung in alten Bahnen" nicht mehr betrieben werden könne und die Arbeiten marxistischer Historiker als Herausforderung zu betrachten seien (S. 24). "Der Zustand, daß Veröffentlichungen marxistisch-leninistischer Historiker der DDR einfach übergangen oder mit kurzen belehrenden Sätzen abgewiesen wurden, sollte überwunden werden. Es geht nicht mehr an, daß in der DDR Arbeiten nichtmarxistischer Historiker aufmerksam studiert und besprochen, in der Bundesrepublik aber Publikationen aus der DDR von der Fachwissenschaft kaum angezeigt, geschweige denn rezensiert werden" (S. 19). Wohlfeil zog entsprechende Konsequenzen, indem er neun Beiträge aus der DDR und fünf aus der BRD zu einem Sammelband vereinigte, um damit die gegensätzlichen Standpunkte zu den genannten Problemkreisen sichtbar zu machen, wie auch "das Kennen der Axiome und Theoreme, der Kategorien und Begriffe unumgänglich (ist), um Interpretation und Bestimmung des Stellenwertes eines historischen Ablaufs durch die Geschichtswissenschaft der DDR nachvollziehen zu können" (S. 18). Ganz gewiß ist dieses Unternehmen Ausdruck einer beginnenden Neuorientierung in bestimmten Kreisen bürgerlicher Historiographen.

Wenn für die BRD-Historiker der Faktoren-, Methoden- und Theorienpluralismus ein unumstößliches Axiom ist, so sind dennoch Gemeinsamkeiten in ihren Anschauungen nicht zu verkennen. Sie erkennen "die Legitimität des marxistischen Ansatzes" an (S. 18), sie streiten über Ja und Nein des Zusammenhanges von Reformation und Bauernkrieg, sie bestreiten aber fast ausnahmslos die marxistische Auffassung von der frühbürgerlichen Revolution. Thomas Nipperdey unterstellt dabei den DDR-Historikern Faktorenmonismus, die Basis einer Gesellschaftsformation würde nur ökonomisch-technisch bestimmt (S. 224 f.), eine Unterstellung, die lediglich davon zeugt, daß Nipperdey und seine Kollegen keine großen Erfolge beim Versuch der Erfassung des dialektisch-historischen Materialismus haben. Dabei soll hier konstatiert werden, daß die Marxisten die Reformation niemals mit der frühbürgerlichen Revolution gleichsetzen. Dennoch sollte man nicht übersehen, daß dieser Sammelband geeignet ist, den Blick für ungelöste Probleme zu schärfen und schwache Stellen der marxistischen Forschung auszumachen, die es durch intensive Forschungsarbeiten zu beseitigen gilt.

Bereits veröffentlichte Aufsätze von Historikern der DDR und der BRD, aber auch neuere Forschungen vereinigte Wohlfeil ebenfalls in dem Sammelband "Der Bauernkrieg 1524 - 26", wo er vor allem die marxistische Interpretation des Bauernkrieges zur Diskussion zu stellen beabsichtigt.³⁴ Wiederum ist die Einleitung von Wohlfeil aufschlußreich für die Situation der bürgerlichen Geschichtswissenschaft, für die Problemstellung und Zielsetzung sozialhistorisch engagierter Historiker in der BRD. Es geht Wohlfeil um eine "positive Integration jener Gruppen und Stände, die sich mit der Bevormundung der Herrschenden nicht abfinden wollten", in das heutige bürgerliche Geschichtsbild (S. 7). Man habe auch unter "dem Druck eines anhaltenden Interesses der Studenten" gestanden (S. 8), die sich mit den überlieferten Vorstellungen vom Bauernkrieg nicht mehr zufrieden gaben. Zugleich wird unmißverständlich ausgesprochen, "daß moderne Sozialgeschichte auch für die Frühe Neuzeit eine echte Alternative zum letztlich sozial-ökonomischen Ansatz der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft bietet" (S. 34 f.).

Die bürgerliche moderne Sozialgeschichte ist weit ergiebiger bei der Aufdeckung gesellschaftlicher Zusammenhänge, ökonomischer Ursachen und von deren sozialen und politischen Folgen als die politische Ereignisgeschichte oder "traditionelle Geschichtswissenschaft". Die Studien von Rudolf Endres oder Rainer Postel beispielsweise liefern dafür einen guten Beweis. So muß der deutsche Bauernkrieg, wie Endres hervorhebt, "in dem Kontext der tiefgreifenden Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen, politischen, religiös-kirchlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gesehen werden, die dem gesamten Zeitabschnitt nicht zu Unrecht die Bezeichnung als 'Große Wende' oder der 'frühbürgerlichen Revolution' eingebracht haben" (S. 90), eine Einschätzung, die den marxistischen Ergebnissen entspricht. Der Bauernkrieg wird im Gegensatz zu früher, insbesondere zu den Auffassungen von Franz, komplexer betrachtet, Verschlechterungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bauern und städtischen Schichten werden als Ursache des Bauernkrieges begriffen, wie man auch davon abgekommen ist, die einzelnen Bauernerhebungen isoliert zu deuten. Der Beitrag von Franklin Kopitzsch ist wichtig für eine Reihe von sozialgeschichtlichen Fragestellungen. Zugleich stellt Kopitzsch die von Wohlfeil geforderte Alternative selbst in Frage, wenn er fragt, "ob es neben der These von der frühbürgerlichen Revolution andere Erklärungsmodelle für die Strukturen und Prozesse dieser Zeit gibt" (S. 199 f.). Die Hoffnung, daß womöglich Hans Rosenberg, einer "der Väter moderner deutscher Sozialgeschichte", andere Erklärungsmodelle liefern könnte, wenn er sich "demnächst zum 'Bauernkrieg als sozialer Systemkonflikt' äußern wird" (S. 200), dürfte sich als irrig erweisen.

Die beiden von Wohlfeil herausgegebenen Sammelbände enthalten nützliche Teilergebnisse, überlegenswerte Problemstellungen, sie sind ein Zeichen, daß die Bauernkriegsforschung in der BRD aus ihrem langjährigen schläfrigen Dasein erwacht ist. Die Gegenposition, die man zum marxistischen Bauernkriegsbild entwickelt hat, die sowohl die Bestreitung zentraler marxistischer Kategorien als auch die Ablehnung der gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsformationen einschließt, beruht auf dem schwankenden weltanschaulichen Fundament bürgerlicher Historiographie. Daher fehlt auch eine geschlossene Darstellung, die man als Alternative anbieten könnte. Doch es gibt keinen Grund, daß die Historiker der DDR diese beiden Sammelbände im Interesse ihrer eigenen Forschung nicht mit aller Sorgfalt studieren.

³⁴ Vgl. die Rezension von Laube, Adolf, in: ZfG, Nr. 11/1975, S. 1333 ff.

In dem Band "Revolute und Revolution in Europa", für den Peter Blickle verantwortlich zeichnet, sind 17 Beiträge aus der BRD, der DDR, aus England, der Schweiz, der VR Ungarn und den USA enthalten, die anlässlich einer internationalen Tagung in Memmingen (BRD) vorgetragen wurden. Hierin werden mit den Beiträgen von Steinmetz und Wohlfeil wiederum die gegensätzlichen Standpunkte der bürgerlichen und marxistischen Geschichtswissenschaft deutlich. Sie ermöglichen aber mit einem Blick auf die Bauernaufstände in Ungarn (Gunst) und England (Hilton) auch interessante Vergleiche der verschiedenen Bauernbewegungen in europäischen Ländern. Neben Fragen der Vorgeschichte des Bauernkrieges (Graus, Seibt, Laube) gibt es aufschlußreiche Interpretationen der Zwölf Artikel (Vogler), der Leibeigenschaft, des politischen Wollens der Bauernschaft (Buszello, Blickle, Müller) sowie Probleme der Agrarverfassung (Sabeau) und der politischen Theologie. Dieser Protokollband dürfte wohl am ehesten den neuesten Forschungsstand zum Bauernkrieg widerspiegeln. Blickle hat in dankenswerter Weise die Ergebnisse der Diskussion zusammengefaßt und systematisiert, so daß seine Zusammenfassung zugleich ein nützlicher und übersichtlicher Problemerkatalog geworden ist.

Von Blickle stammt wohl auch die wichtigste und bemerkenswerteste Neuerscheinung zum Gedenkjahr des Bauernkrieges in der BRD.³⁵ Schon ihr Titel "Die Revolution von 1525" läßt aufhorchen. Der Titel ist für die historiographische Landschaft der BRD geradezu provozierend, und Blickle provoziert die Wissenschaft im besten Sinne des Wortes. Er hat sich vorgenommen, die nichtmarxistische Bauernkriegsforschung aus ihrer jahrzehntelangen Stagnation herauszuführen und den Bauernkrieg mit den Methoden der jüngeren Wirtschafts- und Sozialgeschichte darzustellen. Er benutzt die marxistische Forschung als Aufforderung, die eigene Position zu überprüfen. "Die Fragestellung des Marxismus-Leninismus kann, zumal sie einer gewissen Faszination nicht entbehrt, derart nutzbar gemacht werden, daß mit ihr verkrustete und verhärtete, durch Gesamtdarstellungen und Handbücher kanonisierte Auffassungen überprüft, hinterfragt und kritisch betrachtet werden" (S. 19). Und Blickle tut dies in reichlichem Maße, unvoreingenommen und aufgeschlossen, in einer erfreulich erfrischenden Weise. Er befragt die wirtschaftlichen Beschwerden der Bauern, denen er weit größeres Gewicht zubilligt, als es je die traditionelle Forschung getan hat. Er klopft die Programme der Bauern peinlich genau danach ab, was sie für den inneren Zusammenhalt der regionalen Erhebungen erbringen, er nutzt die kaum ausgewertete wirtschafts- und landesgeschichtliche Forschung für den Bauernkrieg und raubt vor allem der alten Franzschen Behauptung von der politischen Entmündigung der Bauern ihren kanonischen Glanz. Blickles Buch ist keine Gesamtdarstellung des Bauernkrieges, sondern der bemerkenswerte Versuch, zu einer neuen konzeptionellen Sicht des Bauernkrieges zu gelangen, was Blickle selbst auch nur als "Zwischenbilanz" betrachtet.

Drei grundsätzlichen Fragen geht Blickle nach: Ursachen, Zielen und Folgen des Bauernkrieges. Ausgangspunkt sind die Zwölf Artikel, die er genau analysiert und quantitativ erfaßt. "Die Zwölf Artikel der oberschwäbischen Bauern sind Beschwerdeschrift, Reformprogramm und politisches Manifest zugleich", sie "sind gewissermaßen die Klammer, welche die Revolution von 1525 zeitlich und sachlich zusammenhält" (S. 21). Dabei wird immer wieder der revolutionäre Gehalt der Zwölf Artikel und anderer bäuerlicher Beschwerdeschriften herausgearbeitet. "Die Zwölf Artikel griffen die feudale Gesellschafts- und Herrschaftsordnung

³⁵ Vgl. die Rezension von Vogler, Günter, in: ZfG, Nr. 1/1976, S. 101.

an, die überregional in verwandten Strukturen im agrarischen Bereich am besten erhalten geblieben war" (S. 24). Die Zwölf Artikel sind für Blickle "revolutionär in zweifacher Hinsicht: konkret durch den Leibeigenschafts-, Zehnt- und Pfarrerwahlartikel, grundsätzlich durch die Inanspruchnahme des Evangeliums als gesellschafts- und herrschaftsgestaltendes Prinzip" (S. 25), sie sind nicht nur Ausdruck einer Krise der Agrarverfassung, sondern auch einer Krise der feudalen Gesellschaft und der politischen Ordnung.

Die Analyse der wirtschaftlichen Ursachen des Bauernkrieges ist beeindruckend. Entgegen früheren Auffassungen, wonach die Leibeigenschaft um 1525 noch kaum Bedeutung gehabt habe, weist Blickle überzeugend nach, daß die Leibeigenschaft stärkstens intensiviert worden war. Sie war nicht nur eine verschärfte Form persönlicher Abhängigkeit, sondern auch das Instrument, "um in stärkerem Maße als bisher die Herren an den Gewinnen aus der Landwirtschaft zu beteiligen", um "einen gewissen Ausgleich für die Einbußen aufgrund der Agrarkrise zu schaffen" (S. 47). Sie mußte daher die bäuerliche Wirtschaft stärkstens belasten und "sozial diffamierend" wirken, wie die Leibeigenschaft auch für den territorialstaatlichen Aufbau ausgenutzt worden ist. Langfristig hatte sich die Lage der Bauern verschlechtert, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wirkten in den sozialen Bereich, sie riefen eine tiefgreifende soziale Differenzierung und Deklassierung dörflicher Schichten hervor, die Bauern wurden gedemütigt, die alten Rechte pervertiert, all diese "zunehmenden sozialen Spannungen und verstärkten herrschaftlichen Abhängigkeiten" schufen "eine krisenhafte und konfliktgeladene Situation...", wie sie in dieser Form wohl keines der vergangenen Jahrhunderte gekannt hatte" (S. 87). Blickle bestätigt in diesem Zusammenhang die "überzeugende Interpretation" des bekannten sowjetischen Historikers M. M. Smirin über die Leibeigenschaftsverhältnisse in Südwestdeutschland und der radikalen Kräfte (S. 151), die "der Sache eher gerecht /wird/ als die saloppen Urteile Lütges" (S. 39), was von Blickles aufrichtiger wissenschaftlicher Gesinnung zeugt.

Die starken Belastungen der Bauern, der herrschaftliche Angriff auf die bäuerliche Eigentumsordnung, die Beeinträchtigung der bäuerlichen Rentabilität durch die Herren, "die Verstärkung des herrschaftlichen Drucks schärfte das politische Bewußtsein der Bauern" (S. 127), eine Feststellung, die sich ganz anders anhört als die traditionelle bürgerliche Begründung.³⁶ Das wachsende politische Bewußtsein äußerte sich in der Verlagerung politischer Verantwortlichkeit von der bäuerlichen Gemeinde auf die Landschaft als Gesamtrepräsentation des Territoriums, sie war Ausdruck der "Politisierung des gemeinen Mannes" (S. 135). Die Landschaft, in der bisher die Herrschenden vertreten waren, wurde von den Untertanen annektiert, "sie war der Hebel, das gesellschaftliche und herrschaftliche Gefüge umzustoßen", die "politische Entprivilegierung" des Adels und der Prälaten zu betreiben (S. 204 f.). Den Bauernkrieg wertet Blickle schließlich als Versuch des "gemeinen Mannes", die "Krise des Feudalismus" zu überwinden. "Der gemeine Mann ist der Bauer, der Bürger der landsässigen Stadt, der von reichsstädtischen Ämtern ausgeschlossene Städter, der Bergknappe", und Blickle empfiehlt in diesem Zusammenhang, "vom Begriff Bauernkrieg Abschied zu nehmen", weil er die "Sozialstruktur der Revolution" nicht adäquat widerspiegeln (S. 179). Große Aufmerksamkeit widmet Blickle dem "Göttlichen Recht", mit

³⁶ Zur Bedeutungslosigkeit der Leibeigenschaft und unpolitischen Haltung der Bauern vgl. Fuchs, Walther Peter, Das Zeitalter der Reformation, in: Gebhard, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 2, 9. Aufl. Stuttgart 1970, S. 64 ff.

dem die Bauern die Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen und Ziele begründen und der bäuerliche Aufstand seine Legitimität erhält. Und für die Niederlage des Bauernkrieges werden unter anderem auch die Reformatoren und das Bürgertum verantwortlich gemacht, "weil sie der Revolution das Schwert verweigerten und einen Kompromiß ansteuerten, wo es keinen Kompromiß geben konnte" (S. 195).

Das Buch von Blickle ist voll kluger Beobachtungen, erstaunlicher Einsichten, quellenorientiert, reich an Problemen, es regt zur Diskussion an, es bereichert erheblich unsere Kenntnisse und erhärtet in vielem marxistische Auffassungen. Aber es fordert auch zu Widerspruch heraus und wirft Fragen auf. Es gelingt Blickle nicht, in entscheidenden Grundfragen den eigenen Schatten in Gestalt von festgeschriebenen Positionen bürgerlicher Geschichtsschreibung zu überspringen.

Blickle beschränkt sich bei seiner Analyse und Darstellung vor allem auf Oberschwaben und vernachlässigt andere wichtige Aufstandsgebiete, wie etwa Franken und Thüringen. Es wäre nötig, seine Thesen auch für diese Gebiete nachzuprüfen, wo doch nach der Einschätzung von Engels Thüringen der "Kulminationspunkt" des ganzen Bauernkrieges war. Viele Gebiete, in denen der Bauernkrieg stattfand, kannten keine "Landschaften", so daß mit Vogler zu fragen ist, wie hier die Politisierung des gemeinen Mannes erfolgte. Gab es überhaupt eine allgemeine Politisierung des "gemeinen Mannes" oder erfaßte sie nur ganz bestimmte bäuerliche Schichten? ³⁷ Blickle, der sonst die bäuerliche Lage so gut differenzierend zu betrachten wußte, läßt hier die notwendige Differenzierung missen. Die Untersuchung, die Blickle vornahm, ist fast ausschließlich auf den agrarischen Bereich gerichtet, der gewerbliche und die entsprechenden Stadt-Land-Beziehungen bleiben ziemlich unberücksichtigt, obwohl Blickle die Bürger zu den Trägern der Revolution zählt. Wenn er lediglich feststellt, daß die Revolution vom Land in die Städte getragen wurde und daß das allgemeine bäuerliche revolutionäre Programm "die Schranken zwischen Stadt und Land" fallen ließ, "die eine unterschiedliche Wirtschaftsstruktur zwischen Bauern und Bürgern aufgerichtet hatte" (S. 171), so neigt er auch dazu, die Tatsache herunterzuspielen, daß die Auseinandersetzungen in der Stadt und auf dem Land auf verschiedenen Voraussetzungen beruhten. Die fast ausschließliche Berücksichtigung der Landwirtschaft, so wichtig sie für die Analyse des Bauernkrieges ist, schlägt sich bei Blickle gewissermaßen im Revolutionsbegriff nieder. Die Revolution des "gemeinen Mannes" läuft bei ihm faktisch nur auf eine Veränderung der landständischen Verfassung hinaus, die zwar die Herrschenden entprivilegiert, aber auch geeignet ist, Adel und Geistliche zu integrieren. Blickle begreift die Revolution nicht im Sinne des Marxismus als Ablösung einer Gesellschaftsformation durch eine andere, die Erringung der Macht durch eine neue Klasse. Seine Revolution des "gemeinen Mannes" ist keine bürgerliche Revolution, auch keine frühbürgerliche Revolution, wie sie Laube, Steinmetz und Vogler in ihren Darstellungen begründet und erläutert haben. Die Revolution, wie sie Blickle konzipiert, ist ein äußerst vager, von einem Kompromiß bestimmter Begriff. Zu diesem Revolutionsbegriff gesellt sich dann auch ganz logisch die Auffassung, daß Müntzer, Hubmaier und Gaismaier keine realitätsbezogenen, sondern nur utopische Ziele verfochten hätten. Aber gerade mit dem Wort Müntzers: "Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk", auch wenn Müntzer damit weit über die Möglichkeiten seiner Zeit hinausgriff, wurden doch die unmittelbaren Interessen des "gemeinen Mannes" betont.

37 Vgl. Vogler, Günter, a. a. O., S. 103.

In den Grundfragen der Revolution und der Gesellschaft bleibt auch Blicke der bürgerlichen Tradition verhaftet.

Dennoch: Sein Buch, anregend und fesselnd geschrieben, ist eine erkenntnisfördernde Arbeit, mit der sich auseinanderzusetzen lohnt, und man muß sich mit ihr auseinandersetzen - im produktiven Sinne.

2. Forschungsprioritäten

der verfassungsgeschichtlichen Stadt-Land-Beziehungen
sowie die Entwicklung der Agrarstruktur von

Wolfgang Iffert, Bürger und Bauer zur Renaissance. Studien zu den Stadt-Land-Beziehungen in der österrömisches Reichsteile vom 13. bis zum 16. Jahrhundert. 2. Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, hg. v. der Historischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft des Deutschen Demokratischen Kapitels, Bd. 10.

Verlag Hermann Böhme Nachfolger, Weimar 1979, 118 Seiten,
Preis 18,- DM

von Michael Held

Als vor rund hundert Jahren die gewaltige Forderung von Tetten über die Stadt und den Markt über das bürgerliche Erbe der Stadt veröffentlichte, ist er sehr detailliert die Untersuchungen über die dortigen Häuser, sowie die kulturellen Verhältnisse wie die Erweiterung, städtischen Grundbesitzes auf die umliegenden Land beschränkte, um es eventuell vorhandene Absichten, nach den Spuren von Beziehungen einzelner bürgerlicher Bürger aus verschiedenen abzugeben, um die Entwicklung der Stadt "des historisch korrekten" nach nur ein sehr geringes Maß. Der ansonsten recht gewissenhafte Forscher hätte wohl noch nicht, daß er sich dabei gegen die Auffassung einer nicht unwesentlichen Komponente spitzfindete über Stadt-Land-Beziehungen sparte.

Besonders ist es nicht gerade der Forderung gegenüber vorübergehenden, Ökonomie- und Wirtschaftlichen in höheren Niveaus der Produktivität auf, und sich unter anderem ganz wesentlich in einem neuen Stadt-Land-Verhältnis realisiert. In der 1. Hälfte der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung über gesellschaftlichen Bedingungen und nicht nur die der Übergangspunkte von Feudalismus zum Kapitalismus vollends zu bewerten, ohne das Verhältnis zwischen der Stadt und dem als produzierenden Land kapitalistisch, als richtig zu unterziehen. Die erst nachbedingten Krisen und Kollisionen der Stadt mit ihrer bürgerlichen, die geistig schillernden, so allen die Lebensmittel- und Kapitalverwertung sowie die permanente, Bevölkerungswachstum ersetzende Zuwanderung von außen, die

1. Vgl. Tetten, Wilhelm Johann Albert Freiherr v., Geschichtliche Darstellung des Gaus der Stadt Weimar und der Besitzungen der dortigen, insbesondere die Mittelstände des Verfalls der die Geschichte und Altertümer des Weimars, Nr. 13/1880, S. 121.

Zur Forschungsproblematik
der spätmittelalterlichen Stadt-Land-Beziehungen
unter besonderer Berücksichtigung von

BF 932

Konrad Fritze, Bürger und Bauern zur Hansezeit. Studien zu den Stadt-Land-Beziehungen an der südwestlichen Ostseeküste vom 13. bis zum 16. Jahrhundert = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, hg. v. der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 16

Verlag Hermann Böhlau Nachfolger, Weimar 1976, 118 Seiten,
Preis: 12,- M

von Wieland Held

Als vor rund neunzig Jahren ein gewisser Freiherr von Tettau einen geschichtlichen Abriß über das ländliche Gebiet der Stadt Erfurt publizierte, in dem er sehr detailliert die Unternehmungen des dortigen Rates sowie der kommunalen Institutionen um die Erweiterung städtischen Grundeigentums auf dem umliegenden Lande behandelte, tat er eventuell vorhandene Absichten, auch den Spuren von Bemühungen einzelner Erfurter Bürger um Landeigentum nachzugehen, mit der Bemerkung ab, daß "das historische Interesse hierbei doch nur ein sehr geringes"¹ sei. Der ansonsten recht gewissenhafte Freiherr ahnte wohl noch nicht, daß er sich damit gegen die Aufdeckung einer nicht unwesentlichen Komponente spätmittelalterlicher Stadt-Land-Beziehungen sperrte.

Bekanntermaßen wies doch gerade der Feudalismus gegenüber voraufgegangenen Gesellschaftsformationen ein höheres Niveau der Produktivkräfte auf, das sich unter anderem ganz wesentlich in einem neuen Stadt-Land-Verhältnis realisierte. So ist die Dynamik der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung unter feudalistischen Bedingungen und schon gar nicht die der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus vollends zu begreifen, ohne das Verhältnis zwischen der Stadt und dem sie umgebenden Land möglichst allseitig zu untersuchen. Die existenzbedingten Kommunikationen der Stadt mit ihrer ländlichen Umgebung beinhalteten vor allem die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung sowie die permanente, Bevölkerungsverluste ersetzende Zuwanderung von seiten des

¹ Vgl. Tettau, Wilhelm Johann Albert Freiherr v., Geschichtliche Darstellung des Gebietes der Stadt Erfurt und der Besitzungen der dortigen Stiftungen, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt, Nr. 13/1887, S. 125.

Landes, den Absatz städtischer Produkte, aber auch die Regelung von Beziehungen der Städtebürger mit dem Adel bzw. dem zuständigen Landesherrn, die Erwerbungen von Ländereien, Dörfern bzw. ländlichen gerichtsherrlichen Rechten, bis hin zu Bannmeilenbestimmungen, um die Konkurrenz ländlicher Gewerbetreibender auszuschalten. Ohne Umschweife muß man konstatieren, daß keine mittelalterliche Stadt in der Lage war, ohne möglichst stabile Verbindungen zum flachen Land zu existieren.

Unter Berücksichtigung all dieser Kriterien verwundert es zunächst, daß die Stadt-Land-Beziehungen im Spätmittelalter in der bisherigen Forschung relativ wenig Beachtung gefunden haben. Mit der nunmehr vorliegenden Studie Konrad Fritzes über die Verhältnisse an der südwestlichen Ostseeküste wird erstmalig der Versuch gemacht, für einen wirtschaftlich relativ gleichförmig strukturierten Raum über einen Zeitraum von drei Jahrhunderten hinweg die Beziehungen wesentlicher Städte, wie Rostock, Lübeck, Stralsund oder Greifswald, zu ihrem sie umgebenden Territorium in möglichst vollständiger Weise zu erfassen. Dort, wo sich die Komplexität nicht ganz erreichen läßt, wird dies - völlig akzeptabel - mit der Quellsituation (Vorwort, S. 12)² begründet.

In den vergangenen Jahrzehnten lieferte die Geschichtswissenschaft einzelne Beiträge, die sich ausnahmslos nur bestimmten Teilaspekten der Stadt-Land-Beziehungen widmeten. Bereits sieben Jahre nach dem Erscheinen der oben zitierten Studie des Freiherrn von Tettau befaßte sich F. Frensdorff mit dem Lehngüterbesitz einzelner Städtebürger. In dieser rechtshistorisch orientierten Schrift kommt der Verfasser unter anderem zu dem Ergebnis, daß "es eine alte Gewohnheit" sei, "daß Bürger Lehngüter besitzen und sie mit voller Wirkung auf ihre Kinder vererben".³ Frensdorff belegt an Beispielen nicht nur privaten städtebürgerlichen Grundbesitz bereits für das 13. und 14. Jahrhundert, sondern verweist auch auf die Tatsache, daß dieser gegen den Widerstand des Adels, der hierbei den Verlust althergebrachter Privilegien beklagte⁴, erworben wurde. Diesem zweifellos interessanten Teilaspekt der mittelalterlichen Stadt-Land-Beziehungen, dem bürgerlichen Lehnbesitz, gingen in den folgenden Jahrzehnten auch G. Caro⁵, W. A. Münch⁶ und D. H. Grabscheid⁷ nach, ohne jedoch im wesentlichen über die Erkenntnisse Frensdorffs hinauszureichen, was man wohl in erster Linie der Tatsache ihres Verhaftetseins in rechtshistorischen Denkweisen

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochene Publikation.

3 Frensdorff, Ferdinand, Die Lehnsfähigkeit der Bürger im Anschluß an ein bisher unbekanntes niederdeutsches Rechtsdenkmal, in: Nachrichten von der Königl. Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, Philologisch-historische Klasse, Nr. 4/1894, S. 414. - Auf das Phänomen des Lehnbürgertums in Brandenburg verwies auch Riedel, A. F., Die Mark Brandenburg im Jahre 1250 oder historische Beschreibung der Brandepburgischen Lande und ihrer politischen und kirchlichen Verhältnisse um diese Zeit, T. 2, Berlin 1832, S. 333.

4 Vgl. Frensdorff, Ferdinand, a. a. O., S. 444 - 457.

5 Vgl. Caro, Georg, Ländlicher Grundbesitz von Stadtbürgern im Mittelalter, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. 31, 1906, S. 721 - 743.

6 Vgl. Münch, W. A., Die Lehnsprivilegien der Städte im Mittelalter, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde, Bd. 16, 1917, S. 86 - 139

7 Vgl. Grabscheid, Dietrich-Hermann, Die Bürgerlehen im altdeutschen Reichs-

zuschreiben muß. Neue Ansätze lieferte allerdings Caro insofern, als er darauf verwies, daß dem Städtebürger nicht nur am Erwerb des Grund und Bodens gelegen war, sondern auch am Rentenkauf. So stellte Caro unter anderem fest: "Für den Städtebürger, der nicht selbst Ackerbau betrieb, bestand der Wert des Grundbesitzes in der daraus fließenden Rente, die der Hintersasse entrichtete".⁸ Münch hingegen machte auf die Folgen, die sich aus dem Entfremdungseffekt der mit Ländereien belehnten Bürger für die Stadt ergeben konnten, aufmerksam.⁹

Auch die X. Tagung des Arbeitskreises für südwestdeutsche Stadtgeschichtsforschung der BRD vom 12. bis 14. November 1971 in Calw unter dem vielversprechenden Motto "Stadt und Umland"¹⁰ vermochte im Hinblick auf die weitere theoretische und faktologische Durchdringung der Stadt-Land-Beziehungen des Spätmittelalters kaum neue Akzente zu setzen. Drei der dort behandelten Themen sind für unsere Fragestellung interessant, beinhalten aber auch nur bestimmte Teilaspekte der Stadt-Land-Beziehungen, die zudem fast ausschließlich aus der Sicht der Stadt verfolgt werden. P. Blickle untersucht die Territorialpolitik ober-schwäbischer Reichsstädte am Beispiel Memmingsens und Kemptens. Für Memmingen weist er nach, daß zunächst einzelne Bürger die Initiatoren des Landerwerbs waren, während nach 1450 Stadt und Spital die Ländereien im wesentlichen übernahmen. Blickle sieht ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Mächtigkeit feudaler Kräfte im stadtnahen Gebiet bzw. der vorhandenen grundherrschaftlichen Strukturen und der Größe und Geschlossenheit eines ländlichen Gebietes einer Stadt. Dies führte einerseits im Falle Memmingsens zu einem relativ großen Territorium und andererseits bezüglich Kemptens zu bescheideneren Gebietserweiterungen.¹¹ H. Schmolz geht der Gebietserwerbspolitik Ulms nach, die bis zur Erringung herrschaftlicher Attribute, einschließlich der Geleitsrechte, reichte.¹² B. Schweineköper schließlich konzentriert sich schwerpunktmäßig auf den Einzugsbereich der Freiburger Jahrmärkte, was mehr der Frage der Handelsverbindungen der Stadt als der Problematik der Stadt-Land-Beziehungen dienen kann.¹³

Nur einen Teilaspekt der Beziehungen der Bürger zur Landbevölkerung behandelt auch H. Schmitt in seiner Tübinger Dissertation von 1955¹⁴, die sich mit der

gebiet, phil. Diss. Frankfurt (Main) 1957 (Ms.).

8 Caro, Georg, a. a. O., S. 728.

9 Vgl. Münch, W. A., a. a. O., S. 132.

10 Vgl. Maschke, Erich/Sydow, Jürgen, Stadt und Umland. Protokoll der X. Arbeitstagung des Arbeitskreises für südwestdeutsche Stadtgeschichtsforschung, Calw, 12. - 14. November 1971, in: Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen, Bd. 82, Stuttgart 1974.

11 Vgl. Blickle, Peter, Zur Territorialpolitik der oberschwäbischen Reichsstädte, in: ebenda, S. 54 - 71.

12 Vgl. Schmolz, Helmut, Herrschaft und Dorf im Gebiet der Reichsstadt Ulm, in: ebenda, S. 166 - 192.

13 Vgl. Schweineköper, Berent, Beobachtungen zum Lebensraum südwestdeutscher Städte im Mittelalter, insbesondere zum engeren und weiteren Einzugsbereich der Freiburger Jahrmärkte in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: ebenda, S. 29 - 53. - Das veranlaßte auch Schlesinger, Walter, in der Diskussion der Arbeitstagung zu bemerken, daß "Einzugsgebiet" offensichtlich nicht mit dem Begriff "Umland" gleichzusetzen sei (vgl. ebenda, S. 292).

14 Vgl. Schmitt, Hubert, Das Patriziat der Reichsstadt Biberach und seine Grund-

Grundbesitzpolitik des Biberacher Patriziats beschäftigt. Recht auffällig ist Schmitts genealogische Zielstellung, nämlich die Geschichte einzelner bekannter Patriziergeschlechter Biberachs sowie deren fortgesetzte Bemühungen um möglichst viel Grundbesitz im stadtnahen und auch -ferneren Gebiet darzustellen. Überzeugend kann er die geachtete und machtvolle Position solcher Patrizierfamilien wie die der Hupmanns oder Schads aus deren gewaltigem ländlichem Grundbesitz heraus ableiten. So hatten die Schads zu Beginn des 16. Jahrhunderts mit ihren familieneigenen Gebieten Biberach nicht nur fast völlig eingekreist, sondern sie gingen auch dazu über, Schikanen gegen die Stadt selbst einzuleiten. Außerdem weist Schmitt auch deren enge verwandtschaftliche Beziehungen zum Hochadel, zu Kaiser Maximilian und zu König Ferdinand nach.¹⁵ Schmitt betont besonders die zwei Funktionen städtischen Landbesitzes, nämlich zum einen die der Geldanlagemöglichkeit, wobei der Stadt von diesen Hufen regelmäßig Einkünfte zufließen, und zum anderen die des günstigen Absatzgebietes für städtische Produkte. Der Verfasser sieht darin ein Element der Stärkung städtischer Wirtschafts- und Machtpotenzen.¹⁶

Ebenso nur allein aus städtischer Sicht betrachtet J. Ellermeyer die Bewegung in den privatbürgerlichen bzw. städtischen Liegenschaften und Renten der hansischen Landstadt Stade während des 14. Jahrhunderts.¹⁷ Ellermeyer resümiert eine Geld-auf-Land-Bewegung als Resultat primär höherer Handelsgewinne, weist Renten- und Liegenschaftserwerbungen sowohl der stadischen Oberschichten, von denen besonders die Wandschneider eine Rolle spielten, als auch zahlreicher, vom Steueraufkommen her gesehen, mittlerer städtischer Schichten nach, wobei es für den Autor nicht darauf ankommt, Teile der Landerwerbungen etwa auf einzelne Dörfer aufzuschlüsseln, flächenmäßige Größen fest- oder Vergleiche anzustellen oder gar die Auswirkungen solcher Bestrebungen von Stadtbürgern auf die Lage der Bauern zu untersuchen, nein, ihn beschäftigt mehr und vor allem die Rentenmarktteilnahme ganzer Schichten.¹⁸

Interessant scheinen jedoch noch zwei Feststellungen Ellermeyers zu sein. Er errechnet eine relativ kurzlebige Laufzeit der verkauften Renten, die er zwischen den Jahren 1360 und 1400 mit maximal zehn Jahren angibt.¹⁹ Ich glaube, ähnliche Beobachtungen kann man auch in anderen Städten machen. Bemerkenswert dürfte auch Ellermeyers Äußerung sein, wonach die Oberschicht von Stade am wenigsten durch die Pest von 1350 dezimiert wurde. Er errechnet für sie einen Wert von 20 Prozent über der normalen Sterblichkeitsrate, während unter den Mittelschichten einer von 95 bis 100 Prozent, bei der stadtnahen Landbevölkerung gar von 105 bis 110 Prozent über der damals allgemein üblichen Mortalität zu registrieren ist.²⁰ Schon H. -D. Nicolaisen betonte für Lübeck, daß "aktive

besitzpolitik bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts, phil. Diss. Tübingen 1955 (Ms.).

15 Vgl. ebenda, S. 116, 120.

16 Vgl. ebenda, S. 154 f.

17 Vgl. Ellermeyer, Jürgen, Stade 1300 - 1399. Liegenschaften und Renten in Stadt und Land. Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialstruktur einer Hansischen Landstadt im Spätmittelalter, Selbstverlag des Stader Geschichts- und Heimatvereins, Stade 1975.

18 Vgl. ebenda, S. 330, 329, 294 ff.

19 Vgl. ebenda, S. 315.

20 Vgl. ebenda, S. 303.

Kaufleute, die in der Fischstr. ihren Wohnsitz" hatten, "am wenigsten unter der Pest gelitten"²¹ haben.

Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft hat durch neue und vor allem weitergehende Fragestellungen das Wissen um die spätmittelalterlichen Stadt-Land-Beziehungen wesentlich erweitert. So war es zunächst E. Müller-Mertens, der über die Feststellung der Erscheinung des Lehnbürgertums in der Mark Brandenburg, auf die bereits A. F. Riedel²² hinwies, hinausging und unter Zuhilfenahme des Landbuches Karls IV. vom Jahre 1375²³ zu neuen Problemstellungen, wie besonders die nach der sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung des in die grundherrschaftliche Welt eingedrungene Städtebürgertums²⁴, gelangte. In seinem Referat im Rahmen der Hansischen Arbeitstagung von Stendal im Oktober 1957 "Bürgerlicher Lehnsbesitz und kaufmännische Tätigkeit im Brandenburg des 14. Jahrhunderts" kam Müller-Mertens unter anderem zu der Feststellung, wonach städtebürgerlicher Landbesitz nicht zu einer Veränderung der feudalen Verhältnisse auf dem Lande geführt hat.²⁵ Hierzu sollten weitere Untersuchungen - auch für andere Regionen - neuen Erkenntniszuwachs bringen, da es durchaus denkbar ist, daß Städtebürger auch Ländereien mit dem Ziel erwarben, Steinbrüche, Eisenhütten oder Bergwerke einzurichten bzw. reiche Forste für die Gewinnung von Baumaterial zu nutzen. Müller-Mertens hob nicht nur hervor, daß ein großer Teil des bürgerlichen Anlagekapitals im Brandenburgischen im Handel gebildet wurde bzw. sich aus den Folgen des ungeheueren Geldhungers von Landesherren und Adel herleiten läßt, sondern er weist bereits auf die Probleme politischer Konsequenz hin, die sich aus der Tatsache einer größeren Zahl landbesitzender Städtebürger hinsichtlich deren Haltung zur Stadt, zur Landesherrschaft oder zur Feudalklasse allgemein ergeben konnten.²⁶

Vordergründig aus ökonomischer Sicht untersuchen den Charakter und die Bedeutung der Stadt-Land-Beziehungen für das Territorium der Altmark E. Engel, für das Gebiet der Uckermark B. Zientara, für das Königreich Preußen M. Biskup und für das Teltow H. Assing.²⁷ Engel, die das oben genannte Landbuch Karls IV.

21 Nicolaisen, Hans-Dietrich, Die Lübecker Hausbesitzer von 1300 - 1370. Eine sozialgeschichtliche Studie, phil. Diss. Kiel 1954, S. 102 (Ms.).

22 Vgl. Riedel, A. F., a. a. O.

23 Vgl. Das Landbuch der Mark Brandenburg von 1375, hg. v. Johannes Schultze, Berlin 1940, in: Veröffentlichungen der Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin, Bd. 8, T. 2.

24 Vgl. z. B. Müller-Mertens, Eckhard, Berlin und die Hanse, in: Hansische Geschichtsblätter, 80. Jg. 1962, S. 1 - 25.

25 Vgl. Hühns, Erik, Hansische Arbeitstagung in Stendal vom 16. bis 18. Oktober 1957, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 6/1958, S. 398.

26 Vgl. Müller-Mertens, Eckhard, a. a. O., S. 22 - 24.

27 Vgl. Engel, Evamaria, Bürgerlicher Lehnsbesitz, bäuerliche Produktenrente und altmärkisch-hamburgische Handelsbeziehungen im 14. Jahrhundert, in: Hansische Geschichtsblätter, 82. Jg. 1964, S. 21 - 41; dieselbe/Zientara, Benedykt, Feudalstruktur, Lehnbürgertum und Fernhandel im spätmittelalterlichen Brandenburg, Weimar 1967; Biskup, Marian, Über die Rolle und die Bedeutung des Grundbesitzes der großen Städte von Königlich Preußen im 16. - 18. Jahrhundert, in: Entwicklungsprobleme des Feudalismus und Kapitalismus im Ostseegebiet, Tartu 1972; Assing, Helmut, Die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse in den Dörfern des Teltow in der Zeit um 1375, phil. Diss. Berlin 1965 (Ms.).

hinsichtlich der altmärkischen Verhältnisse ausgewertet, konzentriert sich besonders auf die Folgen, die sich aus dem Besitz feudaler Grundrente in Städtebürgerhand für die Stadt-Land-Beziehungen ergaben, welchen Einfluß dies auf die Lage der Bauern haben mußte sowie ob und auf welche Weise das städtische Bürgertum auf die agrarische Produktion einwirkte. Die Autorin kann nachweisen, daß in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, als das altmärkische Städtebürgertum mit seinem Kapital in die Landwirtschaft eingedrungen war, eindeutig die Naturalrente überwiegt, was mit der Absicht der neuen Landeigentümer zusammenhängt, Getreide in großen Mengen nach Hamburg zu verkaufen, wo es über die Vermittlung der Hanse bis in die Niederlande gelangte.²⁸ Interessant - vor allem hinsichtlich von Vergleichen für andere Regionen in zukünftigen Forschungen - scheint der Nachweis Engels zu sein, wonach die in Bürgerhänden befindliche Rente absolut höher ist als diejenige, die von Bauern an adlige bzw. geistliche Grundherren zu entrichten war, wobei die Autorin sich nicht sicher ist, ob dies eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der von Städtebürgern abhängigen Bauern bedeutete oder ob dieses Phänomen nur die Folge einer höheren Produktivität dieser bäuerlichen Produzenten im Vergleich zu den von Adligen abhängigen Landwirten darstellte.²⁹ Engels These, daß mit dem Übergang umfangreicherer Rentenanteile an Bürger die Zersplitterung der Abgabenverhältnisse zunimmt³⁰, stützt gewissermaßen auch K. Fritze, der die Mobilität des bürgerlichen Grundbesitzes an der südwestlichen Ostseeküste als außerordentlich groß ansieht (S. 92). Beachtung sollte auch Engels Auffassung verdienen, wonach in einer Zeit, in der die Landwirtschaft den Hauptproduktionszweig darstellte, die Anlage von Handelskapital im Grund und Boden mit der Anlage von Kapital in der Produktion gleichzusetzen sei³¹, abgesehen davon, daß es für die Städtebürger auch eine wesentliche Sicherung gegen Handelsrückschläge bedeuten konnte sowie ein Gradmesser ihrer Kreditwürdigkeit und -fähigkeit war. Nicht uninteressant erscheinen dann freilich zukünftige Untersuchungen von Stadt-Land-Beziehungen im Bereich von Städten, deren Bürgertum vordergründig produktionsorientiert wirkte. Natürlich bedeutete die Anlage von Handelskapital in feudaler Grundrente eine Möglichkeit der Akkumulation von Kapital in wenigen Händen; dennoch gab es nach der Auffassung von Engel für das Lehnbürgertum keine Veranlassung, an der Aufrechterhaltung der feudalen Produktionsverhältnisse nicht interessiert zu sein.³² Davon abgesehen, sollten künftige Forschungen ihr Augenmerk auch darauf legen, ob nicht der zunehmende Warencharakter des Grund und Bodens auf die Dauer zersetzend auf die bestehenden feudalen Verhältnisse und zerstörend auf die feudalen Bindungen der Bauern wirken mußte.

Die nunmehr vorliegende Studie K. Fritzes ist nicht nur besonders beachtenswert, weil sie eine geschlossene Region, nämlich die des Ostseeküstengebietes Holsteins, Mecklenburgs und Rügen-Vorpommerns, über einen langen Zeitraum von etwa 300 Jahren hinsichtlich der dort existierenden Stadt-Land-Beziehungen zum Gegenstand hat, sondern auch, weil die Untersuchung bezüglich der Begleiterscheinungen und Auswirkungen derselben breiter angelegt ist, also neben den ökonomischen auch die sozialen, politischen und demographischen Aspekte einbezieht.

28 Vgl. Engel, Evamaria, a. a. O., S. 27, 30.

29 Vgl. ebenda, S. 28 f.

30 Vgl. ebenda, S. 28.

31 Vgl. ebenda, S. 41.

32 Vgl. Engel, Evamaria/Zientara, Benedykt, a. a. O., S. 184 - 187.

Fritze kann sich auf eine Reihe bemerkenswerter Vorarbeiten stützen.³³ Außerdem fand er für diesen historischen Bereich trotz erheblicher Kriegsverluste eine relativ günstige Quellenlage vor.

Fritze geht im ersten Kapitel zunächst von den demographischen Aspekten der Stadt-Land-Beziehungen aus, behandelt hier also die Landbevölkerung als Menschenreservoir für die Einwohnerschaft der Städte. Er gelangt zu der Feststellung, daß etwa ein Drittel der ältesten städtischen Vollbürgerschaft auf direktem Wege vom Dorf zugewandert ist (S. 17), und macht darauf aufmerksam, daß keineswegs nur städtische Unter- und Mittelschichten sich vom flachen Lande her ergänzten, sondern sehr oft auch wohlhabende Bauern von der Stadt angezogen wurden, da sie hier ihren bereits errungenen "Wohlstand ... besser und rascher vermehren zu können hofften" (S. 18). Ein verstärkter Zuzug von Landbewohnern erfolgte besonders unmittelbar nach den verheerenden Pestepidemien. In Lübeck stieg die Neubürgerzahl ein Jahr nach der Pest vom Jahre 1350 auf 422 Personen, nachdem sie im Jahre 1349 noch bei 158 Personen gelegen hatte (S. 23 f.). Seit dem 15. Jahrhundert ist nach den Untersuchungen Fritzes ein stärkeres Reglementieren des Zuzugs vom Lande feststellbar, was völlig zu Recht im Zusammenhang mit dem Anwachsen der städtischen plebejischen Schichten und der Schließung der Zünfte gesehen wird (S. 24 - 26). Vielleicht wäre es hier günstiger gewesen, wenn der Verfasser stärker die Folgen dieser Abwanderungseinschränkung ländlicher Bevölkerung in die Stadt für die Sozialstruktur in den Dörfern selbst versucht hätte zu erörtern. Schließlich wäre das als eine der Ursachen für die prozentuale Zunahme unterbäuerischer Schichten im 15. und 16. Jahrhundert denkbar, die auch in anderen Gegenden Deutschlands beobachtet werden kann.³⁴

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit den Marktbeziehungen zwischen Stadt und Land. Der Verfasser geht dabei von der zunehmend stärkeren Notwendigkeit des regelmäßigen Produktaustausches zwischen der in den Städten konzentrierten gewerblichen Erzeugung und der agrarischen Produktion des flachen Landes aus und gelangt zu der völlig richtigen Erkenntnis, daß die Stadt bedeutend stärker auf die Kommunikation mit dem Dorf angewiesen war als umgekehrt (S. 30), wor-

33 Vgl. u. a. Fink, Georg, Lübecks Stadtgebiet (Geschichte und Rechtsverhältnisse im Überblick), in: Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte. Gedächtnisschrift für Fritz Rörig, hg. v. Ahasver v. Brandt u. Wilhelm Koppe, Lübeck 1953; Kollath, Karl, Bürgerlicher Landbesitz der Stadt Rostock im 13. und 14. Jahrhundert bis 1350, phil. Diss. Rostock 1939; Liebenau, Erich, Der Grundbesitz der Stadt Stralsund, jur. Diss. Greifswald 1930; Herde, Werner, Der Grundbesitz der Stadt Greifswald, Greifswald 1921; Kleiminger, Rudolf, Das Heiligengeisthospital von Wismar in sieben Jahrhunderten, Weimar 1962; Hamann, Manfred, Wismar, Rostock, Greifswald, Stralsund zur Hansezeit. Ein Vergleich, in: Vom Mittelalter zur Neuzeit. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Sproemberg, Berlin 1956; Fritze, Konrad, Probleme der Stadt-Land-Beziehungen im Bereich der wendischen Hansestädte nach 1370, in: Hansische Geschichtsblätter, Bd. 85, 1967; derselbe, Hansisches Städtebürgertum und Bauern im ostelbischen Raum während des Spätmittelalters, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 4.

34 Vgl. Held, Wieland, Die Rolle der unterbäuerischen Schichten in den Dörfern des thüringischen Amtes Weida in der Mitte des 16. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Leipzig, 1977.

aus sich aber keine ökonomische Überlegenheit des Landes gegenüber der städtischen Kommune herleiten läßt. Fritze führt das in erster Linie auf die überlegene Organisation des städtischen Wirtschaftslebens zurück (S. 49). Hierbei spielen Kriterien wie die nach außen hin geschlossene Zunftorganisation, die marktpolizeilichen Anordnungen des Stadtrates, die städtischen Preis- und Qualitätsvorschriften, das Niederhalten des Dorfhandwerks im Einzugsbereich der Stadt oder die Errichtung von Aufkaufmonopolen eine Rolle. Das findet auch in Städten anderer Regionen seine Bestätigung. So band beispielsweise der Rat von Erfurt Mitte des 14. Jahrhunderts den Waidhandel an einen besonderen Marktort und bestimmte Anfang und Ende der Marktzeiten.³⁵ In Freiburg i. Br. andererseits waren im 16. Jahrhundert vor allem der Invokavit- und der Martinmarkt für Auswärtige zulässig.³⁶

Fritze stellt vordergründig einen sehr hohen Getreidebedarf in den Städten der südwestlichen Ostseeküste fest und errechnet beispielsweise 28 000 Hektar Anbaufläche, die nötig gewesen seien für die Ernährung der Stadt Lübeck, was in etwa der im Mittelalter landwirtschaftlich genutzten Fläche der Insel Rügen entspräche (S. 33), ein - wie es scheint - unverhältnismäßig großes Areal, dessen Ausdehnung zumindest etwas geringer ausfiele, berücksichtigt man mehr die Selbstversorgung einiger Bürger aus deren Gärten und kleinen Äckern am Stadtrand.

Des weiteren betont der Verfasser die Tatsache, daß die von den Bauern in der Stadt gekauften Produkte mengen- und wertmäßig geringer veranschlagt werden müssen, was im Zusammenhang mit der niedrigen Kaufkraft der Bauern und der auf Autarkie ausgerichteten bäuerlichen Wirtschaften zu sehen ist (S. 45). Zum anderen ist Fritze sicher zuzustimmen, wenn er darauf verweist, daß unter dem Einfluß der Stadtwirtschaft auch das Anspruchsniveau der Landbevölkerung anstieg (S. 48). Natürlich dürfte dies wiederum im Konnex mit der bäuerlichen Kaufkraft zu untersuchen sein. Auf jeden Fall geben die Ergebnisse Fritzes Anlaß, die Aufnahmefähigkeit des ländlichen Marktes für städtische Erzeugnisse nicht zu hoch zu veranschlagen, was uns besonders im Falle von produktionsorientierten Städten zu der Überlegung veranlassen kann, dort relativ frühzeitig die Produktion für einen recht weitreichenden Markt anzunehmen.

In seinem dritten Kapitel geht Fritze den Funktionen des städtischen und einzelbürgerlichen Besitzes auf dem Lande nach. Die intensivste Form der ökonomischen Hegemonie der Stadt über das Land ist für den Verfasser die Anlage von Bürgerkapital in der Agrarsphäre, und zwar vollzieht sich diese sowohl im Erwerb von Grund- als auch von Rentenbesitz (S. 57). Bereits am Ende des 12. Jahrhunderts setzt dieser Prozeß in den Städten der südwestlichen Ostseeküste ein. Vergleichsweise dazu begannen die Landerwerbungen von seiten Erfurter Bürger erst nach der Erringung der relativ unabhängigen Selbstverwaltung der Stadt, etwa seit Mitte des 13. Jahrhunderts.³⁷ H. Schmitt konstatiert Landbesitzanschaffungen einzelner Biberacher Bürger ebenfalls für das 13. Jahrhundert.³⁸

35 Vgl. Wiemann, Erich, Beiträge zur Erfurter Ratsverwaltung des Mittelalters, T. 2: Die städtische Handels- und Gewerbeverwaltung, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt, Nr. 52/1938, S. 15.

36 Vgl. Schwineköper, Berent, a. a. O., S. 43 f.

37 Vgl. Tettau, Wilhelm Johann Albert Freiherr v., a. a. O., S. 10 f.

38 Vgl. Schmitt, Hubert, a. a. O., S. 26.

Wie es in anderen mittelalterlichen Städten auch zu beobachten ist, gab es in den Kommunen an der südwestlichen Ostseeküste verschiedene Interessenten an Land- und Rentenbesitz: den Rat, Institutionen vornehmlich geistlichen Charakters, Korporationen und Einzelbürger (S. 58). Schon frühzeitig lassen sich Fälle belegen, wonach besonders begüterte Städtebürger große Teile ihres Vermögens einsetzten, um ganze Dörfer samt allen grundherrlichen Rechten aufzukaufen. Zum anderen kommt der Verfasser zu der Erkenntnis, daß schon im 14. Jahrhundert die bürgerlichen Landbesitzer bestrebt waren, eventuell vorhandenen Lehnbesitz umzuwandeln, um zur uneingeschränkten Verfügungsgewalt über den Grundbesitz zu gelangen (S. 58). Namentlich die Bemühungen der Städte und städtischer Institutionen zielten darauf ab, die totale Verfügung, einschließlich der Gerichts-, Polizei- und Wehrhoheit, über Dörfer und Ländereien zu erhalten. Für die Abkehr von der Form des Lehnbesitzes bietet Fritze besonders zwei Gründe an, denen der Leser seine Zustimmung nicht versagen kann. Zum einen hatten die Bürger bzw. Städte einen Widerwillen gegen die aus den Lehnbeziehungen erwachsenden Pflichten, wie etwa der Kriegsdienstleistungen, und zum anderen kam es wiederholt vor, daß Feudalgewalten nach dem Ableben von Lehnbürgern die Ländereien als erledigtes Lehen wieder einzogen (S. 59). Hierbei wird ein Teilaspekt der Stadt-Land-Beziehungen angesprochen, der sich mit dem Verhältnis der Städtebürger bzw. der Stadt als Ganzes zu den umliegenden Feudalgewalten bis hin zum Landesherrn umgrenzen läßt, das heißt, etwa in die Frage zu kleiden wäre, inwieweit wirkten sich Einflüsse Adliger über bürgerliche Lehnsträger auf politische und ökonomische Entscheidungen von Stadträten aus? Ganz zu schweigen von den Folgen, die sich aus nachgewiesenen verwandtschaftlichen Beziehungen vermögender, landbesitzender Städtebürger zu Herzögen und anderen Feudalgewalten für die Städte ergaben.

Fritze verweist auch zu Recht auf die große Bedeutung des Pfandbesitzes, durch welchen Bürger und städtische Institutionen in den Genuß recht ansehnlicher Gewinne und sehr oft auch in den Besitz von Ländereien kamen (S. 62).

Der Autor kann für sein Untersuchungsgebiet sehr umfangreiches städtisches Grundeigentum belegen, das nicht selten mit demjenigen angesehener Adelsgeschlechter konkurrieren konnte. So gehörten beispielsweise 1470 der Stadt Lübeck 21 Dörfer, in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts Rostock ganz oder teilweise 15 Dörfer und Mitte des 15. Jahrhunderts Greifswald ganz oder partiell 23 Dörfer (S. 64 f.). Zum Vergleich sei hier angeführt, daß Erfurt, das durch sein gewaltiges ländliches Territorium weithin bekannt war, um 1470 schon 95 oder 97 Ortschaften³⁹ und Mühlhausen in Thüringen 19 Dörfer⁴⁰ in Besitz hatte.

Fritze charakterisiert den Landbesitzerwerb durch die Städte "als Ausdruck des zähen und hartnäckigen Klassenkampfes zwischen Städtebürgertum und Adel im Mittelalter" (S. 68), welche den kostspieligen Aufwand des Landerwerbs häufig auch deshalb betrieben, um die Sicherheit der für die Stadt lebenswichtigen Verkehrs- und Handelswege zu gewährleisten. So wurden mitunter auch feudale Burgen und Befestigungsanlagen in der Nähe von Straßen erworben (S. 68). H. Schmolz

39 Vgl. Oergel, Georg, Das ehemalige Erfurtische Gebiet, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt, Nr. 24/1903, S. 165 f.

40 Vgl. Lösche, Dietrich, Zur Lage der Bauern im Gebiet der freien Reichsstadt Mühlhausen i. Th. im 15. und 16. Jahrhundert, phil. Diss. Berlin 1961, S. 17 - 20 (Ms.).

Breiten Raum in der Erörterung nimmt die ökonomische Bedeutung des städtischen Landeigentums ein. Diese Ländereien stellten nämlich nicht nur eine ansehnliche Versorgungsbasis oder ein Arbeitskräftereservoir zur Bestreitung größerer kommunaler Bauvorhaben dar, sondern sie waren vor allem eine beträchtliche Einnahmequelle, so daß Fritze darauf besteht, die Lage der unter der Stadtherrschaft stehenden Bauern keineswegs als günstig zu bewerten (S. 72). So kann der Verfasser beispielsweise beweisen, daß die ländlichen Produzenten des Rostocker Kämmereidorfes Kassebohm im 15. Jahrhundert höhere Abgaben an die Stadt zu entrichten hatten als wohlhabende Kaufmannsfamilien (S. 74 f.). Obwohl die Landbesitzungen städtischer Institutionen und Korporationen im wesentlichen ausschließlich wirtschaftlichen Zielen dienten, besonders der Selbstversorgung dieser Einrichtungen, kann Fritze die recht hohen Belastungen deren bauerlichen Untertanen herausarbeiten, die teilweise im 14. und 15. Jahrhundert zu einer relativ weitverbreiteten Fluktuation von Hospitalbauern führte (S. 81 - 83).

Was den privatbürgerlichen Landbesitz angeht, so stand dieser im Gebiet der südwestlichen Ostseeküste in keiner Weise dem städtischen oder institutionellen nach. Er war lediglich in der Regel durch einen höheren Grad der Mobilität gekennzeichnet (S. 92), diente aber der "lang- oder kurzfristigen, relativ risikoarmen und dabei doch gewinnbringenden Anlage von Kapital" (S. 91). Fritze schreibt damit dem bürgerlichen Landbesitz die Funktion von Banken zu. Die Landkapitalanlagen erhöhten die Kreditwürdigkeit der Kaufleute und brachten bedeutende Sicherheiten bei Kreditgeschäften. Nur, scheint es, ist damit die eingangs gestellte Frage, warum bis ins 16. Jahrhundert hinein "immer wieder so beträchtliche Teile des zumeist im Handel erworbenen Kapitals in der feudalen Landwirtschaft angelegt wurden" (S. 12), noch nicht vollständig beantwortet. Ist es in dieser Zeit, und besonders in diesem geographischen Raum mit seinem vordergründig handelsorientierten Städtebürgertum, nicht in Ermangelung von anderen größeren und lohnenderen Kapitalanlagemöglichkeiten zu diesem Zustand gekommen? Es wäre sicher denkbar, daß künftig näher zu erforschende Stadt-Land-Beziehungen in anderen Gebieten, etwa im thüringischen und sächsischen Bereich, in welchem schon früh in stadtnahen oder -ferneren Räumen die Nutzung bestimmter natürlicher Ressourcen das wirtschaftliche Gesicht verändern halfen, neue und weiterreichende Anlagemöglichkeiten für Handelskapital nachgewiesen werden können, die damit auch dem Grundcharakter der Epoche, nämlich dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, gemäßer wären. So hatten zu Anfang des 16. Jahrhunderts vierzig Erfurter Bürger eben nicht nur Kapital in Ländereien angelegt, sondern ebenso im Schneeberger Silberbergbau. 42

Die Frage, ob die Anlage von Städtebürgerkapital auf dem Lande produktionsfördernd gewirkt hat, wird von Fritze auch nur insofern positiv beantwortet, als durch die Forderung nach Geldrente dieser als der progressivsten Form der Feudalrente zur Vorherrschaft verholfen und damit das Interesse der bauerlichen Produzenten an der Erzeugung von Überschüssen unterstützt wurde. Ansonsten kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß die Anlage von Bürgerkapital die Organisation der Produktion, die Produktionsbedingungen auf dem flachen Lande, nicht verändert hat, und damit könne diese Form der Kapitalanlage nicht als echte In-

41 Vgl. die Diskussion in Maschke, Erich/Sydow, Jürgen, a. a. O., S. 283.

42 Vgl. Stadtarchiv Erfurt, Handschriften B, VI, 1.

vestition angesehen werden (S. 96 f.). Bevor auf diesen Sektor ein endgültiges Urteil gesprochen wird, sollten Untersuchungen aus anderen Gebieten abgewartet werden. So wäre es beispielsweise denkbar, daß die von den Waidjüngern Erfurts angereizte erhöhte Waidproduktion der Bauern dieses Gebietes letzten Endes produktionsfördernd wirksam war. Wenn andererseits der Rat von Erfurt 1355 den Ankauf von einer Hufe Land in der Wüstung Erfwinden am Seeberg veranlaßte, so tat er das vor allem mit der Absicht, einen Sandsteinbruch, der für städtische Bauzwecke erforderlich war, zu erschließen. 43

Im letzten Kapitel behandelt Fritze die sozialen und politischen Konsequenzen der Stadt-Land-Beziehungen. Er betont, daß man diese trotz der Tatsache des gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins der Stadtbürger und Bauern differenziert bewerten muß. Vor allem unterstreicht er die im 15. und 16. Jahrhundert zunehmend größer werdende Kluft zwischen beiden Seiten und sieht diesen Prozeß im Zusammenhang mit der einsetzenden Stagnation der mittelalterlichen Hansestädte an der südwestlichen Ostseeküste (S. 110). Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß der Land- und Rentenbesitz zu einer Verstärkung der feudalen Züge des mittelalterlichen Städtebürgertums (S. 101) führte, wobei gleichzeitig der städtischen Produktionssphäre viel Kapital entzogen wurde, was wiederum der Entwicklung neuer, kapitalistischer Elemente nicht förderlich gewesen ist. Dabei erklärt er die Ursache dieses Phänomens damit, "daß die Land- und Rentenbesitzer erwerbenden Bürger stets in erster Linie als Kaufleute handelten" (S. 102), deren Ziel nicht die Produktionssphäre war.

Abgesehen davon, daß hier ohnehin Forschungen über andere Gebiete weiteren Aufschluß geben müssen, sollte doch zumindest überlegenswert erscheinen, ob nicht auch die Stadt-Land-Beziehungen im Hansegebiet Elemente der Zersetzung der feudalen Produktionsweise in sich bargen. So ist der Warencharakter des Grund und Bodens nicht zu übersehen. Andererseits entwickelten sich die Marktbeziehungen zwischen der Stadt und den Bauern in diesem Zeitraum weiter, das heißt der Aspekt, den A. Laube mit dem "inneren Markt" faßt, worunter er die soziale Basis des Marktes, nämlich die Einbeziehung aller Klassen und Schichten bis hin zum letzten ländlichen Produzenten in den Marktbereich, verstanden wissen will. 44 Schließlich erwarben Bürger anderer Städte Grund und Boden nicht nur, um sich in den Besitz von Feudalrente zu bringen, sondern um ihr Kapital im Bergbau oder Hüttenwesen arbeiten zu lassen. So belehnte zum Beispiel der hessische Landgraf Wilhelm der Mittlere im Jahre 1493 Hans Kammerforst von Mühlhausen mit dem Hopfberg neben der Aue im Amt Schmalkalden, damit dieser dort ein neues Bergwerk ("es sei golt, silber, kopfer oder ander metall") einrichten konnte. 45 Die Grafen von Henneberg gaben andererseits im Jahre 1495 den sechs Schmalkalder Bürgern Hans Ludewig, Peter Judtt, Peter Beder, Claus Oley, Endres Mülner und Hans Schmalwasser das Eisenbergwerk im Amt Wallenburg von der Laudenschmiede bis an der Scheerschmiede Weg zu Erblehen. 46

43 Vgl. Oergel, Georg, a. a. O., S. 189.

44 Vgl. Laube, Adolf, Zu einigen Problemen des "Frühkapitalismus" in Deutschland, in: Haupttendenzen der europäischen Stadtgeschichte im 14. und 15. Jahrhundert, T. 1, 2. Arbeitstagung der Forschungsgruppe Stadtgeschichte der Pädagogischen Hochschule "Erich Weinert" Magdeburg am 23. und 24. Oktober 1972 in Magdeburg, Magdeburg 1974, S. 97.

45 Vgl. Staatsarchiv Marburg, Lehnbuch L 5 Landgraf Wilhelm d. M., Bl. 27 f., 71.

46 Vgl. Hennebergisches Gemeinschaftliches Archiv Meiningen VII, A III, 212.

Fritze beobachtet eine Verschlechterung der Situation der Bauernschaft, die mit der Erringung der wirtschaftlichen Hegemonie des Städtebürgertums über das flache Land konform ging. Es kamen Aufkaufs- und Verkaufsmonopole auf. Mit dem für privatbürgerlichen Grundbesitz charakteristischen raschen Wechsel von Kauf und Wiederverkauf ergaben sich eine Reihe von nachteiligen Folgen für die Bauern. Die Pachtverträge der Bauern wurden in der Regel kurzfristiger. Die zunehmende Durchdringung des flachen Landes seitens der von den Städten ausgehenden Geldwirtschaft führte zu erhöhter Besitzdifferenzierung der bäuerlichen Bevölkerung (S. 105). Die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte wurden in der Stadt von den ökonomisch überlegenen Bürgern diktiert.

Auch für diesen Teil der Stadt-Land-Beziehungen tut sich für künftige Forschungen noch ein reichhaltiges Betätigungsfeld auf, um vor allem auch mehr Klarheit hinsichtlich der Lebensverhältnisse von Bauern unter städtischen bzw. einzelbürgerlichen Grundherren einerseits bzw. adligen oder geistlichen Feudalherren andererseits zu gewinnen. D. Lösche hat beispielsweise den ländlichen Produzenten des Gebietes der Stadt Mühlhausen in Thüringen, die dem Rat der Stadt als dem Grundeigentümer untertan waren, verglichen mit denen, die adlige oder etwa geistliche Herren hatten, die günstigeren Abgabenverhältnisse eingeräumt⁴⁷, wobei von den Abgaben allein noch kein einigermaßen vollständiges Bild über die bäuerlichen Verhältnisse im direkten Einflußbereich städtischen oder bürgerlichen Grundeigentums zu gewinnen ist.

Resümierend gilt es festzuhalten, daß wir in der Studie K. Fritzes eine gediegene Arbeit vor uns haben, die zu einer möglichst allseitigen Einschätzung der in der Geschichtswissenschaft noch viel zuwenig beachteten Stadt-Land-Beziehungen im Raum der südwestlichen Ostseeküste vom 13. bis zum 16. Jahrhundert gelangt. Besonders begrüßenswert und dem weiteren Fortgang der Forschungen auf diesem Sektor außerordentlich dienlich scheint zu sein, daß es der Verfasser unternimmt, neben den wirtschaftlichen auch die politischen, sozialen, militärischen und demographischen Aspekte der Stadt-Land-Beziehungen zu erörtern. Die Arbeit verrät den ausgezeichneten Kenner der Quellen ebenso wie den soliden Fachmann.

Wie wichtig die Problematik der Stadt-Land-Beziehungen, vor allem hinsichtlich der weiteren Erforschung der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus, ist, beweist nicht zuletzt die Tatsache, daß sich die 22. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft vom 13. bis 15. September 1977 in Rostock eigens mit dieser Frage beschäftigte. Die Untersuchungen K. Fritzes für den Hanseraum sollten Anlaß genug sein, die Beziehungen zwischen dem Städtebürgertum und den ländlichen Produzenten des stadtnahen Territoriums auch für andere Gebiete näher zu erforschen, wobei - gerade im Hinblick auf die Übergangsproblematik zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen - unter anderem die Frage im Auge zu behalten ist, ob die Anlage von Bürgerkapital auf dem Lande stabilisierend oder zersetzend auf die Feudalbeziehungen gewirkt hat, ob sie als produktionsfördernd oder -hemmend einzuschätzen ist.

⁴⁷ Vgl. Lösche, Dietrich, Zur Lage der Bauern im Gebiet der ehemaligen freien Reichsstadt Mühlhausen i. Thür. zur Zeit des Bauernkrieges, in: Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland, hg. v. Gerhard Brendler, Berlin 1961, S. 66.

BETRIEBSGESCHICHTE

6. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte

(11. bis 14. April 1978 in Rostock)

Prof. Streisand, Präsident der Historiker-Gesellschaft der DDR, betonte in seiner Eröffnungsrede die große Aktivität der noch relativ jungen Fachkommission, deren Tätigkeit offensichtlich einem besonderen Bedürfnis entgegenkomme.

Die Rostocker Konferenz beschäftigte sich mit drei Hauptthemen:

1. die Aufgaben der Betriebsgeschichtsschreibung in Vorbereitung des 30. Jahrestages der Gründung der DDR;
2. Betriebsgeschichte in der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie;
3. Erfahrungsaustausch über Probleme der Betriebsgeschichtsarbeit.

Zum ersten Thema sprach Ernst Diehl, Mitglied des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Rates für Geschichtswissenschaft. Er ging davon aus, daß die Betriebsgeschichte große Möglichkeiten habe, zur Vorbereitung des 30. Jahrestages der DDR-Gründung beizutragen. Gleichzeitig trage sie die besondere Verantwortung, diese Möglichkeiten auch zu nutzen.

Im ersten Abschnitt seiner Ausführungen legte Diehl sechs Grundüberlegungen dar, Richtpunkte, die die Betriebshistoriker bei der Vorbereitung des 30. Jahrestages beachten müssen:

1. Die Gründung der DDR sei ein Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes. Man müsse also die historischen Wurzeln, den geschichtlichen Vergleich mit der Zeit vor 1945 in die Untersuchungen einbeziehen.
2. Mit den Mitteln der Betriebsgeschichte müsse gezeigt werden, daß das sozialistische Vaterland das Ergebnis der Anstrengungen aller Klassen und Schichten, der Millionen Werktätigen unter der Führung der SED sei. Keine Tat dürfe gering geachtet werden, die Würdigung aller Anstrengungen sei gerade in der Betriebsgeschichte möglich und notwendig.
3. Die Betriebsgeschichte müsse zeigen, daß im sozialistischen Staat der DDR nicht nur alles durch die Massen, sondern auch für die Massen geschieht. Dabei sind die Jahre seit dem VIII. Parteitag der SED die erfolgreichsten. Dennoch dürfen die früheren Etappen in der betriebsgeschichtlichen Darstellung nicht vernachlässigt werden, die diese Erfolge historisch mit vorbereitet haben.
4. Jede Betriebsgeschichte müsse die Dialektik der Entwicklung ausschöpfen. Die Darstellung müsse zeigen, daß um die Erfolge gekämpft wurde und wie die Probleme gemeistert wurden; sie müsse gleichzeitig die Werktätigen auf die künftig zu erwartenden Mühen vorbereiten.
5. Die Betriebsgeschichte müsse zeigen, daß sich der Sozialismus nur in harter Auseinandersetzung mit den reaktionären Kräften in der BRD durchgesetzt hat.

6. Bei der Auseinandersetzung mit antikommunistischen und antisowjetischen Kräften oder Haltungen sei es wichtig, anhand von Tatsachen zu beweisen, daß das Bündnis der DDR mit der Sowjetunion Kraftquell unserer Entwicklung war, ist und immer sein wird, wie die Entwicklung der DDR dadurch beeinflußt wird, daß sie fest in der sozialistischen Staatengemeinschaft verankert ist, und wie sie als Bestandteil dieser Gemeinschaft dazu beigetragen hat, den revolutionären Weltprozeß mit voranzutreiben.

Diehl ging dann auf die große Bedeutung ein, die die "Geschichte der SED" bei der Vorbereitung des 30. Jahrestages der DDR hat, auf die Möglichkeiten, die dieses Buch zur Vertiefung der betriebsgeschichtlichen Arbeit bietet, sowie auf die Verantwortung, die den Historikern, Propagandisten usw. daraus erwächst. Es sei notwendig, daß alle Betriebsgeschichtskollektive sich möglichst rasch und gründlich mit den Überlegungen des Abrisses der Geschichte der SED vertraut machen. Die geistige Verarbeitung seines Inhaltes müsse gleichzeitig mit einer intensiven Verbreitung der Ideen des Werkes verknüpft werden.

Diehl legte ausführlich die Bedeutung dar, die das Werk für alle Mitglieder und Kandidaten der SED, aber auch für die politische Massenarbeit unter den Parteilosen hat, wobei er besonders dessen Rolle für die junge Generation hervorhob. Die Jugend kenne die Entwicklung der Partei und des Landes nicht aus eigenem Erleben, müsse sie sich als "Geschichte" aneignen. Hierin sah Diehl eine besondere Verpflichtung auch für die Betriebsgeschichte.

In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Referent die Gliederung des Werkes, einige inhaltliche Komplexe sowie methodische Fragen der Darstellung, die Grundlage der Auswertung des Abrisses in den Betriebsgeschichtskollektiven sein müssen. Die Einschätzungen, die in der "Geschichte der SED" zum Beispiel über die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, über die II. Parteikonferenz, über die sechziger Jahre und andere Ereignisse und Entwicklungsprozesse bis zum VIII. Parteitag, der Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, gegeben werden, sind die Basis für die Bewertung der Wirkungen dieser Ereignisse und Prozesse in jedem einzelnen Betrieb und in jeder Parteiorganisation. Diehl betonte in diesem Zusammenhang nochmals die Wechselwirkung, die daraus entsteht, daß der Kampf der SED einerseits als Teil der internationalen Bewegung in den revolutionären Weltprozeß eingeordnet ist, andererseits die SED zunehmend mit eigenen Beiträgen an der revolutionären Weltbewegung teilnimmt. Dieser doppelte internationalistische Gesichtspunkt der Parteigeschichte müsse auch in den Betriebsgeschichten Ausdruck finden.

Diehl lenkte die Aufmerksamkeit auf den opferreichen Kampf der DDR gegen den Imperialismus an der Nahtstelle zwischen imperialistischem und sozialistischem Lager, die immer umfassendere Ausschöpfung der marxistisch-leninistischen Theorie im Verlaufe der historischen Entwicklung und die Weiterentwicklung dieser Theorie im praktischen Kampf sowie auf die Frage der Macht in den einzelnen Etappen der historischen Entwicklung. Er wies nach, daß der Abriß der Geschichte der SED die wichtigsten Grundzüge, Hauptrichtungen und Ergebnisse der Politik der SED auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens vermittelt. Dabei sei die Darstellung der einzelnen Seiten immer als Teil der Gesamtstrategie, die Partei als Vorhut und zugleich als Teil der Arbeiterklasse und aller Werktätigen dargestellt. Für jeden historischen Zeitraum in der Geschichte der SED wird gezeigt, wie die Partei die Massen zur Lösung großer Aufgaben mobilisierte und gleichzeitig neue Aufgaben stellte.

Abschließend ging Diehl auf die Überlegungen ein, die im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED aufgrund des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED zur Betriebsgeschichtsarbeit angestellt und bereits mit den leitenden Funktionären der Kommissionen für die Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und Betriebsgeschichte in den Bezirksleitungen beraten worden sind. Der Beschluß markiere langfristige Richtlinien für die betriebsgeschichtliche Arbeit, sowohl was die organisatorische als auch was die inhaltliche Seite der Tätigkeit betrifft, und habe sich bereits in der kurzen Zeit seines Wirkens als aktivierendes Mittel erwiesen.

Zum zweiten Hauptthema der Konferenz hielt Alfred Loesdau (Berlin) das Hauptreferat. Er formulierte als wichtige Aufgabe der Betriebsgeschichtskollektive, die betriebsgeschichtliche Arbeit enger mit der Kritik an der bürgerlichen Geschichtsideologie zu verbinden und behandelte dabei vier Schwerpunkte:

1. Anforderungen an die ideologischen Auseinandersetzungen in der Gegenwart,
2. zur Analyse und Kritik der bürgerlichen Geschichtsideologie in den siebziger Jahren,
3. die Rolle der imperialistischen Konzernideologie unter dem Aspekt der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus,
4. zur ideologischen Auseinandersetzung in den Betriebsgeschichten und Traditionskabinetten der volkseigenen Betriebe. +

In der Diskussion zum Referat trug zunächst H.-Rainer Baum (Berlin) Ergebnisse von Untersuchungen zur Sozialpolitik, wie sie in der Unternehmensgeschichte der BRD dargestellt ist, vor. Am Beispiel des Siemens-Konzerns und anderer Großunternehmen zeigte Baum, daß die Unternehmer an echte Interessen der Arbeiterklasse anknüpfen und soziale Maßnahmen für einen Teil der Belegschaft zur ideologischen Beeinflussung der Arbeiter ausnutzen, um sich eine willfähige Stammebelegschaft zu schaffen und zu versuchen, den Klassenkampf einzudämmen oder zu verhindern. Dieses "Zuckerbrot" verändert zwar die Lage der Arbeiterklasse in ihrem Wesen nicht, soll sie aber korrumpieren und spalten. Wo das nicht gelingt, wird die "Peitsche" - Aussperrungen und Entlassung der konsequentesten Vertreter der Arbeiterklasse - geschwungen.

Mit dem Prinzip des demokratischen Zentralismus und der sozialistischen Demokratie, das zu den wichtigsten Grundzügen der Machtausübung der Arbeiterklasse in der DDR gehört und deshalb mit am stärksten durch die bürgerliche Ideologie attackiert wird, beschäftigte sich Rosemarie Kubatzki (Berlin). Sie stellte dar, wie durch die bürgerlichen Ideologen ein Gegensatz zwischen Arbeitern und Leitern, zwischen Partei und Werktätigen usw. konstruiert wird, um die sozialistische Demokratie zu diffamieren. Kubatzki zeigte das vor allem an Beispielen aus dem Gebiet der Planung.

Hubert Dörr (Gröditz) ging auf die Darstellung der Zeit des Faschismus, besonders der Lage der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen im Flick-Konzern, durch die bürgerliche Firmengeschichtsschreibung ein. Verbrechen wie brutale Ausbeutung, grausamer Terror und selbst die Ermordung von 186 ausländischen Arbeitern finden in der in der BRD erschienenen Flick-Biographie auch nachträglich keine Verurteilung. Sie werden bestritten oder verfälscht. Von 400 Seiten

+ Die Ausführungen Alfred Loesdaus werden in einem der nächsten Bände des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte veröffentlicht.

der Prozedur sind ganze 10 Zeilen der Lage, der Unterdrückung und dem Tod von fast 200 ausländischen Arbeitern gewidmet. Dörr führte aus, daß die Prozeßführung durch die USA im Nürnberger Flick-Prozeß nicht nur zu unerhört milden Urteilen geführt, sondern auch die spätere Darstellung durch die bundesdeutsche Historiographie geprägt habe.

Wilfried Bergmann (Berlin) griff die Ausführungen von Loesdau über die Rolle der DDR-Forschung in der BRD auf und berichtete über eine Reihe von Veröffentlichungen, die neue Tendenzen in den Versuchen zur ideologischen Beeinflussung der DDR erkennen lassen. In allen diesen Schriften wird die BRD als bisheriger Höhepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes, die DDR als Fehlentwicklung und als geschichtsloser Staat dargestellt. Es wird verschwiegen, daß die DDR als legitimer Fortsetzer aller revolutionären Traditionen Deutschlands das Vermächtnis der besten Söhne des deutschen Volkes erfüllt hat.

Da auch die bürgerliche Historiographie die Erfolge und die Entwicklung der DDR nicht mehr leugnen kann, greift sie einseitig bestimmte Teilprobleme auf, verabsolutiert sie und verfälscht so die Darstellung. So entsteht das Bild, daß die DDR eine Industriegesellschaft sozialistischen Typs sei, gekennzeichnet durch bestimmte Fortschritte, aber auch durch unüberwindbare Widersprüche. Man bescheinigt der DDR wirtschaftliche Erfolge und ihren Bürgern ein hohes Staatsbewußtsein, versucht aber gleichzeitig, den Boden für eine Verwandlung der DDR in einen Teil der BRD vorzubereiten. Darin offenbart sich die reaktionäre und konterrevolutionäre Zielstellung der bürgerlichen DDR-Forschung in der BRD. Hauptzielpunkt ihrer Angriffe - so wies Bergmann nach - ist die politische Macht und Herrschaft der Arbeiterklasse, die in Frage gestellt oder geleugnet wird - selbst der Begriff Arbeiterklasse wird vermieden, umschrieben, durch andere unklare Begriffe und Definitionen ersetzt.

Die wahrheitsgetreue Darstellung der Rolle der Arbeiter in der DDR anhand konkreter Beispiele aus der Geschichte der Betriebe sei die beste Methode, die bürgerlichen Entstellungen und Behauptungen zu widerlegen und zu zeigen, wie die Arbeiterklasse ihre führende Rolle verwirklicht. In diesem Zusammenhang ging Bergmann auf die Theorie der bürgerlichen Historiker ein, die wissenschaftlich-technische Revolution führe dazu, daß nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern die Intelligenz die führende Rolle im Sozialismus spielen müsse. Die Betriebsgeschichte könne solche konstruierten Gegensätze widerlegen und einen wirksamen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie leisten.

Hans-Otto Gericke (Magdeburg) sprach über Probleme bei der praktischen Durchführung der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie. Während die Darlegungen zu bürgerlichen Einflüssen oft stark generalisierend angelegt sind, gehe die Aufzeichnung betrieblicher Ereignisse stark in Einzelheiten. Gericke forderte, eine enge Verbindung zwischen allgemeinen und detaillierten Ausführungen zu schaffen. Eine Schwierigkeit bestehe für die Betriebshistoriker darin, daß die Argumente und der Einfluß der bürgerlichen Ideologie nicht unbedingt aus dem Archivmaterial erschlossen werden könnten. Dazu sei es notwendig, weitere Quellen heranzuziehen. Gericke verwies in diesem Zusammenhang auf die Informationsberichte der Parteiorganisationen an die übergeordneten Leitungen sowie auf Tageszeitungen, aus denen ebenfalls solche Fragestellungen hervorgehen.

Gericke zeigte an Beispielen aus den sechziger und siebziger Jahren, mit welchen Argumenten der Klassengegner versuchte, die Arbeitshaltung der Werktätigen zu untergraben, und wie sich die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen

Ideologie in den betriebsgeschichtlichen Darstellungen über die Betriebe des Magdeburger Schwermaschinenbaus widerspiegelt.

Ausführungen zur Verwirklichung des Beschlusses, den das Sekretariat des ZK der SED im Juni 1977 zur Erforschung und Propagierung der Betriebsgeschichte faßte, sowie zu einigen Fragen der Führungstätigkeit auf diesem Gebiet machte Hans-Joachim Krusch (Berlin). Er erläuterte, daß der Beschluß eine langfristige Orientierung für die betriebsgeschichtliche Arbeit und die Möglichkeit gibt, eine neue Qualität in der Erforschung der Betriebsgeschichte sowie bei ihrer Nutzung für die Propaganda und die ideologische Auseinandersetzung zu erreichen.

Der Beschluß legt die Verantwortlichkeit der Betriebsparteiorganisationen für die Betriebsgeschichte fest und überträgt dem Institut für Marxismus-Leninismus die Leitung auf zentraler Ebene. Das Institut übt seine Funktion über einen Problemrat aus, der dem Rat für Geschichtswissenschaft unterstellt ist.

Große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Betriebsgeschichte komme den Geschichtskommissionen der Partei zu, die bei allen Betriebs- und Kreisleitungen der SED geschaffen und sich zu Hauptträgern der betriebsgeschichtlichen Propaganda entwickeln werden. Dabei wird als entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung der Richtlinien des ZK eine enge Zusammenarbeit aller Gremien angestrebt, die sich bisher mit Betriebsgeschichte befaßt haben.

Als ein wichtiges inhaltliches Problem erachtet das IML die planmäßige Einbeziehung auch der Betriebsgeschichtskommissionen in die weitere Erforschung der Geschichte der SED.

Krusch betonte die großen Verdienste, die sich das Institut für Wirtschafts- und Betriebsgeschichte bei der Akademie der Wissenschaften und die Historiker-Gesellschaft der DDR bisher auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte erworben haben. Die Tätigkeit dieser Institutionen bleibe auch weiterhin von Bedeutung, wie alle bisher bewährten Formen und Methoden der Arbeit beibehalten und weiterentwickelt werden sollen. Die Tätigkeit der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft müsse sich in konsequenter Verwirklichung des Sekretariatsbeschlusses des ZK in Zukunft auch auf bisher weniger beachtete inhaltliche Fragen erstrecken, zum Beispiel auf die Geschichte der landwirtschaftlichen Betriebe.

Eingeordnet in die Aufgabenstellung der Parteipropaganda sei - wie Erich Honecker auf der Beratung mit den Ersten Kreissekretären der SED dargestellt hat - die patriotische Erziehung der Bürger der DDR. Gestützt auf den Sekretariatsbeschuß, stehe vor den Betriebsgeschichtskommissionen die Aufgabe, mit den Mitteln der Betriebsgeschichte zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins der Bürger, vor allem der Jugend, beizutragen. Als wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der inhaltlichen Arbeit innerhalb der Betriebsgeschichtskommissionen bezeichnete Krusch die Aneignung der dem Abriß der Geschichte der SED zugrundeliegenden Konzeption und ihre Umsetzung in der betriebsgeschichtlichen Arbeit. Der Abriß könne, so betonte Krusch, in keiner Weise eine Betriebsgeschichte oder die Geschichte einer Betriebsparteiorganisation ersetzen. Aufbauend auf diesem Fundament, sei es aber notwendig und besser denn je möglich, die betriebsgeschichtliche Arbeit voranzubringen und eine lebendige Geschichtspopaganda zu betreiben. Grundorientierungen, die im Abriß vermittelt werden, sind nicht von den Erfahrungen und Traditionen der Betriebe zu trennen. Erfahrungen und Traditionen der Gesamtpartei müssen durch die Darstellung der Geschichte der Betriebsparteiorganisationen konkretisiert werden.

Über Erfahrungen bei der Neuorganisierung der betriebsgeschichtlichen Arbeit auf der Grundlage des Beschlusses des Sekretariats des ZK sprach Elke Puds-zuhn (Suhl). Die Bezirksleitung Suhl der SED führte einen Lehrgang für die in den Kreisen und im Bezirk sowie in den Betrieben verantwortlichen Genossen für die betriebsgeschichtliche Arbeit durch, legte Schwerpunkte fest, in denen Betriebsgeschichtskommissionen neu zu bilden sind, und aktivierte die betriebsgeschichtliche Arbeit. Erste Forschungsergebnisse liegen inzwischen vor und sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden.

Brigitta Schneider (Eisenhüttenstadt) berichtete über die Erarbeitung der Betriebsgeschichte und die Errichtung des Traditionskabinetts sowie darüber, wie beide zurückwirken auf eine weitere Verbesserung der betriebsgeschichtlichen Arbeit. Das Eisenhüttenkombinat Ost, Stammbetrieb des Bandstahlkombinats "Hermann Matern", hat bereits zwei Bände mit Ergebnissen der Forschung über seine Geschichte vorgelegt, an einem dritten Band wird gearbeitet.

Eberhard Kaiser (Berlin) sprach zu Problemen der betriebsgeschichtlichen Arbeit aus geschichtsideologischer Sicht; er berichtete über Untersuchungen und Analysen, die in ausgewählten Großbetrieben der Republik im Hinblick auf das Geschichtsinteresse der Werktätigen vorgenommen wurden. 98 Prozent aller Befragten interessierten sich für Geschichte; das Interesse an der Betriebsgeschichte rangierte in allen Analysen an führender Stelle. Das weist auf die Bedeutung dieser Arbeit und die Verantwortung hin, die auf den Betriebsgeschichtskommissionen ruht. Kaiser hob die Notwendigkeit hoher Qualität und großer Attraktivität von Traditionskabinetten und Betriebsmuseen hervor. Er ging darauf ein, wie das Gefühl des Stolzes auf ihren Betrieb bei den Werktätigen entwickelt werden kann, indem die Betriebsgeschichte anschaulich die Mühen zeigt, unter denen Schwierigkeiten überwunden wurden, sowie auf den Beitrag, den die Betriebsgeschichte zur ideologischen Auseinandersetzung leisten kann, indem sie den Werktätigen hilft, sich im ideologischen Klassenkampf zurechtzufinden.

Irmtraud Dalchow (Halle) berichtete über die Tätigkeit der auf der Grundlage des Beschlusses des Sekretariats des ZK gebildeten Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte bei der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung im Bezirk Halle.

Den zweiten Teil ihres Diskussionsbeitrages widmete Dalchow der Problematik der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie. Sie ging davon aus, daß nur wenige Betriebe der Stadt Halle aus großen Konzernbetrieben entstanden sind, daß aber dennoch auch in den anderen Betrieben Probleme der Konzernideologie eine Rolle gespielt haben. Als Beispiel führte sie die Vorgängerbetriebe des VEB Maschinenfabrik Halle an, in denen es bereits in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Methoden der "Gewinnbeteiligung" gegeben habe und sich eine Arbeiteraristokratie herausgebildet hatte. Aus den Akten geht hervor, daß der Betrieb sich an den Krupp-Konzern wandte, um von dessen Erfahrungen bei der Bildung eines Werkvereins zu profitieren.

Dalchow ging dann auf die veränderte Position der Firmengeschichtsschreibung in der BRD ein; die sich bemüht, neue Methoden zu finden, um ideologisch auf die Werktätigen der BRD und wenn möglich der DDR einzuwirken. Während bisher die Betriebsgeschichte der DDR als "kommunistisch und klassenkämpferisch und deshalb entwissenschaftlicht" bezeichnet wurde, wird von der Unternehmensgeschichtsschreibung heute der Begriff Betriebsgeschichte auch für die eigene Arbeit angewendet. Das zeige - so betonte Dalchow - den Einfluß der Ideologie

des Sozialismus, aber auch die differenzierteren Methoden, mit denen die Ideologen der BRD versuchen, wirksam zu werden.

Helmut Gast (Leipzig) behandelte die Frage, wie die betriebsgeschichtliche Arbeit noch besser zur Führung der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie, aber auch zur Hervorbringung sozialistischer Verhaltensweisen genutzt werden könne. Gast bezeichnete die Einheit von Erforschung, Darstellung und Nutzung der Betriebsgeschichte für die massenpolitische Arbeit als eine Gesetzmäßigkeit. Er wies darauf hin, daß die betriebsgeschichtliche Arbeit zur Massenbewegung geworden ist, an der sich Werktätige aller Berufsgruppen beteiligen. In diesem Zusammenhang forderte Gast eine bessere Anleitung für die Gestaltung von Traditionskabinetten. Die Broschüre von Hans Radandt, die wichtige Hinweise für das Schreiben von Betriebsgeschichten gebe, behandle die Errichtung von Traditionskabinetten nicht genügend ausführlich.

Heinz Hoffmann (Rostock) sprach über Erfahrungen der Bezirksleitung Rostock der SED bei der Verwirklichung des Beschlusses des Sekretariats des ZK zur Betriebsgeschichte. Der Aufbau der Kommissionen für Betriebsgeschichte und Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung erfolgte dort in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen, wodurch sichtbare Erfolge in der betriebsgeschichtlichen Arbeit erreicht wurden.

Hoffmann wies auf die Notwendigkeit hin, das Geschichtsbewußtsein der Genossenschaftsbauern stärker zu entwickeln. Dieses Gebiet der ideologischen Arbeit sei bisher sehr vernachlässigt worden.

Um die Tätigkeit der Kreisleitungen der SED auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte zu aktivieren - bisher lief die Arbeit nur über die Großbetriebe -, beabsichtige die Bezirksleitung Rostock, jährlich einen einwöchigen Qualifizierungslehrgang an der Bezirksparteischule für alle Kreiskommissionen und auch für Leiter von Betriebsgeschichtskommissionen der Betriebe durchzuführen.

Wichtige Anregungen für die betriebsgeschichtliche Arbeit seien von den Kommissionen zu erwarten, die die Geschichte der ehemaligen Landesparteiorganisationen erforschen. Die Betriebsgeschichtskommissionen sollten unbedingt Verbindung zu ihnen aufnehmen.

Hoffmann plädierte dafür, die Funktion der politischen Leiter stark besuchter Traditionskabinette hauptamtlich zu besetzen. Ihre Auswahl sei in jedem Falle sehr verantwortungsbewußt vorzunehmen.

Der schon zur guten Tradition der Fachkommissionstagungen gewordene Erfahrungsaustausch wurde diesmal auf zweierlei Weise organisiert: Während sich am Abend des ersten Konferenztages diejenigen Teilnehmer, die erstmalig zu einer Konferenz der Fachkommission gekommen waren, die Betriebsarchivare und die Leiter von Traditionskabinetten getrennt trafen, war der letzte Konferenztag dem freien Erfahrungsaustausch aller interessierten Teilnehmer gewidmet. Die Leiter der drei genannten Veranstaltungen informierten im Plenum über die diskutierten Probleme. Die vom Vorsitzenden der Fachkommission Hans Radandt (Berlin) geleitete erste Gruppe hatte sich mit den Fragen beschäftigt:

1. Wie soll die Geschichte der Kombinate geschrieben werden? Welche Rolle sollen die Vorgängerbetriebe in der Betriebsgeschichte des Kombinates spielen?
2. Sind für die Betriebsgeschichte Längs- oder Querschnittsdarstellungen zu bevorzugen?

3. Wie wird das Verhältnis zwischen allgemeiner Geschichte und Betriebsgeschichte in der Darstellung optimal gestaltet?

Ruth Stellmacher (Rostock) leitete die Diskussion über die Gestaltung von Traditionskabinetten, die sich um folgende Fragen drehte:

1. Wie und wie weit soll die Regionalgeschichte, die Geschichte des den Betrieb umgebenden und oft durch ihn besonders geprägten Territoriums in die Betriebsgeschichte einbezogen werden?
2. Wie sollen Traditionskabinette periodisiert sein?
3. Wieviel Aufwand an Material und Geld darf die Gestaltung erfordern? In welchen Abständen sind Aktualisierungen notwendig?
4. Welche Rolle spielt der Ehrenname des Betriebes im Traditionskabinett?

Außerdem beschäftigte sich diese Gruppe mit weiteren Methoden der Gestaltung und Nutzung solcher Kabinette. Aufgrund des großen Bedürfnisses nach verallgemeinerten Erfahrungen aus dieser Arbeit wird eine Broschüre zu diesem Thema erarbeitet und veröffentlicht werden.

Die von Karl-Heinz Kuba (Berlin) geleitete Diskussion der Archivare drehte sich im wesentlichen um Fragen der Beschaffung und Aufbereitung von Quellen, vor allem für die jüngste Zeit. Dabei spielte die Nutzung von Brigadetagebüchern für die Betriebsgeschichte eine wichtige Rolle.

Die Tagung war zeitlich, inhaltlich und von der Teilnehmerzahl her gesehen sehr umfangreich, und es nahmen diesmal in größerem Umfang auch Wissenschaftler und Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen teil, die nicht direkt von Betrieben delegiert worden waren. Hierin deutet sich bereits die weitere Aktivierung an, die die betriebsgeschichtliche Arbeit durch den Beschluß des Sekretariats des ZK der SED erfahren hat und die diesem Teilgebiet der Geschichtswissenschaft in der DDR noch größere Wirksamkeit bei der Erreichung und Verbreitung eines fundierten Geschichtsbewußtseins unter den Werktätigen des Landes verleiht.

Renate Günther

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte
in der Deutschen Demokratischen Republik

(13. Fortsetzung)

von Renate Günther

I Zur Methodik der Betriebs-
geschichtsschreibung

Betriebsgeschichte und Bündnispoli-
tik der Arbeiterklasse. Protokoll-
band der III. Konferenz der Fachkom-
mission Betriebsgeschichte der Histo-
riker-Gesellschaft der DDR und der
Geschichtskommission der Bezirks-
leitung Gera der SED im Juni 1975. -
Berlin/Gera 1975. - 87 S.; 21 cm

Dokumente und Materialien zur Be-
triebsgeschichtsschreibung in der
ČSSR. Übersetzungen. Hrsg.: Zen-
tralbibliothek der Gewerkschaften,
Zentrales Gewerkschaftsarchiv. -
(Berlin) April 1978. - 46 Bl.; Ms.
vervielf.; 29 cm

Neumann, Manfred: Traditionskabi-
nette: Bedeutung, Aufgaben, Aufbau.
Die Bedeutung von Traditionskabinet-
ten in mittleren volkseigenen Betrie-
ben der Industrie, dargestellt am Bei-
spiel der Betriebstraditionskabinette
des Bezirks Neubrandenburg; (Arbeits-
material für Parteiorganisationen.)
Hrsg. v. d. Bezirksleitung Neubranden-
burg der SED, Bezirkskommission
zur Erforschung der Geschichte der
Örtlichen Arbeiterbewegung in Ver-
bindung mit dem Kulturhistorischen
Museum Neubrandenburg. - Neubran-
denburg 1976. - 23 S.; Ill.; 30 cm

Pretsch, Gerhard: Auswahlbibliogra-
phie zur Regional- und Betriebsge-
schichte. Hrsg.: Zentraler Fachauss-
schuß Heimatgeschichte/Ortschronik
der zentralen Kommission Natur und
Heimat des Präsidialrates des Kultur-
bundes der DDR. - Berlin 1976. -
27 S. = Beiträge zur Heimatgeschich-
te und Ortschronik 3. 1976

II Einzeldarstellungen

LPG Bad Tennstedt

siehe LPG Pflanzenproduktion Bad
Tennstedt

VEB Bodenbearbeitungsgeräte Leipzig
Lucker, Detlef: Der Beitrag der Land-
maschinen- und Traktorenbauer zur
technischen Ausrüstung der Landwirt-
schaft in der Deutschen Demokrati-
schen Republik (1960 - 1970). Eine Un-
tersuchung über die Hilfe der Arbeiter-
klasse für die Klasse der Genossen-
schaftsbauern. - Diss. A. Karl-Marx-
Universität Leipzig 1975. - 186, LXVI
gez. Bl.; Anl. 4^o

Deutsche Post

Weinreich, Gerhard: Geschichte des
Post- und Fernmeldewesens in Daten.
Hrsg. v. Ministerium für Post- und
Fernmeldewesen der DDR, Deutsche
Post, Zentralamt für Berufsbildung.-
Berlin 1976. - 84 S.; 20 cm

Deutsche Reichsbahn
Erfahrungen bei der Anwendung sowjetischer Arbeitsverfahren und -methoden im Eisenbahnwesen. Hrsg.: Politische Verwaltung der Deutschen Reichsbahn. - Berlin 1976. - 78 S.; Ill., graph. Darst.; 21 cm = Schriftenreihe der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Heft 53

Freundschaft der Tat. Dokumentation über die immer enger werdende Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion - dargestellt an Fakten und Ergebnissen im Eisenbahnwesen. (Zusammengestellt von einem Kollektiv unter Leitung v. Horst Spieckermann.) - (Berlin) 1977. - 31 S.; Ill.; 19 cm = Schriftenreihe der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Heft 55

Weisbrod, Manfred/Müller, Hans/Petznick, Wolfgang: Dampflokomotiven der Länderbahnen, der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundesbahn. - Berlin 1976. - 279 S.; Ill.; 22 cm. Bd. 1: Baureihen 01 bis 39

Deutsche Reichsbahn, Reichsbahnausbesserungswerk Wittenberge
100/Hundert/Jahre Reichsbahnausbesserungswerk Wittenberge 1876 - 1976. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation Reichsbahnausbesserungswerk Wittenberge

Deutsche Reichsbahn, Reichsbahndirektionen
Berlin
Auf dem Wege des VIII. Parteitages. Bilanz des Reichsbahndirektionsbezirkes Berlin bei der Erfüllung der Direktive des VIII. Parteitages zum Fünfjahrplan 1971 bis 1975. (Hrsg.: Reichsbahndirektion Berlin, Politische Abteilung, Kommission IX. Parteitag.) - Berlin 1975. - 28 Bl.; Ill.; graph. Darst.; 31 cm (im Umschlag)

Cottbus
Bilanz der Entwicklung des Reichsbahnbezirkes Cottbus seit dem VIII. Parteitag der SED. (Hrsg.: Reichsbahndirektion Cottbus, Abt. Arbeit und Löhne.) - Cottbus 1976. - 21 S.; 20 cm

Schwerin
25/Fünfundzwanzig/Jahre DDR, ein Vierteljahrhundert Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus - 25 Jahre erfolgreiche Arbeit im Reichsbahndirektions-Bezirk Schwerin. Erarbeitet von einem Kollektiv der Reichsbahndirektion Schwerin. Hrsg.: Politische Abteilung, Sektor Agitation/Propaganda der Reichsbahndirektion Schwerin.) - Schwerin 1974. - 95 S.; Ill.; 21 cm

Deutsche Reichsbahn, Strecken
75/Fünfundsiebzig/Jahre mit dem "Rasenden Roland" durch die Insel Rügen. (Verf.: Arbeitsgemeinschaft "Verkehrsgeschichte" Berlin d. DMV d. DDR. Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahnverband der DDR, Bezirksvorstand Greifswald.) - Greifswald 1974. - 32 S.; Ill.; 21 cm

Dörr, Wolfgang/Immisch, Werner:
100/Hundert/Jahre Eisenbahnstrecke Werdau - Weida (1876 - 1976). Hrsg.: Bahnhof Seelingstädt bei Werdau

Hesse, Dieter: 100/Hundert/Jahre Eisenbahn (1877 - 1977) Dürröhrsdorf - Neustadt (Sachs.) - Sebnitz (Sachs.) - Bad Schandau und Bautzen/Sohland - Wilthen - Neukirch (Lausitz - Neustadt (Sachs.)). Hrsg.: Deutsche Reichsbahn, Betriebs- und Verkehrsdienststelle Neustadt (Sachs.)

100/Hundert/Jahre Eisenbahnstreckeneröffnung (1875 - 1975) Karl-Marx-Stadt - Aue (Sachs.). Beiträge zur Geschichte und Gegenwart. Autorenkollektiv. Hrsg.: Rat der Stadt Zwönitz.

Krause Dieter: 90 /Neunzig/ Jahre Schmalspurbahn Radebeul - Radeburg. 1884 - 16. Sept. - 1974. Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahn-Verband der DDR. - 2. Aufl. Dresden 1976. - 14 S.; Ill.; 21 cm

Eisenhüttenkombinat Ost

Die "Saporosher" und das "Protokoll zum IX.". 6 Fragen und Antworten zur Parteitaginitiative der Kaltwalzwerker des Eisenhüttenkombinates Ost, nach Saporosher Art zu arbeiten. Hrsg.: Bezirksleitung Frankfurt (Oder) der SED, Abt. Agitation und Propaganda, Abt. Industrie und Handel, Betriebsparteiorganisation des Eisenhüttenkombinates Ost. - Frankfurt (Oder) 1975. - 15 S.; 21 cm

VEB Filmfabrik Wolfen

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie. Nr. 9: Bericht der Volkswirtschaftlichen Abteilung des IG-Farben-Konzerns. Bestandsnachweis. (Teil 5.) (Hrsg. v. Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat - und dem Zentralen Staatsarchiv Potsdam und unter Mitwirkung des Betriebsarchivs des VEB Leuna-Werke, Leuna-Merseburg sowie des Betriebsarchivs des VEB Chemiekombinat Bitterfeld. Bearb. v. Kurt Metschies, Zentrales Staatsarchiv Potsdam; Willi Zimmermann und Manfred Gill, VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat -). - Wolfen 1976. 31 S.; als Ms. gedr.; 20 cm

Kahnert, Reinhard/Gill, Manfred: Die ökonomisch-soziale Lage der Wolfener Filmarbeiter 1914 - 1923 dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Notgeldausgaben der Agfa. Hrsg.: VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat. Abteilung Öffentlichkeitsarbeit - Betriebsarchiv. - Wolfen 1977. - 84 S.; Ill.; 24 cm = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Nr. 37

Römer, Klaus: Vermittlungsstelle (W)ehrmacht. Zur Rolle der IG-Farben bei der Vorbereitung und Durchführung des II. Weltkrieges. Hrsg.: Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat. - Wolfen 1977. - 64 S.; als Manuskript gedr.; 20 cm = Studie zur Geschichte der chemischen Industrie, Nr. 10

Spezialinventar des Betriebsarchivs VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat - zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1964 - 1967. Bearbeitet von Alfred Neumann und Willi Zimmermann. Hrsg.: Abt. Öffentlichkeitsarbeit - Betriebsarchiv - des VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat. - Wolfen 1977. - 79 S.; 24 cm = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Nr. 38. /Um-schlagt. /: Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1964 - 1967.

Von Freunden lernen. Sowjetische Neuerermethoden und Erfahrungen, nach denen Kollektive und einzelne Werk-tätige im VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat - arbeiten. Hrsg. v. der Kombinatsgewerkschaftsleitung im VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat - anlässlich des 30. Jahrestages des historischen Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg und der Befreiung der Völker vom Faschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee und ihre Verbündeten. - Wolfen 1975. - 24 S.; Ill.; 20 cm

VEB Gustav Fischer Verlag Jena
100 /Hundert/ Jahre wissenschaftliche Verlagsarbeit in Jena. 1878 - 1953 - 1978. (Hrsg. :) Gustav Fischer Verlag. - Jena 1978. - 167 S.; 12 cm

VEB Glaswerk Döbern

Runge, Monika: Die Standortentwicklung der Glasindustrie der Lausitz. Ausgewählte Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte und ihre

Tradition. - Diss. A. Bergakademie
Freiberg 1976. - 29 cm

KAP Kirchheiligen

siehe LPG Pflanzenproduktion Bad
Tennstedt

VEB Kombinat Robotron

Dreyer, Erich: Über die Führung des
sozialistischen Wettbewerbs in den
produktionsvorbereitenden Bereichen
sowie bei der Überleitung neuer Er-
zeugnisse in die Produktion und die
dabei gesammelten Erfahrungen im
VEB Kombinat Robotron. - Diss. A.
Technische Universität Dresden 1975.
- 216 Bl.; Anh.; 29 cm

VEB Kombinat Umformtechnik "Her- bert Warnke" Erfurt

Erfahrungen und Ergebnisse der Ar-
beit der Parteiorganisation des VEB
Kombinat Umformtechnik "Herbert
Warnke" Erfurt bei der umfassenden
Intensivierung = So machen es die
Besten. Hrsg.: Bezirksleitung Erfurt
der SED, Abt. Agitation und Propagan-
da. - Erfurt 1976. - 11 S.; Ill.;
30 cm

Kreisbetrieb für Landtechnik Ober- maßfeld

Die sozialistische Landwirtschaft des
Kreises Meiningen auf dem Weg zur
industriemäßigen Produktion. 1960 -
1975. (Hrsg.: Kreisbetrieb für Land-
technik Obermaßfeld.) - Obermaßfeld
1976. - 36 S.; Ill.; 21 cm

VEB Maschinenfabrik Halle

Dalchow, Irmtraud: Entwicklung der
Wegelin & Hübner AG von den Anfän-
gen bis zum Jahre 1918. Betriebsge-
schichte des VEB Maschinenfabrik
Halle, Teil III. - (Halle 1977.) - 258
S.; Ill.; 21 cm = Aus der Geschichte
der haleschen Arbeiterbewegung.
Hrsg. v. der Stadtleitung Halle der
SED, Bildungsstätte, Kommission
zur Erforschung der Geschichte der
örtlichen Arbeiterbewegung in Zusam-
menarbeit mit dem VEB Maschinen-

fabrik Halle, Nr. 7/2. Auch als Diss.
A. Halle 1976, Bd. 1: 270 S., Bd. 2,
Anh.; Ms. vervielf.; 29 cm

VEB Papierfabrik Weddersleben

siehe VEB Vereinigte Papierfabriken
"Ostharz" Weddersleben

LPG Pflanzenproduktion Bad Tenn- stedt

Die Erfahrungen der Parteiorganisa-
tionen der LPG Pflanzenproduktion
Bad Tennstedt und der KAP Kirchhei-
ligen bei der politisch-ideologischen
Vorbereitung des gemeinsamen Kom-
plexeinsatzes der Technik und der An-
wendung der durchgängigen Schichtar-
beit = So machen es die Besten. Hrsg.:
Bezirksleitung Erfurt der SED, Abt.
Agitation/Propaganda, Abt. Landwirt-
schaft, Abt. Wirtschaftspolitik. - Er-
furt 1976. - 10 S.; Ill.; 30 cm

Reichsbahnausbesserungswerke und Reichsbahndirektionen

siehe Deutsche Reichsbahn

VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau

Automobilbauer einst und jetzt. Hrsg.
v. der Betriebsparteiorganisation der
SED des VEB Sachsenring Automobil-
werke Zwickau. Berlin 1976. - 267 S.;
Ill.

Engewald, Gisela-Ruth: Tendenzen in
der Entwicklung der Produzentenstruk-
tur unter besonderer Berücksichtigung
der Entwicklung der Produktionsarbei-
terinnen im VEB Sachsenring Autom-
obilwerk Zwickau 1963 bis 1972. -
Diss. A. Bergakademie Freiberg
1976. - 214, VI, 56 Bl.; Ill.; 31 cm

VVB Schiffbau

Kalitzky, Christel: Die Entwicklung
der Neuererbewegung bis zum VIII.
Parteitag der SED als Ausdruck des
Schöpferturns der Arbeiterklasse. Ei-
ne Untersuchung am Beispiel von
Hochseewerften der VVB Schiffbau. -

Diss. A. Rostock 1976. - II, 278 Bl.;
30 cm und 11 Bl. Thesen

VEB Schwermaschinenbau "Heinrich
Rau" Wildau

Höhne, Joachim: An keinem Tag ruhte
der Kampf. Der antifaschistische
Widerstandskampf im Wildauer Werk
der Berliner Maschinen AG, vormals
Schwartzkopff. Hrsg.: Kommission
zur Erforschung der Geschichte der
Örtlichen Arbeiterbewegung bei der
Kreisleitung der SED Königswuster-
hausen. - Königswusterhausen 1976.
- 47 S.; 21 cm = Lebendige Geschich-
te, Nr. 2

Staatlicher Forstwirtschaftsbetrieb
Blankenburg/Harz

Morawietz, Bernhard: Analyse der
Entwicklung des Holztransports im
Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb
Blankenburg/Harz von 1960 bis 1970.
- Diss. A. Technische Universität
Dresden 1976. - IV, 179 Bl.; Anh.;
30 cm

Verband der Konsumgenossen-
schaften der DDR

Erfahrungen der Konsumgenossen-
schaften Berlin bei der Aus- und Wei-
terbildung der Werktätigen. Hrsg.:
Verband der Konsumgenossenschaften
der DDR, Fachbereich Kader/Bildung.
- Berlin 1974. - 51 S.; 21 cm

VEB Verbundnetz Elektroenergie

Krüger, Ulrich: Sechs Jahrzehnte
Elektroenergieübertragung. Von
110 000 Volt zu 350 000 Volt. Vorge-
schichte und Geschichte des VEB Ver-
bundnetz Elektroenergie. Unter Mit-
arbeit eines Kollektivs des Betriebes.
Hrsg. v. der Betriebsparteiorganisa-
tion der SED und der Werkdirektion
im VEB Verbundnetz Elektroenergie.
- Berlin 1976. - 149 S.; Ill.; 30 cm

VEB Vereinigte Papierfabriken "Ost-
harz" Weddersleben

Weiß, Wisso/Löbel, Herbert: 25
/Fünfundzwanzig/ Jahre VEB Verei-
nigte Papierfabriken "Ostharz" Wed-
dersleben, 425 Jahre Papierfabrik
Weddersleben 1549 - 1974. Ein Bei-
trag zur Betriebsgeschichte des VEB
Vereinigte Papierfabriken "Ostharz"
Weddersleben. - Weddersleben (1974).
- 41 S.; Ill.; 30 cm

VEB Weimar-Werk, Stammbetrieb des
VEB Weimar-Kombinat, Erfurt

Hammer, Ingo: Aufbau, Anwendung
und ökonomische Wirkung des Quali-
tätssicherungssystems "QSS" im VEB
Weimar-Werk, Stammbetrieb des
VEB Weimar-Kombinat. - Erfurt 1976.
- 87 S.; Ill., graph. Darst.; 21 cm =
Sowjetische Neuereremethoden. Hrsg.:
Bezirksneuererzentrum Erfurt

VEB Zuckerkombinat "F. C. Achard"
Genthin, Betrieb II, Zuckerfabrik
Nauen

VEB Zuckerfabrik Nauen. 1889 bis
1964. (75 /Fünfundsiebzig/ Jahre
Zucker aus Nauen.) - Nauen 1964. -
11 ungez. Bl.; 30 cm

QUELLEN UND MATERIALIEN

Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse
vor dem Ersten Weltkrieg

Eine vornehmlich quantitative Analyse (Rußland)

von Erika Behm / Jürgen Kuczynski

VII. Rußland

Wie in den vorangehenden Studien¹, untersuchen wir auch in dieser die Reflexion der Arbeiterbewegung in Form von Streiks und Aussperrungen während des letzten Jahres vor dem Ersten Weltkrieg (August 1913 bis Juli 1914) in der Regierungspresse, und zwar in der "St. Petersburger Zeitung", die die gemeinsamen Interessen des deutschfreundlichen Flügels am Zarenhof, in der Regierung und der deutschfreundlichen Kreise in Großgrundbesitz und Bourgeoisie vertrat.

Jedoch war die Situation in Rußland eine grundlegend andere als in allen anderen untersuchten und noch zu untersuchenden Ländern. Denn mit Recht überschreibt die neueste "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" den entsprechenden historischen Abschnitt "Das Heranreifen der revolutionären Krise"². Und dann schildert sie:

"Der gemeinsame Kampf, den die Arbeiter der größten Industriezentren im Sommer 1913 führten, und die Ausbreitung der Streikbewegung auf neue Gebiete erweiterten das Kampffeld und hoben die Bewegung des russischen Proletariats auf eine neue Stufe. Die Jahreswende 1913 - 1914 brachte machtvolle Aktionen der Arbeiterklasse. Am 9. Januar streikten und demonstrierten 260 000 Arbeiter von Petersburg, Riga, Moskau, Nikolajew, Warschau, Twer, Kiew, Cherson, Dwinsk und anderen Städten. Große Streiks entbrannten im März 1914 wegen Massenvergiftungen von Arbeitern Petersburger und Rigaer Gummifabriken. Vom 17. bis zum 20. März streikten über 156 000 Arbeiter in Petersburg, über 60 000 in Riga und 10 000 in Moskau.

- 1 Die vorangehenden Studien sind abgedruckt im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 83 - 104 (Ungarn); 1971, T. 3, S. 123 - 130 (Deutschland); 1972, T. 1, S. 215 - 223 (Böhmen und Mähren); 1973, T. 1, S. 99 - 112 (Sachsen); 1974, T. 4, S. 213 - 219 (Rumänien); 1975, T. 3, S. 125 - 138 (Österreich).
- 2 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Bd. 2, Moskau o. J., S. 492.

Nach den Märzaktionen traten über 100 000 Arbeiter von Petersburg und Moskau wegen des Ausschlusses der Arbeiterabgeordneten aus der Reichsduma in den Streik. Mit einer neuen Streikwelle antwortete das Petersburger Proletariat auf den Prozeß gegen Arbeiter der Obuchow-Werke. Am 19. Mai streikten 112 000 Arbeiter, tags darauf 113 000. Das Proletariat reagierte auf jedes Ereignis im innenpolitischen Leben und streikte beim geringsten Anlaß.

Der Kampf der Petersburger Proletarier war beispielgebend für alle Arbeiter Rußlands. Auch im Moskauer Industriegebiet verstärkte sich die Bewegung. Im Mai begann ein Streik der Textilarbeiter in Kostroma. Er griff auf die Gouvernements Moskau und Wladimir über und hatte fast 100 000 Teilnehmer. In der Ukraine, im Kaukasus, im Ural und in den Wolgagebieten erweiterte sich die Bewegung des Proletariats gleichfalls. An den Maidemonstrationen und -streiks von 1914 beteiligten sich mehr als eine halbe Million Arbeiter, darunter fast 250 000 in Petersburg, 44 000 in Riga, 32 000 in Moskau und etwa 20 000 in Transkaukasien. Die Bewegung überschritt bereits die des Jahres 1905. Damals hatten in der ersten Hälfte des Jahres 1 291 000 Arbeiter und Angestellte gestreikt; im ersten Halbjahr 1914 waren es fast anderthalb Millionen. Fast 80 Prozent von ihnen nahmen an politischen Streiks teil . . .

Mit dem Fortschritt der Bewegung wurde die Verbindung zwischen den Städten immer enger, und die lokalen Streiks wuchsen immer häufiger in gesamttrussische hinüber. Besonders eindrucksvoll zeigte sich das beim Gesamtstreik der Erdölarbeiter von Baku, der im Mai begann, ausgelöst durch mehrere Pestfälle im Ölrevier und die erschreckenden Wohnungsverhältnisse. An der Spitze des Streikkomitees standen Bolschewiki. Obwohl mindestens 50 000 Arbeiter streikten, wurden ihre Forderungen abgelehnt und mit Massenentlassungen und -exmitierungen beantwortet. Die Arbeiter erwiderten die Repressalien mit einer Demonstration, die von der Polizei brutal auseinandergetrieben wurde. Über die Stadt wurde der Kriegszustand verhängt.

Die Bolschewiki sorgten dafür, daß der Bakuer Streik das Proletariat des ganzen Landes aufrüttelte. Auf ihren Ruf wurden in den Fabriken und Werken Geldsammlungen zugunsten der streikenden Arbeiter von Baku durchgeführt. In Petersburg, Moskau, Charkow, Kolomna, Kiew, Rostow, Nachitschewan, Nikolajew und anderen Städten begannen Solidaritätsstreiks. Das Petersburger Komitee organisierte am 1. Juli in den Betrieben fliegende Kundgebungen unter den Losungen 'Genossen Bakuer, wir sind mit euch!', 'Der Sieg der Bakuer ist unser Sieg!'. Die Kundgebung von 12 000 Arbeitern der Putilow-Werke wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst. Als die Arbeiter dieses Betriebes sich am 3. Juli erneut versammelten, eröffnete die Polizei das Feuer gegen sie. Das Ergebnis waren 50 Verletzte und zwei Tote.

Das werktätige Rußland war über die Nachricht von diesem Blutbad erschüttert. Am 4. Juli traten 90 000 Arbeiter der Hauptstadt in den Ausstand. Das Petersburger Komitee rief zu einem dreitägigen Streik auf, der mit einer Demonstration abgeschlossen werden sollte. Am 7. Juli lagen in Petersburg fast alle Betriebe still, die Geschäfte waren geschlossen, keine Straßenbahn verkehrte - die Zahl der Streikenden erreichte 130 000. An diesem Tag traf in Petersburg der französische Präsident Poincaré ein, um die Verhandlungen über den in Vorbereitung befindlichen Krieg zum Abschluß zu bringen. Polizei und Kosaken riegelten den Stadtkern und die anliegenden Straßen ab. Durch die anderen Stadtbezirke zogen Demonstranten mit roten Fahnen und revolutionären Liedern. An vielen Stellen gab es bei Zusammenstößen mit der Polizei Verletzte. Die Arbeiter setzten sich mit Steinen zur Wehr. In mehreren Bezirken wurden zum erstenmal nach 1905

Barrikaden gebaut. Als die drei Tage, die das Petersburger Komitee für den Streik vorgesehen hatte, vorbei waren, hörte dieser nicht auf. Am 8. Juli streikten 150 000, am nächsten Tag 117 000, am 10. Juli 111 000, am 11. und 12. Juli über 130 000 Arbeiter und Angestellte. Streiks und Protestdemonstrationen fanden in diesen Tagen auch in vielen anderen Städten statt. In Moskau streikten 55 000 Arbeiter, in Riga 54 000, in Warschau 20 000, in Charkow und Tiflis je 12 000 usw. ...

Lenin maß den revolutionären Ereignissen im Lande außerordentliche Bedeutung bei. 'Die besten Grüße im Zusammenhang mit der nahenden Revolution in Rußland', schrieb er am 12. (25.) Juli an Inessa Armand. Doch am 19. Juli (1. August) brach der imperialistische Krieg aus und machte der weiteren Entwicklung des revolutionären Kampfes zunächst ein Ende. 'Es ist durchaus möglich', schrieb Badajew, 'daß auch unter normalen Verhältnissen die Juli-Aktionen noch nicht die neunte Woge gewesen wären. Aber wäre nicht der Krieg dazwischen gekommen, so wäre der endgültige Sturmangriff auf den Zarismus auf jeden Fall die nächste Etappe nach den Juli-Ereignissen gewesen, und die Etappe wäre sehr bald eingetreten.' +³

Wie berichtete die "St. Petersburger Zeitung" über diese Ereignisse und über die zahlreichen anderen Streiks und Aussperrungen? Erstaunlich ausführlich! Warum? Wohl vor allem aus zwei Gründen: Einmal sicherlich aus Besorgnis über die immer schwieriger werdende Lage der herrschenden Klasse und sodann, um mit der herannahenden Gefahr eines Krieges gegen Deutschland, gegen den sie selbstverständlich war, zu zeigen, daß die innere Situation einem Krieg nicht günstig war, während die proalliierte Presse natürlich gerade darauf spekulierete, durch einen Krieg den "inneren Wirren" zu entgehen.

Bevor, wie in den vorangehenden Studien, die statistischen Übersichten folgen, möchten wir zwei Beispiele der Berichterstattung in der "St. Petersburger Zeitung" geben, um sie mit den oben zitierten Angaben in der "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" sowie mit der amtlichen Statistik zu vergleichen.

Bei einer Gegenüberstellung aller Zahlenangaben über die Höhe der Streikbeteiligung im Regierungsorgan mit der "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" ergibt sich, daß das Regierungsorgan öfter natürlich niedrigere, vielfach aber ganz ähnliche Zahlen wie die "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" gibt.

Erstes Beispiel:

Wie oben zitiert, schreibt die "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion": "Große Streiks entbrannten im März 1914 wegen Massenvergiftungen von Arbeitern Petersburger und Rigaer Gummifabriken. Vom 17. bis zum 20. März streikten über 156 000 Arbeiter in Petersburg, über 60 000 in Riga und 10 000 in Moskau." Das heißt, insgesamt streikten in den drei genannten Städten über 226 000 Arbeiter.

+ Badajew, A. J., Die Bolschewiki in der Reichsduma, S. 310.

3 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, a. a. O., S. 492 f., 513 - 516.

Und so berichtet die "St. Petersburger Zeitung" darüber:

Am 15. (28.) März meldet sie unter der Rubrik "Tagesereignisse" Streikunruhen in der Petersburger Gummimanufaktur "Trëugolnik"⁴ und hat darüber hinaus an anderer Stelle eine zweite konkretere Meldung, daß 4 000 Arbeiter bei "Trëugolnik" die Arbeit wegen Vergiftungen eingestellt haben.

Am 16. (29.) März zwei Meldungen über diesen Streik, die Rigaer Fabrik "Prowodnik" betreffend, für die eine Zahl von 3 800 streikenden Arbeitern angegeben wird. Außerdem ein langer Artikel über "Gärung" unter Petersburger Arbeitern.

Am 18. (31.) März eine Meldung über Proteststreiks in verschiedenen Fabriken gegen Massenvergiftungen. Es werden 9 Fabriken namentlich genannt. Allein in den "Putilow-Werken" in Petersburg streikten 16 000 Arbeiter.

Am 19. März (1. April) eine Meldung über den Streik in der Gummimanufaktur "Trëugolnik"; dort verließen die Arbeiter nach zahlreichen Erkrankungen am 18. die Fabrik. Weiter wird über Streiks wegen Erkrankungen in zwölf kleineren Fabriken in Petersburg mit ca. 3000 Arbeitern berichtet. Außerdem wird erklärt, daß alle am 17. in Petersburg Streikenden am 18. bereits wieder arbeiteten.

Am 20. März (2. April) ein Bericht aus der "Reichsduma": 100 000 "unwissende Arbeiter" streiken wegen der Vergiftungen. Unter der Rubrik "Tagesereignisse" eine Meldung über den Massenstreik in zwei Fabriken und ein besonderer Artikel über die Streiks am 19. März unter der Überschrift "Der politische Streik und die Arbeiterdemonstrationen".

Am 21. März (3. April) heißt es, daß am 20. März zahlreiche Fabriken ihre Arbeiter bis Ostern gesperrten; betroffen seien 70 000. Und ferner wird über weitere Erkrankungen in verschiedenen Betrieben berichtet.

Es ist sehr schwer, aufgrund dieser Meldungen eine Addition der Gesamtzahl der Streikenden vorzunehmen. Doch wenn wir bedenken, daß die amtliche sowjetische Statistik vom Jahre 1921 für den ganzen März 1914 und für ganz Rußland nur 223 418 Streikende angibt⁵, dann muß die Berichterstattung der "St. Petersburger Zeitung" nicht inadäquat erscheinen.

Und nun noch ein Vergleich, und zwar über die Streikbewegung am 1. Mai 1914:

Zweites Beispiel:

Die "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" schreibt: "An den Maidemonstrationen und -streiks von 1914 beteiligten sich mehr als eine halbe Million Arbeiter, darunter fast 250 000 in Petersburg, 44 000 in Riga, 32 000 in Moskau und etwa 20 000 in Transkaukasien."

Die "St. Petersburger Zeitung" veröffentlicht zunächst viel niedrigere Zahlen: Am 2. (15.) Mai 1914 bringt sie einen großen Artikel über die Maifeier in Petersburg. Im ganzen hätten am 1. Mai etwa 150 000 Petersburger Arbeiter gestreikt. Und unter der Rubrik "Tagesereignisse" weitere Zahlen: In Moskau streikten 22 000 Arbeiter in 33 Metallfabriken, 22 Druckereien und 19 anderen Betrieben; in Reval 5 870 Arbeiter, in Nishni-Nowgorod 9 000, in Tiflis etwa 3 000 Streikenden.

4 In diesem Beitrag sind die Orts- und Betriebsbezeichnungen in der von der "St. Petersburger Zeitung" gebrauchten Form wiedergegeben.

5 Statističeskij sbornik za 1913 - 1917 gg., Moskau 1921, S. 145 = Trudy Central' nogo statističeskogo upravljenija, Bd. 7, 1. Lieferung.

de, und aus Kiew werden ohne Gesamtzahlen Streiks in vielen Betrieben gemeldet. 28 Tage später jedoch, am 30. Mai (12. Juni), druckt die Zeitung Zahlen aus "Put Prawdy" über die Streikbeteiligung am 1. Mai 1914, die im einzelnen zum Teil sogar höher liegen als die dazu genannten Zahlen in der "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion", jedoch stimmt die Gesamtzahl der Beteiligten aus "Put Prawdy" und der "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" überein. Beide geben als Gesamtzahl mehr als eine halbe Million Streikende. Beide geben für Petersburg etwa eine viertel Million, beide für Riga etwa 44 000, aber für Transkaukasien die "St. Petersburger Zeitung" (nach "Put Prawdy") 86 000, die "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" nur etwa 20 000.

Die amtliche sowjetische Statistik gibt für Mai 1914 die Zahl von 248 265 aus politischen Gründen Streikenden und 321 207 als Zahl der insgesamt im Mai Streikenden.⁶

Das heißt, die "St. Petersburger Zeitung" ist in der Berichterstattung der "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" weit näher als die sowjetische Statistik von 1921.

Vergleichen wir nun, wie wir es in den vorangehenden Untersuchungen getan haben, die Berichterstattung über Streiks in den Regierungsorganen verschiedener Länder im Januar und Februar 1914.

Statistische Übersicht 1

Erste Meldungen über Inlandsstreiks⁺

Zeitung	Januar 1914 ⁺⁺	Februar 1914 ⁺⁺⁺	Januar und Februar 1914 insgesamt
"LZ" ^o	-	2	2
"NAZ" ^{oo}	4	2	6
"Pester Lloyd" ^{ooo}	1	-	1
"Bohemia" ^{+o}	2	2	4
"Bukarester Tagblatt"	2	1	3
"NFP" ^{+oo}	3	2	5
"St. Petersburger Zeitung"	22 ^{o+}	19 ^{o++}	41

+ Nicht notwendigerweise Streikausbruch, der im Vormonat oder noch früher stattgefunden haben kann.

++ Das heißt 19. Dezember 1913 (1. Januar 1914) bis 18. (31.) Januar 1914.

+++ Das heißt 19. Januar (1. Februar) 1914 bis 15. (28.) Februar 1914.

o "Leipziger Zeitung".

oo "Norddeutsche Allgemeine Zeitung", Berlin.

ooo Budapest.

+o Prag.

+oo "Neue Freie Presse", Wien.

o+ Darunter 16 lokale (68 Prozent).

o++ Darunter 11 lokale (58 Prozent).

Die Situation ist in Rußland grundverschieden von der in anderen Ländern. Die Streikaktivität erfaßte weit größere Teile der Arbeiterklasse, und die Presse der herrschenden Klasse war gezwungen, in ganz anderem Ausmaß über Streiks zu berichten als die anderer Länder.

Untersuchen wir jetzt die Gesamtstreikberichterstattung, also die über inländische wie ausländische Streiks.

Statistische Übersicht 2

Gesamtübersicht über die Meldungen im Januar und Februar 1914

Zeitung	Meldungen insgesamt	Darunter interna- tionale	Internationale Meldungen	
			in Südafrika	andere
"LZ"	94	90 = 96 %	59	31
"NAZ"	160	154 = 96 %	105	49
"Pester Lloyd"	187	165 = 88 %	100	65
"Bohemia"	67	28 = 42 %	13	15
"Bukarester Tagblatt"	9	1 = 11 %	0	1
"NFP"	158	130 = 82 %	84	46
"St. Petersburger Zeitung"	148	82 = 55 %	59	23

Jetzt sieht das Bild ganz anders aus. Die Gesamtzahl der Streikmeldungen in der "St. Petersburger Zeitung" ist keineswegs besonders hoch. Aber das liegt eben daran, daß die "St. Petersburger Zeitung" relativ mäßig in der Berichterstattung über internationale Streiks, einschließlich des Generalstreiks in Südafrika, der damals die Regierungspresse in den anderen Ländern so beschäftigte, ist. Wollte sie möglichst wenig von den Streiks im Innern, die eine Kriegserklärung gegen Deutschland verhindern könnten, ablenken?

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18
(13. bis 15. Dezember 1977 in Dresden)

An der Tagung des interdisziplinären Arbeitskreises "Geschichte der Produktivkräfte" nahmen rund 30 Wissenschaftler aus Berlin (Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Humboldt-Universität, Museum für Deutsche Geschichte), Dresden (Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Ingenieurhochschule), Leipzig (Karl-Marx-Universität) und Potsdam (Pädagogische Hochschule "Karl Liebknecht") teil.

Zu verschiedenen Aspekten der Produktivkräfte-Entwicklung waren Thesen¹ erarbeitet worden, die, wie die dreitägige Aussprache zeigte, eine gute Diskussionsgrundlage bildeten, aber bei weitem nicht alle Bereiche der Produktivkräfte und speziell nicht diejenigen dieses Zeitraumes erfaßten. Zu wenig Beachtung fanden in ihnen der wachsende Dienstleistungssektor mit seinen vielfältigen Funktionen, aber auch die sich aus den demographischen Bedingungen und der natürlichen Umwelt ergebenden Faktoren. Von grundsätzlicher Bedeutung waren die Hinweise, daß die Untersuchungen der Fortschritte im System der Produktivkräfte nicht isoliert für sich allein, sondern nur im dialektischen Zusammenwirken von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen einschließlich der sich daraus entwickelnden Überbauformen vorgenommen werden können. Somit wirken auch die Prozesse, die sich aus den Beziehungen der Menschen im Produktionsprozeß ableiten (Klassenkämpfe, Wertrealisierung der produzierten Güter und anderes), und die Einflüsse der gesellschaftlichen Einrichtungen und Ideen (unter anderem Wirtschaftspolitik, internationale Politik, Ideologien) direkt und indirekt auf die Produktivkräfte ein und fördern oder hemmen partiell oder total ihre Entwicklung.

Aus der Vielzahl der während der Tagung aufgeworfenen Probleme schälten sich einige Fragestellungen heraus, die als entscheidend für die Einschätzung des Zeitraumes von 1870 bis 1917/18 angesehen werden müssen. Zu ihnen gehören besonders die Fragen der bestimmenden Grundtendenzen der Produktivkräfte-Entwicklung sowie der Periodisierung und ihrer Kriterien.

Für die Industrielle Revolution des 18./19. Jahrhunderts ist es Wolfgang Jonas gelungen, ausgehend von den Arbeiten von Karl Marx und in kritischer Auseinan-

¹ Thesen lagen vor von: Kuczynski, Thomas, (Zur Frage der grundlegenden Prozesse von 1870 bis 1917/18); Lärmer, Karl, (Zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte in der Industrie); Klemm, Volker/Müller, Hans-Heinrich, (Zur Entwicklung der Landwirtschaft); Rehbein, Elfriede/Keil, Rudi/Kirchberg, Peter/Leuschner, Petra, (Zur Produktivkräfte-Entwicklung im Verkehrswesen); Rook, Hans-Joachim, (Zur Standortentwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte); Wußing, Hans/Strube, Irene/Schreiber, Wolfgang/Zirnstein, Gottfried, (Zur Entwicklung der Naturwissenschaften); Goetz, Dorothea/Fischer, Karlheinz, (Zur naturwissenschaftlichen Bildung und Ausbildung); Handke, Horst, (Zu den Veränderungen in der Beschäftigten-, Berufs- und Sozialstruktur).

dersetzung mit den hierzu von marxistischen Wirtschaftshistorikern entwickelten Auffassungen, aus der Vielzahl der sich in ihr vollziehenden Erscheinungen das eigentliche revolutionierende Element im Prozeß der Umwandlungen des Systems gesellschaftlicher Produktivkräfte zu bestimmen. Jonas schreibt: "Das Wesen der Industriellen Revolution als eine gewaltige soziale Umwälzung ist nicht zu verstehen, wenn nicht alle Erscheinungen primär von ihrem Kernprozeß der Ablösung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit ... abgeleitet werden ... Es ist die Werkzeugmaschine (Arbeitsmaschine), von der die Industrielle Revolution ausgeht."²

Ist die Einführung der Werkzeugmaschine, ihre immer breitere Anwendung und schließlich ihre Herstellung durch sie selbst als der Kernprozeß der Produktivkräfte-Entwicklung während der Industriellen Revolution in Deutschland bis zur ersten organisch gewachsenen zyklischen Überproduktionskrise anzusehen, so ergibt sich die Frage, ob es einen analogen Kernprozeß für die Zeit des sich herausbildenden Monopolkapitalismus gibt, und wenn ja, wie er sich charakterisieren läßt.

Die Beantwortung ist schwierig, da sich aus dem gegenwärtigen Forschungsstand auf diesem Gebiet noch keine befriedigenden Schlüsse ziehen lassen. Daher konnte auch die Tagung keine endgültige Klärung bringen. Schon die Ausgangsposition ist anders, sie wird von Thomas Kuczynski (Berlin) wie folgt gekennzeichnet: "Während wir aber ... von einer allseitigen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise in der marxistischen Literatur sprechen können, sind wir von einem solchen Stand bei der Analyse des Imperialismus noch weit entfernt. Der Leninschen Analyse der Produktionsverhältnisse fehlt sozusagen als Gegenstück eine Analyse der Produktivkräfte, wie wir sie - als Einheit - im 'Kapital' vorfinden" (Thesen).

In seiner Arbeit über die Revolutionen der Produktivkräfte³ geht Jürgen Kuczynski auch auf die Zeit des sich herausbildenden Imperialismus ein, in der er den Beginn der "dritten industriellen Revolution" sieht, die durch die neue Form der Energiegewinnung, den Elektromotor, die verstärkte Innovation von Ergebnissen der chemischen Forschung in die Produktion und das Fließbandsystem als Ausdruck entwickelterer Steuerungsoperationen als Hauptcharakteristika gekennzeichnet ist.⁴ Kuczynski bezeichnet diese Entwicklungsphase auch als "elektrotechnische Revolution" und bezieht sich damit speziell auf einen der drei angeführten grundlegenden Prozesse. Er hebt also die Wirkung des Elektromotors als revolutionierendes Element stark hervor.

Diese Auffassung ist nicht unwidersprochen geblieben. Wolfgang Jonas warnte schon in demselben Buch vor einer Überschätzung der Rolle der Energiebasis.⁵ Auch die Mehrzahl der Diskussionsredner auf der Tagung teilten diese Meinung. Selbst der Begriff der elektro-chemischen (oder besser: elektrotechnisch-chemischen) Revolution wurde abgelehnt. Man folgte hier Wolfgang Jonas⁶ und

2 Jonas, Wolfgang, Thesen zum Wesen der Industriellen Revolution, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 2, S. 273.

3 Kuczynski, Jürgen, Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche, Berlin 1975.

4 Ebenda, S. 97 ff.

5 Jonas, Wolfgang, Kritische Bemerkungen und Ergänzungen, in: Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 148 f., 170.

6 Ebenda, S. 178.

Rolf Sonnemann⁷, die übereinstimmend die "elektrotechnische Revolution" als keine eigenständige Phase, sondern nur als ein Element in der Vorgeschichte der wissenschaftlich-technischen Revolution ansehen.

Bei einigen Tagungsteilnehmern war das Bemühen unverkennbar, analog zur Industriellen Revolution einen Kernprozeß für die Produktivkräfte-Entwicklung der Jahre 1870 bis 1917/18 herauszuarbeiten. Thomas Kuczynski stellte in seinen Thesen fest: "Begreifen wir . . . die Monopolisierung als den im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ablaufenden Kernprozeß, so ist zu fragen, ob diesem ein ähnlicher im Rahmen der Produktivkräfte zur Seite zu stellen ist", und glaubte, diesen in der Verwertung der Naturwissenschaften in der materiellen Produktion zu sehen, wobei er einen engen Zusammenhang mit dem Monopolisierungsprozeß konstatierte. Seiner Meinung nach bleibt dabei die alte industrielle Grundlage erhalten, ergeben sich also keine wesentlichen Veränderungen in der gesellschaftlichen Produktion. In dieser Zeit erfolgen aber die entscheidenden naturwissenschaftlich-technischen Grundlegungen für die folgende wissenschaftlich-technische Revolution.

Alle Opponenten erkannten die große Bedeutung der wachsenden Innovation naturwissenschaftlicher Entdeckungen und Erfindungen in die Produktion und die sich daraus ergebenden technischen Verbesserungen bis hin zum Aufbau neuer Industrien durchaus an. Sie äußerten jedoch Bedenken gegen diese Einschätzung als den entscheidenden, den Kernprozeß der Entwicklung erfassenden Bereich und wiesen auf die Vielschichtigkeit der zahlreichen heterogen verlaufenden Prozesse hin, die besser in einem System von Grundtendenzen zu erfassen seien.

Im Sinne einer wesentlichen Grundtendenz, erklärte Karl Lärmer (Berlin), sei er für die Periode des beginnenden Imperialismus, das heißt seit Anfang der neunziger Jahre, mit den Ausführungen von Thomas Kuczynski einverstanden. Er wandte sich aber dagegen, die Entwicklung der Produktivkräfte schon ab 1870 unter diesen Aspekten zu sehen da die ersten Jahrzehnte des Untersuchungszeitraumes eindeutig nicht vom Monopol, sondern vom Kapitalismus der freien Konkurrenz geprägt worden seien. Auch andere Tagungsteilnehmer, wie Elfriede Rehbein (Dresden) für das Verkehrswesen und Hans-Heinrich Müller (Berlin) für die Landwirtschaft, vertraten die Auffassung, daß sich zwar in Ansätzen die materiell-technische Basis des Monopolkapitalismus, das heißt die Elektrifizierung, Chemisierung und Motorisierung der Produktion, herausgebildet hat, im Vordergrund aber die verstärkte Intensivierung der Produktion stand, worunter Lärmer hauptsächlich den steigenden Einsatz von technischen Mitteln in der produktiven Sphäre und die zunehmende, klassengebundene Nutzung der Potenzen menschlicher Arbeitskraft verstand.

Noch stärker betonte Rudolf Berthold (Berlin) die Rolle der Intensivierung im Rahmen der Produktivkräfte-Entwicklung. Nach seiner Meinung erfuhr die Intensivierung gerade während der Monopolisierungsphase durch ihre Nutzung als bewußt gesteuerter Prozeß einen großen Bedeutungszuwachs.

Auf die Wechselwirkung von Monopol und fortschreitender Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte ging Helga Nussbaum (Berlin) ein. Diese Beziehungen, die sie für diesen Zeitabschnitt als relativ wenig untersucht einschätz-

⁷ Sonnemann, Rolf, Gutachten zu Jürgen Kuczynski: "Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche", in: Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 189.

te, sind nicht vorrangig dadurch zu charakterisieren, daß sich das Monopol als Ergebnis von Veränderungen der gesellschaftlichen Produktivkräfte herausbildete. Entscheidend für das Entstehen von Monopolen, so betonte sie, sei die Bedrohung des Verwertungsprozesses des Kapitals durch die unrationelle Arbeitsorganisation im Kapitalismus der freien Konkurrenz gewesen, die durch die Entwicklung zum Monopol abgewendet werden konnte. Dieser Prozeß brachte auch für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte neue Anstöße, die sich unter anderem in der Herausbildung größerer Produktionseinheiten und im Übergang zur Massenproduktion zeigten.

Mit dieser Problematik eng verbunden ist die sogenannte Krise des klassischen Fabriksystems, die ebenfalls einen wichtigen Aspekt in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte darstellt. Sie beruhte vorrangig auf dem Widerspruch zwischen dem Anwachsen des Energieverbrauchs vor allem in den entstehenden Großbetrieben mit ihren verbesserten Werkzeug- und Antriebsmaschinen und dem gleichbleibenden Transmissionsmechanismus. Erst der Elektromotor, die Fernübertragung von Starkstrom und ergänzende technische Entwicklungen führten zur Überwindung der Krise, deren Ende nach Gerd Henniger (Berlin) mit dem massenhaften Motoreinsatz Mitte der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts anzusetzen ist.

Auf einen anderen Gesichtspunkt der Krise, auf den Widerspruch zwischen der Massenproduktion in einigen industriellen Bereichen und den ungenügenden Produktionskapazitäten in der Weiterverarbeitung, wies Karl Lärmer hin. Der Übergang zur Massenproduktion ergab sich notwendig aus der wachsenden Intensivierung, da die akkumulierten naturwissenschaftlichen Erkenntnisse nur in einem auf kontinuierliche massenhafte Erzeugung ausgerichteten Großbetrieb profitabel zu realisieren waren. Die Möglichkeiten dazu schuf das Monopol, das allein in der Lage war, die erforderlichen Investitionen aufzubringen. Die Massenproduktion fand daher in den monopolistisch organisierten Industriezweigen (vorwiegend Stahlerzeugung und chemische Industrie) zuerst Aufnahme, während weite Bereiche der weiterverarbeitenden Industrie technologisch noch nicht auf diese Prozesse eingerichtet waren. Erst die Ausdehnung des Monopols auch auf diese Industriezweige und die damit verbundene technologische Umrüstung schufen einen entsprechenden Wandel.

Faßt man die Diskussionsergebnisse zur grundlegenden Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte in Deutschland im Zeitraum von 1870 bis 1917/18 zusammen, so zeigt sich, daß

1. der von Jürgen Kuczynski geprägte Begriff der "elektrotechnischen Revolution" nicht akzeptiert wurde,
2. die Heraussonderung eines bestimmenden Kernprozesses von den meisten Tagungsteilnehmern als nicht glücklich abgelehnt wurde,
3. die Mehrheit ein System von Grundtendenzen hervorhob, in dem als wesentliche Prozesse sowohl die Verwertung der Ergebnisse der Naturwissenschaften in der materiellen Produktion als auch die Intensivierung zu finden sind und wozu ferner die Krise des klassischen Fabriksystems gehört.

Eine angeregte Aussprache fand zum Problem der Periodisierung statt. Einigkeit bestand darin, von den durch die allgemeinen politischen und sozialökonomischen Prozesse gelegten Zäsuren auszugehen. Auch die Frage einer Untergliederung des zur Debatte stehenden Zeitabschnittes, etwa durch einen Einschnitt um

1890, wurde diskutiert, fand aber wenig Resonanz und wurde lediglich für den Bereich der industriellen Produktivkräfte als notwendig angesehen.

Von grundsätzlicher methodologischer Bedeutung war die Diskussion über die Kriterien für die Zäsursetzung in der Produktivkräfte-Entwicklung. Als mögliche Ausgangspunkte wurde der Beginn der Innovation oder der Diffusion eines Prozesses genannt. Thomas Kuczynski wies darauf hin, daß Karl Marx den Anfang der Industriellen Revolution mit der Einführung der ersten "Spinning Jenny" ansetzte, und sprach sich für ein entsprechendes methodisches Herangehen aus. Problematisch erscheint jedoch die sich daran anknüpfende Meinung von Th. Kuczynski, eine Untergliederung des Zeitraumes auch für den Bereich der Industrie ablehnen und die Herausbildung der Produktivkräfte-Basis des Monopolkapitalismus, ohne eine vorgeschaltete Vorbereitungsphase (1870 bis 1890/1900), mit 1870 ansetzen zu können. Diese These hält selbst dann kaum der Kritik stand, wenn man von Kuczynskis Auffassung ausgeht, als bestimmenden Prozeß die Verwertung der Ergebnisse der Naturwissenschaften in der materiellen Produktion anzusehen. Bei der Betrachtung der von Wolfgang Jonas angeführten Graphik von Basisinnovationen in den Jahren 1740 bis 1960⁸ zeigt sich deutlich eine Innovationshäufung im Jahrzehnt von 1880 bis 1890, während um 1870 kaum die Trendentwicklung überschritten wird. Zieht man andere Kriterien heran, wie etwa die Intensivierungsprozesse, so ergibt sich für die industriellen Produktivkräfte die Notwendigkeit einer Zäsur um etwa 1890/1900.

Neben den angeführten Grundsatzdiskussionen kamen auch spezielle Probleme aus den einzelnen Produktivkräfte-Bereichen zur Sprache, so unter anderem das der Wechselwirkung von Verkehr und Wirtschaft oder der Rolle der Agrarkrise. Die regionale Unterschiedlichkeit der Entwicklung im Gesamtsystem der gesellschaftlichen Produktivkräfte fand ebenfalls Beachtung.

Natürlich konnte im Verlauf der Diskussion nicht auf alle Fragen eine befriedigende Antwort gefunden werden. Die Untersuchung des komplexen Auf- und Ineinanderwirkens der einzelnen Bereiche der Produktivkräfte wirft ständig neue Probleme bei der Aufbereitung des umfangreichen Faktenmaterials auf, so daß weitere Aussprachen über den Stand der erreichten Forschungsergebnisse notwendig sein werden. Es ist das Verdienst dieser Tagung, die lange Zeit unbefriedigende Diskussion über die Fortschritte der Produktivkräfte in den Jahrzehnten der beginnenden Monopolisierung wieder belebt zu haben.

Gerhard Narweleit

⁸ Jonas, Wolfgang, a. a. O., S. 155.

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR

13. Lieferung

Theorie und Methodik

1680.

Berthold, Brigitte: Zur Rolle der Strukturforschung in der mediävistischen Stadtgeschichtsschreibung der BRD. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 25, 1977, 2, S. 156 - 172.

1681.

Brauser, Heinz: Bilder für Betriebsgeschichte. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 237 - 242.

1682.

Falk, Waltraud: Über den erzieherischen Wert der Ausbildung in der Wirtschaftsgeschichte. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 25, 1977, 9, S. 1080 - 1085.

1683.

Förster, Frank: Nalożowanie statystycznych metodow při přítomnostnych slédzénjach, pokazane na príkladže prèpytowanja na wsy bydlacych industrijowych dżèlazěrjow Lużiskehobrunicoweho rewèra (Die Anwendung statistischer Methoden in den zeitgenössischen Forschungen am Beispiel von Untersuchungen über die ländlichen Wohnungen von Industriearbeitern des Lausitzer Braunkohlenreviers). In: Lëtopis, R. B, Bautzen, 24, 1977, 1, S. 85 - 90.

1684.

Friedrich, Horst: Zur Technologiekonzeption bei Marx. In: Wiss. Z. Techn. Univ. Dresden, Dresden, 26, 1977, 3/4, S. 569 - 571.

1685.

Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland. Von d. Anfängen bis zur Mitte d. 19. Jh. Autorenkollektiv. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. XXII, 526 S. (Schr. d. Zentralinst. für Wirtsch.wiss. 3.)

1686.

Kuczynski, Jürgen: Die Ricardo-Schule. In: Kuczynski, Jürgen: Studien zur Gesch. d. Gesellsch.wiss. Bd. 7, Gesellsch.wiss. Schulen. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. S. 107 - 156.

1687.

Kuczynski, Jürgen: Die Schule Eugen Vargas. In: Kuczynski, Jürgen: Studien zur Gesch. d. Gesellsch.wiss. Bd. 7, Gesellsch.wiss. Schulen. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. S. 13 - 53.

1688.

Lehmann, Hermann: Zur Betrachtung der Klassenstruktur in der klassischen politischen Ökonomie des Bürgertums. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 203 - 219.

1689.

Karl Marx' Lehre von den Produktionsverhältnissen. Referat u. Diskussionsbeitr. d. Karl-Marx-Symposiums d. Zentralinst. für Wirtsch.wiss. d. Akad. d. Wiss. d. DDR vom 11. Mai 1976. Autorenkollektiv. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. 126 S. (Forsch.ber. Zentralinst. für Wirtsch.wiss. d. DDR 20.)

1690.

Müller, Hans-Heinrich: Wirtschafts-
geschichte und Kunst. Betrachtungen.
In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin,
1977, 3, S. 185 - 197.

1691.

Söder, Günter: Ökonomie, Politik,
Wirtschaftspolitik. Weltanschaulich-
philos. Aspekte d. Verhältnisses v.
Pol. u. Wirtsch. im Soz. - Berlin:
Dt. Verl. d. Wiss. 1977. 116 S. (Welt-
anschauung heute 17.)

Bibliographien

1692.

Bibliographie wirtschaftsgeschichtli-
cher Literatur der DDR, 11. Lief. In:
Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977,
4, S. 275 - 287.

1693.

Günther, Renate: Bibliographie selb-
ständiger Schriften zur Betriebsge-
schichte in der Deutschen Demokrati-
schen Republik. (12. Fortsetzung). In:
Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977,
4, S. 243 - 258.

1694.

Günther, Renate: Hochschulschriften
zur Wirtschaftsgeschichte. In: Jb.
Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3,
S. 263 - 284.

1695.

Rach, Hans-Jürgen: Auswahlbibliogra-
phie zur Haus- und Siedlungsforschung.
(1967 - 1977). In: Arbeitskreis für
Haus- u. Siedlungsforsch. am Wiss.-
bereich Kulturgesch./Volkskd. d. Zen-
tralinst. für Gesch. d. AdW. d. DDR.
Protokoll der 16. Jahrestagung in Gör-
litz vom 13. bis 16. Juni 1976. - Ber-
lin: Selbstverl. 1977. S. 184 - 218.

Festschriften, Biographien, Kongres-
se, Quellennachweise

1696.

Brandes, Wolfram; Njammasch, Mar-
lene: Die Herausbildung des Feudalis-
mus in Byzanz. (15. bis 18. Dez. 1976
in Schwerin.) In: Jb. Wirtschaftsgesch.,
Berlin, 1977, 3, S. 257 - 260.

1697.

Dillwitz, Sigrid: Bauernwirtschaft und
Gutsbetrieb während des Übergangs
vom Feudalismus zum Kapitalismus.
(15. bis 17. Sept. 1976 in Rostock.)
In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin,
1977, 3, S. 251 - 256.

1698.

Dokumente zur sozialistischen Umge-
staltung der Landwirtschaft im Be-
zirk Schwerin. Hrsg. v. Staatsarch.
Schwerin in Zus. arb. mit d. Bez.
komm. zur Erforsch. d. Gesch. d.
örtl. Arb.bew. bei d. Bez.leitung
Schwerin d. SED u. d. Bez. partei-
arch. Schwerin d. SED. Ausgew. u.
bearb. v. Siegfried Schlombs unter
Mitarb. v. Wolf Karge u. Friedel
Krohn. - Schwerin 1977: Schweriner
Volkszeitung. 131 S., Abb. (Kleine
Schriften. d. Staatsarch. Schwerin
5.)

1699.

Fischer, Hagen; Schumacher, Rein-
hard: Probleme des Übergangs von
der Spätantike zum Feudalismus. (15.
bis 17. Sept. 1976 in Leipzig). In: Jb.
Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4,
S. 269 - 272.

1700.

Günther, Renate: Das Bild in der Be-
triebsgeschichte. (Tagung vom 11. bis
13. Nov. 1976 in Berlin.) In: Jb. Wirt-
schaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S.
237 - 246.

1701.

Günther, Renate: Masseninitiative, Wettbewerb und Neuererwesen. (Tagung v. 20. bis 22. April 1977 in Frankfurt/O.) In: Jb. Wirtschafts-gesch., Berlin, 1977, 4, S. 231 - 236.

1702.

Harnisch, Hartmut: 2. wissenschaftliche Konferenz der Fachkommission Agrargeschichte vom 15. - 17. September 1976 in Rostock. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1976, 2/3, S. 94 - 99.

1703.

Hoyer, Siegfried; Vogler, Günter: Internationales Gaismair-Symposium. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 25, 1977, 6, S. 726 - 728.

1704.

Kolloquium zur Wirtschafts- und Technikgeschichte in Dresden. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 23, 1977, 3, S. 130 - 133.

1705.

Kusch, Reinhard: 2. Frankfurter Stadtgeschichte-Kolloquium, Frankfurt (Oder), 21. u. 22. 10. 1976. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1976, 2/3, S. 180 - 186.

1706.

Looß, Sigrid: Probleme der nichtagrari-schen Produktion im hansischen Wirtschaftsraum - 21. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft vom 2. - 4. 11. 1976 in Schwerin. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1976, 2/3, S. 150 - 162.

1707.

Meusel, Hans: Konferenz zur Betriebs-geschichte. In: Beitr. Gesch. Arb. be-wegung, Berlin, 19, 1977, 2, S. 306.

1708.

Meusel, Hans: Konferenz zur Betriebs-geschichte. In: Beitr. Gesch. Arb. be-wegung, Berlin, 19, 1977, 5, S. 891 - 892.

1709.

Rach, Hans-Jürgen; Baumgarten, Karl: 15. Jahrestagung des "Arbeitskreises für Haus- und Siedlungsforschung" vom 16. bis 19. Juni 1974 in Weimar. In: Jb. Volkskd. u. Kulturgesch., Berlin, 19, 1976 (1977), N. F. 4, S. 192 - 193.

1710.

Scheibler, Hildegard: Kolloquium zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des "Kapitals" von Karl Marx. In: Beitr. Gesch. Arb. bewegung, Berlin, 19, 1977, 1, S. 122 - 124.

1711.

Strenz, Wilfried: Historische Geogra- phie auf dem XXVIII. Internationalen Geographenkongreß. (28. Juli bis 3. August 1976 in Moskau.) In: Jb. Wirt- schaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 247 - 249.

1712.

Tomaszewski, Jerzy: Die Nationali- sierung der Industrie. (7. bis 9. Dez. 1976 in Warschau.) In: Jb. Wirtschafts- gesch., Berlin, 1977, 4, S. 259 - 263.

1713.

Wilke, Jürgen: Landwirtschaftsstruk- tur und Regionalentwicklung im 19. Jahrhundert. (5. bis 7. Oktober 1976 in Gödöllö.) In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 265 - 267.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

1714.

Automobilbauer einst und jetzt. Hrsg. v. d. Betriebsparteiorg. d. SED d. VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau. - Berlin: Verl. Tribüne 1976. 267 S., Abb.

1715.

Helling, Gertrud: Nahrungsmittel, Produktion und Weltaußenhandel seit Anfang des 19. Jahrhunderts. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. XIII, 383 S. (Forsch. zur Wirtsch. gesch. 10.)

1716.

Klebe, Dietrich: Über die Geschichte der Porzellanindustrie im östlichen Thüringer Wald unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Rudolstadt. Schluß. In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 23, 1977, 1/2, S. 15 - 23, Abb.

1717.

Kuczynski, Jürgen: Ein Handbuch mit Schubladen. Handbuch d. deutschen Wirtsch. - u. Sozialgesch., hrsg. v. Hermann Aubin und Wolfgang Zorn, Bd. 1: Von d. Frühzeit bis zum Ende d. 18. Jahrhunderts, Bd. 2: Das 19. u. 20. Jahrhundert. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 193 - 198.

1718.

Küas, Herbert: Die Brennhäuser der Meißner Porzellanmanufaktur auf der Albrechtsburg. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 23, 1977, 4, S. 153 - 159.

1719.

Lemper, Ernst-Heinz: Geographische, wirtschaftliche und historische Fakten der Stadtwerdung und -entwicklung von Görlitz. In: Arbeitskreis für Haus- u. Siedlungsforsch. d. Wiss. bereichs Kulturgesch. /Volkskd. d. Zentralinst. für Gesch. d. AdW d. DDR. Protokoll der

16. Jahrestagung am 9. Juni 1975 und der 17. Jahrestagung in Görlitz vom 13. bis 16. Juni 1976. - Berlin: Selbstverl. 1977. S. 81 - 91.

1720.

Schmidt, Roland: Technik und Gemeinschaftsleben im erzgebirgischen Hammerwerk (1650 - 1850). Eine volkskd. Studie. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 23, 1977, 4, S. 175 - 186.

1721.

Schöne, Bernd: Schöpferische Leistungen der Textilproduzenten bei der Verbesserung und Weiterentwicklung von Arbeitsgerät für die Bandweberei (1750 - 1850). In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 23, 1977, 3, S. 124 - 130, Abb.

1722.

750 /Siebenhundertfünfzig/ Jahre Leinefelde. In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 17, 1977, 2, S. 97 - 183, Abb.

- 500

1723.

Audring, Gert: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der attischen Bauern im ausgehenden 5. und im 4. Jahrhundert v. u. Z. In: Studien zur athenischen Sozialstruktur und römischen Wirtschaftspolitik in Kleinasien. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Jb. Wirtschaftsgesch. Sonderbd.) S. 9 - 86.

1724.

Brentjes, Burchard: Die Stadtplanung im Alten Orient. In: Klio, Berlin, 59, 1977, 1, S. 5 - 9.

1725.

Dandamaev, M. A.: Zur Sklaverei im neubabylonischen Reich: Gimillu, ein Tempelsklave von Eanna in Uruk. (6.

1726.

Fischer, Hagen: Zu den Beziehungen zwischen dem römischen Reich und den Völkern des Steppengürtels nördlich vom Schwarzen Meer. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 169 - 182.

1727.

Fischer, Hagen: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Kleinasien vom 2. Jahrhundert v. bis zum 2. Jahrhundert u. Z. In: Studien zur athenischen Sozialstruktur und römischen Wirtschaftspolitik in Kleinasien. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Jb. Wirtschaftsgesch. Sonderbd.) S. 143 - 224.

1728.

Geisler, Horst: Ein Gerätedepot der späten römischen Kaiserzeit aus Breslack, Kr. Eisenhüttenstadt. In: Veröff. Mus. Ur- u. Frühgesch. Potsdam, Berlin, 10, 1976, S. 141 - 158, Abb.

1729.

Grebe, Klaus: Zur frühslawischen Besiedlung des Havelgebietes. In: Veröff. Mus. Ur- u. Frühgesch. Potsdam, Berlin, 10, 1976, S. 167 - 204, Abb.

1730.

Musiolek, Peter: Tendenzen und Wirkungen der Warenproduktion in der Polis Athen am Ende des 5. und am Anfang des 4. Jahrhunderts v. u. Z. In: Studien zur athenischen Sozialstruktur und römischen Wirtschaftspolitik in Kleinasien. - Berlin: Akad.-Verl. 1977, (Jb. Wirtschaftsgesch. Sonderbd.) S. 87 - 142.

1731.

Wilsdorf, Helmut: Die architektonische Rekonstruktion antiker Produktionsanlagen für Bergbau und Hüttenwesen. In: Klio, Berlin, 59, 1977, 1, S. 11 - 24.

1732.

Baczkowski, Krzysztof: Die Rolle der ökonomischen Faktoren in den politischen Beziehungen zwischen Jagiellonen und Habsburgern um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert in Mitteleuropa. In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ. Jena, Gesellsch. wiss. R., Jena, 26, 1977, 3, S. 355 - 376, Abb.

1733.

Cackowski, Stefan: Die Hauptzüge der Agrarverhältnisse im königlichen Preußen vom 15. bis zum 18. Jahrhundert. In: Volksbewegungen und ideologischer Klassenkampf beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Referate d. Kolloquiums Probleme d. Agrargesch. d. Feudalismus. Durchgeführt v. d. Sekt. Gesch. d. Univ. Rostock am 17. u. 18. Sept. 1975 anläßl. d. Rostocker Univ. tage. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ. 1976. S. 22 - 38.

1734.

Darta, Janos: Die Rolle der Landwirtschaft in der Politik des aufgeklärten Absolutismus. In: Volksbewegungen und Klassenkampf beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Referate d. Kolloquiums Probleme d. Agrargesch. d. Feudalismus. Durchgeführt v. d. Sekt. Gesch. d. Univ. Rostock am 17. u. 18. Sept. 1975 anläßl. d. Rostocker Univ. tage. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ. 1976. S. 46 - 53.

1735.

Epperlein, Siegfried: Zur Rolle der Kaufleute und des Handels in der mittelalterlichen russischen Stadt. Forschungsergebnisse und Probleme zur Geschichte der russischen Stadt vom 10. bis 15. Jahrhundert (II). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 221 - 234.

1736.

Epperlein, Siegfried: Zur Stellung der mittelalterlichen Stadt in der Feudalgesellschaft. Forschungsergebnisse und Probleme zur Geschichte der russischen Stadt vom 10. bis 15. Jahrhundert (III). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 209 - 228.

1737.

Foner, Philip S.: Die Rolle der Handwerker und Lohnarbeiter bei der Vorbereitung der amerikanischen Revolution. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 25, 1977, 6, S. 676 - 687.

1738.

Haupt, Walther: Görlitzer Finanzbeteiligung am Joachimsthaler Bergbau. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 23, 1977, 5, S. 217 - 220.

1739.

Huth, Joachim: Das Rentenregister der Landvogtei Bautzen von 1419. Ein Beitr. zur Sozialgesch. d. Oberlausitz. In: Lëtopis, R. B, Bautzen, 24, 1977, 1, S. 102 - 124.

1740.

Kluge, Bernd: Brakteaten. Deutsche Münzen d. Hochmittelalters. - Berlin: Staatl. Museen 1976. 29 S., Abb. (Kl. Schr. d. Münzkabinetts 2.)

1741.

Kube, Siegfried: "Firnstadt", "New-sorge" und "Bettelstadt". Zur Vorstadtentw. Freibergs. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 23, 1977, S. 107 - 111, Abb.

1742.

Kuczynski, Jürgen: Eine wertvolle Arbeit - leider mit einem Zuschuß von Philosophie. Charles Webster, The Great Instauration. Science, Medicine and Reform. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 199 - 202.

1743.

Mägdefrau, Werner: Spätmittelalterliche Klassenkämpfe und frühbürgerliche Revolution. Grundfragen d. Entw. d. Städte u. d. Bürgertums im Mittelalter. In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ. Jena, Gesellsch. wiss. R., Jena, 26, 1977, 3, S. 377 - 404, Abb.

1744.

Mägdefrau, Werner; Langer, Erika: Thüringisch-hansische Wirtschafts- und Bündnisbeziehungen im Mittelalter. Von d. Kölner Konföderation (1367) bis zum Austritt d. Thüringer Dreistädtebundes aus d. Goslarer Bund (1432). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 153 - 171.

1745.

Mägdefrau, Werner; Langer, Erika: Thüringisch-hansische Wirtschafts- und Bündnisbeziehungen im Mittelalter. Vom Rhein. Städtebund (1254) bis zur Bildung d. Thüringer Städtebundes (1304/1306) u. zur Kölner Konföderation (1367). In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ. Jena, Gesellsch. wiss. R., Jena, 26, 1977, 3, S. 309 - 320.

1746.

Malich, Burkhard: Handwerk und Handwerksvereinigungen in Byzanz im Übergang zum Feudalismus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 173 - 181.

1747.

Mittenzwei, Ingrid: Kameralismus und Agrarfrage. In: Volksbewegungen und ideologischer Klassenkampf beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Referate d. Kolloquiums Probleme d. Agrargesch. d. Feudalismus. Durchgeführt v. d. Sekt. Gesch. d. Univ. Rostock am 17. u. 18. Sept. 1975 anläßl. d. Rostocker Univ. tage. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ. 1976. S. 39 - 45.

1748.

Münch, Ernst: Strukturveränderungen der Grundherrschaft im Hochfeudalismus. In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck- Univ. Rostock, Gesellsch. wiss. R., Rostock, 25, 1976, 10, S. 761 - 771.

1749.

Quirini-Popławska, Danuta: Die italienischen Einwanderer in Kraków und ihr Einfluß auf die polnischen Wirtschaftsbeziehungen zu österreichischen und deutschen Städten im 16. Jahrhundert. In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller- Univ. Jena, Gesellsch. wiss. R., Jena, 26, 1977, 3, S. 337 - 354.

1750. ja

Radig, Werner: Zur territorialen und beruflichen Herkunft der Spinner und Weber in den preußischen Kolonien Brandenburgs. In: Arbeitskreis für Haus- u. Siedlungsforsch. am Wiss. bereich Kulturgesch. /Volkskd. d. Zentralinst. für Gesch. d. AdW d. DDR. Protokoll der 16. Jahrestagung am 9. Juni 1975 und der 17. Jahrestagung in Görlitz vom 13. bis 16. Juni 1976. - Berlin: Selbstverl. 1977. S. 174 - 180, Abb.

1751. Danzen Bol.

Schöne, Bernd: Haus und Wohnweise der Bandweber in der Westlausitz. In: Arbeitskreis für Haus- u. Siedlungsforsch. am Zentralinst. für Gesch. d. AdW d. DDR. Protokoll der 16. Jahrestagung am 9. Juni 1975 und der 17. Jahrestagung in Görlitz vom 13. bis 16. Juni 1976. - Berlin: Selbstverl. 1977. S. 153 - 173.

1752.

Vogt, Heinz-Joachim: Altslawische Ackerbaugeräte vom Gelände des Burgwalls "Grodisch" in Wiesenau, Kr. Eisenhüttenstadt. In: Veröff. Mus. Ur- u. Frühgesch. Potsdam, Berlin, 10, 1976, S. 205 - 220, Abb.

1789 - 1917

1753.

Berthold, Rudolf: Die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in der deutschen Landwirtschaft und die Veränderungen in der Sozialstruktur des Dorfes. In: Wiss. Mitt. Hist.- Gesellsch. DDR, Berlin, 1976, 2/3, S. 47 - 65.

1754.

Berthold, Rudolf: Zur Herausbildung der kapitalistischen Klassenschichtung des Dorfes in Preußen. In: Z. Gesch. wiss., Berlin 25, 1977, 5, S. 556 - 574.

1755.

Canis, Konrad: Wirtschafts- und handelspolitische Aspekte der deutschen Außenpolitik zu Beginn der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts. In: Jb. Gesch., Berlin, 16, 1977, S. 139 - 180.

1756.

Dillwitz, Sigrid: Quellen zur Verschuldung der Bauernschaft im Deutschen Reich von 1871 bis 1914. In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck- Univ. Rostock, Gesellsch. wiss. R., Rostock, 25, 1976, 10, S. 773 - 788.

1757.

Förster, Frank: Der Braunkohlenbergbau bei Spremberg bis 1880. In: Lëtöpis, R. B, Bautzen, 24, 1977, 1, S. 1 - 22, Kt.

1758.

Gutsche, Willibald: Zur Erforschung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie im deutschen Imperialismus vor 1917. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 25, 1977, 6, S. 711 - 725.

1759.

Hammacher, Friedrich. - Friedrich Hammachers Aufzeichnungen über den Bergarbeiterstreik von 1889. /Eingel. v. / Gustav Seeber, Walter Wittwer. In: Jb. Gesch., Berlin, 16, 1977, S. 403 - 458.

1760.

Handke, Horst: Einige Probleme der Sozialstruktur im imperialistischen Deutschland vor 1914. In: Jb. Gesch., Berlin, 15, 1977, S. 261 - 288.

1761.

Handke, Horst: Untersuchungen August Bebels zur Lage der arbeitenden Klasse (achtziger und Anfang der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts.) In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 87 - 108.

1762.

Harnisch, Hartmut: Agrarpolitische und volkswirtschaftliche Konzeption einer kapitalistischen Agrarreform bei Christian Friedrich Scharnweber. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1976, 2/3, S. 66 - 87.

1763.

Harnisch, Hartmut: Die Bedeutung der kapitalistischen Agrarreform für die Herausbildung des inneren Marktes und die industrielle Revolution in den östlichen Provinzen Preußens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 63 - 82.

1764.

Harnisch, Hartmut: Die agrarpolitischen Reformmaßnahmen der preußischen Staatsführung in dem Jahrzehnt vor 1806/07. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 129 - 153.

1765.

Heitz, Gerhard: Die Differenzierung der Agrarstruktur am Vorabend der bürgerlichen Agrarreformen. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 25, 1977, 8, S. 910 - 927.

1766.

Jeleček, Leoš; Dudek, František: Komplexe Analyse der Industriellen Revolution. Eine krit. Würdigung d. mehrteiligen Werkes: Jaroslav Purš, Průmyslová revoluce. Vývoj pojmu a koncepce. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 185 - 192.

1767.

Kachk, J. J.; Ligi, L.: Zur Frage der Beziehungen zwischen der Lage der Bauernschaft und der Kraft des antifeudalen Kampfes. In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch. wiss. R., Rostock, 25, 1976, 10, S. 745 - 759, Abb.

1768.

Kaulisch, Baldur: Zum Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik im deutschen Imperialismus vor 1917. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 25, 1977, 4, S. 459 - 461.

1769.

Kuczynski, Marguerite: Turgot zur kolonialen Frage. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 139 - 152.

1770.

Lärmer, Karl: Zur Einführung der Dampfkraft in die Berliner Wirtschaft in der ersten Phase der Industriellen Revolution. (Vom Ausgang d. 18. Jh. bis zum Jahre 1830.) In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 101 - 126.

1771.

Mewes, Klaus: Handelspolitische Aspekte in den deutsch-englischen Beziehungen 1878 - 1882. In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellschaftswiss. R., Rostock, 25, 1977, 10, S. 789 - 797.

1772.

Meyer, Günther: Deutsches Kapital in Niederländisch-Indien vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 67 - 86.

1773.

Moll, Georg: Bauernwirtschaft und Gutsbetrieb beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 25, 1977, 5, S. 576 - 578.

1774.

Müller, Hans-Heinrich: Auseinandersetzungen um die Entwicklung der Produktivkräfte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. In: Volksbewegungen und ideologischer Klassenkampf beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Referate d. Kolloquiums Probleme d. Agrargesch. d. Feudalismus Durchgeführt v. d. Sekt. Gesch. d. Univ. Rostock am 17. u. 18. Sept. 1975 anläßl. d. Rostocker Univ. tage. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ. 1976, S. 54 - 62.

1775.

Rach, Hans-Jürgen: Stand und Aufgaben der Untersuchung der Wohnverhältnisse und Wohnweise des Proletariats im 19. und 20. Jahrhundert. In: Arbeitskreis für Haus- u. Siedlungsforsch. am Wiss. bereich Kulturgesch. /Volkskd. d. Zentralinst. für Gesch. d. AdW d. DDR. Protokoll der 16. Jahrestagung am 9. Juni 1975 und der 17. Jahrestagung in Görlitz vom 13. bis 16. Juni 1976. - Berlin: Selbstverl. 1977. S. 18 - 27.

1776.

Radig, Werner: Stadtrandsiedlungen im 19. und 20. Jahrhundert im Eberswalde und Fürstenwalde. In: Arbeitskreis für Haus- u. Siedlungsforsch. am Wiss. bereich Kulturgesch. /Volkskd. d. Zentralinst. für Gesch. d. AdW d. DDR. Protokoll der 16. Jahrestagung am 9. Juni 1975 und der 17. Jahrestagung in Görlitz vom 13. bis 16. Juni 1976. - Berlin: Selbstverl. 1977. S. 66 - 75.

1777.

Schädlich, Karlheinz: Politische und ökonomische Aspekte der britisch-deutschen Handelsrivalität am Ende des 19. Jahrhunderts. In: Jb. Gesch., Berlin, 15, 1977, S. 67 - 84.

1778.

Sonnemann, Ralph; Meißner, Hans-Reinhard: Einige rechtshistorische Aspekte der Industriellen Revolution im mitteldeutschen Raum. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 83 - 100.

1779.

Staupe, Fritz: Clara Zetkins Positionen zur Rolle der Frauenberufsarbeit. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 109 - 128.

1780.

Wachowiak, Bogdan: Die Entwicklung der Landwirtschaft Hinterpommerns in den Reiseberichten des Regierungsrates Haese aus den Jahren 1835 und 1837. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 127 - 137.

1781.

Weinhold, Rudolf: Neumühle und Steyermühle. Zu d. Anfängen zweier sächs. Steingutmanufakturen. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 23, 1977, 3, S. 112 - 115.

1782.

Zwahr, Hartmut: Bourgeoisie und Proletariat am Beginn der bürgerlichen Umwälzung in Sachsen. Die Septemberereignisse v. 1830 u. d. Anfänge d. dt. Arb. bew. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 25, 1977, 6, S. 656 - 675.

1917 - Gegenwart, sozialistische Länder

1783.

Albert, Helga: Zu den revolutionären Traditionen der Ausbildung von Arbeiterkadern im Bergbau. Der Beitr. d. Kommunisten Gustav Sobottka. In: Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte. Bd. 12. Studien zur Gesch. d. Bergbaus u. d. Volkswirtschaft. - Leipzig: Dt. Verl. für Grundstoffind., 1977. (Freiberger Forschungsh. D. 109.) S. 7 - 30.

1784.

Barthel, Horst: Der schwere Anfang. Aspekte d. Wirtschaftspolitik d. Partei d. Arb. kl. zur Überwindung d. Kriegsfolgen auf d. Gebiet d. DDR von 1945 bis 1949/50. In: Jb. Gesch., Berlin, 16, 1977, S. 253 - 282.

1785.

Behrend, Albert: Die Anfänge des Delegationsaustauschs zwischen den Gewerkschaften der Sowjetunion und dem FDGB 1946/47. In: Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR. XXII. Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 4./5. Juni 1974 in Berlin. Referate u. Diskussionsbeitr. Im Auftr. d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR hrsg. v. Rolf Badstübner /u. a./ - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Internat. Reihe d. Zentralinst. für Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR.) S. 85 - 96.

1786.

Cerny, Jochen: Die Herausbildung sozialistischer Kollektive und Arbeiterpersönlichkeiten beim Aufbau des Eishüttenkombinats Ost (EKO) 1950 - 1952. In: Jb. Gesch., Berlin, 17, 1977, S. 419 - 463.

1787.

Dittrich, Gottfried: Zur schöpferischen Anwendung von Erfahrungen der sowjetischen Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung. In: Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR. XXII. Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 4./5. Juni 1974 in Berlin. Referate u. Diskussionsbeitr. Im Auftr. d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR hrsg. v. Rolf Badstübner /u. a./ - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Internat. Reihe d. Zentralinst. für Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR.) S. 157 - 166.

1788.

Fröhlich, Gert: Das Institut für Tropische Landwirtschaft an der Karl-Marx-Universität Leipzig. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 22, 1977, 5, S. 97 - 103.

1789.

Gericke, Hans Otto: Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung und Entwicklung des Magdeburger Maschinenbaues in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Erich Weinert" Magdeburg, Magdeburg, 14, 1977, 4, S. 373 - 393.

1790.

Hegemann, Margot: Zur Herausbildung der Konzeption von der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung in den 60er Jahren. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1977, 1, S. 125-134.

1791.
Heinrich, Richard: Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Arbeit im Prozeß der Anwendung industriemäßiger Produktionsmethoden in der sozialistischen Landwirtschaft. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 25, 1977, 1, S. 1 - 17.
1792.
Hoffmann, Frank; Laschke, Michael: Einige Fragen der Erforschung der sozialistischen Industrialisierung. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 27 - 44.
1793.
Kästner, Hartmut; Lauenroth, Hartmut: Sozialistische Industrialisierung und nationale Frage in der UdSSR 1917 - 1936. In: Jb. Gesch., Berlin, 17, 1977, S. 99 - 134.
1794.
Kanzig, Helga: Die Anwendung sowjetischer Erfahrungen und die Zusammenarbeit mit der UdSSR beim Aufbau des Sozialismus in der DDR. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 9 - 25.
1795.
Krubke, Erwin: Wirtschaftspolitik zwischen gestern und morgen. Die Stellungnahme d. CDU zur Herausbildung d. sozialist. Planwirtsch. in d. DDR in Gestalt d. Zweijahrplanes 1949/1950 u. d. ersten Fünfjahrplanes 1951/1955. Hrsg. v. Sekretariat d. Hauptvorstandes d. CDU, o. O. 1977, 136 S.
1796.
Krüger, Ulrich: Sechs Jahrzehnte Elektroenergieübertragung. Von 110 000 Volt zu 350 000 Volt. Vorgeschichte u. Gesch. d. VEB Verbundnetz Elektroenergie. Unter Mitarb. eines Kollektivs d. Betriebes. Hrsg. v. Betriebsparteiorg. d. SED u. d. Werkdirektion im VEB Verbundnetz Elektroenergie. - Berlin: Verl. Tribüne 1976. 149 S., Abb.
1797.
Lieck, Steffen: Die Aneignung wirtschaftspolitischer Erfahrungen der KPdSU durch die SED 1963/64. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 25, 1977, 6, S. 645 - 655.
1798.
Mehls, Hartmut: Der Beitrag der sowjetischen Leitungskader im SAG-Betrieb Siemens-Plania-Werke (heute VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg) bei der Inangangsetzung der Produktion. In: Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR. XXII. Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 4. /5. Juni 1974 in Berlin. Referate u. Diskussionsbeitr. Im Auftr. d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR hrsg. v. Rolf Badstübner /u. a./ - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Internat. Reihe d. Zentralinst. für Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR.) S. 141 - 151.
1799.
Mehls, Hartmut: Der Erfahrungsaustausch des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg mit den sowjetischen Partnerbetrieben. (1956 bis 1960.) In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 31 - 42.
1800.
Meister, Bernd: Zu einigen Problemen bei der Einführung der Großgerätetechnologie im Kalibergbau der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte Bd. 12. Studien zur Gesch. d. Bergbaus u. d. Volkswirtsch. planung - Leipzig: Dt. Verl. für Grundstoffind. 1977. (Freiberger Forschungsh. D 109.) S. 67 - 98.

1801.

Meister, Bernd: Zur Entwicklung der Aktivistenbewegung in den Grubenbetrieben der Kaliindustrie der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte. Bd. 12. Studien zur Gesch. d. Bergbaus u. d. Volkswirtschaftl. Planung. - Leipzig: Dt. Verl. für Grundstoffind. 1977. (Freiberger Forschungsh. D 109.) S. 31 - 44.

1802.

Möschner, Günter: Der Außenhandel mit der Sowjetunion - ein bedeutender Faktor im revolutionären Entwicklungsprozeß der DDR (bis 1955). In: Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, XXII, Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 4./5. Juni 1974 in Berlin. Referate u. Diskussionsbeitr. Im Auftr. d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR hrsg. v. Rolf Badstübner /u.a./ - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Internat. Reihe d. Zentralinst. für Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR.) S. 225 - 237.

1803.

Mühlfriedel, Wolfgang: Arbeiterklasse und sozialistische Vergesellschaftung der industriellen Produktion in der DDR in den sechziger und siebziger Jahren. In: Jb. Gesch., Berlin, 17, 1977, S. 465 - 498.

1804.

Zu Problemen der Entwicklungstendenzen der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR. Autorenkollektiv. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. 141 S. (Forsch.ber. Zentralinst. für Wirtschaftswiss. d. Akad. d. Wiss. d. DDR 24.)

1805.

Radandt, Hans: Die Hilfe der Sowjetunion in der Betriebsgeschichtsschreibung der DDR. In: Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwi-

schen der DDR und der UdSSR. XXII. Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 4./5. Juni 1974 in Berlin. Referate u. Diskussionsbeitr. Im Auftr. d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR hrsg. v. Rolf Badstübner /u.a./ - Berlin: Akad.-Verl. 1977. (Internat. Reihe d. Zentralinst. für Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR.) S. 199 - 201.

1806.

Scholz, Traute: Meißen - Betriebsgeschichtliche Anregungen durch eine Festschrift. Meißen 75. Informationen über d. gegenwärtige Wirken d. ersten europ. Porzellanmanufaktur. In memoriam Johann Gregorius Höroldt u. Johann Joachim Kaendler, zus. gest. v. Jürgen Schärer. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 199 - 207.

1807.

Schulze, Monika: Die Lage der Arbeiter und der Klassenkampf in kapitalistischen Betrieben der Sowjetunion in der Periode der Neuen Ökonomischen Politik. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 9 - 29.

1808.

Schwarzbach, Helmut: So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben! Frida Hockauf. In: Beitr. Gesch. Arbeiterbewegung, Berlin, 19, 1977, 6, S. 1037 - 1044.

1809.

Sozialistische ökonomische Integration. Grundlagen u. Aufgaben. Hrsg. v. d. Akad. für Gesellschaftswiss. beim ZK d. SED. - Berlin: Dietz 1977. 291 S., Abb.

1810.

Sýkora, Jaroslav; Vaculík, Jaroslav: Der Kampf der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) für die konsequente Durchführung der Bodenreform und den Aufbau der soziali-

stischen Landwirtschaft. In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Erich Weinert" Magdeburg, Magdeburg, 14, 1977, 1, S. 87 - 103.

1811.

Weißleder, Wolfgang: Die Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission: Zentrale Staatsorgane d. antifasch. - demokr. Ordnung auf d. Weg zum Zweijahrplan. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 4, S. 45 - 62.

1812.

Wiegand, Klaus: Über die Herausbildung der Volkswirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945 - 1948. In: Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte. Bd. 12. Studien zur Gesch. d. Bergbaus u. d. Volkswirtschaftsplanung. - Leipzig: Dt. Verl. für Grundstoffind. 1977. (Freiberger Forschungsh. D 109.) S. 45 - 66.

1917 - Gegenwart, kapitalistische Länder

1813.

Bleyer, Wolfgang: Bemerkungen zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft 1939 bis 1945 in Hans Mottek, Walter Becker, Alfred Schröter, "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Teil III". In: Bull. Arbeitskr. 2. Weltkrieg, Berlin, 1977, 1/2, S. 112 - 127.

1814.

Burg, Helmut: Inflation und Klassenkampf. Ursachen, Widersprüche u. Konsequenzen d. Inflation im Imperialismus. - Berlin: Dietz 1977. 173 S., Abb. (Beitr. zur Kritik d. bürgerl. Ideol. u. d. Revisionismus.)

1815.

Kahnert, Reinhard; Gill, Manfred: Die ökonomisch-soziale Lage der Wolfener Filmarbeiter 1914 - 1923, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der

Notgeldausgaben der Agfa. - Wolfen: VEB Filmfabrik Wolfen, Betriebsarch. 1977. 83 S., Abb. (Aus d. Gesch. d. Filmfabrik Wolfen 37.)

1816.

Kuczynski, Jürgen: Die allgemeine Krise des Kapitalismus und die Oktoberrevolution. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 43 - 46.

1817.

Lehmann, Joachim: Zur Funktion des "Bäuerlichen Berufserziehungswerkes" in den Plänen der faschistischen Agrarführung während des Zweiten Weltkrieges. In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 25, 1976, 10, S. 799 - 808, Abb.

1818.

Leonhardt, Alfred; Speer, Gerhard: Umweltproduktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zur Kritikbürgerl. Konzeptionen einer marktwirtschaftl. Lösung d. Umweltproblems. - Berlin: Akad.-Verl. 1977. 109 S. (Zur Kritik d. bürgerl. Ideol. 79.)

1819.

Das Minette-Revier und die deutsche Montanindustrie. Zur Kriegszielstrategie d. dt. Monopole im zweiten Weltkrieg (1941/42.) /Eingel. v. / Dietrich Eichholtz. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 25, 1977, 7, S. 816 - 838.

1820.

Pade, Werner: Die Handelsbeziehungen des deutschen Imperialismus zu Argentinien (1918 bis 1933). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1977, 3, S. 47 - 66.

1821.

Rechtziegler, Emil: Umweltprobleme und staatsmonopolistischer Kapitalismus. Autorenkollektiv: Emil Rechtziegler, Martin Helmbold, Caspar Schirmeister. - Berlin: Staatsverl. d.

DDR 1977. 171 S. (IPW-Forsch. h. 1977, 1.)

1822.

Die Richtlinien Görings für die Wirtschaftspolitik auf den besetzten sowjetischen Territorien vom 8. November 1941. /Eingel. v. /Dietrich Eichholtz. In: Bull. Arbeitskr. 2. Weltkrieg, Berlin, 1977, 1/2, S. 73 - 110.

1823.

Schröter, Alfred: Die objektiven ökonomischen Triebkräfte und Hemmnisse der deutschen imperialistischen Mitteleuropapläne. In: Jb. Gesch., Berlin, 15, 1977, S. 19 - 29.

1917 - Gegenwart, Entwicklungs-länder

1824.

Bärschneider, Edeltraud: Zur Rolle der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsbetriebe im Prozeß der nichtkapitalistischen Umgestaltung der algerischen Landwirtschaft. In: Asien Afrika Lateinamerika, Berlin, 5, 1977, S. 775 - 784.

1825.

Cavalcante, José B.: Zur Rolle des "Staatssektors" in kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern. In: Asien Afrika Lateinamerika, Berlin, 5, 1977, 5, S. 732 - 745.

1826.

Freitag, Gottfried: Die Asiatische Entwicklungsbank - ihre Tätigkeit und Ziele. In: Asien Afrika Lateinamerika, Berlin, 5, 1977, 5, S. 763 - 774.

1827.

Halpap, Paul: Zu einigen Problemen der technologischen Abhängigkeit im Prozeß der Industrialisierung der Länder Lateinamerikas. In: Asien Afrika

Lateinamerika, Berlin, 5, 1977, 5, S. 807 - 820.

1828.

Hundt, Walter: Der Kampf der revolutionären Gewerkschaftsbewegung Indiens um nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt sowie um die Aktionseinheit der Gewerkschaften und aller demokratischen Kräfte. In: Asien Afrika Lateinamerika, Berlin, 5, 1977, 4, S. 605 - 614.

1829.

Scholz, Carl-Heinrich: 30 Jahre Energiewirtschaft in Indien. In: Asien Afrika Lateinamerika, Berlin, 5, 1977, 4, S. 588 - 604.

1830.

Van der Meer, Monika: Zur sozialen Struktur in Bangladesh. In: Asien Afrika Lateinamerika, Berlin, 5, 1977, 4, S. 621 - 628.

- Baudis, Dieter, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Behm, Erika, Wissenschaftlich-technische Assistentin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Braun, Manfred, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Dittmann, Gabriele, Diplomwirtschaftler, Wissenschaftliche Assistentin, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Held, Wieland, Dr. sc. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sektion Geschichte, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Kluwe, Ernst, Dr. phil., Oberassistent, Sektion Altertumswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Müller, Hans-Heinrich, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Narweleit, Gerhard, Diplom-Geograph, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Njamasch, Marlene, Dr. phil., Wissenschaftliche Oberassistentin, Bereich Alte Geschichte, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Nussbaum, Helga, Prof. Dr. rer. oec. habil., Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Nussbaum, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Rehbein, Elfriede, Prof. Dr. rer. oec. habil., Professor mit Lehrstuhl, Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik, Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden.

Roeske, Ulrich, Diplomhistoriker, Wissenschaftlicher Archivar, Zentrales Staatsarchiv Potsdam.

Roesler, Jörg, Dr. rer. oec. habil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schmidt, Waldtraut, Prof. Dr. rer. oec. habil., Außerordentlicher Professor, Institut für Ökonomik der Entwicklungsländer, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.

Voigt, Arnold, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Institut für Ökonomik der Entwicklungsländer, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.

Weinberger, Gerda, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Oberassistent, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, Potsdam.

Zumpe, Lotte, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

СОДЕРЖАНИЕ

- Юрген Кучинский, Проигранные войны и немецкая экономическая история в 20-ом столетии
- Вальдтраут Шмидт, Пути формирования капиталистического наемного труда в сегодняшних развивающихся странах Азии и Африки
- Арнольд Фойгт, Аграрная реформа чилийской христианской демократии и ее влияние на развитие революционной ситуации в Чили до 1970 года
- Герда Вайнбергер, Рассовая дискриминация и развитие производительных сил. Некоторые аспекты, с уделением особого внимания Южной Африке
- Эльфриде Ребайн, Государственные регулирующие мероприятия в области внутреннего транспорта Франции
- Ульрих Рёске, Официальная статистика Немецкого Рейха 1872 - 1939 годов. Историческое развитие, организационная структура, публикации
- Эрнст Клуве, Ремесло и производство в древне-греческом полисе
- Марлене Няммаш, О соотношении между сословием и кастой в докапиталистических классовых обществах
- Йорг Рёслер, Проблемы периодизации экономической истории ГДР
- Манфред Браун/Габриеле Диттманн, Политическая экономия социализма в СССР
- Хельга Нуссбаум/Дитер Баудис/Манфред Нуссбаум/Лотте Цумпе, Экономическая история германского империализма
- Ханс-Хайнрих Мюллер, Власть должна быть дана простому народу
- Виланд Хельд, Замечания по проблематике связей между городом и деревней в период позднего средне-вековья
- Ренате Гюнтер, 6-ая конференция специальной комиссии по истории предприятия /с 11 по 14 апреля 1978 года в Ростоке/
- Библиография отдельных трудов по истории предприятий в Германской Демократической Республике /13-ое продолжение/ /Ренате Гюнтер/
- Эрика Бем/Юрген Кучинский, Отражение рабочего движения в правительственной прессе перед первой мировой войной. Преимущественно количественный анализ /Россия/
- Герхард Нарвелаит, История производительных сил в Германии с 1870 по 1917/18 год /с 13 по декабрь 1977 года в Дрездене/
- Библиография литературы ГДР об экономики. 13-ый выпуск

- Jürgen Kuczynski, Lost wars and the German Economic History in the 20 th century
- Waldtraut Schmidt, Ways to formation of capitalist wage labour in to-days developing countries of Asia and Africa
- Arnold Voigt, The agrarian reform of the Chilean Christdemocracy and its influence on the development of the revolutionary situation in Chile to the year 1970
- Gerda Weinberger, Racial discrimination and development of productive forces. Some aspects under special consideration of South-Africa
- Elfriede Rehbein, State measures of regulation in the inland traffic of France
- Ulrich Roeske, The official statistics of the German Reich 1872 - 1939. Historical development, organisational structure, publications
- Ernst Kluwe, Craft and production in the early Greek Polis
- Marlene Njammasch, On the relation of rank and caste in pre-capitalistic class-societies
- Jörg Roesler, Problems of periodisation of economic history of the GDR
- Manfred Braun/Gabriele Dittmann, Political economy of socialism in the USSR
- Helga Nussbaum/Dieter Baudis/Manfred Nussbaum/Lotte Zumpe, Economic history of the German imperialism
- Hans-Heinrich Müller, The power shall be given to the common people
- Wieland Held, Remarks on the problems of research in late medieval relation of town and country
- Renate Günther, 6 th conference of the branch-commission for works history (April 11 th to April 14 th 1978 at Rostock)
- Bibliography of independent publications on works history in the German Democratic Republic (13 th continuation) (Renate Günther)
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, The reflection of the workers movement by the governmental press before world war I. A particularly quantitative analysis (Russia)
- Gerhard Narweleit, History of productive forces in Germany 1870 to 1917/18 (December 13 th to December 15 th 1977 at Dresden)
- Bibliography of economic-historical literature in the GDR, 13 th delivery

- Jürgen Kuczynski, Des guerres perdues et l'histoire économique allemande au 20^e siècle
- Waldtraut Schmidt, Méthodes pour développer le travail salarié capitaliste dans les pays de développement actuels d'Asie et d'Afrique
- Arnold Voigt, La réforme agraire de la démocratie chrétienne chilienne et son influence sur le développement de la situation révolutionnaire au Chili jusqu'à l'an 1970
- Gerda Weinberger, Discrimination de race et développement des forces productrices. Quelques aspects en considération particulière de l'Afrique méridionale
- Elfriede Rehbein, Mesures régulatrices étatiques dans le trafic intérieur de la France
- Ulrich Roeske, Statistiques officielles de l'Empire allemand de 1872 à 1939. Développement historique, structure d'organisation, publications
- Ernst Kluwe, Métiers et production dans la primitive "Polis" grecque
- Marlene Njammasch, Remarques sur les rapports entre rang social et caste dans les sociétés de classe précapitalistes
- Jörg Roesler, Problèmes de périodisation de l'histoire économique de la R. D. A.
- Manfred Braun/Gabriele Dittmann, L'économie politique du socialisme en U. R. S. S.
- Helga Nussbaum/Dieter Baudis/Manfred Nussbaum/Lotte Zumpe, L'histoire économique de l'impérialisme allemand
- Hans-Heinrich Müller, Qu'on confère le pouvoir au peuple commun
- Wieland Held, Observations sur l'ensemble des problèmes de recherches des rapports ville-campagne vers la fin du Moyen Age
- Renate Günther, Sixième conférence de la commission spéciale pour l'histoire d'entreprise (du 11 au 14 avril 1978 à Rostock)
- Bibliographie de traités indépendants au sujet de l'histoire d'entreprise en R. D. A. (13^e suite) (Renate Günther)
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, La réflexion du mouvement ouvrier dans la presse gouvernementale avant la 1^{ère} Guerre Mondiale. Une analyse particulièrement quantitative (Russie)
- Gerhard Narweleit, Histoire des forces productives en Allemagne de 1870 à 1917/18 (du 13 au 15 décembre 1977 à Dresde)
- Bibliographie de la littérature d'histoire économique de la R. D. A., 13^e fascicule

- Jürgen Kuczynski, Guerras perdidas y la historia económica alemana en el siglo XX
- Waldtraut Schmidt, Vías de la formación del trabajo asalariado capitalista en los países en vía de desarrollo contemporáneos en Asia y África
- Arnold Voigt, La Reforma agraria de la Democracia Cristiana chilena y su influencia sobre el desarrollo de la situación revolucionaria en Chile hasta el año de 1970
- Gerda Weinberger, Discriminación racial y desarrollo de las fuerzas productivas. Unos aspectos considerando especialmente la África del Sur
- Elfriede Rehbein, Medidas de regulación estatales dentro del tráfico interior de Francia
- Ulrich Roeske, La estadística oficial del Imperio alemán desde 1872 hasta 1939. Desarrollo histórico, estructura de organización, publicaciones
- Ernst Kluwe, Artesanía y producción en la ciudad greca primera
- Marlene Njammasch, Acerca de la relación entre el rango social y la casta dentro de sociedades clasistas precapitalistas
- Jörg Roesler, Problemas de cesuras de la historia económica de la R. D. A.
- Gabriele Dittmann/Manfred Braun, La economía política del socialismo en la URSS
- Helga Nussbaum/Dieter Baudis/Manfred Nussbaum/Lotte Zumpe, Historia económica del imperialismo alemán
- Hans-Heinrich Müller, El poder debe entregárselo al pueblo común
- Wieland Held, Apuntaciones acerca del problemático de la investigación sobre las relaciones entre la ciudad y el campo en la edad media tardía
- Renate Günther, Conferencia sexta de la comisión especial "Historiografía de las empresas y fábricas" (desde el 11 hasta el 14 de abril de 1978 en Rostock)
- Bibliografía de tratados independientes acerca de la historia de empresas y fábricas en la República Democrática Alemana (continuación tredecima) (Renate Günther)
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, La reflexión del movimiento obrero por la prensa gubernamental antes de la Primera Guerra Mundial. Un análisis primordialmente cuantitativo (Rusia)
- Gerhard Narweleit, Historia de las fuerzas productivas en Alemania desde 1870 hasta 1917/18 (desde el 13 hasta el 15 de diciembre de 1977 en Dresde)
- Bibliografía de literatura económico-histórica de la R. D. A. (suministro tredecimo)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Udo Stein

Historische Bedingungen und Erfordernisse der Intensivierung des erweiterten Reproduktionsprozesses der Industrie der DDR in der ersten Hälfte der siebziger Jahre

Werner Linek

Der historische Weg der Entstehung, Leitung und Entwicklung der VEB Kombinate Getreidewirtschaft in der DDR (von 1949 bis 1979)

Christian Czogalla

Zur Entwicklung der Rolle der Energieanwendung im Arbeitsprozeß

Winfried Roth

Zur Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie der USA nach 1945

Lembit Ebre

Einige Probleme der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Dänemark

Marlene Njammasch

Kasten, Kastensystem und Feudalgesellschaft. Einige Überlegungen zur Genesis des Kastensystems in Indien

A. Ja. Gurevič

Zu Begriffsbildungen in vorkapitalistischen Gemeinwesen und ihrer gesellschaftlichen Motivation: "Hof", "Grund und Boden", "Welt". Anhand mittelalterlicher skandinavischer und angelsächsischer Quellen

I. S. Svencickaja

Zu den Agrarverhältnissen und zum Status der Ackerbauern im Seleukidenreich und in Pergamon (4. bis 1. Jahrhundert v. u. Z.)

V. V. Pokšiševskij

Die historische Demographie in der Sowjetunion: Methodologie und grundlegende Forschungsergebnisse sowjetischer Wissenschaftler

Hans Mottek

Wirtschafts- und Sozialgeschichte - politische Ökonomie - Sozialökonomie

Alfred Loesdau

Betriebsgeschichte in der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie

Hans-Jürgen Arendt

Eine besondere Form der Einbeziehung nichtberufstätiger Frauen in die Lösung volkswirtschaftlicher Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus. Zur Entwicklung der Bewegung der Hausfrauenbrigaden in der DDR 1958 bis 1961/62

Hartmut Harnisch

Quellen zur Bevölkerungsgeschichte in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, vornehmlich am Beispiel Preußens

Teresa Małecka

Die Rolle des Auslandskapitals in den Ländern Mittel- und Südosteuropas in den Zwischenkriegsjahren 1918 bis 1939 (1. bis 4. Dezember 1977 in Warschau)

Hans-Günter Hallfahrt

Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte in Deutschland von 1917/18 bis 1945 (9. bis 10. Mai 1978 in Berlin)

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)

Rudolf Berthold

Die Agrarkrise im Feudalismus (Bemerkungen zu: W. Abel, Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa; W. Abel, Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters)